

# TÄTIGKEITSBERICHT 2012 – 2014





# TÄTIGKEITSBERICHT 2012 – 2014

MAX-PLANCK-INSTITUT  
FÜR INNOVATION UND WETTBEWERB



# VORWORT



Mit diesem Tätigkeitsbericht informiert das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb über seine Tätigkeit in den Jahren 2012, 2013 und 2014. Die zahlreichen Aktivitäten des Instituts – die wissenschaftlichen Projekte, die Veranstaltungen, die Mitarbeit in Fachverbänden sowie die Beiträge zur wissenschaftlichen Beratung von Regierungen und internationalen Organisationen – werden in diesem Dreijahresbericht im Detail vorgestellt.

Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb betreibt rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Grundlagenforschung. Im Mittelpunkt der rechtswissenschaftlichen Forschung stehen Fragen rund um den Schutz immaterieller Güter wie etwa Erfindungen oder Schöpfungen sowie zur rechtlichen Regulierung von Wettbewerbsmechanismen und -verhalten. Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung wurde durch die Einrichtung einer neuen Abteilung im Jahr 2013 etabliert. Seitdem erforscht das Institut Innovationsprozesse auch aus ökonomischer Sicht. Besonders wichtige Forschungsfragen stellen sich hier in den Forschungsfeldern Schutzrechtssysteme und Innovation, Innovationsmanagement, Forschungs- und Innovationspolitik sowie Entrepreneurship und Innovationsverhalten von Individuen und Teams. Ziel der Einrichtung der neuen Abteilung ist auch, Perspektiven für gemeinsame, interdisziplinäre Forschungsansätze zu schaffen. Erste Grundlagen für Forschungsprojekte, an denen Forscher beider Disziplinen mitwirken, sind inzwischen gelegt worden. Von diesen Kooperationsmöglichkeiten werden vor allem auch die Doktorandinnen und Doktoranden am Institut profitieren können.

Der Berichtszeitraum war dementsprechend vom Aufbau der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung unter der Leitung von Dietmar Harhoff geprägt, der sein Amt als Direktor am Institut zum 1. Januar 2013 zunächst im Nebenamt und schließlich zum 1. März 2013 im Hauptamt übernommen hat. Dabei konnte auf ein erfahrenes Team von Mitarbeitern zurückgegriffen werden, die bereits an der Ludwig-Maximilians-Universität München am dortigen Institut für Innovationsforschung, Technologie- und Entrepreneurship (INNO-tec)

intensiv zu diesen Themen geforscht hatten. Das Team hat nunmehr begonnen, seine Forschungsaktivitäten im institutionellen Rahmen der Max-Planck-Gesellschaft auszubauen.

Der Aufbau der neuen Abteilung während des laufenden Forschungsbetriebes stellte für alle Mitarbeiter des Instituts eine große organisatorische und logistische Herausforderung dar. Vor allem musste eine Raumlösung gefunden werden, die möglichst viel an Interaktion und Kommunikation zwischen den Disziplinen ermöglicht. Dies zog auch eine Verlagerung der Verwaltung und der IT-Abteilung in zusätzlich angemietete Räume am nahe gelegenen Karl-Scharnagl-Ring nach sich.

Ein besonderes Vorhaben in Zusammenhang mit der Einrichtung der neuen Abteilung, das gemeinsam mit dem Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen umgesetzt wurde, bestand in der Schaffung eines Experimentallabors im Laufe des Jahres 2014. Im neuen Max-Planck-Labor für Experimentalforschung der Sozialwissenschaften, dem *econlab*, studieren Wissenschaftler menschliches Verhalten in wirtschaftlichen Entscheidungssituationen. Ziel der dortigen Forschungen ist es, Hypothesen über wirtschaftliches Verhalten zu überprüfen und Investitionsverhalten, Kreativität und Innovationsprozesse besser zu verstehen.



Prof. Dietmar Harhoff, Prof. Josef Drexler, Prof. Reto M. Hilty

Veränderungen gab es zudem im Kuratorium des Instituts. Das Kuratorium, das jährlich zusammentritt und den Austausch mit fachnahen Institutionen und der Wirtschaft sicherstellt, traf sich im Jahr 2014 erstmals in neuer Zusammensetzung und beriet über die erweiterten Forschungsaktivitäten des Max-Planck-Instituts. Im Kuratoriumskreis sind nunmehr vermehrt Unternehmensvorstände und Leiter von Innovationsabteilungen aus Großunternehmen und Mittelstand vertreten.

Wesentliche Neuerungen betreffen darüber hinaus die Zusammensetzung des Fachbeirats des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb, dessen hauptsächliche Aufgabe darin besteht, die wissenschaftlichen Leistungen des Instituts zu evaluieren. Im Jahre 2013 wurden insgesamt acht führende Wissenschaftler des In- und Auslandes durch den Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft als neue Mitglieder für eine Amtszeit von sechs Jahren berufen, wobei auf Antrag des Instituts eine Verlängerung um weitere 3 Jahre in Betracht kommt. Insgesamt verfügt der neue Fachbeirat nunmehr über 12 Mitglieder.

Die nächste Evaluierung des Instituts durch den Fachbeirat wird im November 2015 stattfinden. Damit vollzieht das Institut einen Wechsel zur dreijährigen Evaluierung, wie sie schon bislang Praxis an der Mehrzahl der Max-Planck-Institute vor allem aus den naturwissenschaftlichen Sektionen war.

Zu Veränderungen kam es auch an der Spitze der Institutsverwaltung. Der langjährige Leiter der Verwaltung, Bernd Höller, trat im Jahr 2013 die Stelle des Verwaltungsleiters an einem neuen Max-Planck-Institut in Frankfurt am Main an. Mit Hendrik Wanger, der ebenfalls über langjährige Erfahrungen als Verwaltungsleiter innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft verfügt, konnte sehr schnell ein Nachfolger gefunden werden. Im Laufe des Jahres 2015 wird es nochmals zu einer Veränderung kommen, da Hendrik Wanger als Verwaltungsleiter an ein Max-Planck-Institut in Garching wechseln wird. Das Kollegium und die Mitarbeiter danken Bernd Höller und Hendrik Wanger für die umsichtige und konstruktive Leitung der Verwaltung.

Besondere Unterstützung erfährt das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb mittlerweile durch den Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter, der sich in zahlreiche Aktivitäten des Instituts einbringt. Der Verein konnte in den letzten Jahren die Zahl seiner Mitglieder wesentlich erhöhen. Die vom Institut zusammen mit dem Verein jährlich organisierten Alumni-Tagungen haben sich zu einem wichtigen Forum für den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis und einem festen Bestandteil des akademischen Kalenders am Institut entwickelt.

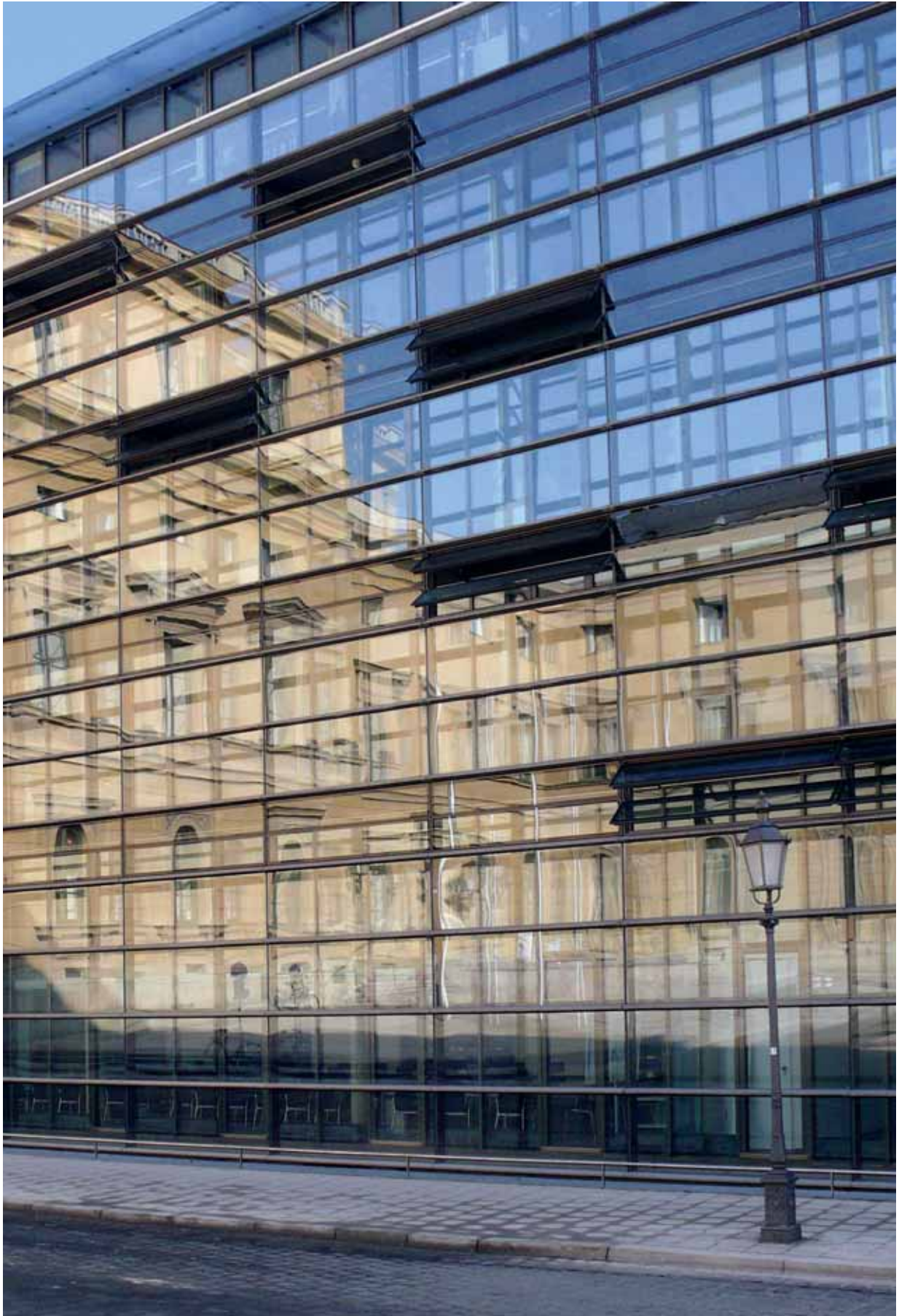
Im Jahr 2016 wird das Institut sein 50-jähriges Bestehen feiern. Hierzu werden die Alumni, Kooperationspartner des Instituts und sonstige interessierte Kreise im Laufe des Jahres weitere Informationen erhalten. Derzeit wird intensiv an der Konzeption für eine Festveranstaltung gearbeitet, in der die bisherigen Arbeiten des Instituts gewürdigt und ein Ausblick auf neue Forschungsprojekte und -perspektiven gegeben werden soll.

Das Kollegium dankt besonders den Mitgliedern des Fachbeirats, die sich im Jahr 2012 mit großem Engagement und Verantwortungsbewusstsein der Aufgabe der vergleichenden Evaluierung gestellt haben, sowie den Mitgliedern des Kuratoriums für die Unterstützung und konstruktive Begleitung der Arbeit des Instituts. Allen wissenschaftlichen Mitarbeitern sei gedankt für die herausragende Arbeit, einschließlich ihres Einsatzes bei der Betreuung zahlreicher Gäste und Stipendiaten aus der ganzen Welt. Dank gebührt zudem den Mitarbeitern der Verwaltung, der Bibliothek, der IT-Abteilung, der Sekretariate und des MIPLC für ihren wertvollen Einsatz. Für die hervorragende Koordination und Mitarbeit bei der Erstellung dieses Berichts gilt der Dank des Kollegiums Frau Sylvia Kortüm, Frau Myriam Rion und Herrn Claus Schönberner.

München, im Mai 2015



Dietmar Harhoff  
(Geschäftsführender Direktor)



# INHALT

## VORWORT

<b>A</b>	<b>INNOVATION UND WETTBEWERB – NEUE HERAUSFORDERUNGEN</b>	<b>12</b>
	<b>Innovation und Wettbewerb – Neue Herausforderungen für Wissenschaft, Politik und Wirtschaft</b>	<b>13</b>
<b>B</b>	<b>IMMATERIALGÜTER- UND WETTBEWERBSRECHT</b>	<b>18</b>
<b>I</b>	<b>Rechtsgebiete</b>	<b>19</b>
1	Immaterialgüterrecht	19
1.1	Technische Innovationsschutzrechte	19
1.2	Urheber- und Designrecht	26
1.3	Marken- und Kennzeichenrecht	33
2	Wettbewerbsrecht	37
2.1	Kartellrecht	37
2.2	Recht gegen den unlauteren Wettbewerb	46
<b>II</b>	<b>Projekte</b>	<b>49</b>
1	Übergreifende Projekte	49
1.1	Principles for Intellectual Property Provisions in Bilateral and Regional Agreements	49
1.2	TRIPS 94 plus 20 – Beyond Trade Rules	52
1.3	Patent Declaration	54
1.4	Perspektiven des europäischen Immaterialgüterrechts	57
1.5	Einheitspatent und Einheitliche Patentgerichtsbarkeit	61
1.6	Zukunft des Wahrnehmungsrechts in der Europäischen Union	66
1.7	International Instrument on Permitted Uses in Copyright Law	71
1.8	Schutz von Geschäftsgeheimnissen	74
1.9	Copyright, Competition and Development	77
1.10	Economic Characteristics of Developing Jurisdictions: Their Implications for Competition Law	82
1.11	Zugang zu standardessentiellen Patenten	87
1.12	Competition on the Internet	91
1.13	Corporate Social Responsibility – Verbindliche Standards des Wettbewerbsrechts?	93
1.14	FairEconomy – Crises, Culture, Competition and the Role of Law	96



2	Habilitationen	100
	Wirtschaftsordnung durch Zivilgerichte – Evolution und Legitimation der Rechtsprechung in deregulierten Branchen (Rupprecht Podszun)	100
3	Dissertationen	104
3.1	Towards a European Law of Exploitation Contracts of Intellectual Property Rights (Theodoros Chiou)	104
3.2	Know-how-Schutz im Umbruch – Rechtsdogmatische und informationsökonomische Überlegungen (Michael Dorner)	106
3.3	Perspektiven für ein Europäisches Urheberrecht (Oliver Fischer)	108
3.4	„Reverse Payments“ als Mittel zur Beilegung von Patentstreitigkeiten – ein Verstoß gegen das Kartellrecht? (Filipe Fischmann)	110
3.5	The Right to Make Adaptations in Copyright: General Versus Limited Approaches (Patrick Goold)	112
3.6	Der Schutz gegen den unlauteren Wettbewerb in Deutschland und England vor dem Hintergrund fortschreitender europäischer Harmonisierung (Vera Haesen)	114
3.7	Der Werkbegriff in Europa – eine rechtsvergleichende Untersuchung des britischen, französischen und deutschen Urheberrechts (Eva-Marie König)	116
3.8	Liability Rules in Patent Law – A Legal and Economic Analysis (Daniel Krauspenhaar)	118
3.9	Durchsetzung von Patentrechten auf geografisch-teilbare Erfindungen – Untersuchung der materiell-rechtlichen Vorschriften in grenzüberschreitenden Fällen (Agnieszka Kupzok)	120
3.10	Technologie statt Vertrag? Sachmangelbegriff, negative Beschaffenheitsvereinbarungen und AGB-Kontrolle beim Kauf digitaler Güter (Mark-Oliver Mackenrodt)	122
3.11	Das Recht und die Praxis der Verwertungsgesellschaften in Südosteuropa – regionale Besonderheiten und EU-Einflüsse (Iza Razija Mešević)	124
3.12	Der Parallelhandel mit Arzneimitteln im europäischen Binnenmarktrecht (Johanna Müller-Graff)	126
3.13	Die kollisionsrechtliche Behandlung der Haftung für die Ermöglichung von Immaterialgüterrechtsverletzungen (Sophie Neumann)	128
3.14	Markenfunktionen und referierende Benutzung (Maria Elena Paulus)	130
3.15	Die Verteidigung privater Interessen im Rahmen von Kartellschadensersatzansprüchen, mit Schwerpunkt in der Aktivlegitimation (Patricia Pérez Fernández)	132

3.16	Strategisches Verhalten bei der Nutzung von Patenten in Standardisierungsverfahren aus der Sicht des europäischen Kartellrechts (Peter Picht)	134
3.17	Promoting a Second-Tier Protection Regime for Innovation of Small and Medium-Sized Enterprises in South Asia: The Case of Sri Lanka (Nishantha Sampath Punchi Hewage)	136
3.18	Evaluation Criteria of Misleading Advertising in the European Union and Lithuania (Mantas Rimkevičius)	138
3.19	Anwaltswerbung in Deutschland und England – Zugleich ein Beitrag zur Schnittstelle zwischen Berufs- und Lauterkeitsrecht (Matthias Ringer)	140
3.20	Copyright and Cultural Consonance: Insights from an Empirical Legal Study on Piracy in the Indian Film Industry (Arul George Scaria)	142
3.21	Exklusivität und Kollektivierung – das skandinavische Modell der Erweiterten Kollektiven Lizenz („Extended Collective Licenses“) (Felix Trumpke)	144
3.22	Die Benutzung der Marke in vergleichender Werbung (Philipp Venohr)	146
3.23	Zusagen im EU-Beihilferecht (Christian von Köckritz)	148
3.24	Chinese Merger Control Law – An Assessment of its Competition-Policy Orientation after the First Years of Application (Tingting Weinreich-Zhao)	150
3.25	Tschechisches und slowakisches Lauterkeitsrecht im Lichte der europäischen Rechtsangleichung (Jana Zajacová)	152
3.26	Der Lizenzvertrag im chinesischen Schutz- und Schuldrecht (Yi Zhang)	154
<b>III</b>	<b>Veröffentlichungen, Vorträge, geförderte Forschungsarbeiten, Lehrtätigkeiten, Ehrungen und Preise</b>	<b>156</b>
1	Veröffentlichungen	156
1.1	Zeitschriften	156
1.1.1	Zeitschriften des Instituts	156
1.1.2	Unter Mitwirkung von Institutsangehörigen herausgegebene Zeitschriften	156
1.2	Schriftenreihen	157
1.2.1	Schriftenreihen des Instituts	157
1.2.2	Unter Mitwirkung von Institutsangehörigen herausgegebene Schriftenreihen	161
1.3	Veröffentlichungen von Institutsangehörigen	162
1.4	Herausgeberwerke	204

2	Vorträge der Institutsangehörigen	207
3	Geförderte Forschungsarbeiten	247
3.1	Abgeschlossene Forschungsarbeiten	247
3.1.1	Habilitationen	247
3.1.2	Dissertationen	247
3.2	Laufende Forschungsarbeiten	251
3.2.1	Habilitationen	251
3.2.2	Dissertationen	251
4	Lehrtätigkeiten	254
5	Ehrungen, Preise	256
<b>IV</b>	<b>Veranstaltungen und Tagungen</b>	<b>258</b>
1	Veranstaltungen des Instituts	258
1.1	Tagungen und sonstige Veranstaltungen	258
1.2	Gastvorträge	262
1.2.1	Asia Round Table	262
1.2.2	MIPLC Lecture Series	262
1.2.3	[IP] <sup>2</sup> – Intellectual Property in Practice	263
1.2.4	Vortragszyklus: Patentrecht in der Krise	264
1.2.5	Munich Max Planck Campus for Legal and Economic Research: Campus Vortragsreihe 2012	264
1.2.6	Kartellrechtszyklus	264
1.2.7	Sonstige Gastvorträge	265
1.3	Empfang von ausländischen Delegationen	265
1.4	Lehrgänge	266
2	Teilnahme an Konferenzen, Kongressen und Tagungen	267

<b>C</b>	<b>INNOVATION AND ENTREPRENEURSHIP RESEARCH</b>	<b>294</b>
<b>I</b>	<b>Die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung: Forschungsprofil, Forschungsfelder, Forschungsmethoden</b>	<b>295</b>
<b>II</b>	<b>Projekte</b>	<b>298</b>
1	Datenprojekte	298
1.1	Erfindermobilität (Karin Hoisl)	298
1.2	Clean-Technology-Innovation in Deutschland – eine Verknüpfung von Befragungs- und Erfindernetzwerkdaten (Christian Steinle)	300
1.3	Patent Transfer in Europe (Fabian Gaessler)	303
1.4	Patent Litigation Project (Fabian Gaessler)	305
2	Mitwirkung in SFB und DFG-geförderten Projekten	307
2.1	Informationsinfrastrukturen für Forschungsdaten: Das Projekt European Data Watch Extended (EDaWaX) (Frank Mueller-Langer)	307
2.2	SFB/TR 15 (Sebastian Stoll)	310
3	Ausgewählte Forschungsprojekte	314
3.1	Income, Productivity and the Gender Gap in Industrial Research (Karin Hoisl)	314
3.2	Who is Afraid of Pirates? An Experiment on the Deterrence of Innovation by Imitation (Marco Kleine)	316
4	Kooperationsprojekt Experimentallabor	319
	Das Max-Planck-Labor für Experimentalforschung der Sozialwissenschaften (econlab) und experimentelle Forschung der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung (Marco Kleine)	319
5	Habilitationen	322
	Knowledge Acquisition, Learning and Innovation Performance (Karin Hoisl)	322
6	Dissertationen	326
6.1	Regulatory Stringency and Innovation in Green Technologies in the Automotive Industry: The Case of Germany, India, China and Brazil (Ashish Bharadwaj)	326
6.2	Entwicklung, Einsatz und Validierung eines Diagnose-instrumentes zur Messung des Innovations- und Intrapreneurship-Klimas (Sarah Eckardt)	328
6.3	Essays on Information Problems in Financial Services (Fabian Kühnhausen)	330
6.4	Ähnlichkeit von Patenten – Entwicklung, empirische Validierung und ökonomische Anwendung eines textbasierten Ähnlichkeitsmaßes (Michael Natterer)	332

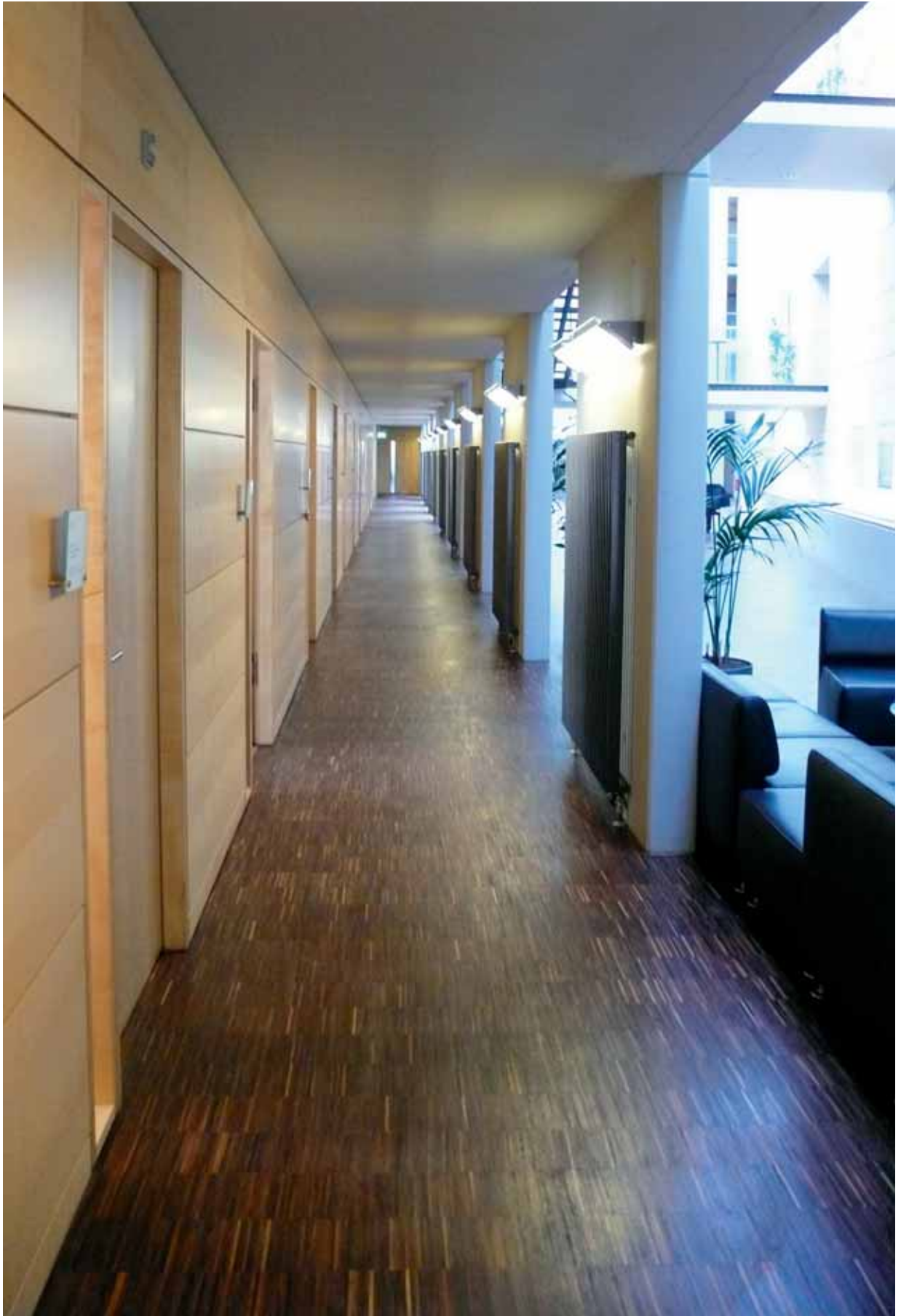
6.5	Risikoneigung, Innovationsdynamik und Produktivität in Familienunternehmen (Matthias Pötzl)	334
6.6	An Economic Investigation of the Use and Impact of Patents and Trade Marks in Germany (Philipp Schautschick)	336
6.7	Entwicklung, Optimierung und Validierung eines 360°-Diagnoseinstrumentes zur Erkennung von Intrapreneurship-Potenzialen bei Mitarbeitern (Nina Schießl)	338
6.8	Essays in Industrial Organization: Umbrella Branding, Non-Binding Auctions and Opaqueness of the Patent System (Sebastian Stoll)	340
6.9	Essays on the Economics of Patents, Standards and Innovation (Thimo Stoll)	342
6.10	Industrieevolution – Lokale Agglomeration, Markteintrittsbedingungen, vertikale Industriestrukturen und das Überleben von Firmen (Roland Stürz)	344
6.11	Ideologie und technologischer Wandel – eine empirische Untersuchung der Adoption von Elektromobilität (Alexander Suyer)	346
7	Wissenschaftliche Politikberatung	348
7.1	Das Jahresgutachten 2014 der Expertenkommission Forschung und Innovation	348
7.2	HdF2014 <i>plus</i> – Evaluation des Kooperationsmodells „Haus der Forschung“	350
7.3	Das Jahresgutachten 2013 der Expertenkommission Forschung und Innovation	352
<b>III</b>	<b>Veröffentlichungen, Vorträge, geförderte Forschungsarbeiten, Lehrtätigkeiten, Ehrungen und Preise</b>	<b>354</b>
1	Veröffentlichungen	354
1.1	Zeitschriften	354
1.1.1	Zeitschriften des Instituts	354
1.1.2	Unter Mitwirkung von Institutsangehörigen herausgegebene Zeitschriften	354
1.2	Schriftenreihen	354
1.2.1	Schriftenreihen des Instituts	354
1.2.2	Unter Mitwirkung von Institutsangehörigen herausgegebene Schriftenreihen	354
1.3	Veröffentlichungen von Institutsangehörigen	355
1.4	Herausgeberwerke	360
2	Vorträge	361

3	Geförderte Forschungsarbeiten	371
3.1	Abgeschlossene Forschungsarbeiten	371
3.1.1	Habilitationen	371
3.1.2	Dissertationen	371
3.2	Laufende Forschungsarbeiten	371
3.2.1	Habilitationen	371
3.2.2	Dissertationen	371
4	Projekte mit Drittmittelförderung	372
5	Lehrtätigkeiten	372
6	Ehrungen, Preise	373
<b>IV</b>	<b>Veranstaltungen, Tagungen</b>	<b>375</b>
1	Veranstaltungen der Abteilung	375
1.1	Tagungen und sonstige Veranstaltungen	375
1.2	Gastvorträge	377
2	Teilnahme an Konferenzen, Kongressen und Tagungen	379

## **D** MUNICH INTELLECTUAL PROPERTYLAW CENTER (MIPLC) **384**

## **E** ORGANISATION, AUSSTATTUNG **392**

<b>I</b>	<b>Publikationswesen</b>	<b>393</b>
<b>II</b>	<b>IT</b>	<b>395</b>
<b>III</b>	<b>Presse- und Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>398</b>
<b>IV</b>	<b>Bibliothek</b>	<b>399</b>
<b>V</b>	<b>Gleichstellung und Chancengleichheit</b>	<b>406</b>
<b>VI</b>	<b>Administration</b>	<b>409</b>
<b>VII</b>	<b>Personalien, wissenschaftlicher Nachwuchs und Gastwissenschaftler</b>	<b>411</b>
<b>VIII</b>	<b>Haushalt</b>	<b>420</b>
1	Kernhaushalt	420
2	MPG Vorhaben	420
3	Drittmittel	421
	<b>Kuratorium</b>	<b>422</b>
	<b>Fachbeirat</b>	<b>424</b>
	<b>Impressum</b>	<b>426</b>



A

# INNOVATION UND WETTBEWERB – NEUE HERAUSFORDERUNGEN





**A**

## Innovation und Wettbewerb – Neue Herausforderungen für Wissenschaft, Politik und Wirtschaft

Grundlagenforschung, wie sie in den Instituten der Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion der Max-Planck-Gesellschaft betrieben wird, lebt nicht aus sich heraus. Vielmehr tritt sie vielfach mit neuen Entwicklungen in Wissenschaft, Technologie, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Kontakt. Sie erhält neue Anregungen und befruchtet die Diskurse in diesen Bereichen. Kontext stiftet Bedeutung – auch die Forschungsprojekte des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb stellen sich neuen Entwicklungen und wirken mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen auf diese ein.

Die Erforschung von Innovations- und Wettbewerbsprozessen sowie die Gestaltung der Rahmenbedingungen für diese Prozesse stehen im Mittelpunkt der Forschung am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb. Mit der Erweiterung des Instituts um eine wirtschaftswissenschaftliche Abteilung wird der Tatsache Rechnung getragen, dass rechtswissenschaftliche Aspekte bei dieser Analyse- und Gestaltungsaufgabe heutzutage oft nicht allein ausschlaggebend sind. Ökonomische Betrachtungen stellen für Rechtswissenschaftler ein wichtiges, komplementäres Instrumentarium dar. Vice versa nutzen Ökonomen vermehrt Einsichten aus den Rechtswissenschaften, um die von ihnen betrachteten Prozesse und Institutionen realistischer modellieren und empirisch untersuchen zu können. Mit komplementären Ansätzen in der Forschung lassen sich auch wichtige neue Phänomene besser bewerten, die in Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft vermehrt auftreten. Dem trägt die Erweiterung des Institutsprofils Rechnung.

Die Forschungsthemen des Instituts erfahren derzeit große Aufmerksamkeit, nicht nur in der wissenschaftlichen Diskussion, sondern auch im politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Dies liegt an einer Vielzahl von Faktoren, unter anderem auch dem Aufkommen neuer Technologien und Organisationsmodelle. An dieser Stelle sollen beispielhaft nur

drei wichtige Entwicklungen genannt werden – eine weitere Diskussion aus Sicht der Rechts- und der Wirtschaftswissenschaften erfolgt in den jeweiligen Fachberichten.

### Die Öffnung von Innovationsprozessen – Open Innovation

Historisch betrachtet sind systematisch betriebene Innovationsprozesse ein junges Phänomen. Die ersten Forschungslabore wurden in Deutschland und den USA im Zeitraum von 1870 bis 1880 eingerichtet. Bis in die 1980er Jahre blieben diese Labore üblicherweise am Hauptsitz der Unternehmen angesiedelt. Seither ist in Großunternehmen eine Tendenz festzustellen, international verteilte Netzwerke von Forschungs- und Innovationseinheiten zu unterhalten, um global verteilte Wissensquellen besser erschließen zu können. Mit der wachsenden Bedeutung virtueller Kommunikation ergeben sich neue Möglichkeiten: Einige Unternehmen kündigen – so die Bayer AG in ihrem *grants4targets*-Projekt – Forschungsthemen global an und wählen in einem Wettbewerbsverfahren besonders Erfolg versprechende Beiträge von Forschergruppen aus aller Welt aus. Sie sprechen gezielt Innovatoren in *user communities* an, nutzen gleichzeitig aber auch unternehmensinterne Netzwerke, um die Kompetenz der eigenen Mitarbeiter zu nutzen. Der rein intern geführte, exakt strukturierte Innovationsprozess der 1980er Jahre ist inzwischen längst durch einen offenen Prozess ersetzt worden, der viele Akteure – intern wie extern – einbindet. *Open innovation*, lange Zeit ein Schlagwort, wird zunehmend Realität in Unternehmen.

In der neuen Welt der Innovation werden Beiträge vieler Akteure zusammengeführt. Es winken Effizienzgewinne, weil eine verstärkte Arbeitsteilung möglich wird. Aber die Erhöhung der Zahl der Schnittstellen und Übergabepunkte für diese Beiträge bedingt neue Transaktionen und Märkte. Einige davon werden durch rechtliche Maßnahmen zur Sicherung der Interessen der Akteure begleitet, in

anderen etablieren sich Muster von sozialen Normen und Reziprozität, die sich ohne rechtliche Schutzinstrumente ergeben. Manche Beobachter konstatieren bereits ein erhebliches Wachstum bei Lizenzierung und Technologietransfers.

Allerdings sind diese Indikatoren selbst nicht unbedingt Belege für eine rein positiv zu bewertende Entwicklung. Die Zahl der Lizenzvergaben steigt – zumindest in den USA – auch deshalb, weil „Trolle“ Patentrechte nutzen, um durch Androhung von kostenträchtigen Gerichtsverfahren Lizenzentnahmen zu erzielen. Auch die steigende Zahl von Patentübertragungen mag in gewissem Umfang ein Artefakt sein – hervorgerufen durch Transaktionen innerhalb von steueroptimierenden Unternehmensgruppen, die ihre Schutzrechte in Länder transferieren, in denen sog. Patentbox-Regelungen eingeführt wurden, welche eine deutlich reduzierte Besteuerung für Lizenzentnahmen vorsehen. Zwischen einer positiv erachteten Intensivierung von Technologiemärkten und einer Negativentwicklung infolge von Trollen und Steueroptimierung liegt oft nur ein schmaler Grat – oder besser gesagt, eine empirische Differenzierung, der sich die Forschungsarbeiten des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb annehmen.

Generell stellt sich die Frage, welche Rolle Schutzrechte in einer neuen, offenen Innovationswelt spielen werden. Eine wissenschaftlich fundierte Antwort steht bisher noch aus. Zum einen impliziert *open innovation* in gewissem Umfang einen Verzicht auf Exklusivität und Geheimhaltung. Zum anderen ergibt sich aus einer Vielzahl neuer Schnittstellen und Akteure auch der Bedarf nach einer rechtlichen und ökonomischen Absicherung von Interessen dieser Akteure. Wer im Zuge der stärkeren Fragmentierung von Innovationsaktivitäten spezialisierte Dienstleistungen erbringt, verfolgt in der Regel ein Gewinninteresse – das verstärkte Auftreten von sozialen Innovationen und sozialem Unternehmertum lässt aber auch ganz neue Geschäftsmodelle zu. Es bedarf weiterer Forschungsarbeiten, um genau sagen zu können, unter welchen Umständen und für welche Kontexte Ausschlussrechte wie Patente weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

## Digitalisierung und Vernetzung

Neben der Öffnung von Innovationsprozessen spielen Digitalisierung und Vernetzung eine immer größere Rolle. Neu ist dabei vor allem die zunehmende Vernetzung von technischen Systemen in Arbeit und Freizeit. Damit werden die Anwendungsräume digitaler Techniken erheblich erweitert – zum Beispiel in Medizin, Medien, Energiewirtschaft, Produktion und bei der sozialen Interaktion. Schon heute bieten Smartphones Möglichkeiten zur Erfassung großer Datenmengen, die zur Grundlage neuer Geschäftsmodelle werden. *Big Data*-Ansätze treten derzeit in vielen Anwendungsbereichen zutage und gewinnen an Bedeutung. Die Digitalisierung verändert auch Produktionssysteme grundlegend: Gerade für Länder wie Deutschland mit besonders hohen Wertschöpfungsanteilen in der Industrie werden weitreichende Anpassungsprozesse möglich und nötig. Diese Entwicklungen werden unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ von Regierung und Wirtschaft begleitet. Viele Unternehmen in Deutschland erfahren gerade das Aufkommen neuer Geschäftsmodelle in der digitalen Wirtschaft als eine wichtige Herausforderung, bei deren Bewältigung auch Fragen an die Wissenschaft gerichtet werden.

Dabei ist die Wissenschaft selbst von den Veränderungen massiv betroffen. *Big Data*-Ansätze werden vermehrt auch in der Forschung zum Einsatz gebracht. Neue Ansätze wie die *Digital Humanities* oder *Computational Social Sciences* formieren sich und werden in den einzelnen Disziplinen aufgegriffen und weiterentwickelt. Wissenschaftskommunikation bedient sich zunehmend der sozialen Medien. Die gedruckte Zeitschrift tritt in den Hintergrund, elektronische Journals gehören längst zum wissenschaftlichen Alltag. Mit der verstärkten Nutzung von Open-Access-Publikationen versucht die Wissenschaft, die Verfügbarkeit neuer Forschungsergebnisse zu stärken. Welche Ansätze dabei aber besonders erfolgreich und welche nur Makulatur sind, ist derzeit noch ungeklärt.

Digitalisierung und Vernetzung sind auch längst zu einem zentralen Thema in der politischen Diskussion geworden. Das Internet

hat sich zu einem neuen Handlungsraum entwickelt, in dem der Ordnungsrahmen der rein physischen Welt nicht mehr ausreicht. Gerade die deutsche Politik beschäftigt sich seit einigen Jahren verstärkt mit den Auswirkungen einer zunehmend digitalen, vernetzten Welt. Eine Bestandsaufnahme wurde zu Beginn der Legislaturperiode 2013–2017 mit der Digitalen Agenda der Bundesregierung vorgelegt. Neben der Schaffung einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur (Breitbandversorgung) geht die Regierung auch auf Fragen des Datenschutzes, der Datensicherheit und der Gestaltung des Urheberrechts ein. So wird in der Digitalen Agenda und im Koalitionsvertrag die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke gefordert. Der rechtliche Rahmen für den Datenschutz soll in Europa auf eine vereinheitlichte Grundlage gestellt werden. Durch Normierungs- und Standardisierungsmaßnahmen soll der Binnenmarkt weiter vereinheitlicht werden. In anderen europäischen und nichteuropäischen Ländern laufen derzeit ähnliche Diskussionen.

### Digitale Plattformen und Marktmacht

Zudem wird immer häufiger die Frage gestellt, welche Konsequenzen die Bildung von Plattformsystemen bei großen Anbietern digitaler Dienstleistungen nach sich zieht. Angesichts des immensen Wachstums einiger Internetunternehmen wird zunehmend gefragt, ob sich im Internet neue natürliche Monopole bilden, weil die im Internet erzielbaren Skaleneffekte andere Marktstrukturen langfristig ökonomisch unmöglich machen. So bilden sich innerhalb der beiden dominanten Betriebssysteme für mobile Kommunikationsgeräte Plattformen heraus, innerhalb derer Wettbewerb herrscht. Allerdings bestimmen die Plattformeigentümer die Regeln des Wettbewerbs bis hin zur Preissetzung. Hier stellt sich die Frage, ob und in welcher Form führende Unternehmen der digitalen Wirtschaft Marktmacht erlangen und wie sie diese Marktmacht einsetzen. Besondere Herausforderungen für Regulierer, aber auch für die Forschung ergeben sich daraus, dass eine eigentlich klassische Frage des



*Teilnehmer des Strategieworkshops, Schloss Hohenkammer, September 2014*

Wettbewerbsrechts und der Wettbewerbsökonomie nunmehr im Kontext neuer Technologien und neuer Formen des Nutzerverhaltens beantwortet werden muss, deren Verständnis bisher noch unvollständig ist.

### Erweiterungen der Forschungsmethoden

Auch im Methodenspektrum des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb gibt es Veränderungen. In der Politik wird der Ruf nach einer evidenzbasierten Beratung durch die Wissenschaft stärker. Damit ist nicht nur gemeint, dass mehr und bessere datengestützte Analysen bei der Formulierung von neuen Gesetzen zugrunde gelegt werden sollen. Vielmehr enthält der Aufruf auch die Forderung, dass die Evidenz kausale Zusammenhänge beleuchten und nicht nur Korrelationen aufzeigen soll, die durch eine Vielzahl von Effekten hervorgerufen werden. Gerade in diesem Bereich kann die neue wirtschaftswissenschaftliche Abteilung des Instituts die Forschung unterstützen. Gemeinsam mit dem Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen wird ein Experimental-labor aufgebaut und betrieben, in dem grundlegende Motive für Innovation und Determinanten von Kreativität untersucht werden. Zudem sollen in Zukunft Feldexperimente eingesetzt werden, um belastbare Grundlagen für Handlungsempfehlungen an die Politik zu entwickeln.

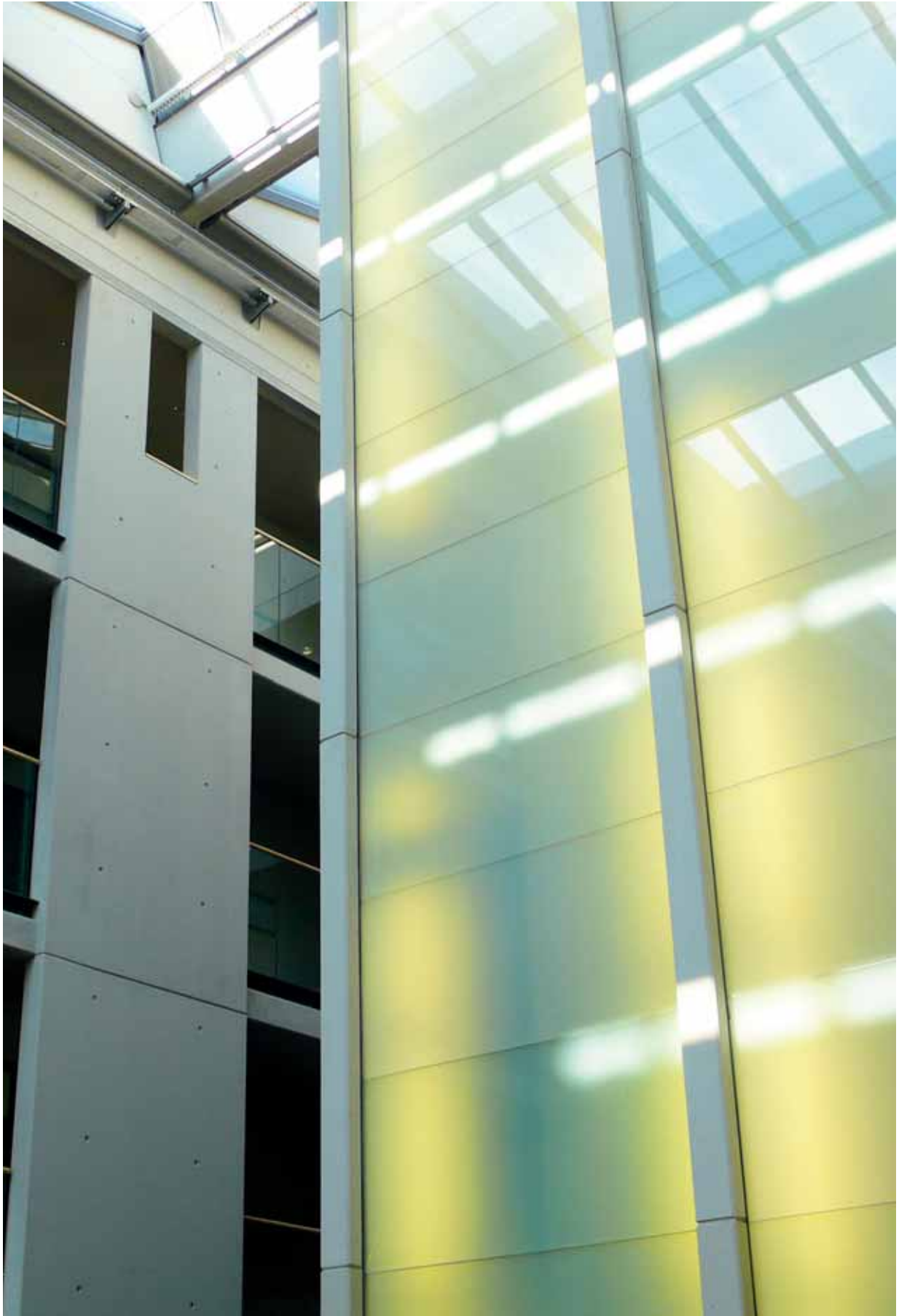
### Neue Organisationsformen und Methoden am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

Aus den beispielhaft genannten technischen, ökonomischen und politischen Entwicklungen ergibt sich erheblicher Forschungsbedarf. Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb kann dazu beitragen, die wissenschaftlichen Grundlagen für weitere Reformmaßnahmen namentlich auf nationaler und europäischer Ebene zu schaffen. Vor allem aber leistet es mit seiner Forschung einen Beitrag zu einem vertieften Verständnis der Entwicklungen. Die von Max Planck formulierte Devise „Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen“ gilt auch hier. Die

Erweiterung des Instituts durch die Kombination von rechts- und wirtschaftswissenschaftlicher Forschung wird es in Zukunft ermöglichen, wichtige Forschungsprojekte stärker als bisher interdisziplinär anzulegen.

Um neue Formen der Zusammenarbeit zu erkunden, fand im Herbst 2014 der erste gemeinsame Strategieworkshop des Instituts mit Wissenschaftlern beider Fachrichtungen statt. Dabei wurden die hier skizzierten neuen Entwicklungen intensiv diskutiert und aus Sicht der etablierten disziplinären Forschung kommentiert. Zudem wurde aber auch die Grundlage für ein interdisziplinär angelegtes, bereichsübergreifendes Forschungsprojekt „Strategische Nutzung von Schutzrechten“ gelegt. Eine Arbeitsgruppe von Forschern aus Rechts- und Wirtschaftswissenschaften trifft sich seit Ende 2014 regelmäßig, um Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Standard-essentiellen Patente zu diskutieren und zu koordinieren.

Aufbauend auf Vorarbeiten in beiden Disziplinen sollen in Zukunft gemeinsame, schon in der Konzeption interdisziplinär angelegte Forschungsarbeiten durchgeführt werden. Nicht alle Forschungsprojekte werden interdisziplinär angelegt sein. Im strikten Sinne des Wortes werden es vielleicht nur einige wenige sein. Aber auch die auf die beiden Fachdisziplinen ausgerichtete Forschung wird von Gesprächen, Diskussionen und einem intensiven Austausch über disziplinäre Grenzen hinweg profitieren.



A low-angle, upward-looking photograph of a modern glass skyscraper. The building's facade is composed of a grid of dark metal frames and large glass panels. The glass reflects the sky and a classical building with yellowish-tan walls and ornate architectural details, including columns and decorative carvings. The reflection is clear and detailed, showing the intricate facade of the older building. In the lower-left quadrant, a green exit sign with a white arrow pointing down is visible on one of the glass panels. The overall lighting is bright, suggesting a sunny day, and the colors are dominated by the blue of the sky and the yellow of the reflected building.

**B**

# IMMATERIALGÜTER- UND WETTBEWERBSRECHT

1 **Immaterialgüterrecht**

## 1.1 Technische Innovationsschutzrechte

**Allgemeine Entwicklungen**

Die Entwicklungen in den Jahren 2012 bis 2014 auf dem Gebiet des Patentrechts standen ganz im Zeichen von Apple, Samsung und Co. Die „Smartphone-Kriege“, die sich bereits im letzten Berichtszeitraum angekündigt und über die Jahre zu einem Dauerbrenner entwickelt haben, dürften im Bewusstsein der Medien und der Öffentlichkeit einen bleibenden Eindruck hinterlassen haben. Die erbitterten Streitigkeiten zwischen aufstrebenden und alteingesessenen Technologiekonzernen um die Nutzung standard-essentieller Technologien im Mobilfunkbereich zeugen dabei in erster Linie von den dysfunktionalen Auswirkungen eines strategischen Nutzungen kaum gewachsenen Patentsystems.

Eine der größten Auseinandersetzungen entbrannte um die Insolvenz des Nortel-Konzerns, dessen Patentportfolio an ein Konsortium von Apple, Microsoft, Sony, Ericsson und Rockstar versteigert wurde. Die erworbenen Patente wurden insbesondere gegen Konkurrenten durchgesetzt, die das Android-Betriebssystem und von den ehemaligen Nortel-Patenten geschützte Mobilfunkstandards verwendeten, also Samsung, HTC und Google. Um sich gegen Verletzungsvorwürfe zur Wehr setzen zu können, erwarb Google seinerseits große Teile des Patentportfolios der von Motorola aufgegebenen Geschäftssparte Motorola Mobility. Im Ergebnis wurde das Patent vom Innovationsschutz zum Druckmittel zweckentfremdet. Die eigene Handlungs- und Entwicklungsfreiheit schießen sich nicht mehr durch die Qualität der erworbenen Schutzrechte, sondern nur noch durch bloße Masse sichern zu lassen.

Die Lösung der rechtlichen Fallstricke dieser „Smartphone-Kriege“ – vor allem im Hinblick auf den diskriminierungsfreien Zugang zu standard-essentiellen Patenten – wurde ins-

besondere im Kartellrecht gesucht (dazu B I 2.1), obschon die Probleme eigentlich hausgemacht sind. Das Patentrecht hat sich aber weitgehend aus der Affäre gezogen, womit die Beseitigung einer Reihe seiner dysfunktionalen Effekte einem Rechtsgebiet überlassen bleibt, das hierfür zwar im Ausnahmefall mit validen Instrumenten ausgestattet, im Gesamten damit aber überfordert ist.

Demgegenüber konnte sich die Pharmaindustrie in den letzten Jahren – zumindest in Europa – etwas aus dem Blickpunkt der Öffentlichkeit zurückziehen; aber auch sie liefert noch ausreichend Konfliktstoff. Einen zentralen Gegenstand für Meinungsverschiedenheiten bieten nach wie vor die entgegengesetzten Interessen: einerseits das Interesse an den vom Patentrecht erwarteten Anreizen zur oft teuren Arzneimittelforschung, andererseits das – vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern vorherrschende – Interesse an einer möglichst breiten und kostengünstigen Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten. In diesem Spannungsfeld hat sich eine wachsende Bereitschaft von Entwicklungs- und Schwellenländern gezeigt, zu bisher in der Praxis kaum genutzten Rechtsinstrumenten wie der Zwangslizenz zu greifen (s.a. Internationale Entwicklungen.).

**Patentämter und Patentanmeldungen**

Im Berichtszeitraum setzte sich auch der Trend zu steigenden Patentanmeldungen fort. Das DPMA verzeichnete zwischen 2011 und 2013 einen Anstieg von 59.613 auf 63.158 Anmeldungen, beim EPA stiegen sie von 244.991 auf 265.690. Besonders beeindruckend sind die Zahlen aus China. Die Anzahl der Anmeldungen (für Patente, Gebrauchsmuster und Designs zusammen) stieg zwischen 2011 und 2013 von 1.633.347 auf 2.060.144, was einer Steigerung von 26 Prozent entspricht. Dass diese Zuwächse weniger ein Indiz für vermehrte Innovation als vielmehr für die verstärkte strategische

Relevanz von Patenten sein dürften, ist wissenschaftlich kaum bestritten. Der Forschungsbedarf dazu und insbesondere, welche Auswirkungen strategische Nutzungen von Patenten auf die Innovation haben wird, ist aber noch erheblich. Hierin wird einer der künftig verstärkt zu betreibenden Forschungsschwerpunkte des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb liegen.

Die Praxis scheint derweil eher vom Anliegen getrieben, den Zugang zum Patentschutz weiter zu vereinfachen. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang insbesondere die bereits 2011 ins Leben gerufene „Tegernsee-Expertengruppe“, an der sich neben Vertretern der Patentämter der Vereinigten Staaten, Japans, Großbritanniens, Frankreichs, Dänemarks und Deutschlands auch Vertreter des EPA und des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz beteiligen. Ziel der Expertengruppe ist der informelle Austausch über Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Patentsystem sowie eine Verfahrenserleichterung durch Harmonisierung. Die an das erste Treffen von 2011 anknüpfende Konferenz von 2012 widmete sich folgenden Kernfragen: der Neuheitsschonfrist, der Publikation nach 18 Monaten, der Fristverlängerung, der Problematik der Doppelanmeldungen sowie dem Vorbenutzungsrecht. Im Zuge eines weiteren Treffens 2012 wurde ein Fragebogen erarbeitet und den nationalen Behörden übersandt; die Ergebnisse der Umfrage wurden im April 2014 bei dem vorerst letzten Treffen der Expertengruppe in Triest vorgestellt.

## Internationale Entwicklungen

### Indien

Im Jahr 2012 musste Bayer eine Zwangslizenz für ein Krebsmedikament hinnehmen, das in Indien zu einem Preis vertrieben wurde, der einem Vielfachen des Durchschnittseinkommens entsprach und somit für einen Großteil der betroffenen Bevölkerung nicht bezahlbar war. Dem Pharmaunternehmen Natco wurde zugestanden, das betreffende Medikament bereits acht Jahre vor Ablauf des Patentschutzes herzustellen und zu vertreiben. Bayer sollte hierfür eine Entschädigung in Höhe

von sechs Prozent des Umsatzes (mit dem Originalpräparat) erhalten. Begründet wurde die Zwangslizenz in erster Linie mit dem Schutz der öffentlichen Gesundheit.

Indien ist mit Art. 3 (d) Patentgesetz im Übrigen der Vorreiter im Kampf gegen *Evergreening*. Diese Norm schließt neue Formen und Verwendungen bekannter Substanzen von der Patentierbarkeit aus, sofern kein weiterer therapeutischer Nutzen nachgewiesen werden kann.

Die Zwangslizenz und die Maßnahmen der indischen Regierung gegen *Evergreening* fügen sich in eine allgemeine Tendenz von Entwicklungs- und Schwellenländern ein, sich gegen Beeinträchtigungen des gesundheitspolitischen Interesses durch den Patentschutz für westliche Pharmaindustrien zur Wehr zu setzen; dies kann in einem gewissen Rahmen durchaus legitim und mit dem internationalen Recht vereinbar sein (vgl. dazu auch das Institutsprojekt *Patent Declaration*, in welcher der Spielraum bei der Ausgestaltung des nationalen Patentrechts im Lichte des TRIPS-Übereinkommens ausgelotet wird, siehe B II 1.3). In vielen Ländern dürfte es allerdings eine Frage der Zeit sein, bis sich die heimischen Industrien von „Imitatoren“ zu „Innovatoren“ weiterentwickeln und dann ihrerseits Ansprüche auf starken Patentschutz stellen. Spätestens dann werden auch jene Länder, die dem Patentschutz traditionell eher kritisch gegenüberstehen, ihre „Politik“ überdenken – in Indien zeichnet sich eine solche Kehrtwende bereits ab.

### Brasilien

Seit 2013 wird in Brasilien ein weitreichender Vorschlag zur Reform des Patentrechts diskutiert. Die anvisierten Reformen zielen im Wesentlichen darauf ab, die vom TRIPS-Übereinkommen nach Sicht der Verfasser des Entwurfs offen gelassenen Regelungslücken bzw. die Flexibilität jenes Regelungsrahmens (vgl. dazu das Institutsprojekt *Patent Declaration*, siehe B II 1.3) zu nutzen, um den nationalen Patentschutz mit öffentlichen Interessen besser in Einklang zu bringen. Zu den wichtigsten Änderungsvorschlägen gehören dabei die Lockerung der Datenexklusivität im Rahmen von Marktzu-



lassungsverfahren für Generika, die Verschärfung der Patentierungsvoraussetzungen für neue Formen und Verwendungen bekannter Substanzen (nach dem Vorbild Indiens, s.o.), die Einführung einer staatlichen Benutzungsbefugnis im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt (*government use*), die Klarstellung der Rolle von Arzneimittelbehörden im Erteilungsverfahren sowie zahlreiche andere Vorschläge zur Förderung des Generikamarktes.

### China

Die rasante wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre in China hat sich auch in der Patentpolitik des Landes niedergeschlagen. Im Rahmen der *National Patent Development Strategy* hat sich die Regierung vorgenommen, die Volksrepublik bis zum Jahr 2020 zu einer der innovativsten Regionen der Welt mit Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen in Höhe von 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu machen. Kernbestandteile dieser Strategie sind der effektive Schutz von Patentrechten, deren konsequente Durchsetzung und die Stärkung der Akzeptanz des Immaterialgüterschutzes in der Gesellschaft. Hierzu sollen zivilrechtliche, strafrechtliche und öffentlich-rechtliche Durchsetzungsmechanismen erweitert, die Zahl der Gerichte erhöht und das Anmelde- und Prüfungsverfahren optimiert werden. Flankiert werden diese Maßnahmen – die allerdings nicht zuletzt auch der Abschottung des chinesischen Marktes dienen dürften – durch staatliche Förderungsprogramme wie steuerliche Anreize und Beihilfen für Patentanmeldungen chinesischer Unternehmen.

Bereits heute stellt China mit seinem – seit langem prognostizierten – Anstieg an Patentanmeldungen die ehemaligen Weltmarktführer Japan, Europa und USA in den Schatten. Eine andere Frage ist, ob die Gleichsetzung steigender Patentanmeldungen mit vermehrter Innovation tatsächlich tragfähig ist, oder ob die mit der genannten Strategie letztlich provozierte Flut von qualitativ teilweise zweifelhaften Patenten in absehbarer Zeit nicht zum Fallstrick für Innovatoren wird.

Die zunehmende Bedeutung, die die Volksrepublik dem Immaterialgüterrecht beimisst,

zeigt sich auch in der 2013 in Kraft getretenen Revision des chinesischen Markenrechts, die zu einer deutlichen Stärkung des Markenschutzes in China geführt hat.

### Vereinigte Staaten

Im Berichtszeitraum wurde der *America Invents Act* verabschiedet, durch den das US-amerikanische Patentrecht grundlegend novelliert werden sollte. Die Revision hat für Anwälte und Unternehmen bedeutende Veränderungen mit sich gebracht, deren volkswirtschaftliche Auswirkungen allerdings erst im Laufe der nächsten Jahre erkennbar sein werden.

Das Inkrafttreten der Revision erfolgte in drei Schritten: Am 16. September 2011 wurden zunächst eine Reihe von leicht umsetzbaren Änderungen vorgenommen, darunter die Einführung einer beschleunigten Prüfung (*prioritized examination*), der Ausschluss der Patentierbarkeit von Steuerstrategien und menschlichen Organismen, die Beschränkung der Klagebefugnis bei unzulässiger Patentberühmung auf unmittelbar Betroffene, die Abschaffung der *Best Mode*-Verteidigung und der *Inter-Partes-Reexamination*, die Ausweitung des Vorbenutzungsrechts sowie die Reduzierung der Anmeldegebühren für Einzelerfinder und dergleichen (*micro entities*).

In einem zweiten Schritt wurden am 16. September 2012 weitreichende Änderungen im Bereich des Verfahrens vor dem USPTO eingeführt. Die 2011 abgeschaffte *Inter-Partes-Reexamination* wurde durch zwei neue Verfahren ersetzt: das *Post-Grant-Review* und das *Inter-Partes-Review*. Für beide Verfahren ist das neu eingerichtete *Patent Trial and Appeal Board* zuständig. Außerdem besteht seitdem die Möglichkeit, dass Arbeitgeber im eigenen Namen Patentschutz für Erfindungen ihrer Arbeitnehmer anmelden und somit unmittelbar die entsprechenden Rechte zugewiesen bekommen.

Am 16. März 2013 erfolgte der letzte und gleichzeitig tiefgreifendste Schritt. Mit der Umstellung vom Erfinderprinzip (*first to invent*) auf das Anmelderprinzip (*first to file*) wurde eines der letzten Relikte des US-

amerikanischen Patentrechts zugunsten der internationalen Harmonisierung – zumindest teilweise – aufgegeben. Die wichtigsten Konsequenzen dieser Umstellung sind notwendige Anpassungen der Neuheitsschonfrist sowie die aus der notgedrungenen Abschaffung der Hilmer-Doktrin resultierende Erweiterung des für die Patentanmeldung maßgeblichen Standes der Technik. Im Zuge der Umstellung auf das Anmelderprinzip wurde außerdem das *Derivation*-Verfahren eingeführt, durch das die widerrechtliche Entnahme einer Erfindung durch einen unberechtigten Dritten gerügt werden kann.

Zu den wichtigsten US-amerikanischen Entscheidungen im Berichtszeitraum gehören „Mayo vs. Prometheus“, „Bowman vs. Monsanto“, „Myriad“ und „Alice vs. CLS Bank“.

Im Fall „Mayo vs. Prometheus“ hat sich der Supreme Court mit der Patentierung von Entdeckungen und Naturgesetzen bzw. Naturphänomenen auseinandergesetzt. Er erklärte ein medizinisches Diagnoseverfahren zur Analyse der Wechselwirkung zwischen der Konzentration bestimmter Metabolite im Blut und der Wirksamkeit von Thiopurin-Medikamenten für nicht patentierbar, da es auf einem bloßen – und noch dazu bereits bekannten – Naturphänomen basiere.

In „Bowman vs. Monsanto“ verneinte der Supreme Court die Erschöpfung des Patentschutzes bei der Aussaat sich selbst reproduzierender Pflanzensamen. Samen, die aus dem Anbau rechtmäßig erworbenen, patentierten Pflanzensaatgutes entstanden seien, dürften nicht ohne Genehmigung des Patentinhabers reproduziert werden. Dass sich Pflanzensamen selbst reproduzieren, ändere hieran nichts, da andernfalls Patente an Pflanzensamen praktisch wertlos wären.

Mit dem Fall „Myriad“ hat der Supreme Court eine Grundsatzentscheidung zur Patentierung menschlichen Erbguts getroffen, die auf viele Bereiche der Gentechnologie und der Medizin wesentliche Auswirkungen hat. Nach Auffassung des Gerichts kann synthetische DNA patentiert werden, natürliche DNA dagegen nicht. Im konkreten Fall ging es um die

Gültigkeit zweier Patente, die sich auf krebsauslösende menschliche Gensequenzen bezogen.

Im Fall „Alice vs. CLS Bank“ verneinte der Supreme Court den Patentschutz für eine computerimplementierte Reduzierung des vertraglichen Erfüllungsrisikos finanzieller Transaktionen. Die Entscheidung betraf den Einsatz eines Computersystems als Mittler beim Austausch gegenseitiger finanzieller Verpflichtungen. Das Programm sollte finanzielle Transaktionen nur dann zulassen, wenn die notwendigen finanziellen Ressourcen bestehen. Nach Ansicht des Supreme Court stellt dies eine dem Patentschutz nicht zugängliche abstrakte Idee dar.

## Europäische Entwicklungen

In Europa gingen im Berichtszeitraum die Bemühungen um ein einheitliches Patentrecht für den Binnenmarkt weiter, wobei die Fortschritte in politischer und rechtlicher Hinsicht zweifelhaft sind (vgl. dazu B II 1.5). Das Ergebnis des fragwürdigen Kompromisses zum „Europäischen Patent mit einheitlicher Wirkung“ ist ein hybrides, instabiles Konstrukt, bestehend aus zwei im Wege der verstärkten Zusammenarbeit erlassenen EU-Verordnungen (VO 1257/2012 zum materiellen Recht und 1260/2012 zur Übersetzungsregelung) und einem ohne Beteiligung der Union geschlossenen internationalen Übereinkommen über ein einheitliches Patentgericht, in dem sich – mit der unverblühten, aber kaum durchsetzbaren Absicht, den EuGH aus Fragen des materiellen Patentrechts herauszuhalten – der Großteil der Regelungssubstanz zum Einheitspatent wiederfindet. Das Inkrafttreten des „Einheitspatent-Pakets“ bedarf der Ratifikation des Gerichtsübereinkommens durch mindestens 13 Vertragsstaaten, die in den meisten der beteiligten Staaten derzeit noch aussteht, und steht nach wie vor unter dem Vorbehalt der Unionsrechtskonformität des gesamten Vorhabens (vgl. Rs. C-146/13 und Rs. C-147/13).

Überschattet wurden die Fortschritte im Bereich des Einheitspatents durch ernsthafte Governance-Probleme der EPO. Zunächst ge-



riet Präsident Battistelli Ende 2012 durch die Verwendung von Überschüssen des EPO zur Ausschüttung von Boni an die Mitarbeiter anstelle einer Optimierung der Erteilungs- und Prüfungsverfahren in die Kritik. Selbst der Großteil der Prüfer lehnte diese Sonderzahlungen aus Sorge um ihre Unabhängigkeit ab, da die Verknüpfung des Gehalts mit dem operationellen Ergebnis des Amtes augenscheinlich dazu verleitet, ein Patent im Zweifel eher zu erteilen – um damit künftig verteilbare Einnahmen zu erzielen – als abzulehnen. Zudem wurde der Präsident Ende 2014 in einen Skandal verwickelt, nachdem er ein Mitglied einer Beschwerdekammer mit sofortiger Wirkung suspendiert hatte. Dies führte nicht nur zu einem Sturm der Entrüstung bei der Intel-

lectual Property Judges Association, sondern goss auch Öl ins Feuer jener, die sich seit langem für eine institutionelle Verselbständigung der Beschwerdekammern als eigenständiges, unabhängiges Gericht aussprechen. Mit den Ermittlungen wurde inzwischen ein Disziplinarausschuss des Verwaltungsrats betraut. Beide Vorfälle fügen sich in eine Reihe von Führungs- und Policy-Problemen der EPO ein, die an dem bisherigen guten Ruf des Amtes kratzen.

Erst einige Monate zuvor hatte sich die Große Beschwerdekammer in einer Entscheidung vom Mai 2014 zur Befangenheit des Vorsitzenden der Großen Beschwerdekammer bei gleichzeitiger Funktion als Vizepräsident des EPA geäußert und strukturelle Probleme innerhalb des Amtes gerügt. In der Entscheidung bekräftigte die Große Beschwerdekammer, dass eine vernünftige, objektive und informierte Person guten Grund zu der Befürchtung haben könne, der Vorsitzende könne seine richterliche Funktion möglicherweise nicht unbeeinflusst von Vorgaben ausüben, die an ihn als Vizepräsidenten herangetragen werden. Maßgebend sei dabei nicht, ob der Vorsitzende tatsächlich befangen sei oder ob ihm seine Einbindung in das Verwaltungshandeln des Amtes subjektiv zugerechnet werden könne, sondern lediglich, ob ein vernünftiger, objektiver und informierter Betrachter unter Berücksichtigung der Umstände des Falles an der Unbefangenheit zweifeln könne.

Erwähnenswert ist schließlich, dass die Europäische Kommission im März 2014 überarbeitete Vorschriften für die wettbewerbsrechtliche Beurteilung von Technologietransfer-Vereinbarungen angenommen hat (vgl. dazu B I 2.1). Die wichtigsten Merkmale der neuen TT-GVO (Technologietransfer-Gruppenfreistellungsverordnung) sind Orientierungshilfen zu Patentpools und Streitbeilegungsvereinbarungen sowie ein differenzierterer Ansatz zu wettbewerbs- und innovationsbeeinträchtigenden Klauseln.

Strenger geworden ist die neue TT-GVO bezüglich Rücklizenzverpflichtungen, die nun unter allen Umständen verboten sind. Die



Inanspruchnahme einer Lizenz darf insofern keine (vertragliche) Verpflichtung zur Freigabe eigener Patente begründen. Von der Freistellung ebenfalls ausgenommen ist ein Kündigungsrecht des Lizenzgebers, sofern der Lizenznehmer die Gültigkeit der ihm lizenzierten Schutzrechte anfigt. In den Leitlinien zur neuen TT-GVO fällt insbesondere die Privilegierung der Errichtungsvereinbarung eines Patentpools ins Auge, was sich insbesondere im Kontext von Standardpatenten bemerkbar machen dürfte. Die Mitglieder des betreffenden Pools müssen sich allerdings bereit erklären, zu FRAND (*Fair, Reasonable And Non-Discriminatory*)-Bedingungen zu lizenzieren. Aufgrund der möglichen negativen Auswirkungen eines Patentpools – etwa durch Festhalten an alten Standards, die Lizenzierung veralteter Technologie bis hin zur Bildung eines Preiskartells – sind Technologiepools jedoch nicht von der TT-GVO selbst erfasst. Es findet also keine grundsätzliche Freistellung statt.

### Nationale Entwicklungen

Am 1. April 2014 trat eine lang erwartete Reform des deutschen Patentgesetzes in Kraft, die sich vor allem auf das Erteilungsverfahren bezieht. Um die Wettbewerbsfähigkeit des nationalen Patents gegenüber dem Europäischen Patent und dem Einheitspatent zu verbessern, wurde das Anmelde- und Prüfungsverfahren an das Verfahren vor dem EPA

angeglichen. Zu den wichtigsten Reformen gehören die Verlängerung der Einspruchsfrist von drei auf neun Monate, die Öffnung von Einspruchsverhandlungen für die Öffentlichkeit, die inhaltliche Erweiterung des Rechercheberichts (einschließlich inhaltlicher Stellungnahme des Prüfers zur Patentfähigkeit), die Abschaffung des Zusatzpatents sowie die Verlängerung der Frist für das Nachreichen einer deutschen Übersetzung zu einer englischen oder französischen Anmeldung von drei auf zwölf Monate.

Der BGH hat sich in einer Reihe von Entscheidungen mit Fragen des Patentrechts beschäftigt. Zum Thema Neuheit ergingen unter anderem die Entscheidungen „Bildanzeigergerät“ und „Messelektronik für Coriolisdurchflussmesser“. In der erstgenannten Entscheidung (GRUR 2014, 251) ging es um die Offenkundigkeit technischer Informationen durch Überlassen eines Handbuchs. Der Offenkundigkeit – und somit der Neuheitsschädlichkeit – der darin enthaltenen technischen Informationen stehe es nicht entgegen, dass diese nach dem Willen des Veräußerers nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden dürfen und eine Vervielfältigung zu anderen Zwecken untersagt ist. Dies könne nicht als Geheimhaltungsverpflichtung verstanden werden. Der BGH bestätigte hiermit seine im Jahr zuvor ergangene Entscheidung zum Fall „Messelektronik für Coriolisdurchflussmesser“ (GRUR 2013, 367).

Für das Thema Offenbarung ist vor allem der Fall „Dipeptidyl-Peptidase-Inhibitoren“ (GRUR 2013, 1210) von Relevanz, der sich mit generalisierenden Formulierungen in Patentansprüchen auseinandersetzt. Dem Patentanmelder sei es grundsätzlich unbenommen, den beanspruchten Schutz nicht auf Ausführungsformen zu beschränken, die in den ursprünglich eingereichten Unterlagen ausdrücklich beschrieben werden, sondern gewisse Verallgemeinerungen vorzunehmen, sofern dies dem berechtigten Anliegen Rechnung trage, die Erfindung in vollem Umfang zu erfassen. Ob die Fassung eines Patentanspruchs, die eine Verallgemeinerung enthält, dem Erfordernis einer ausführbaren Offenbarung genügt, richte sich danach, ob damit ein Schutz begehrt wird, der nicht über dasjenige hinausgeht, was dem Fachmann unter Berücksichtigung der Beschreibung und der darin enthaltenen Ausführungsbeispiele als allgemeinste Form der technischen Lehre erscheint, durch die das der Erfindung zu Grunde liegende Problem gelöst wird.

Mit der Entscheidung „Fahrzeugnavigationssystem“ (GRUR 2013, 909) bestätigte der BGH seinen Standpunkt zur Schutzzfähigkeit computerimplementierter Erfindungen. Im konkreten Fall ging es um die Sprachführung von Navigationssystemen. Das Gericht stellte fest, dass die Anweisung an den Fachmann, bei der Sprachausgabe eines Navigationshinweises unter bestimmten Bedingungen bestimmte Detailinformationen (hier: Straßennamen) zu berücksichtigen, den Inhalt der durch das Navigationssystem optisch oder akustisch wiedergegebenen Information betreffe und bei der Prüfung der technischen Lehre des Patents auf erfinderische Tätigkeit nicht zu berücksichtigen sei.

Mit Fragen zum Thema Patentverletzung hat sich der BGH unter anderem in den Fällen „Fräsverfahren“, „Flaschenträger“ und „Kabelschloss“ auseinandergesetzt. Im erstgenannten Fall (GRUR 2013, 713) ging es um die hinreichende Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts bei mittelbarer Patentverletzung. Hierzu stellte der BGH fest, dass die für eine Klage auf Feststellung der Schadensersatzpflicht erforderliche Wahrscheinlichkeit,

#### **Zu Technische Innovationsschutzrechte beitragende Institutsangehörige**

*Antons, Drexler, Fischmann, Geiger, Grosse Ruse-Khan, Hilty, Jaeger, Kochupillai, Lamping, Picht, Romandini, Surblyté, Ullrich, Wechsler*

dass der Berechtigte auf Grund einer mittelbaren Patentverletzung einen Schaden erlitten hat, in der Regel zu bejahen sei, wenn zumindest eine rechtswidrig und schuldhaft begangene mittelbare Verletzungshandlung stattgefunden hat. Der BGH bestätigte hiermit seine Entscheidung im Fall „Deckenheizung“ (GRUR 2006, 839). Im Fall „Fräsverfahren“ äußerte sich der BGH auch zur Aktivlegitimation. Solange die Übertragung eines Patents nicht im Patentregister eingetragen wurde, sei allein der zuvor eingetragene Patentinhaber berechtigt, Ansprüche wegen Verletzung des Streitpatents gerichtlich geltend zu machen. Für die Sachlegitimation im Verletzungsrechtsstreit sei nicht der Eintrag im Register, sondern die materielle Rechtslage maßgeblich. Der frühere Patentinhaber, der Ansprüche des neuen Patentinhabers auf Schadensersatz oder Rechnungslegung geltend macht, müsse deshalb seine Klage hinsichtlich des Zeitraums nach dem Rechtsübergang auf Leistung an den neuen Patentinhaber richten.

Nach der Entscheidung „Flaschenträger“ (GRUR 2013, 909) ist der Schutzrechtsverletzer verpflichtet, den durch die Verletzungshandlungen erzielten Gewinn vollständig insoweit, aber auch nur insoweit herauszugeben, als er auf der Benutzung des immateriellen Schutzguts beruht. Der Beschluss „Kabelschloss“ (GRUR 2013, 1212) enthält hierzu einen Nachtrag. Bei der Bestimmung des herauszugebenden Anteils des Verletzergewinns sei regelmäßig auch zu berücksichtigen, ob und inwieweit die erfindungsgemäße Ausgestaltung oder die damit unmittelbar oder mittelbar verbundenen technischen oder wirtschaftlichen Vorteile für die Abnehmer des Patentverletzers erkennbar waren oder ihnen gegenüber werblich herausgestellt wurden.

## 1.2 Urheber- und Designrecht

### Internationale und ausländische Entwicklungen

#### Urheberrecht

Im Bereich des Urheberrechts zeigen die Entwicklungen auf internationaler Ebene seit etwa zehn Jahren eine spürbare Verlagerung der Diskussionsschwerpunkte. Während noch zuvor der Ausbau des Urheberrechtsschutzes bzw. die Anpassung an die neuen technischen Möglichkeiten der Nutzung von Werken im Mittelpunkt stand, dreht sich das Interesse seitdem vermehrt um die Einführung von zwingenden Schranken. Ein erstes konkretes Ergebnis wurde im Sommer 2013 erzielt, als sich die Staatengemeinschaft auf einer diplomatischen Konferenz der WIPO in Marrakesch auf einen Vertrag einigte, der die Einführung einer zwingenden urheberrechtlichen Schranke zugunsten von Blinden, Sehbehinderten und Menschen mit Leseschwäche vorsieht. Es wird noch einige Zeit vergehen, bis eine hinreichende Anzahl von Staaten, insbesondere auch die EU, den Vertrag ratifizieren, womit er in Kraft treten kann. Allerdings ist der Vertrag von Marrakesch schon heute in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Zum einen besteht tatsächlich die Hoffnung, dass der barrierefreie Zugang von Blinden und Sehbehinderten zu urheberrechtlich geschützten Werken weltweit spürbar erleichtert wird. Zum anderen hat der Vertrag rechtspolitisch erhebliches Gewicht. Neben dem Zitatrecht aus der Revidierten Berner Übereinkunft, das wohl überwiegend als zwingend angesehen wird, handelt es sich bei der vorgesehenen Schranke im Vertrag von Marrakesch erst um die zweite zwingende Schranke des Urheberrechts auf internationaler Ebene. Wie die aktuellen Diskussionen bei der WIPO zeigen, wollen einige WIPO-Mitgliedstaaten – auch wenn dies sehr umstritten ist – weitere zwingende Schranken folgen lassen, beispielsweise zugunsten von Bibliotheken und Archiven sowie von Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen. Darüber hinaus werden Möglichkeiten diskutiert, wie man Behinderten, die nicht blind oder sehbehindert sind, den Zugang zu urheberrechtlich geschützten Werken erleichtern

kann. Wenn auch kaum absehbar ist, ob die laufenden Diskussionen zu einem weiteren konsensfähigen internationalen Vertrag wie dem Vertrag von Marrakesch führen werden, so zeigt die Entwicklung die wachsende Wahrnehmung, dass vor allem Nutzerinteressen im geltenden Urheberrecht nicht hinreichend Berücksichtigung finden. Diese sind spätestens seit den weltweit lautstarken Protesten gegen das – an diesen letztlich gescheiterte – ACTA-Abkommen in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Das inzwischen große öffentliche Interesse an urheberrechtlichen Themen hat entscheidend dazu beigetragen, dass Nutzer- und Verbrauchervertreter nun stärker in die Diskussion um eine Modernisierung des Urheberrechts eingebunden werden.

In den Berichtszeitraum fällt auch der Abschluss des Pekinger Vertrages der WIPO zu audiovisuellen Darbietungen vom 24. Juni 2012, der im internationalen Recht das nachvollzieht, was auf nationaler Ebene in den meisten Staaten schon seit langem verwirklicht ist, nämlich im Wesentlichen eine Gleichstellung von ausübenden Künstlern im audiovisuellen Bereich mit denjenigen im Tonbereich. Seit Beginn des internationalen Schutzes ausübender Künstler in der Rom-Konvention von 1961 hatten die USA einen solchen Schutz verhindert. Nun einigte man sich bezüglich des am meisten umstrittenen Punktes des Rechteübergangs von Künstlern auf Filmhersteller auf die weitgehende Freiheit der Vertragsstaaten, diesen Rechteübergang gesetzlich zu regeln oder auch nicht.

Der eingangs erwähnte Trend einer verstärkten Fokussierung auf die Schranken des Urheberrechts spiegelt sich auch in einzelnen nationalen Entwicklungen wider. Hervorzuheben ist hierbei ein Vorstoß Kanadas aus dem Jahre 2014. Nach dem neuen Art. 29.21 des kanadischen *Copyright Act* wird unter gewissen Bedingungen die Übernahme von urheberrechtlich geschützten Werken oder Teilen davon in nicht-kommerzielle, nutzer-generierte Inhalte ausdrücklich erlaubt. Dies soll die vor allem in sozialen Netzwerken populäre Umgestaltung von Werken erlauben, sofern sie das ursprüngliche Werk nicht sub-

stituiert und zu nicht-kommerziellen Zwecken erfolgt. Inwieweit sich diese Regelung in der Praxis bewährt und möglicherweise als Vorlage für entsprechende Regelungen in anderen Staaten erweist, bleibt abzuwarten. Sie stellt jedenfalls einen Meilenstein innerhalb des zwar langsamen, sich in jüngerer Zeit aber beschleunigenden Wandels des Urheberrechts dar, der nicht mehr durch einen stetigen Ausbau des Urheberrechtsschutzes gekennzeichnet ist, sondern bei dem gewisse neue Nutzungsmöglichkeiten ins Zentrum rücken. Zunehmend verwirklicht werden kann damit jener Ausgleich divergierender Interessen, den das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb sei mehr als zehn Jahren anmahnt und mit einer Vielzahl von Forschungsprojekten begleitet hat. Der Weg wird allerdings noch lang und steinig sein. So sind etwa ebenfalls in Kanada neu eingeführte Schranken im Bildungsbereich in die Kritik geraten, weil schon nach kurzer Zeit erhebliche Einnahmeausfälle bei den Autoren und Verlagen geltend gemacht wurden. Vorgebracht wird, entsprechende Literatur werde künftig nicht mehr in Kanada geschaffen, sondern durch amerikanische ersetzt werden, was gerade in kultureller Hinsicht als kritisch angesehen wird.

### Designschutz

Im Designschutz sind auf internationaler Ebene die Bemühungen um die Erarbeitung des *Design Law Treaty* zu erwähnen. Das Projekt betrifft die Regulierung und Vereinfachung der Formalitäten im Zusammenhang mit der Eintragung von Designs im Ausland, ähnlich wie dies bereits für Patente im *Patent Law Treaty* (2000) und für Marken im *Trademark Law Treaty* (1994) sowie dessen Nachfolger, dem *Singapore Treaty* (2006), geregelt wurde. Inhaltlich ergeben sich dabei grundsätzlich keine Probleme, zumal materielles Recht von den Vorschriften nicht berührt wird. Für Verzögerungen beim Abschluss des Vertrages sorgen jedoch Auseinandersetzungen von vorwiegend politischer Natur. So wurde die zunächst für 2014 vorgesehene Anberaumung einer diplomatischen Konferenz zurückgestellt, da es – vordergründig – Meinungsunterschiede über Art und Ausmaß der technischen Hilfeleistungen gab, auf die

Entwicklungsländer Anspruch erhalten sollten. Letztlich spielt dabei jedoch eine Rolle, dass der Abschluss des *Design Law Treaty* auf politischer Ebene mit Fortschritten im Bereich eines geplanten Schutzinstruments für traditionelles Wissen verknüpft wird. Solange bei letzterem keine Einigung erzielt wird, bleiben voraussichtlich auch die Erfolgchancen für den *Design Law Treaty* begrenzt.

### Europäische Entwicklungen

#### Urheberrecht

Auf Ebene der EU genießt das Urheberrecht in der politischen Diskussion einen zunehmend hohen Stellenwert. Namentlich der neue EU-Kommissionspräsident, Jean-Claude Juncker, hat es mit Blick auf die Zielsetzung, einen *digital single market* zu verwirklichen, zu einer der Top-Prioritäten erklärt, wobei eine konkrete Stoßrichtung von Maßnahmen aktuell noch nicht auszumachen ist. Bezogen auf die Berichtsjahre sind eher punktuelle Fortschritte zu verzeichnen, die nicht von einer klaren Strategie zeugen.

Die Richtlinie über bestimmte zulässige Formen der Nutzung verwaister Werke 2012/28/EU vom 25. Oktober 2012 bezweckt eine Harmonisierung nationaler Bestimmungen zur Nutzung von Werken, deren Urheber nicht bekannt oder trotz sorgfältiger Suche nicht zu ermitteln sind. Sie reicht allerdings nicht sehr weit, schließt insbesondere eine kommerzielle Nutzung aus und lässt auch die Problematik vergriffener Werke ungelöst. Für Letzteres gibt es lediglich ein *Memorandum of Understanding on Key Principles on the Digitization and Making Available of out-of-commerce works* aus dem Jahr 2011, woraus der Zugang zu vergriffenen Werken auf der Basis von Lizenzen durch Verwertungsgesellschaften abgeleitet werden soll.

Einen Beitrag zur Stärkung des digitalen Binnenmarktes, insbesondere im Bereich des Vertriebs von Online-Musik, beabsichtigt die Richtlinie 2014/26/EU vom 26. Februar 2014 über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Rechte an Musikwerken für die Online-Nutzung im

Binnenmarkt. Bereits der erste Entwurf der Europäischen Kommission wies viele Lücken und Unklarheiten auf. Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb hat auf verschiedenen Ebenen auf die damit verbundenen Probleme und zu erwartenden Schwierigkeiten hingewiesen. Zwar konnte Einiges erreicht werden, doch weist die 2014 erlassene Richtlinie nach wie vor erhebliche Defizite auf und wirft im Ergebnis mehr Fragen auf als sie Antworten gibt. Folglich dürfte die Diskussion über die länderübergreifende kollektive Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten weitergehen, zumal die Richtlinie – wie ihr Name schon sagt – wesentliche, für den Binnenmarkt relevante Bereiche der kollektiven Rechtswahrnehmung gar nicht erfasst. Das Institut arbeitet an einer Reihe von Projekten, die den Weg hin zu einer wirklichen Europäisierung dieses wichtigen Aspekts des Urheberrechts bereiten sollen.

Aktuell schwierig einzuschätzen sind die Folgen der öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zur Überprüfung der Regeln zum EU-Urheberrecht. Diese fiel in die Endphase der bisherigen Kommission, als das Urheberrecht noch nicht als eine der Top-Prioritäten angesehen wurde. Mit der nun im Fokus stehenden Zielsetzung, einen digitalen Binnenmarkt zu schaffen, mögen einige Aspekte in neuem Licht zu betrachten sein. Insbesondere die Frage nach einem Unions-Urheberrecht – zu dem sich das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb in einer ausführlichen Stellungnahme dezidiert positiv geäußert hat, die insgesamt (und namentlich von der Industrie) jedoch eher mit Skepsis aufgenommen wurde – ist damit unter neuem Vorzeichen zu diskutieren. Der dafür zuständige EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Günther Oettinger, hat sich bislang nicht eindeutig positioniert. Aus der Perspektive einer Gruppe führender Wissenschaftler wird auf Dauer kein Weg an einem Unions-Urheberrecht vorbeiführen, wobei die Ablösung (oder, je nachdem, eine Überlagerung) nationaler Systeme auch schrittweise erfolgen könnte.

Hinterlässt die europäische Entwicklung des Urheberrechts im Berichtszeitraum insge-

samt damit nicht unbedingt einen Eindruck von Dynamik, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine – wenn auch eher schleichende – Anpassung der sekundärrechtlichen Vorgaben an die sich laufend verändernden tatsächlichen und insbesondere technischen Umstände auf einer anderen Ebene erfolgt: Der EuGH wird seit einigen Jahren mit einer fast explosionsartig wachsenden Zahl an Vorlagefragen immer mehr zur maßgeblichen Institution für eine voranschreitende Harmonisierung des Urheberrechts in den EU-Mitgliedstaaten. Nicht mehr zu übersehen ist zwar inzwischen auch die Kritik in der Lehre, der EuGH würde seine Kompetenz überschreiten. Tatsächlich mag man sich beispielsweise fragen, worin die rechtliche Grundlage für eine höchstrichterliche „Harmonisierung“ des urheberrechtlichen Werkbegriffs liegt. Die entstandene „Dynamik“ kann aber auch positiv gesehen werden: Nicht nur könnten sich gewisse Positionierungen des EuGH als zukunftsgerichtet erweisen; auch ist es dem europäischen Gesetzgeber letztlich anheimgestellt, das Zepter in die Hand zu nehmen und nicht gewünschte Entwicklungen auf der Basis gesetzten Rechts zu korrigieren.

Zu erwähnen sind eine Reihe von Vorabentscheidungen des EuGH bezüglich der in der Richtlinie 2001/29/EG definierten Verwertungsrechte. Zur öffentlichen Wiedergabe: Urteil vom 21. Oktober 2014, Rs. C-348/13 – BestWater International GmbH vs. Michael Mebes und Stefan Potsch, sowie Urteil vom 13. Februar 2014, Rs. C-466/12, Nils Svensson u.a. vs. Retriever Sverige AB; Urteil vom 7. März 2013, Rs. C-607/11, ITV Broadcasting Ltd. vs. TVCatchup Ltd.; und Urteil vom 15. März 2012, Rs. C-162/10 und 604/10, SCF Società Consortile Fonografici vs. Marco Del Corso, und Phonographic Performance (Ireland) Ltd. vs. Irland; zum Vervielfältigungsrecht in Bezug auf Computerprogramme: Urteil vom 2. Mai 2012, Rs. C-406/10, SAS Institute Inc. vs. World Programming Ltd.; und zur Berechtigung des Hauptregisseurs eines Filmwerks an Verwertungsrechten und Vergütungsansprüchen im Verhältnis zu dem Hersteller des Werks: Urteil vom 9. Februar 2012, Rs. C-277/10, Luksan vs. van der Let.



Aber auch zu den Ausnahmen und Beschränkungen der Richtlinie 2001/29/EG sind einige Urteile ergangen. Zu den in Bibliotheken erstellten Kopien: Urteil vom 11. September 2014, Rs. C-117/13, Technische Universität Darmstadt vs. Eugen Ulmer KG; zur Parodie: Urteil vom 3. September 2014, Rs. C-201/13, Johan Deckmyn, Vrijheidsfonds VZW vs. Helena Vandersteen u.a.; zum Kopieren einer Internetseite auf dem Bildschirm und im Cache der Festplatte während des Internet-Browsers: Urteil vom 5. Juni 2014, Rs. C-360/13, Public Relations Consultants Association Ltd. vs. Newspaper Licensing Agency Ltd. u.a.; zur Privatkopie: Urteil vom 10. April 2014, Rs. C-435/12, ACI Adam BV u.a. vs. Stichting de ThuisKopie u.a., Urteil vom 11. Juli 2013 Rs. C-521/11, Amazon vs. Austro Mechana, sowie Urteil vom 27. Juni 2013, verb. Rs. C-457/11 – 460/11, VG Wort vs. Kyocera u.a., und Fujitsu Technology u.a. vs. VG Wort; zur Wiedergabe in Kureinrichtungen: Urteil vom 27. Februar 2014, Rs. C-351/12, OSA vs. Léčebné lázně Mariánské lázně a.s.; und zur Auslegung des Begriffs „mit eigenen Mitteln“ im Hinblick auf die Haftung von Sendeunternehmen: Urteil

vom 19. April 2012, Rs. C-510/10, TV2 Danmark A/S vs. Nordisk Copyright Bureau.

Der Gerichtshof hat auch zum Umgang mit technischen Schutzmaßnahmen (s. Urteil vom 23. Januar 2014, Rs. C-355/12, Nintendo vs. PC Box, 9Net) und zur Haftung von „Vermittlern“ entschieden (s. Urteil vom 27. März 2014, Rs. C-314/12, UPC Telekabel Wien GmbH vs. Constantin Film Verleih GmbH u.a., und Urteil vom 16. Februar 2012, Rs. C-360/10, SABAM vs. Netlog).

Darüber hinaus befasste sich der EuGH auch mit der Auslegung von anderen Richtlinien bezüglich des Urheberrechts (s. z.B. zum Datenbankschutz: Urteil vom 18. Oktober 2012, Rs. C-173/11, Football Dataco Ltd. u.a. vs. Sportradar GmbH u.a., und Urteil vom 1. März 2012, Rs. C-604/10, Football Dataco u.a. vs. Yahoo! UK u.a.) und zur Vermarktung gebrauchter Lizenzen und der Frage der Online-Erschöpfung (Urteil vom 3. Juli 2012, Rs. C-128/11, UsedSoft GmbH vs. Oracle International Corp.).



*The creator – from past to present, Zeinab Ghafouri, Stipendiatin des Instituts übergibt ihr Gemälde*



### **Designschutz**

Im Bereich des Designschutzes hat die Europäische Kommission mit der Rücknahme ihres Vorschlags zur Einführung einer Reparaturklausel in die geltende Geschmacksmusterrichtlinie (71/98/EG) die Konsequenzen aus der lang anhaltenden Blockade dieses Vorschlags im Rat gezogen. Über die Frage, inwieweit Inhaber von Designschutzrechten an (sichtbaren) Teilen komplexer Erzeugnisse das Recht haben sollen, die Herstellung und Vermarktung solcher Teile zu Reparaturzwecken zu verbieten, hatte sich bereits während der Erarbeitung der heutigen europäischen Designgesetzgebung heftiger Streit entfacht, was dazu führte, dass dieser Punkt zunächst von der Harmonisierung ausgeklammert und der Kommission der Auftrag erteilt wurde, nach Durchführung empirischer Erhebungen sowie nach Verhandlungen mit den beteiligten Parteien einen Harmonisierungsvorschlag zu unterbreiten. Der daraufhin im Jahre 2004 vorgelegte Harmonisierungsvorschlag, der in verschiedenen Stellungnahmen des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb begrüßt wurde, fand die Billigung des Europäischen Parlaments; aufgrund des Widerstandes, insbesondere der automobilproduzierenden Mitgliedsstaaten, die über eine Sperrminorität im Rat verfügen, ist er aber nun wohl endgültig gescheitert.

Abgesehen von dieser Entwicklung ergingen vom EuGH im Bereich des Designschutzes im Berichtszeitraum mehrere Entscheidungen, die sich u.a. mit Fragen des Ähnlichkeitsmaßstabs im Designrecht und der für die Beurteilung heranzuziehenden Vergleichsobjekte (C-101/11 P, Urteil vom 23. November 2012 – Neuman und Galdeano del Sel vs. José Manuel Baena Grupo; C-345/13, Urteil vom 9. Juni 2014 – Karen Millen Fashion vs. Dunnes Stores) sowie mit den Darlegungs- und Beweispflichten des Designinhabers (C-345/13, Urteil vom 9. Juni 2014 – Karen Millen Fashion vs. Dunnes Stores; C-479/12, Urteil vom 13. Februar 2014 – H. Gautzsch Großhandel vs. Münchener Boulevard Möbel Joseph Duna GmbH) beschäftigten. Anlass der Entscheidung war im letztgenannten Fall eine Vorlage des BGH. Im zugrundeliegenden Rechtsstreit ging es um den Konflikt zwischen dem

Hersteller eines Gartenpavillons und einem Wettbewerber, der eine (behauptete) Nachahmung des Objekts durch ein chinesisches Unternehmen auf dem europäischen Markt vertrieb. Neben einer Reihe von Fragen zum Schutz des nicht eingetragenen Gemeinschaftsgeschmacksmusters, auf das sich der Kläger mangels Eintragung berufen hatte, war dem EuGH die Frage nach dem auf die gemeinschaftsweit geltend gemachten Sanktionen anwendbaren Recht vorgelegt worden. Mit einer wenig nachvollziehbaren Begründung verwies der EuGH auf den Text der Gemeinschaftsgeschmacksmusterverordnung (VO (EG) Nr. 6/2002) und ließ die Frage in der Sache unbeantwortet.

## Nationale Entwicklungen

### Urheberrecht

Im Bereich des Urheberrechts schlug auf nationaler Ebene die Einführung eines Leistungsschutzrechts für Presseverleger in §§ 87 f bis h UrhG hohe Wellen in der Öffentlichkeit. Dieses im Koalitionsvertrag der Bundesregierung enthaltene Ansinnen unterlag im Vorfeld zwar einhelliger und massiver Kritik aus Wissenschaftskreisen und seitens der Opposition. Auch das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb wies dezidiert und mit Unterstützung einer überwältigenden Mehrheit der deutschen Urheberrechtler auf die negativen Folgen hin. Doch weder Bundestag noch Bundesrat ließen sich hiervon beeindrucken und gaben dem Anliegen der Presseverleger nach, was im Lichte der publizistischen Macht der Medien nicht ohne Brisanz ist. Regulatorisch geht es im Kern darum, auch für kleinste Textteile, sog. *Snippets*, die vom Urheberrecht unter Umständen nicht als Werkteile erfasst werden, einen Rechtsschutz zu gewähren, um deren Übernahme durch Suchmaschinen einem Verbotsrecht unterwerfen zu können. Effektives Ziel war natürlich nicht eine Durchsetzung dieses Verbots, sondern über Lizenzentnahmen an den Gewinnen der Suchmaschinenbetreiber aus Werbeeinnahmen und dergleichen eine Beteiligung zu erzwingen. Wie vom Institut vorhergesagt, wurde das Verbot tatsächlich „respektiert“, womit den betroffenen Verlegern auch der entsprechende sog. *traffic* und damit

### Zu Urheber- und Designrecht beitragende Institutsangehörige

*Antons, Drexler, Ericsson, Geiger, Grosse Ruse-Khan, Hilty, Köckli, Kur, von Lewinski, Mueller-Langer, Nérison, Wechsler*

substantielle Einnahmen entgingen mit der Folge, dass etliche von ihnen Suchmaschinenbetreibern Gratislizenzen einräumten. So absehbar diese Entwicklung auch war – ausstanden ist das Thema nicht. Inzwischen hat auch Spanien in Art. 32.2 des Gesetzes über das Geistige Eigentum ein noch weitergehendes Leistungsschutzrecht für Presseverleger eingeführt mit der Konsequenz, dass führende News-Aggregatoren ihren Dienst dort mittlerweile eingestellt haben. Und auch auf EU-Ebene steht ein solches Leistungsschutzrecht auf der Agenda. Für die Wissenschaft zur besonderen Herausforderung wird dabei, dass auch die europäische Realpolitik an augenfälligen Zusammenhängen weniger interessiert sein könnte als an guten Beziehungen zu jenen, die durch ihre Berichterstattungen das Bild der Öffentlichkeit prägen.

Wie auf der europäischen Ebene sorgt auch auf nationaler Ebene die höchstrichterliche Rechtsprechung für eine gewisse Bewegung in der Urheberrechtsentwicklung. Erhebliche Aufmerksamkeit erregte der BGH mit seiner Entscheidung „Geburtstagszug“ (BGH, I ZR 143/12 vom 13. November 2013), in welcher er sich gegen die bis dato vorherrschende Auffassung stellte, dass an die Schutzfähigkeit von Werken der angewandten Kunst strengere Anforderungen bezüglich der Schöpfungshöhe zu stellen seien als an diejenige von Werken der bildenden Kunst. Hintergrund der bisherigen Auffassung war, dass Werke der angewandten Kunst, die nur über eine geringe Schöpfungshöhe verfügen, bereits über das Designrecht geschützt sind. Dadurch, dass der BGH diese differenzierte Beurteilung der Schutzfähigkeit von Werken der angewandten Kunst nunmehr über Bord geworfen hat, stellt sich die alte Frage zum Verhältnis von Urheberrecht und Designrecht bzw. der Daseinsberechtigung des letzteren für Gebrauchsgegenstände in einem neuen Licht. Offen ist auf der andern Seite, ob die Rechtsprechung diese Absenkung der Schutz-

schwelle für Werke der angewandten Kunst mittels einer stärkeren Eingrenzung des Schutzbereiches bei der Beurteilung von Rechtsverletzungen relativieren wird.

Erwähnenswert ist auch die Entscheidung des BGH zum Schutz der literarischen Figur „Pippi Langstrumpf“ außerhalb des literarischen Werkes (BGH I ZR 52/12 vom 17. Juli 2013 – Urheberrechtlicher Schutz einer literarischen Figur, GRUR 2014, 258). In Bezug auf die Frage, ob beim Online-„Verkauf“ von anderen Werken als Computerprogrammen das Verbreitungsrecht anwendbar ist und sich erschöpft, haben nach Ergehen der „UsedSoft“-Entscheidung des EuGH mehrere Instanzgerichte – anders als der EuGH und systematisch richtig – das Zugänglichmachungsrecht, das sich nicht erschöpft, angewendet (s. u.a. LG Bielefeld, 5. März 2013, ZUM 2013, 688; OLG Hamm, 15. Mai 2014, GRUR 2014, 853).

Auch die Schranken des Urheberrechts waren Gegenstand verschiedener BGH-Entscheidungen, insbesondere zu Intranetnutzungen an Hochschulen (BGH vom 28. November 2013 – I ZR 76/12 und BGH vom 20. März 2013, GRUR 2013, 1220). Das Urhebervertragsrecht ist ebenfalls ein Gebiet, in dem viel prozessiert wird, insbesondere wenn es um die angemessene Vergütung oder die weitere Beteiligung des Urhebers geht (s. insbesondere BGH GRUR 2012, 1031; BGH GRUR 2012, 496; BGH GRUR 2012, 1248; beachtenswert auch BVerfG GRUR 2014, 169).

Ein weiterer Schwerpunkt der Rechtsprechung war die Haftung verschiedener Akteure im Internet, wie etwa des Anschlussinhabers für volljährige Kinder (BGH GRUR 2013, 611), von File-Hosting-Diensten (BGH GRUR 2013, 1030; BGH GRUR 2013, 370) und von Internetplattformen (BGH GRUR 2013, 1229). Im Bereich der Verwertungsgesellschaften ist ein anhängiges Verfahren besonders bedeutsam, da es die Grundlagen der Arbeit der meisten Verwertungsgesellschaften nicht nur in Deutschland betrifft; es geht um die Beteiligung von Verlegern an gesetzlichen Vergütungsansprüchen. Hier hat der BGH das Verfahren bis zur Entscheidung des EuGH in einer ähnlichen Sache (Rs. C-572/13) ausgesetzt (BGH vom 18. Dezember 2014 – I ZR 198/13; s. a. die Vorinstanzen LG München I, Urteil vom 24. Mai 2012, MMR 2012, 618; und OLG München, Urteil vom 17. Oktober 2013, GRUR 2014, 272).

### **Designschutz**

Im Designschutz kam es im Berichtszeitraum zu einer grundlegenden Novellierung der deutschen Gesetzgebung. Sichtbarstes Zeichen der Neuerungen ist die Umbenennung des Schutzgegenstandes von „Geschmacksmuster“ in „Design“. Inhaltlich bleibt das neue Gesetz von der europäischen Richtlinie (71/98/EG) dominiert, so dass sich im materiellen Recht keine Änderungen ergeben. Neuland wird jedoch im Hinblick auf das Verfahren beschritten. So sieht das Designgesetz erstmals ein isoliertes Nichtigkeitsverfahren vor dem DPMA vor, während bisher die Nichtigkeit bzw. Rechtsgültigkeit von Designs nur im gerichtlichen Verfahren geltend gemacht werden konnte.



### 1.3 Marken- und Kennzeichenrecht

#### Internationale Entwicklungen

Die internationalen Entwicklungen im Marken- und Kennzeichenrecht konzentrieren sich seit einiger Zeit auf den Schutz geographischer Angaben. Im Markenrecht löst der durch TRIPS erreichte Stand der internationalen Harmonisierung keine größeren Debatten aus, an diesen Grundsätzen etwas Wesentliches zu verändern. Die nationalen Markenrechtsordnungen der Länder außerhalb der EU bewegen sich meist in dem durch TRIPS vorgegebenen Rahmen. Beim Schutz von geographischen Angaben bestehen dagegen auf der internationalen Ebene tiefgreifende Gegensätze zwischen den Ländern der „alten“ und der „neuen“ Welt. Während eine von den USA angeführte Ländergruppe eine Verstärkung des Schutzes geographischer Angaben ablehnt, setzt sich eine Koalition unter Führung der EU, zu der auch zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer gehören, für eine Verbesserung des Schutzes ein.

Diese unterschiedlichen Positionen prallen gegenwärtig vor allem in den Diskussionen über die Handelsabkommen aufeinander, die die EU mit Kanada und den USA abschließen möchte. Dort sollen nach den Vorstellungen der EU Produkte einheimischer Hersteller nicht mehr, wie bisher, unter Verwendung von oder Anlehnung an bekannte geographische Angaben aus Europa vermarktet werden dürfen, sondern nur noch in Einklang mit den europäischen Schutzstandards. Der Schutz geographischer Angaben ist dadurch zu einem Politikum geworden und in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Zugeständnisse der Handelspartner an die EU werden durch Zugeständnisse der Europäischen Kommission, die die Verhandlungen auf europäischer Seite führt, bei anderen Verhandlungsdossiers aufgewogen. Ein Durchbruch zu einem kohärenten internationalen Schutz geographischer Angaben ist auf dieser handelspolitischen Ebene nicht zu erreichen.

International haben sich deshalb die Bemühungen um einen verstärkten Schutz geographischer Angaben auf eine Revision des

Lissabonner Ursprungsabkommens verlagert. Dieses im Jahre 1958 zustande gekommene Abkommen zum Schutz von Ursprungsbezeichnungen, das von der WIPO in Genf verwaltet wird und dem bislang nur 28 Staaten beigetreten sind, soll durch einige Änderungen und Ergänzungen attraktiver gemacht und auch für einen Staatenverbund wie die EU geöffnet werden. Vor allem soll die enge Definition des Begriffs der Ursprungsbezeichnung in Art. 2 des Abkommens, die gemäß Art. 1 Abs. 2 als solche im Ursprungsland anerkannt und geschützt sein muss, durch die Einbeziehung von geographischen Angaben in den Geltungsbereich des Abkommens überwunden werden. Nachdem die im Jahre 2008 aufgenommenen Vorarbeiten einer Arbeitsgruppe der WIPO zu dieser Revision inzwischen abgeschlossen werden konnten, soll auf einer diplomatischen Konferenz im Mai 2015 über die Revision entschieden werden. Die USA möchten, dass an dieser Konferenz alle 188 WIPO-Mitglieder mit vollem Stimmrecht teilnehmen können. Das Tauziehen um den internationalen Schutz geographischer Angaben geht also auch auf dieser Ebene weiter. Das Ergebnis der Revisionskonferenz ist ungewiss.

#### Europäische Entwicklungen

Innerhalb der EU forciert die Europäische Kommission inzwischen den Schutz geographischer Angaben durch vorbereitende Schritte für ein System zum Schutz geographischer Angaben für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse. Auf der Grundlage einer von ihr in Auftrag gegebenen umfassenden Studie zu den ökonomischen und rechtlichen Implikationen eines solchen Schutzsystems hat sie im Juli 2014 ein Grünbuch veröffentlicht, mit dem der öffentliche Konsultationsprozess eingeleitet worden ist. Nachdem absehbar ist, dass die Europäische Kommission für dieses Vorhaben breite Unterstützung finden wird, ist damit zu rechnen, dass ein Kommissionsvorschlag für die Schaffung eines unionsweiten Schutzsystems für geographische Angaben nichtlandwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht lange auf sich warten lassen wird. Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb wird zu diesem Vorschlag

## Zum Marken- und Kennzeichenrecht beitragende Institutsangehörige

*Antons, Geiger, Henning-Bodewig, Hilty, Knaak, Kur, Podszun*

Stellung nehmen und dabei auch auf die wirtschaftlichen Implikationen einer Erweiterung des bestehenden Schutzsystems eingehen.

Im europäischen Markenrecht stand im Berichtszeitraum die Novellierung von Markenrichtlinie und Gemeinschaftsmarkenverordnung im Mittelpunkt des Interesses. In Vorbereitung der Arbeiten war das Funktionieren des europäischen Markensystems in einer Studie des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb umfassend evaluiert worden; die Studie samt der darauf aufbauenden Anregungen für gesetzliche Änderungen war im Februar 2011 der Kommission übermittelt und auf der Webseite des Instituts veröffentlicht worden. Nach längeren internen Beratungen legte die Kommission am 27. März 2013 ihre eigenen Änderungsvorschläge der Öffentlichkeit vor. Dabei wurden die Anregungen des Instituts in vielen Aspekten aufgegriffen; zum Teil finden sich jedoch auch deutliche Abweichungen von den Empfehlungen der Studie. Auf Kritik insbesondere von Seiten der Mitgliedstaaten gestoßen ist vor allem die von der Kommission vorgeschlagene Regelung, nach der die nationalen Ämter bei der Prüfung absoluter Schutzhindernisse auch die in anderen Ländern bestehenden Ausschlussgründe beachten und somit ihre Prüfung auf der Grundlage sämtlicher Amtssprachen der Union durchführen müssten. Darüber hinaus sollte es sowohl den nationalen Ämtern als auch dem HABM zur Pflicht gemacht werden, auch solche Schutzhindernisse zu beachten, die sich durch die Übersetzung oder Transkription eines in außereuropäischer Sprache oder Schrift angemeldeten Zeichens in eine Amtssprache der Union ergeben. Wie zu erwarten war, wurde dieser Vorschlag angesichts der damit verbundenen Mehrbelastung der nationalen Ämter vom Rat und dem Europäischen Parlament mehrheitlich abgelehnt und dürfte somit nicht Gesetz werden. Abgelehnt wurden die Kommissionsvorschläge in einem weiteren Punkt, in dem sie von

den Anregungen der Studie des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb abgewichen waren: So sollte der Schutz im Rahmen des so genannten Doppelidentitätstatbestandes (Benutzung eines identischen Zeichens für identische Waren oder Dienstleistungen) auf die Fälle beschränkt werden, in denen die Herkunftsfunktion der Marke durch die Benutzung beeinträchtigt wird. Die deutliche Ablehnung dieses Vorschlags gründete sich vor allem darauf, dass er in sich widersprüchlich war: So soll die Benutzung von Marken in der vergleichenden Werbung als Markenverletzung gelten, obwohl damit in der Regel gerade keine Beeinträchtigung der Herkunftsfunktion verbunden ist, und auch die rechtliche Grundlage für den Fortbestand der Rechtsprechung zur regionalen Erschöpfung wäre durch die Umsetzung des Vorschlags zweifelhaft geworden. Eine weitere Frage, in der die Kommissionsvorschläge Anlass zu Auseinandersetzungen im Bereich der materiellen Vorschriften waren, betrifft die rechtliche Behandlung von Waren im Transit. Insoweit werden von der Europäischen Kommission und dem Parlament, einerseits, und von der Ratsmehrheit, andererseits, unterschiedliche Positionen vertreten: Während die Kommission und das Parlament entgegen der EuGH-Rechtsprechung (verb. Rs. C-495/09 und C-446/09 – Nokia und Philips) das Verbringen von Waren, die mit einer in der EU geschützten Marke ohne Autorisierung durch den Inhaber gekennzeichnet sind, in das jeweilige Schutzrechtsterritorium auch dann als Markenverletzung ansehen wollen, wenn sich die Ware im Transit befindet, nimmt der Rat eine vermittelnde Position ein, wie sie in ähnlicher Form auch in der Studie des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb vorgeschlagen worden war: Danach kann zwar eine zollrechtliche Beschlagnahme solcher Waren erfolgen; sie sind jedoch freizugeben, wenn der Verantwortliche im nachfolgenden Verfahren nachweist, dass sie im Bestimmungsland legal vertrieben werden können.

Im Übrigen liegt der Fokus der Diskussionen im Gesetzgebungsverfahren jedoch nicht auf dem materiellen Recht; die Diskussionen konzentrieren sich vielmehr auf institutionel-

le und politische Fragen, wie die künftige Stellung des HABM im Verhältnis zur Europäischen Kommission oder den Umfang und die Art der Bereitstellung von Mitteln aus den Einnahmen des HABM für Zwecke, die auch den nationalen Markensystemen zugutekommen und dadurch die Koexistenz der Systeme langfristig sichern sollen. Diese und andere Fragen werden derzeit im sog. „Trilog“ zwischen Kommission, Parlament und Rat verhandelt; mit dem Abschluss der Arbeiten ist im Lauf des zweiten Quartals 2015 zu rechnen.

Einige der im Zusammenhang mit der Evaluierung des Markensystems behandelten Fragestellungen waren im Berichtszeitraum auch Gegenstand von EuGH-Entscheidungen, wobei diese ganz überwiegend im Sinne der in der Studie des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb unterbreiteten Vorschläge ergingen. Dies gilt etwa für die Beachtung des Transparenzgebots bei der Formulierung des Waren- und Dienstleistungsverzeichnisses anhand des Nizzaer Klassifizierungsschemas (Rs. C-307/10 – IP Translator), die Auswirkungen der Eintragung von Variationen einer Marke auf die Frage der ernsthaften Benutzung (Rs. 122/12 P – Rintisch/Eder) sowie für die Frage, inwieweit die Aufrechterhaltung einer Gemeinschaftsmarke vom territorialen Ausmaß ihrer Benutzung abhängt (Rs. C-545/11 – Leno Marken).

Im Übrigen war im Berichtszeitraum eine Konsolidierung der zuvor erarbeiteten Rechtsprechungsgrundsätze des EuGH feststellbar. Dies gilt vor allem für die Rechtsprechung zu den Markenfunktionen, die durch die Entscheidung L'Oréal/Bellure (Rs. C-487/07) ihren vielbeachteten Anfang genommen hatte und mit der Entscheidung Interflora/Marks & Spencer (Rs. C-323/09) zu einem vorläufigen Abschluss gekommen war. Während nach L'Oréal/Bellure zunächst angenommen worden war, dass die Rechtsprechung des EuGH zu einem Ausufer des Markenschutzes führen würde, ergibt sich unter Beachtung der nachfolgenden Entscheidungen ein differenzierteres Bild: Zwar bleibt es dabei, dass der Anwendungsbereich des Markenrechts für Konflikte jenseits der Beeinträchtigung der Herkunftsfunktion eröffnet wird; die Annah-



me einer Verletzung bleibt jedoch auf Fallgestaltungen beschränkt, die ohnehin unter lauterkeitsrechtlichen Aspekten zu beanstanden wären. Dies führt im Ergebnis nicht zu einer inhaltlichen Erweiterung des Markenschutzes, sondern zu seiner Konsolidierung im Rahmen des europäischen Markenrechts unter Einschluss von Fallgestaltungen im Grenzbereich zum Lauterkeitsrecht. Wegweisende Bedeutung für die insoweit maßgeblichen Wertungen kommt dabei den Vorschriften der Richtlinie über vergleichende Werbung zu. Dieser Aspekt wurde vom EuGH bereits in Rs. C-236/08 – Google France (zum Fall des *Keyword-Advertising*) angesprochen, jedoch seinerzeit nicht vertieft. Jüngere Entscheidungen (so insbesondere EuGH Rs. C-657/11 – BEST) lassen jedoch den Schluss zu, dass sich die Beurteilungsmaßstäbe für die Benutzung von Marken im Rahmen des *Keyword-Advertising* in der Tat an den für vergleichende Werbung geltenden Vorschriften ausrichten müssen, so dass sich Spekulationen über Inhalt und Reichweite der insoweit berührten Markenfunktionen zumindest auf längere Sicht erledigen dürften.

In die gleiche Richtung weisen auch die Entscheidungen des BGH zum Tatbestand der Doppelidentität einschließlich des *Keyword-Advertising*: Obwohl sich der BGH in seiner Terminologie der Funktionslehre des EuGH anpasst, bleiben die Entscheidungen im Ergebnis im Rahmen desjenigen, was ohnehin bei Beachtung lauterkeitsrechtlicher Wertungen zu erwarten war. Während die Auswirkungen der Funktionslehre somit im Hinblick auf die Bemessung des Schutzzumfangs von Marken bei richtigem Verständnis beherrschbar bleiben, sind sie problematisch, soweit der EuGH einen generellen Vorrang funktionspezifischer Betrachtungen im Verhältnis zu lauterkeitsrechtlichen Wertungen postuliert und damit der Möglichkeit, nationales Lauterkeitsrecht als Korrektiv gegenüber überschießendem Markenschutz einzusetzen, keinerlei Raum mehr gibt (so in Rs. C-661/11 – Martin y Paz). Dies erscheint umso fragwürdiger, als der BGH sich gerade in umgekehrter Richtung positioniert und die von ihm ursprünglich formulierte und vor allem in Wissenschaftskreisen stark kritisierte Theorie des



Study on the Overall Functioning of the  
European Trade Mark System

presented by

Max Planck Institute for Intellectual Property and  
Competition Law  
Munich

15.02.2011

---

markenrechtlichen Vorrangs gegenüber dem Lauterkeitsrecht ausdrücklich aufgegeben hat (BGH GRUR 2013, 1161 – Hard Rock Café).

Abschließend zu nennen ist ferner die Entscheidung des EuGH zur Schutzfähigkeit des Tripp-Trapp-Stuhls (Rs. C-215/13 – Hauck/Stokke), die die absoluten Schutzversagungsgründe für Formgebungen erheblich über den ihnen von der bisher in Deutschland üblichen Praxis zugewiesenen Anwendungsbereich hinaus ausdehnt, um dadurch Beschränkungen des Wettbewerbs mit Nachdruck auszuschließen. Allerdings ist zu befürchten, dass sich die vom EuGH vorgegebenen Maßstäbe in der Praxis kaum in sinnvoller und konsistenter Weise umsetzen lassen, so dass es im Ergebnis eher zu einer Verzerrung statt zu einer Förderung des Wettbewerbs kommen könnte.



## 2 Wettbewerbsrecht

### 2.1 Kartellrecht

#### Ökonomisierung des europäischen Kartellrechts

Nach Jahren der Propagierung des *more economic approach* durch die Europäische Kommission zeichnet sich eine zunehmend zurückhaltende Position vor allem der europäischen Gerichte ab. Diese haben etwa in den Entscheidungen „Intel“ und „Tomra“ eine Linie verfolgt, die sich stark an der Form des Wettbewerbsverhaltens – *in casu* Treuerabatte – orientiert. Der *as efficient competitor test*, ein vom *more economic approach* befürwortetes Instrument zur Detailanalyse der wirtschaftlichen Auswirkungen von Treuerabatten, wurde als ein relevanter Maßstab eingestuft – aber eben nicht als der ausschlaggebende.

Im Fall „Allianz Hungaria“ hat der EuGH seine bisherige Rechtsprechungspraxis zu bezweckten Wettbewerbsbeschränkungen im Vertikalverhältnis in einer im Schrifttum von vielen kritisierten Weise ausgeweitet. In der Tat lassen sich mit dieser Entscheidung die Fälle des Bezweckens und des Bewirkens kaum noch sinnvoll abgrenzen. Die nachfolgende Entscheidung in „Cartes Bancaires“ (Rs. C-67/13 P) brachte allenfalls eine Relativierung dieser Rechtsprechung, soweit dort ein Fall des Bezweckens verneint wurde.

Die Ausweitung des Bereichs der bezweckten Wettbewerbsbeschränkung hat auch Bedeutung für die Frage, ob die Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung überhaupt zu prüfen ist. Nach der Entscheidung des EuGH in „Expedia“ aus dem Jahr 2012 soll in den Fällen des Bezweckens stets eine spürbare Wettbewerbsbeschränkung vorliegen. Insgesamt tendiert damit die jüngere Rechtsprechung dazu, die auswirkungsbezogene Prüfung, wie sie eigentlich dem *more economic approach* entspräche, zurückzudrängen. Diese Rechtsprechung beeinflusste schließlich die im Jahr 2014 erfolgte Überarbeitung der *De-minimis*-Bekanntmachung der Europäischen Kommission. Die Bedeutung dieser Bekanntmachung wurde jedoch vom EuGH schon in der

„Expedia“-Entscheidung deutlich beschränkt. Die nationalen Kartellbehörden sind an sie nicht gebunden, wenn sie europäisches Kartellrecht anwenden.

#### Rechtsdurchsetzung

Die Ökonomisierung des Kartellrechts erschwert die juristische Argumentation für Rechtsanwälte und Gerichte. Es verwundert daher nicht, dass zunehmend verfahrensrechtliche Aspekte und Auseinandersetzungen die Praxis des Kartellrechts bestimmen. Die Bedeutung einer verfahrensrechtlichen Absicherung der Entscheidung zeigt sich auch an der zunehmenden Höhe der Bußgelder und den damit verbundenen Eingriffen gegenüber den Unternehmen. Dieser Entwicklung entsprechend befasste sich die jährliche Konferenz der wichtigsten internationalen Vereinigung zum Kartellrecht, ASCOLA (Academic Society for Competition Law), im Jahr 2014 in Warschau aus der internationalen Perspektive mit Fragen der Rechtsstaatlichkeit des Kartellverfahrens, einschließlich der Fairness und Effektivität des Verfahrens, den Verteidigungsrechten und dem Recht auf Anhörung und auf Schutz der Geschäftsgeheimnisse.

Zudem ist im Bereich der öffentlichen Rechtsdurchsetzung sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene zu beobachten, dass zunehmend die Behörden Kartellrechtsverfahren im Wege von Verpflichtungszusagen (*Commitments*) und von Vergleichen (*Settlements*) beenden. Dies gilt vor allem in den komplexen Fällen der einseitigen Wettbewerbsbeschränkungen. Für die Parteien kann diese Form der Verfahrensbeendigung ein Weg sein, den Aufwand an Kosten und Zeit zu minimieren sowie eine Rufschädigung durch langwierige Verfahren zu vermeiden. Die Behörden bedienen sich dieser Instrumente vor allem, um vermeintliche Wettbewerbsbeschränkungen schnell abstellen zu können, worauf es vor allem in dynamischen Märkten ankommt. Gleichzeitig vermindern die Behörden ihr eigenes Prozessrisiko. Trotz dieser unverkennbaren Vorteile droht aber ein Trend zu einer Kartellrechtspraxis, die der gerichtlichen Kontrolle entgeht oder nur einer sehr

schwachen Kontrolle unterliegt. Dies kann dazu führen, dass die Behörden ihre Entscheidungen nicht ausreichend überdenken und begründen und schließlich sogar über das Ziel hinaus schießen, indem sie kartellrechtskonformes Verhalten als Verstoß ahnden. Für die Unternehmen sinkt die Rechtssicherheit, da sich kaum noch durch Gerichte bestätigtes Fallrecht entwickeln kann.

Über die Beendigung von Verfahren durch Verpflichtungszusagen eröffnet sich zudem zusätzlicher Spielraum der Behörden für „regulatorische“ Maßnahmen, die sich nicht darauf beschränken, ein wettbewerbswidriges Verhalten durch eine Untersagung zu beenden, sondern die Marktbedingungen durch erwünschtes Marktverhalten des betroffenen Unternehmens zu verbessern. Diese Thematik nahm das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb auf, indem es in Zusammenarbeit mit der Universität von Salento die ASCOLA-Jahrestagung 2013 in Lecce (Italien) zum Thema *Competition Law as Regulation?* konzeptionell vorbereitete. Ziel der Tagung war es, eine wissenschaftliche Debatte über die Legitimität regulatorischer Maßnahmen von Kartellbehörden anzustoßen. Auf der Tagung wurden auch das Verhältnis der Wettbewerbspolitik zur sektorspezifischen Regulierung – mit Schwerpunkt auf Europa – sowie das Verhältnis von Kartellrecht und Immaterialgüterrecht beleuchtet. Das Erscheinen des Tagungsbandes (hrsg. von Drexel und Di Porto) ist für 2015 vorgesehen.

### Private Rechtsdurchsetzung

Die Vermeidung von abschließenden Behörden- und Gerichtsentscheidungen, die einen Kartellrechtsverstoß umfänglich begründen und abschließend feststellen, kann sich auch negativ auf die private Rechtsdurchsetzung auswirken. Nach wie vor wird nämlich der Großteil der privaten Kartellschadensersatzklagen im Gefolge von Behördenentscheidungen als sog. „*Follow-on-Klagen*“ eingereicht. Private Kartellrechtsklagen sind nämlich immer noch mit großen tatsächlichen und rechtlichen Schwierigkeiten und Unsicherheiten verbunden. Deshalb ist es von besonderem Vorteil, wenn der private Kläger

sich in seinem Prozess auf die abschließende Feststellung des Kartellrechtsverstoßes im behördlichen Verfahren berufen kann.

Die Erleichterung von kartellrechtlichen Schadensersatzklagen vor nationalen Gerichten ist seit Jahren ein besonderes Anliegen der Europäischen Kommission. Zum Zwecke der Harmonisierung zivilprozessualer und materiellrechtlicher Divergenzen haben der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament im November 2014 die Richtlinie 2014/104/EU über Schadensersatzklagen nach nationalem Recht wegen Zuwiderhandlung gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union erlassen. Der Erlass der Richtlinie wurde von einem Direktor des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb zum Anlass genommen, im Rahmen eines Vortrags und eines in 2015 erscheinenden Aufsatzes das Zusammenspiel von privater und behördlicher Durchsetzung des Kartellrechts näher zu analysieren (Drexel).

Die Richtlinie ist das Ergebnis eines über zehnjährigen Prozesses in Rechtsprechung, Literatur und Gesetzgebung, der durch die Rechtsprechung des EuGH in „*Courage*“ (C-453/99) und in „*Manfredi*“ (C-295/04) ausgelöst wurde. Im Rahmen dieses Diskussionsprozesses hatte die Europäische Kommission unter anderem ein Grünbuch und ein Weißbuch veröffentlicht, zu denen das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb ausführlich Stellung genommen hatte. Trotz des politischen Konsenses über die Förderung der privaten Kartellrechtsdurchsetzung war die konkrete Ausgestaltung der Richtlinie bis zuletzt umstritten, unter anderem weil die Regelungen einen Eingriff in das traditionelle Zivil- und Prozessrecht der Mitgliedstaaten darstellen.

Ausgespart wurde zuletzt eine Regelung über Kollektivklagen. Dies liegt daran, dass für solche Klagen die Europäische Kommission letztlich eine Querschnittsregelung für verschiedenste Rechtsbereiche bevorzugte. Letztlich beschränkte sich die Kommission sogar auf eine an die Mitgliedstaaten gerichtete Empfehlung über gemeinsame Grundsätze für

kollektive Unterlassungs- und Schadensersatzverfahren in den Mitgliedstaaten bei Verletzung von durch Unionsrecht garantierten Rechten, die im Juni 2013 zeitgleich mit dem Kommissionsvorschlag für die Schadensersatzrichtlinie veröffentlicht wurde. Die Empfehlung folgt insbesondere dem *Opt-in*-Ansatz, wonach nur jene Berechtigten durch die Kollektivklage vertreten werden, die hierzu ihre Zustimmung geben.

Ein wesentliches Problem, das für die neue Schadensersatzrichtlinie zu lösen war, bestand in der Regelung der Berechtigung im Hinblick auf Schadensersatzansprüche. Hierzu hatte schon die erwähnte Rechtsprechung des EuGH klargestellt, dass jeder, der einen Schaden aufgrund eines Verstoßes gegen EU-Kartellrecht erleidet, Anspruch auf Schadensersatz haben muss. Damit kam es in der Richtlinie wesentlich darauf an, die Ansprüche der unmittelbaren und mittelbaren Abnehmer, einschließlich der Verbraucher, zu koordinieren sowie eine ungerechtfertigte Bereicherung der einzelnen Abnehmer zu vermeiden. Im Ergebnis bejaht die Richtlinie eine Klagebefugnis auch der mittelbaren Abnehmer und erklärt gleichzeitig den sog. *Passing-on*-Einwand von Kartellbeteiligten gegenüber unmittelbaren Abnehmern, wonach der Schaden auf nachfolgende Produktionsstufen abgewälzt wurde, für grundsätzlich zulässig. Dies entspricht im Grundsatz dem vom BGH schon 2011 im Fall „ORWI“ entwickelten Ansatz. Jedoch geht die Richtlinie mit ihren Vermutungs- und Beweislastregelungen sehr weit, indem sie, wie auch der BGH in „ORWI“, dem mittelbaren Abnehmer zwar die Beweislast für die Kausalität der Schadensverursachung auferlegt, aber dann doch über den Ansatz des BGH hinaus dem mittelbaren Abnehmer mit der Vermutung hilft, dass der erhöhte Preis infolge des Kartellverstoßes an ihn weitergegeben wurde. Auf die damit entstehende Gefahr, dass der Kartellbeteiligte sowohl an die unmittelbaren als auch mittelbaren Abnehmer zahlen muss, reagiert die Richtlinie nur sehr unzureichend mit einer vage gehaltenen Verpflichtung der Gerichte zur Verfahrenskoordination.



*Prof. Dr. Paul Nihoul, Université de Louvain, Prof. Dr. Michal Gal, University of Haifa, Prof. Dr. Josef Drexler, 8<sup>th</sup> ASCOLA Conference: Competition Law as Regulation, Università del Salento, Lecce, Mai 2013*

Zweifelhaft ist schließlich der restriktive Ansatz der Richtlinie zur Offenlegung von Kronzeugenakten. Die Europäische Kommission sowie die nationalen Kartellbehörden befürchten, dass die Kronzeugenprogramme weniger in Anspruch genommen werden, wenn ein Kronzeuge befürchten muss, dass seine Angaben in einem späteren Zivilprozess gegen ihn verwendet werden. Insoweit geht es um einen Konflikt zwischen dem Interesse an effizienter Aufdeckung von Kartellen über Kronzeugenprogramme und dem Interesse des Einzelnen an der Verwirklichung seines Schadensersatzanspruchs. Noch im Vorfeld des Richtlinienerlasses hatte der EuGH im Jahr 2013 in der Rechtssache „Donau Chemie“ (C-536/11) den pauschalen Ausschluss des Akteneinsichtsrechts durch nationales Verfahrensrecht als unzulässig eingestuft. Die restriktive Regelung in der Richtlinie, die im Grundsatz ebenfalls von einem solchen Ausschluss ausgeht, steht dazu in einem Spannungsverhältnis.

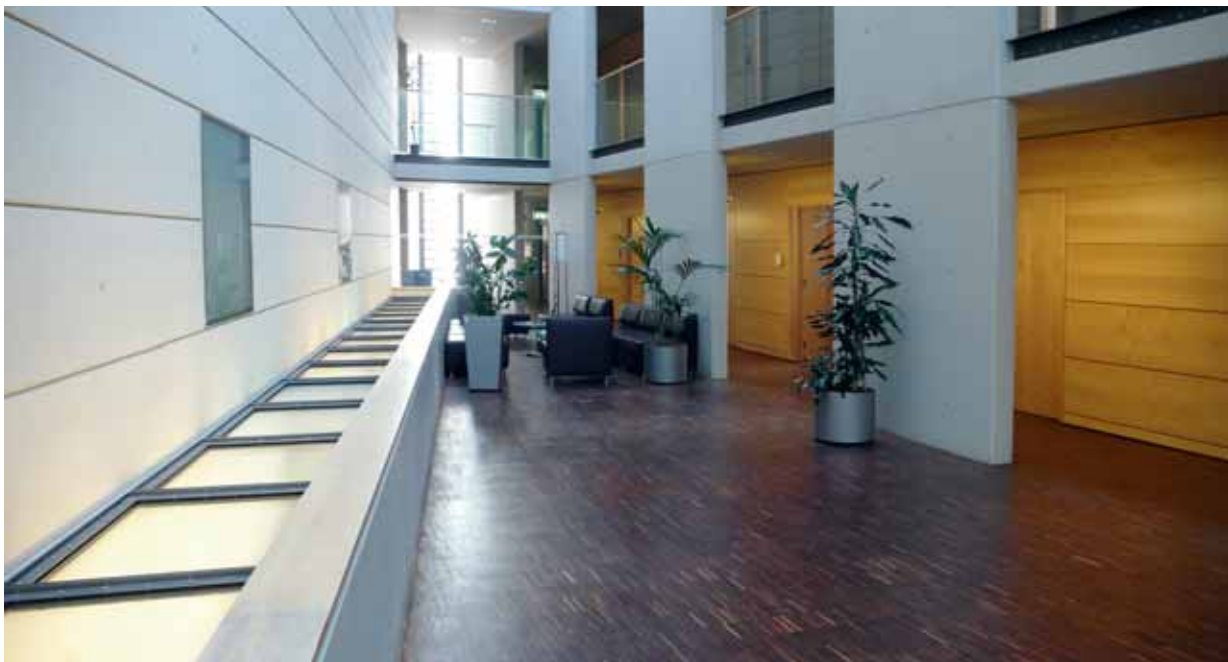
Beim gesamtschuldnerischen Innenausgleich zwischen mehreren Kartellanten sieht die Richtlinie eine Privilegierung für Kronzeugen und – neu für das deutsche Recht – für kleine und mittlere Unternehmen vor. Die von der Richtlinie angeordnete Bindungswirkung von Behördenentscheidungen für Zivilprozesse bleibt hinter der deutschen Regelung zurück, die auch für Entscheidungen nationaler ausländischer Kartellämter gilt.

Einen verstärkenden Impuls für die private Kartellrechtsdurchsetzung stellt auch die EuGH-Entscheidung „Kone“ (C-557/12) aus dem Jahr 2014 dar. Diese betrifft sog. Preisschirmeffekte, die dadurch entstehen, dass auch Kartellaußenseiter aufgrund des Preiskartells höhere Preise gegenüber ihren Abnehmern durchsetzen können. Für Klagen dieser Abnehmer gegen die Kartellbeteiligten wegen überhöhter Zahlungen an Kartellaußenseiter geht der EuGH davon aus, dass die Schadenskausalität nicht grundsätzlich verneint werden könne.

Die Ende 2014 noch anhängige Rechtssache „Cartel Damage Claims Hydrogen Peroxide“ (C-352/13) betrifft die Frage der gerichtlichen Verfahrenskonzentration nach der Brüssel I-Verordnung bei Schadensersatzklagen gegen Kartellbeteiligte aus verschiedenen Staaten.

## Reform des nationalen Kartellrechts

In Bezug auf die Entwicklung in Deutschland ist vor allem auf das Inkrafttreten der achten GWB-Novelle hinzuweisen. Diese sieht insbesondere im Bereich der Fusionskontrolle eine Angleichung an den europäischen Fusionskontrollstandard vor, indem der SIEC-Test (*Substantial Impediment to Effective Competition*) eingeführt wird. Der bislang im deutschen Fusionskontrollrecht maßgebliche Marktbeherrschungstest bleibt als Regelbeispiel erhalten. Mit der Annäherung an internationale Standards verbindet der Gesetzgeber die Erwartung, dass die deutsche Rechtsanwendungspraxis die internationale Entwicklung des Fusionskontrollrechts stärker mitgestalten kann. Zudem wird damit eine stärker ökonomische Prägung der Fusionskontrolle umgesetzt. Ferner wird für den Fall einer verbotswidrig frühzeitig vollzogenen Fusion, die nachfolgend genehmigt wurde, eine Regelung zur zivilrechtlichen Wirksamkeit von Folgeverträgen eingeführt. Im Bereich der Presse erfolgen eine Lockerung der Zusammenschlusskontrolle sowie eine gesetzliche Kartellrechtsprivilegierung des Presse-Grossos beim Zeitschriftenvertrieb, das zuletzt durch kritische Gerichtsentscheidungen in den Fokus der Kartellrechtskontrolle gerückt war. Bei der Missbrauchs-



aufsicht wurde die Verständlichkeit der Vorschriften erhöht sowie der Marktanteil für eine Vermutung der Marktbeherrschung von 30 auf 40 Prozent heraufgesetzt. Zudem wurde die Regelung zur Preis-Kosten-Schere dauerhaft im Gesetz verankert und das Verbot des Verkaufs unter Einstandspreis um fünf Jahre verlängert. In Angleichung an das europäische Recht wurden Abhilfemaßnahmen struktureller Art im Gesetz verankert. Eine objektive Entflechtungsbefugnis, die unabhängig von einem konkreten Kartellrechtsverstoß eingreifen kann, wurde nach kritischer Bewertung in Fachkreisen bereits nicht in den Regierungsentwurf aufgenommen. Im Bereich der Rechtsdurchsetzung wurde ferner für Beseitigungs- und Unterlassungsklagen die Klagebefugnis von Wirtschaftsverbänden ausgeweitet. So sind künftig auch Verbände klagebefugt, deren Mitglieder Verbraucher oder nicht Wettbewerber der Kartellanten sind.

### Kartellrecht und dynamische Märkte

Von hervorgehobener Bedeutung ist die Entwicklung des Kartellrechts in Bezug auf Märkte, die durch dynamische Wettbewerbsprozesse und Immaterialgüterrechte geprägt sind.

Auf EU-Ebene wurden 2014 eine neue Gruppenfreistellungsverordnung sowie begleitende Leitlinien zur kartellrechtlichen Bewertung von Technologietransfervereinbarungen erlassen. Die damit abgelösten Vorgängerregelungen stellten bei ihrem Erlass im Hinblick auf ihren Ansatz in Bezug auf Innovationen und die Ökonomisierung des Kartellrechts einen markanten Systemwechsel dar. Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb hatte daher im damaligen Konsultationsprozess eine Stellungnahme abgegeben. Demgegenüber stellt der nunmehrige Neuerlass der Regelungen mit seinen vergleichsweise geringfügigen Änderungen im Wesentlichen eine Übernahme des bereits durch die Vorgängerregelung etablierten Ansatzes dar. Das Fehlen einer grundlegenden Fortentwicklung liegt auch daran, dass sich zu diesem Bereich wenig Fallpraxis herausgebildet hat, was auch mit dem durch die Verordnung VO 1/2003 eingeführten Prinzipien der Legal-

ausnahme und der Selbsteinschätzung der Unternehmen zusammenhängt. Wichtige Fragen des Lizenzkartellrechts, wie etwa jene nach der Behandlung von Lizenzzahlungspflichten nach Ablauf des Patentschutzes und für patentrechtsfreie Gebiete, werden daher, wie von Institutsseite kritisiert wurde (Drexl), weder von der behördlichen noch der gerichtlichen Praxis behandelt.

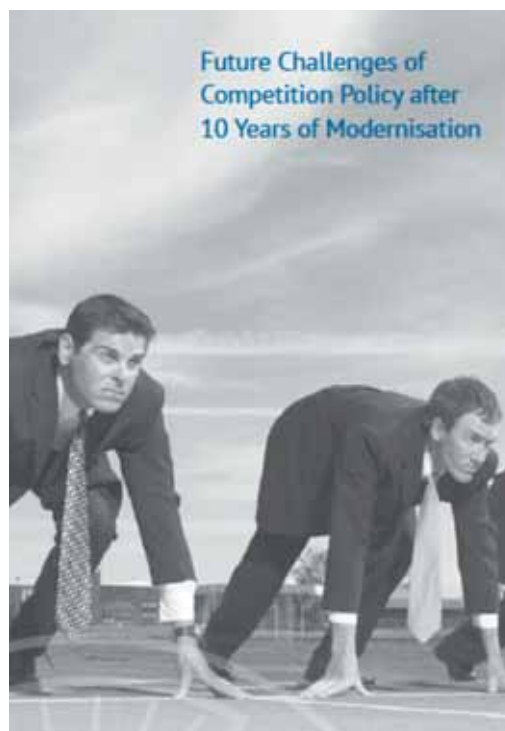
Die neuen Technologietransferleitlinien formulieren nunmehr ausdrücklich einen *Safe Harbour* für die Gründung von Technologiepools und die damit verbundene Lizenzvergabe. Voraussetzung ist dabei aber unter anderem, dass es sich um essentielle Technologien handelt und dass eine Lizenzierung an Dritte zu FRAND (*Fair, Reasonable And Non-Discriminatory*)-Konditionen erfolgt. Für die Beurteilung zu Technologiepools gilt ganz besonders, dass es wegen des Legalausnahmesystems an Entscheidungspraxis der Europäischen Kommission fehlt. Jüngste Gerichtsentscheidungen aus den USA zeigen, vor welche Schwierigkeiten der technologischen und ökonomischen Beurteilung solche Fälle die Praxis stellen können. Von Institutsseite wurde diese Rechtsprechung analysiert und ausdrücklich vor einer Übernahme der dort entwickelten laxeren Beurteilungsgrundsätze in der EU gewarnt (Drexl).

In Anpassung an die Gruppenfreistellungsverordnung zu Vertikalvereinbarungen werden Beschränkungen von passiven Verkäufen zwischen nicht konkurrierenden Unternehmen nicht mehr durch die Gruppenfreistellungsverordnung privilegiert. Kündigungsklauseln, mit Ausnahme solcher in Exklusivlizenzvereinbarungen, werden nunmehr der Regelung von Nichtangriffsklauseln angepasst und vom Vorteil der Gruppenfreistellung ausgenommen. Als besonders schwerwiegend erachtet die Kommission die negativen Wettbewerbswirkungen solcher Klauseln im Kontext der Lizenzierung von standardessentiellen Patenten.

In der Folge der Pharma-Sektorenuntersuchung vor einigen Jahren blieb die Bekämpfung der sog. „*Pay-for-Delay*-Vereinbarungen“ eine Priorität in der EU. Die Kommission ver-

kündete Entscheidungen in drei Verfahren, bei denen sie zu der Auffassung gelangte, dass der Markteintritt von Generika verzögert worden war. Im „Lundbeck“-Fall (COMP/39226) erlegte die Europäische Kommission einem Originalpräparatehersteller sowie mehreren Generikaherstellern, die mit Lundbeck Vereinbarungen abgeschlossen hatten, Bußgelder in Höhe von über 145 Millionen Euro auf. Die Entscheidung der Kommission wurde angefochten, weshalb der Fall noch vom Gerichtshof der Europäischen Union analysiert wird. Bußgelder, die mangels Anfechtung der Entscheidung bereits rechtskräftig sind, wurden im „Fentanyl“-Fall (COMP/39685) verhängt. Überdies entschied die Kommission den „Servier“-Fall (COMP/39612), in dem nicht nur Vereinbarungen untersucht wurden, sondern auch das einseitige Verhalten des fraglichen Originalpräparateherstellers. Weder die Entscheidung in „Lundbeck“ noch jene in „Servier“ wurden bisher von der Kommission im Wortlaut veröffentlicht, was die wissenschaftliche Auseinandersetzung im Hinblick auf die kartellrechtliche Beurteilung solcher Fälle in der EU sehr erschwert. In „Servier“ ist zudem noch unklar, worin der Missbrauch nach Auffassung der Kommission genau liegt.

Die Diskussion zu *Pay-for-Delay*-Vergleichen in Europa erfolgt zudem vor dem Hintergrund der kartellrechtlichen Entwicklung in den USA. Nach zahlreichen sich widersprechenden Entscheidungen von Berufungsgerichten hat schließlich im Jahr 2013 der US Supreme Court im „Actavis“-Fall Maßstäbe der kartellrechtlichen Beurteilung entwickelt, die die weitere Entwicklung in den USA bestimmen. In „Actavis“ widersprach die Mehrheit der Richter am Supreme Court jenen Berufungsgerichten, die auf der Grundlage einer *theory of the patent scope* im Grundsatz jeden Vergleich akzeptierten, der sich im Rahmen der Schutzdauer des Patents bewegte. Dagegen stellte der Supreme Court klar, dass ein Vergleich, der die Gewährung eines sog. *reverse payments* beinhaltet, unter Anwendung einer *rule of reason* sehr wohl gegen das Kartellverbot verstoßen kann. Der Nachteil der Entscheidung liegt darin, dass sie ihrerseits die Möglichkeit für unterschiedliche Auslegungen durch die Instanzgerichte eröffnet.



Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb hat sich im Berichtszeitraum mit einer Dissertation (siehe B II 3.4) und verschiedenen Einzelbeiträgen von Institutsangehörigen (Drexl, Fischmann, Picht) an der Erforschung des Komplexes von *Pay-for-Delay*-Vergleichen beteiligt. Dabei ging es nicht allein um die kartellrechtliche Beurteilung, sondern auch darum, ob zur Optimierung des Gesamtsystems das Patentverletzungs- oder das Arzneimittelzulassungsverfahren – möglicherweise nach dem Vorbild des US-amerikanischen *Hatch-Waxman Act* – anzupassen sind, um zu einer effizienteren Beseitigung nichtiger Arzneimittelpatente in Europa zu kommen.

Auf der Ebene der Rechtsprechung kommt im Arzneimittelsektor vor allem der Bestätigung der Kommissionsentscheidung im „AstraZeneca“-Fall (C-457/10 P) große Bedeutung zu, in dem erstmalig ein Handeln eines marktbeherrschenden Unternehmens in Bezug auf das Handeln vor Patentämtern als missbräuchlich im Sinne von Art. 102 AEUV eingestuft wurde. Von Institutsseite wurde besonders die Bedeutung dieser Entscheidung für die besonders schwierig zu beurteilenden Fälle der Anmeldung von Sperrpatenten herausgearbeitet (Drexl).

Der Fragenkomplex SEP (Standardessentielle Patente) war im Berichtszeitraum stark von den Phänomenen des *patent ambush* und anschließend vor allem von den *smartphone wars* geprägt. Die Probleme, welche an diesen Fallgruppen offenbar werden, sind sehr grundsätzlicher Natur und reichen über die jeweilige Einzelkonstellation hinaus. So dürfte etwa die in Bälde anstehende Entscheidung des EuGH in Sachen „Huawei/ZTE“ – der Schlussantrag des Generalanwalts liegt bereits vor – einen bedeutsamen Baustein für die Ausgestaltung eines kartellrechtlichen Zwangslizenzverfahrens im Patentverletzungsverfahren bilden. Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb hat sich bereits sehr intensiv mit dem SEP-Phänomen auseinandergesetzt und wird diesen Fokus in Zukunft beibehalten. Auf die entsprechenden anderen Berichtsteile kann daher hier verwiesen werden (siehe B II 1.11 und B II 3.16). Das „Huawei-ZTE“-Verfahren hat zudem über die Problematik der SEP hinaus grundsätzliche Bedeutung für das europäische Kartellrecht. Zum ersten Mal bietet sich für den EuGH die Möglichkeit, einen Fall der Lizenzverweigerung in Bezug auf ein Patent zu entscheiden. Zudem muss sich der EuGH der Frage stellen, ob die Grundsätze der Lizenzverweigerung (siehe vor allem die Entscheidungen in „Magill“ und „IMS Health“), die anhand von Fällen der kompletten Lizenzverweigerung zum Zwecke des Marktausschlusses von Wettbewerbern entwickelt wurden, auf Fälle der Geltendmachung eines Unterlassungsanspruchs mit dem Ziel der Erzielung monopolistischer Lizenzgebühren übertragen werden können. Zu dieser letzten Frage hat das Institut allgemein Stellung bezogen (Drex1).

Im Bereich des Internets treten zusehends Beschränkungen des Online-Handels in den Fokus der Kartellbehörden und Gerichte. So wurden auf europäischer Ebene etwa durch das Urteil „Pierre Fabre“ Vertriebsverbote in Bezug auf Internetplattformen negativ beurteilt. Im deutschen Kartellrecht hat das Bundeskartellamt in zahlreichen Verfahren in Bezug auf Online-Vertriebsbeschränkungen im Bereich von Sportartikeln ebenfalls eine kritische Position bezogen. In mehreren

Mitgliedstaaten und teilweise in gegenseitiger Abstimmung haben die Kartellbehörden die Preispolitik von Online-Portalen zur Vermittlung von Hotelzimmern ins Visier genommen. In Deutschland ist bereits eine Gerichtsentscheidung ergangen, welche die Untersagung von *Best Price*-Klauseln durch die Betreiber von Reservierungsplattformen bestätigt. Größte öffentliche Aufmerksamkeit erzeugt gleichwohl das schon fast vier Jahre andauernde Verfahren der Kommission gegen Google, bei dem es vor allem um die Frage der Diskriminierung von Wettbewerbern bei der Darstellung von Suchergebnissen geht. Zu kartellrechtlichen Fragen der Internetwirtschaft hat das Institut eine Tagung durchgeführt und einen Tagungsband herausgebracht (siehe B II 1.12).

Was schließlich die kartellrechtliche Praxis in Bezug auf Verwertungsgesellschaften in der EU anbelangt ist vor allem auf die Entscheidung im „CISAC“-Verfahren aus dem Jahr 2013 (T-442/08) hinzuweisen, in dem das Gericht die vorausgegangenen Kommissionsentscheidung aufhob, soweit dort eine abgestimmte Verhaltensweise der Verwertungsgesellschaften in Bezug auf die Verweigerung der grenzüberschreitenden Lizenzierung vor allem der Online-Nutzung von Werken der Musik angenommen worden war. Die Bedeutung dieses Verfahrens wurde vom Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb im Projekt zum Wahrnehmungsrecht in der EU (siehe B II 1.6) sowie im Rahmen der WIPO-Studie zur Anwendung des Kartellrechts in urheberrechtsbezogenen Märkten (siehe B II 1.9) berücksichtigt. In der WIPO-Studie wird zudem die kartellrechtliche Kontrolle der Verwertungsgesellschaften durch die nationalen Behörden der EU-Mitgliedstaaten umfassend analysiert.

### Internationale Entwicklungen

Bekanntermaßen fehlt es weitgehend an verbindlichen kartellrechtlichen Regelungen auf internationaler Ebene. Gerade deshalb sieht es aber das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb traditionell als seine Aufgabe an, die internationale Entwicklung wissenschaftlich zu begleiten und zu fördern und

### Zum Kartellrecht beitragende Institutsangehörige

*Bakhoun, Conde Gallego, Drexl, Fischmann, Hilty, Jaeger, Lamping, Mackenrodt, Molestina, Picht, Podszun, Surblyté, Ullrich*

dabei mit den internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten. Dabei standen in den letzten Jahren die Kontakte mit dem ICN (International Competition Network) und der UNCTAD im Vordergrund.

Neu ist, dass sich mittlerweile auch die WIPO aus dem Blickwinkel des Immaterialgüterrechts mit dem Kartellrecht beschäftigt und im Rahmen des Arbeitsprogramms für die Jahre 2012 und 2013 ein eigene Abteilung für Kartellrecht geschaffen hat. Das Institut hat diese Entwicklung sehr begrüßt und daher positiv auf das Ansuchen der WIPO reagiert, in diesem Bereich durch die Anfertigung einer großen rechtsvergleichenden Studie über die Anwendung von Kartellrecht auf urheberrechtsbezogene Märkte unterstützend tätig zu werden. Über dieses Projekt wird an anderer Stelle ausführlich berichtet (siehe B II 1.9). Neben diesem Projekt steht gleichberechtigt die weitere Erforschung der Frage nach der Ausgestaltung eines angemessenen Kartellrechts für Entwicklungsländer (siehe dazu ausführlich B II 1.10).

Immer größere praktische Bedeutung erlangt die Entwicklung des Kartellrechts in den Schwellenländern wie China, Indien, Brasilien oder Südafrika. Auch die im Auftrag der WIPO angefertigte Studie belegt, in welcher Weise in diesen Staaten die Kartellrechtspraxis geradezu explodiert und an Expertise hinzugewinnt. Im Zentrum der rechtspolitischen Debatten steht diesbezüglich immer wieder die Volksrepublik China. Dabei geht es vor allem darum, ob sich dort eine diskriminierende Kartellrechtsanwendung zulasten von ausländischen Unternehmen und vielleicht zum Schutze staatseigener Betriebe entwickelt. Dieser Frage ging eine im Berichtszeitraum fertig gestellte Dissertation durch eine Analyse des chinesischen Zusammenschlussrechts nach, die an anderer Stelle ausführlich dargestellt wird (siehe B II 3.24).

Für die Forschungen des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb ist es nicht nur wichtig, sich mit einzelnen Rechtsordnungen zu beschäftigen, sondern auch übergreifende Themen und Herausforderungen der Wettbewerbspolitik in Bezug auf solche Staaten zu besetzen. Hierzu diente die ASCOLA-Tagung im Jahr 2012, die von Institutsseite in Zusammenarbeit mit der Mackenzie-Universität in São Paulo zum Thema der staatlich veranlassten Wettbewerbsbeschränkungen organisiert werden konnte. Diese Tagung richtete den Blick darauf, dass vor allem jüngere Kartellrechtsordnungen zwar überwiegend ihre Volkswirtschaften liberalisiert haben, aber der staatliche Sektor, einschließlich staatlicher Unternehmen, und die Entwicklung der Dienste der Daseinsvorsorge zentrale Herausforderungen der Wettbewerbspolitik bilden. Für die Kollegen aus den erfahrenen Kartellrechtsnationen bot die Tagung die Möglichkeit, über die national sehr unterschiedlichen Instrumente der Wettbewerbspolitik zu diskutieren, mit denen man versucht, die zahlreichen Formen wettbewerbswidrigen Staatshandelns in den Griff zu bekommen. Diesbezüglich beschäftigte sich ein Beitrag eines Institutsangehörigen etwa mit Fragen des Beihilferechts (*Jaeger*). Überdies rief die Tagung in Erinnerung, dass die Entwicklung hin zur Wettbewerbsordnung keinesfalls unumkehrbar sein muss. Am Beispiel Venezuelas wurde aufgezeigt, wie leicht in Schwellenländern Keimzellen einer Wettbewerbskultur durch politische Entwicklungen wieder vernichtet werden können. Das Erscheinen des Tagungsbandes ist für Anfang 2015 vorgesehen (hrsg. von Drexl und Bagnoli).

Zuletzt ist noch ein Blick auf das US-*Anti-trust*-Recht zu werfen, das die historisch erste Leitrechtsordnung für Kartellrecht bildete. Dabei ist die grundsätzliche wettbewerbspolitische Bedeutung der bereits erwähnten „Actavis“-Entscheidung des Supreme Court zu *Pay-for-Delay*-Vergleichen aus dem Jahr 2013 hervorzuheben. Über die letzten Jahre wurde die wettbewerbspolitische Spaltung in den USA immer deutlicher. In den Bush-Jahren standen auf der einen Seite der Supreme Court sowie die Kartellbehörden – und dabei vor allem das Department of Justice –, die



sehr im Denken der *Chicago School* verfangen blieben. Dagegen hatte sich im wissenschaftlichen Schrifttum der Ökonomen und Rechtswissenschaftler schon längst die *Post Chicago School* verfestigt, die schnell Beachtung in der Wettbewerbspolitik der Europäischen Kommission fand. Mit dem Regierungswechsel zu Obama wendeten sich auch die Behörden verstärkt der *Post Chicago School* zu. Der Supreme Court blieb jedoch weiterhin unter dem Einfluss von Judge Scalia der *Chicago School* verbunden. In „Actavis“ wurde Judge Scalia nun erstmalig in einem kartellrechtlichen Fall überstimmt und eine Entscheidung zugunsten einer Intensivierung der Kartellrechtskontrolle gefällt. Dies mag als erstes Anzeichen für die lang erhoffte Überwindung der *Chicago School* in der US-Rechtsprechung zu werten sein. Besonders bezeichnend ist dabei, dass in der Entscheidung eine kritische und differenzierende wettbewerbspolitische Position zum Patentrecht Platz greift, die damit auch die potenziell wettbewerbsbeschränkenden und innovationshemmenden Wirkungen des Immaterialgüterrechts zur Kenntnis nimmt. Dagegen hatten sich Vertreter der *Chicago School* früher stets sehr unkritisch gerade gegenüber dem Patentrecht positioniert, was sich mit der pauschalen Annahme verband, dass dieses Recht stets Anreize zu Innovationen liefere, während die Anwendung von Kartellrecht nur das Innovationsniveau senken könne.



## 2.2 Recht gegen den unlauteren Wettbewerb

### Internationale und ausländische Entwicklung

Mit zunehmender Globalisierung wächst die Sorge, dass international agierende Wirtschaftsunternehmen ein faires Marktverhalten dem eigenen Gewinnstreben unterordnen. Diese Sorge ist insofern berechtigt, als die Regeln zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs in erster Linie auf nationale Märkte bezogen sind und wenig Niederschlag im internationalen Recht gefunden haben. Das Recht zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs, kurz auch Lauterkeitsrecht genannt, zielte rechtshistorisch darauf ab, die im 19. Jahrhundert durch Gewerbefreiheit und Industrialisierung entstandenen Missstände in den Griff bekommen. In vielen Staaten hat sich daraus, zumeist auf der Grundlage des allgemeinen Deliktsrechts, ein vorwiegend individualrechtlich geprägtes Rechtsgebiet entwickelt. Der vor allem aus dem französischen Lauterkeitsrecht bekannte *concurrency déloyale*-Ansatz diente ursprünglich nur den Interessen des ehrbaren Kaufmanns, insbesondere vor Herabsetzung, Behinderung, Hervorrufen einer Verwechslungsgefahr und ähnlichem Konkurrentenverhalten. Entsprechende Verbote finden sich auch heute noch im Recht der meisten Wirtschaftsnationen, und sie sind in der Rechtspraxis von großer Bedeutung. Ihre Nähe zu den IP (*Intellectual Property*)-Rechten wird bei der bislang einzigen Vorschrift zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs auf internationaler Ebene deutlich: Art. 10<sup>bis</sup> PVÜ von 1883. Ob diese Regelung auf neuere internationale Verträge wie TRIPS übertragbar ist und welche Folgen dies hätte, wird zunehmend thematisiert.

Die vorstehend skizzierte individualrechtliche Ausrichtung des Lauterkeitsrechts, die in bestimmten, dem Mitbewerberschutz dienenden Tatbeständen, aber auch in Ergänzungen der IP-Rechte zum Ausdruck gelangt, ist freilich nur eine Facette des modernen Lauterkeitsrechts. Von zunehmender Bedeutung sind die gesamtwirtschaftlichen Bezüge, die wiederum eine Nähe zum Kartellrecht

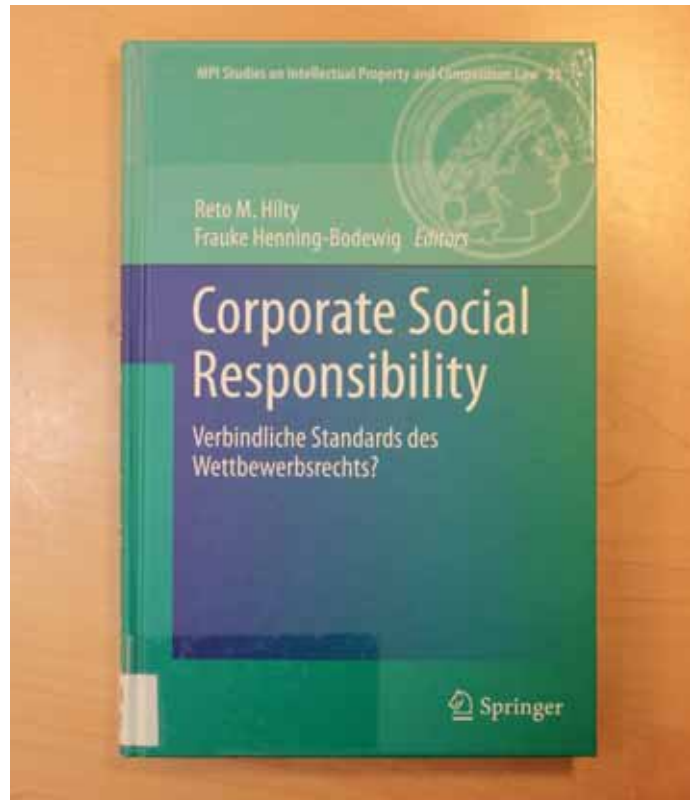
aufweisen. Eine wichtige Schnittstelle zwischen Lauterkeitsrecht und Kartellrecht ist der Verbraucherschutz. Zwar zielt das Kartellrecht auf die Konsumentenwohlfahrt mittels Etablierung und Aufrechterhaltung bestimmter Marktstrukturen ab, während das Lauterkeitsrecht sich auf die Fairness einzelner geschäftlicher Handlungen beschränkt. Gleichwohl bestehen gerade beim Verbraucherschutz erhebliche Überschneidungen. Dies hat in wissenschaftlicher Hinsicht zu einem Ringen um einheitliche Zielvorstellungen, kohärente Konzepte und Auslegungskriterien geführt.

Gemeinsam ist allen Ansätzen, dass sie direkt oder indirekt mit der Eindämmung der Negativfolgen von häufig grenzüberschreitenden, globalen Wirtschaftstätigkeiten befasst sind. Ein instruktiver Ausschnitt hiervon ist die sog. *Corporate Social Responsibility*. Hierunter versteht man von Unternehmen selbst gesetzte Standards, z.B. im Bereich der Nachhaltigkeit, an denen sich die wirtschaftliche Betätigung des Unternehmens ausrichten soll. Sofern das tatsächliche Verhalten der Unternehmen mit den selbst gesetzten Standards nicht übereinstimmt, stellt sich die Frage, ob das internationale Recht, insbesondere über die internationalen Verträge PVÜ und TRIPS, einem *corporate right to lie* Grenzen setzt. Art. 10<sup>bis</sup> PVÜ, der auf die „anständigen Gepflogenheiten in Handel und Gewerbe“ abstellt, erscheint zwar grundsätzlich weit genug gefasst, um auch *business ethics* zu berücksichtigen; eine Einbeziehung in TRIPS wäre wegen des effizienteren Sanktionssystems aber von noch größerer Bedeutung. Unabhängig davon gilt es zu erforschen, ob bezüglich der Vorstellungen im Bereich der *business ethics* ein Grundkonsens besteht, der nicht nur den europäischen, sondern auch andere Rechtskreise umfasst. Diese und angrenzende Themenkreise wurden am 16./17. Mai 2013 in einer vom Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb veranstalteten Tagung erörtert (vgl. hierzu auch den Tagungsbericht von Hilty/Henning-Bodewig, Hrsg., *Corporate Social Responsibility. Verbindliche Standards des Wettbewerbsrechts?*).

## Europäische Entwicklung

Die europäische Entwicklung des Lauterkeitsrechts ist von gegenläufigen Tendenzen geprägt. Es besteht nach wie vor kein einheitliches, kohärentes Lauterkeitsrecht auf europäischer Ebene, obgleich dieses in vielen Mitgliedstaaten ein eigenständiges Gebiet des Wirtschaftsrechts darstellt. Zurückzuführen ist diese Situation nicht nur auf die bekannten Unterschiede zwischen den Ansätzen der *common law*- und *civil law*-Staaten der EU, sondern vor allem auch auf die ungeklärte Einordnung des Schutzes der Verbraucher vor unlauteren geschäftlichen Handlungen in das System des Lauterkeitsrechts. Dieses dient, wie vorstehend ausgeführt, zumindest auch dem Konkurrentenschutz. Demgegenüber lässt die explizite Ausrichtung auf den Verbraucherschutz, die viele neuere Harmonisierungsakte des Unionsrechts kennzeichnet, eine kohärente Lösung mittlerweile in immer weitere Ferne rücken. Insbesondere die Richtlinie 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken, die in materiell-rechtlicher Hinsicht die derzeit umfassendste Regelung auf europäischer Ebene darstellt, spaltet durch ihre Beschränkung auf den Verbraucherschutz – sog. „B2C (*Business-to-Consumer*)-Geschäfte“ – faktisch und wirtschaftlich zusammengehörige Tatbestände künstlich auf und erhöht die Gefahr inkohärenter Beurteilungsmaßstäbe. Als Beispiel sei hier die irreführende Werbung genannt, bei der eine einzige Werbemaßnahme sowohl die Interessen des letztkonsumierenden Abnehmers als auch die der Konkurrenten (deren Angebot keine Berücksichtigung findet) berührt, die jedoch auf europäischer Ebene unterschiedlichen Regelungswerken unterliegt.

Der Vielzahl der auf den Verbraucherschutz fokussierenden, aber gleichwohl Folgen für den Schutz aller Marktteilnehmer entfaltenden Harmonisierungsarbeiten auf europäischer Ebene stehen solche gegenüber, die sich spezifisch mit einzelnen B2B (*Business-to-Business*)-Praktiken beschäftigen. Ein Beispiel hierfür ist das Grünbuch über B2B-Praktiken in der Handelskette, zu dem auch das Max-Planck-Institut für Innovation und Wett-



bewerb eine Stellungnahme abgegeben hat (veröffentlicht in IIC 2013, S. 701–709). Es befasst sich mit „fairen Handelspraktiken“, diskutiert jedoch Tatbestände, die nach dem Verständnis vieler Mitgliedstaaten eher dem Vertrags- oder dem Kartellrecht zuzuordnen sind. Der Begriff der geschäftlichen Lauterkeit verliert durch die Diversität der unter dieser Überschrift diskutierten Praktiken zunehmend an Konturen, ohne dass ein übergreifendes Konzept erkennbar wäre. Er lässt sich auch durch sog. *black lists* nicht befriedigend erfassen; wie neuere Entscheidungen des EuGH (z.B. EuGH 18. Oktober 2012, C-428/11 – *Purely Creative*) zeigen, erfordert selbst die Handhabung von *per se*-Verboten hochkomplexe Wertungen.

Vor dem Hintergrund der mit diesen Harmonisierungsarbeiten angestrebten Rechtsvereinheitlichung bei der Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs muss bedenklich erscheinen,

### Zu Recht gegen den unlauteren Wettbewerb beitragende Institutsangehörige

Drexl, Henning-Bodewig, Hilty, Knaak, Kur, Podszun, Surblyté



dass die Umsetzung der auf B2C oder B2B beschränkten Regelwerke des Unionsrechts in einigen Mitgliedstaaten zu einer gewissen Erosion von grundlegenden Prinzipien geführt hat, die zu Rechtsklarheit und damit Rechtssicherheit beitragen könnten.

### Deutsche Entwicklung

Auch die Entwicklung des deutschen Lauterkeitsrechts wird zunehmend von den konfliktierenden Tendenzen bei der Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs auf europäischer Ebene geprägt. So hat sich gezeigt, dass insbesondere die B2C-Beschränkungen der Richtlinie 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken mit dem Ansatz eines integrierten Schutzes aller Marktteilnehmer, so wie ihn das deutsche UWG von 2004 auszeichnet, im Grunde nicht zu vereinbaren ist. Erneut ist das deutsche Lauterkeitsrecht daher bemüht, einerseits die verbraucherschützenden Normen des Wirtschaftsrechts noch

enger an die Vorgaben des Unionsrechts anzupassen, andererseits jedoch den bewährten integrierten Schutzgedanken des UWG aufrecht zu erhalten. Infolge der neueren EuGH-Rechtsprechung, etwa der vorgenannten Entscheidung „Purely Creative“, ist es zudem zu einer (erneuten) Diskussion des maßgeblichen Verbraucherleitbilds des „verständigen Verbrauchers“ gekommen. Aber auch der Mitbewerberschutz ist in seiner dogmatischen Einordnung im Fluss; dies zeigt namentlich das Ringen um die Formulierung einer Generalklausel im Unternehmer-Verhältnis im Regierungsentwurf 2015 zur UWG-Reform und die Diskussion um eine Neuorientierung des sog. „ergänzenden Leistungsschutzes“ in § 4 Nr. 9 UWG. Ein grundsätzlicher Vorrang der IP-Rechte im Bereich der Nachahmung lässt sich nach den europäischen Vorgaben nicht aufrechterhalten; andererseits dürfen spezifische Wertungskriterien der einzelnen IP-Rechte nicht ausgehöhlt werden.

## B II Projekte

### 1 Übergreifende Projekte

#### 1.1 Principles for Intellectual Property Provisions in Bilateral and Regional Agreements

*Building on years of research at the Max Planck Institute for Innovation and Competition, a group of academics has drafted a set of Principles for Intellectual Property Provisions in Bilateral and Regional Agreements. The Principles address the core problems the drafters see when international IP rule-making occurs in a framework of non-transparent, export-industry-driven trade negotiations which produce ever more complex and detailed IP rules that often are transplanted from the laws of the IP-demanding country with little flexibility for the domestic situation in the implementing country. In response to this situation, the Principles recommend ways to achieve a better, mutually advantageous and balanced regulation of international IP.*

#### Background and Objectives

For several years, research at the Max Planck Institute for Innovation and Competition – in collaboration with experts from all over the world – has examined the trend of bilateral and regional agreements that include provisions on the protection and enforcement of intellectual property (IP) rights. Early research in this area focused on a trend towards comprehensive Economic Partnership Agreements of the European Union with African, Caribbean and Pacific (ACP) countries and on the complex network of free trade agreements (FTAs) in Asia. Those projects generated very useful insights on the objectives, functions and substance of IP provisions in these agreements, published in two volumes edited by Josef Drexl, Henning Grosse Ruse-Khan and Souheir Nadde-Phlix (see photo right column and page 157) and Christoph Antons, Reto Hilty (Intellectual Property and Free Trade Agreements in the Asia-Pacific Region, Springer Berlin 2015, VIII + 438 S.) from the Institute.

Building on this research, a group of academics led by Henning Grosse Ruse-Khan has

drafted a set of *Principles for Intellectual Property Provisions in Bilateral and Regional Agreements*. These *Principles* express the core concerns of the drafters regarding

- the use of IP provisions as a bargaining chip in international trade negotiations;
- the increasing comprehensiveness and complexity of international IP rules in bilateral and regional agreements;
- the lack of transparency and inclusiveness in the negotiating process; and
- the resulting imbalances that are often reflected in the respective IP provisions negotiated on the bilateral or regional level.

In response to these concerns, the *Principles* recommend international rules and procedures that can achieve a better, mutually advantageous and balanced regulation of international IP. They are open to signature, have been translated into French, Spanish and Por-



Die *Principles* formulieren die Ergebnisse bisheriger Forschung zu bilateralen und regionalen Abkommen im internationalen Immaterialgüterrecht und zeigen zentrale Probleme, sowie Lösungsansätze auf.

#### Teilnehmer

Prof. Dr. Josef Drexl, Prof. Dr. Reto M. Hilty, PD Dr. Thomas Jaeger, Prof. Dr. Annette Kur, Dr. Kaya Köklü, Dr. Matthias Lamping, Souheir Nadde-Phlix, Dr. Henning Grosse Ruse-Khan, Dr. Mor Bakhoun

#### Externe Teilnehmer

Jeremy de Beer (University of Ottawa), Prof. Dr. Carlos Correa (University of Buenos Aires), Prof. Dr. Graeme Dinwoodie (Oxford University), Prof. Susy Frankel (Victoria University of Wellington), Prof. Sean Flynn (American University, Washington), Dr. Holger Hestermeyer (King's College London), Prof. Dr. Bryan Mercurio (The Chinese University of Hong Kong), Pedro Roffe (International Centre for Trade and Sustainable Development), Dr. Xavier Seuba (Université de Strasbourg) and Prof. Dr. Peter Yu (Drake University)

#### Projektlaufzeit

2012 – 2014

tuguese and have received significant support within and outside the academic community. The *Principles* were presented to the public at the Annual Conference of the International Association for the Advancement of Teaching and Research in Intellectual Property (ATRIP) in Oxford, United Kingdom, 23–26 June 2013. They are now being integrated into the work of the International Law Association on regional trade agreements.

### The Legal and Political Context

A brief look at the numbers of existing bilateral and regional agreements provides a good indication of why academic work in this area is crucial. The World Trade Organization (WTO) counts some 600 notifications of regional trade agreements (RTAs) that have been received by the GATT/WTO. Of these, about 400 are in force. What all RTAs in the WTO have in common is that they are reciprocal trade agreements which further liberalise trade between two or more countries. A considerable number of these agreements contain a chapter with obligations for the protection and enforcement of IP rights. Typ-

ically, IP obligations are demanded by one of the trading partners for the benefit of its IP-dependent export industries – and agreed to by the other partner in exchange for commitments which benefit its own export industries, such as enhanced market access for goods or services.

While the *Principles* do not aim to second-guess whether the benefits outweigh the losses that follow from such political decisions, they do question the sustainability of such an approach on a global scale: A trade concession obtained for agreeing to stronger IP rights usually derives its economic value from being exclusive to the export industry of the country receiving this concession. Once this or a similar concession is granted to competitors in third countries, the relative advantage is gone. That is why WTO law allows its members, under certain conditions, to shield further trade liberalisation in the form of such concessions from the application of the most-favoured-nation (MFN) principle. In fact, this creates the *raison d'être* for negotiating agreements that liberalise trade beyond the multilateral WTO standards. However, once the IP-demanding country starts to grant equivalent trade concessions to other countries, the first country that agreed to higher IP standards risks losing the economic benefits it hoped to obtain from the trade concession it won.

### Problems Identified and Solutions Proposed

This process of *preference erosion* calls into question the original rationale for agreeing to higher IP standards as part of a trade-off – and thereby the overall concept of IP law-making in the trade context. It is needless to add that IP standards driven by the export needs of another country are hardly ever those most suited to the *domestic* needs of innovators, creators, users and the general public.

Of course, trade-offs in international IP law are hardly a new phenomenon: the WTO TRIPS Agreement is generally viewed as the beginning of a new era in which IP is regulated from a trade perspective. The *Principles*

nevertheless take TRIPS as the multilateral benchmark against which several of the problems identified in bilateral and regional agreements are examined and judged. This is justified primarily by the internal balance for which TRIPS is increasingly recognised, especially due to the flexibilities that it leaves WTO members in designing their IP system to focus on domestic needs. Today's IP provisions in bilateral or regional agreements on the other hand are becoming ever more detailed and prescriptive. They are often transplants of specific comprehensive IP protection or enforcement rules that are borrowed from the domestic law of the IP-demanding country with hardly any consideration of the corresponding limits of IP protection and other checks and balances operating in that domestic law. The *Principles* articulate the threats which such an erosion of policy space brings with it – not only for the country importing such detailed rules, but also for the country exporting them. Both risk casting inflexible and uncompromising standards in the hard-to-amend stone an international treaty represents.

The specificity and complexity of IP regulation in bilateral and regional agreements also aggravates another problem in international IP law and policy: the lack of concern for other areas of international law with their own rules that aim to protect, *inter alia*, public health, the environment, biological diversity, food security, access to knowledge and human rights. The *Principles* attempt to indicate how these interfaces can be taken into account by using tools within the IP system and those of general international law. International IP law, especially in bilateral and regional agreements, must be understood in a way that is less self-contained. Other areas of international law and general international law are relevant; the latter not least because it offers guidance on how the relationship between the multilateral framework and bilateral and regional agreements can be properly constructed.

In sum, the *Principles* aim to address core problems in international IP law and offer recommendations for resolving them. They



*Participants in the workshop: Statement of Principles on IP Provisions in FTAs, October 2012*

certainly do not claim to teach countries how to conduct their IP (foreign) policy, or what provisions to include in future bilateral or regional agreements. Based on years of academic work, they do however attempt to highlight an alternative perspective on the negotiation, interpretation and implementation of IP provisions in bilateral and regional agreements.

## 1.2 TRIPS 94 plus 20 – Beyond Trade Rules

*Am 15. April 1994 wurde in Marrakesch das TRIPS-Übereinkommen als Teil des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation unterzeichnet. Im Hinblick auf den 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Übereinkommens hat das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb im Sommer 2013 unter dem Arbeitstitel „TRIPS 94 plus 20 – Beyond Trade Rules“ ein Forschungsvorhaben für eine Buchveröffentlichung aufgelegt, mit der thematisch an frühere Auseinandersetzungen des Instituts mit dem TRIPS-Übereinkommen angeknüpft werden soll. Die Ergebnisse dieses Forschungsvorhabens werden im Herbst 2015 im Rahmen eines Jubiläumsbandes mit dem Titel „TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles?“ veröffentlicht.*

Das TRIPS-Übereinkommen will im Rahmen der wirtschaftlichen und rechtlichen Regelung der Welthandelsbeziehungen durch die WTO den internationalen Schutz der Rechte des geistigen Eigentums dadurch umfassend ordnen, dass alle Mitgliedstaaten zur Gewährleistung eines angemessenen Schutzes nach Maßgabe von Standards verpflichtet werden, die das Übereinkommen für jedes Schutzrecht und dessen Durchsetzung im Einzelnen festlegt. Die Bedingungen, unter denen diese international handelsbezogene Schutzrechtsordnung ihre Wirkung entfalten soll, haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten indessen grundlegend geändert. In wirtschaftlicher Hinsicht haben sich die Märkte infolge der wirtschaftlichen Globalisierung staatenübergreifend erweitert, und die politischen und wettbewerblichen Gewichte zwischen den Staaten haben sich mit dem Aufkommen teilweise großer Schwellenländer verschoben. Zugleich haben sich aufgrund des Fortschritts von Technologie, Transport und Kommunikation die Produktionsstandorte und -ketten sowie die Gegenstände und Formen des internationalen Leistungsaustauschs geändert; namentlich hat sich dieser selbst beschleunigt. Entsprechend haben sich die Bedürfnisse nach dem Schutz geistigen Eigentums gewandelt, aber auch ein Bedürfnis nach „Schutz vor Schutz“ hat

sich in gewissen Konstellationen etabliert, in denen Schutzrechte funktionswidrige oder sonst konfliktträchtige Effekte entfalten.

Auch völkerrechtliche Entwicklungen – etwa der Schutz von Gemeinschaftsgütern und von Menschenrechten – haben zu Veränderungen geführt. Damit können Schutzinteressen mit anderen legitimen Interessenspositionen rivalisieren oder gar kollidieren. Spannungen kommen aber auch von der WTO selbst, die von 76 auf 160 Mitgliedstaaten gewachsen und – zum Teil dadurch bedingt – seit langem in eine tiefe institutionelle und strukturelle Krise geraten ist. Bilateral und regional abgeschlossene (Frei-)Handelsabkommen aller Art überlagern nicht nur das WTO-Welthandelsregime von GATT und GATS, sondern auch die Schutzrechtsordnung des TRIPS-Übereinkommens (sog. „TRIPS-plus-Absprachen“ als Teil solcher Übereinkommen). Dabei ist einerseits das TRIPS-Übereinkommen selbst – und namentlich seitens der Entwicklungs- und vieler Schwellenländer – heftig umstritten geblieben; andererseits ist es aber auch weiterentwickelt worden. Dies geschah zum kleineren Teil durch ausdrückliche Ergänzung; wesentlicher dafür waren jedoch die Umsetzungspraxis der Staaten, die Streitschlichtung durch die WTO und die beides begleitende, sehr reichhaltige und intensive wirtschafts- und rechtswissenschaftliche Auseinandersetzung.

Das Institutsvorhaben „TRIPS 94 plus 20 – Beyond Trade Rules“ will diese Veränderungen und Entwicklungen nicht im Einzelnen für das TRIPS-Übereinkommen nachzeichnen, sondern setzt vielmehr darauf auf. So wird von einer Reihe geänderter Ausgangspunkte aus gefragt, ob das Übereinkommen nicht nur einen auf einer Reziprozität von Konzessionen beruhender Teil der Handelsordnung darstellt, sondern ob und inwieweit es sich auch als allgemein akzeptierte (oder doch akzeptable) Rechtsordnung verstehen lässt, die in den jeweiligen Mitgliedstaaten zu einem funktionsgerechten Schutz geistigen Eigentums weiterentwickelt werden kann. Ins Auge gefasst wird also nicht eine politisch aussichtslose äußere Veränderung des TRIPS-Übereinkommens, sondern seine innere, interpretatorische Fortentwicklung.



Im Vordergrund stehen insoweit einerseits die Ausbalancierung von gegensätzlichen Interessen von Schutzrechtsinhabern und Dritten (Nutzern oder Wettbewerbern, die jeweils zugleich ihrerseits Schutzrechtsinhaber sein können), andererseits die Prüfung etwaiger Schutzverbesserungen und schließlich der Abgleich mit anderen privaten oder öffentlichen Schutzgütern, wozu auch die Vermeidung territorialer Fernwirkungen nationaler Schutzsysteme gehören kann. Da es bei einem solchen Projekt mit einer begrenzten Zahl von Mitwirkenden nicht möglich ist, alle insoweit relevanten Fragestellungen aufzugreifen, wurde auf die Behandlung bereits vielfach international erörterter Fragestellungen bewusst verzichtet. Das betrifft etwa die allgemeine Entwicklungsländerproblematik mit ihren vielfältigen Facetten oder an sich bedeutsame Spezialfragen wie den Zugang zu Arzneimitteln zu Preisen, die für die in den einzelnen Ländern unterschiedlich Betroffenen tragbar sind.

Dennoch haben gegenwärtige und frühere Mitarbeiter des Instituts in insgesamt 24 individuellen Beiträgen eine Vielfalt von Problemen untersucht, die von Grundsatzfragen nach der „Handelsbezogenheit“ des Schutzes von Immaterialgüterrechten bis zur Prüfung der angemessenen Sanktionierung von Schutzrechtsverletzungen reichen. Diese Beiträge wurden von den Verfassern am 14. und 15. April 2014 – also genau 20 Jahre nach dem Beschluss des Abkommens – auf einem Workshop des Instituts mit internationalen Experten eingehend diskutiert. Dabei wurden aus den den Teilnehmern vorab zugeleiteten Beiträgen sieben Komplexe gebildet:

- I *Revisiting the Policy Rationale of TRIPS*
- II *TRIPS and Market Ordering*
- III *Systems Challenges*
- IV *TRIPS and Countervailing Principles*
- V *Exclusivity, Access and Innovation*
- VI *TRIPS and the Consumer*
- VII *Enhancing TRIPS?*

Die Veröffentlichung der gestützt auf die Erkenntnisse anlässlich des Workshops fertiggestellten Beiträge in einer Institutsschriftenreihe unter dem Titel „TRIPS plus 20 – From

*Ziel des Projekts ist die Rekonzeptionalisierung des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums als Rahmenregelung des internationalen Immaterialgüterrechts.*

#### **Leitung**

*Prof. Dr. Hanns Ullrich, Prof. Dr. Reto M. Hilty, Dr. Matthias Lamping*

#### **Teilnehmer**

*Prof. Dr. Christoph Antons, Dr. Mor Bakhoun, Dr. Klaus Dieter Beiter, Dr. Beatriz Conde Gallego, Prof. Dr. William Cornish, Prof. Dr. Josef Drexl, Seth Ericsson, Prof. Dr. Christophe Geiger, Dr. Henning Große Ruse-Khan, Prof. Dr. Frauke Henning-Bodewig, PD Dr. Thomas Jaeger, Dr. Kaya Köklü, Prof. Dr. Annette Kur, Prof. Dr. Nari Lee, Dr. Silke von Lewinski, Dr. Sylvie Nérison, Dr. Peter Picht, Prof. Dr. Rupprecht Podszun, Dr. Gintarė Surblytė*

#### **Externe Teilnehmer**

*Prof. Dr. Matthias Leistner (Universität Bonn), Dr. Agnieszka Machnicka (VU University Amsterdam), Dr. Max Wallot (Rechtsreferendar im Bezirk des Kammergerichts Berlin)*

#### **Projektlaufzeit**

*2013 – 2015*

Trade Rules to Market Principles?“ erfolgt im Herbst 2015. Damit stellt die Publikation einen Jubiläumsband im Hinblick auf die Arbeitsaufnahme der WTO im Jahre 1995 dar.

### 1.3 Patent Declaration

*Als Instrument der Marktregulierung muss sich das Patentsystem in die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einfügen, innerhalb derer es seine Wirkung entfalten soll. Ähnlich wie bereits im Urheberrecht – im Rahmen der „Declaration on a Balanced Interpretation of the ‚Three-Step Test‘ in Copyright Law“ – hat sich das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb in einer Erklärung zur Auslegung des internationalen Patentrechts den normativen Gestaltungsspielräumen gewidmet, die nationalen Gesetzgebern in dieser Hinsicht zur Verfügung stehen.*

#### Anlass der Patent Declaration

In einer Marktordnung, die auf Wettbewerbsfreiheit basiert, bedarf jeder Eingriff in den Wettbewerb einer Rechtfertigung. Ausschließlichkeitsschutz in Form von Patenten ist dort geboten, wo und soweit der Markt nicht in der Lage ist, die nötigen Anreize für Innovation aufrechtzuerhalten. Um dem gerecht zu werden, verfügt das Patentrecht über ein System abgestufter und aufeinander abgestimmter Mechanismen, anhand derer die Grenzen zwischen dem Patentschutz und der Wettbewerbsfreiheit gezeichnet werden. Gewisse Gegenstände können von vornherein vom Patentschutz ausgeschlossen werden; Erfindungen müssen bestimmte Anforderungen erfüllen, um Gegenstand eines Patents sein zu können; die mit dem Patent einhergehenden Rechte können begrenzt werden (etwa durch Erschöpfung oder Verwirkung); bestimmte Benutzungshandlungen können vom Schutzbereich des Patents ausgenommen werden; Dritten kann das Recht eingeräumt werden, ohne Zustimmung des Rechtsinhabers einen geschützten Gegenstand zu benutzen; und schließlich kann die Durchsetzung der mit dem Patent einhergehenden Rechte unter bestimmten Umständen versagt werden. Hinzu kommen Maßnahmen gegen den Missbrauch oder die wettbewerbsbeschränkende Ausübung von Schutzrechten.

Sofern diese Mechanismen nicht optimal ausgestaltet und aufeinander abgestimmt sind, kann es zu dysfunktionalen Auswirkungen des

Patentschutzes kommen. So wichtig die von Patenten ausgehende Rechtssicherheit sein mag, um Investitions- und Innovationsanreize abzusichern, so gefährlich werden die gleichen Rechte, wenn ihre Wirkung ausufert und damit die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs oder andere Allgemeininteressen beeinträchtigt. Dies ist keineswegs nur ein Problem von Entwicklungs- und Schwellenländern, sondern eine globale Herausforderung. Allerdings hängt die richtige Balance vom Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft ab, womit auch mögliche dysfunktionale Effekte variieren.

Besondere Verwerfungen – gerade in hochentwickelten Wirtschaftsordnungen – lassen sich derzeit im Bereich der Informationstechnologie beobachten, wo sich die schiere Anzahl von Patenten und damit einhergehenden Ausschließlichkeitsrechten immer häufiger als übermäßige Beschränkung der Handlungs- und Entwicklungsfreiheit von Marktteilnehmern und somit als Hindernis für Innovation erweist. Der Schutz von Innovation gegen Imitation tritt damit gegenüber dem strategischen Wert des Patents als Druck- und Verhandlungsmittel häufig in den Hintergrund (vgl. B I 1.1). Gegenstand anhaltender Kritik sind auch die Strategien der Pharmaindustrie, den Schutz profitabler Arzneimittel in die Länge zu ziehen (*Evergreening*), um den Markteintritt von Generika zu verzögern (vgl. B I 1.1). Hinzu kam in der jüngeren Vergangenheit die Ausweitung des Patentschutzes auf neue Bereiche und Gegenstände (etwa Gensequenzen oder Computerprogramme, in gewissen Rechtsordnungen auch Geschäftsmethoden), die sich in das althergebrachte Schutzsystem nur zum Teil integrieren lassen, den dem Patentrecht zugrunde liegenden Interessenausgleich hingegen umso mehr gefährden.

Die drohende Schieflage des Patentsystems stellt Gesetzgeber und Gerichte vor neue Herausforderungen. Gleichzeitig werden deren Handlungsspielräume aber durch die zunehmende Dichte und die Verflechtungen des internationalen Rechts eingeschränkt. Bereits das Inkrafttreten des TRIPS-Übereinkommens im Jahr 1994 bedeutete für viele Vertragsstaaten der Welthandelsorganisation – insbesondere für Entwicklungs- und Schwellenlän-

der – eine weitreichende Beschränkung ihrer Regelungsautonomie. Seitdem ist der Gestaltungsspielraum einzelner Staaten durch Freihandels- und Partnerschaftsabkommen weiter eingeschränkt worden (vgl. B II 1.1). Bedenklich ist diese jüngere Entwicklung auch aufgrund ihrer rechtspolitischen Tendenz. Mit bilateralen Abkommen bezwecken verhandlungsstarke Wirtschaftsräume in der Regel eine Verstärkung des Patentschutzes in weniger weit entwickelten Volkswirtschaften, womit die Ausgestaltung eines an nationalen Bedürfnissen ausgerichteten Patentsystems häufig unterminiert wird.

### Zielsetzung der Patent Declaration

Die Zielsetzung der *Patent Declaration* ist, den Umfang der tatsächlich bestehenden Regelungsautonomie mit Blick auf die Ausgestaltung des nationalen Patentrechts aufzuzeigen und damit Rechtssicherheit namentlich im Umgang mit dem TRIPS-Übereinkommen und der PVÜ zu schaffen. Gleichzeitig soll damit die Verhandlungssouveränität politischer Entscheidungsträger im Rahmen von bilateralen oder regionalen Abkommen gestärkt werden. Dabei sollen nationalen Gesetzgebern oder Gerichten allerdings keine konkret zu beschreitenden Wege aufgezeigt werden. Ein geeignetes Gleichgewicht muss jede Volkswirtschaft selbst finden, denn von den jeweiligen Rahmenbedingungen hängt ab, wie das System des Patentschutzes seiner Funktion zugeführt werden kann, um Wettbewerbs- und Innovationsprozesse zu optimieren und die ausschließliche Wirkung des Patents mit anderen Allgemeininteressen in Einklang zu bringen. Mit andern Worten zeigt die *Patent Declaration* nur auf, was zulässig ist – nicht was richtig und was falsch ist. Sie richtet sich damit auch nicht an bestimmte Staaten.

Inhaltlich konzentriert sich die *Patent Declaration* auf ausgewählte, besonders kritische Bereiche. Konkret geht es etwa um Möglichkeiten zu Differenzierungen des Schutzes von Erfindungen; die Frage, was ein nationales System überhaupt als patentierbare Erfindung anerkennen muss; die Voraussetzungen, unter welchen Patentschutz gewährt werden

*Ziel des Projekts war die Klarstellung der nach internationalem Recht bestehenden Regelungsautonomie mit Blick auf die Ausgestaltung des nationalen Patentrechts.*

#### Leitung

*Prof. Dr. Reto M. Hilty, Dr. Matthias Lamping*

#### Teilnehmer

*Prof. Dr. Annette Kur, Prof. Dr. Hanns Ullrich, Dr. Henning Grosse Ruse-Khan*

#### Externe Teilnehmer

*Prof. Dr. Dan L. Burk (University of California), Prof. Dr. Carlos M. Correa (University of Buenos Aires), Prof. Dr. Peter Drahos (Australian National University), Prof. Dr. N.S. Gopalakrishnan (Cochin University of Science and Technology), Prof. Dr. Geertrui van Overwalle (University of Leuven), Prof. Dr. Jerome Reichmann (Duke Law School)*

#### Projektlaufzeit

*2011 – 2014*

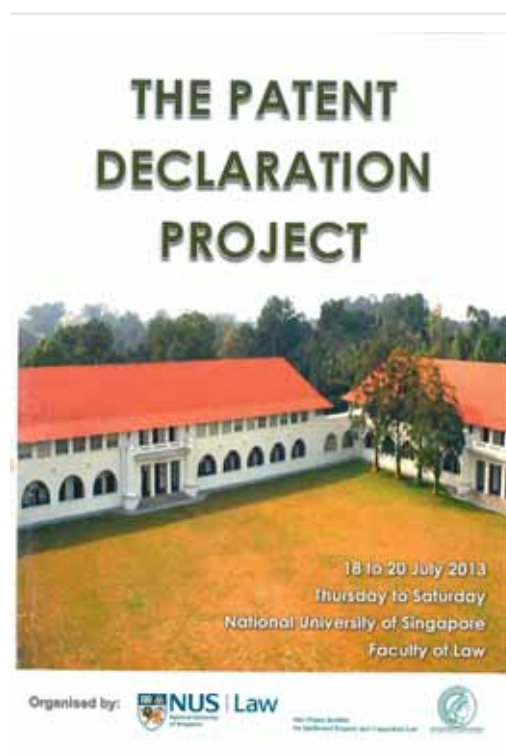
muss; die Reichweite dieses Schutzes oder um zulässige Schutzbegrenzungen.

### Ergebnis jahrelanger Forschung und Kooperation

Die *Patent Declaration* wurde am zwanzigsten Jahrestag der Einigung auf die Gründung der Welthandelsorganisation (und damit auf das TRIPS-Übereinkommen), also am 15. April 2014, unter dem Titel *Declaration on Patent Protection – Regulatory Sovereignty under TRIPS* veröffentlicht. Die Wahl dieses Datums sollte nicht zuletzt darauf hinweisen, dass das TRIPS-Übereinkommen nicht als solches problematisch und seine gelegentliche Anfeindung durch Entwicklungs- und Schwellenländern wenig zielführend ist. Im Gegenteil: die 1994 eingebaute Regelungsautonomie bzw. Flexibilität ist in Wahrheit weitreichend; der Freiheit, sie zu nutzen, begeben sich die meisten Staaten selbst.

Vorangegangen sind den rund fünfjährigen Arbeiten an der *Declaration* vielschichtige und umfangreiche wissenschaftliche Arbeiten von Angehörigen des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb und Kollegen in der Fachwelt. Wie schon beim eigentlichen Vorbild der *Patent Declaration* – der *Declaration on a Balanced Interpretation of the „Three-Step*

*Test“ in Copyright Law* – reifte nach einer gewissen Zeit aber die Erkenntnis, dass mit Grundlagenforschung allein jene Kreise, die eine Weiterentwicklung des Patentrechts letzten Endes in der Hand haben, kaum erreicht werden. Erforderlich ist dafür vielmehr eine knappe, allgemeinverständliche Kondensation der Ergebnisse. Wirkung entfalten kann eine solche Positionierung wiederum nur, wenn sie nicht Einzelmeinungen wiedergibt, sondern sehr breit abgestützt ist.



Im Hinblick auf diese Zielsetzung involvierte das Institut über 40 ausgewiesene Patentrechtsexperten aus 25 Ländern. Zusammen mit fünf Institutsangehörigen bildeten sechs herausragende externe Mitwirkende die Kerngruppe. Dabei spricht die Tatsache, dass für die weniger als zwanzig Seiten – zwei Seiten Vorwort, zehn Seiten Erläuterungen und fünf Seiten für die eigentliche Erklärung – ein derart langer Zeitraum mit einer Vielzahl von Treffen in unterschiedlicher Zusammensetzung (unter anderem in München, Hamburg, Berlin, Oxford und Singapur) erforderlich war, Bände über den Meinungsfindungsprozess. Zwar wurden alle Entwürfe am Institut erstellt, und das Institut zeichnete auch für

die Endredaktion verantwortlich. Jedoch wurde für jede in der *Declaration* vertretene Position stets eine eindeutige Mehrheit gesucht – und gefunden.

Abzuwarten bleibt, ob die *Patent Declaration* in ähnlich durchschlagender Weise die Aufmerksamkeit der Fachwelt auf sich ziehen wird wie die 2008 veröffentlichte *Copyright Declaration*. Ein Durchbruch wird eher schwieriger sein, weil die Materie wesentlich breiter und komplexer ist, und der Zirkel, dessen Aufmerksamkeit sie erwecken soll, enger. Geplant sind verschiedene Veranstaltung in Schlüsselländern (China, Indien, Brasilien, Südamerika), gleichzeitig aber auch in den USA und in verschiedenen Ländern Europas, wo der Erklärungsbedarf höher sein wird, dass die *Declaration* nicht eine patentfeindliche, sondern eine innovations- und entwicklungsfreundliche Zielsetzung verfolgt.

## 1.4 Perspektiven des europäischen Immaterialgüterrechts

*Dass die EU keine kohärente Immaterialgüterrechtspolitik verfolgt, sondern lediglich über punktuelle, meist anlassbezogene Maßnahmen agiert, ist ein bekanntes Lamento in Immaterialgüterrechtskreisen. Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb nahm dieses sowie die vor einigen Jahren mit dem Vertrag von Lissabon angestoßene Primärrechtsreform zum Anlass, die tatsächliche Verfasstheit des immaterialgüterrechtlichen Unionsacquis auszuloten. Untersucht wurden nicht nur die die Funktionalität der einzelnen Schutzrechtsregimes, sondern vor allem auch deren Verhältnis zueinander sowie zu dem sie umgebenden Wettbewerbsrecht und zum nationalen Recht. Am Ende dieses breit angelegten Gesamtblicks auf den Unionsacquis stehen nun nicht nur Erkenntnisse dazu, wie es um das Immaterialgüterrecht im Binnenmarkt bestellt ist, sondern vor allem auch dazu, in welchen Bereichen Handlungsbedarf besteht und wie dieser aussehen könnte.*

Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb hat über eine Dauer von rund sechs Jahren ein nach Inkrafttreten des „Vertrags von Lissabon“ angestoßenes, vierstufiges Projekt zur Beurteilung der Funktionsfähigkeit des immaterialgüterrechtsrelevanten Primär- und Sekundärrechtsbestands der EU und seiner Perspektiven durchgeführt.

Den Ausgangspunkt (Teil A) bildete die Beobachtung, dass zwischen dem Einsatz von Immaterialgüterrechtsschutz in der europäischen Gesetzgebung, den damit erklärtermaßen verbundenen (Wachstums-)Hoffnungen und den tatsächlichen Wirkungen von Schutz eine deutliche Lücke klafft. Ausgangsthese des Projekts war, dass diese Lücke auf Fehlstellen im IP (*Intellectual Property*)-Acquis zurückzuführen ist, die sich etwa in widersprüchlichen oder überschießenden Regelungen oder in Lücken im Rechtsbestand äußern und die jeweils für sich genommen oder auch in ihrem Zusammenwirken eine optimale Nutzung der Immaterialgüterrechte im Binnenmarkt behindern. Auf den Projektstufen zwei und drei erfolgten sodann ausführliche Analysen des

*Ziel des Projekts ist die Funktionsanalyse des immaterialgüterrechtsrelevanten Primär- und Sekundärrechts der EU.*

### Leitung

Prof. Dr. Reto M. Hilty, PD. Dr. Thomas Jaeger

### Projektlaufzeit

2008 – 2015

Primärrechts in der Fassung des „Vertrags von Lissabon“ (Teil B) sowie des Sekundärrechts, letzteres nach unterschiedlichen Gesichtspunkten (entlang der Schutzrechtsgrenzen und quer dazu) sowie über dessen gesamte Breite hinweg (Teil C).

Ausgangspunkt für die Untersuchung des Sekundärrechts bildete eine Reihe von Arbeitshypothesen, die es anhand einer Vielzahl von (teils prominenten, teils bislang zu wenig beachteten) Einzelproblemen zu verifizieren oder zu falsifizieren galt. Im Hinblick auf Konstellationen, für die ein Korrekturbedarf erkannt wurde, entwickelte das Projektteam eine *Toolbox* bestehend aus rund zwei Dutzend „Werkzeugen“ zur Behebung der Fehlstellen. Diese „Werkzeuge“ gewährleisteten die Anwendung einer einheitlichen Methode im gesamten Projekt und eine themenübergreifende Vergleich- und Verallgemeinbarkeit der Forderungen an den europäischen Gesetzgeber.

Auf Basis dieser umfassenden Auseinandersetzung mit funktionalen und dysfunktionalen Effekten der gegenwärtigen Schutzsysteme für immaterielle Güter im Binnenmarkt und der von den verschiedenen Arbeitsgruppen vorgeschlagenen Lösungen wurden im Rahmen einer abschließenden Gesamtanalyse auf der vierten Projektstufe verallgemeinernde Folgerungen formuliert, um Schwachstellen der europäischen Immaterialgüterrechtsetzung zu beheben und zukunftssträchtige Perspektiven aufzuzeigen (Teil D). Auf diesen letzten Arbeitsschritt konzentriert sich der vorliegende Bericht.

## Systemische Folgerungen zum Schutzbedarf

Alle im Teil C untersuchten Sachverhalte deuten auf eine Einsicht hin, die aus der Perspektive der Grundlagenforschung auf der Hand zu liegen scheint, im rechtspolitischen Kontext aber oft ausgeblendet wird: In erster Linie bedarf es geeigneter Marktopportunitäten, um Unternehmen Anreize zu bieten, in Innovationen zu investieren, was letzten Endes zum Wachstum beitragen kann. Die Bereitstellung von Immaterialgüterrechtsschutz alleine bleibt hingegen ohne positive Effekte, solange potentielle Innovatoren nicht gleichzeitig eine ausreichende Marktnachfrage und damit Gewinnaussichten antizipieren. Daraus folgt, dass Schutzrechte nur – aber immerhin – unterstützend wirken können und müssen, um die Funktionsfähigkeit jener Märkte sicherzustellen, auf denen Investitionen von Marktteilnehmern zu Innovationen führen sollen. Namentlich liegt die Funktion von Schutzrechten darin, Rechtssicherheit dahingehend zu vermitteln, dass sich getätigte Investitionen amortisieren und angemessene Gewinne erzielt werden. Erforderlich sind Schutzrechte mit andern Worten dort, wo Anreize, die von bestehenden Marktopportunitäten ausgehen, ohne Rechtsschutz beeinträchtigt werden könnten, weil zu früh Nachahmer auf den Markt kommen und einen *return on investment* vereiteln.

Solche Formen von Marktversagen stellen aber nicht die Regel, sondern die Ausnahme dar. Schutzrechte sollen daher nicht möglichst breit wirken, sondern sind gezielt einzusetzen. Undifferenziert eingesetzter Rechtsschutz riskiert dagegen, Marktversagen nicht situativ zu bekämpfen, sondern – im Gegenteil – zu provozieren. Greifen Schutzrechte nämlich auch dann in das Marktgeschehen ein, wenn von Marktopportunitäten herrührende Anreize ausreichen würden, um die erwünschten Investitionen zu tätigen, droht dies bei gewissen Akteuren zu Fehlanreizen zu führen. Namentlich kann ein überlanger oder zu umfassender Rechtsschutz erwünschten Wettbewerb unterdrücken und z.B. zu einem Aufschub von Investitionen führen. Mithin können sich die

Vorteile von Schutzrechten dann in ihr Gegenteil verkehren, wenn der Rechtsschutz nicht ausreichend spezifisch wirkt.

Konkret bedeutet dies in erster Linie, dass der schon von seinem Wesen her eher undifferenziert ansetzende Rechtsschutz situationsgerecht begrenzt werden muss. Dies ist auf verschiedene Arten möglich; so können bestimmte Nutzungshandlungen Dritter unter gewissen Voraussetzungen von vornherein durch Gesetz erlaubt werden oder es können Rechteinhaber unter bestimmten Konstellationen verpflichtet sein, Dritten marktconforme Lizenzen zu erteilen. Auch auf der Ebene der Rechtsdurchsetzung lassen sich im Einzelfall wesentliche Differenzierungen verwirklichen; hier liegt die Verantwortung, Besonderheiten gewisser Märkte bzw. konkreter Marktgegebenheiten ausreichend Rechnung zu tragen, primär bei den Gerichten.

## Schutzbedarf in unterschiedlichen Märkten

Bei technologiebezogenen Schutzrechten (vor allem bei Patenten) folgt daraus das Postulat, die Reichweite des Schutzes verstärkt auf die Amortisationsdauer von Investitionen auszurichten, die je nach Technologiebereich stark variieren kann. Nach Ablauf der typischerweise erforderlichen Auswertungszeit sind die Ausschließlichkeitsbefugnisse daher in geeigneter Form so zu begrenzen, dass der Schutzrechtsinhaber wieder ausreichendem Wettbewerbsdruck ausgesetzt wird. Weiterreichender Schutz ist nicht nur nicht erforderlich, sondern unter Umständen schädlich; denn Aufgabe von Schutzrechten ist es weder, Fehlinvestitionen abzusichern (z.B. wenn Marktopportunitäten falsch eingeschätzt werden), noch bei inadäquaten Marktauftritten Gewinne zu ermöglichen. Es kann nur darum gehen, jene Formen von Marktversagen zu verhindern, denen sich ein vernünftig agierender Investor nicht entziehen kann.

Bei gestaltungsbezogenen Schutzrechten (vor allem dem Urheberrecht) scheint die Sachlage nur auf den ersten Blick anders zu liegen. Entscheidend ist dort, zwischen Kreativen einerseits und Auswertern (also der Kulturindustrie)

andererseits zu unterscheiden. Die Anreize dafür, dass Werke überhaupt geschaffen werden, sind weitgehend eigenständiger Art; namentlich spielen hier auch intrinsische und persönlichkeitsbezogene Momente eine tragende Rolle. Investitionen monetärer Art hingegen werden in ähnlicher Weise mit Blick auf Marktopportunitäten getätigt wie in technologiebezogenen Märkten – mögen sich diese Investitionen auf die Finanzierung der Werkentstehung oder die Vermarktung geschaffener Werke richten. Aus diesem Grunde spricht nichts dagegen, die Logik einer Begrenzung der Ausschließlichkeitsbefugnisse mit Blick auf eine typische Amortisationsdauer gleichermaßen anzuwenden. Überschießende Schutzwirkungen im Urheberrecht wirken – wie sich anhand einer Reihe von Beispielen zeigen lässt – innovationsfeindlich; insbesondere durch neue Technologien eröffnete Vermarktungsmodelle werden nicht genutzt bzw. Dritte, die sie nutzen möchten, werden daran gehindert.

Marktbezogene Schutzrechte (vor allem Marken) folgen zwar nicht ganz der gleichen Logik; letztlich geht es jedoch auch hier um vom Markt ausgehende Anreize zu spezifischen Investitionen (etwa in die Qualität von Produkten). Diese Anreize können auch hier durch Maßnahmen von Mitbewerbern beeinträchtigt und Investoren dadurch frustriert werden. Dem entgegenzuwirken ist Aufgabe des Rechtsschutzes. Auch der vom Markenrecht ausgehende Schutz darf aber nicht zu weit gehen: Beispiele aus besonderen Konstellationen – etwa bei konturlosen Farb- oder Formmarken – verdeutlichen, dass auch bei diesem Rechtsschutzinstrument gewisse dysfunktionale Effekte drohen. Auch im Markenrecht ist es daher geboten, diese Effekte zu begrenzen, um wettbewerbliche Freiräume Dritter nicht übermäßig einzuengen.

### Hauptursachen für Fehlstellungen und Handlungsoptionen

Soweit das geltende Recht der Problematik überschießender Schutzwirkungen zu wenig Rechnung trägt, lässt sich auf drei Ebenen ansetzen: den Schutzvoraussetzungen, möglichen Schutzbegrenzungen und der Rechtsdurchsetzung.



Die Forderung, den Schutzvoraussetzungen verstärkt Geltung zu verschaffen, ist nicht neu. Die Erfahrung (etwa beim EPA) zeigt jedoch, wie schwierig es ist, sie in die Tat umzusetzen. Auch die Rechtsprechung – die im Urheberrecht sogar die zentrale Rolle spielt – ist kaum beeinflussbar. Richtig bleibt die Forderung zwar gleichwohl; auf den anderen Ebenen dürfte es aber einfacher sein, das tatsächlich erforderliche Maß an Rechtsschutz zu erreichen.

Allem voran gilt dies für Schutzbegrenzungen, die vergleichsweise flexibel handhabbar sind. Erforderlich ist allerdings die Einsicht, dass es nicht zielführend ist, den Rechtsschutz als Grundsatz und die Begrenzung als Ausnahme zu verstehen. Beides ist gleichermaßen erforderlich, um optimale Steuerungs- und Anreizeffekte zu erzielen. Zu entwickeln sind daher Rechtsmechanismen, die ausschließlichem Schutzrecht graduell entgegenzuwirken vermögen, wenn ein *return on investment* vernünftigerweise erreicht sein kann, um anderen Marktteilnehmern in der Form bestimmter Nutzungsmöglichkeiten Freiräume zu verschaffen und damit Wettbewerb zu fördern, wo von ihm positivere Wirkungen zu erwarten sind als von Rechtsschutz. Einen zentralen Aspekt bildet dabei die Möglichkeit, zugunsten von Rechteinhabern marktgerechte Vergütungsmechanismen vorzusehen, statt ihnen die uneingeschränkte Rechtsdurchsetzung zu gestatten.

Noch stärker auf die Umstände des Einzelfalls ausrichten lässt sich die Rechtsdurchsetzung. Aktuell ist diese durch mangelnde Flexibilität und Undifferenziertheit gekennzeichnet, fokussiert doch etwa die Durchsetzungsrichtlinie (RL 2004/48/EG) einzig auf den Rechteinhaber ohne ausreichend auf Waffengleichheit der Parteien zu achten. Den mit Einzelfällen befassten Gerichten fehlen damit die Beurteilungs- und Handlungsspielräume, um erkannten dysfunktionalen Effekten von Schutz entgegenwirken zu können.

### Notwendigkeit eines Fine-Tuning-Systems

Gerade die im Teil C ausführlich diskutierte Rechtsdurchsetzung verdeutlicht die Notwendigkeit eines Fine-Tuning-Systems, für dessen Anwendung die Gerichte zwar im Zentrum stehen, wo letzten Endes aber die Marktakteure die entscheidende Rolle spielen müssen. Denn sie sind es, die ein Defizit an Freiräumen zu

spüren bekommen und die folglich auch in der Lage sein müssen, geeignete Rechtsinstrumente zur Anwendung zu bringen, um trotz Rechtsschutz unter gewissen Voraussetzungen punktuelle Nutzungserlaubnisse zu erlangen (z.B. durch Erwirkung einer Lizenz).

Eine herausragende Bedeutung erlangt ein solches Fine-Tuning gerade bei sog. „Schlüsselgegenständen“, die durch ihre beschränkte Substitutionsmöglichkeit gekennzeichnet sind. Gewiss mögen hier punktuell (namentlich gestützt auf Art. 102 AEUV) kartellrechtliche Mechanismen greifen; oft setzen diese jedoch zu unspezifisch an und liegen auch die Eingriffsschwellen in Einzelfällen zu hoch. Gleichzeitig fehlt es an geeigneten prozessrechtlichen Möglichkeiten, um dysfunktionalen Auswirkungen von Schutzrechten ohne größere Zeitverzögerung entgegenwirken zu können – denn einstweiliger Rechtsschutz ist *de lege lata* nur zugunsten von Rechteinhabern institutionalisiert.





## 1.5 Einheitspatent und Einheitliche Patentgerichtsbarkeit

*Im Patentrecht ist auf europäischer Ebene seit dem Erlass des sog. „Einheitspatentpakets“ einiges in Bewegung gekommen. Das Paket, das neben einer materiellen Komponente und Übersetzungsregeln auch aus einer Gerichtsorganisationskomponente sowie Gerichtsverfahrensregeln besteht, ist allerdings nicht unkritisch zu sehen: Unbeschadet dessen, dass einzelne Aspekte des Systems, vor allem die Verfahrensregeln, im Großen und Ganzen gelungen erscheinen, weisen die Grundstrukturen von Patent und Gerichtsbarkeit derart massive Fehlstellungen auf, dass der Mehrwert der Vereinheitlichung insgesamt infrage steht und – mehr noch – das Patentsystem in Europa sogar in eine Schiefelage zu geraten droht.*

Im Dezember 2012 einigten sich der europäische Gesetzgeber und die Mitgliedstaaten auf das sog. „Einheitspatentpaket“ als Grundstein für die Einführung eines einheitlichen Patentschutzes in der EU. Es handelt sich dabei um eine hybride Maßnahme, bestehend aus zwei im Wege der verstärkten Zusammenarbeit zwischen 25 Mitgliedsstaaten (alle außer Italien und Spanien) erlassenen EU-Verordnungen (VO 1257/2012 und VO 1260/2012, im Folgenden Einheitspatentverordnungen) und einem ohne Beteiligung der EU geschlossenen internationalen Abkommen (Übereinkommen über ein einheitliches Patentgericht vom 19. Februar 2013, im Folgenden EPG-Übereinkommen). Zentrale Gesichtspunkte sind die Schaffung eines binnenmarktweiten Patentrechtstitels, die Gewährleistung einheitlicher Durchsetzung vor einem zentralen, überstaatlichen Spezialgericht sowie die organisatorische und prozedurale Zusammenführung des bestehenden Patentschutzes nach dem Europäischen Patentübereinkommen (EPÜ) mit dem neuen Einheitspatent durch eine gemeinsame Erteilungszuständigkeit beim Europäischen Patentamt (EPA) und eine gemeinsame Durchsetzungszuständigkeit des neu geschaffenen Einheitlichen Patentgerichts (EPG).

Das „Einheitspatentpaket“ soll den jahrzehntelangen Stillstand der Unionsgesetzgebung

im Patentbereich beenden und für Unternehmen im Binnenmarkt einen vergleichsweise effektiveren und kostengünstigeren Schutz von Innovationen zur Verfügung stellen als derzeit im Rahmen des EPÜ (ausführlich etwa Ullrich, MPI SSRN Research Paper Series Nr. 12-03; Jaeger, CML Rev. 2010, 63). Es tritt in Kraft, sobald das Abkommen von mindestens 13 Mitgliedstaaten (darunter zwingend Deutschland, Frankreich und Großbritannien) ratifiziert wird. Angesichts noch anhängiger Nichtigkeitsklagen gegen die Patentverordnungen (vgl. Rs. C-146/13 und Rs. C-147/13) haben einige Staaten (etwa Deutschland) die Ratifikation aber vorerst auf Eis gelegt.

### Allgemeine Bedenken zum Einheitspatentsystem

Dass das Einheitspatent den hohen Erwartungen gerecht wird, scheint höchst zweifelhaft. Das „Einheitspatentpaket“ stellt in mehrfacher Hinsicht einen Kompromiss dar, bei dem der politische Wille, das Paket zu verwirklichen, über inhaltliche Ausgewogenheit und Funktionalität gestellt wurden. Zum Ausdruck kommt dies bereits im Instrument einer sog. „verstärkten Zusammenarbeit“ als Rechtsrahmen des Patents, das daher entgegen der ursprünglichen Zielsetzung gerade keinen den gesamten Binnenmarkt abdeckenden Rechtstitel bereitstellt. Die Verhandlungen waren in der Frage der Verfahrens- und Übersetzungssprachen auf Hürden gestoßen, die der Rat letztlich nicht durch Verhandlungen mit dem Ziel eines einheitlichen Vorgehens, sondern durch die Umgehung der Abweichter qua verstärkter Zusammenarbeit auflöste. Der EuGH hat die Zulässigkeit dieses Vorgehens im Jahr 2013 bestätigt (verb. Rs. C-274/11 und C-295/11; kritisch dagegen bereits Lamping, IIC 2011, 879). Vor allem aber durchdringt der Kompromisscharakter die inhaltliche Ausgestaltung des Einheitspatentsystems: In materieller Hinsicht bildet das unter Zuhilfenahme des EPA erteilte und verwaltete Patent lediglich ein leeres Gefäß, das durch großzügige Verweise der Einheitspatentverordnung auf das EPÜ und nationales Recht befüllt wird. Ebenso stellt das über das Übereinkommen errichtete EPG weder

eine optimal effektive noch interessensausgewogene Patentrechtsdurchsetzung in Europa sicher. Hinzu kommen auf allen Ebenen des Pakets massive Bedenken der Rechtmäßigkeit, insbesondere bezüglich der Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht.

Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb hat die Entwicklungen rund um das Einheitspatent stets eng begleitet und kommentiert und dabei insbesondere Fallstricke (vgl. Hilty, Jaeger, Lamping, Ullrich, The Unitary Patent Package: Twelve Reasons for Concern, MPI SSRN Research Paper Series Nr. 12-12), aber auch Alternativen aufgezeigt (vgl. die Habilitationsschrift von Jaeger, System einer Europäischen Gerichtsbarkeit für Immaterialgüterrechte, 2013; auch Jaeger, IIC 2012, 286; Jaeger, Društveni ogledi journal 2014, 194). Dies gilt nicht nur für das aktuelle „Einheitspatentpaket“, sondern auch für dessen Vorläufer, etwa das im Jahr 2011 vom EuGH wegen Unvereinbarkeiten mit Unionsrecht gekippte (vgl. EuGH-Gutachten 1/09) Modell eines Gerichts für europäische Patente und Gemeinschaftspatente samt vollwertiger Patentverordnung nach den bestehenden Vorbildern bei Marken, Designs oder Sorten. Trotz seiner Defizite, die letztlich zum Scheitern jenes Modells führten, war es im Vergleich zum nunmehrigen „Einheitspatentpaket“ sowohl aus patentrechtlicher Sicht als auch aus Sicht des Binnenmarkts weitgehend ausgewogen und funktional (vgl. insbesondere die Stellungnahme des Instituts zu jenem Modell in IIC 2009, 817; auch Jaeger, sic! 2010, 399). Auch erklärt das Scheitern jenes Modells vor dem EuGH keineswegs jene weitreichenden Kompromisse im Rahmen des heutigen Nachfolgemodells, die dessen Funktionalität und Mehrwert gegenüber dem Status Quo umfassend infrage stellen: Sie sind vielmehr einem Wiederaufschneiden des „Pakets“ und dessen Öffnung für die unterschiedlichsten Begehrlichkeiten, insbesondere einem tiefsitzenden Misstrauen gegenüber einer möglichen künftigen Rolle des EuGH bei der Patententscheidung und dem folgerichtigen Bestreben geschuldet, den EuGH im System möglichst außen vor zu halten (dazu Jaeger, EuZW 2012, 401; Jaeger, EuZW 2013, 15; Jaeger, IIC 2013, 389).

Ein ideales Patentsystem für den Binnenmarkt bestünde aus einer materiellen und einer prozeduralen Komponente. Materiell sollte ein autonomer und mit dem nationalen Recht so wenig wie möglich verzahnter Schutztitel auf Verordnungsbasis bestehen, der sämtliche Aspekte des Entstehens, Umfangs und Endes von Schutz und die wirtschaftliche Nutzung regelt (vgl. auch Ullrich in Liber Amicorum Paul Demaret, 2013, 481). Idealerweise wäre ein solches Patent außerdem modern in dem Sinne, dass es auf aktuelle Herausforderungen antwortet, etwa was Ausnahmen von Erfindungen in bestimmten Bereichen, Ausnahmen zugunsten bestimmter Nutzungsarten oder den Zugang zu Schlüsseltechnologien angeht. Ein ideales Patentgerichtssystem wiederum würde angesichts der Zweiteilung der Patentsysteme in Europa, die durch den außerhalb der EU errichteten Rahmen des EPA droht, vor allem versuchen, hinsichtlich der einbezogenen Staaten und der dort genutzten Patenttitel die Einheitlichkeit des Patentrechtskorpus in Europa zu gewährleisten. Es würde außerdem der Effektivität und der Qualität des Gerichts und seiner Zugänglichkeit für potenzielle Nutzer den Vorzug vor sonstigen Gesichtspunkten einräumen – in erster Linie vor Effektivitätshemmenden politischen Kompromissen.

Dass das Einheitspatentgerichtsmodell diesem Ideal nicht folgt, kann nicht überraschen: Die politische Realität und das in der Theorie Wünschenswerte divergieren oft. Sehr wohl überraschen mag aber, wie weit das vorgeschlagene Modell vom Ideal entfernt ist (zum Folgenden ausführlich die Stellungnahmen des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb in MPI SSRN Research Paper Series Nr. 12-12 zum materiellen Patent sowie zum Gerichtssystem und in MPI SSRN Research Paper Series Nr. 13-16 zum neuen Verfahrensrecht).

### Territoriale Fragmentierung

In territorialer Hinsicht problematisch ist nicht nur die Verwirklichung des materiellen Patentschutzes in Spanien und Italien und dessen Reduktion auf eine Koalition der Willigen. Vielmehr wurden entgegen dem Vorläufermodell auch sämtliche dem EPÜ angehörenden Nicht-EU-Staaten aus dem Projekt

verabschiedet. Das Ziel, den Patentrechtskorpus in Europa zu vereinheitlichen, wurde daher aufgegeben. Stattdessen tritt lediglich eine neue Patentebene neben die beiden bereits bestehenden Ebenen des rein nationalen Patentrechts sowie der über das EPA erteilten nationalen Patente.

Besonders skurril und völlig fragmentiert wird diese Situation überdies durch das Hinzutreten der uneinheitlichen gerichtlichen Zuständigkeiten im Gefolge des „Einheitspatentpakets“: Neben der fortbestehenden Zuständigkeiten der nationalen Gerichte für rein nationale Patente wird es eine Rechtsprechungszuständigkeit des EPG einerseits für Einheitspatente unter der Vorabentscheidungsbefugnis des EuGH geben sowie andererseits eine Zuständigkeit für europäische Patente ohne EuGH-Mitwirkung. Im Übrigen verbleiben europäische Patente der vom Gerichtssystem ausgeschlossenen Staaten (nicht teilnehmende Staaten und EPÜ-Drittstaaten) in der nationalen Rechtsprechungszuständigkeit sowie die Zuständigkeiten für Entscheidungen über Administrativbeschwerden betreffend die Erteilung und Gültigkeit Europäischer Patente beim EPA unter nachprüfender Kontrolle seiner Beschwerdekammern. Aus diesem Modell ergeben sich somit fünf Gruppen von Zuständigkeiten, die wechselseitig nicht konsolidiert oder koordiniert sind und in denen potenziell jeweils eine eigenständige Auslegung und Anwendung des Patentrechts erfolgen kann.

### Inhaltliche Fragmentierung

Sodann hat das Einheitspatent mit seinen Verwandten bei Marken usw. auch inhaltlich nur wenig gemein: Anstelle eines autonomen und vollwertigen Unionsrechts werden nationale Patente „mit einheitlicher Wirkung“ verklammert. Das Unionsrecht dockt damit, in rechtstechnisch bislang einmaliger und rechtlich bedenklicher Weise, an nationalen Rechten an und ist im Bestand von diesen abhängig. Schwer wiegen dabei die inhaltlichen Lücken der Regelung: Die Einheitspatentverordnungen normieren weder die Patentierungsvoraussetzungen noch den Umfang des Patentschutzes oder das Vermögensrecht.

*Das Projekt dient der Erfassung des Europäischen Patentrechts und seiner Durchsetzung im Wandel.*

#### Teilnehmer

*Prof. Dr. Hanns Ullrich, Dr. Matthias Lamping,  
PD Dr. Thomas Jaeger, Dr. Roberto Romandini*

#### Projektlaufzeit

*seit 2012*

Stattdessen wird auf nationales Recht und Völkerrecht verwiesen. Die Verordnung legt damit die Konturen des Einheitspatents nicht einmal schemenhaft unionsrechtlich fest. Dies könnte unionsrechtswidrig sein und gewährleistet weder Rechtssicherheit noch eine einfache, günstige und vorhersehbare Patentnutzung durch potenzielle Inhaber.

### Unmodernes Patentrecht

Die sich mit der Einführung eines unionsweiten Patents aufdrängende Chance zur Modernisierung des europäischen Patentrechts wurde verpasst. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Dysfunktionalitäten im Patentrecht, die sich derzeit in verschiedenen Bereichen (vgl. dazu B I 1.1) bemerkbar machen. Mechanismen, die diese Probleme hätten effizient adressieren könnten (etwa Zwangslizenzen oder andere Schranken), sind im Einheitspatentsystem entweder gar nicht oder nur in unzureichender Form vorgesehen, obwohl die Patentsysteme der Mitgliedstaaten in dieser Hinsicht gute Vorbilder für eine Modernisierung des Patentrechts und dessen Anpassung an die Herausforderungen der neuen Technologien liefern. Das Versäumnis, solche Mechanismen in das „Einheitspatentpaket“ einzubauen, könnte sich über kurz oder lang negativ auf die Innovationsfähigkeit der EU auswirken. In seiner jetzigen Ausgestaltung dient das Einheitspatent vor allem der Großindustrie. Andere Interessen bleiben auf der Strecke.

### Funktionsdefizite des EPG

Abstriche gab es auch beim Gerichtssystem, sowohl im Großen als auch im Kleinen. Im Großen wurden, wie erwähnt, Drittstaaten ausgeschlossen, aber auch auf eine Zwangs-

lizenzklage sowie auf volle Berufungsrechte in Administrativverfahren (also betreffend die Erteilung oder Gültigkeit von Patenten) wurde verzichtet. Im Kleinen ist das Modell mit Kompromissen gespickt, etwa was eine nationale Besetzung der Richterbank oder die Offenheit des Systems für nationale Verfahrensbesonderheiten (z.B. das deutsche Trennungsprinzip) angeht.

### Lichtblick Patentverfahrensrecht

Nachdem die Einheitspatentverordnungen und das EPG-Übereinkommen in trockenen Tüchern waren, blieb als Lichtblick zur Ausbalancierung des Patentsystems noch die Verfahrensordnung für das EPG (im Folgenden EPG-VerfO). In dieser Hinsicht sind vor allem zwei Aspekte interessant: Erstens die Notwendigkeit einer von nationalen Traditionen autonomen Anwendung und Auslegung der EPG-VerfO; und zweitens das Ausnutzen der Regelungsspielräume der EPGÜ-VerfO, um ein mögliches, aus dem EPG-Übereinkommen resultierendes Ungleichgewicht in der Stellung der Prozessparteien abzumildern (dazu ausführlicher Hilty, Jaeger, Lamping, Romanini, Ullrich, Comments on the Preliminary

Set of Provisions for the Rules of Procedure of the Unified Patent Court, MPI SSRN Research Paper Series Nr. 13-16).

Im Zusammenhang mit dem Gebot der einheitlichen Auslegung hat eine Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb (MPI SSRN Research Paper Series Nr. 13-16) konkrete Vorschläge unterbreitet, um bei der Handhabung der EPG-VerfO-Regeln einem Rückgriff auf ein nationales Verständnis derselben entgegenzuwirken. Darauf war etwa der Vorschlag gerichtet, eine Art. 125 EPÜ entsprechende Regelung in die EPG-VerfO aufzunehmen, wonach bei Schließung von Regelungslücken auf die den Vertragsstaaten gemeinsamen Prinzipien des Verfahrensrechts abzustellen ist. Im Zusammenhang mit der Balance der Stellung der Prozessparteien ist die Stellungnahme auf das Ermessen eingegangen, welches das EPG-Übereinkommen den Lokalkammern des EPG bei dem Beschluss gewährt, ob die Nichtigkeitswiderklage an die Zentralkammer zu verweisen und das Verletzungsverfahren auszusetzen oder fortzuführen ist, sowie bei der Entscheidung, ob eine Unterlassungsanordnung bei Feststellung einer Patentverletzung zu erlassen ist oder nicht. Die Stellungnahme hat die Aufnahme konkreter Kriterien für die Ausübung dieses Ermessens vorgeschlagen. Dadurch sollte zum einen der Raum für Abweichungen in der Praxis der Lokal- und Regionalkammern und das daraus folgende *Forum Shopping* des Klägers eingegrenzt, zum anderen eine mögliche Benachteiligung des Verletzungsbeklagten vermieden werden.

Das angesprochene Komitee für die Revision der EPG-VerfO hat diese Vorschläge nicht aufgegriffen. In die letzte Fassung der EPG-VerfO ist jedoch eine Vorschrift aufgenommen worden, welche für eine zeitliche Synchronisation der Verfahren vor den Lokalkammern und vor der Zentralkammer bei Verweis der Nichtigkeitsklage an letztere sorgen soll. Eine solche Regelung wurde auch in der Stellungnahme des Instituts – sowie auch von anderen Kommentatoren – empfohlen. Die Vorschrift dürfte – soweit in der Praxis effektiv umgesetzt – ein temporäres Vakuum zwischen der Entscheidung über die Verletzung



Prof. Dr. Winfried Tilmann, Gastvortrag im Rahmen des Vortragszyklus: Patentrecht in der Krise

und der über den Bestand des Streitpatents vermeiden. Hiermit könnte man die mit dem optionalen Verweis der Nichtigkeitswiderklage an die Zentralkammer nach Art. 33 EPG-Übereinkommen verbundene Gefahr, dass Unterlassungsanordnungen erlassen und vollstreckt werden, ohne dass davor eine Entscheidung über den Rechtsbestand des Streitpatents ergangen ist, wesentlich entschärfen.

### Alternativen

Alternativen zur aktuellen Vorgehensweise wurden in der Forschung des Instituts nicht nur in Einzelpunkten betreffend die Regelungsdetails, sondern gerade auch in grundlegender Hinsicht aufgezeigt (vgl. besonders die erwähnte Habilitationsschrift von Jaeger; sowie Ullrich, MPI SSRN Research Paper Series Nr. 12-11; Jaeger, EuZW 2013, 15). Sie bestehen in materieller und prozeduraler Hinsicht zunächst in einer möglichen Rückkehr und Verbesserung zum vergleichsweise ausgewogenen, 2011 gekippten Vorgängermodell eines Gerichts und einer vollwertigen Verordnung. Alternativ zu jenem Gerichtsmodell kommt auch eine Betrauung der nationalen Gerichte in erster Instanz unter einheitlicher, direkter Rechtsmittelzuständigkeit eines supranationalen Berufungsgerichts in Frage, wie dies vor rund 30 Jahren bereits einmal Gegenstand eines Vorschlags war.

Eine realistische Alternative bestünde aber auch darin, zuzugestehen dass eine funktionsgerechte Patentrechts- und Durchsetzungslösung im EU-Rahmen nicht erreicht werden kann und das Projekt entsprechend an den EPÜ-Rechtsrahmen bzw. das EPA überantwortet werden könnte. Tatsächlich waren die unter dem Stichwort EPLA (European Patent Litigation Agreement) des Jahres 2003 im Umfeld des EPA verfolgten Pläne, die bestehenden Lücken des EPÜ-Systems im Bereich der materiellen Rechtseinheitlichkeit nach Patenterteilung und der grenzüberschreitenden Patentedurchsetzung zu füllen, ein wesentlicher Anstoß für die Entschlossenheit der damaligen Europäischen Kommission gewesen, das EU-Patent durchzuboxen. Hatte die Kommission damals noch

die Komplettierung des EPÜ-Systems aus Sorge darüber verhindert, dass die Chancen auf Realisierung eines EU-Patents bei Vervollständigung der Effektivität des EPÜ-Systems gegen Null sinken würden, so könnten die in der Sache zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen nun doch wieder eine außerhalb der EU gesuchte Lösung opportun erscheinen lassen.

Schließlich könnte auch versucht werden, die ebenfalls einer Lösung harrende Frage der Überlastung der Unionsgerichte mit Markensachen und die diesbezüglich geführte Diskussion über die Schaffung eines EU-Markengerichts mit der Frage der Patentgerichtsbarkeit zusammenzuführen. So bilden einheitliche Zuständigkeiten für Patente, Marken und weitere Immaterialgüterrechte auf nationaler Ebene auch die Norm der Gerichtszuständigkeit. Nicht nur angesichts der eklatanten Abweichung zwischen dem Ideal und der Realität beim Patentgericht ist eine solche ganzheitliche IP (*Intellectual Property*)-Gerichtslösung auf Unionsebene natürlich illusorisch. Dennoch können aus den diesbezüglich am Institut angestellten grundsätzlichen Überlegungen Anleihen für eine künftige, stärker querbezügliche Gestaltung des Rechtsrahmens für Immaterialgüterrechte auf Unionsebene genommen werden.

## 1.6 Zukunft des Wahrnehmungsrechts in der Europäischen Union

*Nach vielen Jahren des Zögerns hat der europäische Gesetzgeber Anfang 2014 eine Richtlinie zur kollektiven Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten erlassen. Diese Richtlinie wird dem Anspruch, einen Binnenmarkt für die Dienstleistungen der Wahrnehmungsgesellschaften vor allem vor dem Hintergrund der Herausforderungen der Digitalisierung nicht gerecht. Ebenso wenig reagiert der Rechtsakt auf die Notwendigkeit, einen angemessenen Ausgleich zwischen den involvierten Interessen zu erreichen. Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb hat bereits zu dem Kommissionsvorschlag für eine solche Richtlinie kritisch Stellung genommen und das Bundesjustizministerium sowie das Europäische Parlament im Gesetzgebungsverfahren beraten. Im Rahmen eines noch laufenden Forschungsprojekts bereitet das Institut Vorschläge für notwendige Verbesserungen des europäischen Wahrnehmungsrechts vor.*

### Der Weg zur Richtlinie 2014/26/EU zur kollektiven Rechtewahrnehmung

Die kollektive Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten ist eine der fünf Säulen, die das moderne Urheberrecht tragen. Trotzdem hat der europäische Gesetzgeber dem Wahrnehmungsrecht lange Zeit so gut wie keine Beachtung geschenkt.

Seit Anfang des Jahrhunderts zieht die Europäische Kommission jedoch aus dem wegen der Digitalisierung und des Internets eingetretenen Paradigmenwechsel Konsequenzen, die die herkömmliche Arbeitsweise der Wahrnehmungsgesellschaften grundsätzlich in Frage stellen. Unter anderem stützte sich die Kommission auf die (nicht unbestrittene) Annahme, dass für die Erteilung von Mehrstaatenlizenzen für Urheberrechte und verwandte Schutzrechte und deren Überwachung durch Wahrnehmungsgesellschaften ein Computer und ein Internetanschluss ausreichen (s. IFPI/Simulcasting-Entscheidung, COMP/C2/38.014, Rn. 61).

Nach einigen punktuellen kartellrechtlichen Entscheidungen (siehe insb. die IFPI Simulcasting-Entscheidung aus dem Jahr 2002; COMP/C2/38.014) und Verfahren in Bezug auf neue Modelle für Gegenseitigkeitsverträge, die die Mehrstaatenlizenzierung von Online-Nutzungsrechten für Musik ermöglichen sollten, favorisierte die Kommission mit der Empfehlung vom 18. Oktober 2005 zur grenzüberschreitenden Lizenzierung von Online-Musikrechten (2005/737/EC) ein alternatives Modell der Zentrallizenzierung von Repertoires einzelner Rechteinhaber. Obwohl die Empfehlung nicht verbindlich war, legitimierte sie die Entscheidung einiger Major-Musikverlage, ihre Rechte aus dem bestehenden System der Gegenseitigkeitsverträge zurückzuziehen und entsprechende Kooperationen der Zentrallizenzierung mit einzelnen Wahrnehmungsgesellschaften einzugehen (z.B. durch CELAS, einem Joint Venture der GEMA und der britischen PRS for Music zur Lizenzierung des angloamerikanischen Repertoires von EMI). Dies veränderte den Markt für die Lizenzierung von Online-Musikrechten grundsätzlich. Während für einzelne Repertoires die Zentrallizenzierung möglich wurde, werden in Bezug auf andere Repertoires weiterhin nur territorial begrenzte Lizenzen erteilt. Anstatt den von den Nutzern erwünschten und einzig sinnvollen *One-Stop-Shop* für die Erteilung multiterritorialer Lizenzen zu verwirklichen, kam es zu einer noch stärkeren Fragmentierung der Lizenzerteilung. Auch die CISAC-Entscheidung vom 16. Juli 2008 (COMP/C2/38.698), mit der die Kommission eine Verbesserung des Marktes über einen kartellrechtlichen Angriff auf die traditionelle, territorial begrenzte Lizenzierung zu erreichen versuchte, scheiterte schließlich. Das Gericht der Europäischen Union sah in seiner Entscheidung aus dem Jahr 2013 (T-442/08) die von der Kommission angenommene abgestimmte Verhaltensweise der Verwertungsgesellschaften im Hinblick auf die Verweigerung der grenzüberschreitende Lizenzierung von Online-Rechten nicht als erwiesen an, da es sehr gute Gründe gebe, nur territorial begrenzte Lizenzen zu erteilen.

Die in der Stellungnahme von 2005 zum Ausdruck kommende Kommissionspolitik stieß

auch auf vehemente Kritik aus dem Parlament. In zwei Entschlüssen warf das Parlament der Europäischen Kommission vor, unter Umgehung des Parlaments ein System zu implementieren, das die Interessen großer Rechteinhaber bediene und dem Ziel der Gewährleistung kultureller Vielfalt in Europa zuwiderlaufe.

Dem gleichzeitig geäußerten Aufruf des Parlaments zur Unterbreitung eines umfassenden Richtlinienvorschlags zur Regelung des Wahrnehmungsrechts kam die Kommission schließlich 2012 nach. Dieser Vorschlag enthielt einerseits allgemeine Bestimmungen zur Transparenz und Binnendemokratie von Wahrnehmungsgesellschaften und andererseits Bestimmungen zur Erteilung von Mehrgebietslizenzen in Bezug auf Online-Musikurheberrechte durch Wahrnehmungsgesellschaften. Mit den Regeln zu den Mehrgebietslizenzen versuchte die Kommission auf die geäußerte Kritik zu reagieren, ohne gleichwohl grundsätzlich von den Ansätzen der Empfehlung von 2005 abzurücken.

## Die Richtlinie

Am 26. Februar 2014 wurde die Richtlinie 2014/26/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die kollektive Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Rechte an Musikwerken für die Online-Nutzung im Binnenmarkt erlassen. Dieser Richtlinie gelingt es jedoch nicht, zentrale Probleme zu lösen und angemessen auf die Zukunftsherausforderungen des Wahrnehmungsrechts zu reagieren. Dies zeigt sich, etwa was die Mehrgebietslizenzierung angeht, daran, dass die einschlägigen Vorschriften die verwandten Schutzrechte, deren zusätzliche Lizenzierung für die rechtmäßige Nutzung einer Ton- oder Bildtonaufnahme im Internet unabdingbar ist, überhaupt nicht berücksichtigen. Keinerlei Stellung bezieht die neue Richtlinie zum Interessenausgleich zwischen den Kreativen und den Inhabern derivativer Rechte. Dabei haben Konflikte in Bezug auf die Beteiligung dieser verschiedenen Gruppen von Rechteinhabern an den Einnahmen von Wahrnehmungsgesellschaften den

*Das sich entwickelnde europäische Recht zur kollektiven Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten (Wahrnehmungsrecht) ist so zu gestalten, dass einerseits ein digitaler Binnenmarkt für die Nutzung von geschützten Inhalten ermöglicht wird und andererseits alle betroffenen Interessen, namentlich jener der Rechteinhaber (der Kreativen sowie der Kreativindustrien) und der Nutzer (Lizenznehmer), aber auch die aller Intermediäre und der Endverbraucher angemessen berücksichtigt werden.*

### Leitung

*Prof. Dr. Josef Drexl, Prof. Dr. Reto M. Hilty, Dr. Sylvie Nérisson*

### Teilnehmer

*Dr. Theodoros Chiou, Prof. Dr. Adolf Dietz, Assoc. Prof. Dr. Christophe Geiger, Dr. Paul Katzenberger, Dr. Silke von Lewinski, Franciska Schönherr, Felix Trimpke*

### Externe Teilnehmer

*Dr. Albrecht Bischoffshausen (Rechtsanwalt), Prof. Dr. Stefan Enchelmaier (University of Oxford), Dr. Oliver Fischer (Rechtsanwalt), Dr. Gerd Hansen (Rechtsanwalt), Dipl.-Jur. Tobias Heinemann (Humboldt-Universität zu Berlin), Prof. Dr. Matthias Leistner (Universität Bonn), Prof. Dr. Axel Metzger (Humboldt-Universität zu Berlin), Dr. Iza Razija Mešević (Universität Sarajevo), Felix Trimpke (Rechtsreferendar)*

### Projektlaufzeit

*2012 – 2015*

EuGH schon in der Vergangenheit beschäftigt (C-277/10, Luksan) und solche liegen ihm auch aktuell zur Entscheidung vor (C-572/13 Hewlett-Packard Belgium). Dass die Rechtsprechung solche Konflikte allein vor dem Hintergrund materiell-rechtlich ausgerichteter Richtlinien angemessen lösen kann, ist jedoch kaum zu erwarten. Ohne eine europarechtliche Regelung dieser Thematik im Rahmen des Wahrnehmungsrechts fehlt vielmehr ein mögliches und von vielen Rechtsordnungen genutztes Instrument kollektiver Konfliktlösung.

Die akuteste Lücke der Richtlinie betrifft die Zuständigkeit für die Aufsicht über Verwertungsgesellschaften in grenzüberschreitenden Sachverhalten. In ihrem Richtlinien-vorschlag ging die Kommission von der Anwendbarkeit von Art. 16 der Dienstleistungs-Richtlinie 2006/123/EG auf Wahrnehmungsgesellschaften und damit von der Geltung des Sitzlandprinzips aus. In der



Snapshot aus dem Internet vom 21. Januar 2015

„OSA“-Entscheidung (C-351/12) vom 27. Februar 2014 hingegen urteilte der EuGH nahezu zeitgleich mit dem Erlass der neuen Richtlinie im Widerspruch zu dieser Auffassung, indem er klarstellte, dass die Tätigkeit von Verwertungsgesellschaften unter den Ausnahmetatbestand des Urheberrechts gemäß Art. 17 Nr. 11 Richtlinie 2006/123/EG falle. Die Richtlinie 2014/26 basiert damit auf falschen Grundannahmen im Hinblick darauf, ob das Recht des Staates, für den Lizenzen erteilt werden, das diesbezügliche Handeln von Wahrnehmungsgesellschaften aus anderen Mitgliedstaaten überhaupt noch regeln darf. Gleichzeitig ist angesichts des Fehlens eindeutiger Aussagen der Richtlinie 2014/26 zur Behördenzuständigkeit keineswegs klar, ob nun diese Richtlinie selbst die behördliche Kontrolle auf den Niederlassungsstaat konzentriert oder vielmehr – wie dies der EuGH in „OSA“ gesehen hat – die Kontrolle ausländischer Gesellschaften weiterhin nach den allgemeinen Grundsätzen der Dienstleistungsfreiheit des AEUV im Lichte zwingender Erwägungen des Urheberrechts gerechtfertigt werden kann. Hierauf kommt es etwa für die Frage an, ob ausländische Gesellschaften weiterhin der Erlaubnispflicht des § 1 UrhWG unterliegen, wenn sie Lizenzen für das deutsche Territorium erteilen.

### Der Beitrag des Instituts

Schon in Reaktion auf die Empfehlung von 2005 hatte das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um sich grundlegend mit den kartellrechtlichen und urheberrechtlichen Fragen und Herausforderungen im Bereich der kollektiven Rechtswahrnehmung zu beschäftigen. Diese sehr wichtigen Vorarbeiten ermöglichten es dem Institut, umfassend und kritisch zum Kommissionsvorschlag für die neue Richtlinie Stellung zu nehmen. Dabei wurden sowohl in einem größeren Kontext die erheblichen Schwächen des Kommissionsansatzes in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht aufgezeigt als auch einzelne Vorschriften im Detail überprüft. Aufgrund dieser Stellungnahme konnte das Institut schließlich dem Bundesjustizministerium sowie dem Europäischen Parlament beratend zur Seite stehen. Dadurch ließen sich punktuell wesentliche Verbesserungen erreichen.

In Anbetracht der aufgezeigten Defizite der Richtlinie entschloss sich das Institut jedoch, seine Arbeiten auf breiterer wissenschaftlicher Grundlage fortzuführen, um weitere Vorschläge für ein künftiges europäisches Wahr-



nehmungsrecht zu entwickeln. Erste Schritte dazu waren schon in früheren Jahren unternommen worden; im Juli 2014 veranstaltete das Institut den bislang letzten Workshop, um im Kreis der Arbeitsgruppe zum Wahrnehmungsrecht die zentralsten Fragen im Licht der jüngsten Entwicklungen zu diskutieren und die Positionen ggf. zu aktualisieren. Ziel ist es nunmehr, in absehbarer Zeit einen Sammelband vorzulegen.

Dieser Band soll zunächst einen Überblick über die ökonomischen, kulturellen, sozialen und interessenausgleichsbezogenen Funktionen des Systems der kollektiven Rechtswahrnehmung geben. In diesem ersten Teil soll deutlich werden, welche wirtschaftliche Funktion den Wahrnehmungsgesellschaften, auch in einer digitalen Welt zukommen und welche kulturelle Rolle sie weiterhin spielen sollen, indem sie vor allem sämtlichen Werken den Marktzugang zu gleichen Bedingungen ermöglichen. Historisch betrachtet tragen Wahrnehmungsgesellschaften auch zum sozialen Schutz ihrer Mitglieder bei; auch in Zukunft werden sie einen wesentlichen Beitrag zum oben beschriebenen Interessenausgleich leisten. Die Herausforderungen, vor denen das Wahrnehmungsrecht gerade gegenwärtig steht, wird nicht nur von dem aktuell beim EuGH anhängigen und bereits erwähnten belgischen Vorlageverfahren in „Hewlett-Packard Belgium“ (Rs. C-572/13) unterstrichen, sondern ganz besonders für die Rechtslage in Deutschland auch durch die beim BGH anhängige Revision gegen das Urteil vom Oberlandesgericht München vom 17. Oktober 2013, in dem eine pauschalisierte Verteilung der Einnahmen nach Prozentsätzen durch die VG Wort an die beiden Gruppen der Urheber und Verleger ohne Rücksicht darauf, wer die Rechte eingebracht hat, als unzulässig angesehen wurde. Mit der Aussetzung des Revisionsverfahrens (Az. I ZR 198/13) durch seinen Beschluss vom 18. Dezember 2014 bis zur Entscheidung der Rs. „Hewlett-Packard Belgium“ durch den EuGH unterstreicht auch der BGH, dass es für den Konflikt ganz entscheidend auf die Vorgaben des europäischen Rechts ankommt.

Ein zweites Kapitel wird die aktuellen unionsrechtlichen Rahmenbedingungen unter besonderer Berücksichtigung des Kartellrechts, der Dienstleistungsfreiheit und einer möglichen Harmonisierung des materiellen Urheberrechts, das letztere mit einem besonderen Blick auf die gesetzlichen Vergütungsansprüche, behandeln.

Im darauf folgenden Kapitel wird Grundlegendes zur Tätigkeit und Struktur der Verwertungsgesellschaften erläutert und in Bezug auf die diesbezüglichen Vorgaben der Richtlinie 2014/26/EU untersucht.

Zuletzt beschäftigen sich mehrere Beiträge mit möglichen weiteren Harmonisierungs- bzw. Vereinheitlichungsmaßnahmen; ebenso werden Vorschläge für einen funktionierenden, den Herausforderungen des digitalen Zeitalters angepassten Rechtsrahmen für Verwertungsgesellschaften unterbreitet.

### Weitere Beiträge zum europäischen Wahrnehmungsrecht

Die Forschungen des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb zum europäischen Wahrnehmungsrecht werden bereichert durch eine Reihe von Einzelarbeiten von Institutsmitarbeitern. So werden in einem Beitrag tatsächliche wie rechtliche Aspekte der je nach Werkkategorie differierenden Lizenzierungsstrukturen verglichen. Besonderes Augenmerk wird hierbei auf die Rolle der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments für die Entwicklungen auf dem Musiksektor gelegt (von Lewinski).

Ein weiterer Beitrag gewährt einen Überblick über den Einfluss der Digitalisierung auf Recht und Praxis der kollektiven Rechtswahrnehmung in Europa. Nach grundlegenden Erläuterungen zur Funktionsweise des Systems behandelt er insbesondere die Wende der ersten Jahre des 21. Jahrhunderts und dabei die Rolle der beiden Generaldirektionen für den Binnenmarkt sowie für den Wettbewerb mit besonderem Augenmerk auf musikalische und audiovisuelle Werke (Hilty/Nérisson).

Eine französisch-deutsche Dissertation, über die schon im Tätigkeitsbericht 2010/2011 berichtet wurde, die aber erst im Dezember 2013 veröffentlicht wurde, geht der Frage nach der Legitimität der Tätigkeit von Verwertungsgesellschaften in Zeiten fortschreitender Digitalisierung nach. Mittels eines rechtsvergleichenden Ansatzes wird deren Entwicklung auf deutscher, französischer und europäischer Ebene nachgezeichnet und aktueller Reformbedarf aufgezeigt (Nérisson).

Vor dem Hintergrund der im Widerspruch zu den Annahmen der Europäischen Kommission im Richtlinienvorschlag stehenden „OSA“-Entscheidung des EuGH analysiert ein weiterer Beitrag das Verhältnis zwischen Dienstleistungsfreiheit und nationaler, sektorspezifischer Regulierung von Verwertungsgesellschaften und zeigt Wege zu einer ausgewogenen Abstimmung in der Zukunft auf (Drexl).

Ausgehend von der traditionellen Verbindung von Urheberrecht und Kultur erforscht ein Beitrag die Berücksichtigung der kulturellen Funktion der Verwertungsgesellschaften im Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission über die kollektive Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten. Er zeichnet die rechtliche Ausgestaltung dieser Verbindung auf europäischer wie internationaler Ebene nach, fragt nach alternativen Modellen der Kulturförderung und befürwortet eine stärkere rechtspolitische Berücksichtigung (Dietz).

Weiterhin widmet sich ein Aufsatz spezifisch der Umsetzung der Richtlinie 2014/26/EU in Frankreich. Die darin geäußerte Kritik macht sich vor allem an den von der Richtlinie offengelassenen Fragen fest. Ebenso betrifft sie die undifferenzierte Behandlung verschiedener Gruppen von Rechteinhabern (Nérisson).

Besondere Bedeutung für das Wahrnehmungsrecht kommt schließlich der vom Institut angefertigten sog. „WIPO-Studie“ mit dem Titel „Copyright, Competition and Development“ zu, über die an gesonderter Stelle ausführlich berichtet wird (siehe B II 1.9). Dort findet sich ein breit angelegtes Kapitel, das

sich ausschließlich mit der kartellrechtlichen Beurteilung der Tätigkeit von Wahrnehmungsgesellschaften befasst. Obwohl die Studie im Grundsatz alle Rechtsordnungen der Welt in den Blick nimmt, nimmt die Rechtslage in der EU eine ganz zentrale Stellung ein. Dabei wird vor allem auch auf die nationale Praxis eingegangen, die in der wissenschaftlichen Befassung häufig übersehen wird, aber nach der Dezentralisierung der Anwendung von Art. 101 und 102 AEUV durch die VO 1/2003 erheblich an Bedeutung gewonnen hat. Die Studie zeigt deutlich den positiven Beitrag auf, den die kartellrechtliche Kontrolle bei der Regulierung der kollektiven Rechtswahrnehmung leisten kann. Gleichzeitig werden aber auch die Grenzen einer solchen Kontrolle herausgearbeitet. Insgesamt spricht sich die Studie deutlich für ein kombiniertes System von sektorspezifischer Regulierung und kartellrechtlicher Kontrolle aus (Drexl).

## 1.7 International Instrument on Permitted Uses in Copyright Law

*Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb hat ein urheberrechtliches Projekt ins Leben gerufen, bei dem ein internationales „Instrument“ (beispielsweise ein Staatsvertrag) entwickelt werden soll, das im Unterschied zu einer Reihe von akademischen Papieren nicht nur Empfehlungen für mögliche und sinnvolle Schrankenbestimmungen abgibt oder Formulierungshilfen leistet. Vielmehr soll auf einer breiten internationalen Kooperation beruhend der Kerngehalt dessen definiert werden, was an Nutzungs- bzw. Zugangsfreiheiten zwingend erforderlich ist, um im Hinblick auf den vorgeschriebenen Mindestschutz der Rechteinhaber ein insgesamt ausgewogenes urheberrechtliches System zu etablieren.*

### Hintergründe

Die vom Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb gemeinsam mit der Queen Mary University, London, und einer Gruppe internationaler Urheberrechtler erarbeitete und im Jahre 2008 lancierte *Declaration on a Balanced Interpretation of the „Three-Step Test“ in Copyright Law* dürfte mittlerweile zumindest in Akademikerkreisen einen *common sense* reflektieren. Folglich wird der Dreistufentest heute nicht mehr als schwer überwindbare Hürde für die Einführung neuer bzw. die ausdehnende Interpretation bestehender Schranken gesehen. Schranken sind nach diesem Ansatz nicht von vornherein eng, sondern nach ihrem Sinn und Zweck auszulegen, und es sind alle betroffenen Interessen gegeneinander abzuwägen. Der Dreistufentest erlaubt dabei auch eine Gesamtwürdigung aller Umstände, d.h. es ist nicht jede Stufe für sich allein zu beurteilen.

Die Wirkungen der *Declaration* in der Praxis sind aber bis heute überschaubar geblieben. Der von ihr vertretene Ansatz zum Umgang mit dem Drei-Stufen-Test spielte zwar im Rahmen der Verhandlungen zum „Vertrag von Marrakesch“ eine zentrale Rolle (siehe B I 1.2) – bestimmte Staaten wünschten sogar eine explizite Aufnahme in den Vertrag, was aber

am Widerstand jener Staaten mit starken Urheberrechtsindustrien scheiterte – in der Rechtsanwendung jedoch herrscht nach wie vor erhebliche Zurückhaltung bei der interessengerechten Interpretation von bestehenden Schrankenbestimmungen, und erst recht steht die Einführung neuer Schranken in kaum einem Land auf der politischen Agenda. Dies gilt selbst für Entwicklungsländer, deren Vertreter die *Declaration* zwar für unentbehrlich, aber nicht für ausreichend halten. Hintergrund ist, dass das internationale Recht nur Verbotsrechte zwingend vorsieht, nicht jedoch – außer dem Zitatrecht (Art. 10 Abs. 1 RBÜ) und nun dem „Vertrag von Marrakesch“ – auch Schranken.

In der Tat ist der Trend ungebrochen, den Schutz der Rechteinhaber eher noch auszu-

*Etablieren von zwingenden urheberrechtlichen Schranken auf internationaler Ebene und Fördern der Koordination von Staaten, die sich für eine rechtliche Statuierung zwingender Schranken einsetzen.*

#### Leitung

*Prof. Dr. Reto M. Hilty, Dr. Kaya Köklü*

#### Teilnehmerinnen

*Prof. Dr. Annette Kur, Dr. Sylvie Nérissou*

#### Externe Teilnehmer

*Prof. Dr. Denis Borges Barbosa (Pontificia Universidade Católica do Rio de Janeiro), Prof. Dr. Carlos M. Correa (University of Buenos Aires), Prof. Dr. Michael Carrol (American University), Prof. Dr. Thomas Dreier (Karlsruhe Institute of Technology), Prof. Dr. Séverine Dusollier (Facultés Universitaires Notre Dame de la Paix de Namur – FUNDP), Prof. Dr. Christophe Geiger (Centre d'Etudes Internationales de la Propriété Intellectuelle), Prof. Dr. Jonathan Griffiths (Queen Mary University of London), Dr. Henning Grosse Ruse-Khan (University of Cambridge), Prof. Dr. Xiuqin Jin (Xiamen University), Prof. Dr. Ryszard Markiewicz (Uniwersytetu Jagiellonskiego), Prof. Dr. Gül Okutan (Istanbul Bilgi University), Prof. Dr. Alexander Peukert (Goethe-Universität Frankfurt), Prof. Dr. Jerome Reichmann (Duke Law School), Prof. Dr. Jan Rosén (Stockholm University), Prof. Dr. Martin Senftleben (Vrije Universiteit Amsterdam), Prof. Dr. Raquel Xalabarder Plantada (Universitat Oberta de Catalunya)*

#### Projektlaufzeit

*seit 2012*

bauen. Dies basiert heute zwar weniger auf neuen internationalen Verträgen – nach den beiden WIPO-Verträgen von 1996 herrscht hier weitgehend Stillstand; lediglich der „Peking-Vertrag zu audiovisuellen Darbietungen“ von 2012 ergänzte noch einen Mosaikstein. Wesentlich wichtiger geworden sind bilaterale und regionale Abkommen, in denen sich gerade weniger entwickelte Staaten, die auf bestimmte Nutzungsmöglichkeiten besonders angewiesen sind, im Austausch mit anderen ihnen gewährten Privilegien (z.B. Freihandel bezogen auf eigene Güter) auf einen Schutzstandard verpflichten, der deutlich über den Vorgaben des internationalen Rechts liegt, ohne dass dies im volkswirtschaftlichen Interesse der betroffenen Staaten liegt (siehe B II 1.1). Solche *trade-offs* wären wesentlich erschwert, wenn das internationale Recht nicht nur zugunsten von Rechteinhabern einen Mindestschutz vorschreiben würde, sondern auch im Hinblick auf gewisse Werknutzungen Verpflichtungen für Mitgliedstaaten enthielte sowie zentrale Zugangsmöglichkeiten zu Werken absichern würde.

## Zielsetzungen

Dieses Vakuum zu füllen bezweckt ein 2012 vom Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb initiiertes Projekt, das wiederum – ähnlich wie seinerzeit die *Declaration* – auf einer breiten internationalen Kooperation beruht. Im Kern geht es darum, ein internationales „Instrument“ (beispielsweise ein Staatsvertrag) zu entwickeln, in welchem im Unterschied zu einer Reihe von akademischen Papieren nicht nur Empfehlungen für mögliche und sinnvolle Schrankenbestimmungen abgegeben oder Formulierungshilfen geleistet werden. Vielmehr soll der Kerngehalt dessen definiert werden, was an Nutzungs- bzw. Zugangsfreiheiten zwingend erforderlich ist, um im Hinblick auf den vorgeschriebenen Mindestschutz der Rechteinhaber ein insgesamt ausgewogenes System zu etablieren. Wie beim Mindestschutzansatz des geltenden internationalen Rechts, der den Mitgliedstaaten auch – uni- oder multilateral, d.h. durch Staatsverträge abgestimmt – einen weiterreichenden Rechtsschutz erlaubt, soll auch dieses „Instrument“ die daran beteilig-

ten Staaten oder Staatengruppen nicht hindern, weitergehende Beschränkungen des Rechtsschutzes einzuführen, soweit sie dies für notwendig und mit dem Drei-Stufen-Test im Lichte ihrer sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen für vereinbar halten.

Bezweckt wird mit diesem „Instrument“ zweierlei: Auf der einen Seite soll eine gewisse Orientierungslosigkeit jener Staaten beseitigt werden, die den Nutzen spezifischer Schranken wohl sehen, offenbar jedoch nicht in der Lage sind, im Alleingang aus dem Nichts heraus ein eignes, in sich konsistentes und mit dem internationalen Recht vereinbares System von Schutzbegrenzungen zu etablieren. Ihnen soll das „Instrument“ also quasi den Rücken stärken, damit sie ihren nationalen Interessen zum Durchbruch verhelfen können. Falsch wäre dabei zwar der Eindruck, die in dem „Instrument“ als zwingend definierten Schutzschranken seien nur für einzelne – namentlich weniger weit entwickelte – Staaten vorteilhaft; gerade auch europäische Staaten kämpfen mit den zu starren und engen Vorgaben des EU-Sekundärrechts, das einer Anpassung der nationalen Urheberrechte an die rasche technische Entwicklung oft im Wege steht. Die westliche Politik erachtet die Interessen der Kulturindustrien aktuell aber (noch) als vorrangig, weswegen der Weg zu umfassenderen Nutzungserlaubnissen noch steinig sein dürfte.

Auf der anderen Seite soll das „Instrument“ Gruppen von Staaten erlauben, ihre Interessen gemeinsam und damit koordinierter zu vertreten. Dies ist keineswegs ein Novum in der Ära bilateraler und regionaler Abkommen; neu ist nur, dass sich nicht nur Staaten zusammenschließen, die sich für einen stärkeren Schutz einsetzen, sondern dass sich auch Staaten koordinieren und in internationalen Verhandlungen gegenseitig unterstützen können sollen, die sich für eine rechtliche Statuierung des notwendigen Freiraums einsetzen. Für sie mag der Name des „Instruments“ denn auch durchaus Programm sein: Es geht nicht darum, einen grundsätzlich als ausschließlich zu verstehenden Rechtsschutz nur „ausnahmsweise“ zu beschränken. Rechtsschutz und erlaubte Nutzungshandlungen

sind vielmehr zwei Seiten einer Medaille, die beide gleichermaßen erforderlich sind, damit vom Urheberrecht insgesamt positive Wirkungen auf die Informations- und Kulturgesellschaft ausgehen können.

### Stand der Arbeiten und Ausblick

Die an dem Projekt beteiligten Wissenschaftler wurden im Anschluss an ein erstes Treffen im Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb und eine Einigung auf die Grundsätze des Projekts sowie eine grobe Agenda in Arbeitsgruppen aufgeteilt, deren Leiter in enger Abstimmung mit dem Institut die Diskussion zu Einzelthemen führten, Vorschläge unterbreiteten und Begründungslinien lieferten. Diese Entwürfe wurden im Institut zu einem ersten Gesamtentwurf integriert, aufeinander abgestimmt und mit Anregungen versehen. Es folgten weitere Durchgänge und Abstimmungsprozesse unter den Arbeitsgruppenleitern sowie in der Gesamtgruppe.

Ein weiteres Treffen im Institut brachte in vielen Punkten wichtige Durchbrüche. Aktuell liegt ein teilweise nochmals grundlegend überarbeitetes, aber schon weit fortgeschrittenes Dokument vor, in dem allerdings auch

noch vereinzelt Punkte der Klärung bedürfen. Geplant ist, den möglichst knapp und einfach gehaltenen Normenteil durch Erläuterungen zu ergänzen, ohne dass es bei diesem „Instrument“ insgesamt um eine akademische Abhandlung gehen kann. Der wissenschaftlichen Fundierung dienen – wie schon bei der *Declaration* selbst – umfassende grundlagenwissenschaftliche Vorarbeiten der Mitglieder der Projektgruppe, auf deren Ergebnisse hier in kondensierter Form zurückgriffen werden kann.

Das weitere Schicksal des „Instruments“ ist offen. Wünschenswert wäre, dass es nach einer ersten Phase wissenschaftlicher Debatten den Weg auf die politische Ebene findet. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht, weil dieses „Instrument“ als Folgeprojekt zur inzwischen weithin bekannten *Declaration* wahrgenommen wird und sich damit vergleichsweise einfach verorten lässt. Allerdings sind die Möglichkeiten der Wissenschaft begrenzt. Nach einer ersten Phase der Erläuterung bedarf es gewisser Staaten, die sich eines solches Projekt annehmen, wobei ein Erfolg keineswegs daran scheitern muss, dass Staaten, die sich den Interessen ihrer Urheberrechtsindustrien verpflichtet fühlen, querstellen.



## 1.8 Schutz von Geschäftsgeheimnissen

*Geschäftsgeheimnisse werden unter den Bedingungen der globalen Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung immer wichtiger. Die Europäische Kommission hat im November 2013 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Harmonisierung des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen vorgelegt, mit der erstmals auf diesem Rechtsgebiet unionsrechtliche Vorschriften geschaffen werden sollen. Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb hat zu diesem Vorschlag eine Stellungnahme erarbeitet, die zunächst dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zugeleitet und anschließend in einer englischen Fassung an die Vorsitzenden der für dieses Gesetzgebungsvorhaben zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments gesandt wurde.*

Geschäftsgeheimnisse spielen in der modernen arbeitsteiligen Wirtschaftsordnung der globalisierten Gegenwart eine wachsende Rolle. Kaum eine Innovation technischer oder schöpferischer Art entsteht ohne ein damit verbundenes Geschäftsgeheimnis. Angestellten Erfindern oder kreativ tätigen Mitarbeitern werden Verschwiegenheitspflichten auferlegt, die ihre technischen oder schöpferischen Leistungen zu Geschäftsgeheimnissen machen. Selbstständig tätige Erfinder, Urheber oder De-

signer entwickeln ihre technischen oder sonstigen kommerziell verwertbaren Ideen durch Geheimhaltung häufig zu eigenen Geschäftsgeheimnissen, ohne sie zum Gegenstand einer Schutzrechtsanmeldung zu machen. Insbesondere im Umfeld kleiner und mittlerer Unternehmen wird wertvolles Wissen vielfach in Form von Geschäftsgeheimnissen bewahrt und auf den Schutz durch formale Immaterialgüterrechte verzichtet. Innovatives Wissen entsteht aber nicht nur im Zuge technologischer oder kreativer Innovationen; auch Informationen, z.B. über verbesserte Geschäftsmethoden, das Beschaffungs- und Kundenmanagement eines Unternehmens oder über neue Märkte, sind für eine dynamische Weiterentwicklung der Wirtschaft unentbehrlich. Wird deren Vertraulichkeit gewahrt, können sie ebenfalls zu Geschäftsgeheimnissen werden. Innovation und Wettbewerb sind deshalb ohne Geschäftsgeheimnisse heute praktisch nicht vorstellbar.

Der großen Bedeutung von Geschäftsgeheimnissen in einer globalen wettbewerbsorientierten Wirtschaft steht ein nur schwach ausgeprägter und fragmentierter Schutz gegenüber. Auf internationaler Ebene enthält das multilaterale TRIPS-Abkommen rudimentäre Vorgaben für einen Mindestschutz, den die TRIPS-Mitgliedstaaten in Fällen eines unlauteren Erwerbs, Gebrauchs oder einer un-

---

Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb



MAX-PLANCK-GESellschaft

### Stellungnahme

#### des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb

vom 12. Mai 2014

**zum Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung vom 28.11.2013, COM (2013) 813 final**

lauteren Offenlegung geheimen Wissens zu gewährleisten haben (Art. 39 TRIPS). Dieser internationale Know-how-Schutz lässt aber viele Fragen offen. Im Recht der EU gibt es bislang keine Vorschriften zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen, weder in einer Richtlinie zur Harmonisierung des Rechts der Mitgliedstaaten noch in einer Verordnung mit unmittelbar anwendbaren Bestimmungen.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen vom 28. November 2013 markiert daher einen Wendepunkt. Mit ihm soll in der EU ein verbindlicher Rahmen für das Recht der Mitgliedstaaten geschaffen werden, der neben Bestimmungen zu den Schutzvoraussetzungen und dem Inhalt und Umfang des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen auch Regelungen zu den zivilrechtlichen Rechtsbehelfen und Verfahren bei Verletzungen von Geschäftsgeheimnissen enthält. Die Tragweite dieses Vorschlags reicht über den unmittelbaren Know-how-Schutz weit hinaus. Auch die Entwicklung des Lauterkeitsrechts in der Union insgesamt sowie grundlegende Fragen der Rechtsdurchsetzung im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht werden von ihm berührt.

Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb hat diesen Kommissionsvorschlag angesichts seiner Bedeutung für das Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht in der EU analysiert und dazu eine Stellungnahme veröffentlicht, an der alle Abteilungen des Instituts, einschließlich der neuen wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung *Innovation and Entrepreneurship Research*, mitgewirkt haben. Im Kern begrüßt das Institut den Vorschlag: Eine Harmonisierung des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen im Recht der Mitgliedstaaten auf stabilem Niveau fördert tendenziell die Bereitschaft zu grenzüberschreitenden Kooperationen innerhalb der Union, da die durch Rechtsunterschiede hervorgerufenen Unsicherheiten unter den Akteuren wegfallen. Positive Effekte kann eine solche Harmonisierung grundsätzlich auch für die Mobilität von Arbeitnehmern haben. Denn der Anreiz für vertragliche Wettbewerbsverbote wird geringer, wenn Know-

*Das Projekt soll zur Schaffung eines innovationsfördernden und den europäischen Binnenmarkt stärkenden Schutzes von Geschäftsgeheimnissen beitragen.*

#### Leitung

*Prof. Dr. Reto M. Hilty, Dr. Roland Knaak, Prof. Dr. Annette Kur*

#### Projektlaufzeit

*2014 – 2017*

how unionsweit nach einheitlichen Maßstäben geschützt wird. Ein rechtliches Umfeld, das zu mehr internationalen Kooperationen und einer höheren Arbeitnehmermobilität führt, vermag mehr Know-how zu generieren und ist daher insgesamt innovationsfördernd.

Kritisch sieht das Institut allerdings, dass in dem Kommissionsvorschlag einige wichtige Fragen offen bleiben oder nur unzureichend gelöst werden. So geht aus dem Vorschlag und den Erwägungsgründen nicht klar hervor, ob die Richtlinie eine Vollharmonisierung oder eine Mindestharmonisierung bezweckt. Der Rat der Europäischen Union hat dies zum Anlass genommen, eine ergänzende Klarstellung zu fordern, dass die Richtlinie nur als Mindestharmonisierung zu verstehen sei, die den Mitgliedstaaten Spielraum für strengere Regelungen lässt. Das Institut lehnt diesen Ansatz ab und spricht sich stattdessen für das Konzept einer Vollharmonisierung aus, um das Ziel einer ausgewogenen Regelung auf einheitlichem Schutzniveau und die Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen innerhalb der Union nicht zu gefährden. Eine bloße Mindestharmonisierung könnte dieses Ziel unterlaufen und zu Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt führen.

Ein weiteres Manko des Vorschlags ist, dass er keine verbindlichen Vorgaben zur Rechtsnatur des Geheimnisschutzes enthält. Zwar geht der Vorschlag selbst von einem lauterkeitsrechtlichen Verständnis des Schutzes aus; er scheint den Mitgliedstaaten aber die Möglichkeit zu lassen, Geschäftsgeheimnisse den Immaterialgüterrechten zuzuordnen, wie das etwa in Italien der Fall ist. Das Institut lehnt diese Unverbindlichkeit in der systematischen Einordnung des Rechtsschutzes ab und spricht sich für eine klare lauterkeits-



rechtliche Zuordnung aus. Wichtig ist dies unter anderem für die internationalprivatrechtliche Anknüpfung. Da die Nutzung von Geschäftsgeheimnissen in den meisten Fällen an nationalen Grenzen nicht Halt macht, stellen sich bei Konflikten vielfach kollisionsrechtliche Fragen. Sie sollten einheitlich nach den lauterkeitsrechtlichen Anknüpfungsregeln gelöst werden.

Positiv zu werten ist, dass erstmals im Unionsrecht Fragen der missbräuchlichen Inanspruchnahme wegen angeblicher Rechtsverletzungen einer Regelung zugeführt werden sollen. Die dazu konkret vorgeschlagenen Bestimmungen reichen nach Auffassung des Instituts aber nicht aus. Im Interesse von mehr Waffengleichheit zwischen den Parteien eines Rechtsstreits ist eine präzisere Regelung mit verbindlichen Sanktionen erforderlich, die überdies auch auf vorprozessuale Konstellationen Anwendung finden sollte.

Das Institut hat seine Stellungnahme mit diesen und einigen weiteren Kritikpunkten im Mai und Juni 2014 zunächst dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und anschließend den für dieses Vorhaben zuständigen Ausschussvorsitzenden des Europäischen Parlaments zugeleitet. Im Herbst 2014 haben die Beratungen zum Kommissionsvorschlag in der vom Rat verabschiedeten Fassung im Europäischen Parlament begonnen. Den weiteren Gesetzgebungsprozess verfolgt das Institut in enger Abstimmung mit den ihm verbundenen Organisationen im In- und Ausland. Bei Bedarf wird es sich in die Debatte zu dieser Richtlinie einschalten. Nach deren Verabschiedung wird das Institut die Umsetzung der Richtlinie in den Mitgliedsstaaten beobachten und begleiten.



## 1.9 Copyright, Competition and Development

*Welche Bedeutung haben Wettbewerbspolitik und Kartellrecht für urheberrechtlich geschützte Werke? Im Anschluss an die bekannten Fälle zur Lizenzverweigerung denkt man dabei an erster Stelle an die schutzbegrenzende Wirkung des Kartellrechts. Wer Zugang zu kartellrechtlich geschützten Werken erlangen möchte, kann dies unter Umständen gegen den Willen des Rechteinhabers mit Mitteln des Kartellrechts erreichen. Die im Auftrag der WIPO in den Jahren 2012 und 2013 angefertigte Studie des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb mit dem Titel „Copyright, Competition and Development“ geht jedoch über diese beschränkende Funktion des Kartellrechts wesentlich hinaus, indem sie die weltweite Praxis der Kartellrechtsanwendung in Bezug auf alle urheberrechtsbezogenen Märkte von der Werkschöpfung bis hin zum Vertrieb von Werken an Verbraucher untersucht. Dabei ergibt sich, dass das Kartellrecht einen proaktiven Beitrag zur Förderung des Vertriebs von legalen Kopien urheberrechtlich geschützter Werke im Interesse sowohl der Urheber als auch der Verbraucher erbringen kann. Der kartellrechtliche Schutz von urheberrechtsrelevanten Märkten kann damit sogar helfen, Urheberrechtspiraterie zu bekämpfen.*

Mit dem Arbeitsprogramm für die Jahre 2012 und 2013 setzte sich die WIPO zum Ziel, das Schnittfeld von Wettbewerbspolitik und Immaterialgüterrecht zu untersuchen. Dies geschah durch Studien, die entweder von der WIPO selbst oder von Dritten durchgeführt wurden. Die inzwischen fertig gestellten Studien sind auf der Website der WIPO abrufbar (<http://www.wipo.int/ip-competition/en/>).

Die zentrale Studie zum Verhältnis von Wettbewerbspolitik und Urheberrecht wurde vom Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb mit finanzieller Unterstützung der WIPO angefertigt. Ziel der Studie war es von Anfang an, die weltweite Praxis der Wettbewerbspolitik in diesem Bereich darzustellen und damit den Kartellämtern und Gerichten der Welt zur Lösung eigener Fälle zugänglich zu machen. Daneben sollte ein Beitrag zur wissenschaftlichen Durchdringung der An-

wendung von Kartellrecht in diesem Bereich erbracht sowie – für die WIPO als Organisation mit Zuständigkeit für das Immaterialgüterrecht besonders wichtig – die Bedeutung des Kartellrechts aus dem spezifischen Blickwinkel der Rechtspolitik zum Urheberrecht ausgelotet werden.

Bei der Konzeption der Studie stimmte die WIPO dem Vorschlag zu, sich von der bloßen rechtsbeschränkenden Funktion des Kartellrechts im Hinblick auf das Urheberrecht zu lösen. Richtig ist zwar, dass die grundlegenden Fälle der Lizenzverweigerung im EU-Kartellrecht das Urheberrecht betreffen. Dabei ging es jedoch um eher atypische Werkformen wie Listen von Fernsehprogrammen („Magill“) und ein urheberrechtlich geschütztes Datenbankwerk zur Sammlung von Daten über den Vertrieb von Arzneimitteln („IMS Health“). Im Unterschied dazu überwindet die Studie die pauschale Vorstellung eines fundamentalen Gegensatzes von Urheberrecht und Kartellrecht, indem sie anhand einer umfassenden Analyse der kartellrechtlichen Praxis in Bezug auf den Schutz von urheberrechtsbezogenen Märkten herausarbeitet, wie das Kartellrecht in einer proaktiven Weise die Verwirklichung der originären Ziele des Urheberrechts zu unterstützen vermag. In den Mittelpunkt der Untersuchung rücken damit die Medienmärkte und die auf diesen vertriebenen zentralen Werkkategorien kulturellen Schaffens (Literatur, Musik, Film).

Gefolgt wurde dem besonderen Anliegen der WIPO, besonders die Situation der Entwicklungs- und Schwellenländer in den Blick zu nehmen. Diese Staaten verfügen über ein gewaltiges Reservoir an kreativen Menschen und schnell wachsende Absatzmärkte für urheberrechtlich geschützte Erzeugnisse vor allem der Unterhaltungsindustrie. Die Filmindustrie Indiens und das reichhaltige Musikschaffen in Lateinamerika und auch Afrika mit einem großen Zielpublikum auch in den entwickelten Staaten belegen die Chancen, die in der Entwicklung des kulturellen Schaffens in den Entwicklungs- und Schwellenländern liegen. Insgesamt sollten damit Entwicklungs- und Schwellenländer ein eigenes Interesse daran haben, die Rechte ihrer kreativen Bevölkerung

zu schützen und gleichzeitig für eine preisgünstige Versorgung der Bevölkerung mit legalen Kopien zu sorgen. Die Fokussierung auf diese Staaten ist auch deshalb spannend, weil das Kartellrecht und deren Kartellämter erst am Anfang ihrer Entwicklung stehen.

Die Studie ist daher so angelegt, dass sie zwar auf die etablierten Kartellrechtsordnungen der USA und der EU als Leitrechtsordnungen häufig Bezug nimmt und zentrale Fälle aus diesen Regionen berücksichtigt, aber doch versucht, ein ansonsten nahezu vollständiges Bild der Praxis in den zahlreichen anderen Kartellrechtsordnungen zu verschaffen. Dabei werden nicht nur die Rechtsordnungen der Entwicklungs- und Schwellenländer analysiert, sondern gerade auch die vielen nationalen Rechtsordnungen in Europa. Auf die Vollständigkeit der Analyse verzichtet die Studie dennoch in Bezug auf die Untersuchung der zahlreichen Zusammenschlussfälle sowie in Bezug auf Rechtsordnungen, deren Fülle an Entscheidungen einen noch vertretbaren Umfang der Studie gesprengt hätte. Hierzu gehören neben den USA und der EU auch die deutsche und französische Kartellrechtspraxis.

## Methode

Eine große Herausforderung bestand zunächst in der Erfassung der Rechtslage und des Fallmaterials in den verschiedenen, inzwischen sehr zahlreichen Rechtsordnungen der Welt. Zur Sammlung des Fallmaterials bediente sich das Institut zweier Methoden – zum einen einer Fragebogenaktion, zum anderen einer intensiven Suche nach Fällen über die in aller Regel sehr informativen Webseiten der verschiedenen Kartellämter. Der Fragebogen war vor allem dazu gedacht, Informationen von Kartellämtern aus Rechtsordnungen einzuholen, deren Praxis – u.a. aus sprachlichen Gründen – für die Mitarbeiter des Instituts weniger leicht zugänglich war. Kontaktiert wurden aber auch zahlreiche wissenschaftliche Kollegen, die aufgrund des Fragebogens reichhaltiges Fallmaterial zu ihren Heimatrechtsordnungen lieferten. Diese Suche ermöglichte es auch, gewisse Lücken zu Ländern zu schließen, deren Behörden nicht oder weniger als andere dazu bereit waren, bei der Fragebogenakti-

on mitzuwirken. So entstand eine umfangreiche Datenbank von Fällen und Entscheidungen zu nahezu allen Kartellrechtsordnungen der Welt, die urheberrechtsbezogene Märkte betreffen. Das Fallmaterial deckt die Entwicklung bis etwa Ende 2012 ab. Insgesamt entstand so eine umfangreiche, aber sehr ungeordnete Datenbank zur weltweiten kartellrechtlichen Praxis; für die systematische Ordnung sorgt der Abschlussbericht. Beim Schreiben dieses Berichts verließ man sich im Zweifel nicht einfach auf Auskünfte der Behörden, sondern überprüfte diese in zahlreichen Fällen anhand der Originalentscheidungen. Wo Auskünfte wenig verlässlich erschienen, wurde auf die Erwähnung entsprechender Fälle auch ganz verzichtet.

Die Struktur des Fragebogens deckt sich nicht mit jenem des Berichts, was an der spezifischen Funktion des Fragebogens liegt, relevantes Material erst einmal zu sammeln. Die Fragebogenaktion produzierte nicht nur eine erstaunlich hohe Zahl an relevanten Fällen, sondern auch einige übergreifende Erkenntnisse über die Herausforderungen, mit denen Kartellämter im urheberrechtsrelevanten Bereich zu kämpfen haben. So zeigte sich, dass sehr viele jüngere Kartellbehörden aufgrund von Ausnahmebestimmungen zugunsten des Immaterialgüterrechts Gefahr laufen davon abzusehen, Fälle mit immaterialgüterrechtlichem Bezug überhaupt aufzugreifen. Dagegen wenden erfahrene Kartellrechtsordnungen, wie etwa die Schweiz oder Japan und Südkorea, entsprechende Bestimmungen in ihren Kartellgesetzen dennoch an, weil sie von der – richtigen – Erkenntnis ausgehen, dass das Immaterialgüterrecht und Kartellrecht nicht in einem fundamentalen Widerspruch zueinander stehen, sondern vielmehr im Rahmen der Anwendung des Kartellrechts die wettbewerbsfördernden und wettbewerbsbeschränkenden Auswirkungen des Immaterialgüterrechts gegeneinander abgewogen werden müssen. Außerdem klagen selbst die Behörden sehr entwickelter Rechtsordnungen darüber, dass sie keine Mitarbeiter vorhalten können, die über eine ausreichende Kenntnis des Urheberrechts verfügen. Dies zeigte sich schließlich besonders deutlich in Bezug auf die kollektive Rechtewahrneh-

mung. So konnten viele Behörden Fragen zur sektorspezifischen Regulierung dieses Bereichs schon im Ansatz nicht beantworten.

### Die Praxis zu verschiedenen Formen von Wettbewerbsbeschränkungen

Die Studie folgt in der Darstellung der klassischen kartellrechtlichen Unterscheidung nach den verschiedenen Formen von Wettbewerbsbeschränkungen. Die Darstellung der reichhaltigen Praxis kann hier nur summarisch erfolgen.

In Bezug auf wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen zeigt sich, dass Märkte, auf denen urheberrechtlich geschützte Werke vertrieben werden, unter grundsätzlich ähnlichen Wettbewerbsbeschränkungen leiden wie andere Produktmärkte. So lassen sich etwa auch horizontale Preisabsprachen zwischen Wettbewerbern, wie jüngst im Bereich von E-Books, finden, die den Zugang zu Werken für Verbraucher verteuern. Im vertikalen Bereich sind Ausschließlichkeitsbindungen in verschiedenen Medienmärkten alles andere als selten. Für die vertikale Preisbindung bei Verlags- und Presseerzeugnissen sehen verschiedene Staaten sogar besondere Ausnahmebestimmungen vor.

Die meisten der dargestellten Fälle beziehen sich auf einseitige Wettbewerbsbeschränkungen. Dabei wird nicht nur über die vom EU-Recht bekannten Fälle hinaus die Praxis zur Lizenzverweigerung untersucht, sondern der Blick auf einseitige Wettbewerbsbeschränkungen von marktbeherrschenden Intermediären erweitert, die beim Vertrieb von Werken tätig werden.

Schließlich bringt auch die Analyse von Zusammenschlussfällen reichen Ertrag. Hier wird vor allem auch das Verhältnis der kartellrechtlichen Zusammenschlusskontrolle zur sektorspezifischen, eher politisch orientierten medienrechtlichen Zusammenschlusskontrolle, vor allem im Rundfunksektor, untersucht. Relevante Zusammenschlussfälle können horizontaler, vertikaler oder konglomerater Natur sein. Interessant sind vor allem jene Fälle, in denen Kartellämter, wie bei den Zusammenschlüssen

großer Musikverlage, dem Rechteportfolio der Unternehmen besondere Beachtung bei der Prüfung der wettbewerblchen Auswirkungen geschenkt haben. Vertikale Zusammenschlüsse werden zum Problem, wenn Unternehmen, die urheberrechtlich geschützte Inhalte liefern (z.B. Fernsehstationen), mit Unternehmen fusionieren, die zentrale Vertriebsplattformen (z.B. Kabelnetze) kontrollieren. Konglomerate Zusammenschlüsse von Unternehmen verschiedener Medienbranchen (z.B. Presse und Rundfunk) können negative Auswirkungen auf die relevanten Werbemärkte haben.

### Marktabgrenzung in urheberrechtlich relevanten Märkten

Die Studie erbringt besondere Erkenntnisse in Bezug auf die Marktabgrenzung in urheberrechtsrelevanten Märkten. Fragen der Marktabgrenzung sind in nahezu allen kartellrechtlichen Fällen zu beantworten. Gleichzeitig verbinden sich mit diesen besondere Herausforderungen. Hierfür sind verschiedene Gründe verantwortlich. Zum einen sind die Präferenzen von Verbrauchern in Bezug auf kulturelle Güter (Film, Musik, Literatur) höchst subjektiv geprägt, so dass eine Orientierung am Kriterium der Nachfragesubstituierbarkeit schlichtweg versagt. Eine Orientierung an der Angebotssubstituierbarkeit bietet selten eine Alternative. Zum anderen unterliegen viele Medienmärkte einem konstanten technologischen Wandel. So haben auch Kartellämter in Schwellenländern anhand der konkreten Gegebenheiten sehr häufig die Frage zu analysieren, ob die Verbreitung von Fernsehprogrammen über terrestrischen Rundfunk, Kabel- und Satellitennetzwerke sowie Direct-to-home-Internet auf einem einheitlichen Markt oder auf unterschiedlichen Märkten erfolgt. Und schließlich charakterisieren sich viele Märkte als zweiseitige oder sogar mehrseitige Märkte: Fernsehanstalten erbringen Dienstleistungen sowohl gegenüber dem Zuschauer als auch gegenüber dem Werbekunden. Zeitungen finanzieren sich regelmäßig über Abonnements und Werbeanzeigen.

Die Analyse der Praxis offenbart zudem wesentliche Unterschiede zu patentrechtlichen Fällen. Während es im Patentrecht durchaus

häufig vorkommen kann, dass eine patentierte Technologie auch einen gesonderten Markt bildet und damit das Patent seinem Inhaber ein ökonomisches Monopol verschafft, ist dies im Urheberrecht nur in Ausnahmefällen der Fall. Vorkommen kann dies vor allem in Bezug auf Computerprogramme, wie Microsoft Windows, wenn sich an ihm Netzwerkeffekte festmachen. Im kulturellen Bereich ist dagegen ein Verbraucher, anders als wenn es beispielsweise um den Bezug von Arzneimitteln geht, in der Regel nicht auf die Nutzung eines bestimmten Werkes angewiesen. Dies bedeutet aber keineswegs, dass es im urheberrechtlichen Bereich keine marktbeherrschenden Stellungen gibt. Diese entstehen nur nicht an der Quelle des Werks, d.h. bei den Kreativen, sondern vielmehr bei den Intermediären, die entweder zentrale Netzwerke oder Plattformen zum Vertrieb von Werken kontrollieren (z.B. Kabel- und Satellitennetzwerke, Zeitungs-distributionssysteme) oder zahlreiche Werke zu großen Repertoires bündeln (z.B. große Musikverlage, wissenschaftliche Verlage mit sog. *must-have*-Zeitschriften und Datenbanken, Filmverleiher und natürlich die Verwertungsgesellschaften). Dies erklärt, weshalb die kartellrechtliche Praxis fast durchgehend mit solchen Intermediären als potenzielle Wettbewerbsbeschränker zu tun hat und typischerweise nicht mit dem ursprünglichen Rechteinhaber in Bezug auf das einzelne Werk.

### Der Zusammenhang von Kartellrecht und Urheberrechtspiraterie

Näher zu erklären ist der positive Effekt des Kartellrechts auf die Bekämpfung von Urheberrechtspiraterie. Herkömmlicherweise wird in der internationalen Diskussion zum Problem der Urheberrechtspiraterie rein angebotsbezogen argumentiert. Dabei wird davon ausgegangen, dass die geringen Kosten der Vervielfältigung einen Markt für Raubkopien zum Entstehen bringen und die Urheberrechtspiraterie daher durch eine Verschärfung der Sanktionsmaßnahmen gegenüber den Piraten bekämpft werden muss. Dabei wird übersehen, dass Märkte für Piraterieprodukte nicht ohne die Entscheidung von Konsumenten für den Erwerb illegaler Kopien funktionieren können. Wettbewerbsbeschränkungen, die typischer-

weise von der Urheberrechtsindustrie selbst veranlasst werden, können aber Kopien verteuern oder dafür sorgen, dass diese dem Markt überhaupt vorenthalten werden. Ein sehr anschauliches Beispiel liefert dafür eine ganze Reihe von Fällen, die die junge indische Wettbewerbskommission in den letzten Jahren in Bezug auf Wettbewerbsbeschränkungen entschieden hat, mit denen die Handelskammern der Filmindustrie der verschiedenen indischen Regionen zum Schutz der eigenen Produktion den Zugang von Bollywood-Filmen zu den lokalen Kinos limitierten und den Vertrieb entsprechender DVDs künstlich hinauszögerten. Gegen das Argument der Handelskammern, ihre lokalen Kulturen gegen die Übermacht von Bollywood schützen zu müssen, wandte die Wettbewerbskommission ein, dass es allein Sache der Zuschauer sei, welche Filme sie sehen möchten. Die Studie ergänzt damit Erkenntnisse, die eine am Institut zuvor angefertigte, empirisch angelegte Dissertation erbrachte, die nachfragebezogen die Haltung junger Inder zur Urheberrechtspiraterie in Bezug auf Filme untersuchte (siehe B II 3.20). In Bezug auf die Frage, was sich ändern müsste, damit Studenten vom Erwerb raubkopierter DVDs Abstand nehmen, klagten diese häufig nicht nur über zu hohen Kinopreise, sondern auch über die Schwierigkeiten, überhaupt Zugang zu den präferierten Filmen zu erhalten.

### Kollektive Rechtswahrnehmung im Besonderen

Besondere Bedeutung kommt der Studie in Bezug auf die kartellrechtliche Kontrolle im Bereich der kollektiven Rechtswahrnehmung zu. Die Studie nimmt hierzu auch das Verhältnis zur sektorspezifischen Aufsicht über Verwertungsgesellschaften in den Blick. Als Referenzordnungen dienen das US- und das EU-Recht. Die Analyse zeigt, dass das Kartellrecht und die Kartellbehörden vor allem dann gefordert sind, wenn eine sektorspezifische Aufsicht nicht existiert oder nicht in der Lage ist, das relevante Problem angemessen zu lösen. Dies gilt etwa auch für die bekannten Fälle, in denen der EuGH die Tarife von Verwertungsgesellschaften aus Frankreich und Schweden nach dem Maßstab des Art. 102 AEUV kontrollierte. Zahlreiche Kartellrechtsordnungen haben es

geschafft, die ökonomischen Vorteile der kollektiven Rechtswahrnehmung in die kartellrechtliche Beurteilung zu integrieren und das Kartellrecht zum Schutze der Interessen der Rechteinhaber sowie der Lizenznehmer einzusetzen. Dies gilt auch für eine Anzahl nationaler Kartellrechtssysteme in den EU-Mitgliedstaaten, die im Zuge der Dezentralisierung des EU-Kartellrechts jüngst in zunehmendem Maße die Aufgabe übernommen haben, nationale Verwertungsgesellschaften zu kontrollieren. Allerdings gibt es auch Beispiele für das Scheitern der kartellrechtlichen Kontrolle, vor allem außerhalb der EU. Während nationale Kartellämter in der EU heute die Angemessenheit der Tariffhöhen entsprechend der Rechtsprechung des EuGH anhand eines Vergleichs mit den Tarifen in anderen Staaten überprüfen, lehnte die türkische Behörde eine solche Preiskontrolle mit der Begründung ab, bei urheberrechtlich geschützten Werken könne der angemessene Preis nicht im Lichte der Kosten des Werkschaffens ermittelt werden. Insgesamt zeigt sich, dass ein duales System vorzuzugswürdig ist. Die sektorspezifische Aufsicht sollte wettbewerbskonform ausgestaltet sein. Vor allem die Kartellämter in Europa haben in ihrer Praxis zahlreiche Prinzipien entwickelt, die sich für die sektorspezifische Aufsicht übernehmen lassen. Die sektorspezifische Aufsicht hat insbesondere den Vorzug, eine *ex-ante*-Kontrolle der Tarife zu ermöglichen. Trotzdem sollte die kollektive Rechtswahrnehmung nicht pauschal von der Kartellrechtskontrolle ausgenommen werden. Die Kontrolle durch die sektorenübergreifend tätigen Kartellämter läuft weniger leicht Gefahr, einseitig zugunsten der Verwertungsgesellschaften zu entscheiden.

Besonders thematisiert wird schließlich die Kontrolle von Gegenseitigkeitsverträgen. Hier erfüllt die Europäische Kommission eine globale Kontrollaufgabe, denn weder haben sich andere Kartellämter bislang mit dieser Problematik befasst noch trifft die nationale sektorspezifische Aufsicht ausreichende Vorkehrungen gegenüber wettbewerbspolitisch problematischen Gegenseitigkeitsverträgen. Freilich ist es aber auch dem europäischen Kartellrecht im „CISAC“-Verfahren (siehe die aufhebende Entscheidung des Gerichts in Rs.

*Kartellrecht beschränkt nicht nur das Urheberrecht, sondern Kartellrecht lässt sich auch proaktiv zur Förderung der Vermarktung geschützter Werke im Interesse der Urheber und Verbraucher und damit sogar zur Bekämpfung von Urheberrechtspiraterie einsetzen.*

#### Leitung

Prof. Dr. Josef Drexl

#### Teilnehmer

Doreen Anthony, Dr. Mor Bakhoun, Filipe Fischmann, He Kan, Daria Kim, Dr. Kaya Köklü, Julia Molestina, Moses Muchiri, Dr. Sylvie Nérisson, Souheir Nadde-Phlix, Dr. Gintarė Surblytė, Dr. Silke von Lewinski

#### Projektlaufzeit

2012 – 2013

T-442/08) nicht gelungen, einen funktionierenden Binnenmarkt für Mehrstaatenlizenzen zu errichten (siehe B II 1.6).

Die Studie erbringt schließlich auch Erkenntnisse zur Frage, ob nationales Recht ein gesetzliches Monopol für Verwertungsgesellschaften vorsehen sollte. Davon ist angesichts zahlreicher Skandale in vielen Staaten mit solchen Monopolen, unter anderem auch innerhalb der EU, dringend abzuraten. Bei einem gesetzlich geschützten Monopol haben Rechteinhaber keine Möglichkeit, trotz berechtigter Unzufriedenheit der bestehenden Gesellschaft den Rücken zu kehren, um eine konkurrierende Gesellschaft im Inland zu gründen.

#### Ausblick

Die Studie bietet reichlich Stoff für eine wissenschaftliche Vertiefung in der Zukunft. Eine vertiefte wissenschaftliche Durchdringung unter Berücksichtigung des vorhandenen Schrifttums war schon aus Zeitgründen nicht möglich. In der Zukunft bieten sich zudem verschiedene Einzelthemen zur Vertiefung an. So wurde 2014 in einem Einzelbeitrag anhand einiger Fälle, die über die Studie ermittelt wurden, untersucht, inwieweit Kartellrecht in Medienmärkten auch dazu eingesetzt werden kann und soll, um Demokratie vor allem in Entwicklungsländern zu fördern (Drexl).

## 1.10 Economic Characteristics of Developing Jurisdictions: Their Implications for Competition Law

*What are the socio-economic characteristics of developing jurisdictions and their impact on the design of competition law and policy? This project, which aimed to provide a better understanding of these socio-economic features, recommends adapting modern principles of competition law and policy to the needs of such jurisdictions. After an in-depth analysis of such socio-economic factors, the project discussed the goals of competition laws in development jurisdictions, the content of substantive competition law and the enforcement approach which is suitable to the particular development context.*

Over the past two decades, developing jurisdictions have been developing and implementing competition law systems at a very fast speed. Far more than 100 jurisdictions worldwide have now adopted, or are in the process of adopting, a competition law. This development, which is taking place at the national as well as the regional level, is justified by the need of developing jurisdictions to use competition law as an instrument to foster economic development. In Sub-Saharan Africa, Latin America, parts of Asia and in Central and Eastern Europe, countries have also been moving from planned economies toward market economies with competition law as a regulating instrument. Emerging markets such as South Africa, India and China have become global players and have introduced functioning competition laws as part of their agenda of economic reform. In some countries, competition laws were also adopted under external pressure, such as exercised by the World Bank. Yet the introduction of such laws always responded to the internal need to create functioning market economies in order to make developing economies more competitive and able to participate more successfully in global markets. In this process of adopting competition policies, there is however a risk that developing jurisdictions may blindly adopt the models of competition laws and policies of the economically more advanced and experienced jurisdictions without due re-

gard to their socio-economic context. Moreover, the efforts of the International Competition Network (ICN), the OECD, the US and the EU to advocate these models of economically advanced jurisdictions as a global standard lead to a progressive harmonization of competition laws in line with these models.

This project reacts to this development and questions the suitability of the approaches originating from the developed jurisdictions for developing jurisdictions. It starts with an analysis of the socio-economic factors of developing jurisdictions that are unique to their context and goes on to draw conclusions on how these characteristics should influence their competition policies.

The Institute has been engaged in research on the development of competition policies in developing countries over the past several years. This project is the second step of a larger research project, Competition Law in Developing Countries, undertaken at the Institute, which led to the publication, in 2012, of the volume *Regional Integration and Competition Policies in Developing Countries* (Edward Elgar, 2012).

### Research questions and methodology

The project started with the assumption that transplanting the modern competition model from developed to developing jurisdictions without considering the socio-economic context is not a convincing approach. Politically, economically and socially, developing jurisdictions are different from developed countries. But what are the main economic characteristics of developing jurisdictions that are relevant for competition law? And how should those socio-economic characteristics inform the design and enforcement of competition law in developing jurisdictions?

Finding the answer to those fundamental questions required integrating two inter-related and complementary areas of expertise. The first is development economics, which discusses the key economic features that characterize most developing jurisdictions and influence competition law and pol-



*Participants in the workshop: Economic Characteristics of Developing Jurisdictions – Their Implication for Competition Law, University of Haifa, June 2012*

icy. The second focuses on competition law and builds on the former in order to determine how those unique characteristics should inform developing jurisdictions' competition policies. In doing so, the project combined and created a dialogue between these two complementary areas of expertise: by building on the insights of leading development and industrial organization economists, who discuss the main economic characteristics of developing jurisdictions that matter for competition policy, competition law academics draw conclusions with a focus on how competition law should be implemented in developing jurisdictions.

This dialogue between economists and competition law academics took place in the framework of a workshop organized at the University of Haifa in June 2012.

The upcoming book, which documents the results of the workshop and the project, comprises the two main parts of the project which

answer the abovementioned research questions: part I identifies and discusses the relevant socio-economic characteristics of developing jurisdictions; part II discusses, based on the insights from part I, how these factors are to be considered when drafting and enforcing competition law in developing jurisdictions. The conclusions from those two parts are discussed below.

### **Economic characteristics of developing jurisdictions**

The socio-economic characteristics of developing jurisdictions make their market features and competition environment unique. Among the most prominent economic characteristics of developing jurisdictions revealed by the project are the importance of the agricultural sector's contribution to the GDP, the spending patterns of consumers, which are concentrated on access to essential goods, such as food, housing, energy, clothing and medicine, the importance of the informal economy and the

*The specific socio-economic context requires adaptations of the competition law model that is usually advocated in experienced, economically advanced jurisdictions when developing jurisdictions design their competition laws and policies.*

#### **Leitung**

*Prof. Dr. Josef Drexler, Dr. Mor Bakhoun, Prof. Dr. Michal Gal (University of Haifa, Prof. Eleanor M. Fox (N.Y.U. Law School), Prof. David Gerber (Chicago-Kent College of Law)*

#### **Teilnehmerin**

*Julia Molestina*

#### **Projektlaufzeit**

*2012 – 2014*

existence of high entry barriers in addition to barriers to import and inefficient transportation infrastructures. Those combined factors limit the competitiveness of developing economies. Of course, those characteristics are not uniform in all developing jurisdictions. Their importance and impact varies from jurisdiction to jurisdiction. It was therefore important for the project to have a closer look at how those factors play out in specific jurisdictions and in specific sectors. Due to its importance, the agricultural sector was explored in more detail. Three agricultural markets served as a case study: tobacco cultivation in Malawi, rice production in Nicaragua and corn production in Mexico. From a competition law perspective three main characteristics that are present in agricultural markets were identified: *first*, these markets are fragmented, with few large or medium-sized producers and numerous small farmers. *Second*, there is a high level of concentration in the downstream market, in contrast to the fragmented upstream production market for agricultural goods. *Third*, there is also a high level of concentration in the upstream input markets for agricultural production, including the markets for seeds and fertilizers. As a consequence, agricultural producers face a double bottleneck upstream and downstream, which implies that they are price takers and are often subject to both buyer power and supplier power. Because of its importance as a characteristic of developing jurisdictions' markets, another particular focus was on the informal economy.

The project also put a particular emphasis on selected jurisdictions. In particular, the economic characteristics of Latin American countries as well as those that influenced China's Anti-Monopoly Law (AML) were considered. China's AML has attracted a lot of attention in the international competition community due to the size of its market and the fear that its enforcement approach would be tainted by industrial policy considerations such as the protection of state-owned enterprises (SOEs). Those concerns, which reflect the underlying Chinese socialist market economy, are discussed in the book.

#### **Drafting and enforcing competition law in developing jurisdictions**

After identifying and discussing the relevant economic characteristics of developing jurisdictions, the project dealt with their impact on adopting and enforcing competition laws. Given the overarching characteristic of lack of competitiveness of their markets, developing countries should strive for a competition law and policy that generates competitive markets in the first place. This could be achieved through the design of the rules and an enforcement approach that enhances competition. This part of the study puts forward recommendations on the goals of competition law, the substantive rules and the enforcement approach that could generate more competition in the context of developing jurisdictions.

*Economic characteristics and goals of competition law:* With regard to the goals of competition law, the project addressed a fundamental issue. Rather than following the position of modern industrial organization economics to enhance economic efficiency and consumer welfare as the only ultimate goals of competition policy, the project, against the backdrop of the characteristics of non-functioning markets in developing jurisdictions, particularly advocates the goal of establishing competitive markets that work in the first place. Moreover, given the lack of competitiveness and the concentration of economic power in these jurisdictions, in addition to the economic goals, it is important to strive for inclu-



siveness and economic empowerment by enhancing economic opportunities of the different groups of the population. From the perspective of developing jurisdictions, the goal of inclusiveness in competition law seems as important as economic efficiency and even more conducive to sustainable development.

*Economic characteristics and substantive competition law:* With regard to the substantive rules, the results of the project stress the importance of enforcing rules against abuse of dominance in order to make markets work. This contrasts with the lenient approach taken in the field of unilateral conduct in the US in particular. Nevertheless, such an enforcement priority is justified by high levels of economic power and high entry barriers in many of the markets of developing jurisdictions. In addition, this approach responds to the objective of economic inclusiveness. Another fundamental issue is the tension between complex economic rules and the interest in effective enforcement of the law and legal certainty. On balance, developing jurisdictions may be in need of clearer and simpler rules that can more easily and more quickly be applied and enforced.

*Economic characteristics and enforcement:* From an enforcement perspective, the project confirms the conclusions of the previous research of the Institute on the potential of regional competition agreements (RCAs) to help developing jurisdictions better enforce their competition laws. As regards the use of economics by developing jurisdictions' competition law enforcers, it is recommended that they reduce their use of industrial organization economics, relying instead on complementary economic tools such as development economics and institutional economics when applying competition laws. In line with this, reliance on the concepts of consumer welfare and consumer harm in developing jurisdictions needs to be contextualized. Accordingly, consumer welfare as an economic concept, consumer welfare as a goal of competition law and consumer welfare as a criterion for a restraint of competition (in the form of consumer harm) need to be approached

differently. For instance, when looking at it as an economic concept, the project recommends taking a dynamic approach to consumer welfare that promotes the emergence of efficient markets.

### Additional research on competition law in developing jurisdictions

Over the past years the Institute has developed considerable expertise on competition law in developing countries. As a result, the advice and collaboration of the Institute in the field is constantly requested by international organizations in the framework of their research and technical assistance programs as well as by national and regional competition authorities. The Institute is involved in the Research Partnership Program (RRP) of the United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), which focuses on research on competition law in developing countries. Following up on the study that was conducted by the Institute on the revision of the Institutional framework of the West African Economic and Monetary Union (WAEMU), a member of the Institute (Bakhoun) was also involved in the process of drafting of the new WAEMU competition regulations together with experts from UNCTAD and the WAEMU Commission. The same member of the Institute regularly participates in conducting training programs for the competition officials of West Africa (WAEMU) and for national competition authorities (the Gambia and Mauritania; Bakhoun). Furthermore, the Institute also hosted a seminar with a delegation of the Ministry of Commerce (MOFCOM), the Chinese competition authority in charge of dealing with merger cases. Issues such as the interface between IPRs and competition law, patent law injunctions and private enforcement of competition law were discussed by members of the Institute. In recognition of the Institute's expertise, the WIPO asked it to conduct a study on the application of competition law in different jurisdiction, with a particular focus on developing and emerging economies (see B I 1.9). This study, in turn, further contributes to the Institute's expertise.

In parallel to such projects and collaborations, a member of the Institute (Bakhout) also started a larger book project on competition law in Sub-Saharan Africa in collaboration with a world-leading scholar in the field from N.Y.U. Law School (Fox). The Institute promotes several doctoral theses on competition law in developing countries. These theses address topics such as:

- Regional competition law enforcement in developing countries: A case study on the optimal degree of centralization or decentralization in the West African Economic and Monetary Union, the Andean Community and the Caribbean Community (Molestina);
- On the interface of industrial policy, development and competition – The multifaceted role of competition law: The case of South Africa (Strunz);
- Regulation of competition in the liberalized telecommunication sector in Sub-Saharan Africa: Uganda’s experience (Alemu);
- The influence of EU competition law on the competition law of Arabic countries: Morocco as a case study (Mansour);
- Entry analysis in Latin American competition law enforcement: why social and economic development matter (Beneke);
- Restructuring merger regulation in Sub-Saharan Africa: what is the suitable regime? (Angwenyi);



### 1.11 Zugang zu standard-essentiellen Patenten

*Globalisierte Märkte und rapider technischer Fortschritt führen in vielen Bereichen zu einem gesteigerten Bedarf an einer vereinheitlichten technologischen Basis, die die Interoperabilität der Produkte verschiedener Marktteilnehmer gewährleistet. Von Standardsetzungsorganisationen gesetzte Industriestandards decken diesen Bedarf und bergen damit das Potential, erheblich zu Innovationen in standardgeprägten Märkten beizutragen. Standards können im Zusammenwirken mit dem Patentrecht aber auch zu einer massiven Gefährdung des Wettbewerbs führen. Besteht nämlich ein Patent an einer Technologie, die essentieller Bestandteil des Standards ist, kann der Standard nicht mehr ohne Inanspruchnahme der geschützten Lehre genutzt werden. Gestützt auf sein Exklusivitätsrecht darf der Inhaber des standardessentiellen Patents (SEP) die Nutzung der Technologie verbieten und den betroffenen Marktteilnehmern den Zugang zum standardgeprägten Markt verwehren. Oder der Patentinhaber kann – dies sind die besonders praxisrelevanten Fälle – hohe Lizenzgebühren erpressen, weil die Marktteilnehmer auf den Zugang zum Standard angewiesen sind. Ob, wann und wie Immaterialgüter- und Kartellrecht die Verhaltensoptionen von SEP-Inhabern limitieren sollten, bildet die Kernfrage des Projekts, die das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb in einer Reihe von Individual- oder Gruppenpublikationen im Berichtszeitraum bearbeitet hat.*

#### Fallgruppen und ihre Entwicklung

Standardsetzung und standardessentielle Patente beschäftigen etwa seit der Jahrtausendwende verstärkt das Kartell- und Immaterialgüterrecht einer wachsenden Zahl von Rechtsordnungen. Zunächst stand hierbei der „Patenthinterhalt“ (*patent ambush*) im Vordergrund (siehe hierzu eingehend B II 3.16), bei dem ein SEP-Inhaber sein Patent bewusst nicht offenlegt, um einen Ausschluss seiner Technologie oder die Abgabe einer Lizenzbereitschaftserklärung zu vermeiden und nach der Implementierung des Standards hohe Lizenzgebühren „erpressen“ zu können. Zu einem Massenphänomen hat sich diese

Fallkonstellation jedoch bislang nicht entwickelt. Im „Rambus“-Fall hat die Europäische Kommission den Patenthinterhalt jedenfalls als Wettbewerbsverstoß eingeordnet.

Dafür haben in jüngster Zeit vor allem „Patentkriege“ im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (im Englischen oft als *smartphone wars* bezeichnet) eine breite Beachtung in der Öffentlichkeit gefunden, was bei komplexen Fragen des Immaterialgüter- und Wettbewerbsrechts selten der Fall ist. Hinter diesem Sammelbegriff verbergen sich Konstellationen, die durchaus unterschiedlich sind und auch nicht stets SEP involvieren. In den zu untersuchenden prototypischen Konstellationsvarianten jedoch bildet ein SEP die Basis rechtlichen Vorgehens des Patentinhabers gegen einen anderen Marktteilnehmer, der durch seine Nutzung des Standards auch von der patentgeschützten Lehre Gebrauch gemacht haben soll. Mitunter will der Patentinhaber deswegen die Nutzung des Standards ganz unterbinden, wie etwa im Sachverhalt zur „Orange Book“-Entscheidung des BGH. Häufiger sind indes Fälle, in denen der Patentinhaber lediglich eine hohe Lizenzgebühr durchsetzen will. Charakteristisch für die derzeit im Fokus stehenden Sachverhalte ist es zudem, dass der SEP-Inhaber an der betreffenden Standardisierung selbst teilgenommen und dabei gegenüber der Standardsetzungsorganisation seine Bereitschaft erklärt hat, Lizenzen am SEP zu FRAND (*Fair, Reasonable and Non-Discriminatory*)-Konditionen zu erteilen. Die Rollenverteilung zwischen „Verletzer“ und „SEP-Aggressor“ kann dabei durchaus fließend sein, etwa wenn – wie im Verhältnis „Huawei-ZTE“ – ein Unternehmen sich in der einen Rechtsordnung gegen die Geltendmachung von SEP wehrt, zugleich aber in einer anderen Rechtsordnung selbst SEP durchzusetzen versucht. Zudem dürften strategische Gesamterwägungen der Parteien vielfach eine große Rolle spielen, so dass eine eindimensionale Betrachtung nur der Patentverletzungs-Lizenzgebühren-Logik nicht das Gesamtbild von SEP-Rechtsstreitigkeiten widerspiegelt. In einer Variante der prototypischen Konstellation treffen Standardisierungsteilnahme und Abgabe einer FRAND-

Ziel des Projekts ist es zu ermitteln, inwiefern Anpassungen des Patentrechts oder Interventionen auf der Grundlage des Kartellrechts möglich und geboten sind, um sicherzustellen, dass sich das Verhalten von Inhabern standardessentieller Patente nicht nachteilig auf die statische und dynamische Effizienz standardgeprägter Märkte auswirkt.

#### Leitung

Prof. Dr. Josef Drexl

#### Teilnehmer

Dr. Mor Bakhoun, Dr. Filipe Fischmann, Dr. Beatriz Conde Gallego, Dr. Mark-Oliver Mackenrodt, Dr. Peter Picht, Dr. Gintarė Surblytė, Prof. Dr. Hanns Ullrich

#### Externer Teilnehmer

Dr. Alfred Früh (Schellenberg Wittmer Ltd.)

#### Projektlaufzeit

seit 2010

Erklärung zwar auf den ursprünglichen, nicht aber auf den jetzigen SEP-Inhaber zu. Handelt es sich – wie etwa im „IPCom“-Fall – beim jetzigen Inhaber um eine *non-practicing entity*, tritt die „Patent-Troll“-Dimension hinzu. Die prominentesten „Patentkriege“ werden freilich derzeit zwischen ICT (Informations- und Kommunikationstechnik)-Herstellern ausgefochten und involvieren keine *non-practicing entities* – noch, so wird man sagen müssen, denn einerseits scheinen SEP-durchsetzende Trolle im Vordringen begriffen. Und andererseits lässt der Kampfesmut mancher ICT-Hersteller nach, wie sich etwa an weitreichenden Vergleichsverhandlungen ablesen lässt, mit denen Apple und Samsung einen großen Teil ihrer Patentstreitigkeiten beizulegen versuchen. Von einer abklingenden Relevanz der SEP-Fallgruppe wird man dennoch nicht sprechen können. Um nur beispielhaft Belege zu nennen: US-amerikanische Verfahren sind von dem Apple-Samsung-Vergleich ausgenommen; die anstehende Entscheidung des EuGH im „Huawei-ZTE“-Verfahren (näher dazu sogleich) dürfte viele Folgefragen aufwerfen; die Generaldirektion Unternehmen und Industrie der EU-Kommission führt soeben eine Marktteilnehmer-Befragung zum Thema SEP durch; international schließlich nehmen Behörden und Gerichte die SEP-Thematik zunehmend in den Blick.

## SEP-Fälle im Schnittbereich der Anwendung von Patentrecht, Kartellrecht und TRIPS

Vor allem Ullrich hat aufgezeigt, dass patentrechtliche Kontrollmechanismen für das Verhalten von SEP-Inhabern möglich und vorzuzugswürdig sind. So kann eine FRAND-Lizenzbereitschaftserklärung als schutzrechtsbeschränkende Verwertungshandlung gedeutet werden, die ein nachträgliches Verbot der SEP-Nutzung zu FRAND-Konditionen unzulässig macht. Aber SEP-Konstellationen liegen, wie zunächst vor allem von Drexl demonstriert, angesichts ihres wettbewerbsbeeinflussenden Potentials auch im genuinen Anwendungsbereich des Kartellrechts. Da die Patentrechtspraxis solche Fallkonstellationen noch nicht im Griff hat, steht das Kartellrecht derzeit in Europa sogar an vorderster Front (näher hierzu B II 3.16). Es muss dabei vielfach auch Rücksicht auf die Vorgaben des TRIPS-Übereinkommens nehmen, denn Industriestandards und SEP-Fälle weisen häufig eine grenzüberschreitende Dimension auf. Conde Gallego, Bakhoun und Picht wiesen indes nach, dass TRIPS eine Kontrolle von SEP-Inhaberverhalten zur Sicherung dynamischer Effizienz nicht nur nicht verbietet, sondern sogar befürwortet.

## Einschlägige Normen und Kriteriensysteme des europäischen Kartellrechts

Dabei ist eine sachgerechte Anwendung des Kartellrechts auf SEP-Fälle eine komplexe Aufgabe. Schon in seiner Stellungnahme zum Entwurf der Europäischen Kommission für neue Horizontalleitlinien aus dem Jahre 2010 hat das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb darauf hingewiesen, dass die im Entwurf enthaltenen Ausführungen zu Standardsetzung und SEP in mehrfacher Hinsicht zu kurz greifen und stattdessen spezifische „Standardsetzungsleitlinien“ geboten wären. So identifizierte der Leitlinien-Entwurf Art. 101 AEUV als vorrangige Vorschrift zur Bekämpfung von Wettbewerbsgefahren durch Standardsetzung. Er verkannte also, dass SEP-Missbrauch in der Regel unilaterales Verhalten im Anwendungsbereich von

Art. 102 AEUV darstellt. Wegen solcher Defizite ist es in der Summe zu begrüßen, dass die Europäische Kommission auf die Stimme der Kritiker teilweise gehört und sich in den neuen Horizontalleitlinien eher zurückgehalten hat.

Vor allem Drexl, Fischmann und Picht haben den Blick auf die Vielgestaltigkeit der in Standardisierungskonstellationen involvierten Märkte (Technologiemarkt, Produktmarkt, Komplementärmärkte), Akteurstypen (produzierende Unternehmen, reine Lizenzierer) und Wechselbeziehungen zwischen diesen gelenkt. Auch wäre der direkte Schluss von der Patentinhaberschaft auf die Marktmacht übereilt. Zusätzliche Gesichtspunkte wie die (vermeintliche) Standardessentialität des Patents und die Stellung des implementierten Standards im Markt müssen Berücksichtigung finden. Daraus, dass SEP-basierte Marktmacht auf dem Produktmarkt in der Regel erst mit der Implementierung des Standards entsteht und auf dem Technologiemarkt verschiedene Technologien um eine Aufnahme in den Standard konkurrieren, typischerweise keine dieser Technologien dort also bereits marktmächtig ist, resultiert eine – zuerst von Drexl beschriebene – gewichtige Schwierigkeit in der Anwendung von Art. 102 AEUV: Da die Vorschrift nur das Verhalten marktmächtiger Unternehmen erfasst, genügt ein wettbewerbsgefährdendes Verhalten des SEP-Inhabers im Vorfeld der Marktmachtentstehung durch Standardimplementierung nicht für ihre Anwendung. Zwar bietet häufig ein Verhalten (insbesondere Lizenzforderungen) des SEP-Inhabers *nach* der Standardimplementierung eine ausreichende Basis für eine Anwendung von Art. 102 AEUV. Die Fallgruppe provoziert aber dennoch vor allem bei Drexl und Picht die Frage, ob das Marktmachtkriterium in seiner gegenwärtigen Form noch zeitgemäß ist.

Die Diskussion darüber, welche Kriterien für die Missbräuchlichkeit SEP-bezogener Verhaltensweisen ausschlaggebend sein sollen, kann hier nicht im Detail nachgezeichnet werden. Herausgegriffen sei nur, dass Drexl als grundsätzlichen Ansatz für die Anwendung des Kartellrechts auf das Verhalten von Immaterialgüterrechtsinhabern einen

*incentives balance-approach* favorisiert, der umfassend nach den Auswirkungen des Verhaltens auf die dynamische Effizienz fragt. Unter anderem *Surblyte* hatte schon 2011 eingehend nachgezeichnet, dass und wie die „Microsoft“-Entscheidung des EuG das „Magill/IMS Health“-Kriterienkorsett für neuartige Fallgestaltungen weitet, und damit wichtige Vorarbeiten für die Beurteilung von SEP-bezogenen Fällen geleistet. Speziell für standardartige Geschäftsgeheimnisse (*in casu*: Schnittstelleninformationen) forderte sie besondere Beachtung der Frage, ob die Nichtoffenlegung des Geschäftsgeheimnisses den Wettbewerb *um einen Markt* verhindert. Picht schließlich entwickelte für klassische SEP-Konstellationen einen Test, der darauf abstellt, ob das Verhalten eines SEP-Inhabers die bestimmungsgemäßen Funktionen der Standardisierung untergräbt (siehe näher B II 3.16).

### Kartellrechtlicher Zwangslizenzeinwand

Verletzt das Verhalten des SEP-Inhabers das Europäische Kartellrecht, kann der Standardnutzer hierauf einen sog. „kartellrechtlichen Zwangslizenzeinwand“ stützen. Er kann also gegen die Patentverletzungsansprüche des SEP-Inhabers die Kartellrechtsverletzung einwenden und die Erteilung einer Zwangslizenz zu fairen Bedingungen verlangen. Der „kartellrechtliche Zwangslizenzeinwand“ spielt gegenwärtig in der Praxis und der wissenschaftlichen Diskussion gleichermaßen eine prominente Rolle. Denn er konstituiert einen Punkt des unmittelbaren Zusammentreffens von Kartell- und Immaterialgüterrechtsregeln, wird hier doch das Kartellrecht gewissermaßen inzident in das Patentrecht hineingeprüft. Zudem bilden Patentverletzungsklagen den weitaus häufigeren Rahmen für SEP-Fragestellungen als Kartellverfahren, für die nur knappe behördliche Ressourcen zur Verfügung stehen. Nicht zuletzt wegen dieser hohen Praxisrelevanz muss sich die Rechtsordnung den komplexen Detailfragen bei der Suche nach einem fairen Interessenausgleich zwischen Patentinhaber und Standardnutzer stellen.

Für das deutsche Recht hat der BGH in seiner „Orange Book“-Entscheidung einen solchen Interessenausgleich versucht. Jedenfalls in der Fortdeutung durch die Untergerichte verfehlt der „Orange Book“-Mechanismus jedoch sein Ziel. Verschiedene Projektteilnehmer haben detailliert Kritikpunkte herausgearbeitet, etwa dass „Orange Book“ den Standardnutzer allein die Last der Definition von FRAND-Lizenzkonditionen tragen lässt. Zudem droht er die Möglichkeit zur Erhebung des Nichtigkeits- und des Verletzungseinwandes zu verlieren. Da die EU-Kommission eine von „Orange Book“ abweichende Handhabung favorisiert, hat das Landgericht Düsseldorf im März 2013 das „Huawei-ZTE“-Verfahren ausgesetzt und dem EuGH einen Fragenkatalog vorgelegt, der auf Vorgaben zur Ausgestaltung des kartellrechtlichen Zwangslizenzeinwandes hinausläuft. Die daraufhin im November 2014 von Generalanwalt Wathelet unterbreiteten Schlussanträge weichen deutlich vom „Orange Book“-Mechanismus ab, wobei der Generalanwalt zu Recht die Unterschiede zwischen dem „Orange Book“- und dem „Huawei-ZTE“-Sachverhalt hervorhebt. Insbesondere handelte es sich bei „Orange Book“ nicht um einen *de jure*-, sondern um einen *de facto*-Standard (näher hierzu B II 3.16) und der SEP-Inhaber hatte auch keine FRAND-Lizenzbereitschaftserklärung abgegeben.

Jedenfalls für *de jure*-Standardisierungen mit FRAND-Zusage dürfte „Orange Book“ seinen Leitcharakter aber mit der EuGH-Entscheidung verlieren. Eingehend kommentieren lassen sich die gehaltvollen Vorschläge des Generalanwalts für neue Vorgaben hier nicht und entscheidend ist letztlich ohnehin, was der EuGH aus ihnen macht. Festgehalten sei aber, dass die Schlussanträge den Standardnutzer erheblich besser stellen als „Orange Book“. So soll nunmehr der SEP-Inhaber FRAND-Lizenzkonditionen vorschlagen und dem Standardnutzer dürfen der Nichtigkeits- und der Verletzungseinwand nicht vom SEP-Inhaber genommen werden. Allerdings soll der Zwangslizenzeinwand auch eine „sorgfältige“ und „ernsthafte“ Reaktion des Standardnutzers auf das Angebot des SEP-Inhabers voraussetzen. Ferner soll der SEP-

Inhaber eine Sicherstellung seiner vergangenen und künftigen Lizenzgebührenansprüche verlangen dürfen, wenn sich der Standardnutzer ein Vorgehen gegen das SEP vorbehält oder ein Gericht anruft. Zwar ist die nutzerfreundlichere Ausrichtung dieses Mechanismus zu begrüßen, er allein bildet aber noch nicht der Weisheit letzten Schluss. Wissenschaft und (ggf. untergerichtliche) Praxis müssen zumindest die Details ausformen. Drexler hat hierzu bereits den Vorschlag eines Drei-Stufen-Mechanismus vorgelegt. Über die Schlussanträge hinausgehend skizziert er insbesondere ein konkretes Vorgehen für den Fall, dass die Parteien über den Inhalt von FRAND-Konditionen uneins sind und es daher einer (schieds-) gerichtlichen Festlegung bedarf.

## Ausblick

Standardessentielle Patente werfen eine Vielzahl ungelöster Fragen auf. Lässt sich ein tragfähiger Überprüfungsmechanismus finden, ob vorgebliche SEP überhaupt wirklich standardessentiell sind? Können die Standardsetzungsorganisationen insofern und im Allgemeinen für ein gedeihliches Miteinander von SEP-Inhabern und Standardnutzern sorgen oder stehen sie in ihrer gegenwärtigen Verfassung einem solchen Miteinander sogar entgegen? Und muss nicht das Verhalten von SEP-Inhabern in einen größeren Kontext bestimmter Patentnutzungsformen gestellt und aus diesem heraus bewertet werden? Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb wird sich mit diesen Fragestellungen – in enger Zusammenarbeit zwischen der juristischen und der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung – auseinandersetzen (siehe B II 1.11).

## 1.12 Competition on the Internet

*The rise of the Internet has not only introduced some new ways of doing business online. It has also affected the dynamics of the industries which are characterized by platforms and network effects. Given the pace of innovation in the digital markets and taking into account the features of the digital economy, the question arises how competition law should be applied in online industries. Should such fundamental concepts of competition law as a definition of the relevant market, the concept of market power and the assessment of anti-competitive behaviour be reconsidered? Is there a need for new competition law tools or for more regulation? A legal and an economic analysis based on the decisions of competition authorities and of the cases on both sides of the Atlantic show that no drastic change in competition law is needed for tackling competition law issues in the digital economy. What may be needed though is a "more technological approach" in the application of competition law in platform-based digital industries.*

Does the Internet economy require another kind of competition law? In the framework of a post-doc conference (Assistententagung) held on 22 February 2013, the Institute addressed the challenges that are presented by the Internet economy to competition policy. The topics were addressed from the perspective of both a legal and an economic analysis based on the examples of recent cases on both sides of the Atlantic. The aim of the particular format of the conference – a post-doc conference – was to bring together young researchers working in the field.

The question of how competition law can, and should, react to the patterns of behaviour that characterize online markets and whether there is a need for more regulation is highly topical. The features of the digital economy, such as networks and platforms, present complex challenges to modern competition policy. The difficulties start already with the definition of the relevant market. The Internet industry comprises many two or even multi-sided markets. Equally challenging is the assessment of the conduct of the market players which, on the one hand, strive for more efficiency and innovation by implementing new business models online. On the other hand, however, a platform serves

*The objective of the project is to explore the need for fundamental changes to competition law and policy in the light of the challenges presented by the Internet economy.*

### Leitung

*Dr. Gintarė Surblytė*

### Teilnehmer

*Dr. Mor Bakhoun, Filipe Fischmann,  
Prof. Dr. Rupprecht Podszun, Prof. Dr. Hanns Ullrich*

### Projektlaufzeit

*2013 – 2014*

as an intermediary, which connects different groups of customers and consumers, and thereby gives rise to network effects and market power. Thereby, the question of market entry barriers and a (potential) anti-competitive foreclosure of markets becomes of high importance.

The difficulties of the analysis of so-called platform competition are triggered by the dynamic nature of competition, swift growth of the industries and the unpredictability of technological developments. More often than not a "crystal ball" seems to be needed by the competition authorities to be able to assess the (potential) effects on competition of, in particular, mergers in online industries. The question thereby is whether current competition law tools are sufficient to tackle the competition law problems which (may) arise in the swiftly developing platform-based digital industries, and if so, how they should be applied in the rapidly developing markets of the digital economy. On the one hand, a more economic thinking seems to be required for the application of competition law. Yet, on the other hand, "a more technological approach" may even more urgently need to be integrated into competition law analysis, as was suggested by one of the speakers of the conference.

Given the wide field of competition in the digital economy and the numerous issues that can arise, the conference focused on some selected topics, such as the assessment of vertical restraints on the Internet, the appraisal of parity clauses, the discussion of the case on e-books, the comments on the FTC's settlement with Google, the assessment of discriminatory



*Prof. Dr. Josef Drexl, Post-Doc Conference: Competition on the Internet, February 2013*

behaviour in the ICT sector, the competition law issues in the mobile communication industries, competition concerns and the platform of Amazon, and competition law and cloud computing.

The conference produced important insights thanks to the contributions of the speakers. This regards, for instance, the main question of whether the way competition law is applied in online industries in fact differs (or should differ) from the way it is applied in more traditional industries. This question was discussed by Simonetta Vezzoso (University of Trento) in the light of the allegations of the competition authorities both in the EU and the U.S. that Apple and a number of publishers restricted retail price competition for e-books. Internet sales of goods most recently also presented challenges at the interface of trademark law and competition law. This is evidenced by the 2011 *Pierre Fabre* judgment (C-439/09) of the CJEU relating to selective distribution agreements. As regards this judgment, Stefan Enchelmaier (at the time of the conference: University of York, now: Oxford University) explained that the Court's holding that "the aim of maintaining a prestigious image is not a legitimate aim for restricting competition" quite rightly departed from earlier trademark decisions (*Copad v Dior*, Case C-59/08). Although disputes over access and potential foreclosure effects are not Internet-specific, they are of great importance in digital

platforms. So is the assessment of discriminatory conduct, which is closely related to the "net neutrality" debate. Unilateral discrimination by vertically integrated firms (a differential treatment of the rivals' "vertical search results" as compared to its own search results) is, for example, one of the allegations against Google in the ongoing case before the European Commission) was discussed by Pablo Ibáñez Colomo (London School of Economics and Political Science), who analysed the legal framework under EU competition law for the assessment of such cases.

Further insights were supplied by an economic analysis of the potential effects of price-parity clauses, as was also most recently addressed by the Bundeskartellamt with regard to online hotel reservation platforms (Sebastian Wismer, at the time of the conference: University of Würzburg) and an analysis of the U.S. Federal Trade Commission's settlement with Google of January 2013, in particular, as regards the allegations against Google on the so-called search bias (Ronny Hauck, Technische Universität München). Platform competition issues also arise in the sector of mobile communication, as shown by Jonas Severin Frank (Philipps-Universität Marburg), and as regards the sales platform of Amazon, as shown by Anne Flanagan (Queen Mary University of London). Competition law problems also arise in the context of cloud computing, as highlighted by Jasper P. Sluijs (at the time of the conference: Tilburg University).

The question remains whether established principles and instruments of competition policy and law are capable of tackling these many challenges or whether there is a need for major adjustments. If one follows the concluding remarks at the conference delivered by Rupprecht Podszun, in the light of the cases that have arisen so far, there is no evidence of a need for a fundamental re-orientation of modern competition law. But there may well be a need for a "more technological approach" as regards the application of competition law to platform-based digital industries.

Most of the papers presented at the conference entered into the book *Competition on the Internet* edited by Gintarė Surblytė, which will be published with Springer in early 2015.



### 1.13 Corporate Social Responsibility – Verbindliche Standards des Wettbewerbsrechts?

*Wie lässt sich mehr Fairness im Wirtschaftsleben erreichen? In einer Zeit, in der die Entwicklung der Wirtschaft auch negative Folgen für schwächere Marktteilnehmer, die Verbraucher, die Arbeitnehmer, die Umwelt etc. erkennen lässt, gewinnt das Lauterkeitsrecht – d.h. die Regeln zur Bekämpfung unlauterer Geschäftspraktiken – an Bedeutung. Das Lauterkeitsrecht kann gewiss nicht faire Produktions- und Vertriebsbedingungen generell bewirken; es dient der Kontrolle einzelner Markthandlungen. Es vermag jedoch dort einzugreifen, wo Unternehmen sich selbst sog. „Corporate Social Responsibility“-Grundsätze geben und diese dann – um ein positives Image zu schaffen – öffentlich und damit zum Marketinginstrument machen. Stimmt das behauptete Verhalten dann nicht mit der Realität überein, stellt sich die Frage, ob das internationale, europäische oder nationale Lauterkeitsrecht diesem angeblichen „corporate right to lie“ Grenzen setzt. Hiermit hat sich das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb im Jahr 2013 im Rahmen einer international besetzten Tagung und einer darauf aufbauenden Buchpublikation beschäftigt.*

Die Lauterkeit des Wirtschaftslebens ist, darüber besteht Einigkeit, ein wichtiges Ziel des Wirtschaftsrechts und der Wirtschaftspolitik. Unterschiedliche Auffassungen bestehen jedoch darüber, was genau unter einem lauteren, einem „fairen“ Wettbewerbsverhalten zu verstehen ist, und welcher rechtlichen Rahmenbedingungen es zu seiner Gewährleistung bedarf. Zwar gibt es in den meisten Ländern spezifische Regeln zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs. Gleichwohl ist der zentrale Begriff der Lauterkeit im nationalen, europäischen und internationalen Recht im Fluss.

Mit der Eingrenzung und Konkretisierung des Lauterkeitsbegriffs hat sich das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb bereits mehrfach befasst. Im Berichtszeitraum fokussierten sich die diesbezüglichen Forschungsarbeiten auf die *business ethics*, die in der globalisierten Wirtschaftswelt zunehmende Bedeutung erlangen. Eine Ausprägung der

*Gewährleistung fairen Marktverhaltens mittels lauterkeitsrechtlicher Beurteilung von „Corporate Social Responsibility“-Grundsätzen.*

#### **Teilnehmer**

*Prof. Dr. Frauke Henning-Bodewig, Prof. Dr. Reto M. Hilty, Prof. Dr. Rupprecht Podszun*

#### **Externe Teilnehmer**

*Prof. Dr. Thomas Ackermann (LMU), Prof. Dr. Axel Birk (Hochschule Heilbronn – Institut für Unternehmensrecht), Prof. Dr. Yuanshi Bu (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg), Prof. Dr. Thomas Cottier (Universität Bern), Prof. Dr. Jochen Glöckner (Universität Konstanz), Prof. Dr. Irmgard Griss (Präsidentin des Obersten Gerichtshofs i.R.), Prof. Dr. Gregory Jackson (Freie Universität Berlin), Prof. Dr. Helmut Köhler (LMU), Diana Liebenau (LMU), Prof. Dr. Christoph Lütge (TU München), Prof. Dr. Ansgar Ohly (LMU), Prof. Dr. Alexander Peukert (Goethe-Universität Frankfurt), Berit Roth (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg), Prof. Dr. Franz Jürgen Säcker (Freie Universität Berlin), Dr. Ingo Schoenheit (imug Beratungsgesellschaft), Prof. Dr. Gesine Schwan (Humboldt-Viadrina-Governance-Plattform), Prof. Dr. Rudolf Streinz (LMU), Prof. Dr. Jules Stuyck (Liedekerke Wolters Waelbroeck Kirkpatrick), Dr. Axel von Walter (Beiten Burkhardt Rechtsanwaltsgesellschaft mbH), Gabriela Wermelinger (Universität Bern)*

#### **Projektlaufzeit**

*seit 2013*

wirtschaftlichen Ethik ist etwa die *Corporate Social Responsibility* (CSR). Gemeint sind von Unternehmen selbst gesetzte Standards in Bezug auf ein bestimmtes wirtschaftsethisches Verhalten, etwa Nachhaltigkeit der Produktion, faire Arbeitsbedingungen, Umweltschutz oder Respektierung sozialer Werte. Die zunehmende Etablierung und Herausstellung derartiger CSR-Standards ist auf die Erkenntnis vieler Unternehmen zurückzuführen, dass die Öffentlichkeit ein faires wirtschaftliches Handeln honoriert. Entsprechend werden CSR-Standards häufig nach außen kommuniziert, z.B. über das Internet, aber auch im Wege des Marketings und sogar unmittelbar in der Werbung. Letztlich dienen sie der Imagepflege und damit zumindest indirekt der Absatzförderung.

Weitgehend ungeklärt ist, welche Folgen eintreten, wenn das tatsächliche Verhalten des Unternehmens nicht mit seinen eigenen

CSR-Standards übereinstimmt. Nicht selten wird vertreten, dass – da es sich um freiwillig eingegangene Selbstverpflichtungen handelt – Sanktionen einzig in der negativen Reaktion der Öffentlichkeit, dem sog. *naming and shaming* durch die Medien und Nichtregierungsorganisationen, bestehen. Das greift jedoch zu kurz. Da CSR-Standards zumindest teilweise zum Zwecke der Imagepflege und der Absatzförderung nach außen kommuniziert werden, können sie auch sog. „kommerzielle Kommunikationen“ darstellen, die wiederum dem Recht zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs unterliegen. Die Frage, ob das Lauterkeitsrecht (aber auch das Kartellrecht) dem *corporate right to lie* insofern Grenzen setzt, ist bislang kaum thematisiert worden. Sie stand im Mittelpunkt der vom Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb am 16./17. Mai 2013 von Reto Hilty und Frauke Henning-Bodewig veranstalteten Tagung, die sich mit der rechtlichen Beurteilung von CSR-Standards anhand wettbewerbsrechtlicher Regeln des deutschen, aber auch des internationalen und europäischen Rechts, befasste.



Prof. Dr. Frauke Henning-Bodewig, Prof. Dr. Reto M. Hilty auf dem Workshop: Corporate Social Responsibility und Lauterkeitsrecht, Mai 2013

Eine zentrale Frage des Workshops war, inwieweit der Begriff der „wettbewerbsrechtlichen Unlauterkeit“ überhaupt Aspekte der *business ethics* beinhaltet. Vor über 100 Jahren, mit Entstehung der nationalen Wettbewerbsrechte, wäre diese Frage wohl uneingeschränkt bejaht worden: Dem Lauterkeitsrecht lag das Leitbild des „ehrbaren Kaufmanns“ zugrunde, der das wirtschaftliche Verhalten an den „anständigen Gebräuchen“ ausrichtete. Auch auf internationaler Ebene, in dem ersten großen internationalen Vertrag auf dem Gebiet des gewerblichen Eigentums – der PVÜ von 1883 – war das in Art. 10<sup>bis</sup> enthaltene Verbot unlauteren Wettbewerbs ethisch fundiert („anständige Gepflogenheiten“).

In den letzten beiden Jahrzehnten galt das Leitbild des „ehrbaren Kaufmanns“ jedoch zunehmend als antiquiert. Die Unlauterkeit einer geschäftlichen Handlung wurde überwiegend funktional bestimmt, d.h. anhand der Folgen des geschäftlichen Verhaltens für den Wettbewerb. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden gegen eine Ausgliederung der *business ethics* aus einem so wichtigen Rechtsgebiet wie dem des Lauterkeitsrechts allerdings Bedenken geäußert. Offenbar bedeutet Wettbewerbsfreiheit nicht zwangsläufig auch erstrebenswerten Wettbewerb. Vielmehr bedarf es eines Gegengewichts in Form einer Kontrolle wirtschaftlichen Handelns unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen „Fairness“.

Die gewandelten Vorstellungen der wirtschaftlichen Unlauterkeit, die sich auch und gerade bei einem Phänomen wie der CSR zeigen, waren jedoch nur ein Problemkreis der vorstehend genannten Tagung. Es ging auch um die der rechtlichen Beurteilung vorgeschaltete Frage, welche Rolle CSR faktisch für die Unternehmen und die Abnehmer spielt und welcher Stellenwert CSR aus gesamtwirtschaftlicher und soziologischer Sicht zukommt. Auch die Vorstellungen anderer Rechtsordnungen und Kulturkreise wurden diskutiert, denn die zunehmende Globalisierung erfordert international akzeptierte Standards wirtschaftlichen Verhaltens.



*Teilnehmer des Workshops „Corporate Social Responsibility und Lauterkeitsrecht“, Mai 2013*

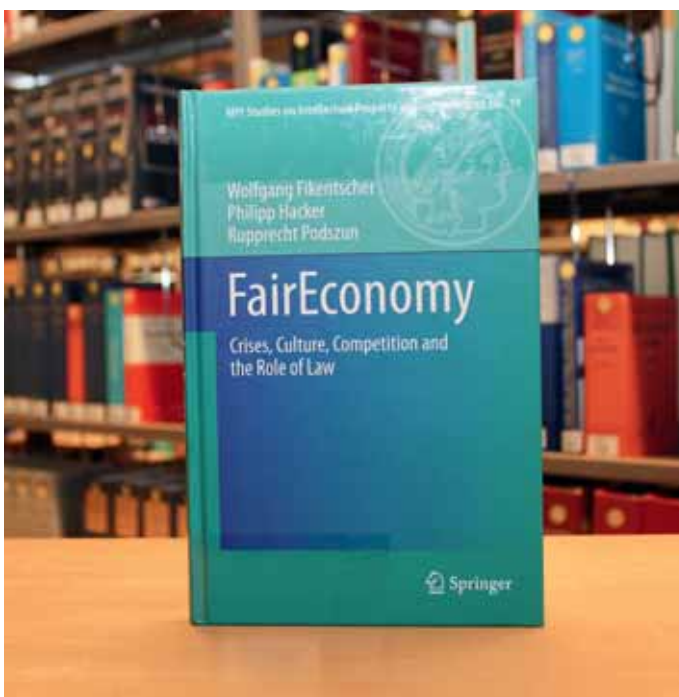
Die Tagung war mit herausragenden Vertretern verschiedener Disziplinen (Wirtschaftswissenschaftler, Soziologen und Rechtswissenschaftler) besetzt. Nach einer Keynote von Gesine Schwan wurde die hochkomplexe Thematik der CSR schwerpunktmäßig unter wettbewerbsrechtlichen Gesichtspunkten diskutiert, jedoch jeweils unter Einbeziehung soziologischer, gesellschaftspolitischer und ökonomischer Gesichtspunkte. Einigkeit bestand darüber, dass der aktive Einsatz von CSR-Standards zu Marketingzwecken (vor allem in der Werbung) rechtliche Folgen, insbesondere unter Gesichtspunkten der Irreführung, nach sich ziehen kann und sollte, es jedoch auch Bereiche gibt, in denen rechtliche Sanktionen wegen des Schutzes der *commercial speech* Bedenken begegnen.

Die überarbeiteten und ergänzten Referate der Tagung, die die unterschiedlichen Facetten der CSR abdecken, wurden in der Springer-Reihe des Instituts im Jahr 2014 veröffentlicht (Hrsg. Hilty/Henning-Bodewig).

## 1.14 FairEconomy – Crises, Culture, Competition and the Role of Law

*Wie kann eine neue Finanzkrise verhindert werden? Nach dem Zusammenbruch der Lehman Brothers Bank im Jahr 2008 wurde diese Frage zwar häufig diskutiert. In der Politik dominierten aber Ansätze, die vorhandenen finanzmarktrechtlichen Aufsichtsinstrumente auszubauen, obwohl gerade diese in der Vergangenheit versagt hatten. Wolfgang Fikentscher, Philipp Hacker und Rupprecht Podszun wollten sich mit der einfachen Lösung – schärfere Sanktionsmöglichkeiten und mehr Stellen für die Finanzaufsicht – nicht zufrieden geben. Sie setzen auf eine strenge Einhaltung der Spielregeln einer offenen Marktwirtschaft auch in der Finanzbranche. Dazu zählen sie auch Fairness – ein häufig vernachlässigter Aspekt funktionierender Märkte. Für die Durchsetzung der Regeln vertrauen sie nicht nur zentralen Behörden, sondern zusätzlich den Akteuren am Markt. Ihre durchaus kontroversen Ideen hat das Trio in dem Konzept einer „FairEconomy“ zusammengefasst.*

Seit der Finanzkrise diskutieren Ökonomen und Politiker über die Grundpfeiler der Marktwirtschaft und unterschiedliche Regulierungsmechanismen wieder mit besonderer Schärfe.



An dieser Diskussion haben sich drei Juristen des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb – Wolfgang Fikentscher, Philipp Hacker und Rupprecht Podszun – mit der Streitschrift „FairEconomy – Crises, Culture, Competition and the Role of Law“ beteiligt. Ihr Konzept „FairEconomy“ steht für den Entwurf einer normativ verankerten, wettbewerbsorientierten und umweltsozialen Wirtschaftsordnung, die in der Lage ist, neuerliche Krisen zu verhindern, und ruht auf drei Säulen: Erstens gehen die Autoren davon aus, dass die Marktwirtschaft ein normatives Fundament hat und in kulturellen Kontexten zu verstehen ist. Zweitens knüpfen sie die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft an drei Prinzipien: Freiheit – Offenheit der Märkte und freier Wettbewerb –, Fairness und Verantwortung für Risiken. Drittens macht es aus ihrer Sicht die Stärke der Marktwirtschaft aus, dass sie dem Einzelnen vertraut und nicht nur auf Bürokratie setzt. Das enthält ein Bekenntnis zur bevorzugt privaten Rechtsdurchsetzung. Ein modernes, krisenfestes Wirtschaftsrecht muss diese Prinzipien und Funktionsbedingungen der Marktwirtschaft verankern und deren Durchsetzung vorzugsweise in die Hände der privaten Marktteilnehmer legen. Darüber hinaus wird ein solches Konzept nur bei einer internationalen Ausrichtung glücken. „FairEconomy“ wurde seit seinem Erscheinen mehrfach besprochen und ist Anknüpfungspunkt für weitere Forschungsarbeiten, etwa in China, Taiwan und Japan, geworden.

Das Konzept der Autoren lässt sich in fünf Schritten nachzeichnen:

1. Menschen treiben miteinander Handel, um ihre menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Die Knappheit der Güter führt zu Rivalität und zur Entstehung von Märkten, deren Ordnung durch Wirtschaftsrecht festgelegt wird. Wesentlicher Parameter dieser Ordnung ist die wirtschaftliche Handlungsfreiheit. Wettbewerb ist dabei als ein empirisch beobachtbares Phänomen anthropologisch hergeleitet, nicht modellhaft im neoklassischen Sinn. Die Ordnungsvorstellungen des Wirtschaftsrechts müssen aus dieser anthropologischen und kulturellen Perspektive heraus entwickelt werden.

2. Marktwirtschaft ist kein Selbstläufer. Schon Adam Smith hat sich mit der Frage befasst, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit sie funktioniert. Seither haben Ökonomen, Juristen und Philosophen immer wieder versucht, die „systemrelevanten“ Faktoren der Marktwirtschaft zu ermitteln. In den letzten Jahren aber wurde die Marktwirtschaft in Theorie und Politik auf Effizienzwirkungen reduziert, die in ökonomischen Modellrechnungen dargestellt wurden. Hierdurch sind die Fundamente der Marktwirtschaft aus dem Blickfeld geraten – sie sind anthropologisch, kulturell und rechtlich begründet, nicht mathematisch.

3. Drei Aspekte wurden besonders vernachlässigt: Wettbewerb, Fairness und Verantwortlichkeit.

Marktwirtschaft funktioniert durch Wettbewerb auf Märkten. Wettbewerb lebt von der Betätigung der Entscheidungsfreiheit von Unternehmen, denen wiederum – im Sinne des „Freiheitsparadoxons“ – Grenzen auferlegt werden müssen, um die Freiheit nicht selbst zu bedrohen. Diese Aufgabe übernimmt im Wirtschaftsrecht traditionell das Kartellrecht. Gerade in der Finanzbranche wurde das Kartellrecht aber kaum als bedeutsam erkannt, geschweige denn durchgesetzt, sodass unkontrollierte Freiheitsausübung zu einer freiheitsbeschränkenden Implosion des Systems führen konnte. Das Kartellrecht bedarf einer deutlichen Modernisierung, um solchen Fehlentwicklungen entgegenzusteuern. Ansatzpunkte für ein modernisiertes Kartellrecht für eine finanzgetriebene Wirtschaft sind die Begriffe der Marktmacht, des *monopolizing* (Sec. 2 *Sherman Act*) und des durch Zustand wettbewerbsbeschränkter Oligopols sowie die Problematik der Systemrelevanz, die Handlungsformen in digitalisierten Entscheidungsprozessen, der Unternehmensbegriff und die internationale Dimension von Wettbewerbsbeschränkungen.

Der wirtschaftliche Austausch basiert auf einem Grundvertrauen der Marktteilnehmer zueinander. Vertrauen wiederum beruht auf Fairness, deren Beachtung eine Funktionsbedingung der Marktwirtschaft ist. Unsanktio-

*Aus Diskussionen von drei Wissenschaftlern am Institut über die Finanzkrise entstand die Streitschrift „FairEconomy“. Sie ist ein Aufruf, die Marktwirtschaft mit ihren kulturellen und anthropologischen Bezügen zu verstehen, Fairness als Parameter funktionierender Marktwirtschaft zu etablieren, das Kartellrecht an die finanzgetriebene Wirtschaft anzupassen, den Zusammenhang von Chancen und Haftung zu stärken und die private Rechtsdurchsetzung auszubauen.*

#### Teilnehmer

*Prof. Dr. Wolfgang Fikentscher,  
Prof. Dr. Rupprecht Podszun*

#### Externer Teilnehmer

*Philipp Hacker (Humboldt-Universität zu Berlin)*

#### Projektlaufzeit

*2010 – 2012*

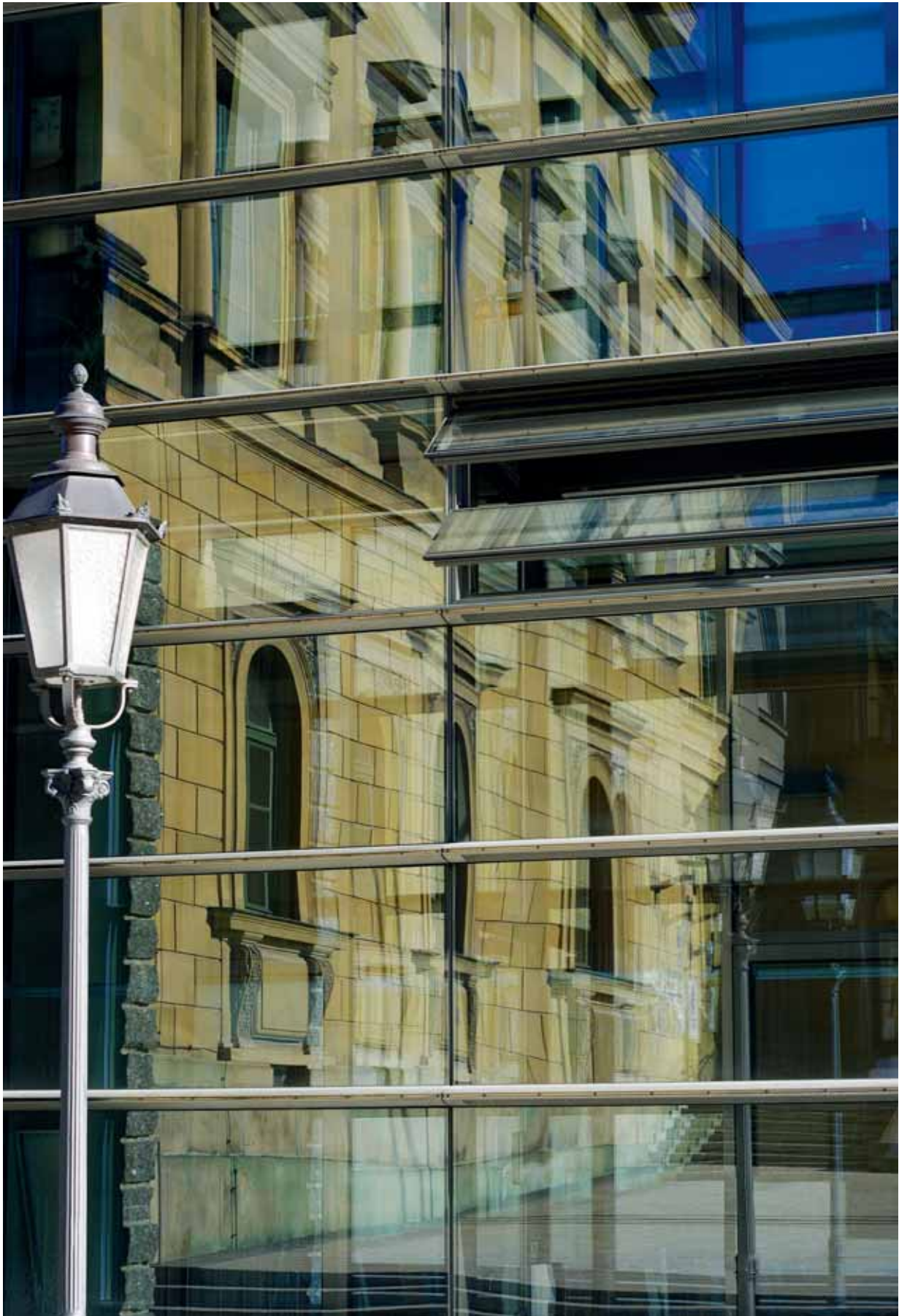
nierte Unfairness erodiert Vertrauen und führt dazu, dass Marktprozesse nicht mehr in gewohnter Weise funktionieren. Der Begriff der Fairness ist immer wieder der Kritik ausgesetzt. Er ist jedoch in vielen Rechtsordnungen der Welt – und zunehmend in jüngeren Kartellrechtsordnungen – in dieser oder jenen Form etabliert und stellt keine größeren Anforderungen an die Rechtsanwender als andere unbestimmte Rechtsbegriffe wie z.B. die *prima-facie-tort liability* des *common law*. Regelungen zur Fairness der Marktteilnehmer waren vor 100 Jahren, als das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb geschaffen wurde, selbstverständlich. Doch das Lauterkeitsrecht hat seine Prägekraft für einzelne Bereiche der Wirtschaft verloren, da diese sich diesem eher kleinteiligen Interventionsinstrument entzogen haben. Dies gilt insbesondere für die Finanzbranche, deren Transaktionen typischerweise nicht mit Hilfe lauterkeitsrechtlicher Regeln überprüft werden. Eine Regelung durch aufsichtsrechtliche Maßnahmen ist meist schwierig, da die sich stets wandelnden Fallgestaltungen ex ante nicht erfasst werden können. Vorgeschlagen wird daher eine Generalklausel, die in privater Rechtsdurchsetzung ex post Ansprüche verleiht. Speziell für Finanztransaktionen wären etwa Unlauterkeitstatbestände denkbar, die an die überhöhte Komplexität entsprechender Produkte und Dienstleistungen oder an eine ungleichgewichtige Risikoverteilung anknüpfen.

Teil jeder Freiheitsausübung ist die Übernahme der Verantwortung beim Eingehen von Risiken. Der Zusammenhang von Risiko und Haftung ist Funktionsbedingung der Marktwirtschaft und Gebot der Fairness. In der Finanzbranche wurden die entsprechenden Mechanismen jedoch außer Kraft gesetzt: Risiken wurden generiert und – bis zur Unkenntlichkeit neu verpackt – weitergereicht, sodass Verantwortlichkeiten nicht mehr zugeschrieben werden konnten; Kosten wurden externalisiert. Hier muss die Verbindung zwischen Risiko, Chance und Haftung wieder hergestellt werden, um Fehlanreize zu unterbinden und Fehlallokationen zu korrigieren. Dazu ist die Ausarbeitung einer *Financial Product Liability* auf internationaler Ebene erforderlich. Erste Ansätze dafür sind in der bereits erfolgenden gerichtlichen Aufarbeitung der Finanzkrise zu finden, die allerdings in methodischer Weise aufgearbeitet und überprüft werden müssen. Dabei sind Anreizwirkungen, behavioristische Erkenntnisse und das Ausbalancieren von Haftung und Haftungsbeschränkungen essentiell. Eine risikolose Gewinnmaximierung kann jedoch nicht hingegenommen werden.

4. Nötig sind daher Reformen des Kartell-, Lauterkeits- und Haftungsrechts entsprechend den Prinzipien einer „FairEconomy“. Das würde eine Umgestaltung der bestehenden Regeln mit sich bringen, die in weiten Teilen noch an einem Wirtschaftsmodell orientiert sind, das nicht mehr aktuell ist. An die Stelle produzierender, inhabergeführter Unternehmen sind international agierende, komplexe und amorphe unternehmerische Organisationen getreten, die im Wesentlichen finanziell getrieben sind.

5. Die bisherigen Regelungsansätze, etwa der Europäischen Kommission oder der Luxemburger EU-Gerichte, versagen, da sie zu sehr auf Effizienzorientierung, Modellrechnung und auf Einzelne zielende Aufsichtsmaßnahmen und zu wenig auf Rechtsgrundsätze ausgerichtet sind. Weder erfüllt eine rein effizienzorientierte, modellbasierte Wirtschaftspolitik den kulturell-anthropologischen Auftrag des Wirtschaftens, noch sind moderne Bürokratien in der Lage, mit geziel-

ten Steuerungsmaßnahmen die Märkte zu kontrollieren. Eine solche „Zähmung“ kann nur durch die Marktteilnehmer selbst erfolgen – in privatrechtlich organisierter, international koordinierter und in richterlich unabhängiger Form. Hier trifft die ökonomische Erkenntnis einer überlegenen Koordination durch die Märkte auf den gestiegenen Willen zur Partizipation. Für eine Verankerung entsprechender Regelungen ergeben sich zahlreiche Anknüpfungspunkte: Das europäische und internationale Zivilprozessrecht hat sich rasant entwickelt, internationale Organisationen wie die WTO und die WIPO stehen als Foren zur Verfügung. Deren Verträge und *best-practices*-Initiativen bieten Anknüpfungspunkte für eine Integration von Fairness-Regeln und Haftungsstandards.





**Rupprecht Podszun**

**Betreuer**

Prof. Dr. Josef Drexl

**Auszeichnung**

Roman-Herzog-Forschungspreis Soziale Marktwirtschaft

## 2 Habilitationen

Wirtschaftsordnung durch Zivilgerichte – Evolution und Legitimation der Rechtsprechung in deregulierten Branchen

*Nach der Liberalisierung der Energiemärkte wurden die Preise für Gas verhandelbar. Da viele Verbraucher die Gaspreise ihrer Versorger für überhöht hielten, klagten sie vor Gericht – eine Lawine von Fällen erreichte die Zivilgerichte, die sich vorher noch nie mit Energiepreiskontrolle befassen mussten. Denn jahrelang war dieses Thema öffentlich-rechtlich reguliert. Ähnlich im Markenrecht: Die Deutsche Post AG mahnte lange Zeit alle neu entstehenden Wettbewerber ab, die den Begriff „Post“ in ihrem Unternehmensnamen verwenden wollten. Wie entscheiden Gerichte in solchen Fällen? Welche Aussagen lassen sich über die konkreten Urteile und über die Rechtsprechung insgesamt angesichts einer solchen Wende zum Privatrecht treffen?*

Mit diesen und ähnlichen Fragen befasst sich Rupprecht Podszun in seiner Habilitationsschrift. Er vertritt die These, dass Zivilgerichte zu zentralen Ordnungsinstanzen der Wirtschaft geworden sind, diese Rolle aber derzeit nur mangelhaft ausfüllen. Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Erkenntnis, dass Deregulierung und Privatisierung keine institutionelle Leerstelle hinterlassen. Vielmehr kommt der Justiz eine gestiegene Bedeutung zu: sie ist in manchen Bereichen die einzig verbliebene hoheitliche Institution, die die Aktivitäten der privaten Marktteilnehmer steuert. Die Analyse, Bewertung und Verbesserung der Rechtsprechung wird damit zu einer Schlüsselfrage der Wirtschaftsordnung. Im gerichtlichen Umgang mit Konflikten entstehen die Grundsätze, wie sich die Gesellschaft ihre Marktwirtschaft vorstellt.

Zwei Forschungsfragen leiten die Analyse der Arbeit: Erstens wird untersucht, wie Zivilgerichte mit neuartigen Konflikten umgehen, die nach Deregulierungs- und Privatisierungsmaßnahmen entstehen. Zweitens wird gefragt, wie das Vorgehen der Gerichte zu bewerten ist. Zur Beantwortung dieser Fragen werden zwei rechtstheoretische Ansätze ent-

wickelt und getestet. Aus der Beantwortung der beiden Fragen ergibt sich erheblicher Reformbedarf, denn für die Aufgaben, vor denen die Zivilgerichte nach der Wende zum Privatrecht stehen, sind sie nicht gerüstet; empfohlen wird eine Reform des Zivilverfahrensrechts.

Die Arbeit von Podszun entstand von 2007 bis 2012 am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, wo der Autor als Senior Research Fellow im Team von Prof. Dr. Josef Drexl tätig war. Die Ludwig-Maximilians-Universität München nahm die Arbeit als Habilitationsschrift 2012 an. Sie wurde mit einem „Forschungspreis Soziale Marktwirtschaft“ des Verbands der Bayerischen Wirtschaft ausgezeichnet. Seit 2013 ist Podszun Professor für Bürgerliches Recht, Immaterialgüter- und Wirtschaftsrecht an der Universität Bayreuth und dem Institut weiterhin als Affiliated Research Fellow verbunden.

### Rechtstatsächlicher Ausgangspunkt

Die Deregulierungs- und Privatisierungsmaßnahmen, die durch die Europäische Kommission eingeleitet wurden, haben eine massive institutionelle Verschiebung mit sich gebracht: Es ist nicht mehr das öffentlich-rechtliche Verhältnis zwischen Staat und Bürger, in dem wesentliche wirtschaftliche Leistungen erbracht werden, sondern ein normaler wirtschaftlicher Vorgang in der wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft, in der sich in rechtlicher Hinsicht verschiedene Unternehmen untereinander sowie Unternehmen und Verbraucher auf Augenhöhe begegnen. Im Konfliktfall bedeutet dies, dass ihr Streit als Rechtsstreit unter formal gleichgeordneten Parteien vor einem ordentlichen Gericht zu verhandeln ist.

Entsprechende neue, aus dem Bereich des öffentlichen Rechts ins Privatrecht gewanderte Verfahren sind häufig. Seit 2003 hat sich der BGH in über 20 Entscheidungen mit Fragen der vertragsrechtlichen Energiepreiskontrolle befasst – eine enorm hohe Zahl, die die Bedeutung dieses neuartigen Konflikts in der aktuellen Rechtsprechung widerspiegelt. Das Phänomen ist jedoch längst nicht auf die



Energiepreiskontrolle beschränkt, sondern betrifft zahlreiche deregulierte Märkte. Immer öfter greift die öffentliche Verwaltung auch ohne eine Marktliberalisierung auf das Privatrecht als Instrument zurück, um Regelungen zu treffen, statt das ihr eigene, hoheitliche Befugnisinstrumentarium des öffentlichen Rechts auszuschöpfen. Die Mauterhebung auf Autobahnen ist dafür das bekannteste Beispiel. Statt selbst in hoheitlicher Form tätig zu werden, schließt der Staat Verträge mit privaten Konsortien, die diese Tätigkeit übernehmen. Solche sog. *Public-Private-Partnerships* sind für viele öffentliche Aufgaben inzwischen das Mittel der Wahl.

Auch in Bereichen des kommunalen Baurechts, der Telekommunikation oder des Postverkehrs sind die Zivilgerichte mit zahllosen Streitigkeiten konfrontiert, die früher von Verwaltungsbehörden und -gerichten erledigt wurden oder wegen der staatlichen Organisation gar nicht erst auftraten.

### Die Wende zum Privatrecht

Privatrecht und Verwaltungsrecht sind im deutschen Recht unterschiedliche Domänen mit eigenen Wertungen. Die Verschiebung eines Sachverhalts vom öffentlichen Recht ins Privatrecht kann sowohl auf den Fall selbst als auch auf die Rechtstheorie große Auswirkungen haben. In der Habilitationsschrift wird diese „Wende zum Privatrecht“ erstmals einer systematischen Bewertung unterzogen. Die öffentlichen Institutionen haben sich über die Folgen dieser Wende in der Regel keine Gedanken gemacht. Ein „Privatisierungsfolge-recht“ existiert für die Frage, wie neuartige Konflikte zwischen den Betroffenen zu lösen sind, nicht. Auch die wissenschaftliche Diskussion war bislang von Staats- und Verwaltungsrechtlern dominiert. Diese nehmen zwar die Folgen für die staatliche Aufgabenerfüllung in den Blick. Sie betrachten aber nur selten die Auswirkungen für die Unternehmen und Verbraucher, den Wettbewerb auf den Märkten und das Privatrechtssystem, das lange Zeit in Deutschland als Ausdruck eines bestimmten Freiheitsverständnisses (in Anknüpfung an Franz Böhm und die Freiburger Schule) interpretiert wurde.

### Veröffentlichung

*Podszun, Rupprecht, Wirtschaftsordnung durch Zivilgerichte. Evolution und Legitimation der Rechtsprechung in deregulierten Branchen (Jus privatum, 181), Mohr Siebeck, Tübingen 2014, XIX + 602 S.*

Die Wende zum Privatrecht ist eine Entscheidung zugunsten eines neuen Steuerungsmodells. Dieses Modell nimmt beim wirtschaftlichen Handeln Einzelner seinen Ausgangspunkt. Im Zentrum steht die Wirtschaft als Institution mit Transaktionen zwischen Individuen, deren Zweck darin besteht, das Problem der Knappheit von Gütern zu lösen. Im Gegensatz dazu betrachten Verfassungsrechtler die Wirtschaft vor allem aus dem Blickwinkel des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft. Danach ist entscheidend, bei wem die Entscheidungskompetenz für das Wirtschaften liegt und wie frei – rechtlich und wirtschaftlich – solche Entscheidungen getroffen werden. Im historischen Rückblick erscheint das UWG von 1896 als ein Gesetz, in dem die Privatrechtsordnung schon sehr früh zum Erreichen öffentlicher Ziele genutzt wurde. Mit solchen Gesetzen wird das Funktionieren des Marktes in die Hände der Marktteilnehmer gelegt. Dies drückt sich in vielen Bereichen durch eine Tendenz zum *private enforcement* aus, also der privaten Rechtsdurchsetzung.

### Evolutionäre Rechtsprechungsanalyse

Erste methodische Herausforderung für die Forschung ist die Frage, wie das Vorgehen der Zivilgerichte analysiert werden soll. Nach welchen Mustern ist eine Vielzahl von Entscheidungen darstellbar, wie können Entwicklungstendenzen und Einflussfaktoren offen gelegt werden? Podszun verwendet dafür die Methode einer „evolutionären Rechtsprechungsanalyse“ und macht Erkenntnisse der Evolutionstheorie und der evolutionären Ökonomik fruchtbar: Rechtsprechung wird als Entdeckungsverfahren begriffen. Wenn Gerichte in neuartigen Fällen urteilen, haben sie dynamische Wissensfragen zu lösen. Dabei gehen sie nach einem Variations-Selektions-Schema vor, das an andere Auswahlverfahren erinnert. Die Analyse von Rechtsprechung nach einem evolutorischen Modell eröffnet

einen neuen Blick auf die Funktionsweise von Rechtsprechung und macht Entwicklungslinien der Rechtsprechung und die Rolle der Richter nachvollziehbar.

Als besonders fruchtbar dürften sich bei einer solchen Analyse *new cases* erweisen. Dieser Begriff wird in Anlehnung an den rechtstheoretisch etablierten Terminus *hard cases* gewählt, mit dem Grenzfälle bezeichnet werden, in denen mehrere Ansichten vertretbar erscheinen. *New cases* sind demgegenüber solche Fälle, in denen es noch keine etablierte Rechtsprechungspraxis gibt, etwa weil sich die Interessen erst durch die Wende zum Privatrecht herausbilden konnten und eine gesellschaftliche Bewertung der Interessen noch nicht stattgefunden hat. Hier besteht für Gerichte in besonderer Weise die Möglichkeit, branchenprägend und rechtlich innovativ tätig zu werden.

Eine Besonderheit des zivilgerichtlichen Suchprozesses ist seine Regelbindung durch das Verfahren der ZPO und die materiellen Entscheidungskriterien in den gesetzlichen Regelungen. Gerichte sind daher bemüht, solche Lösungen auszuwählen, die sich konsistent in die Wirtschaftsordnung einpassen. Bekannte Entscheidungsmuster, welche die Rechtssicherheit stärken, werden gegenüber disruptiven Entwicklungssprüngen in einem solchen System bevorzugt. Dennoch handelt es sich um einen dynamischen Prozess, in dem eine einzelne Momentaufnahme von Urteilen nicht überzeugen kann: Recht ist der dauernden Entwicklung unterworfen, und selbst die vermeintliche Klärung durch ein oberstes Gericht kann durch ein weiteres Urteil, also eine weitere „Entdeckung“ im Sinne von Hayeks, in Frage gestellt werden. Ein solches evolutives Verständnis von Rechtsprechung macht es für den Rechtswissenschaftler geradezu notwendig, Rechtsprechung im Verlauf zu betrachten und das Augenmerk auf Entstehungsbedingungen von Recht und die Funktionsmechanismen der Gerichte zu fokussieren.

### Qualität durch Legitimation

Neben dieser analytischen Frage stellt sich als zweite methodische Herausforderung der

Habilitationsschrift das Ansinnen, die Arbeit der Zivilrechtsprechung qualitativ zu bewerten. In der Rechtswissenschaft ist die Frage nach dem „guten Urteil“ erstaunlich schlecht erforscht – für die Bewertung nach Kriterien jenseits der Rechtmäßigkeit ist kein Maßstab kanonisiert. Der Autor benennt vier Legitimationspfeiler für zivilgerichtliche Urteile: die Erwartungen der privaten Parteien an eine effiziente Konfliktlösung, ihre Gerechtigkeits-erwartung, das staatliche Interesse am Rechtsfrieden in der Gesellschaft und an der Durchsetzung einer gemeinschaftlichen Wertordnung. Die Begründung dieser Pfeiler wirft Grundsatzfragen nach den Zielen des Privat- und Verfahrensrechts auf und verlangt eine Antwort auf die umstrittene Frage, welche Rolle die Wirtschaftswissenschaften in der Rechtsanwendung spielen sollten. Podszun führt dabei den Begriff der „Systemrelevanz“ in die privatrechtliche Dogmatik ein: Was als systemrelevant für das Zivilrecht erkannt wird, muss in einem „guten Urteil“ abgebildet werden. Das setzt den Diskurs in der Gesellschaft voraus, was als systemrelevant für die Freiheits- und Gleichheitsordnung des Zivilrechts angesehen werden kann. In der Arbeit wird ein leitfragenorientiertes Raster entworfen, mit dessen Hilfe konkrete Aussagen über die Qualität von Urteilen über die reine Rechtmäßigkeit hinaus getroffen werden können.

### Empirische Studie

Podszun hat für drei Arten von *new cases* die evolutionäre Rechtsprechungsanalyse und die Qualitätsbewertung anhand des Legitimationsmodells durchgeführt: Direktmarketing in der Telekommunikationsbranche, Nutzung des Begriffs „Post“ als Marke und Preiskontrolle im Gasmarkt. Die ausführliche Auswertung der Rechtsprechung zeigt gravierende Probleme auf: Die Verfahren dauern zu lange, die Justiz hilft damit in vielen Fällen einseitig den früheren staatlichen Monopolisten. Wirtschaftlich komplexe Fragen überfordern die Gerichte teilweise. Es gelingt nicht, den Missbrauch der Justiz zu Wettbewerbszwecken einzudämmen. Die Koordination der Parteiinteressen und die Befriedung des eigentlichen Konflikts, Kernaufgaben des Zivilprozesses,

misslingen häufig. Aufgrund der Unsicherheiten, die die Zivilgerichte in vielen Verfahren zeigen, werden Branchen für Jahre ordnungspolitisch in einer vom Gesetzgeber nicht beabsichtigten Weise geprägt. Neue Marktteilnehmer und Verbraucher können die Chancen der Privatisierung dadurch nicht nutzen.

### Reformmöglichkeiten

Die Normen des Privatrechts sind zwar geeignet, die materiellen Vorgaben zur Fallentscheidung zu liefern. Das Verfahrensrecht, geregelt in der ZPO, ist aber reformbedürftig. Dazu werden konkrete Vorschläge unterbreitet: Klagemöglichkeiten sollten differenzierter ausgestaltet werden. In der ZPO sollte neben den bisherigen Verfahren ein zügiger Streitbeilegungsmechanismus (*Fast-Track-Modell*) vorgesehen werden, für den es im geltenden Recht schon zahlreiche Anknüpfungspunkte in den Beschleunigungsnormen gibt. Dieses *Fast-Track-Modell* ist für Fälle geeignet, in denen es den Parteien in erster Linie um die rasche Beilegung eines Konflikts geht. Daneben sollte ein auf Grundsatzentscheidungen ausgerichtetes Musterverfahren eingeführt werden, welches für große Fragen mit systemischem Charakter geeignet ist. Hier bietet das bereits bestehende Musterverfahren für Kapitalanlageprozesse einen Orientierungspunkt.

Darüber hinaus wird eine Stärkung der Offenheit der Rechtsprechung empfohlen, um Erstarrungen entgegenzuwirken – hier ist das Postulat einer evolutionären Betrachtung von Recht umzusetzen. Dafür lässt sich das institutionelle Anreizdenken fruchtbar machen. Das ist gerade angesichts der anstehenden Bemühungen, private Rechtsdurchsetzung zu fördern, zu berücksichtigen.

### Folgerungen für die Freiheitsordnung des Privatrechts

Der Rückzug des Staates aus weiten Bereichen der Wirtschaft enthält eine Chance: Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung erweitern grundsätzlich die Freiheitsräume von Unternehmen und Verbrauchern. Die Untersuchung zeigt jedoch, dass die ins-

titutionellen und verfahrensrechtlichen Verschiebungen durch diese Maßnahmen bislang nicht ausreichend bedacht sind. Die politische Kritik an Privatisierungen hat daher einen richtigen Kern. So bleibt die Freiheitsordnung einer offenen Marktwirtschaft mit dem Privatrecht als gesellschaftlichem Ordnungsmechanismus und den Zivilgerichten als Hütern dieser Ordnung vorerst ein nicht eingelöstes Versprechen.

Private Rechtsdurchsetzung bedingt eine verfahrensrechtliche Reformagenda. Wird diese umgesetzt, lassen sich die zwei großen Vorteile der Wende zum Privatrecht verwirklichen: erstens ist die Steuerungswirkung bei sachnahen, dezentralen Einheiten, etwa Gerichten, einfacher zu bestimmen als in großen Globalkontexten. Mit dezentraler Steuerung durch Zivilgerichte ließe sich die Paradoxie von tatsächlichem Steuerungsverlust der Hoheitsträger, einerseits, und einem neu erwachten Steuerglauben, andererseits, auflösen. Zweitens bietet die privatrechtliche Ordnung die Chance, das Freiheitsversprechen der Wende zum Privatrecht zu realisieren. Eine solche Freiheitsordnung funktioniert jedoch nicht voraussetzungslos. Einige ihrer Voraussetzungen können von den Zivilgerichten garantiert werden, wenn diese ihr Entdeckungsverfahren am Legitimationsmodell ausrichten. Eine funktionierende Justiz ist wesentlich für die Durchsetzung der Werteordnung. Sie zu erhalten, ist auch aus Gründen des Schutzes der Schwächeren erforderlich.



**Theodoros Chiou**

**Doktorvater/  
Doktormutter**

Assoc. Prof. Dr.  
Christophe Geiger

Assoc. Prof.  
Dionysia Kallinikou

**Betreuer am Institut**

Dr. Kaya Köklü

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

## 3 Dissertationen

### 3.1 Towards a European Law of Exploitation Contracts of Intellectual Property Rights

#### Constructing a common law for IP exploitation contracts in Europe: Why and how?

*Intellectual property plays an essential role in the modern economy based on innovation and intellectual capital. Exploitation contracts of IP rights are the legal instruments that allow and enhance the circulation of these assets at both national and European level. This thesis discusses the question of improving the current legal framework of these contracts in Europe. More precisely, it aims to demonstrate that, on the one hand, the insufficiency of the law of exploitation contracts is far-reaching and, on the other hand, this insufficiency should be dealt with by the transversal (re)construction of the specific legal framework of exploitation contracts in a European perspective. The analysis starts with the examination of the deficiencies of the status quo as reflected in the Greek, French, German and British laws and the European *acquis*, and concludes by recommending further steps to be taken for the construction of a true and consistent European law of exploitation contracts of IP rights.*

Exploitation contracts of IP rights are a particular category of contracts dealing with IP rights, such as copyright, patents and trade marks. By signing these contracts, the right holder allows another party to perform acts covered by the prerogatives of the intellectual property right in question. On that basis, exploitation contracts are the main vehicle for the circulation of intellectual assets and, thus, an important avenue for their commercialization. Notwithstanding the central role of exploitation contracts of IP rights within the modern economy, the current legal framework is insufficient in many aspects, at both national and European level.

On the one hand, the examination of four representative jurisdictions of EU member states (Greece, France, Germany and the UK)

shows that, in many aspects, the contours of exploitation contracts and the applicable rules contained in the specific IP legislation are equivocal and incomplete. More precisely, in the absence of clear and consistent definitions of basic elements of these contracts and the relevant effects and obligations of the parties attached thereto, the legal framework remains incoherent and opaque. In the same vein, the absence of complete substantive regulation within the IP legislation increases legal uncertainty since inputs from both doctrine and case-law aiming at filling the *lacunae* of the applicable legal framework are, in several cases, controversial. Besides, rules for exploitation contracts are usually fragmented and dispersed among the various sector-specific IP fields. This leads to asymmetries and inconsistencies which severely affect the legibility and the simplicity of the actual legal framework, especially in cases of simultaneous exploitation of several IP rights.

On the other hand, exploitation contracts of IP rights are not currently regulated at the European level. Even if they are briefly mentioned in certain European legislative texts, and while some harmonized or uniform rules related to some types of contracts do exist – mainly in trademark licences, the present research shows that the current European *acquis* dealing with the contractual exploitation of intellectual property rights is very modest and fragmented. The present unharmonized status impedes, among other things, the smooth functioning of the internal market: in fact, in the absence of harmonized rules parties have no other option applicable to their contracts but national laws. However, this situation increases transaction costs and leads to considerable uncertainty, since very often parties are unaware of the content of foreign national law.

The above-described insufficiency is regrettable, especially at a time when exploitation contracts should be fostering the knowledge and innovation-based economy by facilitating the distribution of intellectual assets within the European market. Having as a starting point the need for improvement of the legal framework in Europe, this disserta-

tion aims to offer an answer on how to address this complex problem.

In fact, it is argued that any action to improve the current legal framework should in the first place present two basic features: it should be transversal in scope, i.e., covering all branches of intellectual property law, and it should be taken directly at a supranational level, i.e., the European level. Indeed, due to the internationalization of exchanges and the development of networks, the conclusion of an exploitation contract today no longer constitutes a purely domestic affair. In addition, the existing multi-level structure of the European Union dictates a change of paradigm in law production from the national to the supranational level. Besides, the different branches of the intellectual property system are nowadays converging, while the systematic unity of intellectual property law becomes more and more recognized in both national and European law. That being so, the appropriate action for improving the current legal framework should correspond to the construction of a common European law for exploitation contracts of IP rights.

However, such European IP-wide action of improvement may appear too radical to be accepted, despite its desirability. In fact, its feasibility is seriously challenged by the diversity existing among the different branches of IP law and the plurality that characterizes the legal landscape of IP contracts in Europe, as reflected by *prima facie* divergent legal traditions and rules. Moreover, the project for the construction of such a common legal framework requires institutional legitimacy, which may be jeopardized by the existing institutional framework that governs legal actions in that field at the EU level. This being the case, this dissertation researches the question of whether the diversity in question cannot be reduced and, more precisely, whether some common transversal denominators of IP contract law that could form the basis for a future common European IP contract law do exist in Europe. At the same time, the question of the competence of the EU to undertake such a legislative action, as well as of the perspectives of such an endeavour within the exist-

ing context, are also examined. Indeed, a comparative analysis reveals the existence of a significant number of principles of exploitation contracts that are common to all specific IP law regimes in all selected national jurisdictions. In addition, institutional obstacles for an EU legal action in that field are not insurmountable. Besides, there appears to be a *momentum* for a European law for exploitation contracts, given the current propitious context composed by the significant Europeanization experience undertaken in the last few years and the strong scientific and political interest on the part of European institutions for both IP and contract law.

Once the feasibility of the proposed actions is confirmed, it seems appropriate to sketch the outlook of the proposed action of (re)constructing the legal framework in a European perspective. In this respect, some tentative suggestions are made, with a view to sketching a blueprint for the future law and recommending future steps to take towards a renovated, truly European law of exploitation contracts of IP rights.



**Michael Dörner**

**Doktorvater**

Prof. Dr. Reto M. Hilty

**Betreuer am Institut**

Dr. Frank Mueller-Langer

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

### 3.2 Know-how-Schutz im Umbruch – Rechtsdogmatische und informationsökonomische Überlegungen

*Während der enorme wirtschaftliche Stellenwert des Wettbewerbsfaktors „Know-how“ zunehmend in das öffentliche Bewusstsein der Informationsgesellschaft dringt, hinkt die wissenschaftliche Aufarbeitung seines Rechtsschutzes diesem Trend hinterher. Unverändert steht der Know-how-Schutz im Schatten der vergleichsweise aufmerksamkeitsverwöhnten klassischen Immaterialgüterrechte. Die insoweit zu bemängelnden Forschungsdefizite belasten auch den aktuellen Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission zur europaweiten Harmonisierung des Rechtsschutzes von Geschäftsgeheimnissen (COM (2013) 813 final). Grundanliegen der auf das deutsche Recht fokussierten Dissertation ist es, einen Beitrag zur Beseitigung dieser Defizite zu leisten.*

Die Arbeit widmet sich Problemfällen des Know-how-Schutzes, die der gegenwärtig unzureichenden Durchdringung seiner rechtlichen und ökonomischen Grundlagen geschuldet sind. Der zentrale Untersuchungsfokus liegt dabei auf weitgehend unbeobachteten, rechtspolitisch aber keineswegs unbedenklichen Verdichtungen des Know-how-Rechtsschutzes, die einen Vergleich mit der Hypertrophie der klassischen Immaterialgüter-schutzrechte nahelegen: Ohne hinreichende sachliche, bzw. empirisch abgesicherte Rechtfertigung wird vielerorts ein Ausbau des Know-how-Schutzes gefordert oder im Zuge der Rechtsanwendung bereits (versteckt) vollzogen. Umso gravierender erscheinen diese Tendenzen vor dem Hintergrund der in Wissenschaft und Praxis einhellig anerkannten zunehmenden Wichtigkeit des Know-how-Schutzes. So wurde der Schutz von Geschäftsgeheimnissen (als wesentlicher Bestandteil des Know-how-Schutzes) von der Europäischen Kommission in ihrem einschlägigen Richtlinienentwurf seiner Bedeutung nach unlängst mit den klassischen Immaterialgüterschutzrechten gleichgesetzt – sei es als Ergänzung oder Alternative zu diesen.

Vor diesem Hintergrund widmet sich die Arbeit unter anderem der Frage, ob und inwieweit auch eine entsprechende Gleichsetzung der Schutzmechanismen aus rechts- und informationsökonomischer Perspektive tatsächlich gerechtfertigt ist. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Fragestellung, ob den Grundcharakteristika des Know-how-Schutzes bei Rechtsauslegung und -anwendung in unterschiedlichen Anwendungsbereichen hinreichend Rechnung getragen wird. Soweit dies nicht der Fall ist, wird der Frage nachgegangen, ob feststellbare Verdichtungen des Rechtsschutzes gerechtfertigt sind und wie diese – sowie ein abstraktes „Mehr“ oder „Weniger“ an Rechtsschutz – rechts- und informationsökonomisch zu beurteilen sind. Insgesamt zielt die Dissertation darauf ab, Forschungsdefizite betreffend die Rechtsnatur des Know-how-Schutzes zu beseitigen und entsprechende Missverständnisse aufzuklären. Gleichzeitig soll durch das Aufzeigen potentieller Fehlentwicklungen eine interdisziplinäre Brücke geschlagen werden, die einen vertieften ökonomischen Forschungsbedarf aufzeigt, bevor überleitete Änderungen des Rechtsschutzes ohne hinreichend belastbare Faktenbasis vorgenommen werden.

Zu diesem Zweck werden zunächst die grundlegenden Charakteristika des Know-how-Schutzes rechtsdogmatisch herausgearbeitet. Einer eingehenden Definition des Untersuchungsgegenstands „Know-how“ schließt sich die Aufarbeitung seines Rechtsschutzes an. Diese erfolgt als Querschnitt über die unterschiedlichsten Rechtsgrundlagen hinweg, die sich nicht nur im Straf-, Zivil-, Handels- und Wettbewerbsrecht, sondern auch im Verwaltungs- und Verfassungsrecht sowie in den jeweiligen prozess- und verfahrensrechtlichen Regelungsmaterien finden. Im nächsten Schritt zeigt die Arbeit zahlreiche Problemkonstellationen in unterschiedlichsten Rechtsbereichen auf, in welchen eine Anwendung des Know-how-Schutzes zu Brüchen mit dessen originärem Schutzkonzept führt. Identifiziert und belegt wird eine fehlgeleitete Rezeption des Know-how-Schutzes anhand der aus der deutschen Zivilrechtsdogmatik stammenden Rechtsfigur der „Verdinglichung“. Festzustellen sind Verdinglichungen im Wesentlichen dort,

wo die Anwendung des Know-how-Schutzes sich – in Abweichung von seiner Grundkonzeption als besitzrechtsähnlicher Zugangsschutz – nicht mehr nur auf den Schutz des „Aggregatzustands“ geheimer Informationen oder den Schutz eines Unternehmens selbst beschränkt, sondern Informationen oder Daten selbst zum Gegenstand des Schutzes und einer rechtlichen Zuordnung macht. Die eigentliche Bewertung des hierdurch insgesamt aufgezeigten fundamentalen Wandels des Rechtsschutzes folgt einem rechts- und informationsökonomischen Maßstab. Hierfür werden zunächst die einschlägigen interdisziplinären Grundlagen sowie die auf den Know-how-Schutz anzuwendenden erkenntnistheoretischen und normativen Eckpunkte als Untersuchungsparadigma herausgearbeitet. Darauf basierend untersucht die Arbeit die Übertragungsmöglichkeit des klassischen immaterialgüterrechtsökonomischen Begründungsansatzes auf den Know-how-Schutz. Einer effizienzorientierten Betrachtung des Know-how-Schutzes folgt schließlich eine Untersuchung der eingangs aufgezeigten Verdinglichungen aus rechts- und informationsökonomischer Perspektive.

Ergebnis der Dissertation ist die grundlegende Erkenntnis, dass die Vielgestaltigkeit des Know-how-Schutzes als Querschnittsmaterie das Risiko birgt, dass die konzeptionellen Grundcharakteristika des Rechtsschutzes, seine Wirkungsweise sowie die dahinter stehenden rechts- und informationsökonomischen Zusammenhänge bei der Rechtsanwendung nicht hinreichend wahrgenommen, missverstanden oder schlichtweg ignoriert werden. Ausprägungen hiervon sind insbesondere die nicht selten anzutreffende und verfehlte pauschale Gleichsetzung des Know-how-Schutzes mit demjenigen der absolut geschützten Immaterialgüterrechte oder seine Einordnung als verfassungsrechtlich geschütztes „geistiges Eigentum“. Rechtsökonomisch betrachtet gilt aber: Anders als die Einordnung der klassischen Immaterialgüterrechte als *Property Rules* sind zahlreiche Know-how-Schutznormen als *Quasi-Liability Rules* zu qualifizieren. Eine Effizienzanalyse ergibt, dass dem Know-how-Rechtsschutz allenfalls ein mittelbarer Innovationsanreiz zuzuschrei-

### Veröffentlichung

*Dorner, Michael, Know-How-Schutz im Umbruch. Rechtsdogmatische und informationsökonomische Überlegungen (Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz, 185), Heymanns, Köln 2013, XXXII + 589 S.*

ben ist – vermittelt durch Kosteneinsparungspotentiale in unterschiedlichen Bereichen der Unternehmensorganisation. Es handelt sich um einen mittelbaren Investitionsschutz, der sich an der Schnittstelle zwischen Investitions- und Innovationsschutz bewegt. Schließlich identifiziert die Arbeit Bereiche, in denen vertiefte ökonomische Forschungsanstrengungen wünschenswert wären: die Verwendungsmöglichkeit von Know-how durch ausgeschiedene Beschäftigte, der Schutz rechtswidriger Unternehmensgeheimnisse, die Insolvenz des Know-how-Lizenzgebers, bereichsspezifische Konstellationen des *Reverse Engineering* sowie die unterschiedlichen zivilrechtlichen Rechtsfolgen bei Know-how-Verletzungen.



**Oliver Fischer**

**Doktorvater**

Prof. Dr. Reto M. Hilty

**Betreuer am Institut**

Assoc. Prof. Dr.  
Christophe Geiger

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

### 3.3 Perspektiven für ein Europäisches Urheberrecht

*Ist es Zeit für ein Europäisches Urheberrecht? Die Arbeit untersucht die Möglichkeit der Schaffung eines Europäischen Urheberrechts als Verordnung. Nach einer Analyse der Kompetenzen der Union im Urheberrecht vergleicht der Verfasser die bisher verfolgte Harmonisierungsmethode mittels Richtlinien mit einer möglichen Unionsurheberrechtsverordnung. Sodann geht er der Frage nach, welche materiellrechtlichen Bereiche des Urheberrechts vor dem Hintergrund der Kompetenzen der Union Teil einer Urheberrechtsverordnung sein könnten. Schließlich untersucht er, ob eine Urheberrechtsverordnung zwingend die nationalen Urheberrechte verdrängen müsste oder ob nicht eine Parallelität von Unionsurheberrecht und nationalen Urheberrechten möglich ist. Dabei wird auch auf die Möglichkeit der Schaffung eines Unionsrechtstitels als Registerrecht eingegangen.*

Ein (groß geschriebenes) Europäisches Urheberrecht im Sinne eines europäischen Urheberrechtstitels, ein Unionsurheberrecht vergleichbar der Gemeinschaftsmarke, gibt es bis heute nicht. Was es gegenwärtig gibt, ist ein urheberrechtlicher Unionsacquis, bestehend im Wesentlichen aus spezifisch urheberrechtlichen Richtlinien, die bestimmte Bereiche des (nationalen) materiellen Urheberrechts harmonisiert haben. Die wissenschaftliche Diskussion hat sich über viele Jahre hinweg darauf konzentriert, die materiellrechtlichen Defizite der Richtlinien und der sie umsetzenden nationalen Urheberrechtsregeln zu identifizieren, ohne die Methode der Rechtsvereinheitlichung grundlegend zu hinterfragen. Daneben gibt es – gleichfalls materiell-urheberrechtliche – Vorschläge aus der Wissenschaft, die sich mit der Frage befassen, wie ein Europäisches Urheberrecht inhaltlich ausgestaltet werden könnte.

Die vorliegende Arbeit setzt zuvor an und befasst sich im Wesentlichen mit vier „technischen“ Vorfragen, nämlich erstens, ob es auf der Grundlage der gegenwärtigen Kompetenzordnung der Union ein Europäisches Urheberrecht geben kann; zweitens, welche Vorteile ein solches gegenüber dem jetzigen

Zustand harmonisierter nationaler Urheberrechte hätte; drittens, welche Bereiche des materiellen Urheberrechts es abdecken sollte; und viertens, wie ein solches Europäisches Urheberrecht sich zu den nationalen Urheberrechten verhalten könnte.

Im ersten Teil befasst sich die Arbeit mit den Kompetenzen der Union im Bereich des Urheberrechts. Während für die Harmonisierung der nationalen Urheberrechte insbesondere Art. 114 AEUV die entscheidende Rolle spielte und auch weiterhin spielen wird, hat der „Vertrag von Lissabon“ mit Art. 118 AEUV eine spezielle Kompetenz für die Schaffung von Rechtstiteln des geistigen Eigentums eingeführt, der auch die Schaffung eines Europäischen Urheberrechts abdecken würde. Beide Vorschriften sind Aspekte der Binnenmarktkompetenz, weshalb der Binnenmarktbezug für eine primärrechtskonforme Unionsurheberrechtsordnung von fundamentaler Bedeutung ist.

Im zweiten Teil der Arbeit wird zunächst der Frage nachgegangen, welche Vorteile ein Unionsurheberrecht gegenüber den – harmonisierten – nationalen Urheberrechten böte. Hinter der Harmonisierungsmethode steht der Gedanke, dass die nationalen Urheberrechte innerhalb eines gewissen Rahmens miteinander in einen Systemwettbewerb eintreten, der die Identifizierung der besten materiellrechtlichen Lösungen ermöglicht. Speziell im Urheberrecht funktioniert ein Wettbewerb zwischen den nationalen Urheberrechten allerdings nicht. Das Territorialitäts- und das Schutzlandprinzip führen zur kumulativen Anwendung mehrerer Urheberrechte auf einen grenzüberschreitenden Sachverhalt, sodass sich die Rechtssubjekte nicht für ein nationales Urheberrecht „entscheiden“ können. Genau dies wäre aber Voraussetzung für einen funktionierenden Systemwettbewerb. Stattdessen führt die kumulative Anwendung nationaler Urheberrechte auf grenzüberschreitende Sachverhalte zu Rechtsunsicherheit und zur Erhöhung von Transaktionskosten. Demgegenüber würde ein Unionsurheberrecht Rechtsunterschiede beseitigen und alle, insbesondere grenzüberschreitende Sachverhalte einer einheitlichen Rechtsordnung unterstellen.



Im Anschluss hieran wird der Frage nachgegangen, welche Bereiche des materiellen Urheberrechts eine Unionsurheberrechtsverordnung abdecken sollte. Anknüpfend an die Kompetenzen der Union im Bereich des Urheberrechts, die einen Binnenmarktbezug erfordern, werden die verschiedenen Bereiche des Urheberrechts auf ihre Binnenmarktrelevanz untersucht. Im Ergebnis wird vorgeschlagen, Schutzvoraussetzungen, Rechtsinhaberschaft, Verwertungsrechte, Urhebervertragsrecht und Recht der kollektiven Wahrnehmung in eine Urheberrechtsverordnung aufzunehmen, das Urheberpersönlichkeitsrecht demgegenüber auszuklammern. Hinsichtlich der Schranken sei eine differenzierende Betrachtung erforderlich.

Im dritten Teil setzt sich die Arbeit mit der Frage auseinander, wie sich eine Unionsurheberrechtsverordnung zu den nationalen Urheberrechten verhalten sollte. Neben einer Abschaffung der nationalen Urheberrechte (Verdrängungslösung) insgesamt oder in Teilbereichen des materiellen Urheberrechts kommt auch eine Parallelität des Unionsurheberrechts vergleichbar der Gemeinschaftsmarke in Betracht (Koexistenzlösung). Der Rechtsinhaber könnte sich zwischen dem Unionsurheberrecht und dem Bündel nationaler Urheberrechte entscheiden. Diese Entscheidung könnte im Interesse ausgewogener Lösungen allerdings nicht von Fall zu Fall, sondern müsste für den jeweiligen Schutzgegenstand abstrakt getroffen werden. Um diese Entscheidung rechtssicher zu dokumentieren, schlägt der Verfasser ein Urheberrechtsregister vor, in welches die Entscheidung für oder gegen den Unionsrechtstitel eingetragen werden könnte. Da die nationalen Urheberrechte weiter formfrei blieben, verstieße die Registerpflicht des Unionsrechtstitels nicht gegen die RBÜ. Hierdurch, so der Verfasser, werde ein Systemwettbewerb zwar nicht zwischen den nationalen Rechten, jedoch zwischen dem Unionsurheberrecht auf der einen Seite und dem Bündel nationaler Urheberrechte auf der anderen Seite ermöglicht. Ein Europäisches Urheberrecht könnte so beweisen, dass es – mit Blick auf den Binnenmarkt – tatsächlich Vorzüge gegenüber der gegenwärtigen Zersplitterung in nationale Urheberrechte hätte.

### Veröffentlichung

*Fischer, Oliver, Perspektiven für ein Europäisches Urheberrecht (Abhandlungen zum Urheber- und Kommunikationsrecht des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb, 58), Nomos, Baden-Baden 2014, 535 S.*



**Filipe Fischmann**

**Doktorvater**

Prof. Dr. Josef Drexler

**Betreuerinnen  
am Institut**

Dr. Beatriz Conde Gallego

Dr. Gintarė Surblytė

Sybille Schlatter

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb, GRUR

### 3.4 *Reverse Payments* als Mittel zur Beilegung von Patentstreitigkeiten – ein Verstoß gegen das Kartellrecht?

*Eine der interessantesten und aktuellsten Fragestellungen an der Schnittstelle zwischen Patent- und Kartellrecht betrifft die kartellrechtliche Rechtmäßigkeit bestimmter Vergleiche, die von forschenden Pharmaunternehmen sowie Generikaherstellern im Rahmen einer Patentstreitigkeit abgeschlossen werden. In zahlreichen dieser Vergleiche wird vereinbart, dass ein Generikahersteller zum einen die Vermarktung seines Generikums verschiebt, indem er den Bestand sowie die Verletzung des Streitpatents anerkennt, und dass er zum anderen einen Vermögenstransfer vom Originalpräparatehersteller erhält. Da etliche dieser Vergleiche eine Zahlung vom Patentinhaber an den mutmaßlichen Patentverletzer beinhalten, während eine Zahlung normalerweise vom mutmaßlichen Patentverletzer an den Patentinhaber zu erwarten wäre, spricht man bei dieser Zahlung von „reverse payment“. In letzter Zeit hat sich jedoch die Bezeichnung „pay-for-delay“ durchgesetzt. Sie hebt darauf ab, dass der Originalpräparatehersteller eine Zahlung für die Verzögerung der Vermarktung der Generika leistet.*

*Pay-for-delay*-Vereinbarungen gelangten zunächst in den Vereinigten Staaten in das Visier des Kartellrechts, wobei einige Kommentatoren festgehalten haben, dass diese ausschließlich aufgrund der Vorschriften des *Hatch-Waxman Act* (vor allem infolge der 180tägigen Marktexklusivität für Generika und des 30monatigen *stay* der Genehmigung des Zulassungsantrags) vereinbart werden konnten. Dennoch zeigt das Auftreten von *Pay-for-delay*-Vereinbarungen in Europa, dass solche Vereinbarungen auch in einem anderen rechtlichen Rahmen möglich sind. Die Dissertation zeigt, dass *Pay-for-delay*-Vereinbarungen abgeschlossen werden können, wenn erstens der Verlust des Patentinhabers aufgrund des Markteintritts des mutmaßlichen Patentverletzers den möglichen Gewinn des Letzteren aufgrund seines Markteintritts übertrifft, und wenn zweitens die gütliche Beilegung der Streitigkeit ein effektives Mittel zur Verschiebung des Markteintritts der Generika ist.

Beide Voraussetzungen werden aufgrund der Besonderheiten des pharmazeutischen Sektors oft erfüllt. Wenn ein Generikum verkauft wird, erwirtschaftet der Generikahersteller normalerweise weniger als den Verlust des Originalpräparateherstellers, weil der Preis des Arzneimittels in der Regel sinkt (vor allem, wenn mehrere Generikahersteller ihre Produkte vermarkten). Außerdem gewähren die Arzneimittelzulassungsregelungen den Originalpräparateherstellern häufig die Möglichkeit, festzustellen, ob und welche Generikahersteller den Markteintritt anbahnen, so dass sie wissen, ob der Abschluss einer *Pay-for-delay*-Vereinbarung eine wahrscheinliche Verzögerung des Markteintritts der Generika hervorrufen kann. Welche Rolle diese und andere Besonderheiten der Entwicklung und Vermarktung von Medikamenten bei dem Abschluss von *Pay-for-delay*-Vereinbarungen spielen, wird in der Arbeit eingehend untersucht.

Neben der kartellrechtlichen Problematik werden in der Arbeit patent-, verfahrens- und zulassungsrechtliche Fragen der *Pay-for-delay*-Vereinbarungen analysiert. Konkrete Vorschläge für die Ausgestaltung der Patentstreitigkeitsverfahren sowie für die Interaktion des Zulassungsverfahrens mit den Patentstreitigkeitsregelungen werden unterbreitet. Leitidee dieses Teils der Dissertation ist, dass es für die Wettbewerbsprozesse und für die Aufrechterhaltung der Innovationsanreize effizienter ist, wenn der Abschluss wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen von vornherein vermieden wird als wenn er nachträglich sanktioniert wird.

Dennoch zeigt die Arbeit, dass die kartellrechtliche Sanktionierung von gewissen Vereinbarungen innovationsfördernd ist. In diesem Zusammenhang geht die Arbeit auf die „*Actavis*“-Entscheidung des US-amerikanischen Supreme Court und ihre mögliche Auslegung ein. In der Dissertation wird die Ansicht vertreten, dass die „*Actavis*“-Entscheidung eine gewisse Vereinfachung der *rule of reason* ermöglicht, auch wenn sie einen *quick look*-Ansatz ablehnt. Überdies kommt die Dissertation zu dem Schluss, dass die Entscheidung nicht nur die Vereinbarung der Zahlung von Geldbeträgen betrifft, sondern auch eine Vereinbarung von anderen Vermögensvorteilen

umfasst. Mithin können auch Vereinbarungen sanktioniert werden, wenn sie keine direkte Zahlung des Originalpräparateherstellers an den Generikahersteller vorsehen.

Hinsichtlich der Analyse nach dem EU-Kartellrecht vertritt die Arbeit die Ansicht, dass *Pay-for-delay*-Vereinbarungen im Rahmen der Analyse von Art. 101 Abs. 1 AEUV eine bezweckte Vereinbarung darstellen, wenn der Nachweis gelingt, dass die Zahlung eine Gegenleistung für die Verzögerung der Vermarktung des fraglichen Generikums darstellt. Werden die Voraussetzungen des Art. 101 Abs. 1 AEUV erfüllt, erfolgt eine Freistellung von *Pay-for-delay*-Vereinbarungen nach Art. 101 Abs. 3 AEUV nur ausnahmsweise, zumal *Pay-for-delay*-Vereinbarungen die Tatbestandsmerkmale dieser Vorschrift selten erfüllen werden. Dennoch weist die Dissertation darauf hin, dass nach ständiger EuGH-Rechtsprechung eine mutmaßliche Wettbewerbsbeschränkung anhand ihres rechtlichen und wirtschaftlichen Zusammenhangs zu beurteilen ist. Mithin kommt die Dissertation zu dem Schluss, dass die patentrechtliche Analyse in die kartellrechtliche Beurteilung einfließen kann, weswegen die Vereinbarung der Nichtvermarktung eines Generikums unter Umständen auch zulässig sein kann.

Filipe Fischmann  
Doktorvater:  
Prof. Dr. Dr. J.  
Betreuerinnen am Institut:  
Dr. Conde Gallego,  
Dr. Sarbiyte  
Finanzielle Unterstützung  
durch: GRUB, MPI

Max-Planck-Institut  
für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht



MAX-PLANCK-GESellschaft



## Should Competition Law Forbid Pay-for-Delay Settlement Agreements?

### I. Delineation of the Problem

In a pay-for-delay settlement agreement:

- a generic company recognizes the validity and the infringement of a patent of a researching pharmaceutical company,
- refrains from marketing its generic until an agreed date and
- receives a value transfer from the researching pharmaceutical company.

### II. Goals

- Identify precisely how the US American Antitrust Law and the European Competition Law deal with the pay-for-delay settlement agreements
- Assess the effects on competition of the pay-for-delay settlement agreements
- Establish whether competition law should forbid pay-for-delay settlement agreements
- Ascertain the need for amendments in the Law.

### III. Methods and Materials

- Critical analysis of cases through all instances
- Qualitative interviews
- Evaluation of pay-for-delay settlement agreements under the complementarity theory.

### References

Main cases in the US: *In re Cardizem CD Antitrust Litig.*, 312 F.3d 976 (6th Cir. 2002); *Schering-Plough Corp.*, 126 F.T.R. 956 (2003); *In re Tamoxifen Citrate Antitrust Litig.*, 466 F.3d 187 (2d Cir. 2006).

### IV. Results



- The prevailing view of the US Circuit Courts is that antitrust law does not forbid this kind of agreement, as long as:
  - the patent was procured in good faith,
  - the dispute between the originator and the generic company was not a sham and
  - the provisions of the agreement did not exceed the scope of the litigated patent.
- Nevertheless, the FTC (now supported by the DoJ) keeps challenging these agreements.
- In Europe there are some cases under investigation by the European Commission. Communications from the Commission hint at a treatment of the pay-for-delay settlement agreements as a restriction by object.
- Analysis establishes negative effects of the pay-for-delay settlement agreements on static efficiency and on dynamic efficiency as well.

### V. Recommendations

Antitrust liability for pay-for-delay settlement agreements would enhance dynamic and static efficiency. Hence:

- competition law should forbid the pay-for-delay agreement
- but settlement agreements in general should be allowed.

Although competition law can tackle pay-for-delay settlement agreements, in order to prevent anti-competitive settlement of patent disputes the thesis suggests:

- changing some provisions of patent law
- and also of civil procedure law

filipe.fischmann@ip.mpg.de

6



**Patrick Goold**

**Doktorvater**

Prof. Dr. Reto M. Hilty

**Betreuerinnen  
am Institut**

Prof. Dr. Andrea Wechsler

Dr. Sylvie Nérissou

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb, IMPRS-CI

### 3.5 The Right to Make Adaptations in Copyright: General Versus Limited Approaches

*International copyright law requires that states give authors the exclusive right to make adaptations of their works. But how should a national state implement this right? Should they give the author the right to make all possible adaptations? Alternatively, should the state tailor protection so that the author receives only the right to make some specific types of adaptation that are expressly listed in statute? This thesis hopes to answer this question. It is the first contribution to note that different states implement this right in different ways, and that some ways of implementation may theoretically be better than others. Using a variety of historical, doctrinal, and economic methods, the thesis advises states that, when implementing the adaptation right, narrower, more specifically tailored statutory wording is better than broad, general standards.*

International copyright law requires that member states give authors the exclusive right to make adaptations. However, different member states have implemented this right in different ways. Some follow a “general approach”, while others follow a “limited approach”. Under the general approach, authors are given the exclusive right to make all adaptations. Under the limited approach, authors are only given the exclusive right to make certain statutorily defined types of adaptation. An example of a general approach is the US right to prepare derivative works, whereas an example of the limited approach is the UK right to make adaptations. This causes a number of differences, but most important is the issue of how these laws deal with novel adaptations. Under a general approach, novel adaptation types (created by new technology or market innovations) fall under the author’s right to make “all” adaptations. Under the limited approach, novel adaptations do not necessarily fall under the right to make adaptations; meaning third parties are often free to make these adaptations without paying a license fee. This thesis is the first to highlight and compare the two different approaches to the adaptation right. It aims to discover which approach is preferable for legislatures.

In order to reach that goal, the thesis focuses on the laws of the USA and UK as representatives of the general and limited approaches. In respect to the law of these jurisdictions, three research questions are asked. Firstly, why did the US and UK adopt different approaches to this issue? Secondly, what effects did the different statutory approaches have on the scope of copyright? And finally, which approach is better from a perspective of economic efficiency? The first question is answered using a legal history methodology. The second question adopts an empirical doctrinal methodology. The final question is answered using a theoretical economics methodology.

In answering the first research question, the thesis concludes that the two countries adopted different approaches to the adaptation right in response to the demands of technological change. During the nineteenth century, both the US and UK followed limited approaches to the adaptation right. In the twentieth century, the UK began by adopting a general approach but switched later to a limited approach, after the generality of the statutory wording had led to unpredictable case law that was liable to expand the scope of copyright in unpredictable ways. The US by contrast started the twentieth century by adopting a limited approach, but found that this system was too narrow and rigid to accommodate new technologies, and switched later to a general approach. The history reveals the fundamental tension at the heart of a state’s approach to the adaptation right. The law governing adaptations must retain flexibility, otherwise it becomes under-inclusive, and new adaptations may go unregulated. On the other hand, the law has to retain clarity otherwise over-inclusiveness is a problem.

Regarding the second question, the thesis concludes that under the different statutory schemes, the laws of each country displayed noticeable differences. The scope of US copyright has become far broader than in the UK. Because novel adaptations more easily fall under the author’s right, there are various instances in which the US copyright will extend to a type of adaptation, but such would not be

the case in the UK. The research discusses a number of examples where this is the case: adaptations of artistic works; sound recordings, and films; mounting and reframing of copyrighted works; supplementary works; unfixed adaptations; and small quantity sampling. US authors can control these adaptations whereas it appears that UK authors cannot.

The third research question is answered by applying pre-existing economic models on the optimal precision of legal rules. This section concludes that the UK limited approach is theoretically more efficient than the US general approach. Since adopting the general approach, US law has become excessively broad. The lack of limits on the adaptation right allowed authors to exclude many new welfare-enhancing works from the market. At the same time, the vagueness inherent in the general approach makes application of the law much more complicated, time consuming, and costly. The UK avoided these problems by adopting a precise, rule-based approach to adaptation.

In totality, the research suggests that legislatures should select a limited approach either when creating a new adaptation right, or when revising their existing law. The dissertation culminates by providing specific advice to the US, EU, and UK legislatures. These prescriptions advise how the existing laws should be appropriately altered to become more limited in nature.

#### Veröffentlichung

*Patrick R. Goold, Why the U.K. Adaptation Right is Superior to the U.S. Derivative Work Right, 92 NEB. L. REV. 844 (2014)*



**Vera Haesen**

**Doktorvater**

Prof. Dr. Reto M. Hilty

**Betreuerin am Institut**

Prof. Dr.

Frauke Henning-Bodewig

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

### 3.6 Der Schutz gegen den unlauteren Wettbewerb in Deutschland und England vor dem Hintergrund fortschreitender europäischer Harmonisierung

*Gegenstand der Dissertation ist eine vergleichende Darstellung des Schutzes gegen den unlauteren Wettbewerb in Deutschland und England. Vor dem Hintergrund fortschreitender Europäisierung geht die Arbeit der Frage nach, ob überhaupt bzw. inwieweit eine vollständige Harmonisierung des Lauterkeitsrechts möglich und aussichtsreich sein könnte.*

Regelungen zum Schutz gegen den unlauteren Wettbewerb sollen den fairen Interessenausgleich im Wettbewerb sichern. Sie haben die Aufgabe, die Wettbewerbsfreiheit von Unternehmen zur Sicherung eines funktionsfähigen Wettbewerbs dort zu beschränken, wo die durch Wettbewerbshandlungen hervorgerufene Beeinträchtigung der Interessen von Konkurrenten, Verbrauchern und der Allgemeinheit im Einzelfall nicht mehr den Maßstäben eines lautereren und fairen Verhaltens entspricht. Die Grenze zwischen zulässigen, dem Wettbewerb immanenten Verhaltensweisen und unlauteren bzw. unfairen Praktiken ist aber nicht immer leicht zu definieren und wird in den verschiedenen Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten traditionell sehr unterschiedlich bestimmt. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Europäisierung mit dem Ziel der Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraumes wird das Recht zum Schutz gegen den unlauteren Wettbewerb als Teil des Wirtschaftsrechts allerdings zunehmend weniger an Landesgrenzen gebunden sein. Es soll gerade auch im grenzüberschreitenden Handel dem fairen Ausgleich der Interessen aller Marktteilnehmer dienen. Der Angleichung nationalen Rechts in diesem Bereich kommt daher auch im Hinblick auf den mit einer solchen Harmonisierung einhergehenden Abbau von Handelshemmnissen maßgebliche Bedeutung zu. Insofern weist das europäische Recht zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs jedoch noch erhebliche Lücken auf. Zwar wurden im Lauf der Zeit einzelne Aspekte des Lauterkeitsrechts – insbesondere solche des Verbraucher-

schutzes und der Werbung – in verschiedenen europäischen Rechtsakten geregelt. Bis heute gibt es aber kein einheitliches, systematisch geschlossenes und in ganz Europa gleichermaßen geltendes Lauterkeitsrecht.

Die Dissertation untersucht vor diesem Hintergrund, ob und inwieweit Schritte in Richtung einer weitergehenden Harmonisierung in diesem Rechtsbereich möglich und aussichtsreich sind. Ausgehend von der These, dass sich eine effektive Rechtsangleichung nur soweit verwirklichen lassen wird, wie sich gemeinsame Grundüberzeugungen der einzelnen Mitgliedstaaten finden oder zumindest herausbilden lassen, wird *beispielhaft* der in Deutschland und England gewährte Schutz gegen unlauteren Wettbewerb dargestellt und im Wege der „funktionalen Rechtsvergleichung“ aufgezeigt, inwiefern in diesem Bereich zumindest im Ergebnis vergleichbare Regelungen trotz der vollkommen unterschiedlichen Rechtstraditionen beider Länder existieren und Anwendung finden. Neben der systematischen Aufarbeitung der jeweiligen Rechtssysteme auf der Grundlage von Länderberichten steht dabei die spezifische Analyse unterschiedlicher Fallgestaltungen im Blickpunkt.

Der erste (allgemeine) Teil der Untersuchung widmet sich dementsprechend zunächst einer Darstellung der jeweiligen Konzeptionen des Schutzes gegen den unlauteren Wettbewerb in den beiden betrachteten Rechtsordnungen, die im Lichte des europäischen und internationalen Rechts analysiert werden. Der umfassendere, zweite (besondere) Teil der Untersuchung beschäftigt sich mit der spezifischen Analyse und rechtsvergleichenden Darstellung einer Vielzahl relevanter Problemkonstellationen aus dem Bereich des lauterkeitsrechtlichen Konkurrentenschutzes, der auf europäischer Ebene bislang kaum einer Harmonisierung zugeführt wurde, obwohl ihm in den meisten Rechtsordnungen traditionell eine tragende Rolle zukommt. Die Arbeit beleuchtet hier die jeweiligen Lösungswege und zeigt im Detail auf, ob und in welchem Umfang in Deutschland und England den Mitbewerbern ein spezifischer Schutz gewährt wird und zu welchem Ergebnis die formal sehr unterschiedlichen Rege-

lungen führen. Der Methodik der „funktionalen Rechtsvergleichung“ folgend werden dabei nicht nur die Gesetzgebung und die Rechtsprechung im Kontext des Lauterkeitsrechts berücksichtigt, sondern auch das Immaterialgüterrecht und die außergesetzlichen Regelungen der Selbstkontrolle.

Die Untersuchung kommt zunächst zu dem Ergebnis, dass der Schutz gegen den unlauteren Wettbewerb in Deutschland und England auf unterschiedlichen Rechtstraditionen basiert und inhaltlich, formal und verfahrensrechtlich sehr unterschiedlich ausgestaltet ist. Auch das bereits kodifizierte europäische Lauterkeitsrecht konnte eine wirkliche Annäherung der beiden Rechtssysteme nicht bewirken. Die Analyse einzelner Problemlagen und ihrer Lösungen führt jedoch zu der bemerkenswerten Erkenntnis, dass die beiden betrachteten Rechtsordnungen trotz zahlreicher, in der Sache signifikanter Unterschiede in der Rechtstradition und im Rechtssystem in etlichen der untersuchten Sachverhaltskonstellationen zu sehr ähnlichen oder zumindest vergleichbaren Ergebnissen oder Wertungen gelangen; wenn auch zu berücksichtigen ist, dass angesichts der erheblichen Unterschiedlichkeit der Denk- und Rege-

**Veröffentlichung**


*Haesen, Vera, Der Schutz gegen den unlauteren Wettbewerb in Deutschland und England vor dem Hintergrund fortschreitender europäischer Harmonisierung (Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, 803), Herbert Utz Verlag, München 2014, 496 S.*

lungsansätze immer gewisse Abweichungen bei den Haftungsvoraussetzungen vorhanden sind und daher Einzelfälle unterschiedlichen Beurteilungen zugeführt werden können. Die Arbeit zeigt auf, dass die deutsche und die englische Rechtsordnung im Kern darin übereinstimmen, dass sie keinen umfassenden Schutz gegen jede Beeinträchtigung des Mitbewerbers in seiner wettbewerblichen Entfaltung bieten (wollen). Beide sind vielmehr der Wettbewerbsfreiheit verpflichtet, so dass gewisse Beeinträchtigungen der Interessen des Mitbewerbers durch das Wettbewerbsverhalten seiner Konkurrenz als wettbewerbsimmanent hinzunehmen sind mit der Folge, dass ein Schutz des Mitbewerbers nur dann gewährt wird, wenn besondere Umstände hinzukommen, die nicht mehr akzeptabel erscheinen und daher eine Einschränkung des Wettbewerbs rechtfertigen.

Vor dem Hintergrund dieser aus der rechtsvergleichenden Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse spricht sich die Verfasserin abschließend für den Versuch einer vertieften Harmonisierung des lauterkeitsrechtlichen Konkurrentenschutzes aus, wobei darauf hingewiesen wird, dass ähnliche Ergebnisse in der Rechtsfindung allein eine Rechtsangleichung nicht entbehrlich machen. Es sei vielmehr in Betracht zu ziehen, dass möglicherweise nur einheitlichere, gesetzlich niedergelegte, bestenfalls vereinfachte und systematisch strukturierte Regelungen zu jener Rechtssicherheit führen würden, die im Hinblick auf die grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeit erforderlich seien, um die Vorteile des Binnenmarkts wirklich nutzen zu können. Die Verfasserin betont aber auch die Grenzen möglicher Rechtsangleichungen in Bereichen, in denen Unterschiede nicht lediglich auf verschiedenen Rechtstraditionen beruhen, sondern Ausdruck unterschiedlicher (rechtspolitischer) Grundüberzeugungen sind.

Vera Haesen  
Doktorandin  
Prof. Ralf  
Bismuth am Institut  
Prof. Henning Bodewig  
Fachliche Mitarbeit  
durch MPI

Max-Planck-Institut  
für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht





### Der Schutz gegen unlauteren Wettbewerb in Deutschland und England vor dem Hintergrund fortschreitender europäischer Harmonisierung

Europäisches Lauterkeitsrecht  
Harmonisierungsmöglichkeiten durch Rechtsvergleichung



**I. Forschungsfrage/Ausgangslage**

- Nationaler Schutz gegen unlauteren Wettbewerb – geprägt von fortschreitender Europäisierung
- Europäisches Lauterkeitsrecht – vorwiegend einzelfallbezogen oder ausschließlich dem Verbraucherschutz dienende Regelungen
- Kein einheitliches, in ganz Europa gleichermaßen geltendes Lauterkeitsrecht
- Erfordernis der Angleichung im Binnenmarkt

**II. Zielsetzung**

- Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden der englischen und deutschen Lauterkeitsrechtsordnungen im Hinblick auf eine weitestgehende europäische Rechtsangleichung
- Leistung eines Beitrags zur Beantwortung der Frage, ob Schritte zur Vollharmonisierung des Lauterkeitsrechts möglich und aussichtsreich sind

**III. Methodik**

- Funktionale Rechtsvergleichung
- Spezifische Analyse relevanter Problembereiche/Fallgruppen

**IV. Ergebnisse**

- Schutz gegen den unlauteren Wettbewerb in Deutschland und England – inhaltlich, formal und verfahrensrechtlich sehr verschieden ausgestaltet
- Keine stichliche Annäherung der beiden Rechtssysteme durch europäisches Lauterkeitsrecht
- Aber: Vielfach weichen Ergebnisse der Rechtsanwendung nicht wesentlich voneinander ab

**V. Ausblick**

Vergleichbare Ergebnisse der Rechtsanwendung könnten als Grundlage für weitere Harmonisierungsschritte dienen.

**Ausgewählte Referenzen**  
 Otho, Anger, *Rechtsschutz und Gesamtheit im Recht des unheimlichen Wettbewerbs*, Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft, 2012  
 Haesen, *Christoph, The Law of Passing Off Under Competition in Germany*, 2014  
 Vera.Haesen@ipg.mpg.de



**Eva-Marie König**

**Doktorvater**

Prof. Dr.  
Artur-Axel Wandtke

**Betreuer am Institut**

Dr. Kaya Köklü

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb, VG Wort

**Auszeichnung**

Karlheinz-Quack-Preis  
der Juristischen Fakultät  
der Humboldt-Universität  
zu Berlin; Heinrich-Hub-  
mann-Preis der VG Wort

### 3.7 Der Werkbegriff in Europa – eine rechtsvergleichende Untersuchung des britischen, französischen und deutschen Urheberrechts

*Wann ist ein Produkt ein „Werk“, das urheberrechtlichen Schutz genießt? Ist beispielsweise die rekonstruierte Notenausgabe einer barocken Musikkomposition eigenständig geschützt, auch wenn es das Stück bereits im 18. Jahrhundert gab? Darf ein Designer-Stuhl nachgebaut werden oder nicht? Die Antwort liefern die Schutzvoraussetzungen des urheberrechtlichen Werkbegriffs. Sie legen fest, ob und in welchem Umfang ein Erzeugnis Urheberrechtsschutz genießt. Die Anforderungen sind innerhalb der EU jedoch nicht einheitlich; die Unterschiede führen zu praktischen Schwierigkeiten: Ein Designer-Stuhl könnte möglicherweise in einem Mitgliedsstaat vervielfältigt werden, in einem anderen jedoch nicht. Die Arbeit greift daher die Diskussion um ein potentes einheitliches europäisches Urheberrecht auf und widmet sich dem Herzstück des Urheberrechts, dem Werkbegriff. In einem Vergleich des britischen, französischen und deutschen Rechts werden die Anforderungen an den urheberrechtlichen Schutz untersucht, um eine Grundlage für eine weitere Harmonisierung zu erarbeiten.*

Die EU wirkte bereits in den 1990er Jahren Verzerrungen im Binnenmarkt bei einzelnen wirtschaftlich besonders relevanten Schutzgegenständen entgegen. Für Computerprogramme und Datenbanken wurde in Richtlinien festgelegt, dass diese jeweils nur dann urheberrechtlich schutzfähig sind, wenn sie eine „eigene geistige Schöpfung ihres Urhebers“ darstellen. Gleiches wurde für Fotografien in einer weiteren Richtlinie zur Schutzdauer des Urheberrechts vorgesehen.

In einer viel beachteten Entscheidung aus dem Jahr 2009 übertrug der EuGH diese Definition, die bislang nur für Computerprogramme, Datenbanken und Fotografien galt, auf sämtliche Werkarten. In weiteren Entscheidungen bekräftigte der EuGH seine Ansicht, dass eine „eigene geistige Schöpfung des Urhebers“ generell Voraussetzung für den Urheberrechtsschutz sei. Dies wirft die Frage

auf, ob ein einheitlicher europäischer Werkbegriff geschaffen wurde, der die Unterschiede in den Mitgliedsstaaten beseitigen und als Grundlage für ein einheitliches europäisches Urheberrecht dienen könnte.

Um dieser Frage nachzugehen, werden in der Arbeit die Anforderungen an den Urheberrechtsschutz in drei ausgewählten Mitgliedsstaaten untersucht, welche die beiden großen Urheberrechtssysteme in Europa repräsentieren. Mit dem britischen Urheberrecht wird ein Vertreter des anglo-amerikanischen *copyright*-Systems, mit dem französischen und dem deutschen Urheberrecht werden *droit d'auteur*-Rechtsordnungen analysiert. Denn Grundlage für eine weitere Harmonisierung in Europa ist das materielle Urheberrecht in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU.

Ziel der Arbeit war es, einen Vorschlag für die weitere Harmonisierung des europäischen Urheberrechts im Hinblick auf den Werkbegriff zu entwickeln. Zunächst wird die bisherige punktuelle Harmonisierung des Werkbegriffs auf europäischer Ebene untersucht. Die drei genannten Richtlinien mit den Schutzvoraussetzungen für Computerprogramme, Datenbanken und Fotografien werden einer kritischen Würdigung unterzogen. Ebenso werden die Entscheidungen des EuGH zu den Anforderungen an den Urheberrechtsschutz umfassend beleuchtet.

Sodann wird das Urheberrecht in Großbritannien, Frankreich und Deutschland untersucht. In den drei Ländern werden die Literatur und insbesondere die Rechtsprechung zu sämtlichen Werkarten eingehend analysiert, um die tatsächlichen Beurteilungskriterien herauszufiltern, die über den Urheberrechtsschutz entscheiden. Zugleich wird geprüft, ob die jeweiligen nationalen Ansätze in sich konsistent sind oder ob – möglicherweise zu Recht – an unterschiedliche Werkkategorien unterschiedliche Anforderungen für den Schutz gestellt werden. Außerdem wird untersucht, welche Auswirkungen die bisherigen europäischen Richtlinien und die Entscheidungen des EuGH in den drei Mitgliedsstaaten haben.

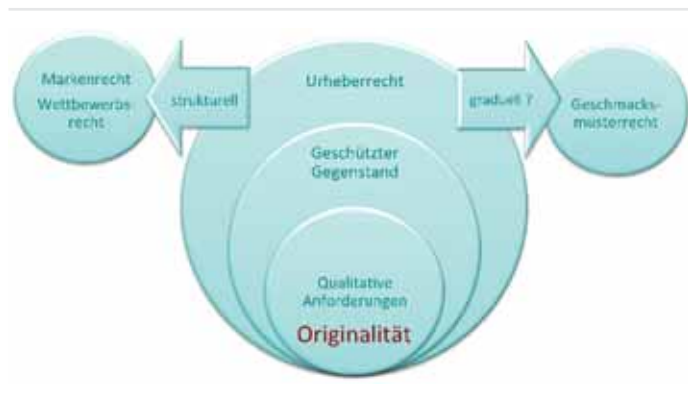


Es zeigt sich, dass in allen drei Ländern vor allem in der Rechtsprechung die Tendenz besteht, die europäische Definition der „eigenen geistigen Schöpfung“ mit dem jeweiligen nationalen Ansatz gleichzusetzen und anhand der nationalen Kriterien zu prüfen. Gleichzeitig mutet die europäische Formulierung häufig wie ein Fremdkörper im nationalen Begriffsgefüge an. Die „eigene geistige Schöpfung“ lässt sich keinem der beiden großen Urheberrechtssysteme – weder dem kontinentaleuropäischen *droit d'auteur* noch dem angelsächsischen *copyright* – eindeutig zuordnen.

Aufbauend auf den Länderberichten folgt ein funktionaler Rechtsvergleich. Dabei werden die nationalen Kriterien für den Urheberrechtsschutz abstrahiert und einem übergeordneten System zugeführt. Daraus wird ein alternativer Vorschlag für eine etwaige Harmonisierung der zentralen Schutzvoraussetzung, der Originalität, entwickelt, der die Beurteilungskriterien der nationalen Gerichte abbildet.

Der systemische Ansatz stimmt in den drei Mitgliedstaaten inhaltlich im Wesentlichen überein. Dennoch lassen sich bei einzelnen Werkarten Unterschiede in der Beurteilung des Urheberrechtsschutzes feststellen. Dies gilt beispielsweise für Werke der angewandten Kunst, künstlerische Werke im Allgemeinen oder für Titel. Die Reibungspunkte zwischen den drei Mitgliedsstaaten lassen sich mittels einer funktionalen Analyse der Originalität erfassen. Es zeigt sich, dass das Kriterium auf verschiedenen Ebenen zur Begrenzung des Schutzes herangezogen wird. Dies führt jedoch zu Inkonsistenzen in der Rechtsanwendung.

Es wird daher vorgeschlagen, den urheberrechtlichen Schutz im Rahmen eines „dreistufigen Filtermechanismus“ zu untersuchen. Dabei sollte zwischen der Schutzrichtung des Urheberrechts in Abgrenzung zu anderen Schutzmechanismen, dem Schutzgegenstand und der Originalität stärker differenziert werden. Die Originalität sollte als Binnenkriterium aufgefasst werden, welches den Schutzgegenstand qualitativ einem bestimmten Individuum aufgrund dessen eigener Gestaltung zuordnet.



Auf der Grundlage der Analyse der britischen, französischen und deutschen Rechtsprechung werden ein Vorschlag für einen europäischen Werkbegriff und ein Formulierungsvorschlag für die zentrale Schutzvoraussetzung, die Originalität, unterbreitet. Zudem wird deren Wechselwirkung mit weiteren neuralgischen Punkten des urheberrechtlichen Werkbegriffs beleuchtet und herausgearbeitet, inwiefern weiterer Regelungsbedarf besteht, um eine Vereinheitlichung des Werkbegriffs zu erreichen. Darauf aufbauend werden Perspektiven für die materiellen Grundlagen des Urheberrechts in Europa aufgezeigt.



**Daniel  
Krauspenhaar**

**Doktorvater**

Prof. Dr. Reto M. Hilty

**Betreuerin am Institut**

Dr. Sylvie Nérissou

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb, IMPRS-CI

### 3.8 Liability Rules in Patent Law – A Legal and Economic Analysis

*Der vorrangige Zweck eines Patentrechtsystems ist es, Anreize für Erfindungen zu schaffen und damit die ökonomische Effizienz zu erhöhen. Die allgemeine Meinung ist, dass dies allein durch – als exklusive Rechte ausgestaltete – Patente erreicht werden kann. Mechanismen, die kraft hoheitlicher Anordnung einen Anspruch auf Vergütung an die Stelle des Ausschlussrechts treten lassen – wie z.B. Zwangslizenzen –, sind zwar vorhanden; in der Praxis wird davon jedoch kaum Gebrauch gemacht. Weniger einschneidend und daher womöglich eher erfolgversprechend können Mechanismen sein, die es dem Patentinhaber selbst überlassen, auf sein Recht auf Exklusivität zu verzichten und stattdessen im Fall der Benutzung eine bestimmte Vergütung zu fordern. Dies sind z.B. die Lizenzbereitschaftserklärung oder unter gewissen Voraussetzungen auch Patent Pools. Durch den Einsatz solcher Instrumente können Austausch und Verbreitung von Wissen und Innovation verbessert werden, die ebenfalls zu den Zielen eines funktionierenden Patentsystems zählen. Es ist allerdings fraglich, ob die insoweit vorhandenen Mechanismen – unter anderem im Hinblick auf Patent-Trolle und andere Probleme – effizient genug sind. Die Dissertation stellt die dazu herrschende Meinung in gewissem Umfang in Frage und macht Vorschläge für Verbesserungen.*

Ziel der Dissertation ist es, aus rechtsökonomischer Sicht zu zeigen, dass die Balance zwischen Exklusivität und Nicht-Exklusivität derzeit im deutschen Patentrecht (und potentiell auch im Entwurf für ein Europäisches Patent mit einheitlicher Wirkung) nicht optimal ausgestaltet ist. Darüber hinaus sollen Verbesserungen vorgeschlagen werden. Ausgehend von dieser Zielsetzung wurden die folgenden Forschungsfragen formuliert:

Erstens: Enthält das deutsche Patentsystem, wie es aktuell ausgestaltet ist und angewendet wird, mehr exklusive Elemente (*Property Rules*) – verglichen mit der Möglichkeit der Verwendung nicht-exklusiver Elemente (*Liability Rules*) – als dies effizient und notwendig wäre? Was ist in Bezug auf das Europäische

Patent mit einheitlicher Wirkung gemäß dem aktuellen Entwurf zu erwarten?

Zweitens: Wenn Frage eins in ihrem ersten Teil mit ja beantwortet wird: Sind die bereits bestehenden bzw. im Entwurf für das Europäische Patent mit einheitlicher Wirkung vorgeschlagenen Elemente und Mechanismen, bei denen der Patentinhaber entscheiden kann, ob er ein Patent als ausschließliches oder nicht-ausschließliches Recht bevorzugt (*Private Liability Rule*), ausreichend und effizient genug, um den Übergebrauch an Exklusivität zu reduzieren?

Drittens: Wenn Frage zwei mit nein beantwortet wird: Was könnte verbessert werden?

Die Dissertation ist in drei Kapitel gegliedert. Das erste Kapitel bezieht sich vorrangig auf die erste Forschungsfrage, die im Ergebnis mit ja beantwortet wird. In einem ersten Schritt wird ein analytisches Modell aufgestellt, das eine Bestimmung der Exklusivität bzw. Nicht-Exklusivität von Patenten ermöglichen soll. Darüber hinaus wird festgestellt, dass im deutschen Patentsystem, ebenso wie im Entwurf für ein Europäisches Patent mit einheitlicher Wirkung, *Liability Rules* (mit Ausnahme von *Private Liability Rules*) nahezu keine praktische Bedeutung haben. In einem zweiten Schritt wird untersucht, unter welchen Umständen die Wahl von *Property Rules* und unter welchen Bedingungen die Wahl von *Liability Rules* für ein ökonomisch möglichst effizientes System vorzugswürdig ist. Die Dissertation kommt dabei zu dem Ergebnis, dass ein klares Überwiegen von Regeln des einen oder anderen Typs zu ineffizienten Ergebnissen führen kann; dies gilt auch für das Patentrecht. Da im deutschen System eine klare Präferenz für *Property Rules* besteht, liegt der Schluss nahe, dass das deutsche System möglicherweise nicht optimal ausgestaltet ist. Dies könnte auch für das Europäische Patent mit einheitlicher Wirkung gelten. In einem weiteren Schritt werden schließlich Verteilungspräferenzen und andere Gerechtigkeitserwägungen als weitere Faktoren für die Wahl zwischen *Property Rules* und *Liability Rules* identifiziert. Die Dissertation kommt in einem vierten Schritt zu dem Ergebnis, dass empirische Belege zum deutschen und euro-

päischen Patentsystem ebenfalls den Schluss zulassen, dass ein zu starker Gebrauch von *Property Rules* zu Ineffizienzen führt.

Im zweiten Kapitel der Dissertation, das an die – im Ergebnis mit nein beantwortete – zweite und teilweise an die dritte Forschungsfrage anknüpft, werden *Private Liability Rule*-Mechanismen analysiert. Im Einzelnen wird auf die Lizenzbereitschaftserklärung nach § 23 PatG, bestimmte Patent Pools und sog. *Royalty Collection Clearinghouses* eingegangen. In Bezug auf die Lizenzbereitschaftserklärung wird insbesondere anhand von empirischen Belegen gezeigt, dass dieser Mechanismus intensiv genutzt wird. Die Nutzung erfolgt aber hauptsächlich durch größere Unternehmen mit größeren Patentportfolios. Entscheidend ist auch, dass die Lizenzbereitschaftserklärung nur in den seltensten Fällen zu einem Lizenzverhältnis führt und in aller Regel allein zur Kosteneinsparung verwendet wird. Es gelingt daher der empirische Nachweis, dass diese Vorschrift zumindest in der aktuellen Ausgestaltung keine wesentlichen Effizienzgewinne bewirkt. Hinsichtlich Patent Pools mit *Liability Rule*-Mechanismen kommt die Arbeit zu dem Ergebnis, dass diese ökonomisch vorteilhaft sein können. Da sie aber auch negative Auswirkungen haben, ist eine Regulierung erforderlich. Das europäische Kartellrecht erfüllt derzeit bereits diese Aufgabe, sollte aber stellenweise anders ausgelegt werden. *Royalty Collection Clearinghouses* würden ein gänzlich neues Konzept im Patentrecht darstellen, deren Einsatz vorteilhaft sein könnte.

Das dritte Kapitel bezieht sich vorrangig auf die dritte Forschungsfrage und beschränkt sich auf Systeme, bei denen die Anwendung von *Liability Rules* nicht von der Entscheidung des Patentinhabers abhängt (*Compulsory Liability Rules*- oder *Liability Rule by Default*-Mechanismen). In einem ersten Schritt wird dabei untersucht, welche Probleme das deutsche und europäische Patent- und Kartellrecht bereits mit diesen Mechanismen erfasst bzw. zu erfassen versucht. Darüber hinaus liegt der Fokus auf der Frage, weshalb diese Mechanismen derzeit eine sehr geringe Bedeutung haben. Die Hauptfaktoren sind dabei

nach der in der Dissertation vertretenen Ansicht die sehr restriktive Anwendung der existierenden Vorschriften und die bestehende Rechtsunsicherheit. Darüber hinaus würden bei der Anwendung ökonomische Überlegungen eher eine untergeordnete Rolle spielen. In einem zweiten Schritt wird eine Kategorisierung verschiedener Varianten der in diesem Abschnitt analysierten Mechanismen vorgenommen. Dies geschieht, da in diesem Bereich Begrifflichkeiten derzeit nicht einheitlich verwendet werden; außerdem soll dadurch gezeigt werden, dass dem Gesetzgeber verschiedene Varianten offenstehen, um ein bestimmtes Problem, namentlich eine (potenzielle) Ineffizienz im Patentsystem zu adressieren. In einem dritten Schritt werden dann – auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse der beiden vorhergehenden Kapitel – aus rechtsökonomischer Sicht Vorschläge für eine Verbesserung des aktuellen deutschen Patentsystems gemacht, die auch allgemein in anderen Patentsystemen von Bedeutung sein können.



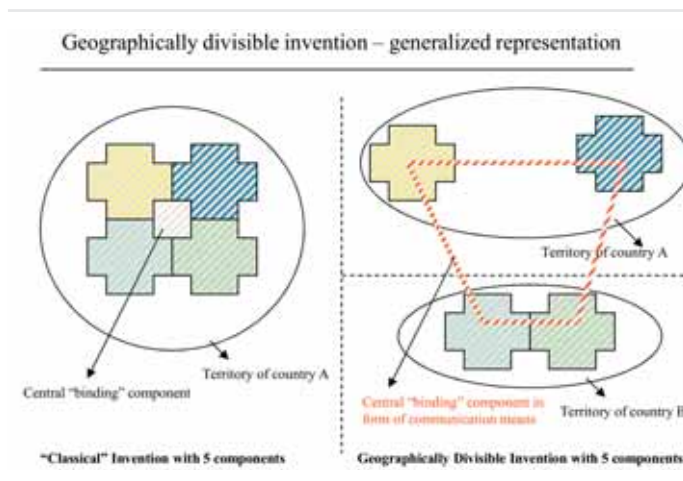
**Agnieszka Kupzok**

**Doktormutter /  
Betreuerin am Institut**  
Prof. Dr. Annette Kur

**Finanzierung**  
Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb, IMPRS-CI

### 3.9 Durchsetzung von Patentrechten auf geografisch-teilbare Erfindungen – Untersuchung der materiell-rechtlichen Vorschriften in grenzüberschreitenden Fällen

*In den letzten Jahren haben neue Patentverletzungskonstellationen die Aufmerksamkeit der Wissenschaft, der Experten im Bereich digitaler Technologie und der Konsumenten auf sich gezogen. Diese betreffen Patente auf Erfindungen, deren Bestandteile ohne räumliche Nähe zueinander ein funktionsfähiges System bilden können. Das Merkmal der geografischen Teilbarkeit der Erfindungen grenzt diese digitalen, internet-basierten technischen Innovationen von „herkömmlichen Maschinen“ ab. Die besondere Problematik dieser Konstellationen zeigt sich vor allem, wenn die Anwendung der nationalen, sich auf das Gebiet des jeweiligen Staates beziehenden materiell-rechtlichen Vorschriften über die Patentverletzung aus der Perspektive des globalen Computernetzwerks betrachtet wird, auf dem das Internet basiert. Die Dissertation untersucht, inwieweit das Patentrecht die Durchsetzung der Rechte an solchen Erfindungen ermöglicht.*



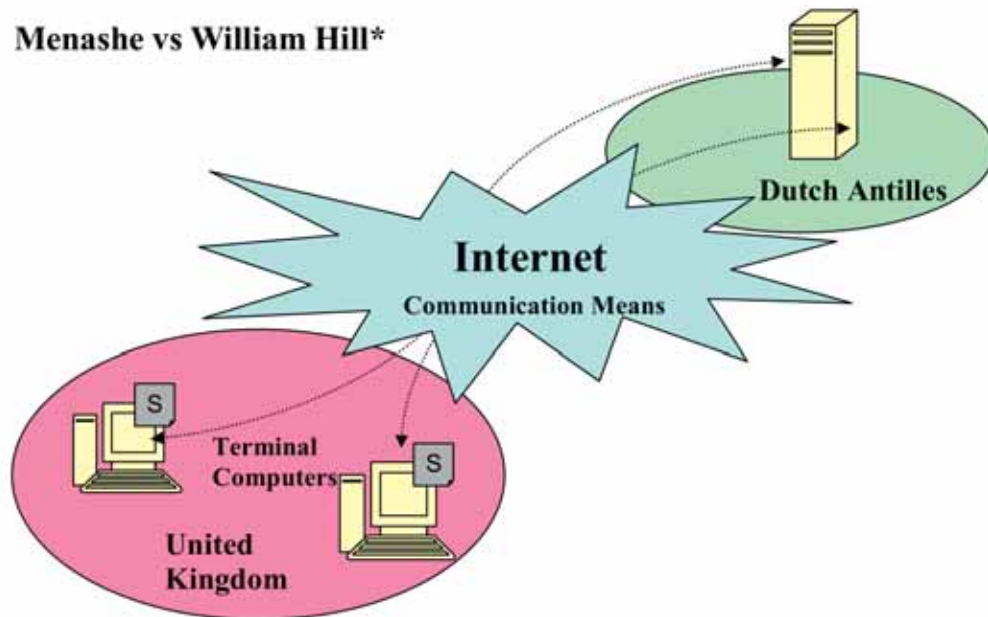
Derzeit werden geografisch teilbare Erfindungen durch das Rechtssystem nicht hinreichend geschützt. Ein Beispiel aus der britischen Rechtsprechung illustriert die Problematik anschaulich. In „Menashe Business Mercantile vs. William Hill“ (Menashe Business Mercantile Ltd vs. William Hill Organization Ltd, Court of Appeal, [2003] 1 All ER 279, [2003] 1 WLR

1462, [2002] EWCA Civ 1702, [2003] RPC 31 at [32] – Menashe) wurde dem Kläger auf der Basis einer Anmeldung nach dem „Europäischen Patentübereinkommen“ ein britisches Patent für ein System bestehend aus einem Server, einem Computerterminal, einem Softwareprogramm und dem Internet als Kommunikationsmittel zwischen diesen Komponenten erteilt. In der Patentanmeldung wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein Merkmal der Erfindung darin besteht, dass das System funktioniert, auch ohne dass die Komponenten zu einem Gegenstand verbunden sind. Diese geographische Teilbarkeit des Systems macht es möglich, insbesondere den Server an einem anderen Ort zu betreiben als das Computerterminal und die Softwareprogramme.

Der Beklagte hat ein identisches System geschaffen. Um die patentrechtlichen Konsequenzen und insbesondere den Tatbestand der mittelbaren Verletzungshandlung zu umgehen, richtete er den Server außerhalb Großbritanniens, nämlich auf den Niederländischen Antillen ein. Da er durch seine Aktivitäten keine patentierte Erfindung im Geltungsbereich des Patents verletzt hat, konnte er seiner Argumentation zufolge keine Patentverletzung in Großbritannien begehen.

Die Frage, die sich in diesem Fall sowie in ähnlichen Konstellationen stellt, ist somit, ob und in welchem Umfang ein territorial auf den Erteilungsstaat beschränktes Patentrecht auf Sachverhalte Anwendung findet – oder finden sollte –, bei denen insgesamt von der Lehre des Patents Gebrauch gemacht wird, jedoch die Bejahung der Verletzung allein an dem Umstand zu scheitern droht, dass die Verletzungsform durch ein Zusammenspiel von Bestandteilen ausgestaltet ist, die sich im Hoheitsgebiet verschiedener Staaten befinden.

Bei der Untersuchung der Behandlung dieser Fragen auf der Grundlage des materiellen Patentrechts in Deutschland und Großbritannien zeigt sich, dass die Verankerung der Patentrechtssysteme in territorial beschränkten und nationalen Denkmustern zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Erarbeitung angemessener Lösungen führt. Mit Schwerpunkt

**Menashe vs William Hill\*****S = software***\*Menashe Business Mercantile Ltd., v. William Hill Organization Ltd., [2002] EWCA Civ 1702*

auf den Entscheidungen „Menashe, Prepaid Karten II“ (OLG Düsseldorf, 2 U 51/08, Prepaid-Karten II, 10.12.2009, Beck RS 2010, 12415) und „NTP vs. RIM“ (NTP Inc. vs. Research in Motion Ltd., 418 F.3d 1282 (Fed. Cir. 2005)) untersucht die Arbeit die von den Gerichten gewählten Lösungswege. Neben den Unterschieden zwischen den einzelnen Ansätzen wird das Problem der Rechtsunsicherheit herausgestellt, das durch die insoweit zu konstatierende richterliche Rechtsfortbildung entstehen kann.

Auf die normative Ebene übertragen wirft die Analyse der Rechtsprechung die Frage auf, inwieweit territorial begrenzte, nationale Patentgesetze den Inhabern von Patenten auf Erfindungen, die eine solche geografische Teilbarkeit aufweisen, wirksame Rechtsmittel an die Hand geben. Diese Fragestellung wird in drei Schritten erörtert:

Im ersten Schritt wird ein normativer Rahmen in Form eines Kriterienkatalogs vorgestellt. Dieser dient als Versuch einer systematischen Bewertung der unterschiedlichen Lösungsansätze. In einem zweiten Schritt wird die theoretische Grundlage für diesen Kriterienkatalog erläutert, der auf einer Verbindung der das gesamte Patentrecht beherr-

schen Prinzipien der Verhandlung und des Ausgleichs beruht. Im letzten Schritt werden in Abgrenzung zu den in dieser Frage vertretenen Literaturmeinungen die Vorzüge des hier vertretenen Ansatzes, den Patentverletzungstatbestand um eine spezifische Regelung zu ergänzen, herausgestellt.

Im Ergebnis wird eine neue Vorschrift vorgeschlagen, die mehr Klarheit bietet und einen Patentschutz für moderne, auf der Netzwerktechnik basierende Technologien sicherstellt. Der Vorschlag beruht auf der (auch von M. Trimble, in *Global Patents: Limits in Enforcement* (2012) vertretenen) Auffassung, dass nur eine gesetzliche Regelung im materiellen Patentrecht – im Gegensatz zum Richterrecht – in der Lage ist, das notwendige Maß an Rechtsklarheit und -sicherheit zu bieten, das für Investoren wesentlich ist, um das Patentsystem zum Schutz ihrer Erfindungen nutzen zu können.



**Mark-Oliver  
Mackenrodt**

**Doktorvater /  
Betreuer am Institut**  
Prof. Dr. Josef Drexl

**Finanzierung**  
Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

### 3.10 Technologie statt Vertrag? Sachmangelbegriff, negative Beschaffenheitsvereinbarungen und AGB-Kontrolle beim Kauf digitaler Güter

*Verwendungsbeschränkungen bezüglich einer Kaufsache können entweder im Wege einer schuldrechtlichen Abrede oder technologisch implementiert werden, indem etwa bei digitalen Gütern technische Schutzmaßnahmen des Urheberrechts verwendet werden. Bei übermäßigen schuldrechtlichen Beschränkungen erfolgt ein Schutz des Käufers etwa durch zwingendes Recht oder durch die AGB-Kontrolle. Damit ergibt sich die Forschungsfrage, ob bei einer technologischen Implementierung von Verwendungsbeschränkungen – also bei der Verwendung einer Technologie statt eines Vertrages – die Rechtsordnung gleichwertige Schutzmechanismen zur Verfügung stellt, etwa in Gestalt der kaufrechtlichen Sachmängelhaftung.*

Verwendungs- und Nutzungsbeschränkungen bezüglich einer Kaufsache können bei digitalen Gütern – etwa durch den Einsatz von technischen Schutzmaßnahmen – mit geringem Aufwand implementiert werden. Zudem ist bei digitalen Gütern – im Vergleich zu klassischen Gütern – im Regelfall die Bandbreite der möglichen Beschränkungen noch größer und auf Grund der Komplexität der digitalen Produkte sind Beschränkungen für den Käufer häufig schwerer zu erkennen und zu verstehen. Nutzungsbeschränkungen können äußerst vielfältig sein und sich beispielsweise auf die Zeit, die Dauer, den Ort sowie die Art und Weise der Nutzung beziehen, aber auch auf das Einsatzgebiet des Produktes oder auf die Möglichkeit eines Weiterverkaufs. Bezogen auf einen etwaigen immaterialgüterrechtlichen Schutz durch das Urheberrecht kann eine – vertragliche oder technologische – Nutzungsbeschränkung beispielsweise vorsehen, dass bestimmte immaterialgüterrechtliche Verwertungshandlungen nicht vorgenommen werden dürfen, etwa weil sie dem Rechtsinhaber vorbehalten werden sollen. Jedoch kann eine Nutzungsbeschränkung auch über die Reichweite eines immaterialgüterrechtlichen Schutzes hinausgehen und diesen damit ausweiten. Dies ist etwa der Fall, wenn

sich die Beschränkung auf einen eigentlich immaterialgüterrechtlich nicht schutzfähigen Gegenstand bezieht, wenn die Schutzfrist bereits abgelaufen ist, Erschöpfung eingetreten ist oder wenn die untersagte Nutzung gar keine urheberrechtliche Verwertungshandlung darstellt.

Nutzungs- und Verwendungsbeschränkungen bezüglich einer Kaufsache können zwischen den Parteien zum einen im Wege einer rein schuldrechtlichen Abrede getroffen werden. Alternativ oder zusätzlich zu schuldrechtlichen Abreden können Beschränkungen der Kaufsache zum anderen auch technologisch implementiert werden. Bei digitalen Gütern kann etwa durch technische Schutzmaßnahmen eine bestimmte Verwendung des Produkts unmöglich gemacht werden. Beispielsweise kann die Weiterverkaufsmöglichkeit eines digitalen Guts technisch eingeschränkt werden. Eine schuldrechtliche Verwendungsbeschränkung und eine technologisch implementierte Beschränkung bilden ein Funktionsäquivalent. Darüber hinaus stellt jedoch eine Beschränkung, die technologisch implementiert wurde, gegenüber einer rein schuldrechtlichen Abrede unter mehreren Gesichtspunkten für den Nutzer oder Käufer im Regelfall eine stärkere Beeinträchtigung dar: Eine technologische Beschränkung kann zunächst einseitig vorgenommen werden. Zudem begünstigt eine technologisch implementierte Beschränkung auf der Durchsetzungsebene den Verwender: Bei einer übermäßigen schuldrechtlichen Beschränkung, die rechtlich unwirksam ist, kann nämlich der Nutzer die unwirksame Abrede einfach ignorieren und der Verwender muss ggf. gerichtliche Schritte einleiten. Hingegen entfaltet eine funktionsäquivalente übermäßige technologische Beschränkung automatisch ihre faktische Wirkung zu Gunsten des Verwenders. Des Weiteren kommt einer schuldrechtlichen Beschränkung lediglich konkret-individuelle Wirkung zwischen den Vertragsparteien zu. Demgegenüber wirken beschränkende technische Schutzmaßnahmen gegenüber jedermann und ähneln damit in ihrer Reichweite der *erga omnes*-Wirkung von Rechtsnormen. Insoweit kann in einer massenhaften Verwendung von technischen

Schutzmaßnahmen eine Privatisierung der Rechtsetzung gesehen werden. Geht nämlich beispielsweise eine technologische Beschränkung über die Reichweite des gesetzlich vorgesehenen Immaterialgüterschutzes hinaus, so wird dieser faktisch ausgeweitet und es kommt zu einer Verschiebung gegenüber dem in der gesetzlichen Regelung gefundenen Interessenausgleich.

Bei einer Nutzungsbeschränkung, die schuldrechtlich implementiert wird, ergibt sich gegenüber übermäßigen Einschränkungen ein gewisser Schutz des Käufers etwa aus zwingenden Rechtsvorschriften, Transparenzanforderungen sowie aus der zivilrechtlichen AGB-Kontrolle. Beispielsweise hatte in der jüngeren Rechtsprechung der BGH die schuldrechtliche Wirksamkeit einer Klausel zu beurteilen, die es dem Erwerber untersagte, Software als Gebrauchware weiterzuverkaufen. Auf Vorlagefrage durch den BGH stellte der EuGH im Fall „UsedSoft“ fest, dass unter bestimmten Voraussetzungen eine urheberrechtliche Erschöpfung zu bejahen ist und dass der Veräußerer den Weiterverkauf daher nicht unter Berufung auf sein Immaterialgüterrecht untersagen kann. Unter Beachtung dieser Rechtsauffassung obliegt die abschließende Beurteilung der schuldrechtlichen Wirksamkeit der den Weiterverkauf einschränkenden Klausel nun den mitgliedstaatlichen Gerichten. Damit ergibt sich als Forschungsfrage der Arbeit, ob bei einer technologischen Implementierung von Verwendungsbeschränkungen – verglichen mit der Konstellation schuldrechtlicher Beschränkungen – die Rechtsordnung gleichwertige Schutzmechanismen zur Verfügung stellt – etwa in Gestalt der kaufrechtlichen Sachmängelhaftung – oder ob dem Verkäufer durch den Einsatz einer Technologie statt eines Vertrages eine „Flucht aus der AGB-Kontrolle“ möglich ist.

Die Arbeit konzipiert unter Rückgriff auf grundlegende dogmatische und ökonomische Erkenntnisse ein eigenes dogmatisches Modell, das einen stärkeren Gleichlauf bei der Bewertung von Nutzungsbeschränkungen unabhängig davon ermöglicht, ob sie vertraglich oder technologisch implementiert worden sind. Zu diesem Zweck werden

der Sachmangelbegriff für die unterschiedlichen Wertungen der Rechtsordnungen, insbesondere der AGB-Kontrolle und des Urheberrechts, geöffnet und technische Schutzmaßnahmen als geronnenes Vertragsrecht oder materialisierte Vertragsklauseln betrachtet, die – ähnlich wie formularmäßige schuldrechtliche Abreden – eine Ausübung einseitiger Gestaltungsmacht darstellen. Es wird untersucht, inwieweit das Kaufrecht eine externe Beschränkung gegenüber einer Verwendung von solchen technischen Schutzmaßnahmen des Urheberrechts darstellt, die rechtspolitisch als zu weitgehend empfunden werden. Die Arbeit entwickelt zudem einen eigenständigen normativen Sachmangelbegriff, der bei neuartigen technologischen Produkten mit größerer Rechtssicherheit gehandhabt werden kann. Bei solchen Kaufsachen besteht nämlich häufig keine standardisierte Verkehrsüblichkeit, die als Referenzpunkt zur Bestimmung der objektiven Normalbeschaffenheit dienen kann.



**Iza Razija Mešević**

**Doktorvater**

Prof. Dr. Reto M. Hilty

**Betreuerin am Institut**

Dr. Silke von Lewinski

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

### 3.11 Das Recht und die Praxis der Verwertungsgesellschaften in Südosteuropa – regionale Besonderheiten und EU-Einflüsse

*Seit dem Beitritt Sloweniens und Bulgariens erstreckt sich die EU auch auf diese Gebiete Südosteuropas. Andere südosteuropäische Staaten (Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, Mazedonien, Albanien und Kosovo) sind von der europäischen Integration aber nicht abgekoppelt, sie durchlaufen vielmehr einen Prozess der Stabilisierung und der Assoziierung mit der EU. Trotzdem ist in EU-Wissenschaftskreisen die kollektive Rechtswahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Südosteuropa weitgehend unbekannt. Viele Abhandlungen beschäftigen sich mit dem Wahrnehmungsrecht und den Verwertungsgesellschaften von EU-Ländern wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien; das Recht und die Praxis der Verwertungsgesellschaften der Länder Südosteuropas werden dagegen nicht umfassend behandelt. Dabei entstand in den letzten zwanzig Jahren dort eine vielfältige und teilweise spezifische Landschaft von Verwertungsgesellschaften, deren Rechtsgrundlagen und Besonderheiten eine Würdigung verdienen. Die Dissertation wirft einen Blick über den Tellerrand der traditionellen und großen europäischen Verwertungsgesellschaften und steuert einen Beitrag zur Transparenz der Wahrnehmungssysteme von jungen und künftigen EU-Mitgliedstaaten bei. Ferner geht sie der Frage nach, wie diese kleinen Verwertungsgesellschaften ihren Platz im Kontext der immer stärker werdenden Tendenz nach mehr grenzüberschreitender Lizenzierung im Online-Bereich und mehr Wettbewerb zwischen den Verwertungsgesellschaften finden können.*

Die Dissertation gibt zunächst einen kurzen historischen Überblick über die Regelungen dieses Rechtsgebiets in Südosteuropa sowie einen Einblick in den Status quo des Urheberrechtsschutzes in den betreffenden Ländern. Allerdings liegt der Fokus der Untersuchung darauf, die Wurzeln und die Entwicklung des Rechts und der Praxis der kollektiven Rechtswahrnehmung in den einzelnen Ländern darzustellen und ihre nationalen Besonderheiten

anzuzeigen. Im Mittelpunkt der weiteren Untersuchung steht die Bestandsaufnahme des Rechtsrahmens für die kollektive Rechtswahrnehmung in der EU. Auf diese Weise werden die Grundlagen für die spätere Bewertung der potenziellen Auswirkungen des EU-Rechts der Verwertungsgesellschaften auf das Wahrnehmungsrecht und die Praxis der kollektiven Rechtswahrnehmung der betreffenden Staaten gelegt. In der nächsten Untersuchungsphase werden die Verwertungsgesellschaften in Südosteuropa und ihre Eigentümlichkeiten eingehend beleuchtet. Dabei wird insbesondere auf die Gründungsgeschichte, den Tätigkeitsbereich und die Position aller in den betreffenden Staaten tätigen Verwertungsgesellschaften eingegangen. Danach folgt eine kritische Prüfung des gegenwärtigen Wahrnehmungsmarktes der Region und seiner Schwachstellen, wobei mögliche Maßnahmen für die Behebung einiger dieser Probleme vorgeschlagen werden. Im zentralen Teil der Untersuchung werden rechtsvergleichende Besonderheiten, vorbildhafte Lösungen, aber auch Unzulänglichkeiten der Wahrnehmungsregelungen der betreffenden Länder analysiert und evaluiert. Darüber hinaus wird die Wahrnehmungspraxis lokaler Verwertungsgesellschaften vorwiegend im Bereich der Musik bewertet. Ebenso werden die Regelungen und die Wahrnehmungspraxis untersucht, die das Ergebnis der Umsetzung oder der Reflexion des EU-Rechtsrahmens auf diesem Gebiet sind. Abschließend werden Überlegungen zu den Perspektiven der kleinen Verwertungsgesellschaften der Region angestellt, insbesondere im Hinblick auf das Bedürfnis nach einer grenzüberschreitenden Lizenzierung im Bereich der Online-Rechte der Musik und des für diese Zwecke aufgestellten EU-Rechtsrahmens. Dabei werden neue nationale und regionale Strategien für die Erhaltung dieser Verwertungsgesellschaften vorgestellt.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen zunächst, dass nach den politischen und sozialen Reformen in diesen Ländern eine Neukodifizierung und -definition im Bereich des Urheberrechts erfolgte. Ferner wird festgestellt, dass mit Ausnahme von Bosnien und Herzegowina, das ein besonderes Gesetz auf



diesem Gebiet verabschiedete, die Regelung dieser Materie im Rahmen der nationalen Urheberrechtsgesetze überwiegt. Darüber hinaus wird beobachtet, dass, im Gegensatz zu Bulgarien und Albanien, die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien bei der Errichtung ihrer eigenen nationalen Wahrnehmungssysteme durch die kontinentaleuropäisch orientierte Regelung und Praxis des ehemaligen Staates auf diesem Gebiet einen erheblichen Vorteil hatten. Bei der Untersuchung des Rechtsrahmens der kollektiven Rechtswahrnehmung in der EU wird festgestellt, dass dieser noch im Aufbau begriffen ist, und dass infolgedessen für die Gesetzgeber der Region Südosteuropa nur wenige Maßstäbe und Vorbilder bestehen, an denen sie sich bei der Gestaltung der nationalen Regelungen für die Tätigkeit von Verwertungsgesellschaften orientieren können. Die Untersuchung der einzelnen Verwertungsgesellschaften der Region führt zum Ergebnis, dass in einigen Ländern das System der kollektiven Rechtswahrnehmung stark von den Rivalitäten zwischen einigen der Verwertungsgesellschaften gekennzeichnet ist, wofür potenzielle Lösungen angeboten werden. Ferner wird erkannt, dass in einigen Ländern der Region die deutliche Dominanz einer Verwertungsgesellschaft auf dem Wahrnehmungsmarkt zu erkennen ist, die unterschiedliche Hintergründe hat. Schließlich wird unterstrichen, dass permanente Änderungen der Wahrnehmungsregelungen zur Destabilisierung der dortigen Wahrnehmungssysteme beitragen können. Die Analyse des Wahrnehmungsrechts und der Praxis der Verwertungsgesellschaften im Bereich der Musik führt unter anderem zum Ergebnis, dass die Übernahme des EU-Rechts der kollektiven Rechtswahrnehmung in den südosteuropäischen Ländern nur im Hinblick auf die Vorgaben aus den Harmonisierungsrichtlinien vollständig ist. Zudem wird ermittelt, dass die regionalen Wahrnehmungsregelungen und die Praxis der dortigen Verwertungsgesellschaften gewisse auffällige Lösungen zeigen (z.B. Monopolposition, Methode der Tarifaufstellung und Gründungskontrolle). Im Rahmen der Untersuchung von Perspektiven der kleinen Verwertungsgesellschaften der Region werden nationale Strategie-

gien vorgeschlagen; unter anderem, dass die Verwertungsgesellschaften ihren Fokus auf die nationalen Rechteinhaber richten und ihre Tätigkeit durch die Bildung nationaler *one-stop-shops* und durch Outsourcing einzelner Wahrnehmungsdienstleistungen rationalisieren. Die regionalen Strategien setzen auf die Schaffung einer „Supragesellschaft“ und/oder die Anlehnung an das Kooperationsmodell der Verwertungsgesellschaften der nordisch-baltischen Region.



**Johanna  
Müller-Graff**

**Doktorvater**

Prof. Dr. Josef Drexler

**Betreuer am Institut**

Dr. Beatriz Conde Gallego

Prof. Dr.

Rupprecht Podszun

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

### 3.12 Der Parallelhandel mit Arzneimitteln im europäischen Binnenmarktrecht

*Die wirtschaftliche Bedeutung des Parallelhandels mit Arzneimitteln hat in jüngerer Zeit stark zugenommen, wogegen sich die forschende Pharmaindustrie durch vielfältige Strategien zur Wehr setzt. Sie befürchtet infolge des Parallelhandels Verluste, die es ihr unmöglich machen, die hohen Forschungs- und Entwicklungskosten zu amortisieren. Allen Strategien ist gemeinsam, dass sie sich unmittelbar oder mittelbar auf Immaterialgüterschutz stützen. Die Arbeit will hierzu eine umfassende binnenmarktrechtliche Analyse liefern. Sie betrachtet sowohl die kartell- als auch die warenverkehrsrechtliche Seite und zeigt etwaige Friktionen zwischen beiden Normkomplexen auf. Die Verfasserin setzt sich dabei insbesondere mit den ökonomischen Argumenten in der Diskussion über Zulässigkeit und Grenzen des Parallelhandels mit Arzneimitteln in der EU auseinander („more economic approach“).*

Parallelhandel ist der Oberbegriff für Parallelimporte, Parallelvertrieb und Reimporte. Allen diesen parallelen Vertriebsformen ist gemeinsam, dass sie außerhalb des vom ursprünglichen Hersteller für seine Erzeugnisse in einem Mitgliedstaat aufgebauten Vertriebsnetzes stattfinden. Großhändler nutzen das infolge fehlender Harmonisierung in der EU bestehende Preisgefälle für Arzneimittel, indem sie diese ins Inland importieren und dort zu günstigeren Preisen anbieten als die Hersteller.

Die Parallelhandelsproblematik im Arzneimittelsektor ist als solche nicht neu. Bereits 1974 hatte sich der EuGH in zwei wegweisenden Entscheidungen („Centrafarm/Sterling Drug“ und „Centrafarm/Winthrop“) zur warenverkehrsrechtlichen Zulässigkeit von Parallelimportuntersagungen in diesem Sektor, die auf national gewährten Immaterialgüterschutz gestützt worden waren, geäußert. Diese Rechtsprechung hat er in der Folgezeit um verschiedene Aspekte weiterentwickelt. Sie wurde im wissenschaftlichen Schrifttum eingehend kommentiert und zum Teil scharf kritisiert. Gleichwohl ist derzeit

keine Tendenz dahingehend erkennbar, dass der EuGH nicht weiter an diesen Grundsätzen festhalten will. Auch zur kartellrechtlichen Perspektive existieren bereits rechtswissenschaftliche Abhandlungen, die sich im engeren oder weiteren Kontext mit der Parallelhandelsproblematik im Arzneimittel-sektor befassen.

Ausgehend von diesem Stand in der rechtswissenschaftlichen Auseinandersetzung hat sich die Arbeit zum Ziel gesetzt, eine übergreifende binnenmarktrechtliche Analyse der Parallelhandelsproblematik im Arzneimittelsektor durchzuführen, die sowohl die kartell- als auch die warenverkehrsrechtliche Seite betrachtet und dabei möglicherweise bestehende Friktionen zwischen beiden Normkomplexen aufzeigt.

Die Arbeit setzt ihren Schwerpunkt dabei auf die Missbrauchsaufsicht (Art. 102 AEUV). Dort geht es primär um die Frage, ob ein Pharmaunternehmen seine marktbeherrschende Stellung missbräuchlich ausnutzt, wenn es sich weigert, Arzneimittelgroßhändler in vollem Umfang zu beliefern, um die Exporttätigkeit dieser Großhändler einzuschränken. Die kartellrechtliche Analyse geht dabei insbesondere auf den hohen Grad staatlicher Regulierung im Arzneimittelsektor, die Frage nach einem *per-se*-Verbot, mögliche Effizienzvor- und -nachteile für Patienten und Sozialversicherungsträger sowie auf die vorrangige Ausrichtung der Europäischen Kommission an der Konsumentenwohlfahrt ein. Das seitens der Pharmaindustrie vorgebrachte „Innovationsargument“ wird kritisch – auch unter Rückgriff auf ökonomische Analysen – überprüft. Relevanz kommt dabei den Querbezügen zu den Immaterialgüterrechten, insbesondere zum Patent- und Markenrecht, zu. Die gesamte Problematik wird unter dem Schlagwort eines *more economic approach*, den die Kommission im Zuge ihres „Modernisierungsprozesses“ für das europäische Wettbewerbsrecht seit einiger Zeit verfolgt, diskutiert. Untersucht werden zudem Notwendigkeit, Möglichkeiten und etwaige Konsequenzen eines ökonomischeren Ansatzes für den Grundsatz der unionsweiten Erschöpfung (Art. 34, 36 AEUV) hinsichtlich der Problematik des Parallelhandels mit Arz-

neimitteln. Dabei stellt sich insbesondere die Frage nach dem Erfordernis und der Gebotenheit eines „ganzheitlichen Ansatzes“ für die kartell- und warenverkehrsrechtlichen Vorschriften.

Die Arbeit kommt im Rahmen der kartellrechtlichen Missbrauchsanalyse zu dem Ergebnis, dass auch bei einem ökonomischeren Ansatz für Art. 102 AEUV, wie ihn der EuGH derzeit zugrunde legt, das „Innovationsargument“ der Pharmaindustrie jedenfalls gegenwärtig noch zu pauschal ist und demzufolge einseitige missbräuchliche Lieferstrategien zum Zwecke der Begrenzung der Parallelhandelsbeschränkung nicht rechtfertigen kann. Allerdings böte nach Auffassung der Verfasserin insoweit eine stärkere „formelle“ Ökonomisierung Ansatzpunkte für eine entsprechende Rechtfertigung. Voraussetzung ist jedoch stets, dass es Pharmaunternehmen besser als bisher gelingt, die behaupteten Kausalzusammenhänge zwischen Parallelhandel, Erträgen und Investitionen in Forschung und Entwicklung mit konkretem Faktenmaterial zu untermauern und zu beweisen. In Bezug auf die Warenverkehrsvorschriften kommt die Arbeit zu dem Ergebnis, dass Parallelhandelsbeschränkungen, die nach dem erstmaligen freiwilligen Inverkehrbringen eines Präparats in einem Mitgliedstaat mit Patentschutzmöglichkeit auf Immaterialgüterrechte im Importstaat gestützt werden, grundsätzlich als unzulässig anzusehen sind. Ein „ganzheitlicher Ansatz“ mit dem Ziel, einen Gleichlauf der Rechtsfolgen eines ökonomisierten Kartellrechts und der Warenverkehrsvorschriften herbeizuführen, ist nach Ansicht der Verfasserin zwar abzulehnen. Denn auch wenn ein solcher Gleichlauf aus politisch-ökonomischer Sicht konsequent erscheint, wäre er vom Recht der Verträge derzeit nicht gedeckt. Gleichwohl wäre auch in der warenverkehrsrechtlichen Erschöpfungsproblematik eine stärker ökonomisch geprägte Sichtweise, die die Funktionen von Immaterialgüterrechten auf innovativen Märkten stärker berücksichtigt, durchaus wünschenswert.

#### Veröffentlichung

*Müller-Graff, Johanna, Der Parallelhandel mit Arzneimitteln im europäischen Binnenmarktrecht (Münchner Schriften zum Europäischen und Internationalen Kartellrecht, 32), Stämpfli, Bern 2014, XXIX + 516 S.*



**Sophie Neumann**

**Doktormutter /  
Betreuerin am Institut**

*Prof. Dr. Annette Kur*

**Finanzierung**

*Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb*

**Auszeichnung**

*Fakultätspreis der  
Juristischen Fakultät  
der LMU*

### 3.13 Die kollisionsrechtliche Behandlung der Haftung für die Ermöglichung von Immaterialgüterrechtsverletzungen

*Die Arbeit behandelt die Haftung für die Ermöglichung von Immaterialgüterrechtsverletzungen aus der Sicht des Internationalen Privat- und Zivilverfahrensrechts. Im Mittelpunkt steht die Frage, welches Recht bei grenzüberschreitenden Sachverhalten, wie sie typischerweise im Internet entstehen, über die Haftung des Intermediärs, der eine Immaterialgüterrechtsverletzung durch das Bereitstellen einer Plattform oder eines Zugangsdienstes ermöglicht, entscheiden soll. Ausgehend von den Vorgaben des immaterialgüterrechtlichen Territorialitätsprinzips und der darauf aufbauenden Schutzlandanknüpfung sowie deren Grenzen, den Vorgaben des Unionsrechts und der materiellrechtlichen Ausgestaltung verschiedener Formen der Haftung für die Ermöglichung von Immaterialgüterrechtsverletzungen im deutschen, französischen und US-amerikanischen Recht wird für die Haftung der Intermediäre eine eigenständige kollisionsrechtliche Anknüpfung befürwortet, die zur Anwendung eines vorhersehbaren Rechts führt.*

Den Ausgangspunkt bildet die Frage, wie weit die Vorgaben des immaterialgüterrechtlichen Territorialitätsprinzips und der im Internationalen Immaterialgüterrecht traditionell vorherrschenden Schutzlandanknüpfung mit Blick auf die Ermöglichung von Immaterialgüterrechtsverletzungen reichen. Das Territorialitätsprinzip besagt, dass sich der räumliche Wirkungsbereich eines immaterialgüterrechtlichen Schutzrechts auf das Gebiet desjenigen Staates beschränkt, nach dessen Rechtsordnung es begründet wurde, und dass das Schutzrecht außerhalb des Entstehungsstaates damit grundsätzlich keinen Schutz genießt. Da der Rechtsinhaber demzufolge nur für das Hoheitsgebiet des schutzrechtserteilenden Staates Benutzungshandlungen Dritter verbieten kann, kann auch eine tatbestandsmäßige Verletzung seines Schutzrechts nur in dem schutzrechtserteilenden Staat erfolgen. Das Territorialitätsprinzip selbst ist dabei auf der sachrechtlichen Ebene anzusiedeln und trifft in dieser Eigenschaft jedenfalls keine unmittelbare Aussage über das auf Imma-

terialgüterrechte anzuwendende Recht. Als Wesensmerkmal der Immaterialgüterrechte ist das Territorialitätsprinzip bei der kollisionsrechtlichen Frage nach dem auf einen Sachverhalt mit immaterialgüterrechtlichem Bezug anwendbaren Recht aber gleichwohl zu berücksichtigen. Soweit ein Sachverhalt die Entscheidung des Entstehungsstaates über Gewährung und Reichweite des immaterialgüterrechtlichen Schutzes und damit den Kern des Territorialitätsprinzips berührt, setzt sich das Interesse an der Anwendung des Rechts des Entstehungsstaates durch. Diese Vorrangstellung des Rechts des Entstehungsstaates wird durch die Schutzlandanknüpfung zugunsten der *lex loci protectionis* abgesichert. Soweit dagegen die Entscheidung des Entstehungsstaates über Gewährung und Reichweite des immaterialgüterrechtlichen Schutzes nicht oder nur am Rande berührt wird, setzt sich das auf das Territorialitätsprinzip gestützte Interesse an der Anwendung des Rechts des Entstehungsstaates auf der kollisionsrechtlichen Ebene gegenüber anderen Interessen nicht zwingend durch. Diese Erkenntnis öffnet den Weg für eine kollisionsrechtliche Alternative zur Schutzlandanknüpfung für die Haftung für die Ermöglichung von Immaterialgüterrechtsverletzungen. Die Arbeit wendet sich dann den Fragen nach der internationalprivatrechtlichen Qualifikation und nach einem geeigneten kollisionsrechtlichen Anknüpfungsmoment zu. Ergänzend werden Aspekte der internationalen Zuständigkeit behandelt.

Zur Bestimmung und Konkretisierung der Vorgaben des Territorialitätsprinzips und der darauf aufbauenden kollisionsrechtlichen Schutzlandanknüpfung werden zunächst deren dogmatische Begründung erörtert und dabei auch deren Grenzen aufgezeigt. Anschließend werden die sich aus dem Unionsrecht, insbesondere Art. 8 der sog. „Rom II-Verordnung“, sowie aus den internationalen Schutzkonventionen ergebenden Vorgaben analysiert. Für die Qualifikation der Haftung für die Ermöglichung von Immaterialgüterrechtsverletzungen werden die punktuellen Vorgaben aus dem Unionsrecht und die materiell-rechtliche Ausgestaltung verschiedener Formen der Haftung im deutschen, französischen und US-amerikanischen Recht darge-

stellt, um im Sinne einer funktional-rechtsvergleichenden Qualifikation anschließend die Besonderheiten und Funktionen der jeweiligen Haftungsformen herauszuarbeiten. Zur Bestimmung eines geeigneten Anknüpfungsmoments werden die kollisionsrechtlich relevanten Interessen ermittelt und bewertet, wobei – neben dem immaterialgüterrechtlichen Territorialitätsprinzip – der kontinental-europäischen Rechtstradition folgend vornehmlich private Interessen (und nicht die Interessen der jeweiligen Staaten an der Anwendung ihres Rechts) in die kollisionsrechtliche Interessenabwägung Eingang finden. Die Fragen der internationalen Zuständigkeit werden ausgehend von der Rechtslage innerhalb der EU anhand der sog. „Brüssel I-Verordnung“ erörtert.

Aus dem Territorialitätsprinzip ergeben sich für die Haftung für die Ermöglichung von Immaterialgüterrechtsverletzungen keine zwingenden kollisionsrechtlichen Vorgaben zugunsten der *lex loci protectionis*. Die internationalen Schutzkonventionen treffen hierzu ebenfalls keine klare kollisionsrechtliche Aussage. Das Unionsrecht gibt mit Art. 8 der Rom II-Verordnung die Schutzlandanknüpfung einheitlich für alle aus der Verletzung eines Immaterialgüterrechts resultierenden Ansprüche und damit auch für die Haftung für die Ermöglichung von Immaterialgüterrechtsverletzungen vor, so dass innerhalb der EU *de lege lata* kein Raum für eine abweichende kollisionsrechtliche Anknüpfung bleibt. *De lege ferenda* erscheint diese aber möglich und wünschenswert. Für die Formulierung einer interessengerechten kollisionsrechtlichen Lösung ist ausgehend von den materiell-rechtlichen Unterschieden und der unterschiedlichen kollisionsrechtlichen Interessenlage zwischen gezielten Unterstützungshandlungen und neutralen Ermöglichungshandlungen zu differenzieren. Aufgrund ihres engen Bezuges zu der Immaterialgüterrechtsverletzung sowie ihrer Unrechtsakzessorietät werden gezielte Unterstützungshandlungen der für die ermöglichte Immaterialgüterrechtsverletzung geltenden Schutzlandanknüpfung unterstellt, die in diesem Fall auch zur Anwendung einer oder mehrerer für den Unterstützer vorhersehbarer Rechtsordnungen führt. Für neutrale Ermöglichungshandlungen, deren Unrechtsgehalt

### Veröffentlichung

Neumann, Sophie, *Die Haftung der Intermediäre im Internationalen Immaterialgüterrecht. Vorgaben und Grenzen von Territorialitätsprinzip und Schutzlandanknüpfung (Abhandlungen zum Urheber- und Kommunikationsrecht, 59)*, Nomos, Baden-Baden 2014, 534 S.

nicht allein aus der Ermöglichung einer Immaterialgüterrechtsverletzung, sondern zusätzlich über die Verletzung einer Sorgfalts- oder besonderen Überwachungspflicht zu begründen ist und bei denen der Bezug zur ermöglichten Immaterialgüterrechtsverletzung gelockert ist, wird dagegen eine eigenständige kollisionsrechtliche Anknüpfung befürwortet. Die Schutzlandanknüpfung erweist sich hier nicht mehr als interessengerecht, weil sie, abhängig von den im einzelnen ermöglichten Immaterialgüterrechtsverletzungen, zu einer Vielzahl anwendbarer und für den Intermediär nicht vorhersehbarer Rechtsordnungen führt. Es bietet sich eine Anknüpfung an den für die Ermöglichung der Immaterialgüterrechtsverletzung maßgeblichen Handlungsort an, der an dem Ort anzusiedeln ist, an dem die unternehmerischen Entscheidungen zur Ausgestaltung des Angebots und die gegebenenfalls erforderlichen Vorkehrungen zur Vermeidung von Rechtsverletzungen getroffen werden. Im Rahmen der internationalen Zuständigkeit ist der deliktische Gerichtsstand in beiden Konstellationen jedenfalls auch im Schutzstaat des verletzten Immaterialgüterrechts eröffnet. Eine zusätzliche Eröffnung des Konnexitätsgerichtsstands am (Wohn-)Sitz des unmittelbaren Verletzers ist für neutrale Ermöglichungshandlungen abzulehnen.



**Maria Elena Paulus**

**Doktorvater**

Prof. Dr. Ansgar Ohly

**Betreuerin am Institut**

Prof. Dr. Annette Kur

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb, GRUR

### 3.14 Markenfunktionen und referierende Benutzung

*Wie weit geht der Markenschutz in der EU? Diese Frage ist auch nach zwei Jahrzehnten noch nicht beantwortet. Im Jahr 2009 führte der EuGH mit dem „L'Oréal“-Urteil einen multifunktionalen Ansatz beim Identitätsschutz ein. Die wesentlichen Begriffe definierte er dort aber nur unzureichend; seine darauf aufbauende Rechtsprechung ist deswegen teilweise nicht vorhersehbar und lässt die nationalen Gerichte manchmal im Unklaren. Die Europäische Kommission wollte dies im Rahmen der anstehenden umfassenden Reform des europäischen Markenrechts ändern; wegen ernsthafter inhaltlicher Zweifel wurde der Vorschlag jedoch überwiegend abgelehnt, so dass nach wie vor keine gesetzliche Lösung der offenen Fragen in Sicht ist. Nach einer Analyse des europäischen Markenrechts, die auch die ökonomischen Grundlagen in den Blick nimmt, sowie einer Auseinandersetzung mit dem „Nominative Fair Use“ des US-Markenrechts und Lösungsvorschlägen der Literatur wird ein eigener rechtspolitischer Vorschlag unterbreitet. Im Kern geht es darum, den Identitätsschutz aufzuspalten in einen Verletzungstatbestand für klassische Pirateriefälle und einen für die grundsätzlich erlaubte referierende Benutzung.*

Im Wesentlichen sieht der eigene Lösungsvorschlag wie folgt aus: Der Verletzungstatbestand für die referierende Benutzung räumt dem Markeninhaber nur dann die Möglichkeit ein, gegen diese Benutzung seiner Marke vorzugehen, wenn sie nicht den anständigen Gepflogenheiten in Gewerbe und Handel entspricht. Nach dieser Generalklausel sollen einige Regelbeispiele der unlauteren referierenden Benutzung folgen.

Erstens ist die Benutzung einer Marke als Bestimmungshinweis für Produkte des Dritten, unlauter, falls sie nicht notwendig ist.

Zweitens kann die Benutzung eines mit der Marke identischen oder ihr ähnlichen Zeichens zum Zwecke des Kommentars, der Kritik, der Parodie oder einer sonstigen künstlerischen Auseinandersetzung unlauter sein, wenn nach einer umfassenden Interessenab-

wägung festzustellen ist, dass die von der Eigentumsfreiheit des Markeninhabers umfassten Schutzinteressen schwerer wiegen als die von der Meinungs- und/oder Kunstfreiheit abgedeckten Belange des Dritten.

Drittens ist die Benutzung eines mit einer Marke identischen oder ihr ähnlichen Zeichens für *Keyword Advertising* nach neuen Maßstäben zu regeln. Eine Verwechslungsgefahr sollte nur angenommen werden, wenn in der Anzeige entweder eine wirtschaftliche Verbindung des Werbenden zum Markeninhaber vorgetäuscht wird, ein mit der Marke identisches oder ihr ähnliches Zeichen benutzt wird, ohne dass der Werbende das eigene Angebot mit dem des Markeninhabers vergleicht oder in den übrigen Fällen darüber aufklärt, dass keine wirtschaftliche Verbindung zum Markeninhaber besteht, oder eine Domain angegeben wird, die mit derjenigen des Markeninhabers verwechselt werden kann.

Viertens sollte die Benutzung einer fremden Marke als Bestandteil einer originalgetreuen modellhaften Nachbildung aufgegriffen werden. Sie sollte nur dann unzulässig sein, wenn der Modellhersteller über die bloße Benutzung der Marke auf dem Modell hinaus durch missverständliche Äußerungen in seiner Werbung, auf der Verpackung oder in sonstigem Begleitmaterial, wie etwa einer Gebrauchsanweisung, den Eindruck erweckt, es bestünde eine wirtschaftliche Verbindung zwischen ihm und dem Markeninhaber.

Dem sollen noch zwei weitere Regelbeispiele folgen, die ihre eigenen Verbotsvoraussetzungen nennen. Das ist zunächst die Benutzung eines mit der Marke identischen oder ihr ähnlichen Zeichens in vergleichender Werbung, die nicht den Zulässigkeitsbedingungen des Art. 4 WerbeRL entspricht. Außerdem sollte die Benutzung einer Marke im Rahmen des Weitervertriebs von Originalware im Ergebnis in derselben Weise, wie sie bisher in Art. 7 MRRL bzw. Art. 13 GMV vorgesehen ist, geregelt werden, jedoch statt als Schranke der Erschöpfung als entsprechender Verletzungstatbestand.

Nach dem Regelbeispielskatalog sollten in einem weiteren Satz die Beurteilungskriterien festgelegt werden, nach denen eine referierende Benutzung nicht den anständigen Gepflogenheiten in Gewerbe und Handel entspricht. Dies ist der Fall, wenn, erstens, sie den Eindruck erweckt, es bestünde eine wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Dritten und dem Markeninhaber, sich der Dritte dessen hätte bewusst sein müssen und diese Verwechslungsgefahr vermeidbar war; zweitens, sie ohne rechtfertigenden Grund in unlauterer Weise die Unterscheidungskraft oder die Wertschätzung einer in dem betreffenden Mitgliedstaat (im Falle der Gemeinschaftsmarke in der EU) bekannten Marke ausnutzt oder deren Wertschätzung beeinträchtigt; drittens, die Marke durch die Benutzung herabgesetzt wird; viertens, der Dritte seine Ware als Imitation oder Nachahmung der Ware des Markeninhabers darstellt; oder, fünftens, der Dritte die Marke nicht nur in dem Maße benutzt, wie es für die Identifizierung der Produkte des Markeninhabers erforderlich ist.

#### Veröffentlichung

*Paulus, Maria Elena, Markenfunktionen und referierende Benutzung (Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht, 86), Mohr Siebeck, Tübingen 2014, XX + 374 S.*



**Patricia Pérez  
Fernández**

**Doktormutter**

Prof. Dr.  
María Angeles Alcalá Díaz

**Betreuer am Institut**

Prof. Dr.  
Rupprecht Podszun

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

### 3.15 Die Verteidigung privater Interessen im Rahmen von Kartellschadensersatzansprüchen, mit Schwerpunkt in der Aktivlegitimation

*Die Arbeit vergleicht die Kartellrechtsdurchsetzung in den USA und in der EU und berücksichtigt dabei die jüngsten Entwicklungen (unter anderem die Schadensersatzrichtlinie). Dabei werden insbesondere die Aktivlegitimation, die Schadensweiterleitung und die Einführung von kollektiven Rechtsschutzformen zur Bündelung von Streuschäden sowie das Spannungsfeld zwischen öffentlicher und privater Durchsetzung (unter anderem in Bezug auf die Weitergabe von Beweismitteln, die der Behörde im Rahmen von Kronzeugenregelungen zur Verfügung stehen, an die Opfer wettbewerbswidriger Verhaltensweisen im Rahmen von Schadensersatzklagen) thematisiert. Vorgeschlagen wird ein „monistisches Verfahren“, um die Probleme, die sich durch die Trennung von öffentlicher und privater Durchsetzung in der Praxis ergeben, zu vermeiden.*

Durch die EU-Verordnung 1/2003 wurde deutlich, dass kartellbedingte Schadensersatzklagen als zweite Säule der Kartellrechtsdurchsetzung Anerkennung finden sollten, was zuvor der EuGH im Jahr 2001 in „Courage“ angedeutet hatte. Der EuGH klärte aber nicht, welche Anforderungen die potentiellen Kläger erfüllen müssen, und bezog sich bezüglich der privatrechtlichen Maßnahmen auf die nationalen Rechte der Mitgliedstaaten. Dies führt zu Unsicherheiten, da 28 verschiedene nationale Regelungen und das Europarecht zu beachten sind. Einige der Probleme, die durch das *private enforcement* im Kartellrecht auftreten können, bestehen darin, dass sich die Opfer oft nicht bewusst sind, dass sie eine Klage gegen die Kartellanten erheben können (mangelnde Anreize), und betreffen die Darlegungs- und Beweislast sowie den Zugang zu Beweismitteln. Die Arbeit untersucht auch den möglichen *passing-on*-Einwand der Beklagtenseite und behandelt die bisher unklare Klagebefugnis, die Prozesskosten, eine eventuelle Regelung von Verbands- oder Sammelklagen sowie das Verhältnis zwischen der privaten

und der öffentlich-rechtlichen Durchsetzung, insbesondere bezüglich der Kronzeugenregelungen, deren weiterer Gebrauch von Kartellmitgliedern erwünscht ist, damit wettbewerbswidrige Verhaltensweisen aufgedeckt werden. Nach verschiedenen Anpassungsprozessen im nationalen Recht aufgrund des Drucks durch die Rechtsprechung wurde mittlerweile eine Richtlinie beschlossen, die der Vereinheitlichung der Schadensersatzregelungen in der EU dienen soll. Diese Richtlinie kann freilich kritisch betrachtet werden.

Im ersten Teil der Arbeit werden Entstehung und Entwicklung des amerikanischen *antitrust law* geschildert. Erläutert wird, wie es dazu kam, dass dort die private Durchsetzung heutzutage eine besonders große Bedeutung erlangt hat. Gleichzeitig werden Entstehung und Evolution des Kartellrechts bzw. Wettbewerbsrechts in Europa behandelt, wobei der Schwerpunkt auf der Darstellung der Stärkung der privaten Durchsetzung in den letzten Jahren, sowohl auf EU-Ebene als auch in verschiedenen Mitgliedstaaten, liegt. Ziel ist es, beide Rechtsordnungen überblicksartig gegenüberzustellen und Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Modelle herauszuarbeiten.

Die Arbeit setzt sich ausführlich mit der Problematik auseinander, ob indirekte Abnehmer aktiv legitimiert sind bzw. sein sollten und ob die *passing-on defence* durch Kartellmitglieder legitimiert ist oder ob sich Kartellanten, die immerhin die Wettbewerbsregeln nicht beachtet haben, sich auf die eigene Verhaltensweise beziehen können, um sich zu verteidigen. Im Einklang mit diesen Fragen erscheinen zahlreiche Problemfelder, die zu einer möglichen Vereinfachung der Verwirklichung der Ansprüche von Opfern auf Schadensersatz durch Kollektivklagen oder durch die Einführung eines Kartell-Musterverfahrens – ähnlich wie im derzeitigen deutschen Kapitalmusterverfahrensgesetz – führen könnten. Dabei werden die derzeit existierenden Modelle von Kollektivverfahren in EU-Mitgliedstaaten sowie die *class actions* in den USA dargestellt. Hier stellt sich auch die Frage, ob und inwieweit die Europäische Kommission in das Prozessrecht der



Mitgliedstaaten eingreifen kann und ob die Richtlinie eine ausreichende Rechtsgrundlage im AEUV hat. Ein weiterer Teil der Arbeit befasst sich mit den Rechtsbehelfen und Ansprüchen der privaten Kartellrechtsdurchsetzung in der Praxis, unter anderem Nichtigkeitsklagen, Unterlassungsklagen und vor allem Schadensersatzansprüche, sowie mit deren rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen. Die Behandlung der Aktivlegitimation wäre im Rahmen der privaten Durchsetzung des Kartellrechts nicht komplett verständlich, wenn man nicht auch die Passivlegitimation betrachten würde. Daher setzt sich die Arbeit auch mit dieser Problematik auseinander (unter anderem bezüglich der Verantwortlichkeit im Verhältnis von Mutter- und Tochtergesellschaften). Die Arbeit behandelt die Frage, ob möglicherweise die *rein* private Durchsetzung im Kartellrecht nicht geeignet ist, die Rechtssituation der Kartellgeschädigten effektiv zu verbessern. Eventuell wäre eine Stärkung der behördlichen Kartellrechtsdurchsetzung angemessener, womöglich in Form eines zweiten Verfahrens („Abschöpfungsverfahren“) nach der Bußgeldentscheidung. Auf diese Art könnte man auch die Problemfelder zwischen den behördlichen Kronzeugenprogrammen und den privaten Schadensersatzklagen vermeiden. Obwohl die Arbeit das amerikanische Recht, das EU-Recht und das Recht einiger Mitgliedsstaaten analysiert, ist ihr Ziel, einen konkreten Vorschlag für das spanische Recht zu erarbeiten. Die Dissertation setzt sich zum Schluß, wie erwähnt, auch kritisch mit den Vorschriften auseinander, die mit der Richtlinie 2014/104/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach nationalem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union eingeführt worden sind, einschließlich der Nichtaufnahme der Kollektivklagen in der erwähnten Richtlinie.

Die Arbeit kritisiert, dass die Europäische Kommission schon seit einer von ihr im Jahr 2004 in Auftrag gegebenen Studie zu der Thematik („Ashurst-Studie“) immer davon ausge-

gangen war, dass die private Kartellrechtsdurchsetzung in Europa unterentwickelt sei. Insbesondere zeigt die Arbeit auf, dass durchaus Nichtigkeitsklagen, aber auch immer mehr Schadensersatzklagen in den EU-Mitgliedsstaaten zu verzeichnen sind – auch in Spanien, wenn auch dies nicht sehr bekannt ist. Die Arbeit zeigt auch, dass der Verzicht auf eine Regelung von Sammelklagen in der Richtlinie auf ein Rechtsschutzdefizit in Bezug auf die Geltendmachung von Streuschäden im europäischen Kartellprivatrecht hinausläuft. Auf diesem Rechtsschutzdefizit beruht auch das rationale Desinteresse Kartellgeschädigter an einer Klageerhebung. Zwar können Sammelklagen auf der Basis der Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten erhoben werden. Diese sind jedoch oft nicht ausreichend, wie sich am Beispiel Spaniens aufzeigen lässt. Dagegen bestünde für die gesetzliche Verankerung kartellrechtlicher Sammelklagen durchaus eine europäische Regelungskompetenz nach Art. 103 AEUV und dem Subsidiaritätsprinzip. Deshalb wäre eine europäische Regelung durchaus hilfreich gewesen, wenn man eine Entschädigung von Verbrauchern, die Schäden erleiden und nicht genügend Anreize haben, um Schadensersatz geltend zu machen, verwirklichen möchte. Die Arbeit entwickelt deshalb eine „monistische“ Durchsetzungsvariante, die die traditionell in Europa verankerte öffentliche Durchsetzung mit einer privaten Durchsetzung in Form eines „Abschöpfungsverfahrens“ kombiniert. Dieses Verfahren baut auf der Expertise der Kartellbehörden bei der Durchsetzung des Kartellrechts auf und berücksichtigt gleichzeitig die Opfer, die frei entscheiden können, ob sie Schadensersatz geltend machen oder nicht. Mit dieser Arbeit wird erstmalig das Thema der privaten Rechtsdurchsetzung des Kartellrechts auf Spanisch und in Bezug auf die spanische Rechtsordnung ausführlich behandelt.



**Peter Picht**

**Doktorvater**

Prof. Dr. Josef Drexl

**Betreuerin am Institut**

Dr. Beatriz Conde Gallego

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb, Konrad  
Adenauer Stiftung

**Auszeichnung**

Fakultätspreis der  
Juristischen Fakultät  
der LMU

### 3.16 Strategisches Verhalten bei der Nutzung von Patenten in Standardisierungsverfahren aus der Sicht des europäischen Kartellrechts

*Standardsetzung birgt viele Chancen, aber auch Gefahren (siehe B II 1.11). Eine solche Gefahr ist das „Erpressen“ überhöhter Lizenzgebühren durch Inhaber von SEP (Standardessentielle Patente), sobald der Standard erfolgreich implementiert und die Marktteilnehmer damit auf seine Nutzung angewiesen sind. Soll das europäische Kartellrecht diese Machtstellung des Patentinhabers kontrollierend begrenzen? Diese Frage bildet den Kern der hier vorgestellten Arbeit.*

Am Anfang steht ein Überblick über den Rechtsstand zur standardbezogenen Patentnutzung in den USA und Europa. Ausführlich diskutiert wird etwa der „Rambus“-Fall, das bis dato wohl prominenteste Beispiel eines „Patenthinterhaltes“ (*patent ambush*), bei dem ein SEP-Inhaber sein Patent bewusst nicht offenlegt, um einen Ausschluss seiner Technologie oder die Abgabe einer Lizenzbereitschaftserklärung zu vermeiden und nach der Implementierung des Standards hohe Lizenzgebühren „erpressen“ zu können. In den USA wurden Sanktionen gegen „Rambus“ letztlich durch ein Bundesgericht verhindert. Die Europäische Kommission hingegen erlegte „Rambus“ weitreichende Lizenzierungspflichten auf. Die wissenschaftliche Diskussion beiderseits des Atlantiks befürwortet nur teilweise ein Einschreiten gegen solche und ähnliche Fallgestaltungen. Auch die Vorschläge für das passendste Instrumentarium sind breit gefächert und umfassen insbesondere das Kartellrecht, das Lauterkeitsrecht, das Vertragsrecht und das Patentrecht.

Nach dieser *tour d'horizon* legt die Arbeit die Grundlagen für eine eigene rechtliche Beurteilung. Hierzu analysiert sie Vor- und Nachteile der Standardisierung, typische Arten von Standards sowie die Regelwerke bedeutsamer Standardsetzungsorganisationen. Wichtig ist beispielsweise der Unterschied zwischen *de jure*-Standards, die in einem formalisierten Verfahren von solchen Organisationen gesetzt werden, und *de facto*-Standards, die sich im – unter Umständen sehr ressourcenzehrenden –

Kampf der technischen Lösungen verschiedener Anbieter am Markt durchsetzen. Mit *de jure*-Standardsetzungen einhergehende Machtstellungen von SEP-Inhabern können potentiell durch geeignete Regeln von Standardsetzungsorganisationen – Offenlegungspflichtigen, FRAND (*Fair, Reasonable and Non-Discriminatory*)-Erklärungen etc. – eingedämmt werden. In der Realität sind solche Regeln aber häufig sehr lax oder sie fehlen ganz. Dies wohl auch deswegen, weil Standardsetzungsorganisationen von genau jenen Marktteilnehmern getragen werden, die potentielle SEP-Inhaber sind und sich mit strengen Regeln daher selbst Nachteile verschaffen würden.

Im ökonomischen Grundlagenteil diskutiert die Arbeit zunächst die *patent hold-up*-Theorie, den bis dato wichtigsten ökonomischen Ansatz zur Fallgruppe. Problematisch erscheint das Verhalten von SEP-Inhabern aus dieser Perspektive vor allem, wenn und weil es nicht nur den inhärenten Wert ihrer Technologien vereinnahmt, sondern auch den Wert des Gesamtstandards und der Angewiesenheit des Standardnutzers auf diesen. Im Anschluss – und selbstverständlich ohne eine fachinterne Diskussion ersetzen zu können – unterbreitet die Arbeit Vorschläge für eine vertiefte allokativen und dynamische Effizienzanalyse sowie für eine spieltheoretische Modellierung von Standardsetzungsvorgängen unter Einbeziehung von SEP.

In einem nächsten Schritt misst der Grundlagenteil der Arbeit strategische SEP-Nutzung an den Schutzgütern des europäischen Kartellrechts. Herausgearbeitet wird dabei zunächst, dass der *more economic approach* eine grundlegende Neuausrichtung des europäischen Kartellrechts weder gebracht hat noch bringen sollte. Nach wie vor müssen die Handlungsfreiheit der Marktakteure und der beschränkungsfreie Wettbewerbsprozess die zentralen Leitbilder darstellen. Auch der Blick auf diese Leitbilder macht das Gefährdungspotential einer unumschränkten Kontrollstellung des SEP-Inhabers deutlich.

Auf welche konkreten Formen der SEP-Nutzung das Kartellrecht reagieren sollte, analysiert die Arbeit im vierten Teil. Verzichtbar ist

eine spezifisch kartellrechtliche Reaktion derzeit keinesfalls. Zwar wäre das Patentrecht in mancher Hinsicht eher zur Kontrolle unerwünschten SEP-Verhaltens berufen. Auch sollte sich das Kartellrecht – nach Art einer subsidiären Wächterfunktion – zurückhalten, soweit das Patentrecht eine solche Kontrolle wirksam ausübt. Es fehlt indes dem Patentrecht gegenwärtig an unionsweiter Vereinheitlichung. Noch nicht einmal die nationalen Patentrechtsordnungen haben effektive und kohärente SEP-Regeln entwickelt. Auch das Vertragsrecht weist Lücken auf, solange die Regelwerke der Standardsetzungsorganisationen ungenügend sind und die Rechtsfigur eines Vertrages zugunsten Dritter solche SEP-Inhaber nicht erfasst, die an der Standardisierung gar nicht teilgenommen haben.

Die Einordnung in den Gesamtzusammenhang des europäischen Kartellrechts zeigt Verbindungslinien, aber auch Differenzen zu etablierten Grundsätzen. So ist die Rechtsprechungslinie „Magill/IMS Health“ insoweit nicht unmittelbar anwendbar, als ein SEP-Inhaber die Lizenzerteilung gar nicht gänzlich verweigert, sondern hohe Lizenzgebühren zu erzwingen versucht. Sehr wohl zeigen die genannten Urteile aber, dass ein Immaterialgüterrecht seinen Inhaber nicht gegen kartellrechtliche Kontrolle immunisiert, wenn besondere Kriterien einen Eingriff in das Schutzrecht legitimieren. Mit der „Microsoft“-Entscheidung wurden die „Magill/IMS Health“-Kriterien für einen Schutzrechtseingriff (Produktverhinderung, Ausschaltung jeglichen Wettbewerbs, fehlende Rechtfertigung) um den Terminus der „außergewöhnlichen Umstände“ ergänzt, welcher auch andersartige Fallgruppen erfassen kann. Unter Berücksichtigung insbesondere der betroffenen Innovationsanreize kann auch die Beurteilung von SEP-Fällen an dieses weiter verstandene Kriterium der „außergewöhnlichen Umstände“ anknüpfen.

Zentrale Normbasis ist Art. 102 AEUV, wobei die Ermittlung der betroffenen Märkte und einer marktbeherrschenden Stellung komplex ist (siehe dazu B II 1.11). Die Missbräuchlichkeit einer SEP-Nutzung sollte vor allem davon abhängig gemacht werden, ob sie die Funktionen der Standardisierung untergräbt. Hierzu zählen

### Veröffentlichung

*Picht, Peter, Strategisches Verhalten bei der Nutzung von Patenten im Standardisierungsverfahren aus der Sicht des europäischen Kartellrechts (Münchner Schriften zum Europäischen und Internationalen Kartellrecht, 31), Stämpfli, Bern 2013, XXXVIII + 636 S.*

namentlich die Selektionsfunktion (Auswahl der „besten“ Technologie), die Funktion der Zugangssicherung (Nutzbarkeit des Standards für alle interessierten Marktteilnehmer) sowie die Funktion des kollektiven Nutzens (Weitergabe der Vorteile einer Standardsetzung an Marktteilnehmer und Konsumenten). Anhand dieses Maßstabes identifiziert die Arbeit verschiedene Verhaltensweisen als Verletzung von Art. 102 AEUV. Ein Verstoß liegt etwa vor, wenn der SEP-Inhaber während der Standardisierung sein Patent nicht offenlegt oder eine FRAND-Erklärung abgibt, nach der Standard-Implementierung aber *supra*-FRAND-Lizenzkonditionen fordert. Darauf, ob die jeweilige Standardsetzungsorganisation das Verhalten des Patentinhabers als regelwidrig einstuft oder nicht, kommt es ebenso wenig an wie auf eine aktive Teilnahme des (derzeitigen) Patentinhabers an der Standardisierung.

Auf der Rechtsfolgenseite ist die Zwangslizenzverpflichtung das zentrale Instrument im Wettbewerbsverfahren. Insbesondere bei vorsätzlichem Handeln sollte die Zwangslizenz nicht nur zu FRAND-Konditionen, sondern unentgeltlich erteilt werden müssen. Ansonsten hätte der SEP-Inhaber keine gravierenden Nachteile aus seinem Verhalten zu befürchten, sondern dürfte stets mindestens auf FRAND-Konditionen hoffen. In verschiedenen Kontexten bleibt die Frage virulent, wie sich FRAND-Lizenzkonditionen konkretisieren lassen. Die Arbeit unterbreitet hierzu Vorschläge in Gestalt inhaltlicher Kriterien. Aber sie befürwortet auch einen prozesshaften Ansatz, der den Standardsetzungsorganisationen eine zumindest mitwirkende Rolle zuweist, nicht zuletzt durch die Festlegung von SEP-Lizenzkonditionen *vor* der Standardimplementierung. Auf der zivilrechtlichen Seite ist neben Schadensersatzklagen von Standardnutzern vor allem der kartellrechtliche Zwangslizenzeinwand bedeutsam (siehe hierzu B II 1.11).



**Nishantha Sampath  
Punchi Hewage**

**Doktorvater**

Prof. Dr. Josef Drexl

**Betreuerin am Institut**

Dr. Nari Lee

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb, LMU

### 3.17 Promoting a Second-Tier Protection Regime for Innovation of Small and Medium-Sized Enterprises in South Asia: The Case of Sri Lanka

*Though the idea of a second-tier patent (STP) regime has been in the backwater of intellectual property (IP) law for decades in South Asian countries, a rising tide of opinion in favour of such a system has become discernible in recent years. Therefore, the dissertation analyses whether from a legal policy perspective it is desirable for Sri Lanka to adopt a specifically designed STP regime, such as a utility model or a petty patent system, in addition to the existing patent regime. Such a system may be able to offer a solution to the problem of lack of incentives for incremental and minor innovations that emanate from small and medium-sized enterprises (SMEs) in the developing economies. It is further argued that an STP regime could provide an efficient and locally accessible incentive system for such innovation if it is properly tailored to suit the innovation landscape of its country with a mechanism to address potential abuses. Perhaps the policy space left by the multinational legal framework can be used to design a most appropriate form of second-tier protection that suits the specific needs of an individual country.*

From a historical perspective, a second-tier patent protection system is a policy response to perceived deficiencies in the patent and design regimes. In many jurisdictions, utility models or petty patents provide protection for minor and incremental innovations. Such a system should, in principle, encourage greater innovation in developing countries as it provides legal protection for simple technological advances that do not qualify for full-fledged patents because they fail to satisfy rigorous patentability criteria. From a policy perspective, it is argued that this legal tool would be important for a developing country whose technological capacities are marginal. Indeed, innovation at all levels should be encouraged in order to build an innovative culture in a country. Moreover, the incentive theory informs us that, without adequate protection, minor and incremental innovations will not be rewarded. In fact, an

STP system can be tailored to suit the needs and concerns of local industries, especially those in the SME sector.

Since its independence in 1948, Sri Lanka has not been able to make significant strides in terms of innovation and technological progress. A striking feature of the Sri Lankan innovation landscape is its large SME sector. The most frequent type of innovation activity of SMEs generally involves minor or incremental changes, together with innovative applications of existing products or processes. These are technically less complex (easy to copy, simple products) and quite often have a short commercial life. Moreover, both large and small industries tend not to use the most advanced technology available. This might be one reason why a large number of minor and incremental technical advances have a lower level of inventiveness. The country is still on the lower rungs of the technological ladder, and the industrial sector in general, and the SME sector in particular, has suffered for years due to marginal technological capability.

It may be for historical reasons that the introduction of an STP regime has not received the consideration it deserves from the South Asian governments, and in this the region has been a notable exception. However, several countries in the South Asian region are now contemplating adopting an STP regime in order to encourage more domestic innovations in their economies. At least in recent years, support for an STP regime has rapidly risen on the Indian sub-continent, and the concept of the utility model or the petty patent is under consideration at least in three jurisdictions in the region. A legal framework for an STP regime has widely been expected to emerge sooner or later from one of these countries. Specifically, in 2011, the Indian government introduced a policy document in the form of a discussion paper proposing utility model protection for India. Furthermore, in the year 2013, the Pakistan government drafted a utility model bill based on a WIPO study carried out in 2012.

The findings of this study suggest that an STP regime may be more suitable for Sri Lanka,

given the specific characteristics of its innovation landscape. Furthermore, the empirical evidence supports the view that an STP regime is more suitable: it is comprehensive enough to be used by TK-based innovators because such innovations are made without much original contribution. Perhaps most encouragingly, the policy space left by the multinational legal framework can be used to design a most appropriate form of second-tier protection that suits the specific needs of an individual country. Therefore, Sri Lanka and other countries in the region should be able to experiment with this alternative legal approach since the “one size fits all” patent system has not lived up to its expectations in terms of promoting innovation and inventions. Though the strengths and weaknesses of an STP regime may be fiercely contested, the experience from developed and developing countries lends credibility to such a system in encouraging less advanced, but locally useful innovations.

Nevertheless, an STP regime does certainly not come without risk. Some strongly argue that the rationale for such a system is inherently unsound because the system is open to abuses. An unexamined right has the inherent quality of uncertainty and such a regime can be manipulated by large players in the market. There is a reasonable concern among scholars that the introduction of an STP regime may unduly create an erosion of the public domain. Critics also express fears that an STP regime would lead to patent trolls and patent evergreening. Thus, appropriate safeguards against potential abuses should be built into the system.

**Nishantha Sampath**  
Punchi Hewage  
Doktorat:  
Prof. Drexl  
Betreuerin am Institut:  
Dr. Lee, MIPLC  
Finanzielle Unterstützung  
durch: MPI

Max-Planck-Institut  
für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht



MAX-PLANCK-GESellschaft



## Designing a Second-Tier Protection Regime to Promote Innovations of SMEs: South Asian and Sri Lankan Perspectives

### I. Research Questions

- Do the existing IP regimes adequately protect and incentivize incremental and minor innovations in Sri Lanka?
- Is there a need to introduce a utility model/STP system? If so, would it be more appropriate for SMEs?
- What lessons can be learned from other countries?
- Would such a regime be more appropriate in protecting Traditional Knowledge (TK)-based innovations?
- Have other countries in the South Asian region felt the need for this form of protection?

The existing patent and other IP regimes do not adequately protect improvement innovations in Sri Lanka and other developing countries in the South Asian regions.



### II. Goals

- To analyse the adequacy of the existing IP paradigm to accommodate minor and incremental innovations and to establish whether Sri Lanka needs an STP regime to promote such innovations in the country.
- To investigate whether such regimes are warranted for other selected South Asian countries.

### III. Methodology

- Hypothesis-testing research.
- Primary and secondary sources.
- Field research (visits and interviews)
- Legal research and analysis of relevant provisions in Paris Convention and TRIPS Agreement.
- Comparative legal analysis of STP of Germany, Australia, China and Malaysia
- Empirical research and analysis

### IV. Conclusions

- Incremental innovations in Sri Lanka need more incentives with exclusive rights to commercialize.
- Alternatives such as patent, designs, trade secrets and unfair competition may be used in some cases, but they will rarely be ideal.
- Use of broad policy space left by intl. IP treaties.
- Sri Lanka may be able to benefit from a utility model or a petty patent system, if it is tailored to achieve desired objectives.
- The experiences of other countries are of great importance.
- Some negative effects are inevitable, but can be mitigated.
- An STP regime may be an effective instrument to protect TK-based innovations.

### V. Outlook

This thesis would guide policy makers to revisit the existing IP laws and policies in Sri Lanka and other developing countries in South Asia. It would impact on the introduction of new legislation for the promotion of innovation in Sri Lanka. No doubt, there should be further research to ascertain the effectiveness of such a regime.

### Important References

Saitharanam, E., Diefeld, G., and Chow, K. B. (eds.), *Innovation without Patents: Harnessing the Innovative Spirit in a Diverse World*, 2007.

Karanaratna D. M., *Elements of the Law of Intellectual Property in Sri Lanka*, 2010.  
Mark D. Janis, “Second Tier Protection System” (1999) 40 *Harvard International Law Journal* 151.

nishantha.punchi@mipcl.de

19



**Mantas Rimkevičius**

**Doktorvater**

Prof. Dr. (HP)  
Vytautas Mizaras

**Betreuerin am Institut**

Prof. Dr.  
Frauke Henning-Bodewig

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

### 3.18 Evaluation Criteria of Misleading Advertising in the European Union and Lithuania

*The dissertation contains a study of the assessment mechanisms of misleading advertising established in the EU and national laws of some Member States, particularly in Lithuania, Germany, the UK and Scandinavia. The work offers a detailed examination of the criteria of accuracy, comprehensiveness and presentation of advertising and of their interpretation and application in the case-law of the Competition Council and administrative courts in Lithuania, as well as the comparable criteria established in laws of the Member States. The thesis also analyses the evolution of the average-consumer standard and the materiality condition in the case-law of the CJEU and selected Member States. The major purpose of the dissertation is to assess: (i) the extent to which the Unfair Commercial Practices Directive will change and/or influence the assessment of misleading advertising in Lithuania as well as some other Member States; and (ii) whether the scope of the Unfair Commercial Practices Directive should be extended in respect of *ratione personae*, and therefore also include protection against unfair commercial practices in B2B (“Business-to-Business”) relations.*

The object of this dissertation is a study of the assessment mechanisms in misleading advertising, that is, of the criteria for assessing advertising as misleading in EU and Lithuanian law. The main emphasis in the research was placed on the regulatory provisions applicable for the assessment of misleading advertising and on their practical application, on the study and assessment of the topics arising in the theory and practice of interpreting those provisions, and on recommendations for how to solve specific issues related to the application of such criteria.

The mechanisms for identifying misleading advertising in the jurisprudence of Lithuania has not yet been explored, except for some publications describing legal regulations and practices; therefore research in the area of criteria for assessing misleading advertising is new, relevant and significant for the Lithuanian

a science of law. It is also no less relevant for the practice of law. From 2001 to 2011, the Competition Council dealt with 110 misleading advertising cases. Such rather extensive case-law in misleading advertising matters called for its comprehensive analysis in order to find out how individual assessment criteria of advertising are interpreted and applied in the legal practice of Lithuania regarding recognition of advertising as misleading.

Through its analysis the dissertation tries to determine whether:

- (i) the adoption of the Unfair Commercial Practices Directive contributes to the development of a more stable (transparent) internal market with regard to strengthening fair competition and consumer protection in the internal market;
- (ii) the restriction of the scope of the Unfair Commercial Practices Directive to B2C (“Business-to-Customer”) relations is sufficiently justified;
- (iii) the standard of an average consumer and the materiality condition are sufficiently reasonable measures for evaluation of misleading advertising;
- (iv) the assessment mechanisms of misleading advertising set out in the Unfair Commercial Practices Directive have any substantial impact on the assessment rules of advertising laid down in the national laws of Lithuania and some other Member States.

The research mostly employs, and the findings and recommendations of the PhD thesis are mostly derived from, the traditional methods of jurisprudence, e.g. document examination analysis and criticism. Each and every relevant case of misleading advertising in Lithuania and in the other selected EU Member States is extensively analysed. In order to highlight and take a critical look at possible different approaches to protection against misleading advertising, the work focuses on the practice followed by Germany, as a jurisdiction with especially stringent regulation of unfair competition (*Unlauterer Wettbewerb*), as compared with the jurisprudence of the

UK, known for taking the opposite approach to Germany.

Following this extensive research, the author comes to the conclusion that the scope of the Unfair Commercial Practices Directive should be extended in respect of *ratione personae* and argues that the distinction in protection against misleading advertising in B2C and B2B relations was unreasoned. The author's opinion has been to some extent confirmed by the CJEU.

The author also criticizes the implementation of the Unfair Commercial Practices Directive in the Lithuanian law through adoption of a separate Law on Prohibition of Unfair Business-to-Consumer Commercial Practices. The legal regulation of assessment of misleading advertising in Lithuania overlapped with the regulation established in the Law on Advertising. Thus, the author advises Lithuania to consider the possibility of adopting a single unitary piece of legislation, e.g. the Law on Fair Commercial Practices, which would cover protection against unfair commercial practices in both relations, B2B and B2C. The author also identifies a problem of an improper translation of the Unfair Commercial Practices Directive and therefore its flawed transposition into the national law of Lithuania, which has since led to a reference to CJEU and its preliminary ruling in case C-515/12.

Lastly, the dissertation concludes that Lithuanian courts and the Competition Council should give more consideration to the application of the materiality condition, and therefore presentation of incorrect or incomplete information should not be considered *per se* misleading advertising, except when commercial practices have blacklisted elements. Thus, the author especially stresses the necessity in every case to assess the advertising through the standard of an average consumer. Also, the dissertation provides a conclusion that the principles of public interest and good morals justify and authorize a more stringent approach to assessment of the commercial information referring to positive impacts of the advertised product on human health. For instance, where reference is made

to a positive impact on the human body, the advertising should be assessed from the perspective of a more vulnerable consumer.



**Matthias Ringer**

**Doktormutter /  
Betreuerin am Institut**

Prof. Dr.  
Frauke Henning-Bodewig

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

### 3.19 Anwaltswerbung in Deutschland und England – Zugleich ein Beitrag zur Schnittstelle zwischen Berufs- und Lauterkeitsrecht

*Während im System der freien Marktwirtschaft der werblichen Betätigung in Deutschland in erster Linie allein durch die Vorschriften des UWG Grenzen gesetzt werden, müssen Anwälte bei ihren Werbemaßnahmen nicht nur das Lauterkeitsrecht, sondern darüber hinaus spezielle berufsrechtliche Vorschriften beachten. Im Zentrum der Dissertation steht die Frage, wie Anwaltswerbung an der Schnittstelle zwischen Berufs- und Lauterkeitsrecht reglementiert wird und ob eine über das Lauterkeitsrecht hinausgehende Beschränkung vor dem Hintergrund verfassungs- und unionsrechtlicher Vorgaben (noch) zu rechtfertigen ist. Hierauf aufbauend untersucht die Arbeit, inwieweit es der speziellen berufsrechtlichen Regelungen neben den Normen des Lauterkeitsrechts überhaupt noch bedarf. Zur Beantwortung dieser Fragen wird der Rechtsvergleich mit England herangezogen, wo die für „Solicitor“ und „Barrister“ geltende Werbereglementierung tiefgreifende Änderungen erfahren hat; damit soll die Arbeit auch einen Beitrag zum bislang kaum untersuchten Werberecht der englischen Anwaltschaft leisten.*

Im ersten Kapitel werden die Anwaltschaften beider Länder und ihre Stellung im Rechtssystem dargestellt. Die Unterschiede könnten dabei im Ausgangspunkt nicht größer sein: Während es in Deutschland nur den Rechtsanwalt gibt, ist die englische Anwaltschaft zweigeteilt in *Solicitor* und *Barrister*. Trotz weitreichender Reformen seit Mitte der 1980er Jahre besteht das Verhältnis dieser beiden Berufsgruppen immer noch darin, dass *Solicitor* als Korrespondenzanwälte vorwiegend außergerichtlich und *Barrister* als Prozessanwälte hauptsächlich forensisch tätig sind. Daneben ist das Berufsrecht beider Berufsgruppen seit dem *Legal Services Act* 2007 durch den zielvorgabenorientierten Ansatz der *outcomes-focused regulation* grundlegend anders konzipiert als das deutsche Berufsrecht, das sich vorwiegend durch Ge- und Verbote auszeichnet. Trotz dieser grundlegenden Unterschiede arbeitet die

Untersuchung einige Gemeinsamkeiten aller drei Berufsgruppen heraus, von denen für eine Betrachtung des Werberechts dem Rechtspflegebezug der anwaltlichen Tätigkeit die wichtigste Rolle zukommt, was auch in den teilweise gesetzlich kodifizierten Berufsbildern als „Organ der Rechtspflege“ (Rechtsanwalt), *minister of justice* (*Barrister*) und *officer of the court* (*Solicitor*) seinen Niederschlag findet.

Das Berufsbild wird in einem zweiten Kapitel neben dem Schutz der Rechte Dritter als maßgebliches Kriterium für eine legitime Beschränkung anwaltlicher Werbung identifiziert und mit der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege verknüpft, welche von der herrschenden Meinung bislang zumeist ohne nähere Begründung als Gemeinwohlbelang für Werberestriktionen angeführt wird. Als Eingriff in die auch Anwälten zustehende Werbefreiheit kann sich ein entsprechendes Allgemeininteresse allerdings nicht aus einem gesetzlich vordefinierten Berufsbild ergeben, sondern muss sich in einer entsprechenden Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit widerspiegeln: Sofern die Allgemeinheit Anwälte inzwischen wie „normale“ Dienstleister wahrnimmt, bleibt für diesen Rechtfertigungsgrund und daraus folgende zusätzliche Werbebeschränkungen kein Raum mehr. Die Arbeit gelangt zu dem Ergebnis, dass inzwischen alle drei Berufsgruppen – rechtlich und vor allem in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit – eine gewisse Annäherung an (reine) Dienstleister erfahren haben, wobei dies bei den *Solicitor* am stärksten und bei den *Barrister* am geringsten ausgeprägt ist. Beim deutschen Rechtsanwalt wird eine Abgrenzung zu einem (reinen) Dienstleister vor allem durch den Rechtspflegebezug seiner (insbesondere forensischen) Tätigkeit sichtbar.

Die Rechtfertigungsgründe für eine Werbebeschränkung müssen mit Normen des Verfassungs- und Unionsrechts im Einklang stehen, von denen Art. 24 Dienstleistungs-Richtlinie 2006/123/EG, die wichtigste unionsrechtliche Vorschrift, sich ausschließlich mit Werbung freier Berufe wie etwa Anwälten beschäftigt. Die Dissertation arbei-



tet in einem dritten Kapitel heraus, dass berufsrechtliche Werbevorschriften allein anhand dieser Vorschrift zu messen sind.

Vor diesem Hintergrund werden in einem vierten Kapitel die materiellen Werbevorschriften des Berufsrechts untersucht sowie die berufsrechtlichen Verfahrensvorschriften vorgestellt, nach denen eine Werbemaßnahme als berufswidrig eingeordnet werden kann. Das englische Berufsrecht erscheint dabei liberaler als die deutschen Werbevorschriften, von denen einige richtlinienwidrig sind. Gleichwohl lassen sich auch im Berufsrecht der *Solicitor* richtlinienwidrige Vorschriften ausmachen, während das Berufsrecht der *Barrister* inzwischen auf einen gesonderten Abschnitt werberechtlicher Vorschriften verzichtet. Irreführende und belästigende Werbung gilt in beiden Ländern als der wesentliche Anwendungsbereich der Werbevorschriften. Jenseits dieser zum Schutz der Rechte Dritter bestehenden Beschränkungen kennen beide Rechtskreise Eingriffsmöglichkeiten zum Schutz der Rechtspflege. Diese spielen heute jedoch nur noch eine untergeordnete Rolle und werden beim *Solicitor* so gut wie gar nicht mehr angewendet, was die Arbeit im gewandelten Berufsbild begründet sieht.

Schutz vor irreführender und belästigender, aber auch vor die Rechtspflege gefährdende Werbung gewährt in Deutschland (zunehmend) auch das UWG. In England hat das bereits grundlegend anders konzipierte Lauterkeitsrecht hingegen allein auf dem Gebiet der Werbeselbstkontrolle für Anwaltswerbung Bedeutung erlangt. Dort allerdings bietet das System der Vorkontrolle durch sachnähere Institutionen einen interessanten Ansatz, den die Arbeit bei der verfahrensrechtlichen Neuorientierung des deutschen Berufsrechts aufgreift.

Durch einen Vergleich der materiell-rechtlichen Anforderungen an die anwaltliche Werbung im deutschen Berufs- und Lauterkeitsrecht gelangt die Arbeit im fünften Kapitel zu dem Ergebnis, dass bei unionskonformer Auslegung keine Unterschiede zwischen den beiden Rechtskomplexen mehr bestehen;

folglich könnte den Besonderheiten der anwaltlichen Werbung auch durch entsprechende Auslegung der Tatbestandsmerkmale im UWG Rechnung getragen werden.

In einem sechsten Kapitel werden daraus Rückschlüsse für die materiell- und verfahrensrechtliche Ausgestaltung der Schnittstelle von Berufs- und Lauterkeitsrecht gezogen. Die Arbeit spricht sich dabei für eine weitgehende Abschaffung berufsrechtlicher Werbevorschriften sowie eine Verschärfung der berufsrechtlichen Sanktionsmöglichkeiten aus; insofern könnte das im englischen Berufsrecht bestehende System der Vorkontrolle auch für Deutschland von Interesse sein.



**Arul George Scaria**

**Doktorvater**

Prof. Dr. Josef Drexl

**Betreuerin am Institut**

Dr. Sylvie Nérissou

**Finanzierung**

IMPRS-CI

### 3.20 Copyright and Cultural Consonance: Insights from an Empirical Legal Study on Piracy in the Indian Film Industry

*This dissertation examines the working of copyright law at the grassroots level by exploring the social, cultural, historical, legal and economic dimensions of piracy in one of the biggest copyright-based industries: the Indian film industry. Based on extensive fieldwork, the dissertation provides novel and insightful findings on the complexity and diversity of perceptions regarding piracy within Indian society. The bottom-up approach adopted in the work elucidates how local factors influence copyright enforcement and why global solutions may not be the optimal solutions for local level piracy. The work proposes a mix of positive and negative incentives to increase voluntary compliance with copyright law in India. Based on empirical data, the work suggests different reforms in the current copyright law in India to reach optimal enforcement levels and also different measures from the side of the film industry to make legitimate products more accessible and affordable for the general public.*

#### Background of the dissertation

Copyright piracy has been a subject of intense discussion in different national and international fora. The most commonly suggested and used remedies against piracy are infliction of severe legal punishments and criminalisation of a greater range of activities. But in spite of all such intimidating efforts, copyright enforcement remains at a very low level in most countries, including many developed countries. The conventional economic wisdom suggests that it is the demand that drives up supply in any market in the long run and the same applies for pirated goods also. So while discussing enforcement measures relating to piracy, we need to ask ourselves why consumers buy pirated goods in spite of

the illegality attached to it. In other words, we have to engage in a demand-side approach in addition to the existing supply-side approach. This research is a journey through that important, yet neglected dimension of law: the interface between the illegality of piracy and the social reception of it. In the context of piracy in the Indian film industry, this dissertation explores in detail the social, cultural, historical, legal and economic dimensions of piracy. What makes the work unique in its approach is the primacy given to the perspectives of *the people* and the development of suggestions for legal and policy reforms, based on those perspectives.

#### Research questions and methodology

The three core research questions addressed in this dissertation are: (1) What are the perceptions of the people in India regarding copyright piracy? (2) What are the social, cultural, historical, legal and economic dimensions of copyright piracy in India? (3) What are the appropriate legal and policy options, given the findings from the previous two questions?

The dissertation uses the mixed methods research framework, which generally refers to research designs that involve quantitative as well as qualitative analyses in a single study or series of studies that examine the same underlying phenomenon. The quantitative components in the research include data from an empirical survey conducted in select parts of India to identify the perceptions of the people in India regarding copyright piracy and pirated products. The qualitative components in the study include data from semi-structured interviews with different stakeholders in the industry, including movie producers, directors, lawyers, academics and NGOs. Interviews were also conducted with some of those who were engaged in commercial piracy. A comprehensive social, historical, cultural, legal and economic analysis of the issues involved, with the help of historical records, past and present legislation in this area, constitutional provisions, important case laws and contemporary media, in addition to secondary literature, also constitute an integral part of the qualitative analyses in this work.

#### Veröffentlichung

Scaria, Arul George, *Piracy in the Indian Film Industry. Copyright and Cultural Consonance*, Cambridge University Press, New York 2014, XIV + 324 S.

### Major findings from the work

The bottom-up approach adopted in the study reveals how local factors influence copyright enforcement and why global solutions for piracy may not work at local levels. In the context of piracy in the Indian film industry, the study identifies a mix of positive and negative incentives to increase voluntary compliance with copyright law in India. The changes suggested by the work include radical modifications in not only the current copyright enforcement approaches, but also the industry approaches, so as to achieve balanced outcomes. With regard to copyright enforcement reforms, one of the major recommendations from the study is to reduce the severity of punishments and increase the probability of punishments, for reaching optimal enforcement levels in countries like India. The study also argues for more positive steps from the side of the industry to make legitimate products accessible and affordable for the public. In addition, the study unravels the diversity of perspectives within the Indian society to reveal interesting insights with regard to piracy.



**Felix Trumpe**

**Doktorvater**

Prof. Dr. Reto M. Hilty

**Betreuerin am Institut**

Dr. Silke v. Lewinski

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb, VG Wort

### 3.21 Exklusivität und Kollektivierung – das skandinavische Modell der Erweiterten Kollektiven Lizenz (*Extended Collective Licenses*)

*Gegenstand der Arbeit ist die aus Skandinavien stammende Rechtsfigur der Erweiterten Kollektiven Lizenz. Dabei handelt es sich um ein urheberrechtliches Lizenzmodell, welches, soweit gesetzlich explizit erlaubt, es ermöglicht, eine Lizenzvereinbarung zwischen einer repräsentativen Verwertungsgesellschaft und einem Nutzer über die Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken auf solche Werke und Schutzgegenstände auszuweiten, deren Rechteinhaber von der Verwertungsgesellschaft gar nicht vertreten werden. Seit einigen Jahren erfreut sich die Erweiterte Kollektive Lizenz auch außerhalb der nordischen Länder zunehmender Beliebtheit. So ist sie etwa auf europäischer Ebene immer wieder als mögliches Lösungsmodell – insbesondere bei Fragen der Massennutzung von Werken – ins Spiel gebracht worden. Trotz ihrer wachsenden Popularität ist die Erweiterte Kollektive Lizenz aus wissenschaftlicher Sicht bisher noch nicht annähernd erschöpfend behandelt worden. Vor diesem Hintergrund versucht die Arbeit, eine möglichst umfassende Analyse der Rechtsfigur sowie ihrer wesentlichen Aspekte und Probleme vorzunehmen.*

Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile, anhand derer das skandinavische Modell der Erweiterten Kollektiven Lizenz eingehend analysiert wird. Im ersten Teil wird versucht, dieses zwischen urheberrechtlichem Ausschließlichkeitsrecht und bestehenden Begrenzungen des Ausschließlichkeitsrechts dogmatisch einzuordnen. Gerechtfertigt ist dieser Ansatz aufgrund der für das Verständnis des nordischen Modells entscheidenden Frage: Stellt die Erweiterte Kollektive Lizenz eine Einschränkung der Ausschließlichkeit dar oder ist sie ein bloßes Werkzeug für die Ausübung von Rechten? Noch bis vor einigen Jahren bestand überwiegend Einigkeit darüber, dass das nordische Modell als eine Einschränkung (im deutschen Verständnis: „Schranke“) zu betrachten sei. Mit der im Jahr 2001 verabschiedeten InfoSoc-Richtlinie, welche in Erwägungsgrund 18 festlegt, dass „erweiterte kollektive Lizenzen“ als

bloße Regelung „für die Verwaltung von Rechten“ zu verstehen seien, hat sich diese Ansicht wohl gewandelt. Eine Klärung dieser Frage ist aber nicht nur von dogmatischem Interesse, sondern auch entscheidend für die daran anknüpfende Überlegung, inwieweit das europäische und internationale Recht einer Einführung des Modells in das nationale Recht Grenzen setzen.

Während der erste Teil damit einen eher theoretisch-dogmatischen Ansatz verfolgt, wird im zweiten Teil der Arbeit der Frage nachgegangen, ob und, wenn ja, inwieweit die Erweiterte Kollektive Lizenz den an sie in den letzten Jahren gestellten Erwartungen in Zukunft gerecht werden können wird. Im Zentrum stehen also die praktische Nutzbarmachung und die Zukunftsperspektiven des nordischen Modells.

Mit Blick auf die Frage der dogmatischen Einordnung der Erweiterten Kollektiven Lizenz kommt die Arbeit zu dem Ergebnis, dass das nordische Modell – alleine schon wegen der rechtmäßigen Nutzung von Werken außenstehender Rechteinhaber – eine klare Einschränkung des Ausschließlichkeitsrechts darstellt. Konsequenterweise erscheint dann auch die Einordnung der Erweiterten Kollektiven Lizenz in die Reihe herkömmlicher Schranken wie die gesetzliche Lizenz, Zwangslizenz und Verwertungsgesellschaftspflicht. Die Arbeit zeigt ebenfalls auf, dass die Erweiterte Kollektive Lizenz im Einklang mit europäischen, aber auch mit internationalen Vorgaben stehen kann, sofern bestimmte Rahmenbedingungen bestehen und gewisse Schutzmechanismen vorhanden sind. Schließlich lassen sich die Erkenntnisse aus der dogmatischen Einordnung mit jenen aus der Vereinbarkeit der Erweiterten Kollektiven Lizenz mit höherrangigem Recht verknüpfen. Tatsächlich ist das nordische Modell ein gutes Beispiel dafür, dass die Loslösung von einem reinen Ausschließlichkeitsverständnis durchaus funktionsfähige Instrumente für die Regulierung urheberrechtlich geschützter Güter hervorzubringen vermag. Insbesondere mit Blick auf seinen (auch) vertraglichen Charakter gewährleistet das Modell als eine Form „selbstregulierender“ Einschränkung – im Gegensatz zu anderen Einschränkungen wie etwa der gesetzlichen

Lizenz – in diesem Rahmen die größtmögliche Freiheit für Rechteinhaber und Nutzer, die Bedingungen der Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke selbst auszuhandeln.

Soweit im Rahmen des zweiten Teils die Arbeit der Frage nachgeht, ob die Erweiterte Kollektive Lizenz den an sie gestellten Erwartungen in Zukunft gerecht werden können wird, gelangt die Untersuchung zunächst zu dem Ergebnis, dass das nordische Modell ein Instrument zur Beseitigung von Marktversagen darstellt. Dank der unkomplizierten und schnellen Rechtelizenzierung an einem unbegrenzten Repertoire an Werken („Weltrepertoire“), realisiert durch die Einbeziehung der Werke von Außenseitern, werden bestehende Verwertungsmärkte wieder funktionsfähig gemacht, bei denen es nicht zu einer optimalen Förderung und Verbreitung von Kreationen kommt. Darüber hinaus werden verschiedene „Funktionen“ des skandinavischen Modells herausgearbeitet: Neben der typischen Situation, in denen der Markt individueller Lizenzierung versagt, und den Fällen unkontrollierbarer Massennutzungen kann die Arbeit etwa auch die Auslotung individueller und kollektiver Verwertungsmärkte als Funktion nachweisen. Tatsächlich eignet sich das nordische Modell als Indikator, ob und inwieweit die kollektive Rechtswahrnehmung – insbesondere bei neuen Nutzungsformen – (noch oder wieder) einen gangbaren Weg darstellt.

Eine Einführung der nordischen Rechtsfigur in Deutschland wäre grundsätzlich denkbar, wenn auch aufgrund der besonderen Rahmenbedingungen nicht in Form einer speziellen, sondern einer die bereits bestehenden Schranken „ergänzenden“ Regelung, welche Rechteinhaber und Nutzer die zusätzliche Möglichkeit einer gebündelten, erweiterten kollektiven Nutzungsrechtseinräumung gewährt.

Schließlich zeigt die Arbeit auf, dass der Erweiterten Kollektiven Lizenz auch in Zukunft nicht nur eine Rolle in Skandinavien bzw. innerhalb nationaler Territorien zukommen mag, sondern auch selbst im Zuge der Entwicklung hin zu paneuropäischen Märkten eine eigenständige Funktion zukommen könnte. Selbst

unter Geltung eines möglichen Unionsurheberrechts wäre eine „Fortdauer“ und Nutzbarmachung der Erweiterten Kollektiven Lizenz denkbar. Voraussetzung hierfür wäre allerdings die Etablierung von „europäischen“ Verwertungsgesellschaften, die europäische erweiterte Lizenzen vergeben könnten.

Ein Aspekt darf freilich nicht vergessen werden: Trotz ihrer Erfolgsgeschichte in Skandinavien weist die Erweiterte Kollektive Lizenz eine Reihe von Problemen auf, die mit dem Modell naturgemäß einhergehen und die in einem anderen Umfeld verstärkt hervortreten würden, was die Tauglichkeit für andere Rechtssysteme nicht unerheblich mindern dürfte.

Felix Trampke  
Doktorand  
Prof. Hilty  
Betreuerin am Institut:  
Dr. von Lewinski  
Finanzielle Unterstützung  
durch: MPI, VG Wort

Max-Planck-Institut  
für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht



MAX-PLANCK-GESellschaft

## Kollektive Rechtswahrnehmung und Erweiterte Kollektive Lizenzen (EKL)



Vereinbarung zwischen Verwertungsgesellschaft und Nutzer wird „erstreckt“ auf Außenstehende  
→ Lizenzierung des Wertepotes von Werken in einem bestimmten Bereich

### I. Forschungsfrage

- **Früher:** EKL als regionale Eigenheit der nordischen Länder
- **Jetzt:** EKL gewinnt international zunehmend an Beachtung
- **Aber:** Was verbirgt sich eigentlich dahinter?
- Kann die EKL den hohen Erwartungen als mögliches Lösungsmodell etwa in Situationen der Massennutzung und -lizenzierung gerecht werden?

### II. Methodik und Materialien

Ausgangspunkt: Urheberrecht der skandinavischen Länder (SOU 2010:24)

- **Dogmatische Einordnung**
  - Exklusivitätsrecht vs. Einschränkung
  - Bestehende Einschränkungen der Exklusivität (freie Nutzung; gesetzliche Lizenz; Zwangslizenz; VG-Pflicht)
  - Einordnung der EKL
- **Vereinbarkeit mit**
  - Internationalem Recht (z.B. TRIPS: Drei-Stufen Test, Art. 5)
  - Europäischem Recht (u.a. RL 2001/29/EG, RL 2006/123/EG)

### III. (Vorläufige) Ergebnisse

- EKL stellt Exklusivitätseinschränkung dar
- EKL ist vereinbar mit internationalen Vorgaben, sofern auf bestimmte Weise ausgestaltet und bei bestimmter Lesart des Drei-Stufen Tests
- Onlinemärkte auch mit EKL denkbar; notwendig dann aber: Instrument zur Überwindung der Territorialität
- Bei „wahren“ paneuropäischen Märkten: keine nationalen EKL mehr denkbar

### IV. Ausblick

- Verhältnis Exklusivität – Einschränkung zu hinterfragen
- Die Idee der EKL bleibt vielversprechend: Lizenzierung des Weltrepertoires ermöglicht durch freihandelte Verträge durch die relevanten Marktakteure
- „Markterweiterung“: Übertragung der EKL auf europäisches Territorium

Referenzen  
Rilla/Schubbo, *Extended Collective License and the Nordic Exception: It's a Different Hat to Fit John or a Lemon?*, in: *Columbia Journal of Law & the Arts* 2010, 471 ff.  
Arham, *Gulbraut, Cross-border extended collective licensing*, *PIR-Report*, 2011  
Arstad *Upphovsrt*, SOU 2010:24.

CFTrampke@web.de 25



**Philipp Venohr**

**Doktorvater**

Prof. Dr.  
Horst-Peter Götting

**Betreuer am Institut**

Dr. Roland Knaak

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

### 3.22 Die Benutzung der Marke in vergleichender Werbung

*Der Benutzung einer fremden Marke in vergleichender Werbung liegt ein Zuordnungskonflikt zwischen den Interessen des Markeninhabers, der Wettbewerber und der Verbraucher innerhalb der Reichweite des freien und unverfälschten Wettbewerbs zugrunde. Der Konflikt hat nicht nur eine hohe Praxisrelevanz, sondern wirft auch aktuelle Grundsatzfragen zum Lauterkeits- und Markenrecht auf.*

Die Benutzung einer fremden Marke in vergleichender Werbung wurde lange Zeit aus einer rein wettbewerbsrechtlichen Perspektive betrachtet, wirft jedoch Grundsatzfragen zu markenrechtlichen Problemen auf, welche die neuere europäische und nationale Rechtsprechung beschäftigt haben. Den Diskussionen liegt ein Zuordnungskonflikt zwischen den Interessen des Markeninhabers, der Wettbewerber und der Verbraucher innerhalb der Reichweite des freien und unverfälschten Wettbewerbs zugrunde.

Zentrale Frage der Dissertation ist, ob eine Markenbenutzung durch einen Dritten in vergleichender Werbung eine Verletzung des Markenrechts darstellen kann. Hierzu ist zunächst die Frage zu beantworten, welchem der drei nach europäischem Recht geltenden markenrechtlichen Verletzungstatbestände vergleichende Werbung unterfallen soll und ob die Benutzung einer fremden Marke in vergleichender Werbung eine sog. „markenmäßige Benutzung“ ist. Diese Betrachtung führt wiederum zu zwei Grundfragen des Markenrechts: Welche Funktionen kommen der Marke zu und wie werden diese rechtlich geschützt?

Nach einem kurzen historischen und ökonomischen Abriss, gefolgt von einer Darstellung der bislang vertretenen Positionen und einer Analyse der Rechtsprechung, wird im Hauptteil der Arbeit ein eigener Lösungsvorschlag entwickelt. Hierzu wird zunächst das Kriterium der „markenmäßigen Benutzung“ analysiert, um nachfolgend anhand eines eigenen Prüfungsschemas die „markenmäßige Benutzung“ bei vergleichender Werbung hin-

sichtlich der einzelnen Verletzungstatbestände und der verschiedenen Formen vergleichender Werbung einzuordnen. Der abschließende Teil der Arbeit stellt alternative *de lege ferenda*-Lösungsansätze vor, welche auch im Rahmen der Studie des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb zum europäischen Markensystem diskutiert wurden (siehe B I 1.1). Diese werden jeweils dem in der Arbeit entwickelten Lösungsvorschlag gegenübergestellt und im Hinblick auf die Markenbenutzung in vergleichender Werbung überprüft. Veranschaulicht werden die einzelnen Problemkreise mit (teilweise leicht modifizierten) Fällen aus der Praxis bzw. aus Gerichtsentscheidungen.

Ergebnis der Arbeit ist zunächst, dass vergleichende Werbung sowohl unter den Identitäts- als auch unter den Bekanntheitstatbestand des Markenrechts fallen kann. Weiterhin wird aufgezeigt, dass eine nach dem Lauterkeitsrecht zulässige vergleichende Werbung das Markenrecht nicht verletzen kann. Die dogmatische Konstruktion einer partiellen materiellen Subsidiarität des Markenrechts in Fällen lauterkeitsrechtlich zulässiger vergleichender Werbung lässt sich im Wege einer teleologischen Reduktion aufgrund des Sinn und Zwecks der gesetzlichen Regelungen erreichen. Nur im Fall einer nach dem Lauterkeitsrecht zulässigen vergleichenden Werbung greift der Gedanke der Informationsprivilegierung der Verbraucher ein. Liegt eine unlautere vergleichende Werbung vor, so ist eine Verkürzung der Schutzinteressen des Markeninhabers nicht gerechtfertigt und es sind flankierende markenrechtliche Ansprüche zu prüfen.

Nach europäischem Recht setzt die Verletzung einer Marke ihre unbefugte Benutzung durch einen Dritten voraus. Der EuGH hat zu diesem Benutzungsbegriff anlässlich eines Vorlageverfahrens, in dem es um die Benutzung einer Marke in vergleichender Werbung ging, eine Funktionenlehre entwickelt, nach der die Marke nicht nur in ihrer Herkunftsfunktion geschützt ist, sondern auch in weiteren Funktionen. Explizit genannt werden die Qualitätsfunktion, die Kommunikationsfunktion, die Investitionsfunktion und die

Werbefunktion. Damit hat der Gerichtshof seinen früheren Ansatz aufgegeben, bei der Markenverletzung nach einer Benutzung als Marke zu fragen.

Die Arbeit knüpft an dieses Merkmal an und überprüft es im Licht einer Beeinträchtigung der genannten Markenfunktionen. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Benutzung als Marke als Voraussetzung einer Markenverletzung dahingehend zu interpretieren ist, dass aus Verbraucherperspektive eine Benutzung der Marke zur Unterscheidung der eigenen Waren oder Dienstleistungen vorliegen muss. An dieser Stelle ist bei vergleichender Werbung zu differenzieren: Während sog. „anlehnend“ vergleichende Werbung unter Verwendung einer fremden Marke aufgrund ihrer Bezugnahme auf eine fremde Leistung zur Unterscheidung der eigenen Leistung häufig eine Benutzung als Marke sein kann, ist es bei Formen „kritisierend“ vergleichender Werbung, die sich stärker von der fremden Marke abgrenzt, gerade umgekehrt. Hier liegt in der Benutzung der Marke meist nur ein Hinweis auf die fremde Leistung oder das fremde Produkt und keine Kennzeichnung des eigenen Angebots. Mit dieser Lösung grenzt sich die Arbeit von der Linie des EuGH ab, der jede Form vergleichender Werbung mit einer fremden Marke als Benutzung dieser Marke ansieht und als Korrektiv die Beeinträchtigung der Markenfunktionen einsetzt. Die in der Arbeit vorgenommene Trennung des Merkmals der „Benutzung als Marke“ von dem Erfordernis der Funktionsbeeinträchtigung reflektiert das Verhältnis von Ursache und Wirkung einer rechtsverletzenden Markenbenutzung und ermöglicht eine widerspruchsfreie, stringente Lösung umstrittener Benutzungsfälle.

Ein Rückgriff auf markenrechtliche Schrankenbestimmungen oder die Schaffung neuer Schrankenbestimmungen ist nicht notwendig, da eine unlautere vergleichende Werbung nie als markenrechtlich gerechtfertigt eingeordnet werden kann. Dies entspricht dem Verständnis des Markenrechts als Bestandteil des Systems eines freien und unverfälschten Wettbewerbs. Werbung ist ein Mittel des Wettbewerbs. Da die Marke selbst

### Veröffentlichung

*Venohr, Philipp: Die Benutzung der Marke in vergleichender Werbung (Schriften zum geistigen Eigentum und zum Wettbewerbsrecht, 62), Nomos, Baden-Baden 2014, 343 S.*

einen Bestandteil des freien und unverfälschten Wettbewerbs darstellt, findet sie in diesem auch ihre Grenzen.

Die Zielsetzung europäischer und nationaler Regelungen zur vergleichenden Werbung und zum Schutz von Marken ist es, die Interessen des Markeninhabers und das Interesse der Allgemeinheit im Licht eines unverfälschten Wettbewerbs zu einem schonenden Ausgleich zu bringen. Diese Prämisse erfordert es, Markenschutz dort zu begrenzen, wo er zu Verfälschungen des Wettbewerbs führen kann, und zu gewähren, solange er zur Gewährleistung eines unverfälschten Wettbewerbs beiträgt.



**Christian  
von Köckritz**

**Doktorvater /  
Betreuer am Institut**  
Prof. Dr. Josef Drexl

**Finanzierung**  
Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

### 3.23 Zusagen im EU-Beihilferecht

*Wie in anderen Bereichen des Europäischen Wettbewerbsrechts besteht auch im EU-Beihilferecht die Möglichkeit, durch die Abgabe von Verpflichtungszusagen etwaige Bedenken der Europäischen Kommission gegen ein angemeldetes oder bereits durchgeführtes Vorhaben auszuräumen und auf diesem Wege eine – bedingte oder unbedingte – Positiventscheidung zu erwirken. Im EU-Beihilferecht sind Zusagen ein bislang kaum beachtetes Phänomen, obwohl ihnen eine sehr große praktische Bedeutung zukommt. Die Dissertation untersucht die rechtlichen Rahmenbedingungen für beihilferechtliche Zusagen, analysiert die Zusagenpraxis der Kommission und entwickelt auf der Basis der Rechtsprechung der Unionsgerichte Lösungsansätze für die wichtigsten materiellen und prozessualen Rechtsprobleme im Zusammenhang mit beihilferechtlichen Zusagen.*

Das EU-Beihilferecht ist im Vergleich zu anderen Bereichen des EU-Wettbewerbsrechts durch einige Besonderheiten gekennzeichnet. Anders als im Kartell- und Fusionskontrollrecht steht nicht der Schutz des Wettbewerbs zum Wohle der Verbraucher im Vordergrund, sondern die Gewährleistung eines *level playing field* im Binnenmarkt und der Schutz von Wettbewerbern vor Wettbewerbsverzerrungen mittels staatlicher Beihilfen.

Parteien des Beihilfekontrollverfahrens sind nur die Kommission und der beihilfegewährende Mitgliedstaat. Dementsprechend werden Zusagen formal vom beihilfegewährenden Mitgliedstaat als Verfahrenspartei abgegeben. Ihre Umsetzung trifft jedoch in aller Regel den Beihilfeempfänger oder dessen Anteilseigner. Zusagen beinhalten nämlich oft weitreichende Verpflichtungen, die das Geschäftsmodell und das Marktverhalten des Beihilfeempfängers betreffen. Zu nennen sind beispielsweise die Verpflichtung, ein beihilfegünstigtes Unternehmen umzustrukturieren und dabei bestimmte Geschäftsbereiche oder Tochtergesellschaften zu veräußern oder zu schließen, sowie Verhaltensverpflichtungen wie etwa das Verbot von Dividendenausschüttungen oder der Preisunterbietung von nicht beihilfegestützten Wettbewerbern während

des Umstrukturierungszeitraums. Darüber hinaus können Zusagen aber auch genuine Verpflichtungen des Mitgliedstaats zum Gegenstand haben, wie etwa zur Überarbeitung oder Änderung nationaler gesetzlicher Regelungen oder zur Liberalisierung bestimmter Industriezweige.

Der Mitgliedstaat ist gegenüber der Europäischen Kommission für die Einhaltung der Zusagen verantwortlich. Soweit sich aus den Zusagen Verpflichtungen für den Beihilfeempfänger oder sonstige Dritte ergeben, müssen diese mit den Mitteln des nationalen Rechts an die Betroffenen „weitergeben“ werden. Aus diesem Dreiecksverhältnis zwischen Kommission, Mitgliedstaat und Beihilfeempfänger ergeben sich komplexe Rechtsfragen des Unionsrechts und des nationalen Rechts, denen im Rahmen der Arbeit nachgegangen wird.

Im ersten Teil der Arbeit wird ein Überblick über den rechtlichen Rahmen gegeben, in den sich beihilferechtliche Zusagen einfügen. Dabei wird insbesondere herausgearbeitet, dass zwischen dem „Beihilfekontrollverhältnis“ auf Unionsebene und dem – grundsätzlich nach nationalem Recht zu beurteilenden – „Zuwendungsverhältnis“ zwischen Mitgliedstaat und Beihilfeempfänger zu unterscheiden ist. Fehler oder Störungen in einem dieser Rechtsverhältnisse schlagen nur in Ausnahmefällen auf die andere Ebene durch. Dieser „Trennungsgrundsatz“ bildet den Ausgangspunkt für die rechtliche Bewertung der Zusagenpraxis der Kommission und für die Beantwortung der behandelten Rechtsfragen im Zusammenhang mit beihilferechtlichen Zusagen im Fortgang der Arbeit.

Im zweiten Teil der Arbeit wird zunächst ein Überblick über die Erscheinungsformen und Inhalte beihilferechtlicher Zusagen gegeben. Im Anschluss daran wird die Zusagenpraxis der Kommission in Umstrukturierungsfällen analysiert. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Zusagenpraxis in der Finanzkrise. Es wird dargestellt, wie die Kommission mit Hilfe von Zusagen eine Umstrukturierung weiter Teile des europäischen Bankensektors und eine angemessene Beteiligung von Anteilseignern



und Gläubigern der Banken an den Umstrukturierungskosten durchgesetzt hat. Selbst die geordnete Abwicklung maroder Banken wurde mittels beihilferechtlicher Zusagen erreicht. Die Kommission hat damit in der Hochphase der Finanzkrise über den Einsatz von Zusagen ein regulatorisches Vakuum auf Unionsebene gefüllt. Dies wird als grundsätzlich positiv bewertet.

Im dritten Teil der Arbeit werden ausgewählte praxisrelevante Rechtsfragen im Zusammenhang mit Zusagen behandelt. Dabei wird insbesondere herausgearbeitet, dass sich die Rechtmäßigkeit des Inhalts und der Umsetzung von Zusagen in erster Linie nach dem nationalen Recht richtet. Allerdings muss die Kommission prüfen, ob die Zusagen oder ihre Umsetzung gegen Unionsrecht – insbesondere die Unionsgrundrechte – verstossen. Wenn dies der Fall ist, ist sie zur Ablehnung der mitgliedstaatlichen Zusagen verpflichtet.

Im dritten Teil wird weiter untersucht, welche Rechtsfolgen Verstöße des Mitgliedstaats oder des Beihilfeempfängers gegen Zusagen nach sich ziehen und unter welchen Voraussetzungen Zusagen abgeändert werden können. Ferner werden die Rechtsschutzmöglichkeiten des Mitgliedstaats und Beihilfeempfängers gegen Zusagenbeschlüsse der Kommission erörtert.

Abschließend wird die Zusagenpraxis der Kommission einer kritischen Bewertung unterzogen. Nach Ansicht des Verfassers ist es legitim, dass die Kommission mit dieser Praxis eigene, im Unionsinteresse liegende wirtschaftspolitische Ziele verfolgt. Zu bemängeln ist jedoch, dass die Kommission in Umstrukturierungsfällen schematisch strukturelle oder verhaltensbezogene Zusagen zur Kompensation von Wettbewerbsverzerrungen verlangt, die ihrerseits schädliche Auswirkungen auf die Markt- und Wettbewerbsverhältnisse haben können. Der Verfasser plädiert daher für eine restriktivere Genehmigungspraxis für Umstrukturierungsbeihilfen. Im Gegenzug sollten strukturelle oder verhaltensbezogene Maßnahmen zur Kompensation von Wettbewerbsverzerrungen nur noch in Aus-

### Veröffentlichung

*von Köckritz, Christian, Zusagen im EU-Beihilferecht (Münchner Schriften zum Europäischen und International Kartellrecht, 33), Stämpfli, Bern 2014, 396 S.*

nahmefällen und nach einer sorgfältigen Analyse ihrer Marktwirkungen eingesetzt werden.



**Tingting  
Weinreich-Zhao**

**Doktorvater**

Prof. Dr. Josef Drexl

**Betreuer am Institut**

Prof. Dr.  
Rupprecht Podszun

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

### 3.24 Chinese Merger Control Law – An Assessment of its Competition-Policy Orientation after the First Years of Application

*On 1 August 2008, the Chinese Anti-Monopoly Law entered into force, introducing a comprehensive framework for competition law to the Chinese market. One set of the new rules pertains to merger control. China's Ministry of Commerce (MOFCOM) was nominated as the authority responsible for enforcing merger control in China, and has been actively doing so ever since. China has thus established itself as one of the most important merger-filing jurisdictions for cross-border mergers alongside the EU and the USA. The thesis evaluates the Chinese merger control law regime and MOFCOM's decision-making practice after more than five years of application. In particular, the thesis assesses which policy goals (competition policy goals or industrial policy considerations) prevail in the written law and its application, and provides suggestions for a further improvement of the law – with the aim to develop a transparent merger control regime that promotes long-term economic growth in China.*

The year 2007 marked an important milestone in China's antitrust legislation. After more than 13 years of drafting, the first comprehensive competition law, the Anti-Monopoly Law (AML), was promulgated on 30 August 2007, and entered into force one year later, on 1 August 2008. The application of the AML is embedded in the general political and economic context of China. Since 1978, China's policymakers have launched far-reaching economic reforms aimed at liberalising the economy and introducing market mechanisms into the Chinese economy. These reforms have borne fruit: In the past 30 years, China's economy has grown significantly, becoming, by 2010, the world's second-largest economy. However, the legacy of the former planned economy is still evident in the country, where important parts of the economy remain subject to state control, and market power is often consolidated in the hands of a small number of state-owned entities.

The primary aim of competition laws is to address excessive market power and prevent abuses of such power. As a piece of Chinese competition legislation, the AML is no exception. It is aimed at protecting fair market competition, enhancing economic efficiency and promoting consumer welfare. However, the language of the AML also opens a door to a possible influx of other policy goals, including, most prominently, industrial policy considerations.

As a result, the question arises as to what policy goals actually prevail in the practical application of the merger control law, i.e. whether MOFCOM adheres strictly to the aim of protection of competition and enforces the law with scrutiny of all entities that engage in anticompetitive mergers, or whether it pursues a more "selective enforcement" when non-competition-related policies are involved and state interests are at stake. This discussion has relevance not only in the context of consolidations of the Chinese state-owned industries, but also in relation to acquisitions of well-known domestic companies by foreign enterprises. In particular, MOFCOM's prohibition decision in *Coca-Cola/Huiyuan* has provoked an international outcry that it was based more on protectionist reasoning rather than on competition concerns.

The thesis assesses and analyses the objectives and policy standards of the Chinese merger control as embodied in the AML, the scope of application of Chinese merger control law, the merger review procedure, the substantive merger control test and the judicial enforcement of the merger control law in China. In addition, the thesis also depicts the economic background of competition policy in China, tracing the historical development of the Chinese merger control regime in order to provide readers with a better understanding of the "Chinese characteristics" of the merger control law and its application. Based on an in-depth analysis of the written law and all published merger decisions from the entry into force of the AML in August 2008 until December 2013, the thesis assesses the competition policy orien-

tation of MOFCOM's enforcement practice after the first five years of practical application.

From the entry into force of the AML, in August 2008, until December 2013, MOFCOM reviewed a total of more than 700 merger cases, and during that time it gained standing as one of the most important competition authorities in multi-jurisdictional filing cases, alongside its peer agencies in the EU and the US.

The thesis shows that, on a general scale, MOFCOM's implementation practice evidences a process of gradual convergence with international procedural and substantive standards as proposed in relevant ICN documents and practised by other major antitrust enforcement authorities. In most intervention decisions, MOFCOM rendered its decisions in an unbiased manner, relying purely on competition grounds.

The major challenge ahead for MOFCOM is to further increase the transparency of its decision findings and implementation practice. For this purpose, it should consider publishing all merger decisions (irrespective of their nature), indicate the extent to which third parties' opinions in the review process have affected the outcome of the decisions and separate the assessment of competition-related and non-competition-related factors in its decisions. Moreover, it should be cautious about imposing far-reaching behavioural remedies, as MOFCOM's intervention could blur the fine lines between the respective jurisdictions of MOFCOM and the other AML enforcement authorities, namely, the National Development and Reform Commission (NDRC) and the State Administration for Industry and Commerce (SAIC), and the implementation of some behavioural remedies runs the risk of not conforming to competition policy goals. Most importantly, however, MOFCOM should enforce merger control law strictly against all state-owned enterprises, and the newly established Anti-Monopoly Commission (AMC) could actively assist with coordinating MOFCOM's enforcement activities.

The most important suggestions *de lege ferenda* concern especially the institutional framework. One might consider amending the current system to give two different authorities jurisdiction to decide a merger case, with MOFCOM being competent for the competition assessment of mergers only, and the other agency responsible for taking into consideration industrial policy factors. In the long run, a high-ranking and unified competition agency should be installed in China, one that holds sufficient authority to effectively enforce the law against large state-owned enterprises.



**Jana Zajacová**

**Doktorvater**

Prof. Dr. Josef Drexl

**Betreuerin am Institut**

Prof. Dr.

Frauke Henning-Bodewig

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

### 3.25 Tschechisches und slowakisches Lauterkeitsrecht im Lichte der europäischen Rechts- angleichung

*Die Harmonisierung des Lauterkeitsrechts in der EU wurde in den vergangenen Jahren insbesondere durch die Richtlinie über irreführende und vergleichende Werbung (Irreführungsrichtlinie) sowie durch die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken (UGP-Richtlinie) geprägt. Die vorliegende Dissertation bietet eine umfassende Übersicht über deren Umsetzungsprozesse im Recht der Slowakischen und der Tschechischen Republik. Diese beiden Staaten sind historisch eng miteinander verbunden, gehen jedoch seit einigen Jahren auch rechtlich ihre eigenen Wege. So hat sich die vormals einheitliche Regelung des Lauterkeitsrechts im tschechoslowakischen Handelsgesetzbuch, die nach der Teilung der Tschechoslowakischen Republik im Jahr 1993 in die Rechtsordnungen beider Staaten übernommen wurde, im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinien durch national eigenständige Lösungen auseinanderentwickelt, obwohl die Harmonisierungsprozesse innerhalb der EU dies gerade verhindern sollten.*

Seit die Slowakische und die Tschechische Republik am 1. Mai 2004 der EU beigetreten sind, ist das Lauterkeitsrecht beider Länder infolge der europäischen Vorgaben mehrfach geändert worden. Die Umsetzung der europäischen lauterkeitsrechtlichen Richtlinien in die nationalen Rechtsordnungen war keine einfache Aufgabe für die jeweiligen Gesetzgeber. Das hängt vor allem damit zusammen, dass das slowakische bzw. tschechische Lauterkeitsrecht normativ nicht nur auf grundlegenden Regelungen in den jeweiligen zivilrechtlichen bzw. handelsrechtlichen Gesetzen beruht, sondern zudem durch verwaltungs- und strafrechtliche Nebengesetze ergänzt wird. Beide Staaten wählten im Prinzip ähnliche Methoden der Umsetzung des teilharmonisierten europäischen Lauterkeitsrechts. Obwohl man von einer Umsetzung derselben Richtlinienexte bei Anwendung ähnlicher Umsetzungsmethoden erwarten sollte, dass auch das Ergebnis nahezu identisch ist, trifft dies in der Realität nicht zu. Zum ersten Mal in der Geschichte der Slo-

wakischen und der Tschechischen Republik sind die lauterkeitsrelevanten Gesetzestexte – in ihrem harmonisierten Teil – nicht mehr identisch geregelt. Diese Unterschiede bedürfen vor allem deshalb einer kritischen Betrachtung, weil einige harmonisierte Bestimmungen nur unvollständig bzw. nur auf verwaltungsrechtlicher Ebene umgesetzt wurden, obwohl auch auf zivilrechtlicher Ebene erheblicher Regelungsbedarf bestanden hätte.

Diese Kritik betrifft insbesondere die Umsetzung der UGP-Richtlinie, die in beiden Ländern nur in den verwaltungsrechtlich sanktionierten Verbraucherschutzgesetzen umgesetzt wurde. Dies führte dazu, dass die nationalen Verbraucherschutzgesetze mit den lauterkeitsrechtlich fundierten zivilrechtlichen Zentralnormen nicht mehr hinreichend abgestimmt sind. Die zivilrechtlichen Normen nennen als geschützte Personen zwar auch die Verbraucher (in Tschechien fallen die Verbraucher unter den neu eingeführten Begriff der „Kunden“), enthalten aber keine Regelung hinsichtlich der unlauteren Geschäftspraktiken im Sinne der UGP-Richtlinie. Zu finden ist in § 45 des slowakischen Handelsgesetzbuches (HGB) bzw. § 2977 des tschechischen Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) lediglich eine Vorschrift zur irreführenden Werbung im Sinne der Irreführungsrichtlinie, die eigentlich nur für den B2B-Bereich gelten soll.

Die Umsetzung der Regelung der vergleichenden Werbung erfolgte in beiden Staaten dagegen bereits konzeptionell unterschiedlich: In der Slowakischen Republik erfolgte eine Umsetzung nur in einer öffentlich-rechtlichen Vorschrift (§ 4 Werbegesetz). Privatrechtlich wird die vergleichende Werbung ausschließlich über die lauterkeitsrechtliche Generalklausel (§ 44 Abs. 1 HGB) erfasst. Die als Auffangtatbestand konstruierte Generalklausel verbietet unlauteren Wettbewerb und bestimmt gleichzeitig, wann eine Handlung im Wirtschaftswettbewerb als unlauter anzusehen ist. Dies ist dann der Fall, wenn sie „[...] gegen die guten Sitten des Wettbewerbs verstößt und geeignet ist, anderen Wettbewerbern oder Verbrauchern einen Nachteil herbeizurufen“. In der Tschechischen Republik

dagegen wurde die Regelung der vergleichenden Werbung in erster Linie privatrechtlich in § 2980 BGB umgesetzt. Diese wird in öffentlich-rechtlicher Hinsicht durch § 2 Abs. 2 Werbegesetz ergänzt. Die Umsetzung produktbezogener Werbung (z.B. Alkoholwerbung, Tabakwerbung etc.) erfolgte in beiden Ländern in den nationalen Werbegesetzen.

Die lang angekündigte Rekodifikation des tschechischen Zivilrechts, die am 1. Januar 2014 durch den Erlass des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches und durch die Abschaffung der bisherigen Gesetze – des BGB, des HGB sowie des Gesetzes über internationales Privatrecht – verwirklicht wurde, bildet einen weiteren Schwerpunkt der Dissertation. Mit der Neukodifikation des Privatrechts wurden die zivilrechtlichen lauterkeitsrechtlichen Regelungen vom bisherigen HGB mit einigen (in der Dissertation kritisch untersuchten) Änderungen in das BGB überführt. Die lauterkeitsrechtliche Regelung wurde zudem um zwei neue Tatbestände ergänzt: die Regelung der Wettbewerbsverbote (§ 2975 BGB) und der unzumutbaren Belästigung (§ 2986 BGB).

Die Dissertation beschränkt sich nicht nur auf die harmonisierten Teilbereiche des Lauterkeitsrechts. Sie befasst sich auch mit den Regelungen der nichtharmonisierten Bereiche, die in den beiden Staaten weiterhin fast identisch formuliert sind. Sie stammen noch aus der Zeit der Tschechoslowakischen Republik und betreffen die B2B-Praktiken des Hervorrufens einer Verwechslungsgefahr, der parasitären Rufausbeutung, der Bestechung, der Herabsetzung eines Wettbewerbers, der Verletzung von Geschäftsgeheimnissen sowie die dem Allgemeininteresse dienenden Verbote der Gefährdung von Gesundheit und Umwelt (§§ 47–52 HGB bzw. §§ 2981–2985 und 2987 BGB). Neben diesen gesetzlich geregelten Tatbeständen werden auch die durch die Rechtsprechung entwickelten „Fallgruppen“ der Generalklausel (§ 44 Abs. 1 HGB bzw. § 2976 Abs. 1 BGB) besprochen. Zu diesen gehören unter anderem der Behinderungswettbewerb, das Abwerben von Arbeitskräften und von Kunden, Schneeballsysteme etc. Zudem behandelt die Arbeit die strafrechtliche Seite des Lauterkeitsrechts, die in der

Slowakischen und in der Tschechischen Republik unterschiedlich geregelt ist.

Die Analyse materiell-rechtlicher nationaler Regelungen wird ergänzt durch die Darstellung der einzelnen Durchsetzungsmöglichkeiten. Dabei geht es nicht nur um Ansprüche auf zivilrechtlicher, verwaltungsrechtlicher und strafrechtlicher Ebene, sondern auch um alternative Möglichkeiten der Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten.

Die Arbeit endet mit einigen Vorschlägen zum gegenwärtigen Stand der europäischen Rechtsangleichung sowie mit dem Entwurf eines eigenen „Lauterkeitsgesetzes“, das in beiden untersuchten Ländern alle drei Ebenen – die zivilrechtliche, die verwaltungsrechtliche und die strafrechtliche Ebene – regelungstechnisch zusammenführen könnte. Hierdurch ließen sich einige der aufgezeigten Umsetzungsschwierigkeiten vermeiden.



**Yi Zhang**

**Doktorvater**

Prof. Dr. Reto. M. Hilty

**Betreuerin am Institut**

Prof. Dr. Andrea Wechsler

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

### 3.26 Der Lizenzvertrag im chinesischen Schutz- und Schuldrecht

*Im Zeitalter der Globalisierung ist der Transfer von Immaterialgütern durch die immer schnellere Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse in die Praxis und die damit verbundene, oft erstaunliche Rentabilität mittlerweile eine der wichtigsten Transaktionsformen geworden. Auch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China hat sich das Volumen solcher Geschäfte, etwa der Einfuhr von Technologie oder der Nutzung renommierter Marken, in den vergangenen Jahren rasant erhöht – Tendenz weiter steigend. Der Handel mit Immaterialgütern, der oft durch den Abschluss von Lizenzverträgen geschieht, ermöglicht den Inhabern der Rechte an diesen Immaterialgütern eine umfangreiche Auswertung ihres geistigen Vermögens. Außer den Einnahmen aus Lizenzgebühren können sie mit der Erhöhung ihres Marktanteils und ihres Umsatzes rechnen. Für den Lizenznehmer ergibt sich der Vorteil, durch die moderne Technologie, die Reputation des Lizenzgebers und andere Faktoren seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Markt erheblich zu steigern und langfristig seine technologischen Kapazitäten zu erhöhen, was im Fall Chinas für den dringend notwendigen Aufbau der nationalen Industrie von erheblicher Bedeutung ist. Allerdings ist der Lizenzvertrag in China trotz seiner großen Bedeutung nicht als eigener Vertragstyp geregelt, wodurch sich auf diesem Gebiet heikle Rechtsfragen stellen.*

Die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen in China und Deutschland stellen Rechtsprechung und Lehre in beiden Ländern vor schwierige Probleme, wenn es um die Wirksamkeit von Lizenzverträgen und ihre Erfüllung geht. Zwar wird im chinesischen Schrifttum immer wieder vorgeschlagen, diesen Problemen durch detaillierte Vereinbarungen in den Lizenzverträgen vorzubeugen; dies stellt aber letztlich keine zufriedenstellende Lösung dar.

Die Arbeit will in erster Linie einen Beitrag dazu leisten, in China ein systematisches und modernes Lizenzrecht zu entwickeln. Dabei

wird die herrschende Rechtspraxis unmittelbar berücksichtigt. Ausgehend vom bestehenden gesetzlichen Rahmen werden Lösungen für die Probleme, die am häufigsten auftauchen, gesucht. Die Analyse einzelner Probleme zeigt, dass viele Konstellationen gesetzlich nicht oder nicht passend geregelt sind. Daraus ergibt sich zum einen, welche Bedeutung ein angemessenes Lizenzsystem wie das hier vorgeschlagene, für das chinesische Vertragsrecht hat. Zum anderen kann sich die Rechtspraxis bei der Ausfüllung der bestehenden Lücken und bei der Anwendung eigentlich nicht passender Vorschriften an den Ergebnissen der Analyse orientieren.

In der Arbeit wird zunächst der Versuch unternommen, anhand der verschiedenen Vorschriften, die im aktuellen chinesischen Recht bereits auf den Lizenzvertrag anwendbar sind, einen systemischen Rahmen herauszuarbeiten. Auf dieser Basis wird anschließend auf die wichtigsten Fragen rund um die vorzuschlagende, einheitliche Rechtsfigur „Lizenzvertrag“ sowohl auf schutzrechtlicher als auch auf schuldrechtlicher Ebene eingegangen. Hierbei stehen das Rechtsverhältnis der Vertragsparteien zueinander sowie die Haftung bei Vertragsverletzungen im Vordergrund der Betrachtung. Es werden nicht nur die typischen lizenzvertragsrechtlichen Pflichten einzeln erläutert, sondern auch die Rechtsfolgen im Rahmen der jeweiligen Pflichtverletzungen getrennt behandelt. Dieses Vorgehen ergibt sich zwangsläufig aus zwei Gründen: Zum einen ist die Kündigung eines Dauerschuldverhältnisses dem chinesischen allgemeinen Schuldrecht fremd; eine Vertragsbeendigung kann daher nur dadurch erreicht werden, dass je nach Art der verletzten Pflicht eine analoge Anwendung sonstiger spezieller Regeln erfolgt. Zum anderen ist bei Vorschriften, deren Anwendung auf Lizenzverträge im chinesischen Recht zwingend vorgesehen ist, zu prüfen, ob sie als solche überhaupt vernünftig und sinnvoll sind. Daran anschließend werden die Rechtsverhältnisse mit Dritten erörtert. Abschließend wird in Anbetracht ihrer praktischen Relevanz die Frage beantwortet, welches Recht – chinesisches oder deutsches – bei Leistungsstörungen Anwendung finden

kann oder soll, insbesondere wenn beim Vertragsschluss vergessen wurde, eine diesbezügliche Vereinbarung zu treffen.

Bei der Beantwortung der Frage, welche Vorschriften in diesen Fällen hinsichtlich der Pflichten oder der Haftung der Parteien des Lizenzvertrags anzuwenden sind, werden die folgenden Fragen behandelt: Erstens: Sind die möglichen vertraglichen Vereinbarungen nach geltendem Recht überhaupt erlaubt und damit wirksam, oder aber nicht erlaubt und damit unwirksam? Zweitens: Sind die auf Lizenzverträge anwendbaren Vorschriften sinnvoll und vernünftig? Drittens: Was geschieht, wenn eine an sich mögliche vertragliche Vereinbarung nicht getroffen wurde? Viertens: Sind Vorschriften, die für andere Vertragstypen gelten, auf Lizenzverträge analog anwendbar? Die Antworten auf diese Fragen werden durch die Grenzen der Privatautonomie, durch gesetzliche Pflichten und die von den vorhandenen Vorschriften angebotenen Lösungsansätze bestimmt.

Die Arbeit zeigt, dass als endgültige Lösung nur die Normierung des Lizenzvertrags im Vertragsgesetz in Frage kommt. Derzeit kann der Lizenzvertrag im geltenden chinesischen Recht zwar grundsätzlich als eine besondere Art des Mietvertrags behandelt werden. Dies unterliegt jedoch Einschränkungen, denn das chinesische Mietrecht hält nicht für alle lizenzrechtlichen Probleme passende und vollständige Regelungen bereit. Des Weiteren ist zu betonen, dass die Behandlung des Lizenzvertrags in Anlehnung an den Mietvertrag nur während einer Übergangsphase gerechtfertigt ist, d.h. bis die derzeit geltenden speziellen Regelungen, die zwar für den Lizenzvertrag gedacht sind, aber nicht immer befriedigende Lösungen ermöglichen, umfassend geändert werden.

#### Veröffentlichung

*Zhang, Yi, Der Lizenzvertrag im chinesischen Schutz- und Schuldrecht (Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, 794), Herbert Utz Verlag, München 2014, XXII + 222 S.*

### III Veröffentlichungen, Vorträge, geförderte Forschungsarbeiten, Lehrtätigkeiten, Ehrungen und Preise

#### 1 Veröffentlichungen

##### 1.1 Zeitschriften

###### 1.1.1 Zeitschriften des Instituts

Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil, Hefte 1 – 12 (2014), C.H. Beck, München, XLIII + 1200 S.

Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil, Hefte 1 – 12 (2013), C.H. Beck, München, XLVI + 1196 S.

Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil, Hefte 1 – 12 (2012), C.H. Beck, München, LII + 1168 S.

International Review of Intellectual Property and Competition Law, Nos. 1 – 8 (2014), Springer, Heidelberg, 15 + 1009 S.

International Review of Intellectual Property and Competition Law, Nos. 1 – 8 (2013), Springer, Heidelberg, 16 + 1007 S.

International Review of Intellectual Property and Competition Law, Nos. 1 – 8 (2012), C.H. Beck, München, XXVII + 996 S.

###### 1.1.2 Unter Mitwirkung von Institutsangehörigen herausgegebene Zeitschriften

[Hilty, Reto M. et al. \(Hg.\)](#)

sic! – Zeitschrift für Immaterialgüter-, Informations- und Wettbewerbsrecht Schulthess, Zürich

MMR – MultiMedia und Recht, Zeitschrift für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht C.H. Beck, München

Molengrafica Series Intersentia nv, Antwerpen

[Jaeger, Thomas \(Hg.\)](#)

European State Aid Law Quarterly – EStAL Lexxion, Berlin

[Podszun, Rupprecht \(Hg.\)](#)

euvr – Zeitschrift für europäisches Unternehmens- und Verbraucherrecht/Journal of European Consumer and Market Law Springer, Verlag Österreich, Wien

[von Lewinski, Silke \(Hg.\)](#)

Cahiers de la Propriété Intellectuelle Editions Yvon Blais, Cowansville (Quebec, Kanada)

Journal of the Copyright Society of the USA The Copyright Society of the USA, New York

**2012**

[Ullrich, Hanns \(Hg.\)](#)

Revue Internationale de Droit Economique De Boeck, Bruxelles





## 1.2 Schriftenreihen

### 1.2.1 Schriftenreihen des Instituts

#### MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law

Volume 22

**Hilty, Reto M.; Liu, Kung-Chung (Hg.)**

Compulsory Licensing – Practical Experiences and Ways Forward. Springer, Berlin 2015, VI + 458 S.

Volume 21

**Hilty, Reto M.; Henning-Bodewig, Frauke (Hg.)**

Corporate Social Responsibility – Verbindliche Standards des Wettbewerbsrechts? Springer, Berlin 2014, XI + 280 S.

Volume 20

**Drexl, Josef; Grosse Ruse-Khan, Henning; Nadde-Phlix, Souheir (Hg.)**

EU Bilateral Trade Agreements and Intellectual Property – For Better or Worse? Springer, Berlin 2014, XIV + 303 S.

Volume 19

**Fikentscher, Wolfgang; Hacker, Philipp; Podszun, Rupprecht**

FairEconomy – Crises, Culture, Competition and the Role of Law. Springer, Berlin 2013, XIII + 157 S.

Volume 18

**Hilty, Reto M.; Nérisson, Sylvie (Hg.)**

Balancing Copyright – A Survey of National Approaches. Springer, Berlin 2012, IX + 1093 S.

Volume 17

**Hilty, Reto M.; Jaeger, Thomas; Lamping, Matthias (Hg.)**

Herausforderung Innovation – Eine interdisziplinäre Debatte. Springer, Berlin 2012, X + 168 S.



## Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz

Band 189

**Schneider, Tino**

Verwechslungsgefahr  
und Herkunftstäuschung.  
Heymanns, Köln 2014, XXV + 397 S.

Band 188

**Fasouli, Maria**

Die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken und ihre Umsetzung in Griechenland.  
Heymanns, Köln 2014, XXV + 353 S.

Band 187

**Klein, Anna-Elisabeth**

Die Entwicklung des Rechts gegen unlauteren Wettbewerb in Spanien unter besonderer Berücksichtigung der Irreführung durch Unterlassen.  
Heymanns, Köln 2013, XXIV + 328 S.

Band 186

**Chronopoulos, Apostolos**

Das Markenrecht als Teil  
der Wettbewerbsordnung.  
Heymanns, Köln 2013, XXII + 390 S.



Band 185

**Dorner, Michael H.**

Know-how-Schutz im Umbruch –  
Rechtsdogmatische und Informations-  
ökonomische Überlegungen.  
Heymanns, Köln 2013, XXXII + 589 S.

Band 184

**Romandini, Roberto**

Die Patentierbarkeit menschlicher  
Stammzellen – Eine vergleichende  
Betrachtung des europäischen, deutschen  
und italienischen Patentrechts.  
Heymanns, Köln 2012, XXV + 502 S.

Band 183

**Barth, Charlotte**

Bekämpfung der Markenverwässerung in  
den USA – Ein rechtsvergleichender Beitrag  
zum europäischen und deutschen Recht.  
Heymanns, Köln 2012, XXII + 216 S.

Band 182

**Oelffen, Sabine Friederike von**

§ 5a UWG – Irreführung durch Unterlassen  
– Ein neuer Tatbestand im UWG.  
Heymanns, Köln 2012, XXVI + 287 S.



## Münchener Schriften zum Europäischen und Internationalen Kartellrecht

Band 32

**Müller-Graff, Johanna**

Der Parallelhandel mit Arzneimitteln im europäischen Binnenmarktrecht. Stämpfli, Bern 2014, XXIX + 516 S.

Band 31

**Picht, Peter**

Strategisches Verhalten bei der Nutzung von Patenten im Standardisierungsverfahren aus der Sicht des europäischen Kartellrechts. Stämpfli, Bern 2013, XXXVIII + 636 S.

Band 30

**Ersoy, Çiçek**

Zusammenschlusskontrolle in der Türkei unter Berücksichtigung des Einflusses europäischen Rechts. Stämpfli, Bern 2012, XXI + 368 S.

Band 181

**Früh, Alfred**

Immaterialgüterrechte und der relevante Markt – Eine wettbewerbsrechtliche und schutzrechtliche Würdigung technologischer Innovation. Heymanns, Köln 2012, XXIV + 512 S.

Band 29

**Guzdek, Kinga**

Binnenmarkt, unverfälschter Wettbewerb und Marktversagen – Zur Parallelität der Einschränkungsmöglichkeiten im Rahmen der Grundfreiheiten sowie der Wettbewerbs- und Beihilferegeln des EU-Rechts. Stämpfli, Bern 2012, XXI + 197 S.

Band 180

**Baiocchi, Enzo**

Der Schutz bekannter Marken unter besonderer Berücksichtigung der zivilrechtlichen Sanktionen – Eine Rechtsvergleichung zwischen dem deutsch-europäischen und dem brasilianisch-südamerikanischen Markenrecht. Heymanns, Köln 2012, XXXV + 562 S.

Band 179

**Götz, Catharina**

Tatsachen- und Informationsbeschaffung im Immaterialgüterrechtsprozess. Heymanns, Köln 2012, XXI + 368 S.

Band 178

**Hühner, Sebastian**

Domain-Parking. Heymanns, Köln 2012, XXIII + 468 S.



## MIPLC Studies

Volume 23

**Dani, Kalliopi**

Community Collective Marks – Status, Scope and Rivals in the European Signs Landscape.

Nomos, Baden-Baden 2014, 68 S.

Volume 22

**Seyhan Uğurlu, Ali**

Bioethics and the Patent Eligibility of Human Embryonic Stem Cells-Related Inventions in Europe.

Nomos, Baden-Baden 2014, 86 S.

Volume 21

**Silva, Nuno de Araújo Sousa e**

The Ownership Problems of Overlaps in European Intellectual Property.

Nomos, Baden-Baden 2014, 116 S.

Volume 20

**Donghi, Monica**

Patent Strategy in Pharmaceutical Industry – Are Additional Patents Valuable?

Nomos, Baden-Baden 2014, 84 S.

Volume 19

**Ahn, Hyewon**

Second Generation Patents in Pharmaceutical Innovation.

Nomos, Baden-Baden 2014, 354 S.

Volume 18

**Gotkin, Joel**

The United States Bayh-Dole Act and its Effect on University Technology Transfer.

Nomos, Baden-Baden 2012, 74 S.

Volume 17

**Kolasa, Magdalena**

The Scope and Limits of Protection for Distinctive Signs Against the Community Design – The Application and Implications of Art. 25 (1) (e) of the Community Designs Regulation.

Nomos, Baden-Baden 2012, 82 S.

Volume 16

**Nichaenzi Jaconiah, Niteleka Jacob**

The Effects of Trademark Rights on the East African Common Market – Concocting an Appropriate East African Community Trade Mark Model based on the European Trade Mark System.

Nomos, Baden-Baden 2012, 276 S.

Volume 15

**Riemann, Eva**

Contextual Brand Valuation – From Fundamental Issues and Analysis of the State of the Art to a Systematic Integrated Approach to Brand and Intellectual Property (E)Valuation.

Nomos, Baden-Baden 2012, 303 S.

Volume 14

**Quintais, João Pedro**

On Peers and Copyright – Why the EU Should Consider Collective Management of P2P.

Nomos, Baden-Baden 2012, 103 S.



## Max Planck Series on Asian Intellectual Property Law

Volume 16

**Hilty, Reto M.; Liu, Kung-Chung (Hg.)**

The Enforcement of Patents.

Kluwer Law International, Alphen aan den Rijn 2012, XXVI + 460 S.

Volume 13

**Shan, Hailing**

The Protection of Trade Secrets in China, 2. ed.

Kluwer Law International, Alphen aan den Rijn 2012, XXIX + 326 S.

## Abhandlungen zum Urheber- und Kommunikationsrecht

Band 56

**Kleinemenke, Manuel**

Fair Use im deutschen und europäischen Urheberrecht? Eine rechtsvergleichende Untersuchung zur Flexibilisierung des urheberrechtlichen Schranken kataloges nach dem Vorbild der US-amerikanischen Fair Use-Doktrin.

Nomos, Baden-Baden 2013, 662 S.

Band 58

**Fischer, Oliver**

Perspektiven für ein Europäisches Urheberrecht.

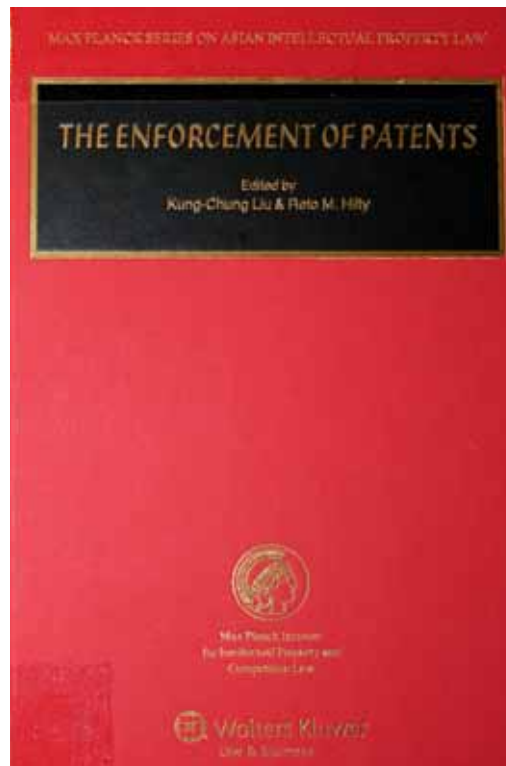
Nomos, Baden-Baden 2014, 535 S.

Band 59

**Neumann, Sophie**

Die Haftung der Intermediäre im Internationalen Immaterialgüterrecht. Vorgaben und Grenzen von Territorialitätsprinzip und Schutzlandanknüpfung.

Nomos, Baden-Baden 2014, 534 S.



## 1.2.2 Unter Mitwirkung von Institutsangehörigen herausgegebene Schriftenreihen

**Cornish, William R. (Hg.)**

Cambridge Intellectual Property and Information Law.

Cambridge University Press, Cambridge

**Hilty, Reto M. (Hg.)**

Literatur zum europäischen Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht.

Helbing & Lichtenhahn, Basel

**Hilty, Reto M. und Manfred Rehbinder (Hg.)**

Schriften zum Medien- und Immaterialgüterrecht.

Stämpfli, Bern

### 1.3 Veröffentlichungen von Institutsangehörigen

**Altaba Simon, Marc**, La extraña pareja: la difícil convivencia entre el derecho de autor y el derecho penal (The Odd Couple: the difficult coexistence between Copyright and Criminal Law), Cuaderno Electrónico de Estudios Jurídicos (CEEJ) 2 (2014), 199–228, <http://www.ceej.eu/pdf/simon.pdf>, 25.06.2014.

**Antons, Christoph**, Introduction: Law Reform and Legal Change, in: Christoph Antons, Roman Tomasic (Hg.), Law and Society in East Asia (The Library of Essays on Law in East Asia), Ashgate, Farnham/Surrey-Burlington/VT 2013, XI–XXXIII.

- At the crossroads: The legal protection of traditional knowledge, traditional cultural expressions and cultural heritage in Southeast Asia, Law in Context 29, 1 (2013), 74–94.
- Asian Borderlands and the Legal Protection of Traditional Knowledge and Traditional Cultural Expressions, Modern Asian Studies 47, 4 (2013), 1–31.
- Patent enforcement in Indonesia, in: Reto M. Hilty, Chung-Kung Liu (Hg.), The Enforcement of Patents – comparing the Asian, European and American Experiences (Max Planck Series of Asian Intellectual Property Law, 16), Kluwer Law International, Alphen aan den Rijn 2012, 215–231.
- Intellectual Property Rights in Indigenous Cultural Heritage: Basic Concepts and Continuing Controversies, in: Christoph Beat Graber, Karolina Kuprecht, Jessica Christine Lai (Hg.), International Trade in Indigenous Cultural Heritage – Legal and Policy Issues, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2012, 144–174.
- From Magic Charms to Symbols of Wealth: Well-known Trade Marks in Indonesia, in: Andrew T. Kenyon, Megan Richardson, Ng-Loy Wee Loon (Hg.), The Law of Reputation and Brands in the Asia Pacific (Cambridge Intellectual Property and Information Law, 16), Cambridge University Press, Cambridge 2012, 142–155.

- Harmonisation and selective adaption as intellectual property policies in Asia, in: Intellectual Property Rights – Prospects for Development, Adolat, Tashkent 2012, 73–104.
- Geographies of Knowledge: Cultural Diffusion and the Regulation of Heritage and Traditional Knowledge – Cultural Expressions in Southeast Asia, The WIPO Journal 4 (2012), 76–84.
- A Critical Juncture for Intellectual Property, Australasian Science 33, 8 (2012), 4.

**Antons, Christoph; Elizabeth Adeney**, The Germania 3 decision translated: The quotation exception before the German Constitutional Court, European intellectual property review [EIPR] 35, 11 (2013), 646–657.

**Antons, Christoph; Rajeswari Kanniah**, Plant variety protection and traditional agricultural knowledge in Southeast Asia, The Australian Journal of Asian Law 13, 1 (2012), 1–23.

**Bakhoun, Mor**, Balancing “Incentive to Innovate” and “Protection of Competition”: An African Perspective on Intellectual Property Rights and Competition Law, in: Margo Bagley, Ruth Okediji (Hg.), Patent Law in Global Perspective, Oxford University Press, New York, NY 2014, 515–540.

- IP, Competition Law and Access to Pharmaceuticals: the Relevance of a “Market Approach” to the Exercise of IPRs, Paper prepared in the framework of the 2013 WTO-WIPO Colloquium for Teachers of Intellectual Property, in: WIPO Academy, WTO Intellectual Property Division (Hg.), WIPO-WTO Colloquium Papers – Research Papers from the WIPO-WTO Colloquium for Teachers of Intellectual Property Law, WIPO, Geneva 2014, 69–75.
- Interfacing the ‘Local’ with the ‘Global’: A Developing Country Perspective on ‘Global Competition’, Concurrences 1 (2013), 66–76.
- The Competition Commission of the West African Economic and Monetary Union finds that Togo infringes regional State aid law by taking actions that

- favor an undertaking to the detriment of its competitors doing business in the common market (Asky), e-Competitions 52722 (2013), <http://www.concurrences.com>, 29.06.2013.
- The Competition Commission of the West African Economic and Monetary Union finds that Senegal infringes the regional competition law by taking actions that foreclose its national market to competition from Ivory Coast raising issues related to the integration process in West Africa (Norme NS-072), e-Competitions 52723 (2013), <http://www.concurrences.com>, 04.06.2013.
  - *Rezension*: McEwin, R. Ian (ed.): Intellectual Property, Competition Law and Economics in Asia, Hart Publishing 2011, Oxford and Portland Oregon, 368 S., ISBN 978-1-84946-087-3, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 44, 7 (2013), 869–872.
  - *Rezension*: Jürgen Basedow and Wolfgang Wurmnest (eds.): Structure and Effects in EU Competition Law, Studies on Exclusionary Conduct and State Aid. Studies on Exclusionary Conduct and State Aid (International Competition Law Series; 47), Kluwer Law International, Alphen aan den Rijn 2011, XV + 343 S., 978-90-411-3174-4, European state aid law quarterly [EStAL] 12, 3 (2013), 617–619.
  - Introduction, in: Josef Drexl et al. (Hg.), Competition Policy and Regional Integration in Developing Countries, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2012, 1–10.
  - Reflections on the Goals of Competition Law in Developing Countries, in: Daniel Zimmer (Hg.), The Goals of Competition Law, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2012, 408–440.
  - *Rezension*: Gerber, David J.: Global Competition: Law, Markets, and Globalization, Oxford University Press, Oxford 2010, XX, 394 S., ISBN 978-0-19-922822-5, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 43, 1 (2012), 117–120.
- siehe auch **Grosse Ruse-Khan, Henning; Mor Bakhoum; Jeremy de Beer; Carlos Correa; Graeme Dinwoodie; Josef Drexl; Sean Flynn; Susy Frankel; Holger Hestermeyer; Reto M. Hilty; Thomas Jaeger; Kaya Köklü; Annette Kur; Matthias Lamping; Bryan Mercurio; Souheir Nadde-Phlix; Pedro Roffe; Xavier Seuba; Peter Yu**
- Bakhoum, Mor; Julia Molestina**, Institutional coherence and effectiveness of a regional competition policy – the case of the West African Economic and Monetary Union (WAEMU), in: Josef Drexl et al. (Hg.), Competition Policy and Regional Integration in Developing Countries, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2012, 89–115.
- Batista, Pedro Henrique**, A Comunicação ao Público da Obra no Direito Autoral – Novos Fundamentos Vindos de Portugal? [Die öffentliche Wiedergabe des Werkes im Urheberrecht – Neue Grundlagen aus Portugal?], Revista eletrônica do IBPI – ReVeL 10 (2014), 42–83.
- Zur Patentierung menschlicher embryonaler Stammzellen – kritische Würdigung der Entscheidung des EuGH im Fall Brüstle, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 62, 6 (2013), 514–524.
- Batista, Pedro Henrique; João Vieira da Cunha; Fernando Eid Philipp**, Gaining consensus on comparative advertising in Brazil, World Trademark Review 37 (2012), 70–73.
- Bonk, Barbara**, Technische Möglichkeiten der Datenerhebung und zivilrechtliche Folgen bei Verstoß gegen die datenschutzrechtlichen Informationspflichten (Driesen Rechtswissenschaft), 1. Aufl., Driesen, Taunusstein 2012, 218 S.
- Conde Gallego, Beatriz**, La dimensión internacional del Derecho de libre competencia, in: José Antonio García Cruces (Hg.), Tratado de Derecho de la competencia y de la publicidad, Vol. 1, Tirant lo Blanch, Valencia 2014, 963–1001.

- Intellectual Property and Restraints of Competition, in: Jürgen Basedow et al. (Hg.), *The Max Planck Encyclopedia of European Private Law*, Vol. I, Oxford University Press, Oxford 2012, 942–946.
  
- Cornish, William R.**, Editorial Commentary contained in Release 43 and Release 44, in: Fiona Clark et al. (Hg.), *Encyclopedia of UK and European Patent Law*, Sweet & Maxwell, London 2013.
  
- Cornish, William R.; Tanya Aplin; David Llewelyn**, *Intellectual Property: Patents, Copyright, Trade Marks and Allied Rights (Classics Series)*, 8. Aufl., Sweet & Maxwell, London 2013, CXXXIV + 945 S.
  
- de Franceschi, Alberto**, Übersetzung ins Italienische von: S. Vogenauer, *I Principi UNIDROIT dei contratti commerciali internazionali*, *Rassegna di Diritto civile* 35, 1 (2014), 246–294.
- Art. 18, Buchst. i) Codice del consumo, in: Giovanni De Christofaro, Alessio Zaccaria (Hg.), *Commentario breve al Diritto dei consumatori*, 2. ed., CEDAM, Padova 2013, 129–130.
- Art. 18, Buchst. l) Codice del consumo, in: Giovanni De Christofaro, Alessio Zaccaria (Hg.), *Commentario breve al Diritto dei consumatori*, 2. ed., CEDAM, Padova 2013, 130.
- Art. 21, Para. II, VIII, X–XVIII, Codice del consumo, in: Giovanni De Christofaro, Alessio Zaccaria (Hg.), *Commentario breve al Diritto dei consumatori*, 2. ed., CEDAM, Padova 2013, 165–176.
- Art. 25, Codice del consumo, in: Giovanni De Christofaro, Alessio Zaccaria (Hg.), *Commentario breve al Diritto dei consumatori*, 2. ed., CEDAM, Padova 2013, 214–218.
- Art. 23, Codice del consumo, in: Giovanni De Christofaro, Alessio Zaccaria (Hg.), *Commentario breve al Diritto dei consumatori*, 2. ed., CEDAM, Padova 2013, 183–208.
- Art. 24, Codice del consumo, in: Giovanni De Christofaro, Alessio Zaccaria (Hg.), *Commentario breve al Diritto dei consumatori*, 2. ed., CEDAM, Padova 2013, 208–213.
- Einführung zu Parte II, Titolo III, Capo II, Sezione I, Codice del consumo, in: Giovanni De Christofaro, Alessio Zaccaria (Hg.), *Commentario breve al Diritto dei consumatori*, 2. ed., CEDAM, Padova 2013, 163–165.
- Art. 22, Codice del consumo, in: Giovanni De Christofaro, Alessio Zaccaria (Hg.), *Commentario breve al Diritto dei consumatori*, 2. ed., CEDAM, Padova 2013, 176–181.
- Art. 133, Codice del consumo, in: Giovanni De Christofaro, Alessio Zaccaria (Hg.), *Commentario breve al Diritto dei consumatori*, 2. ed., CEDAM, Padova 2013, 875–883.
- Informationspflichten und “formale Anforderungen” im Europäischen E-Commerce – Das Spannungsverhältnis zwischen der Richtlinie über Verbraucherrechte, dem geplanten Europäischen Kaufrecht und der E-Commerce-Richtlinie, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int]* 62, 10 (2013), 865–875.
- *Rezension: Henning-Bodewig, Frauke (ed.): International Handbook on Unfair Competition*, Beck, München 2013, XXXIV + 653 S. ISBN: 978-3-8329-7265-3, *Rassegna di Diritto civile* 2013, 955–957.
- Artt. 32 bis 51 Codice del turismo, in: Giorgio Cian (Hg.), *Commentario breve al Codice civile – complemento giurisprudenziale*, CEDAM, Padova 2012, 1023–1034.
- Art. 14 EG Verordnung Nr. 261/2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen, in: Giorgio Cian (Hg.), *Commentario breve al Codice civile – complemento giurisprudenziale*, CEDAM, Padova 2012, 1035.
- Artt. 18 bis 27-quater Codice del consumo, in: Giorgio Cian (Hg.), *Commentario breve al Codice civile – complemento giurisprudenziale*, CEDAM, Padova 2012, 1077–1088.



- Unlautere Geschäftspraktiken und Luftbeförderungsverträge: Der Fall Ryanair und die Leitlinien der italienischen Rechtsprechung, *Zeitschrift für Europäisches Unternehmens- und Verbraucherrecht* 1, 1 (2012), 41–47.
- de Franceschi, Alberto; Giovanni de Cristofaro**, Artt. 1 bis 17 Codice del consumo, in: Giorgio Cian (Hg.), *Commentario breve al Codice civile – complemento giurisprudenziale*, CEDAM, Padova 2012, 1073–1077.
- Artt. 27-quater bis 146 Codice del consumo, in: Giorgio Cian (Hg.), *Commentario breve al Codice civile – complemento giurisprudenziale*, CEDAM, Padova 2012, 1089–1122.
- de Franceschi, Alberto; Pietro Franzina**, Jurisdiction over sales contracts under the Brussel I regulation: the relevance of standard trade terms, *Internationales Handelsrecht [IHR]* 12, 4 (2012), 137–148.
- siehe auch **Lehmann, Michael; Alberto de Franceschi**
- Dietz, Adolf**, La Proposition de Directive sur les sociétés de gestion collective du 11 juillet 2012 et la diversité culturelle – une occasion ratée, in: *Mélanges en l’honneur du professeur André Lucas*, LexisNexis, Paris 2014, 237–249.
- The Proposal of the EU Commission for a Directive on Collecting Societies and Cultural Diversity – A Missed Opportunity, *Auteurs & media* 2014, 90–97.
- Pravo avtorstva i pravo na imja v sisteme ličnych neimuščestvennyh prav avtora (Das Urheberschaftsrecht und das Namensrecht im System der persönlichen Nichtvermögensrechte des Urhebers), *Trudy po intellektual’noj sobstvennosti (Moskau)* 36, 1 (2014), 64–101.
- Pravo na neprikosnovennost’ proizvedenija v sisteme ličnych neimuščestvennyh prav avtora (Das Recht auf Unversehrtheit des Werkes im System der persönlichen Nichtvermögensrechte des Urhebers), *Trudy po intellektual’noj sobstvennosti (Moskau)* 36, 2 (2014), 81–102.
- Anmerkung zu: Vergütung für die Weiterwendung von Ton- und Bildträgersendungen – Weiterwendung von Ton- und Bildträgersendungen (Übersetzung), *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int]* 63, 5 (2014), 474–478.
- *Rezension*: Der Allgemeine Teil des Rechts des geistigen Eigentums im Zivilgesetzbuch der Russischen Föderation. V. Schöttle, Mohr Siebeck Verlag, 2013, 350 S. (Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht, Bd. 81), *Archiv für Urheber- und Medienrecht [UFITA]* 2014/III (2014), 889–893.
- Greetings and Congratulation from Munich to the Copyright Twin Towers in Kraków, in: *Spory o Właśność Intelektualną – Księga jubileuszowa dedykowana Profesorom Januszowi Barcie i Ryszardowi Markiewiczowi*, Wolters Kluwer Polska, Warszawa 2013, 13–15.
- Das Urheberpersönlichkeitsrecht in der kodifizierten Neufassung des russischen Urheberrechts, in: *Festschrift für Artur Axel Wandtke zum 70. Geburtstag*, De Gruyter, Berlin, Boston 2013, 393–411.
- Teil “Germany” [Update 2012/13], in: Paul Edward Geller (Hg.), *International Copyright Law and Practice*, Release 25, LexisNexis, Newark, NJ 2013, GER-1–GER-170.
- A Modern Concept for the Right of the Community of Authors and Performers (Paying Public domain), in: Michel M. Walter, ALAI Group Autrichien (Hg.), *The Duration of Copyright and Related Rights. ALAI Study Days 2010 Vienna*, Medien und Recht Publishing, Vienna 2013, 269–278.
- Polen. Oberstes Gericht vom 21.10.2011 – Dreifachschadenersatz wegen Urheberrechtsverletzung (Übersetzung), *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int]* 62, 2 (2013), 163–167.
- Le droit moral en Russie, *Les Cahiers de propriété intellectuelle* 25, 1 (2013), 505–525.

- Tschechische Republik. Oberstes Gericht vom 30.11.2011 – Klub-CD (Übersetzung), Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 62, 2 (2013), 170–172.
- Russische Föderation. Präsidium des Obersten Arbeitsgerichts der RF vom 1.11.2011 – Agava-Soft (Übersetzung), Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 62, 2 (2013), 167–170.
- Russische Föderation. Oberstes Gericht der RF vom 3.7.2012 – Wahrnehmungsvertrag (Übersetzung), Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 62, 6 (2013), 587–589.
- *Rezension*: Sieben, Helena: Der Schutz des Know-how im russischen Recht aus der Perspektive des Verfassungsrechts. Eine rechtsvergleichende Analyse (Schriftenreihe Studien zum Gewerblichen Rechtsschutz und zum Urheberrecht; 93), Verl. Dr. Kovač, Hamburg 2012, 210 S. ISBN 978-3-8300-6496-1, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 62, 12 (2013), 1188.
- *Rezension*: Nan, Xi: Die Staatsaufsicht über Verwertungsgesellschaften in Deutschland und China (Schriftenreihe Studien zum Gewerblichen Rechtsschutz und zum Urheberrecht; 101), Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2013, XXVIII + 153 S. ISBN 978-3-8300-6895-2, Archiv für Urheber- und Medienrecht [UFITA] 2013/III (2013), 938–942.
- Influence of EU copyright harmonization directives on the building of post-socialist copyright law in Eastern Europe, in: Harmonisation of European IP law. From European rules to Belgian law and practice. Contributions in honour of Frank Gotzen (Centrum voor Intellectuele Rechten, 23), Larcier/Bruylant, Brüssel 2012, 99–113.
- Vergleichende Analyse des polnischen Rechts der Verwertungsgesellschaften nach der Reform des Urheberrechts von 2010, in: Problemy polskiego i europejskiego prawa prywatnego. Księga pamiątkowa Professora Mariana Kępińskiego, Wolters Kluwer Polska, Warszawa 2012, 199–216.
- Teil “Germany” [Update 2011], in: Paul Edward Geller (Hg.), International Copyright Law and Practice, Release 23, Matthew Bender, New York 2012, GER-1–GER-166.
- Analyse comparative du droit polonais des sociétés de gestion collective après la réforme du droit d’auteur de 2010, Revue internationale du droit d’auteur [RIDA] 233 (2012), 38–101.
- Rumänien. Verfassungsgericht vom 8.9.2011 – Kopiervergütung (Übersetzung), Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 61, 10 (2012), 942–943.
- Polen. Oberstes Gericht vom 26.10.2011 – Auskunftsanspruch wegen Reprographievergütung (Übersetzung), Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 61, 10 (2012), 939–942.
- *Rezension*: Orth, Ingo: Die öffentliche Zugänglichmachung von Werken im Internet nach deutschem und chinesischem Recht. (Rechtswissenschaft; 25) Josef Eul Verlag, Lohmar 2012, XXXI + 238 S. ISBN 978-3-8441-0011-2, Zeitschrift für chinesisches Recht [ZChinR] 2012, 267–269.
- *Rezension*: Wang, Ying: Der strafrechtliche Schutz des Urheberrechts: eine vergleichende Untersuchung zum deutschen und chinesischen Strafrecht. (Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für Ausländisches und Internationales Strafrecht, Freiburg im Breisgau: Reihe K, Kriminologische Forschungsberichte; K 150), Duncker & Humblot, Berlin 2011, XVII + 258 S., ISBN 978-3-86113-102-1 – ISBN 978-3-428-13299-7, Archiv für Urheber- und Medienrecht [UFITA] 2012/III (2012), 906–911.
- *Rezension*: Wang, Ying: Der strafrechtliche Schutz des Urheberrechts: eine vergleichende Untersuchung zum deutschen und chinesischen Strafrecht. (Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für Ausländisches und Internationales Strafrecht, Freiburg im Breisgau: Reihe K, Kriminologische Forschungsberichte;

- K 150), Duncker & Humblot, Berlin 2011, XVII + 258 S., ISBN 978-3-86113-102-1 – ISBN 978-3-428-13299-7, Zeitschrift für chinesisches Recht [ZChinR] 2012, 269–271.
- *Rezension*: Orth, Ingo: Die öffentliche Zugänglichmachung von Werken im Internet nach deutschen und chinesischem Recht. (Rechtswissenschaft; 25) Josef Eul Verlag, Lohmar 2012, XXXI + 238 S. ISBN 978-3-8441-0011-2, Archiv für Urheber- und Medienrecht [UFITA] 2012/III (2012), 911–915.
- Dietz, Adolf; Nikita Malevanny**, Russische Föderation. Föderales Gesetz Nr. 187-FZ vom 2.7.2013 über die Einfügung von Änderungen in einzelne Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation zu Fragen des Schutzes der geistigen [Eigentums-]Rechte in Informations- und Telekommunikationsnetzen (Übersetzung), Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 63, 2 (2014), 142–145.
- Drexl, Josef**, Collective Management of Copyrights and the EU Principle of Free Movement of Services after the OSA Judgment – In Favour of a More Balance Approach, in: Varieties of European Economic Law and Regulation: Liber Amicorum for Hans Micklitz (Studies in European Economic Law and Regulation, 3), Springer, Cham, Heidelberg, New York, Dordrecht, London 2014, 459–487.
- Wettbewerbswidrige Lizenzgebühren: Ein Plädoyer für eine "teilweise" Rückbesinnung auf die Inhaltstheorie, in: Festschrift für Helmut Köhler zum 70. Geburtstag, C.H. Beck, München 2014, 85–100.
  - Zur Anwendung des kartellrechtlichen Diskriminierungsverbots bei Immaterialgüterrechten: Die Entscheidung des BGH in "Elektronischer Programmführer", in: Festschrift für Joachim Bornkamm zum 65. Geburtstag, C.H. Beck, München 2014, 131–147.
  - Intellectual Property and Implementation of Recent Bilateral Trade Agreements in the EU, in: Josef Drexl, Henning Grosse Ruse-Khan, Souheir Nadde-Phlix (Hg.), EU Bilateral Trade Agreements and Intellectual Property: For Better or Worse? (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 20), Springer, Berlin and Heidelberg 2014, 265–350.
  - Droit de la concurrence et propriété intellectuelle à l'ère du numérique, in: Martine Tochais-Behar, Nicolas Charbit, Rafael Amaro (Hg.), A quoi sert la concurrence?, Institut de droit de la concurrence, Paris 2014, 485–492.
  - The Competition Dimension of the European Regulation of Public Sector Information and the Concept of an Undertaking (Max Planck Institute for Innovation and Competition Research Paper, No. 14-03), 2014, 36 S., <http://ssrn.com/abstract=2397018>, 31.01.2014.
  - Competition Law in Media Markets and its Contribution to Democracy – A Global Perspective (Max Planck Institute for Innovation and Competition Research Paper, No. 14-16), 2014, 32 S., <http://ssrn.com/abstract=2511146>, 16.10.2014.
  - AstraZeneca and the EU Sector Inquiry: When Do Patent Filings Violate Competition Law?, in: Josef Drexl, Na Ri Lee (Hg.), Pharmaceutical Innovation, Competition and Patent Law – a Trilateral Perspective, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2013, 290–322.
  - Section 3:201: Initial Ownership, in: European Max Planck Group on Conflict of Laws in Intellectual Property (CLIP) (Hg.), Conflict of laws in intellectual property – the CLIP principles and commentary, Oxford University Press, Oxford 2013, 236–253.
  - Section 3:301: Transferability, in: European Max Planck Group on Conflict of Laws in Intellectual Property (CLIP) (Hg.), Conflict of laws in intellectual property – the CLIP principles and commentary, Oxford University Press, Oxford 2013, 254–259.
  - Copyright, Competition and Development, Report to the World Intellectual Property Organization, 2013, 284 S., [http://www.wipo.int/export/sites/www/ip-competition/en/studies/copyright\\_competition\\_development.pdf](http://www.wipo.int/export/sites/www/ip-competition/en/studies/copyright_competition_development.pdf), 2013.

- Economic Integration and Competition Law in Developing Countries, in: Josef Drexl et al. (Hg.), *Competition Policy and Regional Integration in Developing Countries*, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2012, 231–252.
  - Rechtsharmonisierung mit punktuell eigenständigen Lösungen als Weg zur optimalen Wettbewerbspolitik, in: Roger Zäch, Rolf H. Weber, Andreas Heinemann (Hg.), *Revision des Kartellgesetzes – Kritische Würdigung der Botschaft 2012 durch Zürcher Kartellrichter*, Dike Verlag, Zürich/St. Gallen 2012, 11–43.
  - EU Competition Law and Parallel Trade in Pharmaceuticals: Lessons to be Learned for WTO/TRIPS?, in: Jan Rosén (Hg.), *Intellectual Property at the Crossroads of Trade (ATRIP Intellectual Property)*, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2012, 3–24.
  - Comment identifier des pools anticoncurrentiels: Regards transatlantiques et institutionnels, in: I.R.P.I. – Institut de Recherche en Propriété Intellectuelle Henri-Desbois (Hg.), *Propriété intellectuelle et concurrence: Pour une (ré) conciliation (Le Droit des affaires: propriété intellectuelle, 40)*, LexisNexis, Paris 2012, 51–83.
  - Counterfeiting and the spare parts issue, in: Christophe Geiger (Hg.), *Criminal Enforcement of Intellectual Property – A Handbook of Contemporary Research (Research Handbooks in Intellectual Property series)*, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2012, 369–385.
  - Anti-Competitive Stumbling Stones on the Way to a Cleaner World: Protecting Competition in Innovation without a Market, *Journal of Competition Law and Economics* 8, 3 (2012), 507–543.
  - *Rezension*: Sylvie Nérisson: La légitimité de la gestion collective des droits des auteurs en France et en Allemagne, *Propriétés intellectuelles [Pi]* 42 (2012), 125–126.
- siehe auch **Grosse Ruse-Khan, Henning; Mor Bakhom; Jeremy de Beer; Carlos Correa; Graeme Dinwoodie; Josef Drexl; Sean Flynn; Susy Frankel; Holger Hestermeyer; Reto M. Hilty; Thomas Jaeger; Kaya Köklü; Annette Kur; Matthias Lamping; Bryan Mercurio; Souheir Nadde-Phlix; Pedro Roffe; Xavier Seuba; Peter Yu**
- Drexl, Josef; Jürgen Basedow; Pedro de Miguel Asensio; Graeme Dinwoodie; Christian Heinze; Annette Kur; Axel Metzger; Alexander Peukert; Paul Torremans; Mireille van Eechoud**, *Conflict of Laws in Intellectual Property – The CLIP Principles and Commentary*, Oxford University Press, Oxford 2013, XLVI + 507 S.
- Drexl, Josef; Reto M. Hilty; Sylvie Nérisson; Felix Trumpke**, *Comments of the Max Planck Institute for Intellectual Property and Competition Law on the Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council on collective management of copyright and related rights and multi-territorial licensing of rights in musical works for online uses in the internal market COM (2012) 372* 2013, 35 S.
- DuMont, Jason; Mark Janis**, *Virtual Designs*, *Stanford Technology Law Review* [Stan. Tech. L. Rev.STLR] 17 (2014), 107–182.
- The Origins of American Design Protection, *Indiana Law Journal* [Ind.L.J.] 88, 3 (2013), 837–880.
  - Functionality in Design Protection Systems, *Journal of Intellectual Property Law* 19 (2012), 261.
- Ericsson, Seth**, *Ambush Marketing: Examining the Development of an Event Organizer Right of Association* (December 8, 2011), in: Na Ri Lee; Guido Westkamp; Annette Kur; Ansgar Ohly (Hg.), *Intellectual Property, Unfair Competition and Publicity – Convergences and Development (European Intellectual Property Institutes Network Series)*, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2014, 165–188.
- Fikentscher, Wolfgang**, *Bemerkungen zu Wesen und Geschichte der Rechtsanthropologie*, in: *Recht, Religion, Kultur. Festschrift für Richard Potz zum 70. Geburtstag*, *Facultas Universitätsverlag*, Wien 2014, 45–65.

- Recent International Scholarship on Economic Law: A Foreword, in: Zhang Shiming (Hg.), Recent International Scholarship on Economic Law, Law Press – China, Beijing 2012, 1–13.
- Einleitende Gedanken zu Zhang Shiming „Das Recht und seine Quellen in Raum und Zeit“, in: Zhang Shiming (Hg.), Law, Resources and Time-space Constructing China 1644–1945, Law Press China, Beijing 2012, 1–8.
- On the Synepik Method (chinesisch mit englischem Abstract), Journal of Inner Mongolia Normal University 40, 6/2011 (2012), 13–19.

**Fikentscher, Wolfgang; Manuel Pflug; Luisa Schwermer,** Vorwort, in: Wolfgang Fikentscher, Manuel Pflug, Luisa Schwermer (Hg.), Akkulturation, Integration, Migration, Herbert Utz Verlag, München 2012, 1–7.

**Fikentscher, Wolfgang; Konstantin Rall,** Kontakt der Kulturen: Theorie der Akkulturation im weiteren Sinne, in: Wolfgang Fikentscher, Manuel Pflug, Luisa Schwermer (Hg.), Akkulturation, Integration, Migration, Herbert Utz Verlag, München 2012, 7–37.

**Filgueiras, Sofia,** Problemas Reais da Propriedade Intelectual nos Mundos Virtuais, in: Fernanda Ribeiro, Luísa Neto, Ricardo Perlingeiro (Hg.), A Informação Jurídica na Era Digital, Porto 2012, 159.

- Decision of the Brazilian Superior Court of Justice, 23 March 2011, Übersetzung, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 43, 2 (2012), 240.

**Fischmann, Filipe,** Comments on the “Lexapro” Decision of the Brazilian Superior Court of Justice of 17<sup>th</sup> August 2011 (and translation of the decision), IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 43, 2 (2012), 217–221.

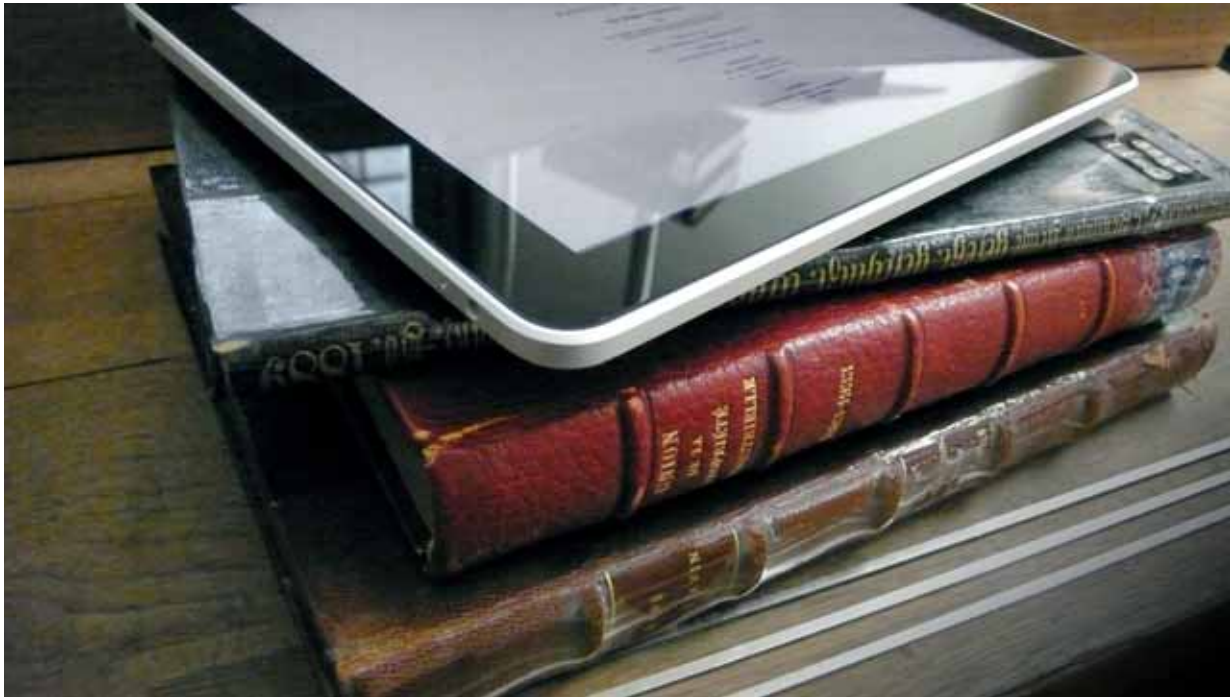
**Früh, Alfred**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Alfred Früh**

**Geiger, Christophe,** Legalize it? Quelques réflexions sur la mise en œuvre du droit d’auteur dans le contexte de l’utilisation non autorisée des œuvres sur internet, in: Le droit de la propriété intellectuelle dans un monde globalisé, Mélanges en l’honneur du Professeur Joanna Schmidt-Szalewski (Collection of the CEIPI, 61), LexisNexis, Paris 2014, 167–185.

- Les dynamiques jurisprudentielles de la construction européenne en matière de propriété intellectuelle – L’exemple du droit d’auteur, in: Liber amicorum Bernard Remiche, Droit économiques et valeurs, Larcier, Brussels 2014, 543–554.
- La fonction sociale: clef pour comprendre, améliorer et adhérer aux droits de la propriété intellectuelle, in: Michel Vivant (Hg.), Droit et économie de la propriété intellectuelle (Collection Droit et Économie), LGDJ, Paris 2014, 79.
- Assessing the Implications of the Anti-Counterfeiting Trade Agreement for the European Union: Legitimate Aim but Wrong Means, in: Pedro Roffe, Xavier Seuba (Hg.), The ACTA and the Plurilateral Enforcement Agenda: Genesis and Aftermath, Cambridge University Press, Cambridge 2014, 313.
- The Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) and beyond: towards a differentiated approach to criminal enforcement of intellectual property rights at global level, in: Pedro Roffe, Xavier Seuba (Hg.), The ACTA and The Plurilateral Enforcement Agenda: Genesis and Aftermath of ACTA, Cambridge University Press, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2014, 100.
- The Rise of Criminal Enforcement of Intellectual Property Rights.. and its Failure in the Context of Copyright Infringements on the Internet, in: Susy Frankel, Daniel Gervais (Hg.), The Evolution and Equilibrium of Copyright in the Digital Age (Cambridge Intellectual Property and Information Law, 26), Cambridge University Press, Cambridge 2014, 113–142.
- Préface, in: François Greffe, Pierre Greffe (Hg.), Traité des dessins et des modèles – France, Union européenne, Suisse, 9. Aufl., LexisNexis, Paris 2014, XIII.

- Implementing Intellectual Property Provisions in Human Rights Instruments: Towards a New Social Contract for Protection of Intangibles (Max Planck Institute for Innovation and Competition Research Paper, No. 14-10), 2014, 36 S., <http://ssrn.com/abstract=2459004>, 25.06.2014.
- Challenges for the Enforcement of Copyright in the Online World: Time for a New Approach (Max Planck Institute for Innovation and Competition Research Paper, No. 14-01), 2014, 24 S., <http://ssrn.com/abstract=2382603>, 07.03.2014.
- Osons une véritable Europe de l'innovation! Le rôle crucial de la propriété intellectuelle, *Le Monde* 20.05.2014, [http://www.lemonde.fr/idees/article/2014/05/20/osons-une-veritable-europe-de-l-innovation-le-role-crucial-de-la-propriete-intellectuelle\\_4421783\\_3232.html](http://www.lemonde.fr/idees/article/2014/05/20/osons-une-veritable-europe-de-l-innovation-le-role-crucial-de-la-propriete-intellectuelle_4421783_3232.html)
- Le brevet au sein de l'Union européenne: un système au carrefour de son existence, in: Christophe Geiger (Hg.), *Quel droit des brevets pour l'Union européenne? / What Patent Law for the European Union?* (Collection du CEIPI, 59), Litec, Paris 2013, 3.
- L'utilisation jurisprudentielle des droits fondamentaux en Europe en matière de propriété intellectuelle: Quel apport? Quelles perspectives?, in: Christophe Geiger (Hg.), *La contribution de la jurisprudence à la construction de la propriété intellectuelle en Europe* (Collection du CEIPI, 60), Litec, Paris 2013, 193.
- Avant Propos, in: Christophe Geiger (Hg.), *La contribution de la jurisprudence à la construction de la propriété intellectuelle en Europe* (Collection du CEIPI, 60), Litec, Paris 2013, IX.
- Rethinking the Enforcement of IP Rights at International Level, in: Dana Beldiman (Hg.), *Access to Information and Knowledge: 21<sup>st</sup> Century Challenges in Intellectual Property and Knowledge Governance* (Elgar intellectual property and global development), Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2013, 284–298.
- Repensando a aplicação dos direitos de propriedade intelectual no nível internacional, Lições a serem aprendidas com o (possível) fracasso do 'Acordo Comercial Anticontrafação' (ACTA), in: O. Pimentel, F. Wüst Zibetti (Hg.), *Eficiência energética, inovação e propriedade intelectual*, FUNJAB (Fundação Boiteux), Florianópolis 2013, 477.
- The Social Function of Intellectual Property Rights, or How Ethics can Influence the Shape and Use of IP Law, in: Graeme B. Dinwoodie (Hg.), *Methods And Perspectives In Intellectual Property* (ATRIP Intellectual Property Series), Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2013, 153.
- The Construction of Intellectual Property in the European Union: Searching for Coherence, in: Christophe Geiger (Hg.), *Constructing European Intellectual Property: Achievements and New Perspectives* (European Intellectual Property Institutes Network Series, 1), Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2013, 5–23.
- Introduction, in: Christophe Geiger (Hg.), *Constructing European Intellectual Property: Achievements and New Perspectives* (European Intellectual Property Institutes Network Series, 1), Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2013, XX–XXIII.
- Implementando um Instrumento Internacional para Interpretação das Limitações e Exceções aos Direitos de Autor, *Revista Jurídica do Cesuca* 1.1 (2013), 108, <http://ojs.cesuca.edu.br/index.php/revistajuridica/article/view/381>, 03.07.2013.
- O Futuro do Direito Autoral na Europa: Estabelecendo um Equilíbrio Justo entre Proteção e Acesso à Informação, *Revista De Direito Empresarial* 31 (2013), 29.
- Effectivité et flexibilité: deux impératifs de l'adaptation du droit des 'exceptions', *Revue Lamy droit de l'immatériel [RLDI]* No. 94, Special issue (2013), 41.
- Promovendo criatividade através das limitações de Direitos Autorais: reflexões acerca do conceito de exclusividade na lei de direitos autorais, *Revista Eletrônica do IBPI* 8 (2013), 1–36.



- The Anti-Counterfeiting Trade Agreement and Criminal Enforcement of Intellectual Property: What Consequences for the European Union?, in: Jan Rosen (Hg.), *Intellectual Property at the Crossroads of Trade* (ATRIP Intellectual Property series), Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2012, 167.
- Le dispositif juridique français de lutte contre le téléchargement sur les réseaux 'peer-to-peer': une volonté préventive affichée, une solution répressive retenue, in: Carine Doutreloup, François Dubuisson, Alain Strowel (Hg.), *Le téléchargement d'oeuvres sur internet – Perspectives en droits belge, français, européen et international*, Larcier, Bruxelles 2012, 65.
- Counterfeiting and the Music Industry: Towards a Criminalization of End Users? The French 'HADOPI' Example, in: Christophe Geiger (Hg.), *Criminal Enforcement Of Intellectual Property – A Handbook of Contemporary Research*, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2012, 386–402.
- Introduction, in: Christophe Geiger (Hg.), *Criminal Enforcement of Intellectual Property: A Handbook of Contemporary Research*, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2012, 1–8.
- Weakening Multilateralism in Intellectual Property Lawmaking: A European Perspective on ACTA, *The WIPO Journal [W.I.P.O.J]* 3, 2 (2012), 166.
- 'Humanising' the Intellectual Property System – Securing a Fair Balance of Interests through Fundamental Rights at European and International Level (publication in Japanese), *The quarterly review of corporation law and society* 33 (2012), 291.
- Pour un véritable droit européen de la propriété intellectuelle, *Cahiers de droit de l'entreprise* 1, Jan.–Feb. (2012), 25.
- Quelle mise en œuvre des droits de propriété intellectuelle au niveau international? – Retour sur l'Accord commercial anti-contrefaçon (ACTA), *Propriétés intellectuelles [Pi]* 43 (2012), 201–210.
- The Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA): A Comprehensive Assessment from a European Perspective" – Assessment Paper for the Committee on International Trade (INTA), Directorate-General for External Policies of the European Parliament, 2012.

**Geiger, Christophe; Lionel A. F. Bently; Graeme B. Dinwoodie; Jonathan Griffiths; Annette Kur; Ansgar Ohly; Alexander Peukert; Marco Ricolfi; Jens Schovsbo; Martin Senftleben; Katja Weckstrom (Lindroos); Lukasz Zelechowski**, Recommendation on Measures to Safeguard Freedom of Expression and Undistorted Competition in EU Trade Mark Law, 2014, 5 S., <http://ssrn.com/abstract=2496351>, 15.09.2014.

**Geiger, Christophe; Denis Barbosa; Michael Carroll; Alberto J. Cerda Silva; Margaret Chon; Carys Craig; Sean M. Fiil-Flynn; Michael Geist; S. J. van Gompel; Andres Guadamuz; Dan Hunter; Meredith W. Jacob; Peter A. Jaszi; Margot Kaminski; Ariel Katz; David Lametti; David Levine; Lydia Loren; Glynn S. Lunney; Srividhya Ragavan; Ana Ramalho; Pam Samuelson; Martin Senftleben; Christopher Jon Sprigman; Myra Tawfik; Hannibal Travis**, Brief amici curiae of Law Professors and Scholars, filed in the Supreme court case American Broadcasting Companies, Inc. v. Aereo, Inc. No. 13-461, 2014, VI + 28 + 5 S. [http://www.americanbar.org/content/dam/aba/publications/supreme\\_court\\_preview/briefs-v3/13-461\\_resp\\_amcu\\_lp-s.auth-checkdam.pdf](http://www.americanbar.org/content/dam/aba/publications/supreme_court_preview/briefs-v3/13-461_resp_amcu_lp-s.auth-checkdam.pdf), 02.04.2014.

**Geiger, Christophe; Daniel J. Gervais; Martin Senftleben**, The Three-Step-Test Revisited: How to Use the Test's Flexibility in National Copyright Law, American University International Law Review [Am. U. Int'l L. Rev.] 29, 3 (2014), 581–626.

**Geiger, Christophe; Elena Izyumenko**, Copyright on the Human Rights Trial: Redefining the boundaries of the exclusive rights through Freedom of Expression, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 45, 3 (2014), 316–342.

**Geiger, Christophe; Caroline Rodà**, Préface, in: Le droit de la propriété intellectuelle dans un monde globalisé – Mélanges en l'honneur du professeur Joanna Schmidt-Szalewski (Collection du CEIPI, 61), Lexis-Nexis, Paris 2014, XIII–XVI.

**Geiger, Christophe; Franciska Schönherr**, Limitations to Copyright in the Digital Age, in: Andrej Savin, Jan Trzaskowski (Hg.), Research Handbook on the EU Internet Law (Research Handbooks in European Law Series), Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2014, 110.

— Defining the Scope of Protection of Copyright in the EU: The Need to Reconsider the Acquis regarding Limitations and Exceptions, in: Tatiana-Eleni Synodinou (Hg.), Towards a European Copyright Code – Challenges and Perspectives (Information Law Series, 29), Kluwer Law International, Alphen aan den Rijn 2012, 133–167.

**Geiger, Christophe; Franciska Schönherr; Irini A. Stamatoudi; Paul Torremans**, The Information Society Directive, in: Irini A. Stamatoudi, Paul Torremans (Hg.), EU Copyright Law (Elgar Commentaries Series), Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2014, 395–527.

**Geiger, Christophe; Lionel A. F. Bently; Estelle Derclaye; Graeme Dinwoodie; Thomas Dreier; Severine Dusollier; Jonathan Griffiths; Reto M. Hilty; P. B. Hugenholtz; Marie-Christine Janssens; Martin Kretschmer; Axel Metzger; Alexander Peukert; Marco Ricolfi; Martin Senftleben; Alain M. Strowel; Raquel Xalabarder**, The Reference to the CJEU in Case C-466/12 Svensson (University of Cambridge Faculty of Law Research Paper, No. 6/2013), 2013, 17 S., <http://ssrn.com/abstract=2220326>, 15.02.2013.

**Geiger, Christophe; Michel Bruguière**, Propriété intellectuelle et droits fondamentaux, Revue des droits et libertés fondamentaux (RLDF) 2013, <http://rdlf.upmf-grenoble.fr/?p=3635>, 27.03.2013.

siehe auch **Grosse Ruse-Khan, Henning; Robert D'Erme; Christophe Geiger; Christian Heinze; Thomas Jaeger; Rita Matulionyte; Axel Metzger**

**Geiger, Christophe; Xavier Seuba; Asako Wechs Hatanaka**, Civil enforcement of intellectual property rights: CEIPI's comments on the Public Consultation of the European Commission, with a focus on Alternative Dispute



Resolution Mechanisms, 2013, 22 S., [http://www.ceipi.edu/uploads/media/Civil\\_enforcement\\_of\\_intellectual\\_property\\_rights\\_final\\_02.pdf](http://www.ceipi.edu/uploads/media/Civil_enforcement_of_intellectual_property_rights_final_02.pdf), 18.06.2013.

**Goold, Patrick R.**, The Evolution of Normative Legal Scholarship: The Case of Copyright Discourse, *European Journal of Legal Studies [EJLS]* 5, 2 (2012), 23–34.

**Grosse Ruse-Khan, Henning**, Intellectual Property Offences, in: Neil Boister, Robert J. Currie (Hg.), *Routledge Handbook on Transnational Criminal Law* (Routledge Handbooks), Routledge, Oxford 2014, 312–327.

- Principles for Intellectual Property Provisions in Bilateral and Regional Agreements, *European intellectual property review [EIPR]* 36, 4 (2014), 207–211.
- Litigating Intellectual Property Rights in Investor-State Arbitration: From Plain Packaging to Patent Revocation (Max Planck Institute for Innovation and Competition Research Paper, No. 14-13), 2014, 45 S., <http://ssrn.com/abstract=2463711>, 08.07.2014.
- The International Legal Framework for the Protection of Utility Models, *The WIPO Journal* 4 (2013), 175–190.
- A Conflict-of-Laws Approach to Competing Rationalities in International Law: The Case of Plain Packaging between IP, Trade, Investment and Health, *Journal of Private International Law* 9, 2 (2013), 309–348.
- *Proteção Internacional do Investimento e Propriedade Intelectual* (portugiesische Übersetzung von “Internationaler Investitionsschutz und geistiges Eigentum” (International Investment Law and Intellectual Property) von Karin Graukuntz), *Revista Jurídica do CESUCA* 2013, 188–218.
- Overlaps and Conflict Norms in Human Rights Law: Approaches of European Courts to Address Intersections with Intellectual Property Rights (Max Planck Institute for Intellectual Property and Competition Law Research Paper, No. 13-18), 2013, 23 S., <http://ssrn.com/abstract=2356244>, 18.11.2013.

- Introducing the Principles for Intellectual Property Provisions in Bilateral and Regional Agreements, *IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC]* 44, 8 (2013), 873–877.
- Criminal Enforcement and International IP Law – From TRIPS to ACTA, in: Christophe Geiger (Hg.), *Criminal Enforcement of Intellectual Property: A Handbook of Contemporary Research* (Research Handbooks in Intellectual Property series), Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2012, 171–190.
- Internationaler Investitionsschutz und geistiges Eigentum, *Zeitschrift für Geistiges Eigentum* 4, 1 (2012), 37–69.
- Options within the IP System to Promote Minor Innovations, 2012, 16 S., [http://www.wipo.int/edocs/mdocs/aspac/en/wipo\\_ip\\_kul\\_12/wipo\\_ip\\_kul\\_12\\_ref\\_t4b.pdf](http://www.wipo.int/edocs/mdocs/aspac/en/wipo_ip_kul_12/wipo_ip_kul_12_ref_t4b.pdf), 14.09.2012.
- Utility Model Protection – A Feasible Option for Incentivising Incremental Innovation? Study conducted for the World Intellectual Property Organisation, 2012.
- National Systems of Utility Models Protection the European Experience – Paper prepared for the WIPO Regional Seminar on the Legislative, Economic and Policy Aspects of the Utility Model System, Kuala Lumpur (Malaysia), 3–4 September 2012, 2012, 26 S.
- The Role of TRIPS in a Fragmented IP World, *IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC]* 43, 8 (2012), 881–884.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Dan L. Burk; Carlos M. Correa; Peter Drahos; N.S. Gopalakrishnan; Annette Kur; Matthias Lamping; Jerome Reichman; Henning Große Ruse-Khan; Hanns Ullrich; Geertrui van Overwalle**

**Grosse Ruse-Khan, Henning; Mor Bakhom; Jeremy de Beer; Carlos Correa; Graeme Dinwoodie; Josef Drexler; Sean Flynn; Susy Frankel; Holger Hestermeyer; Reto M. Hilty; Thomas Jaeger; Kaya Köklü; Annette Kur; Matthias Lamping; Bryan Mercurio; Souheir Nadde-Phlix; Pedro Roffe; Xavier Seuba; Peter Yu**, Principles

for Intellectual Property Provisions in Bilateral and Regional Agreements, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 44, 8 (2013), 878–883.

**Grosse Ruse-Khan, Henning; Robert D'Erme; Christophe Geiger; Christian Heinze; Thomas Jaeger; Rita Matulionyte; Axel Metzger**, The Impact of the Anti-Counterfeiting Trade Agreement on the Legal Framework for IP Enforcement in the European Union, in: Christophe Geiger (Hg.), Constructing European Intellectual Property Law (European Intellectual Property Institutes Network Series, 1), Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2013, 394–408.

**Hafenbrädl, Fabian**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Fabian Hafenbrädl; Kaya Köklü**

**Hartmann, Thomas**, Urheberrecht in der Bildungspraxis. Leitfaden für Lehrende und Bildungseinrichtungen, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2014, 120 S.

- Besprechung von BGH Urteil v. 28.11.2013, Az. I ZR 76/12 Meilensteine der Psychologie, WRP 60, 6 (2014), 707–708.
- Zur urheberrechtlichen Schutzfähigkeit der Forschungsdaten, in: Jürgen Taeger (Hg.), Law as a Service (LaaS) – Recht im Internet- und Cloud-Zeitalter, Bd. 1, OIWIR, Oldenburger Verlag für Wirtschaft, Informatik und Recht, Edeweicht 2013, 505–515.
- Mantra Rechtssicherheit, LIBREAS. Library Ideas 9.1 (2013), 5–15, <http://edoc.hu-berlin.de/docviews/abstract.php?lang=&id=40035>, 11.05.2013.
- Einstimmige Agenda für ein innovationsfreundliches Urheberrecht, ZWD-Magazin Bildung, Gesellschaft und Politik 1 (2013), 18–19.
- Besprechung von BGH-Beschluss vom 20.09.2012, Az. I ZR 69/11, EuGH-Vorlage zur Zulässigkeit elektronischer Leseplätze in Bibliotheken – Elektronische Leseplätze, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht [GRUR] 115, 5 (2013), 507–509.

- *Rezension*: Julian Waiblinger: „Plagiat“ in der Wissenschaft. Zum Schutz wissenschaftlicher Schriftwerke im Urheber- und Wissenschaftsrecht. UFITA-Schriftenreihe Bd. 262, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2012, 196 S., ISBN 978-3-8329-6905-9, Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht [ZUM] 57, 6 (2013), 522–523.
- *Rezension*: Eckhard Höffner (2010/2011): Geschichte und Wesen des Urheberrechts, Band 1 in 2. Auflage. München: Verlag Europäische Wirtschaft, ISBN: 978-3-930983-16-2 und 978-3-930983-17-9. (2 Bände), IUWIS-Blog 2013, <http://www.iuwis.de/blog/aus-der-literatur-eckhard-h%C3%B6ffner-20102011-geschichte-und-wesen-des-urheberrechts-2-b%C3%A4nde>, 16.01.2013.
- Der Strom kommt aus der Steckdose, aber wer schickt in dorthin? FAZ 04.12.2013.
- Ohne 3. Korb: Trends für einen wissenschafts- und medienfreundlichen Urheberschutz, in: Jürgen Taeger (Hg.), IT und Internet – mit Recht gestalten, OIWIR Verlag für Wirtschaft, Informatik und Recht, Oldenburg 2012, 245–260.
- Urheberschutz als Vademecum in Forschung und Lehre, CMS-Journal 35 (2012), 63–68.
- Weiterverkauf und „Verleih“ online vertriebener Inhalte – Zugleich eine Anmerkung zu EuGH, Urteil vom 3. Juli 2012, Rs. C-128/11 – UsedSoft./ Oracle, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 61, 11 (2012), 980–989.
- *Rezension*: Meinhard Erben (Hrsg.): Allgemeine Geschäftsbedingungen. IT-Verträge wirksam vereinbaren. Wiesbaden: Gabler Verlag/Springer Fachmedien, 2011, 210 S. ISBN 978-3-8349-2908-2, IUWIS-Blog 2012, [http://www.iuwis.de/erben\\_it-vertr%C3%A4ge\\_2012](http://www.iuwis.de/erben_it-vertr%C3%A4ge_2012), 15.05.2012.
- *Rezension*: Rolf Schwartmann (Hrsg.): Praxishandbuch Medien-, IT- und Urheberrecht, 2., neu bearbeitete Auflage. (Reihe C.F.Müller Wirtschaftsrecht). Heidelberg, München: C.F. Müller/Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm

- GmbH, 2011, LXV + 1333 S., ISBN 3-8114-3820-0., IUWIS-Blog 2012, [http://www.iuwis.de/rezension\\_schwartmann\\_Praxishandbuch\\_Urheberrecht\\_2011](http://www.iuwis.de/rezension_schwartmann_Praxishandbuch_Urheberrecht_2011), 09.04.2012.
- *Rezension*: Wolfgang Büscher, Stefan Dittmer und Peter Schiwy (Hrsg.): Gewerblicher Rechtsschutz Urheberrecht Medienrecht. Köln: Carl Heymanns/Wolters Kluwer Deutschland GmbH, 2011, 3232 S., ISBN: 978-3-452-27330-7, IUWIS-Blog 2012, [http://www.iuwis.de/rezension\\_b%C3%BCscher\\_dittmer\\_schiwy\\_2011](http://www.iuwis.de/rezension_b%C3%BCscher_dittmer_schiwy_2011), 26.03.2012.
  - *Rezension*: Josef Limper, Christian Musiol (Hrsg.): Handbuch des Fachanwalts Urheber- und Medienrecht. Köln: Carl Heymanns/Wolters Kluwer Deutschland GmbH, 2011, 1552 S. ISBN 978-3-452-27431-1, IUWIS-Blog 2012, <http://www.iuwis.de/blog/aus-der-literatur-josef-limper-christian-musiol-2011-handbuch-des-fachanwalts-urheber-und-medie>, 31.03.2012.
  - *Rezension*: Joachim Schrey, Tobias Kugler: IT-Agreements in Germany (mit CD-ROM). München: Verlag C.H. Beck, 2011, XV, 249 S., ISBN 978-3-406-62058-4, IUWIS-Blog 2012, <http://www.iuwis.de/blog/aus-der-literatur-joachim-schrey-tobias-kugler-2011-it-agreements-germany>, 14.04.2012.
  - Zehn Jahre reformiertes Urhebervertragsrecht – 1. Josef-Kohler-Symposium, Kommunikation und Recht [K & R] 11 (2012), V–VI.
  - Streit ums Buch zu Lasten Dritter FAZ 26.09.2012.
  - “Unlautere” Geschäftspraktiken und der Bezug zu Art. 10bis PVÜ – Warum “unseriöse” Geschäftspraktiken keinen Sinn ergibt, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 63, 11 (2014), 997–1006.
  - Erneute UWG-Reform? Einige Anmerkungen zum Referentenentwurf 2014, Wettbewerb in Recht und Praxis [WRP] 60, 12 (2014), 1407–1410.
  - The Notion of Comparative Advertising, in: Landmark Cases of EU Consumer Law – In Honour of Jules Stuyck, Intersentia, Cambridge 2013, 345–359.
  - Unfair Competition Law – An Introduction to a Complex Topic, in: Frauke Henning-Bodewig (Hg.), International Handbook on Unfair Competition, Beck/Hart/Nomos, München/Oxford/Baden-Baden 2013, 1–8.
  - International Protection Against Unfair Competition, in: Frauke Henning-Bodewig (Hg.), International Handbook on Unfair Competition, Beck/Hart/Nomos, München/Oxford/Baden-Baden 2013, 9–39.
  - Regional Agreements in North America, South America, Africa, Caribbean, Asia, in: Frauke Henning-Bodewig (Hg.), International Handbook on Unfair Competition, Beck/Hart/Nomos, München/Oxford/Baden-Baden 2013, 76–82.
  - Der Schutzzweck des UWG und die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht [GRUR] 115, 3 (2013), 238–245.
  - Internationale Standards gegen unlauteren Wettbewerb, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 62, 1 (2013), 1–12.
  - Haften Privatpersonen nach dem UWG?, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht [GRUR] 115, 1 (2013), 26–32.
  - Lauterkeitsrecht in Belgien – Das Marktgesetz vom 6.4.2010, Wettbewerb in Recht und Praxis [WRP] 59, 10 (2013), 1266–1272.
  - Abschied vom “verständigen Verbraucher”?, Wettbewerb in Recht und Praxis [WRP] 59, 11 (2013).
- siehe auch **Hilty, Reto M.; Thomas Hartmann; Kaya Köklü; Sylvie Nérissou; Felix Trumpe**
- Henning-Bodewig, Frauke**, Regelung unlauterer “B2B”-Geschäftspraktiken auf europäischer Ebene?, in: Festschrift für Joachim Bornkamm zum 65. Geburtstag, C.H. Beck, München 2014, 365–373.
- Europäisches (und deutsches) Lauterkeitsrecht in Zeiten der Globalisierung, in: Festschrift für Helmut Köhler zum 70. Geburtstag, C.H. Beck, München 2014, 277–288.

— Prominente und Werbung, in: Erich Greipl, Reiner Münker (Hg.), 100 Jahre Wettbewerbszentrale, Deutscher Fachverlag GmbH, Frankfurt am Main 2012, 125–135.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Frauke Henning-Bodewig**

**Henning-Bodewig, Frauke; Katharina Boesche**, Germany, in: Frauke Henning-Bodewig (Hg.), International Handbook on Unfair Competition, Beck/Hart/Nomos, München/Oxford/Baden-Baden 2013, 231–260.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Frauke Henning-Bodewig; Rupprecht Podszun**

**Henning-Bodewig, Frauke; Diana Liebenau**, Corporate Social Responsibility (CSR) – verbindliche Standards des Wettbewerbsrechts? – Tagungsbericht über einen am 16./17.5.2013 vom Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht veranstalteten Workshop, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 62, 8/9 (2013), 753–757.

**Hildebrandt, Patrick**, Rezension: Caron Beaton-Wells & Ariel Ezrachi (eds.): Criminalising Cartels – Critical Studies of an International Regulatory Movement. Hart Publishing, Oxford 2011. 472 S., ISBN 978-1-84946-025-5, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 43, 3 (2012), 367–368.

**Hilty, Reto M.**, Art. 380 bis 393 – Der Verlagsvertrag, in: Heinrich Honsell (Hg.), Kurzkommentar Obligationenrecht, Helbing Lichtenhahn, Basel 2014, 1395–1422.

— La limitation de la propriété intellectuelle comme moyen d'encourager l'innovation, in: Le droit de la propriété intellectuelle dans un monde globalisé – Mélanges en l'honneur du professeur Joanna Schmidt-Szalewski (Collection du CEIPI, 61), LexisNexis, Paris 2014, 207–219.

— Softwareurheberrecht statt Softwarepatente? Forderungen der deutschen Politik unter der Lupe, in: Festschrift für Helmut Köhler zum 70. Geburtstag, C.H. Beck, München 2014, 289–298.

— Verwertung von Urheberrechten – Der Verlagsvertrag, in: Roland von Büren, David Lucas (Hg.), Schweizerisches Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht. Zweiter Band – Urheberrecht. Erster Teilband – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte, Helbing Lichtenhahn Verlag, Basel 2014, 597–666.

— Interview: Wer etwas ändern will, hat es immer schwerer, Plädoyer – das Magazin für Recht und Politik 4 (2014), 6–10.

— Declaration on Patent Protection: Regulatory Sovereignty under TRIPS (in Japanese), Intellectual Property Law and Policy Journal 45 (2014), 1–32.

— Art. 1 und Art. 2, in: Reto M. Hilty, Reto Arpagaus (Hg.), Basler Kommentar. Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb – UWG, Helbing Lichtenhahn Verlag, Basel 2013, 3–153.

— Interview: Kritik am jüngsten Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Urheberrecht – “Erforderlich wären ganz andere Maßnahmen”, Promedia: das medienpolitische Magazin 5 (2013), 16–18.

— Reflections on a European Copyright Codification, in: Tatiana-Eleni Synodinou (Hg.), Codification of European Copyright Law – Challenges and Perspectives (Information Law Series, 29), Wolters Kluwer Law, Alphen aan den Rijn 2012, 355–372.

— Individual, multiple and collective ownership: what impact on competition?, in: Jan Rosén (Hg.), Individualism and Collectiveness in Intellectual Property Law (ATRIP intellectual property), Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2012, 3–44.

— Economic, legal and social impacts of counterfeiting, in: Christophe Geiger (Hg.), Criminal Enforcement of Intellectual Property – A Handbook of Contemporary Research (Research Handbooks in Intellectual Property), Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2012, 9–23.

— License Agreements, in: Jürgen Basedow et al. (Hg.), The Max Planck Encyclopedia of European Private Law, Bd. 2, Oxford University Press, Oxford 2012, 1098–1102.

- Wieso wir Milch im Kühlschrank haben oder Konsequenzen von Wertschöpfungsketten (dreisprachig: Deutsch, Französisch, Italienisch), *Gazzetta/ProLitteris* 52, Sonderheft Urheberrecht (2012), 68–72.
- Die Rechtsnatur des Softwarevertrages. Erkenntnisse aus der Entscheidung des EuGH *UsedSoft vs. Oracle*, *Computer und Recht* [CR] 28, 10 (2012), 625–637.
- Optionales europäisches Vertragsrecht (“28. Modell”): “Geistiges Eigentum”, *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht* [RabelsZ] 76, 2 (2012), 339–373.

**Hilty, Reto M.; Dan L. Burk; Carlos M. Correa; Peter Drahos; N.S. Gopalakrishnan; Annette Kur; Matthias Lamping; Jerome Reichman; Henning Große Ruse-Khan; Hanns Ullrich; Geertrui van Overwalle**, Declaration on Patent Protection, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 45, 6 (2014), 679–698.

— Declaration on Patent Protection: Regulatory Sovereignty under TRIPS (in Japanese), *Intellectual Property Law and Policy Journal* 45 (2014), 1–32.

**Hilty, Reto M.; Frauke Henning-Bodewig**, Vorwort und Einführung in die Thematik, in: Reto M. Hilty, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), *Corporate Social Responsibility – Verbindliche Standards des Wettbewerbsrechts?* (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 21), Springer, Berlin 2014, 3–5.

siehe auch **Knaak, Roland; Reto M. Hilty; Annette Kur**

**Hilty, Reto M.; Kaya Köklü**, Reichweite des Rechtsschutzes von Computerprogrammen – Eine Kritik an der EuGH-Rechtsprechung, in: *Festschrift für Joachim Bornkamm zum 65. Geburtstag*, C.H. Beck, München 2014, 797–809.

— Access and Use: Open vs. Proprietary Worlds (Max Planck Institute for Innovation and Competition Research Paper, No. 14-07), 2013, 9 S., <http://ssrn.com/abstract=2425637>, 29.04.2013.

**Hilty, Reto M.; Peter R. Slowinski**, Patenting Coffee – IP Protection and Its Impact on Innovation in the Coffee-Capsule Market, in: *Varieties of European Economic Law and Regulation* (Studies in European Economic Law and Regulation, 3), Springer, Berlin 2014, 489–503.

siehe auch **Grosse Ruse-Khan, Henning; Mor Bakhoun; Jeremy de Beer; Carlos Correa; Graeme Dinwoodie; Josef Drexler; Sean Flynn; Susy Frankel; Holger Hestermeyer; Reto M. Hilty; Thomas Jaeger; Kaya Köklü; Annette Kur; Matthias Lamping; Bryan Mercurio; Souheir Nadde-Phlix; Pedro Roffe; Xavier Seuba; Peter Yu**

siehe auch **Geiger, Christophe; Lionel A. F. Bently; Estelle Derclaye; Graeme Dinwoodie; Thomas Dreier; Severine Dusollier; Jonathan Griffiths; Reto M. Hilty; P. B. Hugenholtz; Marie-Christine Janssens; Martin Kretschmer; Axel Metzger; Alexander Peukert; Marco Ricolfi; Martin Senftleben; Alain M. Strowel; Raquel Xalabarder**

siehe auch **Drexler, Josef; Reto M. Hilty; Sylvie Nérissou; Felix Trimpke**

**Hilty, Reto M.; Fabian Hafenbrädl; Kaya Köklü**, Software Agreements: Stocktaking and Outlook – Lessons from the *UsedSoft v. Oracle* Case from a Comparative Law Perspective, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 44, 3 (2013), 263–292.

**Hilty, Reto M.; Thomas Hartmann; Kaya Köklü; Sylvie Nérissou; Felix Trimpke**, Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht zur Anfrage des Bundesministeriums der Justiz vom 20. Februar 2013 – Zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Regelung zur Nutzung verwaister Werke und weiterer Änderungen des Urheberrechtsgesetzes sowie des Urheberrechtswahrnehmungsgesetz 2013, 27 S.

**Hilty, Reto M.; Frauke Henning-Bodewig; Rupprecht Podszun**, Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Immaterialgüter-

und Wettbewerbsrecht, München, vom 29.4.2013 – Zum Grünbuch der Europäischen Kommission über unlautere Handelspraktiken in der B2B-Lieferkette für Lebensmittel und Nicht-Lebensmittel in Europa vom 31.1.2013, COM(2013) 37 final 2013, 13 S., [http://www.ip.mpg.de/files/pdf2/MPI\\_Stellungnahme\\_Gruenbuch\\_B2B\\_2013-04-30.pdf](http://www.ip.mpg.de/files/pdf2/MPI_Stellungnahme_Gruenbuch_B2B_2013-04-30.pdf), 30.04.2013

**Hilty, Reto M.; Claire Huguenin**, Einleitung vor Art. 1 ff., in: Reto M. Hilty, Claire Huguenin (Hg.), Schweizer Obligationenrecht 2020 – Entwurf für einen neuen allgemeinen Teil: OR 2020, Schulthess, Zürich 2013, 1–28.

**Hilty, Reto M.; Claire Huguenin; Tina Purtschert**, Vorbemerkungen zu Art. 79–84, in: Reto M. Hilty, Claire Huguenin (Hg.), Schweizer Obligationenrecht 2020 – Entwurf für einen neuen allgemeinen Teil: OR 2020, Schulthess, Zürich 2013, 243–278.

**Hilty, Reto M.; Thomas Jaeger; Matthias Lamping; Roberto Romandini; Hanns Ullrich**, Comments of the Max-Planck-Institute for Intellectual Property and Competition Law on the Preliminary Set of Provisions for the Rules of Procedure of the Unified Patent Court (Max-Planck-Institute for Intellectual Property and Competition Law Research Paper Series, No. 13-16), 2013, 10 S., <http://ssrn.com/abstract=2337467>, 01.10.2013.

**Hilty, Reto M.; Tina Purtschert**, Vorbemerkungen zu Art. 144–147, in: Reto M. Hilty, Claire Huguenin (Hg.), Schweizer Obligationenrecht 2020 – Entwurf für einen neuen allgemeinen Teil: OR 2020, Schulthess, Zürich 2013, 412–426.

**Hilty, Reto M.; Markus J. Weber**, Immaterialgüterrecht – Rechtsentwicklungen EU, in: Andreas Kellerhals, Tobias Baumgartner (Hg.), Wirtschaftsrecht Schweiz-EG. Überblick und Kommentar, Bd. 2012/13, Dike Verlag, Zürich, St. Gallen 2013, 299–316.

— Immaterialgüterrecht – Kommentar, in: Andreas Kellerhals, Tobias Baumgartner (Hg.), Wirtschaftsrecht Schweiz-EG. Überblick und Kommentar, Bd. 2012/13,

Dike Verlag, Zürich, St. Gallen 2013, 317–320.

- Switzerland, in: Reto M. Hilty, Sylvie Nérissou (Hg.), Balancing Copyright – A Survey of National Approaches (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 18), Springer, Berlin/Heidelberg 2012, 977–1093.
- Immaterialgüterrecht, in: Andreas Kellerhals (Hg.), Wirtschaftsrecht Schweiz-EG. Überblick und Kommentar, Bd. 2011/12, Dike Verlag, Zürich, St. Gallen 2012, 265–295.

**Hilty, Reto M.; Alfred Früh**, Potenzial und Grenzen der Revision von Art. 5 KG, in: Roger Zäch, Rolf H. Weber, Andreas Heinemann (Hg.), Revision des Kartellgesetzes – kritische Würdigung der Botschaft 2012 durch Zürcher Kartellrechtler, Dike, St. Gallen, Zürich 2012, 81–103.

**Hilty, Reto M.; Thomas Jaeger; Matthias Lamping; Hanns Ullrich**, The Unitary Patent Package: Twelve Reasons for Concern, CIPA Journal, 2012, 10, 553–555.

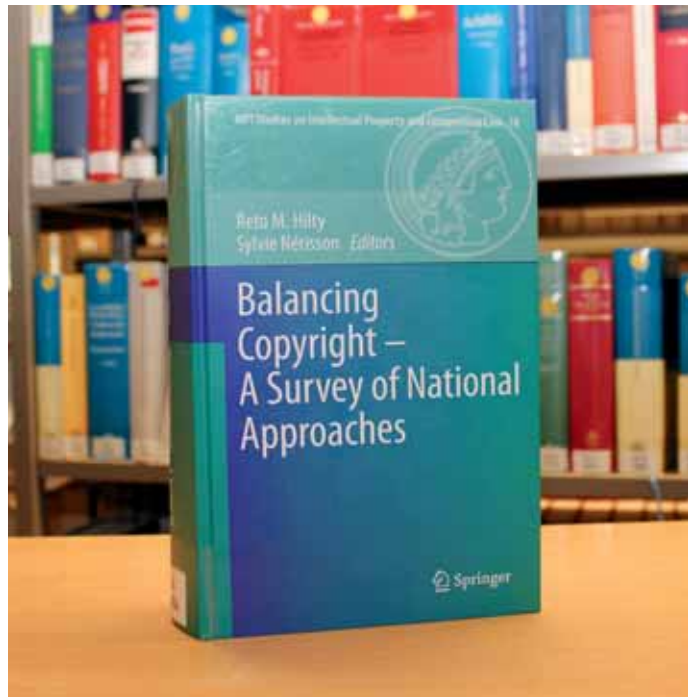
**Hilty, Reto M.; Kung-Chung Liu**, Introduction, in: Reto M. Hilty, Kung-Chung Liu (Hg.), The Enforcement of Patents (Max Planck Series of Asian Intellectual Property Law, 16), Kluwer Law International, Alphen aan den Rijn 2012, 1–6.

**Hilty, Reto M.; Sylvie Nérissou**, Collective Copyright Management and Digitization: The European Experience, in: Ruth Towse, Christian Handke (Hg.), Handbook on the Digital Creative Economy, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2013, 222–234.

- The Balance of Copyright, in: Karen B. Brown, David V. Snyder (Hg.), General Reports of the XVIII<sup>th</sup> Congress of the International Academy of Comparative Law/Rapports Généraux du XVIII<sup>ème</sup> Congrès de l'Académie Internationale de Droit Comparé, Springer, Dordrecht 2012, 355–392.
- Overview of National Reports About 'Balancing Copyright' (Max Planck Institute for Intellectual Property and

Competition Law Research Paper, No. 12-05), 2012, 94 S., [http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=2040607](http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2040607), 01.03.2012.

- Overview, in: Reto M. Hilty, Sylvie Nérisson (Hg.), *Balancing Copyright – A Survey of National Approaches* (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 18), Springer, Berlin 2012, 1 – 78.
  
- Husovec, Martin**, CJEU allowed website-blocking injunctions with some reservations, *Journal of intellectual property law & practice [JIPLP]* 9, 8 (2014), 631 – 634.
- ECtHR rules on liability of ISPs as a restriction of freedom of speech, *Journal of intellectual property law & practice [JIPLP]* 9, 2 (2014), 108 – 109.
- Is a bank or a client liable for phishing? [Zodpovedá za phishing banka alebo klient?], *Revue pro právo a technologie* 9 (2014), 239 – 252.
- The End of (Meta) Search Engines in Europe? (Max Planck Institute for Innovation and Competition Research Paper, No. 14-15), 2014, 25 S., <http://papers.ssrn.com/abstract=2411917>, 08.07.2014.
- Case Comment on “Pickney”, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 45, 3 (2014), 370 – 374.
- Case note on Globtour.cz [Poznámky k prípadu Globtour.cz], *Revue pro právo a technologie* 9 (2014), 211 – 214.
- Doménová čítanka – výver zo slovenských doménových rozhodnutí, EISI, European Information Society Institute, Vranov 2013, 206 S.
- Consent or a license agreement? Response to the article of Prof. Telec. [Súhlas alebo licenčná zmluva? Reakcia na článok prof. Telca], *Revue pro právo a technologie* 8 (2013).
- Public Interest in the Copyright law. Exceptions and Limitations, restrictively? [Verejný záujem v autorskom práve. Výnimky a obmedzenia, reštriktívne?], *Právny obzor [PO]* 96, 5 (2013), 472 – 498.
- Injunctions against Innocent Third Parties: The Case of Website Blocking,



- Journal of Intellectual Property, Information Technology and Electronic Commerce Law* 4.2 (2013), 116 – 129, <http://papers.ssrn.com/abstract=2257232> <http://www.jipitec.eu/issues/jipitec-4-2-2013/3745/husovec.pdf>, 28.08.2013.
- Case note on the autobazar.eu case [Poznámky k prípadu autobazar.eu], *Revue pro právo a technologie* 8 (2013).
- Case note on the share-rapid.cz case [Poznámky k prípadu share-rapid.cz], *Revue pro právo a technologie* 8 (2013).
- How to interpret § 81 ods. 6 of the Copyright Act. SOZA v. Pohorelá, *Dusevne vlastnictvo* 3 (2012), 11 – 13.
- Domain Name Transfer before Slovak and Czech Courts, *Journal of Intellectual Property, Information Technology and Electronic Commerce Law [JIPITEC]* 3, 2 (2012), 148 – 152.
- Judicial harmonisation of the copyright term ‘work’ in the Union law, *Bulletin slovenskej advokácie* 12 (2012).
- Is it (still) possible to claim the domain name transfer?, *Revue pro právo a technologie* 6 (2012).
- Liability of a discussion forum provider for allegedly difamatory comments of third parties, *Revue pro právo a technologie* 6 (2012).

- Amicus curiae before Slovak Supreme Court in Ecopress v. Storin case, EISi 2012.
  - Domain name reader. Collection of Slovak domain name decisions, EISi 2012, 136.
  - *Rezension*: Commentary on Slovak Trademark Act, Dusevne vlastnictvo 4 (2012).
- Husovec, Martin; Z. Adamová**, Slovak Chapter, in: Hendrik Vanhees (Hg.), International Eyclopaedia of Laws: Intellectual Property, Kluwer Law International, Alphen aan den Rijn 2014.
- Jaeger, Thomas**, Artikel 15 EUV, in: Karl Mayer, Heinz Stöger (Hg.), Kommentar zu EUV und AEUV (172. EL 2014), Manz, Wien 2014.
- IP Enforcement Provisions in EU Economic Partnership Agreements, in: Josef Drexl, Henning Grosse Ruse-Khan, Souheir Nadde-Phlix (Hg.), EU Bilateral Trade Agreements & Intellectual Property For Better or Worse (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 20), Springer, Heidelberg 2014, 189 – 205.
  - Immer Zores um den Zaster, in: Konrad Lachmeyer, Karl Stöger (Hg.), Casebook Europarecht – mit dem Vertrag von Lissabon (Manual), 3. Aufl., Facultas.wuv, Wien 2014, 63 – 67.
  - Selbstverantwortung, Solidarität und Finanzmarkt, in: WiR – Studiengesellschaft für Wirtschaft und Recht (Hg.), Selbstverantwortung versus Solidarität im Wirtschaftsrecht, Linde, Wien 2014, 193 – 219.
  - Anforderungen des europäischen Beihilferechts an das wirtschaftliche Kammerhandeln, in: Harald Eberhard, Ulrich E. Zellenberg (Hg.), Kammern in einem sich wandelnden Umfeld, Sramek, Wien 2014, 153 – 201.
  - Wer billig kauft, kauft (50 %) teu(r)er: Bank Burgenland, Ecolex 25, 1 (2014), 98 – 102.
  - Hypo-Desaster: Rettet uns die Kommission vor den Rettern – und darf sie das?, Ecolex 25, 3 (2014), 289 – 291.
  - Private enforcement umweltbezogener Rechte – Wachtelkönig, Ziesel und Konsorten auf dem Weg nach Aarhus?, Journal für Rechtspolitik [JRP] 2014, 10 – 25.
  - What's in the Unitary Patent Package?, Društveni ogledi journal 1/2 (2014), 194 – 218.
  - Neues an der Schnittstelle von Vergabe- und Beihilferecht, Wirtschaftsrechtliche Blätter [WBL] 28, 9 (2014), 493 – 504.
  - Herausforderungen des Einheitspatent-systems, Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 2014 (2014), [http://www.mpg.de/7826992/IB\\_20141](http://www.mpg.de/7826992/IB_20141), 2014.
  - State Aid and Transparency: A Natural Contradiction, European state aid law quarterly [EStAL] 13, 3 (2014), 386 – 389.
  - *Rezension*: Birnstiel/Bungenberg/Heinrich (Hrsg.): Europäisches Beihilferecht (NomosKommentar), Nomos, Baden-Baden 2013, 1466 S., ISBN 978-3-8329-5758-2, European state aid law quarterly [EStAL] 13, 1 (2014), 176 – 178.
  - *Rezension*: Birnstiel/Bungenberg/Heinrich (Hrsg.): Europäisches Beihilferecht (NomosKommentar), Nomos, Baden-Baden 2013, 1466 S., 978-3-8329-5758-2, Juristische Blätter [JBL] 136, 10 (2014), 678 – 680.
  - *Rezension*: Quadbeck, Maximilian: Das Publizitätsprinzip im Immaterialgütervertragsrecht der Europäischen Union. (Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz; 177), Heymanns, Köln 2011, XX + 224 S., ISBN 978-3-452-27694-0, Archiv für Urheber- und Medienrecht [UFITA] 2014/I (2014), 241 – 247.
  - *Rezension*: Spindler, Gerald: Persönlichkeitsschutz im Internet – Anforderungen und Grenzen einer Regulierung, (Verhandlungen des 69. Deutschen Juristentages; 1,F: Gutachten), C. H. Beck, München 2012, 136 S., ISBN 978-3-406-63075-0, Archiv für Urheber- und Medienrecht [UFITA] 2014/II (2014), 591 – 595.
  - *Rezension*: Müller, Thomas: Wettbewerb und Unionsverfassung – Begründung und Begrenzung des Wettbewerbsprinzips in der europäischen Verfassung (Jus Publi-



- cum; 233), Mohr Siebeck, Tübingen 2014, XXXI + 681 S., ISBN 978-3-16-152683-1, Zeitschrift für Öffentliches Recht 3 (2014), 557–562.
- System einer Europäischen Gerichtsbarkeit für Immaterialgüterrechte: Grundlagen – Struktur – Verfahren, Springer, Berlin 2013, XLI + 1196 S.
  - §§ 74-78 und 233-235, in: Johannes Schramm et al. (Hg.), Kommentar zum Bundesvergabegesetz 2006, 3. Lfg. 2013, Springer, Wien 2013.
  - What conclusions can be drawn from the Opinion of the Court of Justice regarding the European Patent Court?, in: Christophe Geiger (Hg.), *Quel droit des brevets pour l'Union européenne?* (Collection du CEIPI, 59), LexisNexis, Paris 2013, 139–153.
  - Das Kooperationsverhältnis zwischen EuGH und internationalen Gerichten, in: Christoph Grabenwarter, Erich Vranes (Hg.), *Kooperation der Gerichte im europäischen Verfassungsverbund: Grundfragen und neueste Entwicklungen – Verhandlungen des 12. Österreichischen Europarechtstags 2012*, Springer, Wien 2013, 69–113.
  - Beihilfe- und Förderungsrecht, in: Michael Holoubek, Michael Potacs (Hg.), *Handbuch des öffentlichen Wirtschaftsrecht*, Bd. 1, 3. Aufl., Springer, Wien 2013, 617–733.
  - The Inquisition Retakes Brussels (via the Draft Procedural Regulation), *European state aid law quarterly* [EStAL] 12 (2013), 441–443.
  - Einheitspatent – Zulässigkeit der verstärkten Zusammenarbeit ohne Spanien und Italien, *Neue Juristische Wochenschrift* [NJW] 66, 28 (2013), 1998–2001.
  - Ausfall von Telefon, Fax und Internet: Genussschmälerung oder wirtschaftlicher Schaden?, *Neue Juristische Wochenschrift* [NJW] 66, 15 (2013), 1031–1035.
  - Tenth Anniversary Lecture for the European State Aid Law Quarterly: Closing Remarks, *European state aid law quarterly* [EStAL] 12, 1 (2013), 11–12.
  - Beinahe eine Reform: Die “Scheinkartellisierung” des Beihilfeverfahrens, *Ecolex* 3 (2013), 296–299.
  - Milliardenbeihilfe für Kärntner Hypo – Gibt es überhaupt Banken ohne Systemrelevanz?, *Ecolex* 1 (2013), 94–96.
  - Inhaltliche und methodische Vollständigkeit des Vorschlags für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht, *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht* [RabelsZ] 2013, 465–503.
  - Hieronymus Bosch am Werk beim EU-Patent? – Alternativen zur Einheitspatentlösung, *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht* [EuZW] 24, 1 (2013), 15–20.
  - Die Positivierung des Rückgewährschuldverhältnisses im BGB, *Zeitschrift für das juristische Studium* 6.4 (2013), 327–338, [http://www.zjs-online.com/dat/artikel/2013\\_4\\_710.pdf](http://www.zjs-online.com/dat/artikel/2013_4_710.pdf), 06.08.2013.
  - Die parallele Anwendung von BGB und Europäischem Kaufrecht beim Rückgewährschuldverhältnis, *Archiv für die civilistische Praxis* [AcP] 213, 4 (2013), 507–537.
  - Das BGB als gesamteuropäisches Innovationsgesetz?, *Juristenzeitung* [JZ] 68, 22 (2013), 1070–1080.
  - Shielding the Unitary Patent from the ECJ: A Rash and Futile Exercise, *IIC – international review of intellectual property and competition law* [IIC] 44, 4 (2013), 389–391.
  - *Rezension*: Siebert, Sven R.: *More economic approach in der Europäischen Beihilfenaufsicht* (Wolf Theiss Award; 33), NWV, Wien 2012, 303 S. ISBN 978-3-7083-0878-4, *Zeitschrift für Öffentliches Recht* [ZÖR] 68 (2013), 459–463.
  - *Rezension*: Decker, Maximilian: *Geistiges Eigentum als Kreditsicherheit. Status Quo und Reformmöglichkeiten unter besonderer Berücksichtigung der Empfehlungen des UNCITRAL Legislative Guide on Secured Transactions und dessen Annex* (Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht; 72), Mohr Siebeck Tübingen 2012, XXX + 545 S. ISBN 978-3-16-152229-1, *Archiv für Urheber- und Medienrecht* [UFITA] 2013/III (2013), 922–928.

- *Rezension*: Callens, Pieter/Granata, Sam: Introduction to the Unitary Patent and the Unified Patent Court. The (Draft) Rules of Procedure of the Unified Patent Court, Kluwer Law Internat., Alphen aan den Rijn 2013, XXI + 298 S., 978-90-411-4757-8, Common Market Law Review [CMLR] 2013, 332 – 334.
  - The Present and Future of European Patent Jurisdiction, in: Reto M. Hilty, Chung-Kung Liu (Hg.), The Enforcement of Patents – comparing the Asian, European and American Experiences (Max Planck Series of Asian Intellectual Property Law, 16 ), Kluwer Law International, Alphen aan den Rijn 2012, 433 – 452.
  - Zuschüsse und Übernahme wirtschaftlicher Risiken durch den Staat aus beihilfenrechtlicher Sicht, in: Studiengesellschaft für Wirtschaft und Recht (Hg.), Finanzmarktregulierung, Linde, Wien 2012, 149 – 182.
  - AMA Gütesiegel und Biozeichen rechtswidrig?, *Ecolex* 23, 3 (2012), 273 – 276.
  - Die höchstrichterliche Beihilfejudikatur in Deutschland: Ein Vorbild für Österreich?, *Wirtschaftsrechtliche Blätter [WBL]* 2012, 9 – 16.
  - America invents. Und Europa?, *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht [EuZW]* 23 (2012), 401 – 402.
  - Neues zu Ausgleichszahlungen im Postsektor, *Ecolex* 23, 6 (2012), 528 – 530.
  - Flughafen Klagenfurt am Prüfstand des Beihilfeverbots, *Ecolex* 23, 5 (2012), 448 – 450.
  - Back to Square One? – An Assessment of the Latest Proposals for a Patent and Court for the Internal Market and Possible Alternatives, *IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC]* 43, 3 (2012), 286 – 303.
  - Juxtaposed to ACTA or More of the Same? – A Look at IP Enforcement under the EU's Economic Partnership Agreements, *European Foreign Affairs Review [EFAR]* 17, 3 (2012), 411 – 450.
  - Glücksspielkonzessionen und Beihilfeverbot, *Wirtschaftsrechtliche Blätter [WBL]* 26, 12 (2012), 661 – 675.
  - Fehlstellungen im Verhältnis von Steuer- und Beihilferecht – ein Plädoyer für mehr Ausgewogenheit, *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht [EuZW]* 23, 3 (2012), 92 – 99.
  - Taking tax law seriously: The Opinion of AG Mazák in EDF, *European state aid law quarterly [EStAL]* 2012, 1 – 3.
  - Rechtsmittelentscheidungen des EuG im Fall Bank Burgenland, *Ecolex* 8 (2012), 741 – 744.
  - *Rezension*: Annette Kur and Vytautas Mizaras (Eds.): The Structure of Intellectual Property Law – Can One Size Fit All? Cheltenham: Edward Elgar, 2011. 384 S. ISBN 978-1-84844-876-6, *Common Market Law Review* 49, 2 (2012), 858 – 861.
  - *Rezension*: Ohly, Ansgar (Hrsg.): Common Principles of European Intellectual Property Law, (Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht; 62), Mohr Siebeck, Tübingen 2012, VIII + 272 S., ISBN 978-3-16-151826-3, *Archiv für Urheber- und Medienrecht [UFITA]* 2012, 842 – 847.
- Jaeger, Thomas; Magdalena Bigonski; Birgit Rumersdorfer; Malte Symann**, Wesentliche Legislativakte und ausgewählte Anwendungspraxis, in: Thomas Jaeger, Birgit Haslinger (Hg.), *Jahrbuch Beihilferecht 2014*, NWV, Wien 2014, 17 – 276.
- Wesentliche Legislativakte und ausgewählte Anwendungspraxis, in: Thomas Jaeger, Birgit Haslinger (Hg.), *Jahrbuch Beihilferecht 2013*, NWV, Wien 2013, 15 – 323.
- siehe auch **Grosse Ruse-Khan, Henning; Mor Bakhroum; Jeremy de Beer; Carlos Correa; Graeme Dinwoodie; Josef Drexler; Sean Flynn; Susy Frankel; Holger Hestermeyer; Reto M. Hilty; Thomas Jaeger; Kaya Kökllü; Annette Kur; Matthias Lamping; Bryan Mercurio; Souheir Nadde-Phlix; Pedro Roffe; Xavier Seuba; Peter Yu**
- siehe auch **Grosse Ruse-Khan, Henning; Robert D'Erme; Christophe Geiger; Christian**

**Heinze; Thomas Jaeger; Rita Matulionyte; Axel Metzger**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Thomas Jaeger; Matthias Lamping; Roberto Romandini; Hanns Ullrich**

**Jaeger, Thomas; Oskar Bollinger; Elisabeth Lischka; Birgit Rumersdorfer**, Wesentliche Legislativakte und ausgewählte Anwendungspraxis, in: Thomas Jaeger, Birgit Haslinger (Hg.), Jahrbuch Beihilferecht 2012, NWV, Wien 2012, 15 – 221.

**Jaeger, Thomas; Thomas Eilmansberger**, Artikel 2 bis 6 AEUV, in: Heinz Mayer, Karl Stöger (Hg.), Kommentar zu EUV und AEUV, 139 Lf., Manz, Wien 2012, 12 – 76.

**Jaeger, Thomas; Thomas Eilmansberger; Günter Herzig; Peter Thyir**, Materielles Europarecht – Lehrbuch mit Originalquellen, 3. Aufl., LexisNexis, Wien 2012, 375 S.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Thomas Jaeger; Matthias Lamping; Hanns Ullrich**

**Ju, Julia**, Piraterie in der Uhrenindustrie, Jahresschrift/Deutsche Gesellschaft für Chronometrie 51 (2012), 195 – 202.

**Katzenberger, Paul**, Inländerbehandlung und Mindestrechte ausübender Künstler nach dem Rom-Abkommen, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 63, 5 (2014), 443 – 452.

— Urteilsanmerkung zu BGH, 26.2.2014, AZ. I ZR 49/13, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 63, 6 (2014), 617 – 618.

— 4th GRUR Int./JIPLP Joint Seminar – The different notions of „copyright-protected work“ in Europe: Munich, 10 March 2014, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 63, 12 (2014), 1097.

— Gemeinsame Vergütungsregeln als kollektives Instrument, in: Eva Inés Oberfell (Hg.), Zehn Jahre reformiertes Urhebervertragsrecht, Verlag Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston 2013, 55 – 73.

— *Rezension*: European Max Planck Group on Conflict Of Laws In Intellectual Property (CLIP): Conflict of Laws in Intellectual Property. The CLIP Principles and Commentary. Oxford University Press, Oxford 2013, 507 S., ISBN 978-0-19-966508-2, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 62, 10 (2013), 977 – 978.

— Grundregeln des Internationalen Privat- und Zivilprozessrechts des geistigen Eigentums (CLIP-Grundregeln) – Erarbeitet durch die European Max Planck Group on Conflict of Laws in Intellectual Property (CLIP), Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 61, 10 (2012), 899 – 910.

**Klopschinski, Simon**, *Rezension*: Meine Marke. Was Unternehmen authentisch, unverwechselbar und langfristig erfolgreich macht. Redline Verlag, München 2011, 269 S., ISBN 978-3-86881-305-0, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 62, 5 (2013), 499 – 500.

— *Rezension*: Kühnen, Thomas: Handbuch der Patentverletzung. 5. Aufl., Carl Heymanns Verlag, Köln 2011, XXIX, 672 S., ISBN 978-3-452-27508-0, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 61, 3 (2012), 287.

— *Rezension*: Groß, Michael: Der Lizenzvertrag. 10. Aufl., Verlag Recht und Wirtschaft GmbH, Frankfurt a.M. 2011, XXVII, 1021 S., ISBN 978-3-8005-1547-9, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 61, 8/9 (2012), 849.

— *Rezension*: Hauck, Felix: Practitioner's Manual for Trademark Prosecution and Litigation in the EU. 1. Aufl., Sweet & Maxwell, London 2011, XXXIV, 556 S., ISBN 978-0-414-04621-4, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 61, 3 (2012), 286.

- Aktuelle Informationen: Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 61 (2012), H. 1, 108 ; H. 2, 195 ; H. 2 195/196 ; H. 3, 287 ; H. 4, 389 ; H. 5, 490/491 ; H. 6, 598 ; H. 7, 702 ; H. 8/9, 849 ; H. 8/9, 849/850 ; H. 8/9, 851 ; H. 10, 962/963 ; H. 10, 963 ; H. 11, 1060 ; H. 12, 1166
- Knaak, Roland**, Schranken der Einheitlichkeit im Gemeinschaftsmarkenrecht nach „Chronopost“ und „Pago“, in: Festschrift für Joachim Bornkamm zum 65. Geburtstag, C.H. Beck, München 2014, 587–598.
- Metatags und Keywords als vergleichende Werbung – zum EuGH-Urteil Belgian Electronic Sorting Technology, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 63, 3 (2014), 209–215.
- Metatags and keywords as comparative advertising, Journal of intellectual property law & practice [JIPLP] 9, 9 (2014), 770–779.
- Comments on EUCJ judgment ‘Best’, AIDA – Annali Italiani del Diritto d’Autore, della Cultura e dello Spettacolo 23, 1581 (2014), 519–526.
- The Relationship between Earlier Trade Marks and Geographical Indications in European Law, in: Problemy Polskiego i Europejskiego Prawa Prywatnego (Probleme des polnischen und europäischen Privatrechts) – Festschrift für Marian Képinski, Wolters Kluwer Polska, Warszawa 2012, 217–228.
- Community Trade Mark, in: Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt, Reinhard Zimmermann (Hg.), The Max Planck Encyclopedia of European Private Law, Bd. 1, Oxford University Press, Oxford 2012, 274–277.
- Der Fall „Bud“ – Schutzentziehung geistigen Eigentums durch Unionsrecht, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 61, 8/9 (2012), 705–711.
- Knaak, Roland; Reto M. Hilty; Annette Kur**, Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb vom 12. Mai 2014 zum Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung vom 28.11.2013, COM (2013) 813 final 2014, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 63,6 (2014), S. 554 – 560
- Comments of the Max Planck Institute for Innovation and Competition of 3 June 2014 on the Proposal of the European Commission for a Directive on the Protection of Undisclosed Know-How and Business Information (Trade Secrets) Against Their Unlawful Acquisition, Use and Disclosure of 28 November 2013, COM(2013) 813 Final, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 45,8 (2014), 953–967
- Knaak, Roland; Annette Kur; Alexander von Mühlendahl**, Die Studie des Max-Planck-Instituts für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht zum Funktionieren des europäischen Markensystems, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 61, 3 (2012), 197–208.
- The Study on the Functioning of the European Trade Mark System (Max Planck Institute for Intellectual Property & Competition Law Research Paper, No. 12-13), 2012, 32 S., <http://ssrn.com/abstract=2172217>, 01.11.2012.
- Kochupillai, Mrinalini**, The Parental Lines Case, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 44, 3 (2013), 369–379.
- Patent Enforcement in India, in: Reto M. Hilty, Kung-Chung Liu (Hg.), The Enforcement of Patents, Comparing Asian, European and American Experiences (Max Planck Series of Asian Intellectual Property Law, 16 ), Kluwer Law International, Alphen aan den Rijn 2012, 351–389.
- HMT: Time to share benefits with our farmers?, SpicyIP India Blog 2012, 02.11.2012.

- Protecting Parental Lines of Extant Hybrids in India, Parts I and II, SpicyIP India Blog 2012, 12.09.2012.

**Köklü, Kaya**, The Marrakesh Treaty – Time to End the Book Famine for Visually Impaired Persons Worldwide, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 45, 7 (2014), 737–739.

- Kurz und knapp: Was bringt der WIPO-„Blindenvertrag“?, Die Gegenwart: Magazin für blinde und sehbehinderte Menschen und ihre Freunde; Organ des DBSV 10 (2013), 13–15.
- Was bringt der WIPO-Blindenvertrag?, iRights info – Urheberrecht und kreatives Schaffen in der digitalen Welt 2013, <http://irights.info/was-bringt-der-wipo-blindenvertrag>, 19.07.2013.
- Kriminalisierung der Patentverletzung – eine kritische Analyse, in: Fikri Mülkiyet Hukuku Yıllığı 2011, Yetkin Yayınları, Ankara 2012, 267–286.
- General principles of intellectual property protection in the European Union, in: Intellectual Property Rights – Prospects for the Development, Adolat, Tashkent 2012, 26–40.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Kaya Köklü**

siehe auch **Grosse Ruse-Khan, Henning; Mor Bakhom; Jeremy de Beer; Carlos Correa; Graeme Dinwoodie; Josef Drexler; Sean Flynn; Susy Frankel; Holger Hestermeyer; Reto M. Hilty; Thomas Jaeger; Kaya Köklü; Annette Kur; Matthias Lamping; Bryan Mercurio; Souheir Nadde-Phlix; Pedro Roffe; Xavier Seuba; Peter Yu**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Fabian Hafenbrädl; Kaya Köklü**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Thomas Hartmann; Kaya Köklü; Sylvie Nérison; Felix Trumpe**

**Köklü, Kaya; Matthias Lamping**, Die Vereinbarkeit des serbischen Immaterialgüterrechts mit der europäischen Durchsetzungsrichtlinie, in: Stefan Hülshörster, Dirk Mirow (Hg.), Deutsche Beratung bei Rechts- und Justizreformen im Ausland – 20 Jahre Deutsche

Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit (IRZ), BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2012, 303–315.

- The AGA-Occultech Decision of the German Federal Court of Justice – Confusion on a Higher Level? Union Conference Report 2012, <http://www.union-ip.org/union/WebObjects/un.woa/wa/downloadDocument?id=793>, 23.04.2012.

**Kolasa, Magdalena**, Rezension: Lehmann, Michael; Meents, Jan Geert (Hrsg.): Handbuch des Fachanwalts Informationstechnologierecht. 2. Aufl., Heymanns, Köln 2011. XLIX + 1658 S., ISBN 978-3-452-27399-4, Journal of intellectual property law & practice [JIPLP] 7, 6 (2012), 473–474.

- Rezension: Kalbfus, Bjorn Helge: Know-how-Schutz in Deutschland zwischen Strafrecht und Zivilrecht – welcher Reformbedarf besteht? (Geistiges Eigentum und Wettbewerb; 25), Carl Heymanns Verlag, Köln 2011, XIX + 413 S., ISBN 978-3-452-27597-4, Journal of intellectual property law & practice [JIPLP] 7, 5 (2012), 384–385.

**Kosmides, Timoleon**, Die Verträge über die Exploration und Produktion von Kohlenwasserstoffen (auf Griechisch), in: Farantouris (Hg.), Energie: Netze & Infrastrukturen, Athen 2014, 421–445.

- Haftung für Datenschutzverstöße nach BDSG – Probleme des § 7 und europarechtliche Vorgaben (§ 36), in: Isabell Conrad, Malte Grützmaker (Hg.), Recht der Daten und Datenbanken im Unternehmen. Zugleich Festgabe zu Jochen Schneider zum 70. Geburtstag, O. Schmidt, Köln 2014, 534–554.
- Teil VIII, Kapitel 2B: E-Commerce: Bonitätsbewertung im Rahmen des BDSG, in: Nikolaus Forgó, Marcus Helfrich, Jochen Schneider (Hg.), Betrieblicher Datenschutz. Rechtshandbuch, C.H. Beck, München 2014, 685–693.
- Teil XII, Kapitel 3: Haftungsrisiken und deren Versicherung, in: Nikolaus Forgó, Marcus Helfrich, Jochen Schneider (Hg.), Betrieblicher Datenschutz. Rechtshandbuch, C.H. Beck, München 2014, 956–981.

- The legal nature of the controller's civil liability according to art. 23 of Directive 95/46 EC (Data Protection Directive), in: Honory Volume for Evi Laskari. Texts and articles from the 5th International Conference on Information Law (ICIL 2012), dedicated to the memory of Evi Laskari, Athens 2013, 323–336.
- Contractual Agreements for Hydrocarbon Exploration and Exploitation in Cyprus – Small Country, Gigantic Hydrocarbon Reserves, Oil, Gas & Energy Law [OGEL] 11, 3 (2013), 1–17.
- Contractual Agreements for Hydrocarbon Exploration and Exploitation in Greece – Contracting with Europe's Emerging Oil and Gas Eldorado, Oil, Gas & Energy Law [OGEL] 11, 3 (2013), 1–25.
- Die Verträge über Exploration und Produktion von Kohlenwasserstoffen (nach dem Gesetz Nr. 2289/1995) – eine erste Annäherung (auf Griechisch), Nomiko Vema [Juristische Tribüne] 2012, 788–805.

**Kosmides, Timoleon; Christos Chasapis,** Außervertragliche Schadensersatzhaftung für Umweltverschmutzung im Rahmen maritimer Tätigkeiten (auf Griechisch), in: Farantouris (Hg.), Energie: Seeverkehr und maritimer Transport, Athen 2013, 37–91.

**Krafzer, Rudolf,** Europäisches Patentamt, in: Bayerische Staatsbibliothek (Hg.), Historisches Lexikon Bayerns 2012, Nr. 46013.

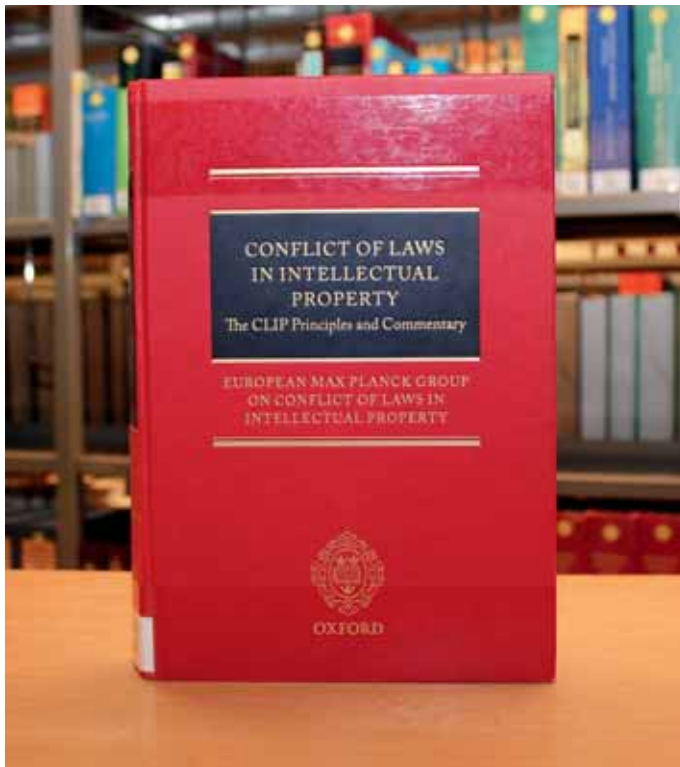
- *Rezension:* Gruber, Stephan/Haberl, Andreas/Oldekop, Axel/von Zumbusch, Ludwig: Europäisches und internationales Patentrecht. Einführung zum Internationalen Patentrecht (Praxis des Gewerblichen Rechtsschutzes und Urheberrechts), 7. neu bearb. Aufl., C.H. Beck/Helbing/Lichtenhahn, München/Basel 2012. XXI, 416 S., ISBN 978-3-406-63189-4., Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht [GRUR] 114, 12 (2012), 1225.

**Krupko, Svetlana,** Kollisionsrechtliche Probleme der Festsetzung des Urhebers/ursprünglichen Inhabers der ausschließlichen Rechte an den Objekten des Urheberrechts im Aspekt des Russischen Rechts, Hozajstvo i pravo ("Wirtschaft und Recht"), abgesonderte Anlage "Kollisionsrechtliche Aspekte der Regulierung des Geistigen Eigentums" zur Heftnummer 11 2014, 37–51.

- Wechselbeziehung des Gleichbehandlungsprinzips und des kollisionsrechtlichen Prinzips *lex loci protectionis*, Hozajstvo i pravo ("Wirtschaft und Recht"), abgesonderte Anlage "Kollisionsrechtliche Aspekte der Regulierung des Geistigen Eigentums" zur Heftnummer 11 2014, 27–36.
- Probleme der Bestimmung des Statutes der intellektuellen Rechten: materielles Territorialitätsprinzip und kollisionsrechtliches Prinzip *lex loci protectionis*, Hozajstvo i pravo ("Wirtschaft und Recht"), abgesonderte Anlage "Kollisionsrechtliche Aspekte der Regulierung des Geistigen Eigentums" zur Heftnummer 11 2014, 15–26.
- Immaterielle Natur der Ergebnisse der intellektuellen Tätigkeit. Mittel der Individualisierung und ihre Bedeutung für Internationales Privatrecht, Hozajstvo i pravo ("Wirtschaft und Recht"), abgesonderte Anlage "Kollisionsrechtliche Aspekte der Regulierung des Geistigen Eigentums" zur Heftnummer 11 2014, 3–14.
- Abgesonderte Probleme der kollisionsrechtlichen Regulierung der Verträge über die Verfügung über die ausschließlichen Rechte in dem Licht des Dritten Teils des Russischen Zivilgesetzbuches, Hozajstvo i pravo ("Wirtschaft und Recht"), abgesonderte Anlage "Kollisionsrechtliche Aspekte der Regulierung des Geistigen Eigentums" zur Heftnummer 11 2014, 52–64.

**Kryzhna, Valentyna,** Chapters 27, 28, 29 concerning industrial property, in: V. I. Borysova, I. V. Spasibo-Fateeva, V. L. Yarotskiy (Hg.), Civil Law of Ukraine: Textbook – Volume 1, 2. Aufl., Law, Kharkiv 2014, 580–636.

- The Unregistered Designations: Protection Means, Accountancy 47 (2014), 51–55.
  - Concept and Contents of Intellectual Property Rights, Theory and Practice of Intellectual Property 1 (2013), 3–7.
  - Protection of Intellectual Property Rights under Article 1 of Protocol N° 1 to the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, Theory and Practice of Intellectual Property 3 (2013), 44–47.
  - The Place of Intellectual Property Contracts in System of Contracts, Intellectual Property. Copyright 10 (2013), 57–65.
  - The Protection of Rights to Indication of Origin of Goods, Intellectual Property Law 4 (30) (2013), 20–23.
- Kunda, Ivana**, Croatia, in: Toshiyuki Kono (Hg.), Intellectual Property and Private International Law: Comparative Perspectives (Studies in Private International Law, 10), Hart Publishing, Oxford 2012, 477–524.
- Kunda, Ivana; Danijela Vrbljanac**, Pravo mjerodavno za ugovore o intelektualnom vlasništvu – od ZRSZ-a do Uredbe Rim I [Law Applicable to intellectual Property Contracts – from the local PIL Act to the Rome I Regulation], in: N. Veladžić, N. Findrik, E. Ramić (Hg.), Zbornik radova međunarodne naučne konferencije Bosna i Hercegovina i euro-atlantske integracije – trenutni izazovi i perspektive [Collection of Papers from the International Scientific conference Bosnia and Hercegovina and Euro-Atlantic integrations – Current Challenges and Perspectives], Pravni fakultet Univerziteta u Bihaću, Bihać 2012, 318–333.
- Kur, Annette**, Vorrangtheorie à la Luxemburg? Zu den Auswirkungen der Funktionsrechtsprechung und der Entscheidung Martin Y Paz/Gauquie, in: Festschrift für Helmut Köhler zum 70. Geburtstag, C.H. Beck, München 2014, 383–395.
- What to Protect, and How? Unfair Competition, Intellectual Property, or Protection Sui Generis, in: Na Ri Lee; Guido Westkamp; Annette Kur; Ansgar Ohly (Hg.), Intellectual Property, Unfair Competition and Publicity (European Intellectual Property Institutes Network Series), Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2014, 11–32.
  - Protection for Fashion: The European Experience, in: Rochelle Cooper Dreyfuss, Jane C. Ginsburg (Hg.), Intellectual property at the Edge – The Contested Contours of IP (Cambridge Intellectual Property and Information Law, 22), Cambridge University Press, Cambridge 2014, 180–190.
  - Trademarks Function, Don't They? CJEU Jurisprudence and Unfair Competition Principles, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 45, 4 (2014), 434–454.
  - Durchsetzung gemeinschaftsweiter Schutzrechte: Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht – Zugleich Anmerkung zu den Entscheidungen EuGH, Rs. EUGH Aktenzeichen C-360/12 – Coty und EuGH, Rs. EUGH Aktenzeichen C-479/12 – Gautzsch, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 63, 8/9 (2014), 749–760.
  - Secondary Liability for Trademark Infringement on the Internet: The Situation in Germany and the EU, Columbia Journal of Law and the Arts 37, 4 (2014), 525–540.
  - Too Common, Too Splendid, or 'Just Right'? Trade Mark Protection for Product Shapes in the Light of CJEU Case Law (Max Planck Institute for Innovation and Competition Research Paper, No. 14-17), 2014, 31 S., <http://ssrn.com/abstract=2526124>, 03.11.2014.
  - Evaluation of the Functioning of the EU Trademark System: The Trade Mark Study, in: Christophe Geiger (Hg.), Construction European Intellectual Property (European Intellectual Property Institutes Network Series, 1), Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2013, 123–136.
  - Kommentierung von Art. 2:202–Art. 2:204 (S. 69–97); Art. 2:602 (S. 173–177); Art. 3:601–3:606 (S. 301–347) in: Jürgen Basedow et al. (Hg.), The Conflict of Laws



in Intellectual Property – The CLIP Principles and Comment, Oxford University Press, Oxford 2013.

- Harmonization of intellectual property law in Europe: The ECJ trade mark case law 2008–2012, *Common Market Law Review* [CMLR] 50, 3 (2013), 773–804.
- Not Prior in Time, But Superior in Right: How Trademark Registrations Can be Affected by Third Party Interests in a Sign, *IIC – international review of intellectual property and competition law* [IIC] 44, 7 (2013), 790–814.
- What Kind of Use is This? – Open Question After ONEL/OMEL, *IPRInfo* 3 (2013), 8–11.
- *Rezension: Designschutz in Europa/ Design Protection in Europe – Entscheidungen europäischer und nationaler Gerichte/Decisions of European and National Courts*, Bd. 4/Vol. 4 Carl Heymanns Verlag, Köln 2012, XXV, 571 S., ISBN 978-3-452-27365-9, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil* [GRUR Int] 62, 1 (2013), 90–92.
- Unitary Rights in Fragmented Markets? Some Thoughts on the CTM System and

its Interaction with National Law, in: *Harmonisation of European IP Law – From European Rules to Belgian Law and Practice – Contributions in Honour of Frank Gotzen* (Centrum voor Intellectuele Rechten, 23), Bruylant/Larcier, Brussels 2012, 117–136.

- Two Tiered Protection – Designs and Databases as Legislative Models, in: Ansgar Ohly (Hg.), *Common Principles in European Intellectual Property Law* (*Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht*, 62), Mohr Siebeck, Tübingen 2012, 99–115.
- Die Ergebnisse des CLIP-Projekts – zugleich eine Einführung in die deutsche Fassung der Principles on Conflict of Laws in Intellectual Property, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil* [GRUR Int] 61, 10 (2012), 857–868.
- Wer ist Pirat? – Probleme des Immaterialgüterrechts, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62, 48 (2012), 21–28.
- Convergence after All – A Comparative View on the U.S. and EU Trademark Systems in the Light of the Trade Mark Study, *Journal of Intellectual Property Law* 19, 2 (2012), 305–324.
- Anmerkung zu Case C-235/09, *DHL Express v. Chronopost*, Judgment of the Court of Justice (Grand Chamber) of 12 April 2011, *Common Market Law Review* [CMLR] 49, 2 (2012), 753–766.
- *Rezension: Derclaye, Estelle; Leistner, Matthias: Intellectual Property Overlaps – A European Perspective*. Hart Publishing, Oxford and Portland 2011, LIX, 345 S., ISBN 978-1-841-13950-0, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil* [GRUR Int] 61, 1 (2012), 102–103.
- *Rezension: Ubertazzi, Benedetta: Exclusive Jurisdiction in Intellectual Property*. Mohr Siebeck, Tübingen 2012, XVIII, 337 S., ISBN 978-3-16-151954-3, (*Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht*, Band 273), *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil* [GRUR Int] 61, 12 (2012), 1164–1165.



siehe auch **Geiger, Christophe; Lionel A. F. Bently; Graeme B. Dinwoodie; Jonathan Griffiths; Annette Kur; Ansgar Ohly; Alexander Peukert; Marco Ricolfi; Jens Schovsbo; Martin Senftleben; Katja Weckstrom (Lindroos); Lukasz Zelechowski**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Dan L. Burk; Carlos M. Correa; Peter Drahos; N.S. Gopalakrishnan; Annette Kur; Matthias Lamping; Jerome Reichman; Henning Große Ruse-Khan; Hanns Ullrich; Geertrui van Overwalle**

**Kur, Annette; Jochen Glöckner**, Geschäftliche Handlungen im Internet – Herausforderungen für das Marken- und Lauterkeitsrecht, GRUR Beil. 2014, 29–52.

**Kur, Annette; Dietmar Harhoff**, Great Data, Nice Tale, But What's the Message? The OHIM/EPO Study on the Economic Relevance of IP-Intensive Industries in the EU, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 45, 6 (2014), 617–620.

siehe auch **Knaak, Roland; Reto M. Hilty; Annette Kur**

**Kur, Annette; Marianne Levin**, The IPT Project – Proposals to Reform the TRIPS Agreement, in: Gustavo Ghidini, Rudolph J. R. Peritz, Marco Ricolfi (Hg.), TRIPS and Developing Countries – Towards a New IP World Order?, Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2014, 163–189.

siehe auch **Grosse Ruse-Khan, Henning; Mor Bakhoun; Jeremy de Beer; Carlos Correa; Graeme Dinwoodie; Josef Drexler; Sean Flynn; Susy Frankel; Holger Hestermeyer; Reto M. Hilty; Thomas Jaeger; Kaya Köklü; Annette Kur; Matthias Lamping; Bryan Mercurio; Souheir Nadde-Phlix; Pedro Roffe; Xavier Seuba; Peter Yu**

siehe auch **Drexler, Josef; Jürgen Basedow; Pedro de Miguel Asensio; Graeme Dinwoodie; Christian Heinze; Annette Kur; Axel Metzger; Alexander Peukert; Paul Torremans; Mireille van Eechoud**

**Kur, Annette; Thomas Dreier**, European Intellectual Property Law – Text, Cases and Materials, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2013, XLIV + 548 S.

**Kur, Annette; Jan Rósen**, ATRIP and Publications, WIPO Journal 4, 2 (2013), 269–277.

siehe auch **Knaak, Roland; Annette Kur; Alexander von Mühlendahl**

**Laan, Nicole van der**, The Use of Trade Marks in Keyword Advertising – Developments in ECJ and National Jurisprudence (Max Planck Institute for Intellectual Property and Competition Law Research Paper, No. 12-06), 2012, 51 S., <http://ssrn.com/abstract=2041936>, 05.04.2012.

**Lamping, Matthias**, Refusal to Licence as an Abuse of Market Dominance: From Commercial Solvents to Microsoft, in: Reto M. Hilty, Kung-Chung Liu (Hg.), Compulsory Licensing – Practical Experiences and Ways Forward (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 22), Springer, Berlin 2014, 121–148.

- Enhanced Cooperation in the Area of Unitary Patent Protection: Testing the Boundaries of the Rule of Law Cases C-274/11 and 295/11 Kingdom of Spain and Italian Republic v. Council of the European Union, Judgment of 16 April 2013, Maastricht Journal of European and Comparative Law 20, 4 (2013), 589–600.
- Shackles for Bees? The ECJ's Decision of GMO-Contaminated Honey, European Journal of Risk Regulation [EJRR] 3, 1 (2012), 123–129.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Dan L. Burk; Carlos M. Correa; Peter Drahos; N.S. Gopalakrishnan; Annette Kur; Matthias Lamping; Jerome Reichman; Henning Große Ruse-Khan; Hanns Ullrich; Geertrui van Overwalle**

siehe auch **Grosse Ruse-Khan, Henning; Mor Bakhoun; Jeremy de Beer; Carlos Correa; Graeme Dinwoodie; Josef Drexler; Sean Flynn; Susy Frankel; Holger Hestermeyer; Reto M. Hilty; Thomas Jaeger; Kaya Köklü; Annette**

**Kur; Matthias Lamping; Bryan Mercurio; Souheir Nadde-Phlix; Pedro Roffe; Xavier Seuba; Peter Yu**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Thomas Jaeger; Matthias Lamping; Roberto Romandini; Hanns Ullrich**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Thomas Jaeger; Matthias Lamping; Hanns Ullrich**

siehe auch **Köklü, Kaya; Matthias Lamping**

**Lee, Na Ri**, Public Domain at the Interface of Trade Mark and Unfair Competition Law – The Case of Referential Use of Trade Marks, in: Na Ri Lee; Guido Westkamp; Annette Kur; Ansgar Ohly (Hg.), Intellectual Property, Unfair Competition and Publicity and New Constitutionalism – Convergences and Development (European Intellectual Property Institutes Network series), Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2014, 309–339.

- Patentability of medical methods in Japan, in: Na Ri Lee, Josef Drexl (Hg.), Pharmaceutical Innovation, Competition and Patent Law: A Trilateral Perspective, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2013, 85–108.
- Region Report – Japan and Korea, in: Martin Senftleben (Hg.), Study on Misappropriation of Signs, WIPO, Geneva 2012, 200–221.
- Law and Economics as a Methodology in Intellectual Property Right Research – Patent Law Research as an Example, Kobe Hogaku Zassi 2012.

**Lee, Na Ri; Rosa Maria Ballardini; Pamela Lönnqvist; Marcus Norrgård; Olli Pitkanen; Perttu Virtanen**, The “One-Size Fits All” European Patent System: Challenges in the Software Context, in: Katja Weckström (Hg.), Governing Innovation and Expression: New Regimes, Strategies and Techniques (Publications of the Faculty of Law at the University of Turku. A. The private law series, 132), Turun yliopisto, Turku 2013, 327–350.

**Lee, Na Ri; Marcus Norrgård**, Use of Alternative Dispute Resolution in IPR infringement

in Japan, Korea and in Finland, California Western International Law Journal [Calif. West. Int. Law J.] 43, 1 (2012), 109–140.

**Lehmann, Michael**, Abgrenzung der Schutzgüter im Zusammenhang mit Daten, in: Recht der Daten und Datenbanken im Unternehmen – Festschrift J. Schneider, Schmidt, Köln 2014, 133–142.

- Informationsökonomie im BGB und UWG, in: Festschrift für Helmut Köhler zum 70. Geburtstag, C.H. Beck, München 2014, 397–401.
- *Rezension*: Kindler, Peter: Italienisches Handels- und Wirtschaftsrecht Deutscher Fachverlag GmbH, 2. Aufl., Frankfurt, Main 2013, 514 S., ISBN 978-3-38005-1514-1, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 63, 4 (2014), 416.
- *Rezension*: Fabbio, Philipp: Disegni e modelli. Verlag Cedam, Padua 2012, XIV, 194 S., ISBN 978-88-13-31461-3, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 62, 7 (2013), 700–703.
- E-Commerce in der EU und die neue Richtlinie über die Rechte der Verbraucher, Computer und Recht [CR] 28, 4 (2012), 261–264.
- Vorwort, in: Michael Lehmann, Jan Geert Meents (Hg.), Handbuch des Fachanwalts Informationstechnologierecht, 2. Aufl., Verlag Luchterhand, Köln 2011, V–VI.
- Softwarerecht, in: Michael Lehmann, Jan Geert Meents (Hg.), Handbuch des Fachanwalts Informationstechnologierecht, 2. Aufl., Verlag Luchterhand, Köln 2011, 60–101.
- Electronic Business: Der internationale und europäische Rahmen, in: Michael Lehmann, Jan Geert Meents (Hg.), Handbuch des Fachanwalts Informationstechnologierecht, 2. Aufl., Verlag Luchterhand, Köln 2011, 555–564.

**Lehmann, Michael; Anna Giedke**, Urheberrechtliche Fragen des Cloud Computings, Computer und Recht [CR] 29 (2013), 681–688.

- Cloud Computing – Technische Hintergründe für die territorialgebundene rechtliche Analyse. Cloudspezifische Serververbindungen und eingesetzte Virtualisierungstechnik, Computer und Recht [CR] 29, 9 (2013), 608–616.
- Lehmann, Michael; Alberto de Franceschi**, Il commercio elettronico nell'Unione europea e la nuova direttiva sui diritti dei consumatori, *Rassegna di diritto civile* 2 (2012), 419–458.
- Lewinski, Silke von**, Réflexions sur la jurisprudence récente de la Cour de justice de l'Union européenne en droit d'auteur, en particulier sur le droit de communication au public, in: *Mélanges en l'honneur du professeur André Lucas*, LexisNexis, Paris 2014, 775–784.
- Globalization of Literary and Artistic Property, in: Michel Vivant (Hg.), *Droit et économie de la propriété intellectuelle* (Collection Droit et Économie), LGDJ, Paris 2014, 23–33.
- Comments on Susy Frankel: «'Ka Mate Ka Mate' and the protection of traditional knowledge» – an international perspective, in: Rochelle Cooper Dreyfuss, Jane C. Ginsburg (Hg.), *Intellectual Property at the Edge – The Contensed Contours of IP* (Cambridge Intellectual Property and Information Law, 22), Cambridge University Press, Cambridge 2014, 215–224.
- Neues Recht für überlieferte Kunst – Herausforderungen eines Rechtsschutzes für Folklore, in: Matthias Weller et al. (Hg.), *Neue Kunst – Neues Recht: Tagungsband des Siebten Heidelberger Kunstrechtstags am 22. und 23. November 2013* (Schriften zum Kunst- und Kulturrecht, 18), Nomos, Baden-Baden 2014, 167–183.
- Introduction: The Notion of Work under EU Law, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil* [GRUR Int] 63, 12 (2014), 1098–1100.
- International Treaties on Performer' Rights, in: CPRA (Hg.), *Jitsuenka Gairon* (Overview of Performers' Rights Theory), Keiso Shobo, Tokio 2013, 395–414.
- Herausforderungen eines sui generis Rechts auf internationaler Ebene, in: Kilian Bizer, Matthias Lankau, Gerald Spindler (Hg.), *Sui generis Rechte zum Schutz traditioneller kultureller Ausdrucksweisen – Interdisziplinäre Perspektiven* (Göttinger Studien zu Cultural Property, 5), Universitätsverlag, Göttingen 2013, 11–20.
- Ein Happy End nach vielen Anläufen: Der Vertrag von Peking zum Schutz von audiovisuellen Darbietungen, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil* [GRUR Int] 62, 1 (2013), 12–19.
- *Rezension*: Lindner, Brigitte/Shapiro, Ted (eds.): *Copyright in the Information Society – A Guide to National Implementation of the European Directive*. Edward Elgar, Cheltenham 2011, XLVI + 598 S. – ISBN 978-1-84980-010-5, *Journal of intellectual property law & practice* [JIPLP] 8, 3 (2013), 249–251.
- Some reflections on Case Law on Copyright by the Court of Justice of the European Union, in: *Problemy polskiego i europejskiego prawa prywatnego – Księga pamiątkowa Profesora Mariana Kępińskiego*, Wolters Kluwer, Warszawa 2012, 229–240.
- Collectivism and its Role in the Frame of Individual Contracts, in: Jan Rosén (Hg.), *Individualism And Collectiveness In Intellectual Property Law*, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2012, 117–127.
- Copyright Contracts, in: Tatiana-Eleni Synodinou (Hg.), *Codification of European Copyright Law: Challenges and Perspectives* (Information Law Series, 29), Kluwer, Alphen aan den Rjin 2012, 241–257.
- Les limitations à des fins d'enseignement et de recherche en droit allemand, in: André Lucas, Pierre Sirinelli, Alexandra Bensamoun (Hg.), *Les exceptions au droit d'auteur – État des lieux et perspectives dans l'Union européenne*, Dalloz, Paris 2012, 147–158.

- Copyright in a Borderless Online Environment: EU Cross-Border Licensing of Rights, in: Johan Axhamn (Hg.), Copyright in a borderless online environment, Norstedts Juridik, Stockholm 2012, 101–118.
  - The Framework of the International Copyright Treaties and Comparative Overview of the Terms granted in National Law (General Report), in: Michel M. Walter (Hg.), ALAI Study Days 2010 Vienna – The Duration of Copyright and Related Rights, Verl. Medien und Recht, Wien 2012, 27–45.
  - The Beijing Treaty on Audiovisual Performances, *Auteurs & media* 6 (2012), 539–546.
  - *Rezension*: Jane C. Ginsburg and Robert A. Gorman: Copyright Law. New York, Foundation Press/Thomson Reuters, 2012. XV + 309 S. ISBN 978-1-599-41251-1, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 43, 8 (2012), 996.
- Li, Tao**, 3D Print in Germany, Jurisprudence Analysis and Legislative Model – Is That a Big Problem for Chinese IP Law?, in: Collection of Papers of the Conference “3D Print and the challenge for the IP Law”, Wuhan, China 2014.
- Rechtsschutz für Presseverleger in der Volksrepublik China, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int]* 63, 4 (2014), 332–341.
  - Destruction of a Work, Jurisprudence Analysis and Legislative Model, in: Collection of papers of the conference “Intellectual Property and Human Sustainable Development”, Wuhan, China 2013.
- Lorrain, Anne-Catherine**, Comment on “ABC News” – Berne Convention for the Protection of Literary and Artistic Works of 9 September 1886, Art. 5(2) – M.X. v. ABC News, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 44, 7 (2013), 857–858.
- Delineating and Promoting an Online “Legal Offer” – A Proper Task for Copyright Legislation? *Journal of Intellectual Property, Information Technology and Electronic Commerce Law* 3.2 (2012), 116–125, urn:nbn:de:0009-29-34399, 18.10.2012.
- Lorrain, Anne-Catherine; Heritiana Ranaivoson**, Graduated response beyond the copyright balance: why and how the French HADOPI takes consumers as targets, *Info – Special issue: EuroCPR Policies for the Future Internet* 14.6 (2012), 34–44, DOI: 10.1108/14636691211271217, 17.07.2012.
- Ma, Li**, Reports on the Development of Intellectual Property in China from 2008.7 to 2010.6, in: Handong Wu (Hg.), *The Blue Book of IPR in China (2009-2010)*, Beijing University Press, Beijing 2012, 30–50.
- Commentary on Article 12 of the Beijing Treaty on Audiovisual Performances – and Study on the Transfer of Audiovisual Performers’ Right in the China Copyright Law Revision, *Journal of Social Sciences* 11 (2012), 94–103.
  - A Reflection and Improvement on Technical Measures of Copyright – From a Perspective of User’s Right, *Journal of Zhengzhou University (for Philosophy and Social Sciences)* 2 (2012), 59–63.
  - A Comparison Study on the Intellectual Property Research Matter and Research Method in United States and Germany, *Chinese Law Review abroad* 2 (2012), 363–388.
  - The Dilemma and Countermeasure about Publishers’ Rights on Layout Design, *China Publishing Journal* 19 (2012), 53–56.
- Machnicka, Agnieszka Agata**, ‘Red shoe sole’ can constitute a valid trade mark, *Journal of intellectual property law & practice [JIPLP]* 8, 1 (2013), 11–13.
- French Cour de cassation invalidates Louboutin’s red sole mark, *Journal of intellectual property law & practice [JIPLP]* 8, 2 (2013), 105–107.
  - Environmental Protection and Patent Law, in: Vasilka Sancin (Hg.), *International Environmental Law: Contemporary Concerns and Challenges*, GV Publishing, Ljubljana 2012, 405–419.

- The Perfume Industry and Intellectual Property Law in the Jurisprudence of the Court of Justice of the European Union and of National Courts, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 43, 2 (2012), 123–158.
- Is a ‘red shoe sole’ a valid trade mark?, Journal of intellectual property law & practice [JIPLP] 7, 3 (2012), 157–159.
- Glosa do wyroku Trybunału Sprawiedliwości Unii Europejskiej z 3 VI 2010, C-127/09’ (Case Comment to the CJEU’s Coty Prestige), Państwo i Prawo 67, 4 (2012), 131–136.

**Mackenrodt, Mark-Oliver**, Zivilrechtliche und prozessuale Harmonisierungen im europäischen Richtlinien-vorschlag zu kartellrechtlichen Schadensersatzklagen, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 62, 8/9 (2013), 757–759.

- *Rezension*: Adina Reichardt: Gewerbliche Schutzrechte in der Europäischen Fusionskontrolle. Schutzrechtsspezifische Besonderheiten bei der Anwendung der Fusionskontrollverordnung, Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang 2011 (Wettbewerbsrechtliche Studien Bd. 8), 246 S., ISBN 978-3-631-61131-9. Carsten F. Albert: Patente in der Fusionskontrolle, Mohr Siebeck: 2011 (Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht Bd. 50), XX, 292 S., ISBN 978-3-16-150704-5., Zeitschrift für Geistiges Eigentum [ZGE] 4, 3 (2012), 400–404.

**Malevanny, Nikita**, New Russian Legislation on ISP Liability and Copyright Enforcement, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 45, 2 (2014), 212–220.

- Die Länge der Schutzfristen im Musikurheberrecht: Rechtfertigung im Zeitalter des Internet, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 62, 8/9 (2013), 737–748.
- Die UsedSoft-Kontroverse: Auslegung und Auswirkungen des EuGH-Urteils, Computer und Recht [CR] 29 (2013), 422–427.

- Anmerkung zu OG der Russischen Föderation, Urt. v. 18.6.2012 – Moskauer Philharmonie, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 62, 6 (2013), 586–587.

siehe auch **Dietz, Adolf; Nikita Malevanny**

**Molestina, Julia**

siehe **Bakhoun, Mor; Julia Molestina**

**Mueller-Langer, Frank**, Parallel Trade and Its Ambiguous Effects on Global Welfare, Review of International Economics 20, 1 (2012), 177–185.

**Mueller-Langer, Frank; Jürgen Eichberger**, On the Welfare Effects of Exclusive Distribution Arrangements (Max Planck Institute for Intellectual Property and Competition Law Research Paper, No. 12-07), 2012, 13 S., <http://ssrn.com/abstract=2069860>, 24.05.2012.

**Mueller-Langer, Frank; Richard Watt**, Optimal Pricing and Quality of Academic Journals and the Ambiguous Welfare Effects of Forced Open Access: A Two-Sided Model (TILEC Discussion Paper, DP 2012-019), 2012, 32 S., <http://ssrn.com/abstract=2045956>, 25.04.2012.

**Nadde-Phlix, Souheir**, Statu quo du régime des œuvres orphelines dans le monde arabe, Les Cahiers de Propriété Intellectuelle 24, 2 (May) (2012), 367–380.

- Economic Partnership Agreements of the EU: A Step Ahead in Reforming International IP Law? – Workshop of the Max Planck Institute for Intellectual Property and Competition Law, June 2011, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 43, 8 (2012), 951–958.

siehe auch **Grosse Ruse-Khan, Henning; Mor Bakhoun; Jeremy de Beer; Carlos Correa; Graeme Dinwoodie; Josef Drexler; Sean Flynn; Susy Frankel; Holger Hestermeyer; Reto M. Hilty; Thomas Jaeger; Kaya Köklü; Annette Kur; Matthias Lamping; Bryan Mercurio;**

**Souheir Nadde-Phlix; Pedro Roffe; Xavier Seuba; Peter Yu**

**Nérisson, Sylvie**, The Rental and Lending Rights Directive, in: Irini Stamatoudi, Paul Torremans (Hg.), EU Copyright Law, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2014, 149 – 202.

- La directive 2014/26/UE du 26 février 2014 sur la gestion collective des droits d'auteur et des droits voisins: vol au-dessus de vaches sacrées intouchables, *Propriétés intellectuelles [Pi]* 51, 4 (2014), 135 – 150.
- La gestion collective des droits des auteurs en France et en Allemagne: quelle légitimité? (Bibliothèque de l'Institut de Recherche Juridique de la Sorbonne – André Tunc, 49), IRJS Editions, Paris 2013, 750 S.
- France (national report), in: Frauke Henning-Bodewig (Hg.), *International Handbook on Unfair Competition*, Beck/Hart/Nomos, München/Oxford/Baden-Baden 2013, 207 – 230.
- Europäischer Rechtsrahmen für Verwertungsgesellschaften: die hochfliegenden Pläne der Europäischen Kommission in ihrem Richtlinienvorschlag, *Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht [ZUM]* 57, 3 (2013), 185 – 191.
- Les arrêts CISAC du 12 avril 2013: retour vers le futur et à une concurrence pondérée?, *Revue du droit des technologies de l'information* 53 (2013), 41 – 52.
- Ownership of Copyright and Investment Protection Rights in Teams and Networks – Need for new Roles?, in: Jan Rosén (Hg.), *Individualism And Collectiveness In Intellectual Property Law*, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2012, 128 – 146.
- Intellectual Property Liability of Consumers, Facilitators and Intermediaries – the Position in France, in: Christopher Heath, Anselm Kampermann Sanders (Hg.), *Intellectual Property Liability of Consumers, Facilitators and Intermediaries*, Kluwer Law International, Alphen aan den Rijn 2012, 67 – 85.
- La lex google d'outre-Rhin, un nouveau droit voisin pour les éditeurs de presse,

IRPI-flash 2012, [http://www.irpi.cci.fr/flash/fiche.asp?id\\_article=3144&ref\\_arbo=](http://www.irpi.cci.fr/flash/fiche.asp?id_article=3144&ref_arbo=), 18.10.2012.

- Frankreich – Die erste gerichtliche Entscheidung im Rahmen des HADOPI-Gesetzes, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int]* 61, 12 (2012), 1166.

siehe auch **Drexl, Josef; Reto M. Hilty; Sylvie Nérisson; Felix Trimpke**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Thomas Hartmann; Kaya Köklü; Sylvie Nérisson; Felix Trimpke**

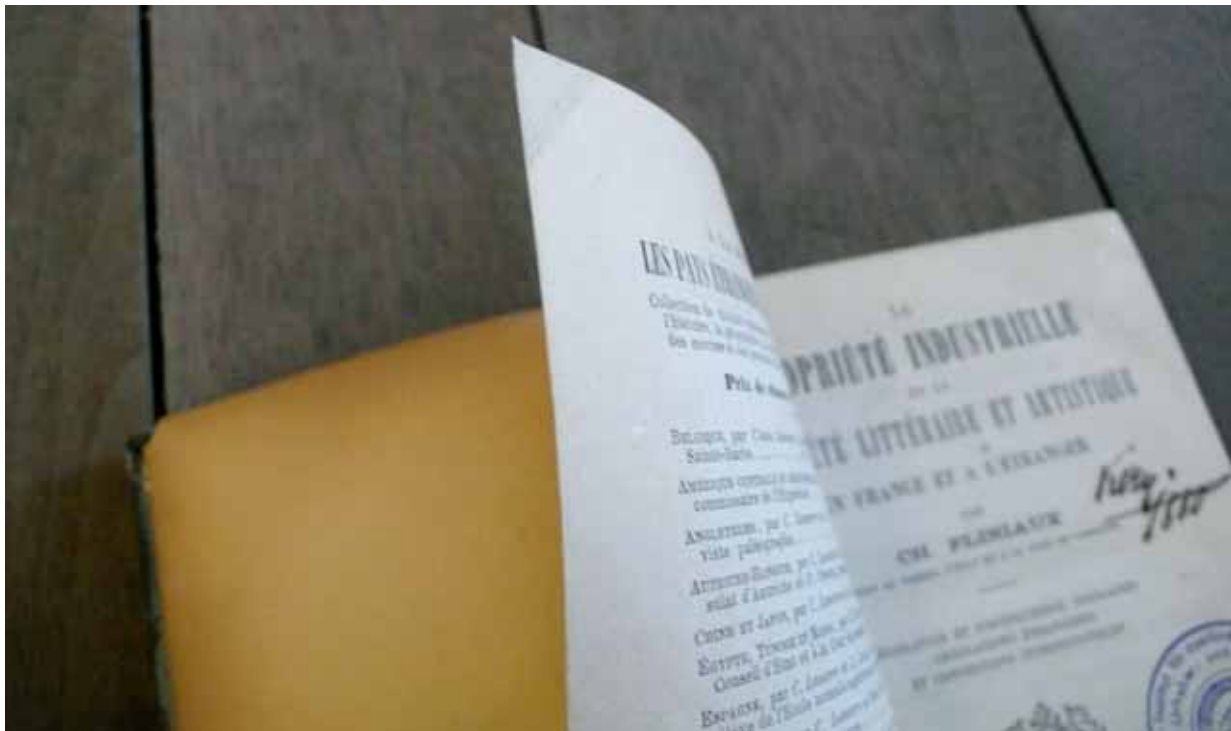
siehe auch **Hilty, Reto M.; Sylvie Nérisson**

**Olmedo Peralta, Eugenio**, La reclamación de daños sufridos por los consumidores como consecuencia de un cartel (Private Enforcement): Follow-on Damages vs. Stand Alone Actions (Claims for damages suffered by the consumers as a consequence of a cartel (Private Enforcement): Follow-on Damages vs. Stand Alone Actions), in: Miranda Serrano (Hg.), *La Protección de los Consumidores en Tiempos de Cambio*, Iustel, Madrid 2014, 161 – 176.

- Asignación de slots aeroportuarios y grupos de compañías aéreas: problemas de Derecho de la Competencia (Airport Slots Allocation and Groups of Airlines: Problems of Competition Law), *Diritto dei Trasporti I/2014* (2014).
- Daños derivados de la subida de precios bajo el paraguas de un cartel (umbrella pricing): una lectura jurídica del nuevo paso en la aplicación privada del Derecho de la Competencia (Damages suffered as a consequence of a Price increase under the umbrella of a cartel (umbrella pricing): a legal lecture of the new step in the private enforcement of Competition Law), *Revista de Derecho de la Competencia y la Distribución* 15 (2014).

**Pagenberg, Jochen**, Ziel verfehlt, Markenartikel 5 (2012), 34 – 37.

- Die EU-Patentrechtsreform – zurück auf Los?, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht [GRUR]* 114, 6 (2012), 582 – 589.



- Exclusivity, Transitional Arrangements and Opt-out – Risk of financial disaster for small companies in patent litigation, EPLAW Patent Blog 2012, <http://www.eplawpatentblog.com/2012/December/Pagenberg.pdf>, 03.12.2012.
  - The EU Patent Package – Politics vs. Quality and the New Practice of Secret Legislation in Brussels, EPLAW Patent Blog 2012, <http://www.eplawpatentblog.com/2012/June/Pagenberg%2020-%202020EU%2020Patent%2020Court%5B1%5D.pdf>, 30.05.2012.
- Paulus, Maria Elena**, Markenfunktionen und referierende Benutzung (Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht, 86), Mohr Siebeck, Tübingen 2014, XX + 374 S.
- Pérez Fernández, Patricia**, La existencia de un Derecho de la competencia transnacional: ¿una utopía?, in: Felipe Gómez, Marta Ensico, Aitziber Emaldi (Hg.), Globalización y Derecho: desafíos y tendencias, Universidad de Deusto, Navarra 2013.
- Dos visiones sobre la indemnización por clientela en los contratos de distribución, in: A. Jorge Viera González, Joseba Aitor Echebarria Sáe (Hg.), La reforma de los contratos de distribución comercial, La Ley, Madrid 2013, 533–553.
  - Responsabilidad antitrust de la matriz por actos de la filial, CEF Legal. Revista Práctica de Derecho. Comentarios y Casos Prácticos 153 (2013), 7–45.
  - La problemática relación entre los programas de clemencia y las acciones privadas de resarcimiento de los daños derivados de ilícitos antitrust, InDret: Revista para el Análisis del Derecho 1 (2013), 1–23.
  - Übersetzung (vom spanischen ins deutsche) von Aufsatz von Prof. Dr. José Manuel Otero Lastres del español al alemán, titulado “Das Erfordernis der Darstellbarkeit der Marke in den Vorschlägen zur Reform des Europäischen Markensystems – eine Stellungnahme aus spanischer Sicht”, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 62, 8/9 (2013), 731–737.
  - Competition Law Compliance, Cuaderno electrónico de Estudios Jurídicos 1 (2013), 1–28, <http://www.ceej.es/pdf/tres.pdf>, 20.12.2013.

- Judgment of the Spanish Supreme Court in Acor (344/2012) June 8, 2012, Global Competition Litigation Review [G.C.L.R.] 1 (2013), 37–41.
  - Fijación de precios en la Abogacía y Derecho de la Competencia. Validez del pacto de cuota litis, in: Cristina Carretero González, Federico De Montvalo Jääskeläinen (Hg.), Retos de la abogacía ante la sociedad global, Civitas, Madrid 2012, 1249–1263.
  - The Spanish Competition Authority fines two car manufacturers for exchanging sensitive commercial information (Honda, Suzuki motors), e-Competitions 44143 (2012), <http://www.concurrences.com>, 20.01.2012.
  - Publicación de principios de buen gobierno para sociedades cotizadas alemanas, Revista de Derecho de Sociedades 37 (2012), 547–548.
  - Propuesta de regulación del Estatuto de la Fundación Europea, Revista de Derecho de Sociedades 38 (2012), 603–604.
  - The Spanish Competition Authority issues a report warning that few operators control the fuel market after oil companies raise their margins by 20% since the start of the crisis, e-Competitions 49469 (2012), <http://www.concurrences.com>, 15.10.2012.
  - The Spanish Competition Authority fines the maritime transport companies operating in the Balearic Islands for participating in a cartel (Balearic Eurolíneas Marítimas, Compañía Transmediterránea and Islena Marítima de Contenedores), e-Competitions 45549 (2012), <http://www.concurrences.com>, 23.02.2012.
  - The Spanish Competition Authority fines multinational electric utility company more than € 10 million for unfair competition (Iberdrola), e-Competitions 45548 (2012), <http://www.concurrences.com>, 24.02.2012.
  - The Spanish Competition Authority publishes a report on the bill to create the National Markets and Competition Commission (Comisión Nacional de los Mercados y de la Competencia), e-Competitions 49041 (2012), <http://www.concurrences.com>, 15.03.2012.
  - The Spanish Supreme Court confirms the judgment of the Valladolid Provincial Court in the sugar cartel (Nestlé, Gullón, Zahor), e-Competitions 49040 (2012), <http://www.concurrences.com>, 08.06.2012.
  - ¿Aplicación pública o aplicación privada del Derecho de la Competencia? – (Public or private enforcement of competition Law?), Documentos de Trabajo, Seminario Permanente de Ciencias Sociales, Facultad de Ciencias Sociales de Cuenca 6.2011 (2012), <http://www.uclm.es/cu/csociales/documentosTrabajo.asp>, 29.05.2012.
  - Reforma de la Ley alemana de Defensa de la Competencia (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, GWB), Revista de Derecho de la Competencia y la Distribución [Rcd] 11 (2012), 217–228.
  - La importancia del Derecho de la Competencia para el correcto funcionamiento de la Economía, especialmente en épocas de crisis, Strategy & Management Business Review 3, 1 (2012), 59–64.
  - The Provincial Court of Madrid Accepts the Passing-on Defence in the Sugar Cartel, Bulletin e-Competitions 51098 (2012).
- Pérez Fernández, Patricia; Till Schreiber,** Comment on: “Spanish Sugar Cartel” Treaty on European Union, Art. 81(1)(a) [presently, Treaty on the Functioning of the European Union, Art. 101]; Law 16/1989 on the Protection of Competition [former Spanish Competition Act of 1989], Arts. 1.1(a), 13.2; Code of Civil Procedure, Arts. 1109, 1902, 1968.2, 1969, 1973; Constitution, Art. 24 – Acor v. Galletas Gullón et al. [nine producers of biscuits and confectionary], IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 44, 6 (2013), 742–743.
- Picht, Peter,** Reverse payment settlements – US-Rechtsslage und die Antwort des europäischen Kartellrechts, Zeitschrift für Wettbewerbsrecht [ZWeR] 1 (2014), 83–101.



- Standardsetzung und Patentmissbrauch – Schlagkraft und Entwicklungsbedarf des europäischen Kartellrechts, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 63, 1 (2014), 1–17.
  - Von eDate zu Wintersteiger – Die Ausformung des Art. 5 Nr. 3 EuGVVO für Internetdelikte durch die Rechtsprechung des EuGH, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 62, 1 (2013), 19–27.
  - Collateralizing IP licenses – present deficiencies and proposals for reform, AIPLA quarterly journal 41 (2013), 423–466.
  - Unsettling news for reverse payment settlements – The Supreme Court’s Actavis ruling overturns the “scope of the patent-test”, European competition law review [ECLR] 34 (2013), 523–527.
  - New Law on Reverse Payment Settlements – The Agenda for Courts and the Legislature After the Supreme Court’s Actavis Ruling, Tulane Journal of Technology & Intellectual Property [TUL. J. TECH. & INTELL. PROP.] 16 (2013), 105–140.
  - *Rezension*: Standardessentielle Patente, FRAND-Verpflichtungen und Kartellrecht – Standard Essential Patents, FRAND Commitments and Competition Law. Nomos, Baden-Baden 2013, 321 S., ISBN 978-3-8487-0429-3, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 62, 8/9 (2013), 856–858.
- Picht, Peter; Dominique Jakob**, Sustainable Investments by Foundations from a Legal Perspective, *Successio*: Zeitschrift für Erbrecht; Nachlassplanung und -abwicklung 2013, 98–100.
- Podszun, Rupprecht**, Wirtschaftsordnung durch Zivilgerichte – Evolution und Legitimation der Rechtsprechung in deregulierten Branchen (Jus privatum, 181), Mohr Siebeck, Tübingen 2014, XIX + 602 S.
- Kommentierung zum Sonderbereich Telekommunikation, in: Wolfgang Jaeger, Petra Pohlmann, Dirk Schroeder (Hg.), Frankfurter Kommentar zum Kartellrecht, Otto Schmidt, Köln 2014.
  - Rechtstheoretische Aspekte von Corporate Social Responsibility Kodizes, in: Reto M. Hilty, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Corporate Social Responsibility – Verbindliche Standards des Wettbewerbsrechts?, Springer, Berlin/Heidelberg 2014, 51–79.
  - Die Kontrolle von Verwertungsgesellschaften, in: Michael Grünberger, Stefan Leible (Hg.), Die Kollision von Urheberrecht und Nutzerverhalten (Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht, 94), Mohr Siebeck, Tübingen 2014, 173–201.
  - Kartellrecht in der Internet-Wirtschaft: Zeit für den more technological approach, *Wirtschaft und Wettbewerb [WuW]* 2014, 249.
  - Can competition law repair patent law and administrative procedures? AstraZeneca (ECJ, 6.12.2012, C-457/10 P – AstraZeneca), *Common Market Law Review [CMLR]* 51, 1 (2014), 281–294.
  - Google und das Leistungsschutzrecht für Presseverleger aus kartellrechtlicher Perspektive (Google and the IP Right for Publishers from a Competition Law Perspective), 2014, 49 S., <http://ssrn.com/abstract=2504153>, 15.07.2014.
  - *Rezension*: Mark Williams (ed.): The Political Economy of Competition Law in Asia. Edward Elgar, Cheltenham/Northampton, 2013. 438 S. ISBN 978-1-7810-0167-7, *IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC]* 45, 1 (2014), 120–123.
  - *Rezension*: Alexander Morell: (Behavioral) Law and Economics im europäischen Wettbewerbsrecht. Missbrauchsaufsicht über Zielrabatte (Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspolitik; 255), Nomos, Baden-Baden 2011, 283 S., ISBN 978-3-8329-6438-2, *German Law Journal* 15, 3 (2014), 495–500.
  - Kommentierung zu § 3 UWG, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) – mit Preisangabenverordnung, 3. Aufl., C. H. Beck, München 2013, 616–654.

- Kommentierung zu § 1 UWG, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) – mit Preisangabenverordnung, 3. Aufl., C. H. Beck, München 2013, 517–536.
  - Verwertungsgesellschaften vor der Neuordnung – Der Vorschlag der Kommission zu einer Richtlinie über die kollektive Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten, Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht [GPR] 10, 2 (2013), 97–104.
  - 8. GWB-Novelle: Neuerungen im deutschen Kartellrecht, Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht [GWR] 5, 16 (2013), 329–332.
  - Die Schriftsteller und die Justiz, Neue Juristische Wochenschrift [NJW] 66, 11 (2013), 761–762.
  - Searching the Future of Newspapers: With a Little Help from Google and IP law?, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 44, 3 (2013), 259–262.
  - *Rezension*: Basedow, Jürgen/Wolfgang Wurmnest (Hrsg.), Structure and Effects in EU Competition Law. Studies on Exclusionary Conduct and State Aid, Kluwer Law International, (International Competition Law Series; 47), Alphen aan den Rijn 2011, XV + 343 S., 978-90-411-3174-4, *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht* [RabelsZ] 77 (2013), 645–650.
  - Patent Law Enforcement in Taiwan – Comment, in: Reto M. Hilty, Kung-Chung Liu (Hg.), The Enforcement of Patents (Max Planck Series of Asian Intellectual Property Law, 16 ), Kluwer, Alphen an den Rijn 2012, 211–213.
  - Vertragsrettung durch Zivilgerichte?, in: Gesellschaft Junger Zivilrechtswissenschaftler (Hg.), Realitäten des Zivilrechts – Grenzen des Zivilrechts – Augsburger Tagung 7.–10. September 2011 (Jahrbuch junger Zivilrechtswissenschaftler, 2011), Boorberg, Stuttgart 2012, 305–342.
  - Paradigmenwechsel in der kartellbehördlichen Befugnisausübung – Grundlagen, Gefahren, Grenzen, ZWeR – Zeitschrift für Wettbewerbsrecht 10, 1 (2012), 48–70.
  - OLG Frankfurt a. M.: Grenzen der Stromkennzeichnungspflicht in Werbeflyern (Urteil vom 12.4.2011, Az. 11 U 5/11 (Kart)), Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht [GRUR-Prax] 1 (2012), 17.
  - BGH: Erwerb mehrerer verselbständigter Vermögensgegenstände eines Unternehmens als einheitlicher Zusammenschluss – Anmerkung zu BGH, 6.12.2011, KVR 95/10 – Total/OMV, Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht [GWR] 12 (2012), 277.
- Podszun, Rupprecht; Benjamin Franz; Lorenz Marx**, Stellungnahme zum Merkblatt “Inlandsauswirkungen in der Fusionskontrolle des Bundeskartellamts” vom 5. Dezember 2013, 2014, 4 S., [http://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Publikation/DE/Stellungnahmen/Stellungnahme%20-%20Konsultation\\_Leitfaden\\_Marktbeherrschung\\_Rupprecht\\_Podszun\\_2014.pdf](http://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Publikation/DE/Stellungnahmen/Stellungnahme%20-%20Konsultation_Leitfaden_Marktbeherrschung_Rupprecht_Podszun_2014.pdf), 30.01.2014.
- siehe auch **Hilty, Reto M.; Frauke Henning-Bodewig; Rupprecht Podszun**
- Roh, Hyeon Sook**, A Study on the First Sale Doctrine for Digital Contents and for the Parallel Importation, Study on the American Constitution 25, 2 (2014), 165–206.
- Romandini, Roberto**, Commentary to artt. 81 sexies-octies Italian Intellectual Property Code, in: Luigi Carlo Ubertazzi (Hg.), Commentario breve alle leggi su proprietà intellettuale e concorrenza, 5. Aufl., Cedam, Padova 2013, 390–394.
- Commentary to artt. 162 Italian Intellectual Property Code, in: Luigi Carlo Ubertazzi (Hg.), Commentario breve alle leggi su proprietà intellettuale e concorrenza, 5. Aufl., Cedam, Padova 2013, 702–705.
  - Commentary to artt. 81 ter Italian Intellectual Property Code, in: Luigi Carlo Ubertazzi (Hg.), Commentario breve alle leggi su proprietà intellettuale e concorrenza, 5. Aufl., Cedam, Padova 2013, 380.

- La disciplina del brevetto europeo nella fase nazionale, in: Massimo Scuffi, Mario Franzosi (Hg.), *Il diritto industriale italiano*, Vol. 1, Diritto sostanziale, CEDAM, Padova 2013, 729–766.
  - Le facultà esclusive conferite dal brevetto, in: Massimo Scuffi, Mario Franzosi (Hg.), *Il diritto industriale italiano*, Vol. 1, Diritto sostanziale, CEDAM, Padova 2013, 645–674.
  - I modelli di utilità, in: Massimo Scuffi, Mario Franzosi (Hg.), *Il diritto industriale italiano*, Vol. 1, Diritto sostanziale, CEDAM, Padova 2013, 835–868.
  - La durata del brevetto e dell'esclusiva, in: Massimo Scuffi, Mario Franzosi (Hg.), *Il diritto industriale italiano*, Vol. 1, Diritto sostanziale, CEDAM, Padova 2013, 703–710.
  - La sentenza Brüstle sulla tutelabilità delle cellule staminali embrionali: implicazioni pratiche e giuridiche, *Rivista di diritto civile* 58, II (2012), 336–350.
- siehe auch **Hilty, Reto M.; Thomas Jaeger; Matthias Lamping; Roberto Romandini; Hanns Ullrich**
- Romandini, Roberto; Alexander Klicznik**, The Territoriality Principle and Transnational Use of Patented Inventions – The Wider Reach of a Unitary Patent and the Role of the CJEU, *IIC – international review of intellectual property and competition law* [IIC] 44, 5 (2013), 524–540.
- Scheder-Bieschin, Felix; Dennis Heinson; Kai Hofmann**, DGRI Jahrestagung 2012, *Kommunikation und Recht* [K & R] 16, 1 (2013), V.
- Schönherr, Franciska**
- siehe auch **Geiger, Christophe; Franciska Schönherr**
- siehe auch **Geiger, Christophe; Franciska Schönherr; Irini A. Stamatoudi; Paul Torremans**
- Slowinski, Peter R.**
- siehe auch **Hilty, Reto M.; Peter R. Slowinski**
- Straus, Joseph**, The Impact of the New World Order on Economic Development: The Role of the Intellectual Property Rights System, in: James E. Daily, F. Scott Kieff, Arthur E. Wilmarth (Hg.), *Perspectives on Financing Innovation (Routledge/C-LEAF Studies in Economic and Financial Law)*, Routledge Publishers, Oxon and New York 2014, 102–117.
  - *Medicine Between Ethics and Scientific Progress: How Much Ethics Needs Medicine, How Much Ethics Can it Afford?*, in: Suzana Kraljić, Jelka Reberšek Gorišek, Vesna Rijavec (Hg.), *Medicina in pravo: Sodobne dileme 3 (Medicine and Law: Contemporary Dilemmas 3)*, University of Maribor, Law Faculty, Maribor 2014, 307–334.
  - *Das Binnenmarktrecht des gewerblichen Rechtsschutzes (Gesamtsystem und Patentrecht)*, in: Armin Hatje, Peter-Christian Müller-Graff (Hg.), *Enzyklopädie des Europarechts, Vol. 4, Europäisches Wirtschaftsordnungsrecht*, Nomos Publisher, Baden-Baden 2014, 1091–1145.
  - *A Marriage of Convenience: World Economy and Intellectual Property from 1990 to 2012 (Quan Yi Zhi Hun Yin: 1990 Nian zhi 2012 Nian Jian Shi Jie Jing Ji Yu Zhi Shi Chan Quan)*, translated by Gao Han, corrected by Zhang Taolue & Xu Zeyi, *Intellectual Property and Competition Law Review* 2 (2014), 3–56.
  - *The 'Bolar' Exemption and the Supply of Patented Active Pharmaceutical Ingredients to Generic Drug Producers – An Attempt to Interpret Article 10(6) of Directive 2004/27/EC*, *Journal of intellectual property law & practice* [JIPLP] 9, 11 (2014), 895–908.
  - *Regime of European Telecommunication Standards Institute-ETSI: Policy, Applicable Law and Effect of ETSI against Given Declarations (Ou Zhou Dian Xin Biao Zhun Zu Zhi ESTI De Yuan Ze, Zhun Ju Fa Ji Xiang ESTI Suo Zuo Sheng Ming Zhi Xiao Li)*, translated by Jiang Ge, Zeyi), *Intellectual Property and Competition Law Review* 2 (2014), 287–321.

- Global Intellectual Property and Innovation Landscape in 1990 and today, in: *Spory o Właśność Intelektualną – Księga jubileuszowa dedykowana Profesorom Januszowi Barcie i Ryszardowi Markiewiczowi*, Wolters Kluwer Polska, Warszawa 2013, 1135–1190.
- Ordre Public and Morality Issues in Patent Eligibility, in: Toshiko Takenaka (Hg.), *Intellectual Property In Common Law And Civil Law*, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2013, 19–49.
- Preface, in: Shoukang GUO (Hg.), *Shoukang, Guoshoukang Faxue Wenxuan (Collected Works of GUO Shoukang on Jurisprudence – in Chinese)*, Beijing 2013, 6–8.
- World Economy and Intellectual Property between 1990 and 2013 – The Role of Academies in Developing Intellectual Property, in: *Proceedings of Sino-German Symposium on “Cross Boarder Cooperative Innovation and Intellectual Property”*, School of Management, Huazhong University of Science and Technology, Wuhan 2013, 1–8.
- Courts as Pacemakers of Innovation – As Reflected in Case Law on Patentable Subject Matter, in: *The Role of Courts in IP and Innovations – Proceedings of the 2013 Judicial Symposium in Korea*, Supreme Court of Korea, Seoul 2013, 110–141.
- ATRIP and the Changing Environment – A Retrospective, *The WIPO journal [W.I.P.O.J]* 4, 2 (2013), 242–247.
- Režim Európskeho inštitutu pre telekomunikačné normy – ETSI: Zásady, rozhodné právo a účinok ETSI voči predloženým vyhláseniam (translation from German into Slovak language), *Právny obzor [PO]* 2013, 543–566.
- Professor José Antonio Gómez Segade and the Munich Max-Planck-Institute – Contribution in honor of Prof. José Antonio Gómez Segade, *Actas de derecho Industrial y derecho de Autor [ADI]* 2013, 58–60.
- Das Regime des European Telecommunications Standards Institute – ETSI: Grundsätze, anwendbares Recht und die Wirkung der ETSI gegenüber abgegebenen Erklärungen, in: *Liber amicorum Krešimir Sajko: zbornik radova u čast prof. em. Krešimiru Sajku*, Pravni Fak., Zagreb 2012, 45–78.
- Tokkyo sei ni okeru koukyou no chitsujyo to zenryou no fuzoku (Ordre Public and Morality Issues in Patent Eligibility), in: Toshiko Takenaka (Hg.), *Gendai chiteki zaisan hou kouza 3 chiteki zaisan hou no kokusai teki kousaku (Global Interface between Japanese and Foreign Intellectual Property Systems) (New Intellectual Property Law Lecture Series, 3)*, Nippon Hyoronsha, Tokyo 2012, 295–330.
- Zuowei zhuanlifa wenti zhi jiyin ziyuan qiyuan de shuoming (Angabe des Ursprungs genetischer Ressourcen als Problem des Patentrechts), in: Liu Xiaohai (Hg.), *Deguo zhishichanquan lilun yu jingdian panli yanjiu (Theorie des geistigen Eigentums in Deutschland und Untersuchung klassischer Fälle)*, Zhishi chanquan chubanshe (Geistiges-Eigentum-Verlag), Peking 2012, 19–29.
- Patent Law, in: Jürgen Basedow et al. (Hg.), *The Max Planck Encyclopedia of European Private Law*, Bd. 2, Oxford Univ. Press, Oxford 2012, 1255–1259.
- European Patent, in: Jürgen Basedow et al. (Hg.), *The Max Planck Encyclopedia of European Private Law*, Bd. 1, Oxford Univ. Press, Oxford 2012, 628–634.
- Plant Variety Protection, in: Jürgen Basedow et al. (Hg.), *The Max Planck Encyclopedia of European Private Law*, Bd. 2, Oxford Univ. Press, Oxford 2012, 1281–1285.
- Utility Model, in: Jürgen Basedow et al. (Hg.), *The Max Planck Encyclopedia of European Private Law*, Bd. 2, Oxford Univ. Press, Oxford 2012, 1758–1762.
- EPC Article 105(1) Practice Curtails Inter-venters’ Rights, *Journal of intellectual property law & practice [JIPLP]* 7, 11 (2012), 801–804.
- A Marriage of Convenience: World Economy and Intellectual Property From 1990 to 2012, *AIPLA Quarterly Journal* 40, 4 (2012), 633–683.
- Zhuan Li Shen Qing Gou Cheng “Ou Gong Ti Tiao Yue” Di 82 Tiao De Lan

- Yong Shi Chang Zhi Pei Di Wei? (Patent Application: An Abuse of Dominant Market Position under Article 82 EC Treaty?), *Zhi Shi Chan Quan Yu Jing Zheng Fa Yan Jiu* (IP and Competition Law Review) 2012, 3–31.
- Juan Shou Yu Yi (A Word of Welcome), *Zhi Shi Chan Quan Yu Jing Zheng Fa Yan Jiu* (IP and Competition Law Review) 2012, 1–2.
  - *Rezension*: Baiocchi, Enzo: Der Schutz bekannter Marken unter besonderer Berücksichtigung der zivilrechtlichen Sanktionen – Eine Rechtsvergleichung zwischen dem deutsch-europäischen und dem brasilianisch-südamerikanischen Markenrecht, (Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz; 180), Heymanns, Köln 2012, XXXV + 562 S., ISBN 978-3-452-27731-2, Mitteilungen der deutschen Patentanwälte [Mitt. PatAnw] 103, 7/8 (2012), 375–376.
- Surblyte, Gintare**, The Competition Council of the Republic of Lithuania terminates an investigation on compliance of actions with Article 7 of the Law on Competition and Article 102 TFEU (Viasat), *e-Competitions Bulletin* July 2014-II (2014), <http://www.concurrences.com/Bulletin/News-Issues/July-2014-II/The-Competition-Council-of-the-67857?lang=en>, 19.06.2014.
- Surblyte, Gintare; Šarūnas Keserauskas; Dina Lurje**, Chapter 10B: Lithuania, in: Frank L. Fine (Hg.), *European Competition Laws – A Guide to the EC and Its Member States*, Matthew Bender, Newark, NJ 2014.
- Takenaka, Toshiko**, Has the United States adopted a First-To-File System through America Invents Act? – A Comparative Law Analysis of Patent Priority under First-Inventor-To-File, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil* [GRUR Int] 61, 4 (2012), 304–312.
- Trumpke, Felix**, The Extended Collective License – A Matter of Exclusivity?, *Nordiskt immateriellt rättsskydd* [NIR] 81, 3 (2012), 264–294.
- siehe auch **Drexl, Josef; Reto M. Hilty; Sylvie Nérissou; Felix Trumpke**
- siehe auch **Hilty, Reto M.; Thomas Hartmann; Kaya Köklü; Sylvie Nérissou; Felix Trumpke**
- Ullrich, Hanns**, Mandatory Licensing Under Patent Law: European Concepts, in: *Festschrift zu Ehren von Christian Kirchner – Recht im ökonomischen Kontext*, Mohr Siebeck, Tübingen 2014, 399–422.
- Open Innovation, the Patent Exclusivity, and Knowhow Secrecy, in: *Droit, Économie et Valeurs, Hommage à Bernard Remiche (Droit/Économie International)*, Editions Larcier, Bruxelles 2014, 293–321.
  - Mandatory Licensing Under Patent Law and Competition Law: Different Concerns, Complementary Roles, in: Reto M. Hilty, Kung-Chung Liu (Hg.), *Compulsory Licensing – Practical Experiences and Ways Forward* (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 22), Springer, Berlin u.a. 2014, 333–375.
  - Select from within the system: The European patent with unitary effect, in: Christophe Geiger (Hg.), *What Patent System for the European Union?* (Collection du CEIPI, 59), Litec, Paris 2014, 207–246.
  - Le futur système de protection des inventions par brevets dans l'Union européenne: un exemple d'intégration (re-)poussée?, *Propriétés intellectuelles* [Pi] 53 (2014), 382–385.
  - The Property Aspects of the European Patent with Unitary Effect: A National Perspective for a European Prospect?, in: *Scrutinizing Internal and External Dimensions of European Law – Les dimensions internes et externes du droit européen à l'épreuve – Liber Amicorum Paul Demaret – Volume 1* (College of Europe Studies/Cahiers du College, 17), Peter Lang, Bruxelles, Bern, Berlin, Frankfurt am Main, New York, Oxford, Wien 2013, 481–498.
  - Strategic patenting by pharmaceutical industry – towards a concept of abusive practices of protection, in: Josef Drexl, Na Ri Lee (Hg.), *Pharmaceutical Inno-*

- vation, Competition and Patent Law: A Trilateral Perspective, Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2013, 241 – 272.
- Enhanced Cooperation in the Area of Unitary Patent Protection and European Integration, ERA-Forum 14, 4 (2013), 589 – 610.
  - Enhanced Cooperation in the Area of Unitary Patent Protection and European Integration, Rivista di Diritto Industriale 62 (2013), 325 – 351.
  - Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht im Gemeinsamen Markt, in: Ullrich Immenga, Ernst-Joachim Mestmäcker (Hg.), EG-Wettbewerbsrecht, Bd. 1: EU, Teil 2: Kommentar zum europäischen Kartellrecht, 5. Aufl., Beck, München 2012, 1549 – 1670.
  - Intellectual Property: Exclusive Rights for a Purpose, in: Problemy Polskiego e Europejskiego Prawa Prywatnego: Księga Pamiątkowa Profesora Mariana Kępińskiego, LEX, Warszawa 2012, 425 – 459.
  - Harmonizing Patent Law: The Untameable Union Patent, in: Harmonisation of European IP law: from European rules to Belgian law and practice – contributions in honour of Frank Gotzen (Centrum voor Intellectuele Rechten, 23), Bruylant/Larcier, Brussels 2012, 243 – 294.
  - Die Entwicklung eines Systems des gewerblichen Rechtsschutzes in der Europäischen Union: Die Rolle des Gerichts, in: Peter Behrens, Thomas Eger, Hans-Bernd Schäfer (Hg.), Ökonomische Analyse des Europarechts: Beiträge zum XII. Travemünder Symposium zur Ökonomischen Analyse des Rechts; (24. bis 26. März 2010), Mohr Siebeck, Tübingen 2012, 147 – 200.
  - *Rezension*: Schneider, Ingrid: Das europäische Patentsystem – Wandel von Governance durch Parlamente und Zivilgesellschaft. Campus Verlag, Frankfurt 2010, 771 S., ISBN 978-3-593-39306-3, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 61, 5 (2012), 485 – 489.
- siehe auch **Hilty, Reto M.; Dan L. Burk; Carlos M. Correa; Peter Drahos; N.S. Gopalakrishnan; Annette Kur; Matthias Lamping; Jerome Reichman; Henning Große Ruse-Khan; Hanns Ullrich; Geertrui van Overwalle**
- siehe auch **Hilty, Reto M.; Thomas Jaeger; Matthias Lamping; Roberto Romandini; Hanns Ullrich**
- siehe auch **Hilty, Reto M.; Thomas Jaeger; Matthias Lamping; Hanns Ullrich**
- Wang, Zhongmei**, Dynamic Competition in New Economy and Dilemma of Antitrust: Google case As An Example, Administration & Law 9 (2014).
- China should have it's own Industry 4.0, WenHui Newspaper, China 10.11.2014.
  - Conflicts on Country's Interests in the Google Antitrust, WenHui Newspaper, China 09.12.2014.
- Wechs Hatanaka, Asako**
- siehe auch **Geiger, Christophe; Xavier Seuba; Asako Wechs Hatanaka**
- Wechsler, Andrea**, Europäische Patentorganisation, in: Armin Hatje, Peter-Christian Müller-Graff (Hg.), Enzyklopädie Europarecht, Volume 1, Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht, Mohr Siebeck, Tübingen 2014, 1173 – 1226.
- Die Vollstreckbarkeit der Mediationsvereinbarung, Die Wirtschaftsmediation 3 (2014), 48 – 51.
  - *Rezension*: Sven R. Siebert: More Economic Approach in der Europäischen Beihilfenaufsicht (Wolf Theiss Award; 33), NWV, Wien/Graz 2012, 303 S., ISBN 978-3-7083-0878-4, European state aid law quarterly [EStAL] 13, 3 (2014), 608 – 610.
  - Competition, Reciprocity and Harmonization – EU-China Regulatory Cooperation on Standards in the Light of the EU Better Regulation, in: Marise Cremona, Tamara Takács (Hg.), Trade liberalisation and standardisation – new directions in the 'low politics' of EU foreign policy

(CLEER Working Paper, 2013/6), Asser Institute, The Hague 2013, 97–123.

- WIPO and the Public – Private Web of Global Intellectual Property Governance, in: Christoph Hermann, Markus Krajewski, Jörg Philipp Terhechte (Hg.), European Yearbook of International Economic Law, Volume 4, Springer, Berlin; Heidelberg 2013, 413–440.
- The Economics of Patent Enforcement and Its Reception in Asia, in: Reto M. Hilty, Kung-Chung Liu (Hg.), The Enforcement of Patents (Max Planck Series of Asian Intellectual Property Law, 16), Kluwer, Alphen an den Rijn 2012, 65–81.
- China's WTO-Accession Revisited: Achievements and Challenges in Chinese Intellectual Property Law Reform, in: Christoph Hermann, Jörg Philipp Terhechte (Hg.), European Yearbook of International Economic Law, Volume 3, Springer, Berlin 2012, 125–158.
- Criminal Enforcement – an Economic Approach, in: Christophe Geiger (Hg.), Criminal Enforcement of Intellectual Property – A Handbook of Contemporary Research (Research handbooks in intellectual property), Edward Elgar, Cheltenham, UK and Northampton, MA 2012, 128–150.

**Yu, Yang**, Reflections on Recent Developments of Statutory Public Interests in Patent-based Section 337 Proceedings (English article), Journal of Intellectual Property Rights 19 (2014), 123–132.

**Yu, Yang; Tiantian Gao; Xin Xu; Bo Ye; Lei Zhang**, The Jurisprudential analysis of cases in 2012 in the WTO dispute Settlement: DS406 and DS414, Law Press China, Beijing 2014.

**Yu, Yang; Lei Zhang**, The Jurisprudential analysis of China-related cases in the WTO dispute Settlement: DS397 and DS399, Law Press China, Beijing 2014.



## 1.4 Herausgeberwerke

Antons, Christoph;  
Roman Tomasic (Hg.)

Law and Society in East Asia (The Library of Essays on Law in East Asia).  
Ashgate, Farnham/Surrey-Burlington/VT  
2013, 660 S.

Bakhoun, Mor (Hg.)

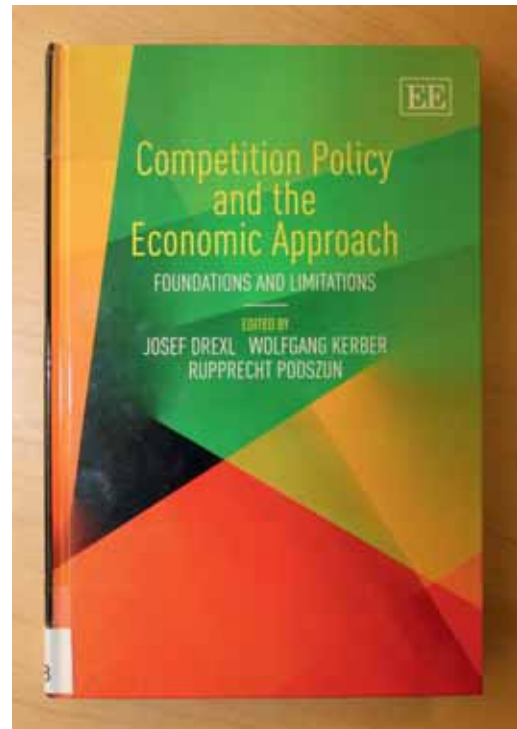
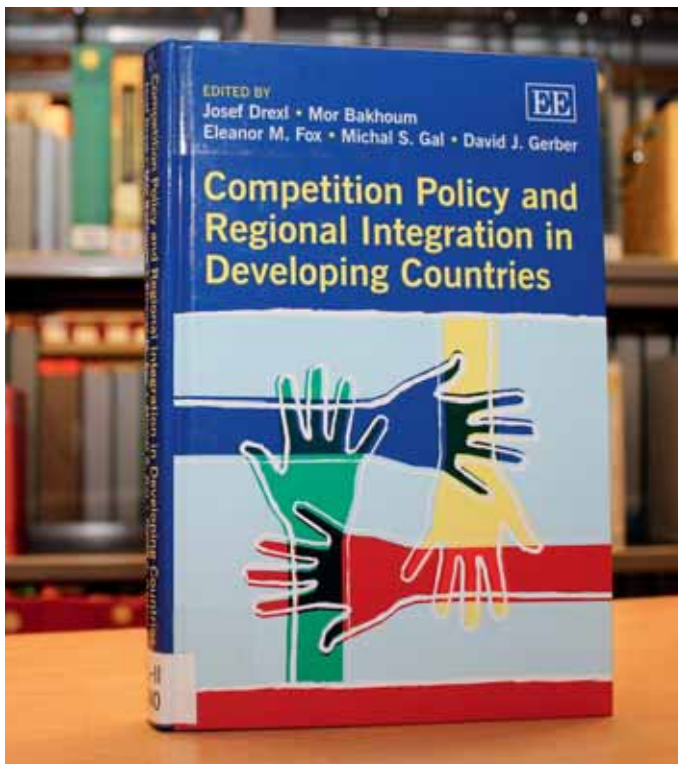
siehe auch **Drexl, Josef; Mor Bakhoun;  
Eleanor M. Fox; Michal Gal; David Gerber (Hg.)**

Cornish, William R. (Hg.)

Encyclopedia of United Kingdom and  
European Patent Law. Releases 75  
and 76 (March and October 2014).  
Thomson, Sweet & Maxwell, London

Drexl, Josef; Na Ri Lee (Hg.)

Pharmaceutical Innovation, Competition  
and Patent Law – a Trilateral Perspective.  
Edward Elgar, Cheltenham, UK;  
Northampton, MA 2013, VIII + 337 S.



Drexl, Josef; Mor Bakhoun; Eleanor M.  
Fox; Michal Gal; David Gerber (Hg.)

Competition Policy and Regional  
Integration in Developing Countries.  
Edward Elgar, Cheltenham, UK;  
Northampton, MA 2012, XIV + 333 S.

Drexl, Josef; Wolfgang Kerber;  
Rupprecht Podszun (Hg.)

Competition Policy and the Economic  
Approach – Foundations and Limitations.  
Edward Elgar, Cheltenham, UK;  
Northampton, MA 2012, XII + 349 S.

Fikentscher, Wolfgang; Manuel Pflug;  
Luisa Schwermer (Hg.)

Akkulturation, Integration, Migration.  
Utz Verlag, München 2012, II + 305 S.

Geiger, Christophe (Hg.)

Quel droit des brevets pour l'Union  
européenne?/What Patent Law for the  
European Union (Collection du C.E.I.P.I.).  
Litec, Paris 2013, 284 S.



- La contribution de la jurisprudence à la construction de la propriété intellectuelle en Europe (Collection du C.E.I.P.I.). Litec, Paris 2013, 230 S.
- Constructing European Intellectual Property – Achievements and New Perspectives (European Intellectual Property Institutes Network Series, 1). Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2013, XXIII + 471 S.
- Criminal Enforcement of Intellectual Property – A Handbook of Contemporary Research (Research Handbooks in Intellectual Property). Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2012, XIV + 416 S.

#### Geiger, Christophe; Caroline Rodà (Hg.)

Le droit de la propriété intellectuelle dans un monde globalisé – Mélanges en l'honneur ou professor Joanna Schmidt-Szalewski (Collection du CEIPI; 61) Paris: LexisNexis 2014, XXV + 425 S.

#### Henning-Bodewig, Frauke (Hg.)

International Handbook on Unfair Competition Law. Beck/Hart/Nomos, München/Oxford/Baden-Baden 2013, XXXIV + 653 S.

#### Henning-Bodewig, Frauke; Henning Harte-Bavendamm (Hg.)

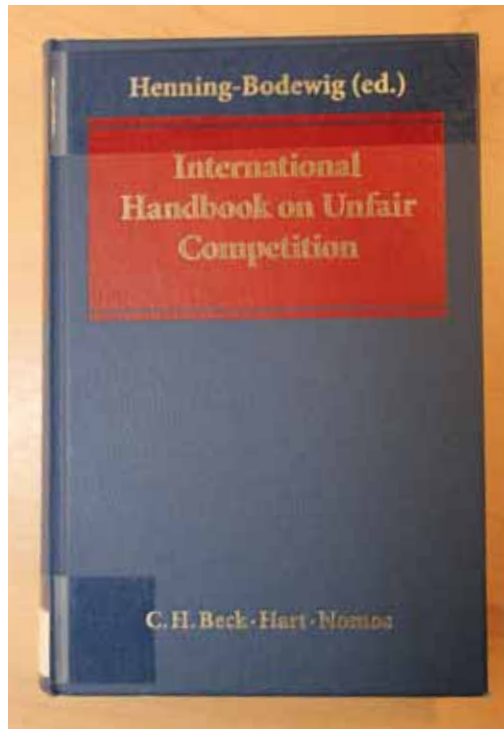
Kommentar zum Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG), 3. Aufl. C.H. Beck, München 2013, XX + 2663 S.

#### Hilty, Reto M.; Reto Arpagaus (Hg.)

Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb – UWG (Basler Kommentar). Helbing Lichtenhahn Verlag, Basel 2013, XXXVI + 843 S.

#### Hilty, Reto M.; Claire Huguenin (Hg.)

Schweizer Obligationenrecht 2020 – Entwurf für einen neuen allgemeinen Teil: OR 2020. Schulthess, Zürich 2013, CCXXXIII + 699 S.



#### Jaeger, Thomas; Birgit Haslinger (Hg.)

Jahrbuch Beihilferecht 2014. NWV, Wien 2014, 621 S.  
 — Jahrbuch Beihilferecht 2013. NWV, Wien 2013, 653 S.  
 — Jahrbuch Beihilferecht 2012. NWV, Wien 2012, 594 S.

#### Kur, Annette (Hg.)

siehe auch **Lee, Na Ri; Ansgar Ohly; Guido Westkamp (Hg.)**

#### Lee, Na Ri; Annette Kur; Ansgar Ohly; Guido Westkamp (Hg.)

Intellectual Property, Unfair Competition and Publicity (European Intellectual Property Institutes Network Series). Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2014, X + 368 S.



Lee, Na Ri; Josef Drexl (Hg.)

Pharmaceutical Innovation, Competition and Patent Law – a Trilateral Perspective. Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA 2013, VIII + 337 S.

Lee, Na Ri; Soili Nystén-Haarala; Jaakko Paasi; Tuija Rantala; Katri Valkokari (Hg.)

Bazaar of Opportunities for New Business Development – Bridging Networked Innovation, Intellectual Property and Business (Series on Technology Management, 20). Imperial College Press, London 2012, XI + 223 S.

Lehmann, Michael; Jan Geert Meents (Hg.)

Handbuch des Fachanwalts für Informationstechnologierecht, 2. Aufl. Heymanns, Köln 2011, XLIX + 1658 S.

Lewinski, Silke von (Hg.)

Copyright Throughout the World (Loseblatt) – Lieferung 2014 (International series). West, St. Paul/Minnesota 2014.  
 — Copyright Throughout the World (Loseblatt) – Lieferung 2013 (International series). West, St. Paul/Minnesota 2013.  
 — Copyright Throughout the World (Loseblatt) – Lieferung 2012 (International series). West, St. Paul/Minnesota 2012.

Podszun, Rupprecht (Hg.)

siehe auch **Drexl, Josef; Wolfgang Kerber; Rupprecht Podszun (Hg.)**

Schricker, Gerhard; Friedrich Karl Beier †; Kurt Haertel †; Joseph Straus (Hg.)

Europäisches Patentübereinkommen. Münchner Gemeinschaftskommentar, 29. Lf. Heymanns, Köln [u.a.] 2012.

siehe auch **Straus, Joseph; Gerhard Schricker (Hg.)**

Straus, Joseph; Gerhard Schricker (Hg.)

Europäisches Patentübereinkommen. Münchner Gemeinschaftskommentar, 30. Lf. Heymanns, Köln [u.a.] 2014.

siehe auch **Schricker, Gerhard; Friedrich Karl Beier †; Kurt Haertel †; Joseph Straus (Hg.)**

## 2 Vorträge der Institutsangehörigen

### Ahn, H.

Pharmapatente; 2. Alumni-Jahrestagung 2012, Förderverein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, Dezember 2012

### Antons, C.

Hubungan warisan tak benda dengan hukum milik intelektual (The relationship of intangible cultural heritage with intellectual property law); Seminar of the Faculty of Law, University of Indonesia, Jakarta, November 2014

Intellectual property, cultural property and intangible cultural heritage; Seminar of the Faculty of Law, Gadjah Mada University, Yogyakarta (Indonesien), November 2014

Intellectual and cultural property in discourses about intangible cultural heritage; Seminar of the Centre for Intellectual Property and Information Law, University of Cambridge, Cambridge Oktober 2014

The Development Dimension of Competition Law and Policy: A Sub-Saharan Africa Perspective; Emile Noel Fellow Workshop, Jean Monnet Center for International and Regional Economic Law and Justice, New York University School of Law, New York, Oktober 2014

Well-known trade marks in developing countries: Basic principles and examples from Indonesia; IP Meeting, School of Law, Australian Catholic University, Sydney, September 2014

Globalisation and Resistance: Law Reform Processes in Asia; Seminar of the School of Law, Charles Darwin University, Darwin, Juni 2014

TRIPs and Competition Policy: From Transfer of Technology to Innovation Policy; TRIPs '94 + 20: Beyond Trade Rules, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, April 2014

Plant Variety Protection and Farmers' IP Rights; TRIPs '94 + 20: Beyond Trade Rules, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, April 2014

Linking Cultural Expressions and the Environment in Cross-Border Disputes About Intangible Cultural Heritage in Southeast Asia; Cultural Heritage: Environment, Ecology and Inter-Asian Interactions, International Institute for Asian Studies (IIAS), Nalanda University, Rajgir (Indien), Januar 2014

Globalisation and Resistance: Law reform in Asia; Research Seminar Series, School of Law, Deakin University, Melbourne, August 2013

Heritage and traditional knowledge: The approaches of WIPO and UNESCO and their impact on national laws; Jindal Global Law School, Sonipat (Indien), April 2013

Intellectual Property in Myanmar; The Australia Myanmar Institute Inaugural Conference "Progress, Opportunities and Concerns in Myanmar's Transition", Australia Myanmar Institute, Melbourne, März 2013

Innovations in IP Teaching in Australia; Workshop on Innovations in Indian IP Teaching and Research, National Law University Delhi, National Academy of Law Teachers, School of Law, University of Washington, WB National University of Juridical Sciences – Kolkata, Delhi, Januar 2013

Between state, community and market: The emerging plant variety protection systems of ASEAN countries; Seminar at the Center for Development Research, University of Bonn, Bonn, Januar 2013

Internet related laws and freedom of expression in selected Asian jurisdictions; Internet Freedom and the Law in Asia, ARC Centre of Excellence for Creative Industries and Innovation, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Faculty of Law, Australian Catholic University, Alfred Deakin Research Institute, School of Law, Deakin University, Melbourne, Dezember 2012

Between state, community and market: Balancing intellectual property rights and traditional agricultural knowledge in emerging plant variety protection systems in Southeast Asia; Searching for the Boundaries of Intellectual Property Law, Law and Technology Centre, Faculty of Law, University of Hong Kong, Intellectual Property Law Center, Drake University Law School, Institute for Internet Law, Peking University, Hong Kong, Dezember 2012

Geographies of Knowledge: Cultural Diffusion and the Regulation of Traditional Knowledge in Southeast Asia; Intellectual Property and Cultural Property: Rights Discourses in the Asia-Pacific Region, ARC Centre of Excellence for Creative Industries and Innovation, Cultural Heritage Centre for Asia and the Pacific, Alfred Deakin Research Institute, School of Law, Deakin University, Melbourne, November 2012

Electronic rights in academic publishing: A researcher's perspective; Symposium on "Open Scholarship: Research and Publication", Deakin University, Melbourne, Oktober 2012

Semua bisa diatur? – Legal informality, intellectual property and the creative industries in Indonesia; 19<sup>th</sup> Biennial Conference of the Asian Studies Association of Australia, University of Western Sydney, Parramatta, Juli 2012

Legal Publishing in Australia; 31<sup>st</sup> Annual Congress of the ATRIP (International Association for the Advancement of Teaching and Research in Intellectual Property): "Intellectual Property: Methods and Perspectives", University Chicago-Kent, Chicago, Juli 2012

The protection of well-known trade marks in an Asian developing country: The example of Indonesia; Research Seminar Series, School of Law, Deakin University, Melbourne, März 2012

### Bakhoun, M.

The Development Dimension of Competition Law and Policy: A Sub-Saharan Africa Perspective; Emile Noel Fellow Workshop, Jean Monnet Center for International and Regional Economic Law and Justice, New York University School of Law, New York, Oktober 2014

Les Principes Fondamentaux du Droit et de la Politique de la Concurrence; Principles of Competition Law and Policy, Ministère du Commerce, de l'Industrie, de l'Artisanat et du Tourisme, Nouakchott (Mauretanie), Juli 2014

Analyse des Principes Régissant les Ententes; Principles of Competition Law and Policy, Ministère du Commerce, de l'Industrie, de l'Artisanat et du Tourisme, Nouakchott (Mauretanie), Juli 2014

La Problématique de la Mise en Œuvre du Droit de la Concurrence dans les Pays en Voie de Développement; Principles of Competition Law and Policy, Ministère du Commerce, de l'Industrie, de l'Artisanat et du Tourisme, Nouakchott (Mauretanie), Juli 2014

Analyse des Principes Régissant l'Abus de Position Dominante et l'Abus de Dépendance Economique; Principles of Competition Law and Policy, Ministère du Commerce, de l'Industrie, de l'Artisanat et du Tourisme, Nouakchott (Mauretanie), Juli 2014

TRIPs and Competition Policy: From Transfer of Technology to Innovation Policy; TRIPs '94 + 20: Beyond Trade Rules, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, April 2014

Interfacing Public Sector Information and Competition Policy from a Development Perspective; Open Data in Transition: Intellectual Property, Competition Policy and Regulatory Issues, Universität Trient, Trient, Dezember 2013

Competition Policy and Regional Integration in Developing Countries; 9<sup>th</sup> Annual Conference, Asian Competition Forum Hong Kong, Hong Kong, Dezember 2013

Designing Global Competition Policy: Between Co-operation and Convergence; Universität Trient, Trient, November 2013

The interface between Intellectual Property Rights and Competition Law: An African Perspective; WIPO/WTO Colloquium for Teachers of Intellectual Property, WIPO, WTO, Genf, Juni 2013

Le droit et la politique de concurrence de l'UEMOA: opportunités et défis; Forum Régional de la Concurrence de l'UEMOA, Ouagadougou (Burkina Faso), November 2012

Présentation du rapport final de l'Étude sur la révision du cadre institutionnel de mise en œuvre des règles de concurrence de l'UEMOA; Atelier de partage de l'Étude sur la révision du cadre institutionnel de mise en œuvre des règles de concurrence de l'UEMOA, Dakar (Senegal), Oktober 2012

Présentation du rapport final de l'Étude sur la révision du cadre institutionnel de mise en œuvre des règles de concurrence de l'UEMOA; Réunion du Comité Consultatif de la Concurrence de l'UEMOA, Dakar (Senegal), Oktober 2012

Approaching the 'innovation paradigm' from the perspective of the market: on the interface 'incentive to innovate' and 'freedom to compete'; 31<sup>st</sup> Annual Congress of the ATRIP (International Association for the Advancement of Teaching and Research in Intellectual Property): "Intellectual Property: Methods and Perspectives", University Chicago-Kent, Chicago, Juli 2012

Creating a Competition Law for Developing Jurisdictions; Economic Characteristics of Developing Jurisdictions and their Effect on Competition Law, University of Haifa School of Law, Haifa, Juni 2012

**Batista, P. H.**

Challenge "Developing Countries" – A New Role for the Industrial Property Law? New Roles and Challenges of the Industrial Property Rights in the European Union, University of Georgia, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Tiflis, November 2013

Challenge "Open Innovation" – Scope of the Patent License; New Roles and Challenges of the Industrial Property Rights in the European Union, University of Georgia, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Tiflis, November 2013

Challenge "Internet": Trademark Infringement through Ad-Words and Extension of the Liability; New Roles and Challenges of the Industrial Property Rights in the European Union, University of Georgia, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Tiflis, November 2013

Challenge "Biotechnology": Patentability of Stem Cells and Product Protection; New Roles and Challenges of the Industrial Property Rights in the European Union, University of Georgia, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Tiflis, November 2013

Intellectual Property Rights as a Mechanism of Incentive – Scope of Protection and Limits; New Roles and Challenges of the Industrial Property Rights in the European Union, University of Georgia, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Tiflis, November 2013

The Industrial Property Law in the European Union – Summary; New Roles and Challenges of the Industrial Property Rights in the European Union, University of Georgia, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Tiflis, November 2013

### Beiter, K. D.

Academic Freedom and the Right to Freedom of Movement: Recognising the Right to Academic Mobility; Istanbul-Konferenz zur Wissenschaftsfreiheit: 2. Treffen des "International Academic Freedom Research and Advocacy Team", NGO Scholars at Risk (New York University), Istanbul, Januar 2012

### Chiou, T.

Vers un droit européen des contrats d'exploitation? Research Seminar, CEIPI, Universität Straßburg, Straßburg, Januar 2012

Towards a European Law of Exploitation Contracts of IP Rights? 13<sup>th</sup> EIPIN Congress: Imitation as Innovation, European Intellectual Property Institutes' Network (EIPIN), München, Februar 2012

Towards a European Law of Exploitation Contracts of IP Rights? Taking Risks and Challenging Legal Thought, Queen Mary Law School Post-Gradual Law Conference, Queen Mary Law School, London, Mai 2012

### Conde Gallego, B.

Competition Policy and the TRIPs Agreement: From Access and Dissemination to Innovation Policy; TRIPS '94 +20: Beyond Trade Rules, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, April 2014

IP Rights and Competition Law; Vortrag vor einer Delegation des Handelsministeriums der Volksrepublik China (MOFCOM), München, Juli 2013

### Cornish, W.R.

Digital Copyright and Open Access to Research Results; Symposium on Digital Copyright and Open Access to Research Results, Centre for Economics and History, Magdalene College, Cambridge University, Cambridge, Juli 2013

Remedies for Infringement of Intellectual Property Rights; Symposium "Remedies for Infringement of Intellectual Property Rights", Centre for Intellectual Property and Information Law, Cambridge University, Cambridge, März 2013

The Proper Scope of Computer Program Copyright under the Software Directive; Conference of the Australian and New Zealand Intellectual Property Teachers, Adelaide University, Adelaide, Juli 2012

### Dietz, A.

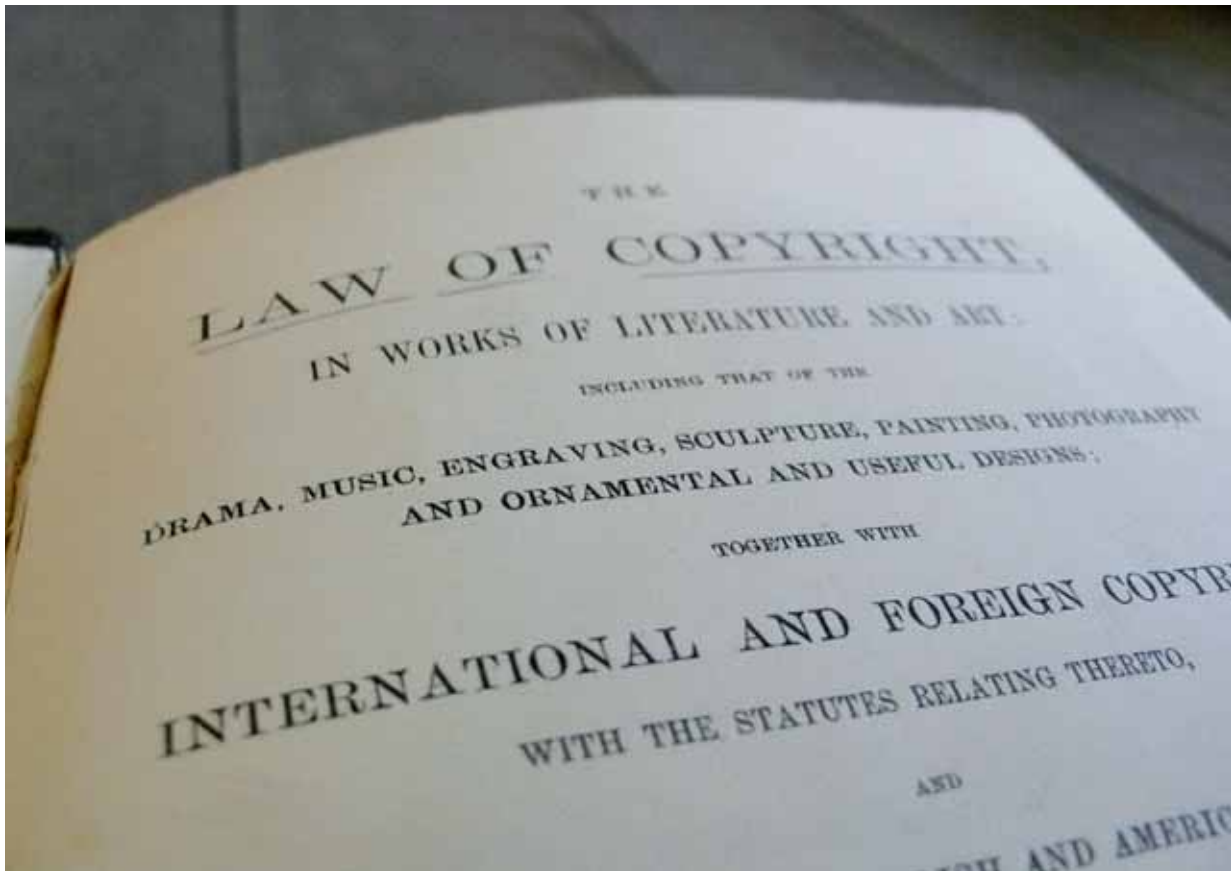
Protection of Creative People via Copyright – The Five Pillars of Modern Continental European Copyright Law (Authors' Rights Law); International Trend of Protection of Intellectual Property and Information, Research Center for the Legal Systems of Intellectual Property (RCLIP), Waseda University, Tokio, Dezember 2014

Term of Protection for Performers and Contract Law – What Interrelationship? Center for Performers' Right Administration, Tokio, Dezember 2014

The Five Pillars of Modern Continental European Copyright Law and Their Challenges; Master Class Program 2013–2014, Instituto de Derecho de Autor Madrid, WIPO, Madrid, November 2013

The Proposal of the EU Commission for a Directive on Collecting Societies and Cultural Diversity – a Missed Opportunity; 4<sup>th</sup> Vienna Music Research Days: The Future of Music Licensing, Universität für Musik und darstellende Kunst, Wien, Juni 2013

The Influence of EU Copyright Harmonization Directives on the Building of Post-Socialist Copyright Law in Central and Eastern Europe; Public Evening Lecture: Intellectual Property in Modern Europe, GWZO Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig, Leipzig, November 2012



Frank Gotzen as an International Copyright Scholar; Harmonisation of European IP Law and Emeritaatsviering van Professor Frank Gotzen, Katholieke Universiteit Leuven, Brüssel, Juni 2012

[Drexler, J.](#)

Globalisation de la propriété intellectuelle: de l'ADPIC à l'ACTA et aux accords commerciaux régionaux (TTIP et TPP) (Panel); Globalisation de la propriété intellectuelle et du droit économique: Quel défis? Quelle régulation? Université catholique de Louvain-la-Neuve, Louvain-la-Neuve, Dezember 2014

Copyright, Competition and Development – Study of the Max Planck Institute for Innovation and Competition for WIPO; WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights (SCCR) Meeting, WIPO, Genf, Dezember 2014

What developments for the European Intellectual Property System? An Institutional Perspective: Will it Get Any Better? Conference Celebrating the 50<sup>th</sup> Anniversary of the Centre d'Etudes Internationales de Propriété Intellectuelle (CEIPI), CEIPI, Straßburg, November 2014

Patent Aggregation and Competition Law; Patent Aggregation and its Impact on Competition and Innovation Policy, EPO, München, November 2014

Pay-for-Delay-Vergleiche im Patentrecht; Graduate School of Law, Economics and Society (GSLES), Universität Würzburg, Oktober 2014

Wieso? Harmonisierung des Wahrnehmungsrechts (Panel); Parlamentarischer Abend der Verwertungsgesellschaften: Der Wert der Kreativität – Novelle zum Verwertungsgesellschaftsrecht, GEMA, GVL, VG Bild-Kunst und VG Wort, Berlin, Oktober 2014

Vom more economic approach zum more technological approach – ein sinnvoller Ansatz? Tagung des Graduiertenkollegs Geistiges Eigentum und Gemeinfreiheit: Ein more economic approach für das Immaterialgüterrecht? Universität Bayreuth, Bayreuth, Juli 2014

Strategischer Einsatz von Patenten: Patentkriege um Mobiltelefone; Wie viel Patentschutz braucht die Gesellschaft? Bayerische Akademie der Wissenschaften, Forum Technologie, München, Mai 2014

The contribution of competition law to democracy in media-related markets; Recent Challenges to Antitrust, Universität Haifa, Haifa, Mai 2014

Le droit d'auteur, le droit de la concurrence et le développement: Les principales conclusions d'une étude pour l'OMPI; Institut de Droit Comparé, Paris, März 2014

Copyright, Competition and Development – Eine Studie des MPI für die WIPO; Münchener Kartellrechtsforum, München, März 2014

The Future of the Patent System in Europe; 15<sup>th</sup> EIPIN Congress: European IP Law Dynamics: Quo Vadis? EIPIN, University of Alicante, Faculty of Law, Alicante, Januar 2014

Patents as probabilistic rights: What does this mean for property theory and the economics of patent exclusivity? The Law and Economics of Intellectual Property in the Digital Age, Notre Dame University, London, Dezember 2013

Are Patent Settlements Anti-Competitive? The EU Perspective; Are Patent Settlements Anti-Competitive? Université Saint-Louis Bruxelles, Université catholique de Louvain-la-Neuve, Brüssel, Oktober 2013

Missbrauch marktbeherrschender Stellung durch Patentinhaber: Am Beispiel der Vorlage zum EuGH im Huawei-Verfahren; GRUR-Jahrestagung 2013, GRUR, Erfurt, September 2013

Access to Essential Patents: Can EU Competition Law Prevent Wars among Chinese Firms in Foreign Markets? East China University of Political Science and Law (ECUPL), Shanghai, September 2013

Zugang zu standardessenziellen Patenten: Wie reagiert das EU-Kartellrecht auf Patentkriege zwischen chinesischen Unternehmen? 4. Internationales Thyssen-Symposium, Öffentliche und private Unternehmen – Rechtliche Vorgaben und Bedingungen, Nanjing (China), September 2013

The Interaction of Private and Public Enforcement in European Competition Law; The Transformation of Enforcement in Europe, European University Institute, Florenz, Juni 2013

Implementation of a Regulation with Direct Effect and No Application – The Unprecedented case of the Regulation on Unitary Patent Protection; Towards a Unitary Patent Protection in Europe, Associazione Giuridica Fabrianese Roberto Galli, Universität Macerata, Fabriano, Mai 2013

Das Normative im Kartellrecht: Rechtsphilosophische und methodische Herausforderungen; Bayerische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse, München, Mai 2013

The Commission Proposal on Collective Rights Management – On the Gap Between the Proposal and What Needs to Be Done; Roundtable on Collective Rights Management, Europäisches Parlament, Brüssel, April 2013

Droit de la concurrence; Déséquilibres économiques et droit économique, Université Nice Sophia Antipolis, Nizza, Februar 2013

Legal and Economic Research in Intellectual Property and Competition Law; MPG-CASS Conference on Perspectives of Cooperation, MPG, München, November 2012



The Social Dimension of Intellectual Property Law; Graduation LL.M. Program Magister Lucentinus, University of Alicante, Alicante, Juni 2012

Beschränkungen des Innovationswettbewerbs als normative Herausforderung; Interdisziplinäres Seminar: Juristische und ökonomische Perspektiven des Innovationswettbewerbs, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, Mai 2012

Do We Always Favour Dynamic Competition Over Static Price Competition When We Exclude Imitation? 13<sup>th</sup> EIPIN Congress: Imitation as Innovation, European Intellectual Property Institutes' Network (EIPIN), München, April 2012

The Competition Dimension of the European Regulation of Public Sector Information; 7<sup>th</sup> ASCOLA Conference: "State-Initiated Restraints of Competition", Mackenzie Presbyterian University, São Paulo, April 2012

A qui appartient la passion? La régulation du marché de l'organisation des événements sportifs; Colloque: «Le sport: entre pouvoirs privés et droit économique», Association Internationale de Droit Economique (AIDE), Université Aix-Marseille, Aix-en-Provence, April 2012

#### Du Mont, J.

Functionality in Design Protection Systems; Back to the Future: Global Perspectives on the Future of IP Law in the Next Decade, University of Georgia School of Law, Athens (USA), März 2012

#### Ericsson, S.

Global Battle over Intellectual Property Rights, Current Status of Apple v. Samsung Litigation in Germany; Hongik University Graduate School, Hongik University, Seoul, Juni 2012

Educating IP Specialists: An International Approach; Intellectual Property Human Capital Development Conference, Hongik University, Seoul, Juni 2012

#### Fey, L.

Stability of Patent Pools; 3<sup>rd</sup> Workshop for Junior Researchers on the Law & Economics of Intellectual Property and Competition Law, IMPRS-CI, Professorship for Intellectual Property, ETH Zurich, Schloss Ringberg, Juni 2012

#### Fischmann, F.

Reverse Payments after Actavis and Lundbeck: State of Affairs and Shape of Things to come; Meeting of the MIPLC Scientific Advisory Board, Munich Intellectual Property Law Center, München, November 2013

A challenge to the Dworkinian concept of community; XXVI World Congress of Philosophy of Law and Social Philosophy, Internationale Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie, Belo Horizonte, Juli 2013

Pay for Delay; 2. Alumni-Jahrestagung 2012, Förderverein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, Dezember 2012

Wettbewerbsbeschränkungen durch Pay-for-Delay-Vergleiche in der Pharmaindustrie; Interdisziplinäres Seminar: Juristische und ökonomische Perspektiven des Innovationswettbewerbs, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, Mai 2012

#### de Franceschi, A.

Unlautere Geschäftspraktiken im B2C-Bereich; Universität Padua, Brixen, August 2013

Unlautere Geschäftspraktiken im B2B-Bereich; Universität Padua, Brixen, August 2013

Die Informationspflichten im E-Commerce nach der Richtlinie 2011/83/EU und dem Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht;

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche  
Fakultät, Halle an der Saale, Mai 2013

Der Gerichtsstand des Erfüllungsorts im  
Europäischen Zivilprozessrecht; Die Rolle  
der europäischen Gerichte und des nationa-  
len Richters zum Schutz der Grundrechte,  
Consiglio Superiore della Magistratura, Rom,  
September 2012

Die Grenzen der Pressefreiheit gegenüber  
dem Recht auf Achtung des Privatlebens.  
Unterschiedliche Gewichtungen durch EGMR,  
BVerfG und Corte Costituzionale; Die Rolle  
der europäischen Gerichte und des nationa-  
len Richters zum Schutz der Grundrechte,  
Consiglio Superiore della Magistratura, Rom,  
September 2012

Die italienischen Gerichte und die Anwen-  
dung des EU-Rechts – Die Acte clair Doktrin  
und die Vorlagepflicht; Die Rolle der euro-  
päischen Gerichte und des nationalen  
Richters zum Schutz der Grundrechte,  
Consiglio Superiore della Magistratura,  
Rom, September 2012

Unlautere Geschäftspraktiken; Unlautere  
Geschäftspraktiken in der Rechtsprechung  
der Kartellbehörde und der Zivilrichter,  
Consiglio Superiore della Magistratura,  
Rom, März 2012

### [Gaessler, F.](#)

Forum Shopping; 2. Alumni-Jahrestagung  
2012, Verein der Freunde und ehemaligen  
Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und  
Wettbewerbsrecht e.V., München, Dezember  
2012

### [Geiger, C.](#)

The Influence of the European Court of  
Human Rights on the Intellectual Property  
Framework of the EU; The Relations  
Between the Council of Europe and the  
European Union: Complementarity or  
Competition? 6<sup>th</sup> Annual Conference,  
Research Federation of the University of  
Strasbourg, Straßburg, Oktober 2014

Limitations to Copyright and the Three-Step  
Test in the area of teaching and scientific  
research; New issues on Intellectual Proper-  
ty law, Faculty of Law, University of Valencia,  
Valencia, September 2014

The legal framework for employee inven-  
tions, what are the challenges? The legal  
framework for employee inventions – Asia  
– USA – Europe, FNDE, CEIPI, CASRIP, Paris,  
September 2014

Ensuring the success of the Unified Patent  
Court: The crucial importance of judicial  
training; Analyzing the Judges, European  
Patent Reform Forum 2014, Managing  
Intellectual Property, Paris, September 2014

Integration by Courts: The Role of the CJEU  
in the European Patent System: Reconciling  
the Single Market with Human Rights  
Concerns? The Future of Patent Governance  
in Europe, European Science Foundation,  
Universität Hamburg, Hamburg,  
September 2014

Copyright as an Access Right; International  
Workshop: Copyright and the Public Interest,  
Monash University, CEIPI, University of  
Strasbourg, Straßburg, Juli 2014

Regulating the Online Environment: The  
End of Copyright Enforcement as We Know  
It? 33<sup>rd</sup> Annual ATRIP Congress: Intellectual  
Property Perspectives on the Regulation of  
New Technologies, University of Montpellier,  
Faculty of Law, Montpellier, Juli 2014

Effective harmonisation of limitations to  
copyright in the EU: An opportunity for  
collective management; Workshop: Collec-  
tive Management of Copyright in Europe,  
MPI für Innovation und Wettbewerb,  
München, Juli 2014

Revenge Porn: Is copyright law an appropri-  
ate mechanism to regulate it? Revenge Porn  
and IP's Role in Regulating It, University of  
Washington School of Law, Seattle, Mai 2014

Human Rights and IP: A European Perspec-  
tive; Exploring Human Rights Intersection

with IP, Global Health and Human Rights, CASRIP, University of Washington School of Law, Seattle, Mai 2014

Rethinking Copyright Enforcement in the Online World: Strategies and New Approaches; Global Mondays Lecture Series, University of Washington School of Law, Seattle, Mai 2014

Multilateralism vs. Plurilateralism in International IP Law: Lessons to be learned from the Failure of the Anti-Counterfeiting Trade Agreement; (RE)thinking International Intellectual Property, What institutional environment for the development and enforcement of IP law? CEIPI's International Scholars Round table, CEIPI, University of Strasbourg, Straßburg, Mai 2014

Les dynamiques jurisprudentielles de la construction européenne en matière de propriété intellectuelle; Les propriétés intellectuelles devant la Cour de justice de l'Union européenne, CEIPI, Straßburg, Mai 2014

Towards a balanced international legal framework for the criminal enforcement of intellectual property rights; TRIPS '94 + 20: Beyond Trade Rules, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, April 2014

Adopting a Unitary Title for Copyright in the EU: An Urgency; Prospects for a Meaningful Evolution of EU Copyright Law – does Full Harmonisation come too Early? 15<sup>th</sup> EIPIN Congress (Part 2): European IP Law – Quo Vadis? EIPIN, Queen Mary University of London, London, April 2014

The Training of the Judiciary: A Key to Success for the Unified Patent Court; The training of UPC Judges, European Patent Office, The Hungarian Intellectual Property Office, Budapest, März 2014

Legalize it? Evaluating copyright enforcement strategies and new approaches in the online environment; Inaugural Mona Intellectual Property Forum, University of West Indies, Mona Faculty of Law, Kingston (Jamaica), Februar 2014

European IP law: What are the Dynamics? 15<sup>th</sup> EIPIN Congress: European IP Law Dynamics: Quo Vadis? EIPIN, University of Alicante, Faculty of Law, Alicante, Januar 2014

Intellectual Property Rights: Promoting competitiveness or protecting vested interests? EU Economic Law in a Time of Crisis, Public lecture in the IES Autumn lecture series 2013, Institute for European Studies, Universität Brüssel, Brüssel, November 2013

Adapting copyright to the digital environment: What challenges for the European Union? IP essentials for EU officials, EPO, OHIM, Brüssel, November 2013

More enforcement = More innovation? Bucerius IP Conference 2013: Innovation, Competition and Collaboration, Center for Transnational IP, Media and Technology Law and Policy, Bucerius Law School, Hamburg, Oktober 2013

Challenges for the Enforcement of Copyright in the Online World: Time for a New Approach? Intellectual Property Protection in the EU: Challenges, Risks and Prospects, State Patent Bureau of the Republic of Lithuania, Vilnius, Oktober 2013

Copyright in the 21<sup>st</sup> Century: The End of Copyright as We Know It? 4<sup>th</sup> Global Forum on Intellectual Property (GFIP): The Changing Global Innovation Landscape: Whither IP? The IP Academy, Singapur, August 2013

Intellectual Property and Constitutional Law in the EU after the Treaty of Lisbon: Time to Revise Art. 17 (2); 32<sup>nd</sup> Annual ATRIP Congress: Is Intellectual Property a Lex Specialis? Oxford University, Oxford, Juni 2013

Reputation and IP protection for Fashion Designers, A comment on the article by Julia Ju: "The (Ir)relevance of IP Protection for Innovation, Empirical Insights from the Fashion Industry"; 5<sup>th</sup> Annual ISHTIP Workshop: Cultural Economy and Intellectual Property, ISHTIP, Columbia University Hall Reid, Paris, Juni 2013

Adapting Copyright to the Information Society: What challenges? What flexibilities? What options? Universität Belgrad, Belgrad, Mai 2013

Perspectives for copyright development in the digital era: What about access to knowledge? 3<sup>rd</sup> International Scientific and Practical Conference: Law in the digital environment, Higher School of Economics, Faculty of Law, Moskau, Mai 2013

Implementing Intellectual Property Provisions in Human Rights Instruments; 14<sup>th</sup> EIPIN Congress: Human Rights and Intellectual Property: From Concepts to Practice, EIPIN, Universität de Strasbourg, Straßburg, April 2013

Effectivité et flexibilité: deux impératifs de l'adaptation du droit des 'exceptions'; L'effectivité des exceptions au droit d'auteur et aux droits voisins: les usages, la loi, la régulation, HADOPI, Paris, April 2013

'Criminalizing' IP law? The rise of criminal enforcement at regional and global level; Colloquium on Innovation Policy, The New York University School of Law, New York, März 2013

Propriété intellectuelle et droits fondamentaux; Rencontres de la revue des droits et libertés fondamentaux (RLDF), Institut d'Urbanisme de Grenoble, Grenoble, März 2013

The legal academics response to evidence for evidence-based copyright policy; What Constitutes Evidence for Copyright Policy? Centre for Intellectual Property Policy & Management, University of Bournemouth, Bournemouth, November 2012

Overcoming the Copyright Crisis; The Chinese University of Hong Kong, Hong Kong, November 2012

Rethinking the Enforcement of IP Rights at International Level; Law & Technology Lecture series, Law Faculty, University of Hong Kong, Hong Kong, November 2012

The Rise of Criminal Enforcement; Evolution and Equilibrium: Copyright for the 21<sup>st</sup> Century, New Zealand Centre of International Economic Law, Law Faculty, Victoria University of Wellington, Wellington, November 2012

Enforcement measures for intellectual property rights – What is fair and proportionate? Copyright: What is broken, how to mend it? Europäisches Parlament, Brüssel, Oktober 2012

Vers une identité européenne en matière de propriété intellectuelle? Identités européennes et circulation des personnes, des savoirs et des modèles, Research Federation Europe in Transition, Universität Straßburg, Straßburg, Oktober 2012

Copyright, Access and Cultural Commons; Challenge of the Commons: Properties in the XXI Century, Federal University of Rio de Janeiro, Rio de Janeiro, September 2012

Open Access through an Opening of Copyright Law, The Crucial Role of Limitations and Exceptions; IP and Open Access, National Health School of Fundação Oswaldo Cruz, Rio de Janeiro, September 2012

The constitutionalization of private law on the example of intellectual property; The 10 years of the Brazilian new Civil Code, Catholic University PUCRS, Porto Alegre (Brasilien), September 2012

The rejection of ACTA by the European Parliament: What lessons to be learned? What perspectives for enforcement of IP Rights at the international level? The Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA), University of Santa Catharina, Florianopolis (Brasilien), September 2012

How to draw the line between IPRs and Individual Freedoms? ACTA Provisions on Enforcement in the Digital Environment and the Individual Users; Copyright in the Digital Era: Finding the right balance between protection and free markets. The Place of Luxembourg in the (Internal and)

Global Market of Information Society, FEDIL (Business Federation Luxembourg), Luxemburg, Juli 2012

Freedom of Expression and Copyright, Or What Fundamental Rights can add to the Debate on Copyright Reform; International Summer Seminar "Copyright in Motion", CERDI, Université Paris Sud, Sceaux, Juli 2012

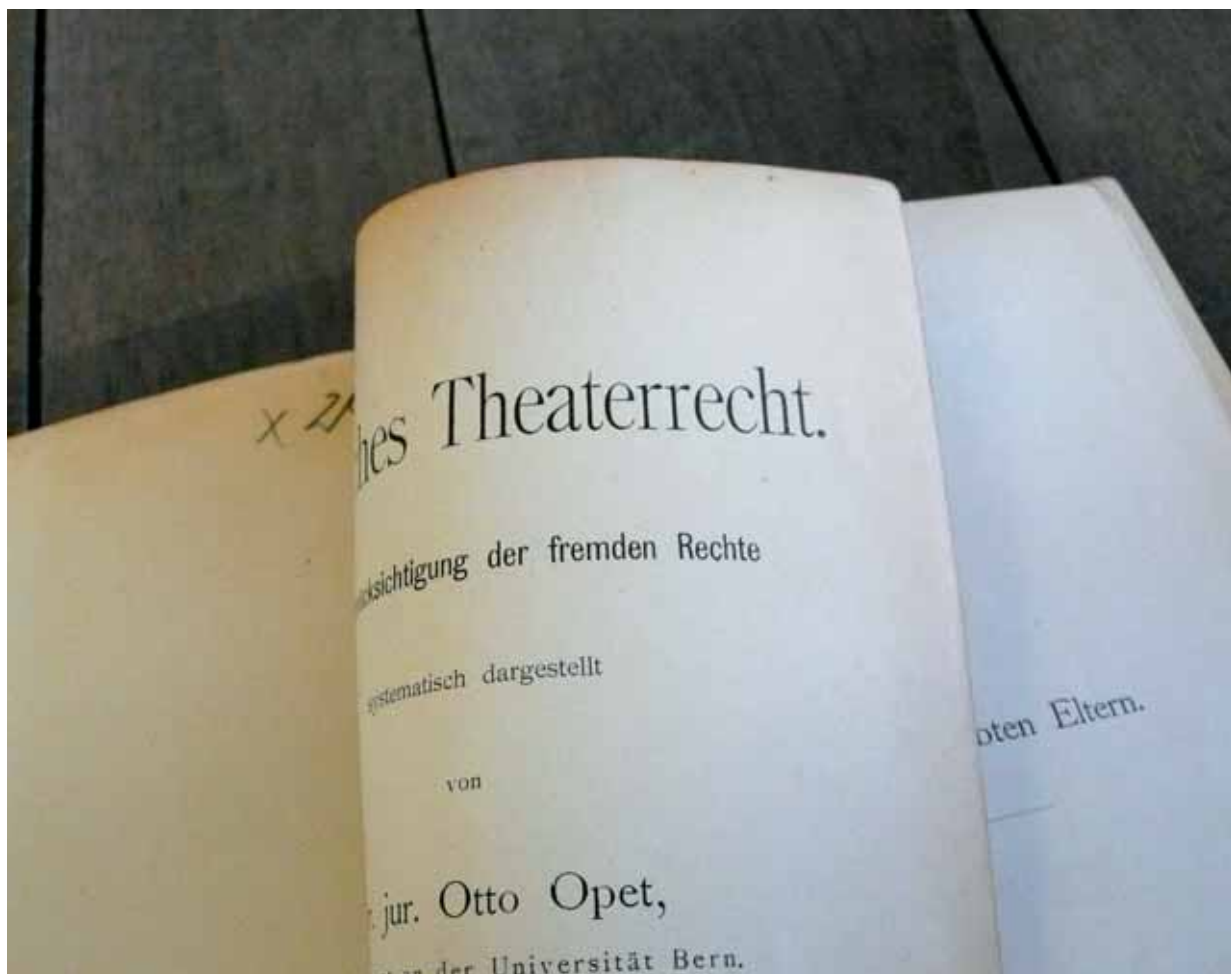
Intellectual Property and Ethics; 31<sup>st</sup> Annual Congress of the ATRIP (International Association for the Advancement of Teaching and Research in Intellectual Property): "Intellectual Property: Methods and Perspectives", University Chicago-Kent, Chicago, Juli 2012

Securing Access to Knowledge, a crucial Issue for a modern and balanced Copyright Law; Intellectual Property and Access to Knowledge. The University's role, University

of Buenos Aires (UBA), Faculty of Law, Buenos Aires, Juni 2012

Limitations and Exceptions, "Fair Use" and the Three-Step Test in Relation to Educational Materials – A European Perspective; The International Copyright System and Access to Education: Challenges, New Access Models and Prospects for new Principles, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, WIPO Working Group, University of Minnesota, Law School, München, Mai 2012

Fostering Access to the Marketplace through "Limitations" to Trademark Law; The Access Challenge in the 21<sup>st</sup> Century: Emerging Issues in Intellectual Property Laws and Knowledge Governance, Bucerius Law School, Center for Transnational IP, Media and Technology Law and Policy, Hamburg, Mai 2012



Access and Enforcement – ACTA in the EU and beyond, a Comment on the recent Discussions at the European Parliament; The Access Challenge in the 21<sup>st</sup> Century: Emerging Issues in Intellectual Property Laws and Knowledge Governance, Bucerius Law School, Center for Transnational IP, Media and Technology Law and Policy, Hamburg, Mai 2012

Harmonizing Enforcement of IP Rights at Global Level: Is ACTA the Right Answer? 6<sup>th</sup> Advanced Research Forum on Intellectual Property Rights, “Selected Topics on Cultural and Legal Pluralism in IP Law”, WIPO, Genf, Mai 2012

La propriété intellectuelle au service de la liberté d’expression; Digital Life: A User’s Manual, What are the good legal rules for regulating Internet? University of Versailles Saint-Quentin (Laboratoire DANTE), Versailles, April 2012

Patent Law in the European Union: A System at Crossroads; CEIPI Konferenz “What Patent Law for the European Union?”, CEIPI, Europäisches Parlament, Straßburg, April 2012

A comprehensive assessment of the “Anti-Counterfeiting Trade Agreement” (ACTA) and the EU IPR protection and enforcement-related trade policies; The Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA), Directorate General for External Policies for the Policy Department and Committee on International Trade, Brüssel, März 2012

What Flexibilities in Copyright Law? University of Alicante, Alicante, März 2012

New competences. The Lisbon Treaty and the Charter on Fundamental Right: consequences for EU copyright policy; Ten Years after the EU Directive on Copyright in the Information Society: Looking Back and Looking Forward, CRID (University of Namur), Institute for Information Law (Amsterdam), Brüssel, Januar 2012

## Geraka, P.

Enforcing Community Trade Marks in Court – How Unified is the System? Legal Analysis Based on Empirical Data; Doctoral Seminar, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Januar 2014

## Gonzalez Otero, B.

Interoperabilität; 2. Alumni-Jahrestagung 2012, Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Dezember 2012

## Goold, P.

The Evolution of Normative Legal Scholarship: The Example of Copyright Discourse; The Nouvelle Vague Workshop, European University Institute, Florenz, Juni 2012

The Creative Destruction of Legal Scholarship; Taking Risks and Challenging Legal Thought, Queen Mary Law School Post-Gradual Law Conference, Queen Mary Law School, London, Mai 2012

## Grosse Ruse-Khan, H.

Goods in Transit in International Trade and Intellectual Property Law; Workshop: Territoriality in Trade Mark Law, Protection across Borders and Licensing, Faculty of Law, Erasmus University Rotterdam, Rotterdam, November 2014

The TRIPS Agreement and International Investment Law; The Changing Global Innovation and Intellectual Property Policy Landscape: Present Challenges and Future Directions (II), TRIPS at 20 and Beyond – Expert Workshop, ICTSD, WTO, Genf, Oktober 2014

The Unitary Patent Court, European Patent Law and International Investment Arbitration; Exploratory Workshop: The Future of Patent Governance in Europe, European Science Foundation, Universität Hamburg, Hamburg, September 2014

Private Investor Rights over Public Policy Choices? Questions on the Legitimacy of Investor State Arbitration; Magdalene College, University of Cambridge, Cambridge, August 2014

Litigating Intellectual Property Rights in Investor State Arbitration: From Plain Packaging to Patent Revocation; 4<sup>th</sup> Biannual Conference of the Society of International Economic Law (SIEL), SIEL, Bern, Juli 2014

Conflict-of-Laws Approach to Competing Rationalities in International Law: The Case of Plain Packaging between IP, Trade, Investment and Health; Research Seminar an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, Juni 2014

Conflict-of-Laws Approach to Competing Rationalities in International Law: The Case of Plain Packaging between IP, Trade, Investment and Health; Workshop: Doing Business in a Globalized World, Institute of International Law at the University of Macerata, Macerata, Mai 2014

Conflict-of-Laws Approach to Competing Rationalities in International Law: The Case of Plain Packaging between IP, Trade, Investment and Health; Lauterpacht Centre for International Law, Cambridge, Mai 2014

Policy and Legal Consideration on the Benefits and Feasibility of a Utility Model System in Jordan; WIPO Workshop on the Policy, Legal and Practical Aspects of Utility Model Protection, Jordanisches Handelsministerium, WIPO, Amman, April 2014

Goods in Transit under the World Trade Organization's Rules on Trade and Intellectual Property; CIPIL Conference on Intellectual Property, Parallel Imports and Border Measures, CIPIL, Cambridge, März 2014

Conflict-of-Laws Approach to Competing Rationalities in International Law: The Case of Plain Packaging between IP, Trade, Investment and Health; 5<sup>th</sup> Journal of Private International Law Conference, Universidad Autónoma de Madrid, Madrid, September 2013

The Legal Framework for the International Transfer of Green Technology: The Frontiers of IP; 8<sup>th</sup> Annual EPIP Conference, EPIP, Paris, September 2013

Principles for IP provisions in Bilateral and Regional Agreements; 32<sup>nd</sup> Annual ATRIP Congress: Is Intellectual Property a Lex Specialis? Oxford University, Oxford, Juni 2013

Policy Options for Introducing Utility Model Protection to Incentivize Small-Scale Innovation; Presentation of WIPO Study to the Government of Pakistan, Government of Pakistan, Islamabad, Februar 2013

National Treatment under IP and Investment Law; 14<sup>th</sup> EIPIN Conference: Treatment Equal or No-Less Favourable of Citizens in a Globalising World – The National Treatment Principle in a EU and International Context, Maastricht University, Maastricht, Januar 2013

The International Legal Framework for Compulsory Licenses; 5<sup>th</sup> Conference on European and Asian Intellectual Property Rights: Compulsory Licensing, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Academia Sinica Institutum Iurisprudentiae, Taipeh, Dezember 2012

Investor – State Arbitration in IP Cases: A new Forum to Enforce International IP Obligations? Conference on International Aspects of Intellectual Property Law, The American Society of International Law, Arizona State University College of Law, Tempe (USA), November 2012

The International Framework, Flexibilities and Policy Options for Utility Model Protection; WIPO Regional Seminar on the Legislative, Economic and Policy Aspects of the Utility Models protection System, WIPO, Kuala Lumpur, September 2012

The Role of TRIPS in a Fragmented World of Free Trade Agreements; WTO Public Forum – Is Multilateralism in Crisis? WTO, Genf, September 2012

Compliance of Tobacco Control Measures with International Intellectual Property Law; 3<sup>rd</sup> Biannual Conference of the Society of International Economic Law (SIEL), SIEL, Singapur, Juli 2012

ACTA, Pirateriebekämpfung und Verbraucherschutz – eine kritische Analyse (ACTA, Piracy and Consumer Protection); Ringvorlesung DFG-Graduiertenkolleg Geistiges Eigentum und Gemeinfreiheit, Universität Bayreuth, Bayreuth, Juni 2012

The Anti-Counterfeiting Trade Agreement – Systemic Issues in a Post-TRIPS World; The Access Challenge in the 21<sup>st</sup> Century: Emerging Issues in Intellectual Property Laws and Knowledge Governance, Bucerius Law School, Center for Transnational IP, Media and Technology Law and Policy, Hamburg, Mai 2012

Innovation and Imitation in International IP Law – Between Harmonization and Flexibility; 13<sup>th</sup> EIPIN Congress: Imitation as Innovation, European Intellectual Property Institutes' Network (EIPIN), München, Februar 2012

#### [Guarda, P.](#)

La titolarità del diritto d'autore in ambito accademico; Giornata di studio sul tema "Università, trasferimento della conoscenza e diritto d'autore dell'era digitale", Università Italiane, Rom, Oktober 2012

Come costruire il Consortium Agreement per le problematiche della proprietà intellettuale nei Programmi Europei; Workshop: The Progetto ILO2, Agenzia Regionale per la Tecnologia e l'Innovazione (ARTI), Foggia-Bari-Lecce, Oktober 2012

Intellectual Property Rights and Open Access; Theoretical, Methodological and Skill Development: Advance Level, Venice Workshop, Marie Curie Initial Training Network, Venedig, Januar 2012

#### [Häfeli, M.](#)

What outbound open innovation can teach us about the balance in patent system? 5<sup>th</sup> Workshop for Junior Researchers on Law & Economics in Intellectual Property and Competition Law, ETH Zürich und MPI für Innovation und Wettbewerb, Schloss Ringberg, Juni 2014

#### [Hartmann, T.](#)

Lizenz- und urheberrechtliche Vorgaben sowie Datenschutz für digitale Arbeitstechniken in den Geschichts- und Kulturwissenschaften; Nordeuropa-Institut der Humboldt-Universität zu Berlin, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Dezember 2014

Ambivalente Auslegung des Urheberrechtsgesetzes; Jahrestagung Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“, Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), Berlin, November 2014

Legal Implications of Openness; Open Science Days, MPG, Berlin, Oktober 2014

Compliance-Anforderungen für das Forschungs- und Publikationsmanagement; Open Access Tage 2014, Fachhochschule Köln, Köln, September 2014

Sales law for e-books? After the CJEU's leading case UsedSoft; Joint IFLA CLM & EBLIDA Satellite Meeting, National & University Library Strasbourg, Straßburg, August 2014

Große Koalition: Endlich ein Happy End für das Urheberrecht? 103. Bibliothekartag „Bibliotheken: Wir öffnen Welten“, OCLC, ekz, Bremen, Juni 2014

Open Access – das neue Zweitveröffentlichungsrecht; XXXVII. Bibliothekstagung der MPG, MPI für Molekulare Genetik, Berlin, Mai 2014



Rechtslage für Text- und Data-Mining (TDM); Sitzung des Arbeitskreises Recht und Personal der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Frankfurt am Main, April 2014

Lizenzrecht für E-Books; Fortbildungsveranstaltung der Technischen Informationsbibliothek (TIB) in Kooperation mit der VDB-Kommission für Fachreferatsarbeit, Technische Informationsbibliothek (TIB), Hannover, März 2014

Zur Verwendung von CC-Lizenzen für Open-Access-Zeitschriften; Erfolgreiches Journal-Management: Qualität und Reputation, Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek, Berlin, Januar 2014

Aktuelle Entwicklungen des Urheberrechts in Europa und bei der WIPO; Strategieklausur des Aktionsbündnisses „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“, Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“, Kassel, Januar 2014

Juristische Fragestellungen rund um E-Books; E-Books in juristischen Bibliotheken, Arbeitsgemeinschaft für juristisches Bibliotheks- und Informationswesen (AjBD), Koblenz, November 2013

Rechtslage des Text- und Dataminings; Jahrestagung „Information als Vitamin für Innovation: Schranken oder Lizenzen für Forschung und Lehre?“, Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“, Berlin, Oktober 2013

Neues gesetzliches Zweitveröffentlichungsrecht – Update zu den Anforderungen an Bibliotheken und Wissenschaftseinrichtungen; Open Access Tage 2013, ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft und Staats- und Universitätsbibliothek (SUB) Hamburg, Hamburg, Oktober 2013

Zur urheberrechtlichen Schutzfähigkeit von Forschungsdaten; 14. Herbstakademie 2013, Deutsche Stiftung für Recht und Informatik (DSRI), Berlin, September 2013

Renaissance alter Urheberrechtsprinzipien für E-Books; Young Scholars 2013, Internationale Buchwissenschaftliche Gesellschaft (IBG), Erlangen, August 2013

Forschungsdaten: Nicht mehr länger ein urheberrechtliches Nullum? Die Begründung des geistigen Eigentums im modernen Verfassungsstaat, DFG-Graduiertenkolleg „Geistiges Eigentum und Gemeinfreiheit“, Bayreuth, Juli 2013

Urheberrechtliche Entwicklungen mit Bibliotheksbezug; 12. InetBib-Tagung 2013, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, März 2013

E-Books in Bibliotheken – Ausleihmodell im urheberrechtlichen Nirgendwo; 5. Kongress Bibliothek und Information Deutschland (BID), BID, Leipzig, März 2013

Publikationsstrategien für Open Access; ODOK 2012, 14. Österreichisches Online-Informationstreffen und 15. Österreichischer Dokumentartag, FH Oberösterreich, Wels, September 2012

Über das Urheberrecht in Taka-Tuka-Land; ODOK 2012, 14. Österreichisches Online-Informationstreffen und 15. Österreichischer Dokumentartag, FH Oberösterreich, Wels, September 2012

Ohne 3. Korb: Trends für einen wissenschafts- und medienfreundlichen Urheberrechtsschutz; 13. Herbstakademie 2012 der Deutschen Stiftung für Recht und Informatik (DSRI), Wuppertal, September 2012

### Henning-Bodewig, F.

Unfair Competition Law – A Tentative Approach to a Difficult Topic; Why Specific Rules on Unfair Competition? MPI für Innovation und Wettbewerb, Berlin, Oktober 2014

Eine Einführung in CSR und Lauterkeitsrecht; Corporate Social Responsibility und Lauterkeitsrecht, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, Mai 2013

Der „integrierte Ansatz“ des UWG – auf Dauer haltbar? GRUR-Jahrestagung 2012, Deutsche Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e.V., Frankfurt am Main, September 2012

Hilty, R. M.

Are new modes of criminal and civil enforcement a new form of intellectual property? Intellectual property on the internet: Is there a life outside of the big three? Faculty of Law, Victoria University of Wellington, Wellington, November 2014

IP-related issues surrounding innovation and starting business; International Conference of Science and Technology Entrepreneurship Policy and Regulation, Science and Technology Policy Research and Information Center (STPI), Taipei, Oktober 2014

IP Factor in Technological and Business Innovation – East and West of the Globe; IP Factor in Technological and Business Innovation, Tongji University, Shanghai, Oktober 2014

Functions and Dysfunctional Effects of IPRS, Reflections on Remedies and Loopholes; Actual Role of Intellectual Property Rights in the Technological and Business Innovation, Singapore Management University, Singapur, Oktober 2014

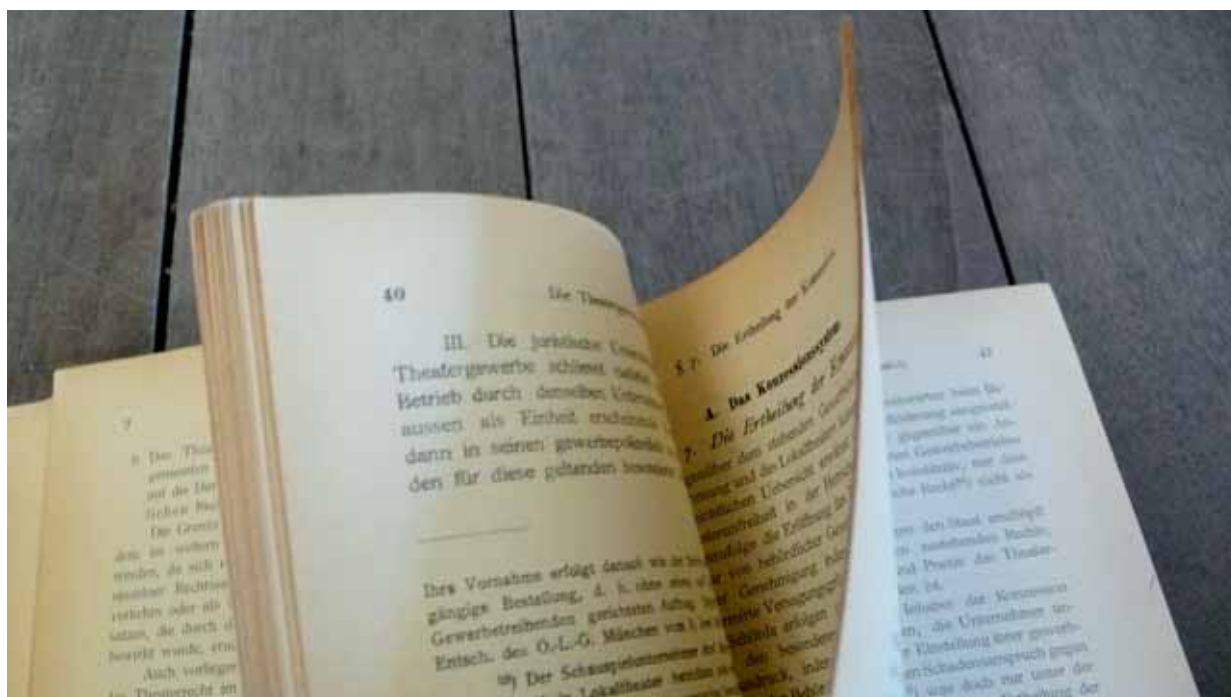
Filtering Away Infringement: Copyright, Injunction and the Role of ISPs; Information Influx, International Conference on the occasion of the 25<sup>th</sup> Birthday of the Instituut voor Informatierecht, Amsterdam, Juli 2014

Kaffee kapseln – ein Lehrstück über Schutzrechte und Wettbewerb; Festvortrag am 10. Fakultätstag der Juristischen Fakultät, LMU, München, Juni 2014

Wie kann der Schutz geistigen Eigentums im Internetzeitalter sinnvoll gestaltet werden? Der Jurist, Universität Passau, Juni 2014

All you can read! Wem das E-Book auf den Magen schlägt; Brennpunkt Medien und Recht, Universität Kassel, Kassel, Mai 2014

A Union Title for Copyright? 15<sup>th</sup> EIPIN Congress (Part 2): European IP Law – Quo Vadis? EIPIN, Queen Mary University of London, London, April 2014



Future of Copyright Law in Europe; The Measure of Intellectual Property: New Principles, Future Dilemmas, International Conference, Radzyner Law School, Herzliya (Israel), März 2014

Visions for Copyright Law in Europe; Intellectual Property Law – International Lecture Series, Vrije Universiteit, VU Centre for Law and Governance, Amsterdam, März 2014

Declaration on Patent Protection: Regularity Leeway under TRIPS; Waseda Conference on Global Patent Strategies: The Development of the Framework of International Patent Law, Waseda University RCLIP, Waseda Institute of Advanced Study, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Deutsch Japanische Juristenvereinigung (DJJV), Waseda Universität, Tokio, März 2014

Text and Data Mining; Max Planck Digital Library (MPDL), München, September 2013

Do we need (more) rights to effectively protect sporting events? Sports organizers' rights and their management in the field of media, University of Amsterdam, Amsterdam, Juni 2013

The Role of Enforcement in Delineating the Scope of IP Rights; The Transformation of Enforcement in Europe, European Economic Law in Global Perspective, European University Institute, Florenz, Juni 2013

Lessons from Other Intellectual Property Regimes; Reform(alizing) Copyright for the Internet Age? Berkeley Center for Law and Technology, University of California, Berkeley, April 2013

Der Vorschlag für eine Reform des Lizenzvertragsrechts; Modellgesetz für Geistiges Eigentum. Ein Reformvorschlag für das deutsche und europäische Recht? Universität Mannheim, GRUR, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Interdisziplinäres Zentrum für Geistiges Eigentum der Universität Mannheim (IZG), Leibniz-Gemeinschaft, Mannheim Center for Competition and Innovation (MaCCI), Mannheim, Februar 2013

Towards an International Instrument on Copyright L&E? Global Congress on Intellectual Property and the Public Interest, American University Washington, College of Law, Rio de Janeiro, Dezember 2012

The MPI Survey on Patent Limitations: Lawful Use of Patented Subject Matter by Third Parties; 5<sup>th</sup> Conference on European and Asian Intellectual Property Rights: Compulsory Licensing, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Academia Sinica Institutum Iurisprudentiae, Taipeh, Dezember 2012

Abuse, Misuse and Other Forms of Inappropriate Conduct; 5<sup>th</sup> Conference on European and Asian Intellectual Property Rights: Compulsory Licensing, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Academia Sinica Institutum Iurisprudentiae, Taipeh, Dezember 2012

How to get out of the Trap; Internet Freedom and the Law in Asia, ARC Centre of Excellence for Creative Industries and Innovation, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Faculty of Law, Australian Catholic University, Alfred Deakin Research Institute, School of Law, Deakin University, Melbourne, Dezember 2012

Unlocking Digital Opportunity: New Thinking on the Legal Framework for Intellectual Property; The 2012 Intellectual Property and Innovation Summit "A Framework for 21<sup>st</sup> Century Growth and Jobs", The Lisbon Council, Brüssel, September 2012

Open Innovation & IP: Legal Perspective; EPIP – 7<sup>th</sup> Annual Conference: IP in Motion, EPIP, Leuven, September 2012

Challenges to Copyright Law; 5<sup>th</sup> International Conference on Information Law and Ethics, INSEIT, Korfu, Juni 2012

Denkanstöße – Eine Sicht aus der Wissenschaft; „Geht nicht, gibt's nicht?“ Urheber- und Datenschutzrecht im Internet, Symposium des Instituts für Europäisches Medienrecht (EMR), Sky Deutschland, Brüssel, Mai 2012

Access and Use: Open vs. Proprietary Worlds; The International Copyright System and Access to Education: Challenges, New Access Models and Prospects for new Principles, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, WIPO Working Group, University of Minnesota, Law School, München, Mai 2012

Compulsory Licensing to Facilitate Access; The Access Challenge in the 21<sup>st</sup> Century: Emerging Issues in Intellectual Property Laws and Knowledge Governance, Bucerius Law School, Center for Transnational IP, Media and Technology Law and Policy, Hamburg, Mai 2012

Underprotection vs. Overprotection: How to meet the right Balance? Intellectual Property Rights: System Improvement and Industrial Development, 2012 IPR Nanhu Forum, IPR, Shenzhen, April 2012

Copyright Law under Pressure: 10 Theses for the Future...; Universidade de Lisboa, Faculdade de Direito, Lissabon, April 2012

#### [Husovec, M.](#)

Intermediary liability in Europe; Meeting on Intermediary Liability Policy Setting: Fostering Greater Collaboration between Service Providers and Internet Freedom Groups in the Public Interest, Stanford University, Palo Alto, Dezember 2014

Enforcement of Intellectual Property Rights Using Intermediaries; Talk Series of AIPPI, AIPPI Czech republic, Prag, November 2014

Accountable, not liable; 5<sup>th</sup> Workshop for Junior Researchers on Law & Economics in Intellectual Property and Competition Law, ETH Zürich und MPI für Innovation und Wettbewerb, Schloss Ringberg, Juni 2014

Accountable, not liable; Takedown Project Workshop, University of California, Berkeley, Mai 2014

Injunctions against innocent parties: Case of website blocking; INTA Academic Days 2013,

INTA (International Trademark Association), Dallas, Mai 2013

Public Interest in the Copyright Law, Exceptions and Limitations; 3<sup>rd</sup> Czecho-Slovak copyright seminar, Institute of State and Law, Slovak Academy of Science, Bratislava, April 2013

Website Blocking: effective remedy or infringement 'plaster'; 10<sup>th</sup> International Cyberspace Conference, Masaryk University, Law Faculty, European Academy of Law and ICT, Brno, November 2012

#### [Jaeger, T.](#)

Missbrauchsverbot; Wettbewerbsrecht der Studiengesellschaft für Wirtschaft und Recht, Studiengesellschaft für Wirtschaft und Recht, Salzburg, November 2014

Loyalität und Solidarität im Kernbereich der Integration – Das Beispiel des Wettbewerbsrechts; 14. Österreichischer Europarechtstag, Loyalität und Solidarität in der EU, Universität Salzburg, Salzburg, September 2014

The EU Patent Package: the Unitary Patent and a Unified Patent Court, chances and pitfalls of the EU's Enhanced Cooperation Procedure; The Future of Patent Governance in Europe, ESF, Hamburg, September 2014

Critique and Shortfalls of the New Unitary Patent System; University of South Wales, Newport, Juli 2014

The New Unitary Patent System; Regional and EU Intellectual Property Challenges, International Burch University, Sarajevo, Juni 2014

Current Developments in State Aid Law; EStALI Spring Conference 2014 Workshop, Lexxion, Brüssel, Mai 2014

Neueste Entwicklungen an der Schnittstelle von Beihilfe- und Vergaberecht; Jour fixe Vergaberecht, Schramm&Partner Rechtsanwälte Wien, Wien, April 2014

Selbstverantwortung, Solidarität und Finanzmarkt; Selbstverantwortung versus Solidarität im Wirtschaftsrecht; Jahrestagung der Studiengesellschaft für Wirtschaft und Recht, Salzburg, November 2013

Grundrechtseingriffe und Naturschutz; Naturschutz im Spannungsverhältnis zwischen der Land- und Forstwirtschaft und den Grundrechten, Österreichische Gesellschaft für Agrar- und Umweltrecht, Wien, November 2013

Perspektive der Wissenschaft auf das Einheitspatent und Einheitliche Patentgericht; Tagung zum Einheitspatent und Einheitlichen Patentgericht im europäischen Integrationsprozess – aus verfassungsrechtlicher, wissenschaftlicher und praktischer Perspektive, Maiwald Patentanwälte, München, September 2013

Anforderungen des europäischen Beihilferechts an das wirtschaftliche Kammerhandeln; WKO-Symposion: Kammern in einem sich wandelnden Umfeld, WKO Wien, Wien, Februar 2013

Closing Remarks; 10<sup>th</sup> Anniversary Lecture for the European State Aid Law Quarterly, King's College London, London, November 2012

Das Kooperationsverhältnis zwischen EuGH und internationalen Gerichten; 12. Österreichischer Europarechtstag: „Kooperation der Gerichte im europäischen Verfassungsverbund – Grundfragen und neueste Entwicklungen“, WU Wien, Wien, September 2012

Stand und Perspektiven des EU-Patents; Fachbereich Rechtswissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, Juli 2012

The private investor test in tax cases; 10<sup>th</sup> Experts' Forum on New Developments in European State Aid Law 2008, EStALI, Brüssel, Juni 2012

Distinguishing State and Private Measures under EU State Aid Law: A Closer Look at the State Character Test; 7<sup>th</sup> ASCOLA Conference: “State-Initiated Restraints of Competition”, Mackenzie Presbyterian University, São Paulo, April 2012

What conclusions can be drawn from the opinion of the Court of Justice regarding the European Patent Court? CEIPI Konferenz “What Patent Law for the European Union?”, CEIPI, Straßburg, April 2012

Private Enforcement of State Aid Rules; 15. Wiener Juristengespräche: Private Enforcement of EU and National Law, Österreichische Vereinigung für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht, Wien, Februar 2012

[Katzenberger, P.](#)

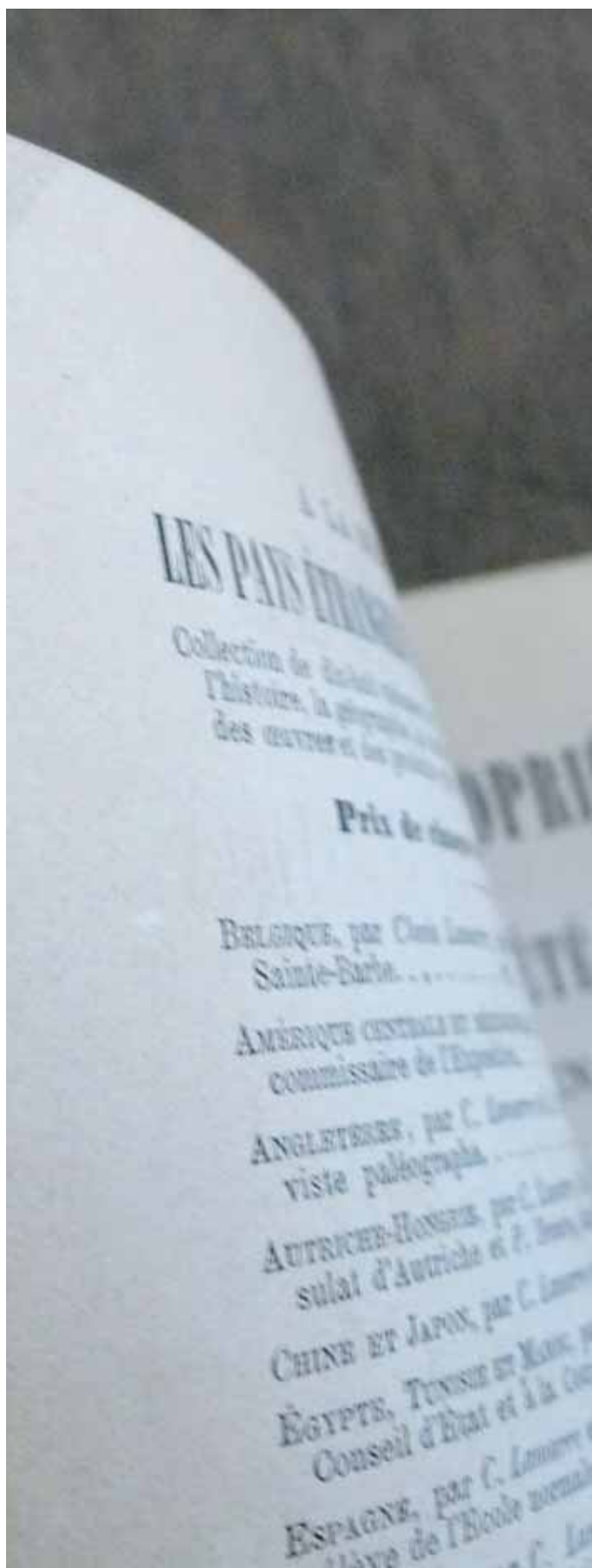
Anwendbarkeit von zwingenden Regeln des deutschen Urheber(vertrags)rechts bei ausländischem Vertragsstatut, insbesondere angesichts neuerer Regelungen im UrhG; Tagung Urheberrecht und internationales Privatrecht, ALAI Deutschland e.V., Berlin, Oktober 2013

Gemeinsame Vergütungsregeln als kollektives Instrument; Zehn Jahre reformiertes Urhebervertragsrecht, 1. Josef Kohler-Symposion, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Oktober 2012

[Klopschinski, S.](#)

Schutzfähigkeit von Finanzinnovationen im Immaterialgüterrecht; Symposium „Finanzinnovation“, Profilbereich „Unternehmen – Recht, Innovation und Risiko“ der Universität St. Gallen/Law School, St. Gallen, Mai 2012

Der Schutz geistigen Eigentums durch völkerrechtliche Investitionsverträge (Postervorstellung); Jahresversammlung der MPG, Düsseldorf, Juni 2012



[Knaak, R.](#)

The European Trade Marks Reform; The European Trade Marks Reform, Hungarian Trademark Association, AIPPI (ungarische Landesgruppe), Budapest, September 2014

Metatags and IPR; IPRs and Internet, Seminar der italienischen Landesgruppe der AIPPI, AIPPI, Mailand, Februar 2014

Reichweite und Durchsetzung von Rechten aus der Gemeinschaftsmarke; 10. Kölner Symposium zum Marken- und Wettbewerbsrecht, Carl Heymanns Verlag, Köln, März 2012

Earlier trademarks versus geographical indications; Academy of European Law (ERA) Conference 'Geographical Indications in the European Union', ERA, Trier, März 2012

[Kochupillai, M.](#)

Revisiting Market Failures for Sustainable Innovations in Plant Varieties: A Review of Plant Variety Application Trends in India (2007-2014); Innovation in Indian Agriculture: Ways Forward, Institute for Economic Growth and the International Food Policy Research Institute (IFPRI), Neu-Delhi, Dezember 2014

Promoting Inclusive & Sustainable Innovations in Plant Varieties: An Empirical Study from India; Meeting of the MIPLC Scientific Advisory Board, München, November 2014

Ethics and Economics of Indian Patent Law: Pharmaceuticals and Section 3(d); Hochschule Pforzheim, Pforzheim, November 2014

Promoting Inclusive and Sustainable Innovations in Plant Varieties: The Role of Governmental and Non-Governmental Institutions; 8<sup>th</sup> Advanced Research Forum on Intellectual Property Rights, WIPO, Genf, Mai 2014

Plant Variety Protection in India: The First Ten Years; 4<sup>th</sup> Global Intellectual Property Convention, ITAG Business Solutions, Neu-Delhi, Januar 2012

**Köklü, K.**

Schutz der Gemeinfreiheit vor missbräuchlicher Markennutzung; I. Internationales Symposium zum Recht des Geistigen Eigentums, Yildirim Beyazit Universität, Ankara, November 2014

Creative Commons Lizenzen; EMI-Forum 2014, Hochschule Amberg-Weiden, Amberg, Mai 2014

Mechanismen für den Schutz von Urheberrechten in der digitalen Welt; Das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte – zivilrechtliche Haftung für die Verletzung ausschließlicher Rechte im Internet und in den anderen Informations- und Kommunikationsnetzen, Seminar des Forschungszentrums für Zivilrecht beim Präsidenten der Russischen Föderation, Moskau, November 2013

The WIPO Marrakesh-Treaty; Abschlussveranstaltung der Humboldt-Universität Law Clinic Internetrecht, HLCI, Berlin, Juli 2013

Zweitveröffentlichungsrecht; Entwurf zur Nutzung verwaister und vergriffener Werke, Zweitverwertungsrecht für Wissenschaftler; Arbeitssitzung des Instituts für Urheber- und Medienrecht, München, April 2013

Domain Names and Trademark Infringements – A review of WIPO UDRP domain name disputes with a focus on Turkish cases; The German Intellectual Property System, IRZ Seminar, Herrsching, April 2013

Verwaiste Werke – Pragmatische Lösungen für ein rechtlich unreguliertes Terrain; Die digitale Bibliothek und ihr Recht – ein Stiefkind der Informationsgesellschaft? Universität zu Köln – HBZ, Köln, September 2012

Three Strikes and you're out – or how lawmakers fail to deal with copyright law in the digital age; 5<sup>th</sup> International Conference on Information Law and Ethics, INSEIT, Korfu, Juni 2012

Access and Use: Open vs. Proprietary Worlds; The International Copyright System and Access to Education: Challenges, New Access Models and Prospects for new Principles, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, WIPO Working Group, University of Minnesota, Law School, München, Mai 2012

Systematik des gewerblichen Rechtsschutzes in der EU; Problemstellungen und Entwicklungsperspektiven im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes, Deutsche Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit e.V., Taschkent (Usbekistan), April 2012

Zukunft des Urheberrechts; Kommission der bayerischen Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zur Zukunft des Urheberrechts, Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, München, April 2012

Offene Fragen zur Padawan-Entscheidung des EuGH; Privatkopie und Geräteabgabe im Lichte der Padawan-Rechtsprechung des EuGH, ALAI Deutschland e.V., München, Februar 2012

**König, E.-M.**

Der Werkbegriff; 2. Alumni-Jahrestagung 2012, Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Dezember 2012

The Notion of Originality in Europe – A Flexible Criterion Adapting to a Variety of Interests; 6<sup>th</sup> Advanced Research Forum on Intellectual Property Rights: Selected Topics on Cultural and Legal Pluralism in IP Law, WIPO, Genf, Mai 2012

**Kosmidis, T.**

Exploration und Produktion von Kohlenwasserstoffen in Griechenland; Einführung in das Vertragsrecht, Neapolis Universität Paphos, Paphos, November 2012

## Krupko, S.

Arbitrability of International Intellectual Property Disputes in the light of the Russian Law; Beilegung von internationalen Handelsstreitigkeiten in der Region des Kaukasus und Zentralasiens, Kiel Center of Eurasian Economic Law at the Institute of East European Law of the University of Kiel (KEEL), Kasachische Nationaluniversität Al-Farabi, Akademie für öffentliche Verwaltung bei dem Präsidenten der Republik Aserbaidshan, Staatliche Rechtsakademie des Urals, Landtag von Schleswig-Holstein, Kiel, November 2014

Schutz der ausschließlichen Rechte im grenzüberschreitenden Handel: Konflikt der Interessen des Staat-Exporteur und Staat-Importeur oder Balance der öffentlichen und privaten Interessen? Russland – EU: Juristischer Dialog, Institut für Staat und Recht der Russischen Akademie der Wissenschaften, Sibirische Föderale Universität, Deutsch-Russisches Juristisches Institut, Krasnojarsk (Russland), September 2014

Vorliegende Reform des Russischen Zivilgesetzbuches und seine Implikationen für das Kaufrecht; Kaufvertragsrecht in der Region des Kaukasus und Zentralasiens: Zwischen Divergenz und Harmonisierung, Kiel Center of Eurasian Economic Law at the Institute of East European Law of the University of Kiel (KEEL), Kasachische Nationaluniversität Al-Farabi, Akademie für öffentliche Verwaltung bei dem Präsidenten der Republik Aserbaidshan, Staatliche Rechtsakademie des Urals, Almaty (Kasachstan), Mai 2014

Das anzuwendende Recht auf die Verträge betreffs des Geistigen Eigentums: Novellen der Russischen Gesetzgebung; Internationales Forum: Geistiges Eigentum – XXI. Jahrhundert, Handels- und Industriekammer der Russischen Föderation, Institut für Staat und Recht der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau, April 2014

Handels- und Investitionsaspekte des Geistigen Eigentums unter den Bedingungen der strategischen Partnerschaft Russ-

lands und der EU; Beziehungen zwischen der EU und Russland – rechtliche Dimension und aktuelle Entwicklungen, Universität Passau, Institut für Staat und Recht der Russischen Akademie der Wissenschaften, Universität Kiel, Passau, September 2013

Das Zusammenspiel von Geistigem Eigentum und allgemeinem Zivilrecht: Ein Vergleich mit dem russischen Zivilgesetzbuch; Modellgesetz für Geistiges Eigentum – ein Reformvorschlag für das deutsche und europäische Recht? Mannheimer Center for Competition and Innovation (MaCCI), Mannheim, Februar 2013

## Kryzhna, V.

Concerning Contents of Intellectual Property Rights; The Scientific-Practical Conference Devoted to the Memory of Professor O.A. Pushkin: The Actual Issues of Civil Law and Procedure, Kharkiv National University of Internal Affairs, Kharkiv (Ukraine), Juni 2014

Some Issues of the Rights Protection under a Contract for the Alienation of an Exclusive Right; The Round Table Devoted to the Memory of Professor Chingizhan Nufatovich Azimov: The Actual Issues of Civil Law, The National University “Yaroslav the Wise Academy of Ukraine”, Kharkiv (Ukraine), Dezember 2013

Some Issues of Intellectual Property Rights Protection in the European Court of Human Rights; The Scientific-Practical Conference Devoted to the Memory of Professor O.A. Pushkin: The Actual Issues of Civil Law and Procedure; Kharkiv National University of Internal Affairs, Kharkiv (Ukraine), Mai 2013

Contractual forms of commercialisation of intellectual property rights; The Scientific-Practical Conference: Legal support of commercialization of researches and development results, The National Academy of Law Sciences of Ukraine, Kharkiv (Ukraine), Mai 2012



The right to access to library stock in an information century: experience of EU, Switzerland and the USA; The issues of improvement of the rare books departments activity of the libraries in information support of scientifically-educational process, The National University “Yaroslav the Wise Academy of Ukraine”, Kharkiv (Ukraine), März 2012

### Kur, A.

Overlaps of trademarks and design – What’s the problem? When Trademarks Overlap with Other Rights, INTA, München, Dezember 2014

The Future of Trade Marks in the EU – The Trade Mark Reform Package; Markenseminar, IPR-Center, Helsinki, November 2014

The ‘Theory of Everything’ in IP Law – Impossible Vision or Realistic Prospect? Framing IP in the 21<sup>st</sup> Century, CBL Center at NUS, Singapur, August 2014

The Impact of GC and CJEU Case Law on National Jurisprudence; Annual ECTA-Meeting, ECTA, Alicante, Juni 2014

IP Litigation in Europe – Strategic Choices: Crossborder Enforcement of Unitary Rights; Jahrestagung 2014, UNION, Berlin, Juni 2014

Internet Infringement – which courts are competent to decide in the EU? 22<sup>nd</sup> Annual Conference on International Intellectual Property Law and Policy, Fordham University School of Law, New York, April 2014

The Future of EU Copyright – Selected Views from the Crystal Ball; Annual Copyright Seminar, Norwegian Copyright Society, Sandefjord, März 2014

Die Europäische Reform des Markenrechts – Veränderungen im materiellen Recht; 12. Kölner Symposium zum Marken- und Wettbewerbsrecht, Kluwer Law, Köln, Februar 2014

Secondary liability for trademark infringement – situation in the EU; Secondary

liability for trademark infringement on the Internet, Kernochan Center, Columbia University, New York, November 2013

Revision of the Community Trade Mark regulation and the directive approximating trade national mark laws; The Essentials of IP, EU Commission, EPO, Brüssel, November 2013

Trade mark legislation in the pipeline, I – background and changes; Benelux Merkendag, Sdu Juridische Opleidingen, Breukelen, November 2013

The Commission Proposals for Trade Mark Reform – (Too) Bold Step Forward or Missed Opportunity? CIPA congress 2013, CIPA, London, Oktober 2013

The Commission Proposals for Trade Mark Reform – (Too) Bold Step Forward or Missed Opportunity? International IP conference “Intellectual Property protection in the EU: Challenges, Risks and Prospects”, Lithuanian EU Presidency, Vilnius, Oktober 2013

Openness in trademark law – an impossible concept? Bucerius IP Conference 2013: Innovation, Competition and Collaboration, Center for Transnational IP, Media and Technology Law and Policy, Bucerius Law School, Hamburg, Oktober 2013

The EU Commission’s proposal for trade mark reform; Seminar on the proposal for a recast of trade mark law, Universität Dublin, Dublin, Oktober 2013

IP und IPR – Internationale Initiativen; ALAI Tagung “Urheberrecht und Internationales Privatrecht”, ALAI Deutschland e.V., Berlin, Oktober 2013

The new package of legal proposals – outcomes and the next steps; European trademark system under review, GRUR, ECTA Brussels, Brüssel, Juni 2013

Litigation system – general overview and comparison with the jurisdiction provisions in the Community Trademark Regulation;

Towards a Unitary Patent Protection in Europe, Associazione Giuridica Fabrianese Roberto Galli, Universtät Macerata, Fabriano, Mai 2013

Limiting the Rights Conferred by a Patent – How Flexible is TRIPS? Hamburg Lectures in Law & Economics; Graduate School in Law and Economics, Universität Hamburg, Mai 2013

Trade Marks: is there a Positive Right to Use? 4<sup>th</sup> TLI Symposium – Trade Mark Law, Use Restrictions and Public Policy, Trade Mark Law Institute, Universität Groningen, Groningen, Mai 2013

Determining Jurisdiction in Cross-Border Cases; 7<sup>th</sup> Global Congress on Combating Counterfeiting and Piracy, WIPO, WCO und Interpol, Istanbul, April 2013

IP Overlaps – Cause or Consequence of Overprotection? 8<sup>th</sup> Annual International IP lecture, University of Cambridge, Cambridge, März 2013

Comparison between the Korean/Japanese Joint Proposal, the ALI Principles and the CLIP Principles; Waseda Closing Symposium, Waseda University, Tokio, Januar 2013

The Protection of Graphical User Interfaces by European Design Legislation; The Future of Design Protection, University of Indiana, Maurer Law Center, University of Oxford, Oxford, November 2012

Jurisdiction and Law Applicable to Online Trademark Infringement; ERA Annual Conference on Trademarks and Designs, ERA, Alicante, November 2012

Liability of Intermediaries – Which Law Applies? ALAI Kongress Kyoto 2012, ALAI, Kyoto, Oktober 2012

Internet-Related Cross Border Infringement – Trademarks; 20<sup>th</sup> CASRIP Anniversary – 2012 High-tech Protection Summit, University of Washington School of Law, Seattle, Juli 2012

Harmonisation and Unification of Trademark Law; Harmonisation of European IP Law and Emeritaatsviering van Professor Frank Gotzen, Katholische Universität Leuven, Brüssel, Juni 2012

Internationales Verfahrensrecht und Einheitspatent; Il sistema unico di brevetto nell'Unione Europea nella prospettiva italo-tedesca – Das einheitliche Patent-system der Europäischen Union in der deutsch-italienischen Pespektive, Centro italo-tedesco per l'eccellenza europea – Deutsch-italienisches Centrum für europäische Exzellenz, Villa Vigoni, Menaggio, April 2012

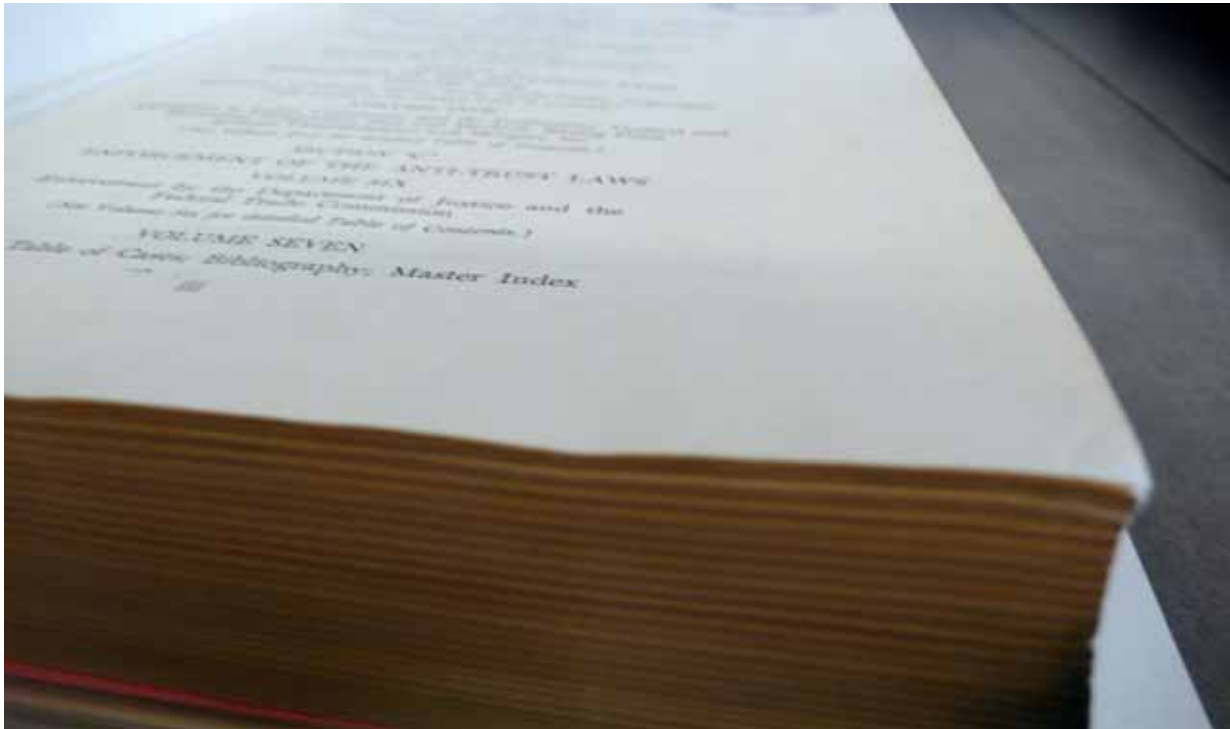
Unitary Rights in the European Union: Past, Present, and Possible Developments; 70<sup>th</sup> Annual Conference of the University of Latvia in the Legal Science: Legal Environment of Innovations, University of Latvia, Riga, Februar 2012

A Comparative Look at the Treatment of Imitations Across IP; 13<sup>th</sup> EIPIN Congress: Imitation as Innovation, European Intellectual Property Institutes' Network (EIPIN), München, Februar 2012

[Lamping, M.](#)

Das Verhältnis von Patenten und Wettbewerb; Patente und freier Wettbewerb – ein Widerspruch? Jahrestagung Karlsruher Dialog Technik und Recht 2014, Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Karlsruhe, November 2014

Enforcement of Standard-Essential Patents: Broken Promises and Shattered Dreams; Waseda Conference on Global Patent Strategies: The Development of the Framework of International Patent Law, Waseda University RCLIP, Waseda Institute of Advanced Study, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Deutsch Japanische Juristenvereinigung (DJJV), Waseda Universität, Tokio, März 2014



Inter-Industry Learning within Patents and Competition Law; Oil & Gas IP Summit 2014, IQPC, London, Januar 2014

IP in an Open Society: Half a Dozen Myths about Intellectual Property; IP essentials for EU officials, EPO and OHIM, Brüssel, November 2013

The Agony of Choice: Optionality in the European Patent System; 8<sup>th</sup> Annual EPIP Conference, EPIP, Paris, September 2013

The Patent Declaration; Workshop "The Patent Declaration", National University of Singapore, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Singapur, Juli 2013

Unitary Patent & Unified Patent Court: The Tasks that lie Ahead; Unitary Patent & Unified Patent Court: Expectations, Wishes and Fears, INPI, Paris, Juni 2013

Patents, Standards and/or Competition; 32<sup>nd</sup> Annual ATRIP Congress: Is Intellectual Property a Lex Specialis? Oxford University, Oxford, Juni 2013

Standard-Essential Patents and Injunctive Relief: Protection of Competition in Standardized Markets; Global Patent Strategies: The Boundaries of Patent Rights in the EU and Japan, Second Waseda Conference and Celebration of Partnership on Judicial Education between Waseda University and Düsseldorf High Court, Waseda University RCLIP, Waseda Institute of Advanced Study, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Deutsch Japanische Juristenvereinigung (DJJV), Waseda University, Osaka/Tokio, Februar 2013

The MPI Survey on Patent Limitations: Lawful Use of Patented Subject Matter by Third Parties; 5<sup>th</sup> Conference on European and Asian Intellectual Property Rights: Compulsory Licensing, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Academia Sinica Institutum Iurisprudentiae, Taipeh, Dezember 2012

Refusal to Deal under European Antitrust Law; 5<sup>th</sup> Conference on European and Asian Intellectual Property Rights: Compulsory Licensing, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Academia Sinica Institutum Iurisprudentiae, Taipeh, Dezember 2012

The Unitary Patent Package: Twelve Reasons for Concern; EPLAW Congress 2012, European Patent Lawyers Association (EPLAW), Brüssel, Dezember 2012

Patents and Standards; EPLAW Congress 2012, European Patent Lawyers Association (EPLAW), Brüssel, Dezember 2012

The Patent Declaration; 2<sup>nd</sup> Global Congress on Intellectual Property and the Public Interest, Fundação Getulio Vargas, American University, Centre For Internet & Society, The American Assembly, Open A.I.R., International Centre for Trade and Sustainable Development (ICTSD), Brüssel, Dezember 2012

Enhanced Cooperation; The Europeanisation of Patent Law: EU Law and IP Law Perspectives, IPR University Center, Helsinki, November 2012

Intellectual Property for Judges and other Enforcement Institutions; IP Protection and Enforcement in the National and International Legal Framework, Deutsche Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit e.V., Amman, November 2012

Stand und Perspektiven des EU Patents; JDialog: Patente – Quo Vadis? Harmonisierungsbestrebungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und aus den USA, Jones Day, Frankfurt am Main, Oktober 2012

Das EU Patent. Ein Schatten seiner selbst? Field Fisher Waterhouse Patentexpertenrunde, Field Fisher Waterhouse, Brüssel, Oktober 2012

[Lee, N.](#)

Innovation and Substantive Patent Law Harmonization through Unitary Patent Protection in Europe; IP Law program, Faculty of Law, Shenzhen University, Shenzhen, November 2013

Governing Copyright Licenses: A Case Study on Regulation of Collective Rights Manage-

ments Organizations in China and in Europe; Legal Transplant for Innovation and Creativity: A Sino-finnish Comparative Study on Governance of Intellectual Property Rights- TransIP Interim Workshop, CASS, Peking, November 2013

Contract Flexibility Through Trademarks: “Branded” Intellectual Property Licensing Practices; Flexibility in Business Contracting, Institut für Ostrecht München, Regensburg, März 2013

Innovation and Substantive Patent Law Harmonization in Unitary Patent in Europe; International Issues relating to Pro-Innovation Patent System and Competition Policy, Nagoya University, Nagoya, Februar 2013

Open Innovation using Crowd-sourcing Platforms and the Implications for IP Norms and Policy; EPIP – 7<sup>th</sup> Annual Conference: IP in Motion, EPIP, Leuven, September 2012

Comment on Patent Reform from Institutional Designs Perspective; Patent Reforms at Both Sides of the Atlantic, IPR University Center, Helsinki, August 2012

Empirical Research Methods in PATLIM project; 31<sup>st</sup> Annual Congress of the ATRIP (International Association for the Advancement of Teaching and Research in Intellectual Property): “Intellectual Property: Methods and Perspectives”, University Chicago-Kent, Chicago, Juli 2012

A Patent Ordering Pluralism; 6<sup>th</sup> Advanced Research Forum on Intellectual Property Rights: Selected Topics on Cultural and Legal Pluralism in IP Law, WIPO, Genf, Mai 2012

Alternatives to Litigation in IP Disputes in Asia and in Finland; Use of ADR in Commercial Intellectual Property Infringement Disputes, California Western School of Law, San Diego, März 2012

Imitation as Innovation in Patent Law; 13<sup>th</sup> EIPIN Congress: Imitation as Innovation, European Intellectual Property Institutes’ Network (EIPIN), München, Februar 2012

Comments on the concept of Commons in Patent Law; Commons in Intellectual Property Law, Kobe University, Kobe (Japan), Februar 2012

Law and Economics as a Research Methodology in Patent Law Research; The Promise of Econo-Legal Studies, Kobe University, Kobe (Japan), Februar 2012

Comment on Ph. D research methods; Doctoral Students Workshop, University of Eastern Finland, Joensuu (Finnland), Januar 2012

#### Lehmann, M.

First sale doctrine & European Law; University of St. Clara, Santa Clara, Mai 2014

Electronic Commerce in Europe; Cloud Computing & European Law, Federico II. Universität Neapel, Neapel, Mai 2014

#### von Lewinski, S.

A thriving digital single market: what fair share for performers? Performers' Rights in Europe: Challenges and Opportunities, AEPO-ARTIS, Brüssel, Dezember 2014

The "new public" criterion of the CJEU after Svensson; Linking, BLACA, London, November 2014

Droit d'auteur: comment assurer une rémunération équitable pour l'auteur? Université Paris, CERDI, Paris, November 2014

Towards Fair Contractual Agreements and Practices; The Value of Writers' Work, The European Council, Brüssel, November 2014

The Beijing Treaty on Audiovisual Performances; Universidad Autónoma de Madrid, Madrid, Oktober 2014

EU Challenges and Solutions; EU and Regional Intellectual Property Challenges, International Burch University, Sarajevo, Juni 2014

Hyperlinks and simulcasting: recent clarifications brought by the CJEU; Annual Conference on European Copyright Law, Europäische Rechtsakademie (ERA), Trier, Mai 2014

The EU Directive on collective management of copyright and related rights; Universidad Autónoma de Madrid, Madrid, Mai 2014

Völker- und europarechtliche Vorgaben hinsichtlich Schranken für Bildung und Wissenschaft sowie Bibliotheken, Museen und Archive; Humboldt Universität zu Berlin, Berlin, Mai 2014

Enforcement; 22<sup>nd</sup> Annual Conference on International Intellectual Property Law and Policy, Fordham University School of Law, New York, April 2014

EU Copyright: Recent Developments; 22<sup>nd</sup> Annual Conference on International Intellectual Property Law and Policy, Fordham University School of Law, New York, April 2014

L'expérience juridique des humanités numériques en Allemagne; Propriété littéraire et artistique et humanités numériques, Université Paris Sud, CERDI, Paris Sorbonne Université, Observatoire de la vie littéraire, Paris, Dezember 2013

La qualification d'œuvre de l'esprit à l'épreuve de la jurisprudence européenne: une notion harmonisée? L'œuvre de l'esprit en question(s): un exercice de qualification, Université Paris Sud, CERDI, Paris, November 2013

L'influence de la Cour de Justice de l'Union Européenne sur le droit national: L'exemple du droit d'auteur; Université Paris Sud, Paris, November 2013

The Protection of Traditional Knowledge and Folklore; Zhongnan University of Law and Economics, Center for Studies of IP Rights, Wuhan, November 2013

Collective Management Models – with the Example of German Law; Zhongnan University of Law and Economics, Center for Studies of IP Rights, Wuhan, November 2013

Neues Recht für überlieferte Kunst; Neue Kunst – Neues Recht, Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Heidelberg, November 2013

Collective Management Models of Intellectual Property; Intellectual Property of the 21<sup>st</sup> Century, ADEPI, Asociación de ex Diputados y ex Senadores de las Cortes Generales, Madrid, Oktober 2013

The current work of WIPO on copyright and related rights; Universidad Autónoma de Madrid, Madrid, Mai 2013

The proposed WIPO Treaty for the Blind and Visually Impaired; International Issues in Copyright Seminar, Columbia University School of Law, New York, April 2013

Some remarks on the UsedSoft case of the CJEU; 21<sup>st</sup> Annual Conference on International Intellectual Property Law and Policy, Fordham University School of Law, New York, April 2013

Communication to the public according to the Court of Justice of the European Union; 21<sup>st</sup> Annual Conference on International Intellectual Property Law and Policy, Fordham University School of Law, New York, April 2013

Urheberrecht für Übersetzende; Jahrestagung 2013, Conseil Européen des Associations de Traducteurs Littéraires, Wien, April 2013

Rolle von Verwertungsgesellschaften; E-Books – Ökonomische und rechtliche Aspekte, ALAI Deutschland e.V., Leipzig, März 2013

The Beijing Treaty on Audiovisual Performances; Jährlicher Urheberrechtskurs 2013, JUS, Sandefjord, März 2013

The Protection of traditional culture (folklore); Jährlicher Urheberrechtskurs 2013, JUS, Sandefjord, März 2013

L'influence de la Cour de Justice de l'Union Européenne sur le droit national: L'exemple du droit d'auteur; Université de Toulouse 1, Toulouse, Februar 2013

Excepciones y limitaciones al derecho de autor – La agenda de OMPI desde una perspectiva europea; Instituto de derecho de autor, Madrid, Januar 2013

The Sony Music -v- Falcon Decision of the ECJ: Its Effects on the Calculation of Terms of Protection in the EU; BLACA Seminar, BLACA (ALAI UK), London, November 2012

Aspects of EU Primary Law and Copyright and of Copyright Harmonization; Center for Studies of IP Rights, Zhongnan University of Economics and Law, Wuhan, November 2012

The Beijing Treaty on Audiovisual Performances and its international law background; Center for Studies of IP Rights, Zhongnan University of Economics and Law, Wuhan, November 2012

Das TRIPS-Übereinkommen – ein Überblick; Policy in Science and Technology for Innovation Development in Germany, Kanan National Research Technical University (KNRTU), IBA\_knowledge networks and itw, Berlin, Oktober 2012

Future Model of One-Stop-Online Licensing in the Cloud Environment (Part I.) – Contractual Perspectives on Crossover of Rights and National Borders (Reproduction, Distribution, Communication to the Public, Adaption and Multi-territorial Licenses); ALAI Kongress Kyoto 2012, ALAI, Kyoto, Oktober 2012

The Diplomatic Conference on the Protection of Audiovisual Performances and its Results; Commemorative Symposium on the Adoption of the WIPO Beijing Treaty on Audiovisual Performances, Japan Council of Performers Rights & Performing Arts

Organization (Geidankyo), Tokio,  
Oktober 2012

Verwertungsrechte und Vergütungsan-  
sprüche; Harmonisierung des Urheberrechts  
durch den EuGH? ALAI Deutschland e.V.,  
Bonn, Oktober 2012

Das Urheberrecht in elektronischen Medien  
im Rechtsvergleich; 8. Österreichisches  
Rundfunkforum – Das Immaterialgüterrecht  
in elektronischen Medien, Forschungs-  
institut für das Recht der elektronischen  
Massenmedien (REM), Wien, September  
2012

The Beijing Treaty on Audiovisual Perfor-  
mances; Santa Clara Summer Program on  
Intellectual Property, Santa Clara University  
Center for Global Law & Policy, München,  
Juli 2012

Unionsschutzrechte im Urheberrecht;  
Entwicklung der Unionsschutzrechte,  
Tagung des MPI für Immaterialgüter- und  
Wettbewerbsrecht in Zusammenarbeit mit  
dem Verein der Freunde und ehemaligen  
Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter und  
Wettbewerbsrecht e.V., München, Juli 2012

Aspects of EU Primary Law in the field of  
Copyright; Pravni Fakultet, University of  
Zagreb, Zagreb, Juni 2012

Discussions en Allemagne sur le droit  
d'auteur et l'internet, et quelques réflexions  
sur la licence globale; Colloque Internatio-  
nal «Protéger et valoriser les œuvres en  
ligne dans le cadre Européen», Telecom  
Bretagne, Rennes, Juni 2012

The current work of WIPO on copyright and  
related rights, in particular on audiovisual  
performers; Universidad Autónoma de  
Madrid, Madrid, Mai 2012

Compensación equitativa por copia privada  
en Alemania: estado de la cuestión y  
perspectivas de futuro; International  
congress of Intellectual Property “La com-  
pensación equitativa por copia privada en  
España y en la Unión Europea. Nueva

Regulación y perspectivas de armonización”,  
Universidad Autónoma de Madrid and  
Ministry of Education, Culture and Sport,  
Madrid, Mai 2012

The upcoming WIPO treaty on audiovisual  
performers – evolution and prospects;  
International Issues in Copyright Seminar,  
Columbia University School of Law, New  
York, April 2012

CJEU: A Critique of Its Case Law; Panel  
Contribution: 20<sup>th</sup> Annual Conference on  
International Intellectual Property Law and  
Policy, Fordham University School of Law,  
New York, April 2012

Ka Mate, Ka Mate and the Protection of  
Traditional Knowledge; Comments on Susy  
Frankel, Workshop “IP at the Edge”, Columbia  
University School of Law, New York, April  
2012

Protecting Knowledge and Innovations;  
Steps to Innovation, Workshop Conference  
for Africa-Europe Partnerships for Global  
Challenges, CAAST-Net, Dakar (Senegal),  
April 2012

Acteurs de cinéma, télé réalité, intermittents  
de spectacle: Enfin la protection interna-  
tionale? Université de Toulouse 1, Toulouse,  
März 2012

[Li, T.](#)

Verwertungsgesellschaften in China:  
Herausforderungen und Lösungsansätze;  
Jahresabschluss-Symposium, MPI für  
Innovation und Wettbewerb in Zusammen-  
arbeit mit dem Verein der Freunde und  
ehemaligen Mitarbeiter des MPI für  
Immaterialgüter und Wettbewerbsrecht e.V.,  
München, Dezember 2014

The Chinese Mailand; Taiwan, Hongkong,  
Macao Conference on Copyright Law,  
Peking University and National Copyright  
Administration of China, Guangzhou,  
Dezember 2014

3D Printing in Germany, Jurisprudence Analysis and Legislative model – Is that a big problem for Chinese IP Law? 3D Print and the challenge for the IP Law, Chinese IP Law Society and Huazhong University of Science & Technology (HUST), Wuhan, September 2014

The Functions of the CMOs and the supervision of these activities; Intellectual Property and the Public Domain, IPR University Center and DFG-Graduate School, Helsinki, Juni 2014

Destruction of a work, Jurisprudence Analysis and Legislative model; Supreme People's Court (SPC) of China, Huazhong University of Science & Technology (HUST), Wuhan, Oktober 2013

Rechtsstellung der Verwertungsgesellschaft und die Rechtsbeziehungen zwischen Urheber und Nutzern im deutschen und chinesischen Recht; Uni-Basel, DFG-Graduate School "Intellectual Property and the Public Domain", Basel, März 2013

#### [Mackenrodt, M.-O.](#)

Reaktionen des Zivilrechts auf technische Schutzmaßnahmen; Forum IP-Nachwuchswissenschaft, Universität Bayreuth, Bayreuth, Juni 2014

Irreführung durch Unterlassen im Lauterkeitsrecht; LMU München, München, Januar 2014

Patent law injunctions and private enforcement of competition law; Empfang der MOFCOM-Delegation, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, Juli 2013

Fundamental topics in competition law; Empfang der NCRC-Delegation, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, Juli 2013

#### [Malevanny, N.](#)

Online Music Distribution – How much exclusivity is needed? Comparative Analysis of U.S. and German Law; 4<sup>th</sup> Workshop for Junior Researchers on Law & Economics in Intellectual Property and Competition Law, ETH Zürich und MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Schloss Ringberg, Juni 2013

Junior comment on the speech of Owais Shaikh; 3<sup>rd</sup> Workshop for Junior Researchers on the Law & Economics of Intellectual Property and Competition Law, IMPRS-CI, Professorship for Intellectual Property, ETH Zurich, Schloss Ringberg, Juni 2012

Right to take part in cultural life: Does it imply that access to the Internet and access to copyrighted works are fundamental human rights? Copyright and Human Rights in the Information Age: Conflict or Harmonious Co-existence? University of Szeged, Faculty of Law, Szeged, Februar 2012

#### [von Martels, A.](#)

Interlocutory Injunctions in Patent Litigation; 5<sup>th</sup> Workshop for Junior Researchers on Law & Economics in Intellectual Property and Competition Law, ETH Zürich und MPI für Innovation und Wettbewerb, Schloss Ringberg, Juni 2014

#### [Molestina, J.](#)

Kartellrechtsdurchsetzung in Entwicklungsländern; 2. Alumni-Jahrestagung 2012, Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Dezember 2012

#### [Mueller-Langer, F.](#)

Climbing the Shoulders of Giants: Open Access to Data; Symposium on "Internet-driven Developments: Structural Changes and Tipping Points", Harvard University, Cambridge, MA (USA), Dezember 2012



Optimal Pricing and Quality of Academic Journals and the Ambiguous Welfare Effects of Forced Open Access; NBER Workshop on Scholarly Communication, Open Science and Its Impact, Sloan Foundation, Cambridge, MA (USA), Oktober 2012

Analysis of the Impact of Hybrid Open Access on Journals and Authors; Annual Congress of the Society for Economic Research on Copyright Issues (SERCI), Washington D.C., Juli 2012

Climbing the Shoulders of Giants: Open Access to Data; Academia & Publishing, Università del Piemonte Orientale, Novara, Juni 2012

Optimal Pricing and Quality of Academic Journals and the Ambiguous Welfare Effects of Forced Open Access: A Two-Sided Model; Tilburg Innovation, Intellectual Property and Competition Policy Conference, Center for Innovation Research (CIR), Tilburg University, Tilburg, Juni 2012

Optimal Pricing and Quality of Academic Journals and the Ambiguous Welfare Effects of Forced Open Access: A Two-Sided Model; 3<sup>rd</sup> Workshop for Junior Researchers on the Law & Economics of Intellectual Property and Competition Law, IMPRS-CI, Professorship for Intellectual Property, ETH Zurich, Schloss Ringberg, Juni 2012

Climbing the Shoulders of Giants: Open Access to Data; INNO-tec, Munich School of Management, LMU München, München, Juni 2012

Optimal Pricing and Quality of Academic Journals and the Ambiguous Welfare Effects of Forced Open Access; Academia & Publishing, Università del Piemonte Orientale, Novara, Mai 2012

Optimal Pricing of Academic Journals in a Two-sided Model: The Effect of Copyright; Seminar Series of the Department of Economics and Finance, University of Canterbury, Canterbury (Neuseeland), März 2012

Leistungsschutz für Verlage? Eine Ökonomische Analyse (Neighbouring Rights for Publishers? An Economic Analysis); 11<sup>th</sup> Copyright Conference 2012, Swiss Forum for Communications Law, Zürich, Februar 2012

#### Muzhanova, V.

Das Recht am eigenen Bild; 2. Alumni-Jahrestagung 2012, Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Dezember 2012

#### Nabokin, T.

Global Sourcing Decisions and the Protection of Intellectual Property Rights: Evidence from German Multinationals; EPIP – 7<sup>th</sup> Annual Conference: IP in Motion, EPIP, Leuven, September 2012

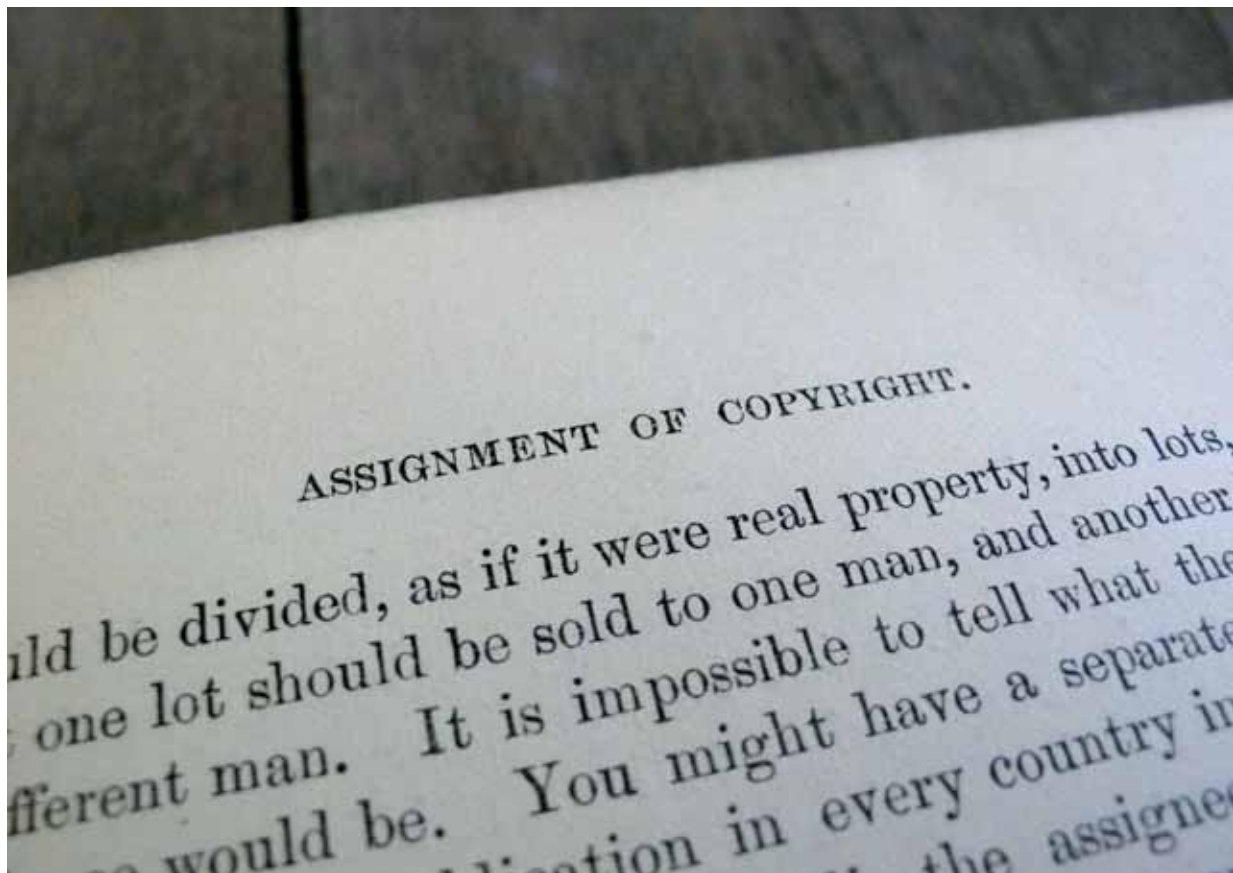
Measurement and Determinants of Access to Loans; Annual Congress of the European Economic Association, EEA, ESEM, Málaga, August 2012

#### Nérisson, S.

La légitimité et modèles de gestion collective des droits des auteurs (die Legitimität und die Modelle von kollektiven Wahrnehmung von Urheberrechten); Collective du droit d'auteur et droits voisins: Aspects européens, internationaux et comparés, WIPO, CEIPI, ICTSD, Straßburg, Juni 2014

The Future of Collective Rights Management in Musical Works – An Assessment of the Proposal for a Directive on collective management of copyright and related rights and multi-territorial licensing of rights in musical works for online uses in the internal market; Anhörung im Europäischen Parlament, Europäisches Parlament, Brüssel, Juni 2013

Interessenausgleich im Urheberrecht – Probleme und mögliche Lösungsansätze; Informationsmanagement und geistige Schutzrechte in Archiven, Goethe-Institut, Lissabon, März 2013



Europäischer Rechtsrahmen für Verwertungsgesellschaften; Panel-Diskussion, Institut für Urheber- und Medienrecht, München, Dezember 2012

Bewertung des Richtlinienvorschlags zur kollektiven Rechtewahrnehmung; Task Force for IP and data protection of the S&D Group, Europäisches Parlament, Brüssel, November 2012

The Copyright Challenge: Can Europe ensure that creators' rights are collected and managed fairly? Hearing der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Europäisches Parlament, Brüssel, Juni 2012

Französische Perspektive; Privatkopie und Geräteabgabe im Lichte der Padawan-Rechtsprechung des EuGH, ALAI Deutschland e.V., München, Februar 2012

[Neumann, S.](#)

Kollisionsrecht; 2. Alumni-Jahrestagung 2012, Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Dezember 2012

Berufsbilder Wissenschaft – aus der Perspektive einer MPI-Doktorandin; Berufsbilder der Wissenschaft, Veranstaltung der Frauenbeauftragten der Juristischen Fakultät der LMU München, München, Juni 2012

[Olmedo Peralta, E.](#)

Daños derivados de la infracción de la normativa sobre defensa de la competencia: la posición de los consumidores (Damages suffered as a consequence of antitrust misconducts: the role of the consumers); 2<sup>nd</sup> Congreso Internacional Virtual El Derecho Civil en Latinoamérica y Filipinas: Concordancias y Peculiaridades, Universidad Loyola Andalucía, Córdoba, November 2014

**Pagenberg, J.**

Practice of Patent Litigation Fees; IBC International Patent Litigation Conference, IBC, London, Dezember 2013

Problems with the Entry into Force of the Unitary Patent Package; High Technology Protection Summit, Washington University (CASRIP), Seattle, Juli 2013

Exclusivity, Transitional Arrangements and Opt-out; The Creation of a Unitary Patent Protection in the European Union, ERA, Queen Mary Centre for Commercial Law Studies, Paris, November 2012

The greatest Assets of the UPC; The Creation of a Unitary Patent Protection in the European Union, ERA, Queen Mary Centre for Commercial Law Studies, Paris, November 2012

Bifurcation in German Patent Litigation; The 13<sup>th</sup> Annual Sedona Conference on Patent Litigation, Del Mar (USA), Oktober 2012

Agreement on a European Patent Court; Drafting and Passing of Resolution; Panel on European Patent Court, Special Committee Q 165, AIPPI World Congress, Seoul, Oktober 2012

Multiple Systems for Challenging Validity: Roles of Patent Office and the Courts; 20<sup>th</sup> CASRIP Anniversary – 2012 High-tech Protection Summit, University of Washington School of Law, Seattle, Juli 2012

**Pérez Fernández, P.**

Bedeutung von “compliance programmes“ im Kartellrecht; Spanische Wettbewerbsbehörde (Comisión Nacional de la Competencia), Madrid, Juli 2013

Die Problematik bezüglich der Kronzeugenregelungen und der privaten Durchsetzung im Kartellrecht; Internationale Konferenz über Kartelldeliktsrecht und Schäden als Rechtsfolge wettbewerbswidriger Verhal-

tensweisen, Universität Barcelona, Barcelona, November 2012

The Importance of Competition Compliance Programmes within Companies; Taking Risks and Challenging Legal Thought, Postgraduate Law Conference 2012, Queen Mary University of London, London, Mai 2012

**Podszun, R.**

Merger Control Thresholds and Hospital Markets; Antitrust Law in Healthcare, European University Institute, Florenz, November 2014

Lauterkeitsrechtliche Rechtsdurchsetzung; Kollektive Rechtsdurchsetzung in Europa, Forschungsstelle für Verbraucherrecht der Universität Bayreuth, Bayreuth, Oktober 2014

Merger Control in German Hospital Markets; Competition and Antitrust in Hospital Markets, Management im Gesundheitswesen, Universität Bayreuth, Bayreuth, September 2014

Kartellrecht in der Kreditwirtschaft; 17. Juristenkonferenz, Ostdeutsche Sparkassenakademie, Berlin, September 2014

Harmonisation versus Competition: The Institutional Design of the TRIPS Agreement; TRIPS '94 + 20: Beyond Trade Rules, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, April 2014

Rechtsqualität von CSR-Standards; Corporate Social Responsibility und Lauterkeitsrecht, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, Mai 2013

Verwertungsgesellschaften: Hindernisse oder Katalysatoren für ein umweltsensibles Urheberrecht? 10. Bayreuther Forum für Wirtschafts- und Medienrecht, Universität Bayreuth, Bayreuth, Januar 2013

Wettbewerbsrecht im Blutspendewesen; Arbeitskreis Blut, Robert-Koch-Institut, Berlin, Juni 2012

### Prifti, V.

The role of public interest in European patent law: a case study on plant breeding; Klausurwoche "Biopatente: Saatgut als Ware und als Öffentliches Gut"; Institut Technik-Technologie-Naturwissenschaften an der LMU, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Studienhaus Gut Schönwag, Oktober 2014

The role of public interest in European patent law: a case study on plant breeding; International Scholars Conference on IP Law, University of Economics & Business in Vienna, Wien, September 2014

### Punchi Hewage, N. S.

Regulierung in Entwicklungsländern; 2. Alumni-Jahrestagung 2012, Förderverein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, Dezember 2012

### Raeder, M.

Der Schutz des Lieferanten im Kartellrecht; 2. Alumni-Jahrestagung 2012, Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Dezember 2012

### Romandini, R.

Practice and policy of compulsory Licenses: An analysis of selected jurisdictions from the perspective of international law; Basel Intellectual Property Lectures, Pharmcenter of the University of Basel, Basel, Oktober 2014

Patentability under TRIPS. A Case-Law based Review of the Flexibility WTO Members can Expect; The Law and Policy of Pharmaceutical patents in Hong Kong: Evaluating the Regulatory Framework, Chinese University of Hong Kong, Hong Kong, Juni 2014

Unitary Patent and Unified Patent Court; Empfang einer Delegation von Studenten

und Doktoranden aus der Universität von Palermo, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, März 2014

Europäische Patente mit und ohne einheitliche Wirkung: Materieellrechtliche Unterschiede; Bayerischer Patentanwaltsverein, München, Februar 2014

Die optionale Bifurkation im UPC-System; Bayerischer Patentanwaltsverein, München, Februar 2014

Das Europäische Patent mit einheitlicher Wirkung im Zusammenhang mit den weiteren in Europa zur Verfügung stehenden Schutzrechten; Weiterbildungsveranstaltung des Sächsischen Patentanwaltsvereins, Halle, Juni 2013

Freedom of Research and Patents: A Comparative Overview of the European and Indian Law; Empfang einer Delegation von indischen Wissenschaftlern, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, Mai 2013

### Schautschick, P.

Empirical Studies of Trade Marks – The Existing Economic Literature; Empirical Studies of Trademark Data, Oxford Intellectual Property Research Centre, University of Oxford, Oxford, Dezember 2012

IP-Bundles; Patent Statistics for Decision Makers, EPO, OECD, Paris, November 2012

Strategic Trade Mark (Ab)Use? An empirical investigation; 3<sup>rd</sup> Workshop for Junior Researchers on the Law & Economics of Intellectual Property and Competition Law, IMPRS-CI, Professorship for Intellectual Property, ETH Zurich, Schloss Ringberg, Juni 2012

### Scheder-Bieschin, F.

The Revision of Air Passenger Rights: Regulation 261/2004; 24<sup>th</sup> IFTTA World Conference on Travel and Tourism Law, IFTTA, Prag, Oktober 2013

Filesharing; 2. Alumni-Jahrestagung 2012, Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Dezember 2012

#### Schönherr, F.

Effective harmonisation of limitations to copyright in the EU: An opportunity for collective management; Workshop: Collective Management of Copyright in Europe, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Juli 2014

#### Shaikh, O.

Using Flexibilities in the Regulation of Pharmaceutical Data Exclusivity in Bilateral Free Trade Agreements; 3<sup>rd</sup> Workshop for Junior Researchers on the Law & Economics of Intellectual Property and Competition Law, IMPRS-CI, Professorship for Intellectual Property, ETH Zurich, Schloss Ringberg, Juni 2012

Data Exclusivity in Free Trade Agreements and Access to Originator (R&D Pharma) Medicine; 6<sup>th</sup> Advanced Research Forum on Intellectual Property Rights: Selected Topics on Cultural and Legal Pluralism in IP Law, WIPO, Genf, Mai 2012

Using Flexibilities in the Regulation of Pharmaceutical Data Exclusivity in Bilateral Free Trade Agreements; 13<sup>th</sup> EIPIN Congress: Imitation as Innovation, European Intellectual Property Institutes' Network (EIPIN), München, Februar 2012

#### Slowinski, P. R.

Finding Balance in IP Enforcement; 9<sup>th</sup> Cornell Law School Inter-University Graduate Conference: "Crossroads: When Public meets [in] Private Circles to Discuss Norms and Processes", Cornell University, Ithaca (USA), April 2013

#### Stoll, T.

Standardisierung; 2. Alumni-Jahrestagung 2012, Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Dezember 2012

#### Straus, J.

The Scope of the EU "Bolar" Exemption – An Analysis of *Astellas v. Polpharma*; Protection of Medicinal Innovation, Patent Office of the Republic of Poland, Warschau, November 2014

Patents as Determinants for Research, Innovation and Investment; Il ruolo strategico del sistema metalmeccanico italiano: dai metalli alla mecatronica, Accademia Nazionale dei Lincei, Rom, Oktober 2014

Grace Period – A Matter of Patent Law Harmonization and International Trade Distortion; JPO – AIPPI – FICPI "Tegernsee Symposium" focused on Grace Period, Japan Patent Office, Tokio, Juli 2014

Unitary Patent System in EU: Filing Strategy for Foreign Applicants; University of Pretoria, Pretoria, Juni 2014

Report on Activities of the Permanent Working Group on IP since the last ALLEA General Assembly (29-30 April 2013); 15<sup>th</sup> ALLEA General Assembly, All European Academies (ALLEA), Oslo, April 2014

Unitary Patent System in EU: Filing Strategy for Taiwanese Applicants; EU-Taiwan 2014 Seminar on Patent System, Taiwan Intellectual Property Office, Taipeh, April 2014

Session V: Latest Trends of International IPR & Industrial Strategy; AUTM Asia 2014 Conference: Opportunities and Challenges for Asia Emerging Markets – From Innovation to Start-Up, Association of University Technological Managers (AUTM), Taipeh, April 2014

The Role of Courts for Sustainable Innovation – As Predominantly Reflected in Case Law on Patentable Subject Matter; 2013 Shanghai IP Forum, Shanghai IP Authority, Shanghai, Dezember 2013

Ten years of Tongji IP Institute; Address on the occasion of the 10<sup>th</sup> Anniversary of Tongji IP Institute, Tongji University, Shanghai, Dezember 2013

The Role of Courts for Sustainable Innovation – As Predominantly Reflected in Case Law on Patentable Subject Matter; 2013 Tongji Global Intellectual Property Forum, Tongji IP Institute, Tongji University, Shanghai, Dezember 2013

Status Quo and Measures to be Undertaken to Improve the Innovation Performance in South Africa; Council for Scientific and Industrial Research of South Africa, Pretoria, November 2013

European and US Courts and Modern Technologies, Recent Developments in the Area of Biotechnology; University of Western Cape, Cape Town, November 2013

Recent Developments in the Area of Computer Implemented Inventions in Europe and the USA – A Brief Patent Law Perspective; University of Western Cape, Cape Town, November 2013

How Can Developing Countries create Transition from a Resource to a Knowledge-based Economy? Creating and Leveraging Intellectual Property in Developing Countries, Department of Science and Technology, Republic of South Africa, National Intellectual Property Management Office (NIPMO) and Companies and Intellectual Property Commission (CIPC)'s, Durban, November 2013

Recent Global Patent Cases and Their Implications; Creating and Leveraging Intellectual Property in Developing Countries, Department of Science and Technology, Republic of South Africa, National Intellectual Property Management Office

(NIPMO) and Companies and Intellectual Property Commission (CIPC)'s, Durban, November 2013

Max-Planck-Innovation GmbH, Experience from some 40 years; SARIMA Conference 2013, Southern African Research & Innovation Management Association, Cape Town, Oktober 2013

Grace Period – A Topic of Harmonization of Patent Law since 30 years; The Grace Period and Topical Issues of Intellectual Property, ALLEA, National Academy of Sciences of Ukraine, Kiew, Oktober 2013

European and US Courts and Modern Technologies, Recent Developments in the Area of Biotechnology; The Grace Period and Topical Issues of Intellectual Property, ALLEA, National Academy of Sciences of Ukraine, Kiew, Oktober 2013

Courts as Pacemakers of Innovation – As Reflected in Case Law on Patentable Subject Matter; 2013 International Judicial Symposium “The Role of Courts in IP and Innovation”, The Supreme Court of Korea, Seoul, Oktober 2013

The Threat of Globalization and Europe's Clouded Relationship with Technology and Intellectual Property; Plenary Debate “The European Challenge in Uncertain Futures”, The Academia Europaea 25<sup>th</sup> Anniversary Conference, Breslau, September 2013

The Patent System – Conceived for a Mechanical World, but Applied in a Digital One? IPOS – EPO Patent Conference (IEPC) 2013 “Patents in a Digital Economy”, EPO, Singapur, August 2013

The Scope of Protection in Plant Related Patents – From a European Perspective; Huazhong University of Science & Technology (HUST), Wuhan, China, Juni 2013

The Role of Academic Community in Modern Innovation Ecosystem; Huazhong University of Science & Technology (HUST), Wuhan, China, Juni 2013

Patents in Life Sciences – Pros and Cons – Lessons from the US and Europe; Zhongnan University of Economics and Law, Wuhan, China, Juni 2013

Die neue Weltwirtschaftsordnung, geistiges Eigentum und die Herausforderungen für Europa; GRUR Bezirksgruppe West, Düsseldorf, Juni 2013

Patentierbarkeit biotechnologischer Erfindungen – Rechtlicher Rahmen/Aktuelle Rechtsprechung in Europa und den USA; Bardehle IP Akademie, München, Juni 2013

World Economy and Intellectual Property between 1990 and 2013 – The Role of Academics in Developing Intellectual Property; Disputes About Intellectual Property, Jagiellonian University Krakow, Krakau, Mai 2013

World Economy and Intellectual Property between 1990 and 2013 – The Role of Academics in Developing Intellectual Property; Cross Boarder Cooperative Innovation and Intellectual Property, 2013 Sino-German Conference, Huazhong University of Science & Technology (HUST), Wuhan, China, April 2013

Medicine Between Ethics and Scientific Progress: How Much Ethics Needs Medicine, How Much Ethics Can it Afford? The tense Relationship Between Patents and Ethics; Koc Üniversitesi, Law School – Semahat Arsel International Business Law Implementation and Research Center, Istanbul, April 2013

Medicine Between Scientific Advances and Ethics – How Much Ethics Medicine Needs, How Much Ethics Can Medicine Afford (in Slovene); 22<sup>nd</sup> Symposium on Medicine and Law: The Right to Life and to Dignified Death, Ethics in Medical Science, University of Maribor, Maribor, März 2013

Die neue Weltwirtschaftsordnung, geistiges Eigentum und die Herausforderungen für Europa; GRUR Bezirksgruppe Nord, Hamburg, Februar 2013

Der Schutz des geistigen Eigentums und die Herausforderungen für Europa; Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft, Frankfurt am Main, Januar 2013

Grace Period: Should Europe Reform its Rules? The Paneuropean Intellectual Property Summit (Patents), Premier Cercle, Brüssel, Dezember 2012

Die neue Weltwirtschaftsordnung, geistiges Eigentum und die Herausforderungen für Europa; GRUR Bezirksgruppe Frankfurt/Main, Frankfurt am Main, November 2012

Patentierung humaner pluripotenter Stammzellen nach der Brüstle-Entscheidung des GHEU, Rechtliche und faktische Konsequenzen; Sitzung des Ethic Advisory Board, Novartis, Universität Bonn, Bonn, November 2012

Patents in Life Sciences – Pros and Cons – An Introduction; A Search for Best Practices, Challenges at the Leading Edge: The Courts, Practitioners, Clients, and Investors, BioDeutschland, Humboldt-Universität zu Berlin, the US Federal Circuit Bar Association, Berlin, November 2012

Patentierung humaner pluripotenter Stammzellen nach der Brüstle-Entscheidung des EuGH, Rechtliche und faktische Konsequenzen; Karlsruher Dialog Technik und Recht „BioPatente – Motor oder Bremse des technischen Fortschritts“, Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Karlsruhe, Oktober 2012

Intellectual Property as an Important Pillar of Innovation; University of South Africa (UNISA), Pretoria, September 2012

Intellectual Property and Academic Community in the Changed Global Economic Environment; South African Research & Innovation Management Association (SARIMA) Conference, SARIMA, Port Elizabeth, September 2012

Pros and Cons on Grace Period – A Pro-Pleading; Sitzung der Europäischen Kommission, DG Connect, Brüssel, September 2012

Patents for Plant Related Innovation – The Current Legal Situation and Possible Solutions; CIOPORA Conference on Patents and Modern PBRs in Horticultural Breeding, CIOPORA, Venlo (Niederlande), September 2012

National Substantive Patent Examination in the Changed Global IP Landscape – An Academic Perspective; Round Table Discussion on Substantive Patent Examination, Companies and Intellectual Property Commission (CIPC), Pretoria, August 2012

Patentierung humaner pluripotenter Stammzellen nach der Brüstle-Entscheidung des EuGH, Rechtliche und faktische Konsequenzen; Hogan Lovells Münchner Patentrechtsgespräche 2012, München, Juli 2012

Court of Justice of the EU – Stem Cell Patents and Article 27 (2) TRIPS; 20<sup>th</sup> CASRIP Anniversary – 2012 High-tech Protection Summit, University of Washington School of Law, Seattle, Juli 2012

The Soybean Case and the Adequate Scope of Protection of Gene Related Patents; Seminar Series, College of Law, The Department of Mercantile Law, University of South Africa (UNISA), Pretoria, Februar 2012

Patentierbarkeit menschlicher Stammzellen in europäischer Gesetzgebung und Rechtsprechung; Symposium „Patentrecht in der Biomedizin – Das Beispiel der Stammzellen“, Akademie der Wissenschaften und Literatur, Mainz, Februar 2012

### [Surblytė, G.](#)

Intersection: IP and Competition Law; Lietuvos Respublikos Konkurencijos taryba (Litauische Kartellbehörde), Vilnius, November 2014

The Assessment of Non-Compete obligations under the EU Competition Law; 3<sup>rd</sup> Mobility and Competition Clause Workshop, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, November 2014

Competition Enforcement in the Internet-Based Trade; 11<sup>th</sup> Baltic Competition Conference: Competition Enforcement: Trends and Case-Studies, ECC/PaRR, Vilnius, September 2014

Enhancing TRIPS: Trade Secrets and Reverse-Engineering; TRIPS '94 + 20: Beyond Trade Rules, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, April 2014

Restraints of Competition in Innovation in Markets Characterized by Interoperability; Interdisziplinäres Seminar: Juristische und ökonomische Perspektiven des Innovationswettbewerbs, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, Mai 2012

### [Trumpke, F.](#)

Das Recht am eigenen Bild; 2. Alumni-Jahrestagung 2012, Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Dezember 2012

Exclusivity and Collectivization – The Extended Collective License from a non-Scandinavian Perspective; Nordic IPR Network Meeting, IPR, Grisslehamn (Schweden), April 2012

### [Tsangaris, P.](#)

Capacity constraints in the electricity spot market: between competition law and REMIT; Jahresabschluss-Symposium, Tagung des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Dezember 2013



Capacity constraints in the electricity spot market: between competition law and REMIT; 4<sup>th</sup> Workshop for Junior Researchers on Law & Economics in Intellectual Property and Competition Law, ETH Zürich und MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Schloss Ringberg, Juni 2013

### Ullrich, H.

Lessons from TRIPS implementation: the politics, institutions and processes of reform; The Changing Global Innovation and Intellectual Property Policy Landscape: Present Challenges and Future Directions (II), TRIPS at 20 and Beyond – Expert Workshop, ICTSD, WTO, Genf, Oktober 2014

The Political Foundations of TRIPS Revisited; TRIPS '94 + 20: Beyond Trade Rules, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, April 2014

The Unitary Patent – A Viable Compromise? The Europeanisation of Patent Law II: Practical Issues and New Challenges for the EU Patent System, Universität Bayreuth, Graduiertenkolleg Geistiges Eigentum und Gemeinfreiheit, Bayreuth, Oktober 2013

The European Court of Justice and the Unified Patent Court; European Patent Reform Forum 2013, Managing Intellectual Property, München, September 2013

The New European Patent with Unitary Effect: Promises and Problems; Tongji Law School, Intellectual Property Institute, Shanghai, April 2013

Patent Protection and Open Innovation: Rivalry, Complementarity, Solidarity; 2013 Sino-German Conference: Cross Border Cooperative Innovation and Intellectual Property, Huazhong University of Science & Technology (HUST), Wuhan, April 2013

The European Patent with Unitary Effect: A New or a Missed Opportunity for Better Patent Protection? International Lecture Series, Vrije Universiteit Amsterdam, Centre

for Law and Governance, Intellectual Property Law, Amsterdam, März 2013

Il brevetto unitario: luci e ombri; Informazioni der öffentlichen Hand, Junge Juristen Karlsruhe e.V., Zentrum für Angewandte Rechtswissenschaft (ZAR), Karlsruhe, März 2013

Il brevetto unitario: luci e ombri; Corso di Dottorato in Scienze Giuridiche, Università degli Studi di Milano, Mailand, Februar 2013

Compulsory Licenses: The Interface to Competition Law; 5<sup>th</sup> Conference on European and Asian Intellectual Property Rights: Compulsory Licensing, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Academia Sinica Institutum Iurisprudentiae, Taipeh, Dezember 2012

Enhanced cooperation in the area of unitary patent protection and European integration; The Creation of a Unitary Patent Protection in the European Union, ERA, Queen Mary Centre for Commercial Law Studies, Paris, November 2012

Governance, Open Innovation and IP; 7<sup>th</sup> Annual EPIP Conference “IP in Motion”, Leuven, September 2012

The New European Patent System: Petty Patents, Power Patents and the Purpose of Patent Protection; Tilburg Innovation, Intellectual Property and Competition Policy Conference, Center for Innovation Research (CIR), Tilburg University, Tilburg, Juni 2012

The Untamable Union Patent II: The European patent with unitary effect within the system of patent protection in Europe; Harmonisation of European IP Law and Emeritaatsviering van Professor Frank Gotzen, Katholieke Universiteit Leuven, Brüssel, Juni 2012

The European patent with unitary effect: A new quality? CEIPI Konferenz “What Patent Law for the European Union?”, CEIPI, Europäisches Parlament, Straßburg, April 2012

Unitary Patent Protection in Comparative (EU) Perspective: Dealing with Intended Imbalances; Innovazione, Concorrenza, Benessere dei Consumatori nella Proprietà Intellettuale, LUISS, Rom, März 2012

The Google Saga and the Rise of a Non-Discrimination Ethos in Communications and IT Regulation; EU Competition law and on-line search and search advertising, Tilec, Tilburg, März 2012

The New European Patent System: Petty Patents, Power Patents and the Purpose of Patent Protection; Inaugural Conference, Leibniz Science Campus, Mannheim Center for Competition and Innovation (MaCCI), Mannheim, März 2012

Competitive Aspects of Public Sector Re-use; 2<sup>nd</sup> LAPSI Public Conference: A First Discussion after the Proposal for a Revision of Directive 2003/98/EC on PSI Re-Use, Thematic Network on Legal Aspects of Public Sector Information, LAPSI, Brüssel, Januar 2012

### [Wechsler, A.](#)

The Transformation of Enforcement – Regulatory Competition in Dispute Resolution; The Transformation of Enforcement in Europe, European Economic Law in Global Perspective, European University Institute, Florenz, Juni 2013

What is Collective in Collective Redress? One for All and All for One? The Role of Collective Actors in Enforcing European Law, Hertie School of Governance, Jean Monnet Conference, Berlin, Mai 2013

Die Haftung des Portalbetreibers für Blogeinträge; Hochschule Pforzheim, Pforzheim, April 2013

Apple v. Samsung and the War for Global Design Leadership; Hochschule Pforzheim, Pforzheim, April 2013

Competition, Reciprocity and Harmonization – EU-China Regulatory Cooperation on

Standards in the Light of the Europe 2020 Strategy and Europe's Trade Policy; Trade Liberalisation and Standardisation – New Directions in the “Low Politics” of EU Foreign Policy, European University Institute, Florenz, Juni 2012

Compulsory Licenses on the Ground of Failure to Work or Insufficient Working of Patents – Comparative Perspectives on Their Role for Access to Knowledge; The Access Challenge in the 21<sup>st</sup> Century: Emerging Issues in Intellectual Property Laws and Knowledge Governance, Bucerus Law School, Center for Transnational IP, Media and Technology Law and Policy, Hamburg, Mai 2012

Die Transformation der Rechtsdurchsetzung in Europa am Beispiel des Kartellrechts; Dritte Festveranstaltung des Schöller Forschungszentrums, Dr. Theo und Friedl Schöller Forschungszentrum für Wirtschaft und Gesellschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg, Mai 2012

SABAM (C-360/10) Revisited; Fundamental Rights Working Group, European University Institute, Florenz, April 2012

Why Intellectual Property Rights? The Why Seminar – Questioning Mainstream Legal Assumptions, European University Institute, Florenz, März 2012

### [Wernick, A.](#)

Tolerated use as a basis of cultural commons – what are the limits? 2<sup>nd</sup> Thematic Conference on the Knowledge Commons: Governing Pooled Knowledge Resources, New York University, Engelberg Center on Innovation Law & Policy, New York, September 2014

What outbound open innovation can teach us about the balance in patent system? 5<sup>th</sup> Workshop for Junior Researchers on Law & Economics in Intellectual Property and Competition Law, ETH Zürich und MPI für Innovation und Wettbewerb, Schloss Ringberg, Juni 2014

### 3 Geförderte Forschungsarbeiten

#### 3.1 Abgeschlossene Forschungsarbeiten

##### 3.1.1 Habilitationen

Prof. Dr. Josef Drexl

2012

**Rupprecht Podszun:** Wirtschaftsordnung durch Zivilgerichte. Evolution und Legitimation der Rechtsprechung in deregulierten Branchen

Veröffentlichung in:  
Jus Privatum, 181, Mohr Siebeck,  
Tübingen 2014, XIX + 602 S.

Prof. Dr. Reto M. Hilty

2012

**Thomas Jaeger:** System einer Europäischen Gerichtsbarkeit für Immaterialgüterrechte. Grundlagen – Struktur – Verfahren

Veröffentlichung in:  
Springer, Heidelberg 2013, XLI + 1196 S.

##### 3.1.2 Dissertationen

Prof. Dr. Josef Drexl

2014

**Mark-Oliver Mackenrodt:** Negative Beschaffensvereinbarungen, Produktkennzeichnungen und Klauselkontrolle beim Kauf – Zur Sachmängelhaftung bei technischen Schutzmaßnahmen

**Tingting Weinreich-Zhao:** Chinese Merger Control Law – An Assessment of its Competition-Policy Orientation after the First Years of Application

**Christian von Köckritz:** Zusagen im EU-Beihilferecht

Veröffentlichung in:  
Münchener Schriften zum Europäischen und Internationalen Kartellrecht, 33, Stämpfli, Bern 2014, 396 S.

**Nishanta Sampath Punchi Hewage:** Structuring a Second-Tier Protection Regime to Promote Innovation of Small and Medium-Sized Enterprises in Developing Economies of the South Asian Region: Exploring a Model for Sri Lanka

**Jana Zajacová:** Tschechisches und slowakisches Lauterkeitsrecht im Lichte der europäischen Rechtsangleichung

2013

**Johanna Müller-Graff:** Der Parallelhandel mit Arzneimitteln im europäischen Binnenmarktrecht

Veröffentlichung in:  
Münchener Schriften zum Europäischen und Internationalen Kartellrecht, 32, Stämpfli, Bern 2014, XXIX + 516 S.

**Anna Yotova Guggenberger:** Das bulgarische Kartellrecht im Lichte der europäischen Rechtsentwicklung

2012

**Apostolos Chronopoulos:** Das Markenrecht als Teil der Wettbewerbsordnung

Veröffentlichung in:  
Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz, 186, Heymanns,  
Köln 2013, XXII + 390 S.

**Cicek Ersoy:** Zusammenschlusskontrolle in der Türkei unter Berücksichtigung des Einflusses europäischen Rechts

Veröffentlichung in:  
Münchener Schriften zum Europäischen und Internationalen Kartellrecht, 30, Stämpfli, Bern 2013, XXI, 368 S.

**Friederike Busch:** Protection of Traditional Cultural Expressions in Latin America – A Legal and Anthropological Study

**Peter Picht:** Strategisches Verhalten bei der Nutzung von Patenten in Standardisierungsprozessen aus der Sicht des europäischen Kartellrechts

Veröffentlichung in:  
Münchener Schriften zum Europäischen und Internationalen Kartellrecht, 31, Stämpfli, Bern 2013, XXXVIII + 636 S.

**Arul George Scaria:** Piracy in the Indian Film Industry. Copyright and Cultural Consonance

Veröffentlichung in:  
Cambridge University Press, New York 2014, XIV+ 324 S.

[Prof. Dr. Reto M. Hilty](#)

**2014**

**Vera Haesen:** Der Schutz gegen den unlauteren Wettbewerb in Deutschland und England vor dem Hintergrund fortschreitender europäischer Harmonisierung

Veröffentlichung in:  
Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, 803, Herbert Utz Verlag, München 2014, XV + 496 S.

**2013**

**Oliver Fischer:** Perspektiven für ein europäisches Urheberrecht

Veröffentlichung in:  
Abhandlungen zum Urheber- und Kommunikationsrecht des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb, 58, Nomos, Baden-Baden 2014, 535 S.

**Patrick Goold:** General versus Limited Approaches to the Right to Make Adaptations in Copyright

Veröffentlichung in:  
Patrick R. Goold, Why the U.K. Adaption Right is Superior to the Derivative Work Right, 92 NEB. L. REV. 844 (2014)

**Daniel Krauspenhaar:** Liability Regime in Patent Law

**Iza Razija Mešević:** Die Verwertungsgesellschaften in Südosteuropa im Hinblick auf die gemeinschaftlichen Entwicklungen auf dem Gebiet der kollektiven Rechtswahrnehmung

**Yi Zhang:** Der Lizenzvertrag im chinesischen Schutz- und Schuldrecht

Veröffentlichung in:  
Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, 794, Herbert Utz Verlag, München 2014, XXII + 222 S.

**2012**

**Michael Dörner:** Know-how-Schutz im Umbruch – Rechtsdogmatische und informationsökonomische Überlegungen

Veröffentlichung in:  
Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz, 185, Heymanns, Köln 2013, XXXII + 589 S.

[Prof. Dr. Annette Kur](#)

**2014**

**Gilda Barros Grasbon:** Abgrenzungsvereinbarungen im Markenrecht

**Agnieszka Kupzok:** Enforcement of Patents on geographically divisible inventions: An inquiry into the standard of substantive patent law infringement in cross-border constellations

**Sophie Neumann:** Die Haftung der Intermediäre im Internationalen Immaterialgüterrecht. Vorgaben und Grenzen von Territorialitätsprinzip und Schutzlandanknüpfung

Veröffentlichung in:  
Abhandlungen zum Urheber- und  
Kommunikationsrecht, 59, Nomos,  
Baden-Baden 2014, 534 S.

Veröffentlichung in:  
Rechtswissenschaftliche Forschung und  
Entwicklung, 799, Utz, München 2014,  
LXII + 355 S.

## 2013

**Claudia Langer:** Harmonisierungsoptionen  
im Bereich des Rechtsübergangs und der  
Lizenzierung von Markenrechten

Veröffentlichung in:  
Rechtswissenschaftliche Forschung und  
Entwicklung, 793, Utz, München 2014,  
LIX + 344 S.

**Lian Zhong:** Der Rechtsschutz geografischer  
Herkunftsangaben in China unter dem  
Einfluss der internationalen Gesetzgebung

Veröffentlichung in:  
Rechtswissenschaftliche Forschung  
und Entwicklung, 791, Utz, München  
2014, XIV + 197 S.

**Martin Hörmann:** Der Internethandel und  
die neue Richtlinie über die Rechte der  
Verbraucher

Veröffentlichung in:  
Münchener Universitätsschriften: Reihe  
der Juristischen Fakultät, 248, C.H. Beck,  
München 2014, XXI + 298 S.

**Michael Kieffer:** Die Informationspflichten  
des § 5a UWG und die Bedeutung des  
Informationsmodells für das Privatrecht

Veröffentlichung in:  
Rechtswissenschaftliche Forschung und  
Entwicklung, 792, Utz, München 2014,  
X + 292 S.

## 2012

**Sisi Liang:** Dealing with Anticommons of  
Genetic Patents in the Biopharmaceutical  
Industry – The Establishment of Patentpools  
as a Strategic Solution

**Brenda Pamela Mey:** The Legal Duel: the  
TRIPS Agreement and Drug Access Issues –  
Is the Agreement Actually the Cunning  
Manoeuvre it Has Been Dubbed?  
The Kenya-India Case Studies

Veröffentlichung in:  
European University Studies: Series 2,  
Law, 5488, PL Academic Research,  
Frankfurt am Main 2013, CXL + 388 S.

[Prof. Dr. Michael Lehmann](#)

## 2014

**Johannes Druschel:** Die Behandlung digitaler  
Inhalte im Gemeinsamen Europäischen  
Kaufrecht (GEKR)



v.l.n.r. Prof. Dr. Michael Lehmann, Dr. Johannes Druschel,  
PD Dr. Thomas Jaeger

**Verena Klug:** Die Umsetzung der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken in Spanien; eine rechtsvergleichende Studie

Veröffentlichung in:  
Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, 798, Utz, München 2014, XIX + 325 S.

**Daniel Schioppa:** Ergänzende Schutzzertifikate auf der Grundlage vorläufiger Zulassungen. Erlangung, Laufzeitbestimmung und Validität nach altem und neuem Recht

Veröffentlichung in:  
Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, 800, Utz, München 2014, 279 S.

## 2013

**Anna Giedke:** Cloud Computing. Eine wirtschaftsrechtliche Analyse mit besonderer Berücksichtigung des Urheberrechts

Veröffentlichung in:  
Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, 790, Utz, München 2013, XII + 474 S.

**Anna-Elisabeth Klein:** Die Entwicklung des Rechts gegen unlauteren Wettbewerb in Spanien unter besonderer Berücksichtigung der Irreführung durch Unterlassen

Veröffentlichung in:  
Schriftenreihe zum Gewerblichen Rechtsschutz, 187, Heymanns, Köln 2013, XXIV + 328 S.

**Felix Scheder-Bieschin:** Modernes File-sharing: Störerhaftung und Auskunftspflicht von Anonymisierungsdiensten

Veröffentlichung in:  
Schriften zum Zivil- und Wirtschaftsrecht, 5, OIWR, Oldenburger Verlag für Wirtschaft und Recht, Edewecht, 2013, XXI + 379 S.

## 2012

**Enzo Baiocchi:** Der Schutz bekannter Marken unter besonderer Berücksichtigung der zivilrechtlichen Sanktionen. Eine Rechtsvergleichung zwischen dem deutsch-europäischen und dem brasilianisch-südamerikanischen Markenrecht

Veröffentlichung in:  
Schriftenreihe zum Gewerblichen Rechtsschutz, 180, Heymanns, Köln 2012, XXXV + 562 S.

## Prof. Dr. Joseph Straus

## 2014

**Viviane Yumy Mitsuuchi Kunisawa:** The World Trade Organization and the implementation of the patent provisions of the TRIPS Agreement in Brazil

**Ingy Rasekh:** Impact of the TRIPS Agreement and Egypt's New Patent Regime on the Egyptian Pharmaceutical Industry

## 3.2 Laufende Forschungsarbeiten

### 3.2.1 Habilitationen

#### Prof. Dr. Josef Drexl

**Nadine Klass:** Das geistige Eigentum der abhängig Beschäftigten

**Mark-Oliver Mackenrodt:** Unternehmenszusammenschlüsse, Innovation und Netzwerkeffekte

**Peter Picht:** Immaterialgüterrechte als Kreditsicherheiten

#### Prof. Dr. Reto M. Hilty

**Matthias Lamping:** Patentrecht

**Kaya Köklü:** Urheberrecht

### 3.2.2 Dissertationen

#### Prof. Dr. Josef Drexl

**Rachel Alemu:** Telecommunication Law between Competition, Incentives for Innovation and Foreign Direct Investment in Developing Countries

**Vincent Angwenyi:** Merger Control in Eastern and Southern Africa

**Robert Bodewig:** Kartellrechtliche Markt-abgrenzung bei urheberrechtsbezogenen Märkten

**Fabian Böttger:** Geistiges Eigentum im US-FTA mit den CAFTA-Ländern und der Dominikanischen Republik

**Seth Ericsson:** Cultural Diversity and Marketing Models for Works of Music in the US and Europe

**Filipe Fischmann:** „Reverse Payments“ als Mittel zur Beilegung von Patentstreitigkeiten – Ein Verstoß gegen das Kartellrecht?

**Kan He:** Shaping Copyright Policies for the Online Music Sector in China

**Anna V. Helmer:** The Interface of WTO Competition Rules and Investment

**Patrick Maximilian Hildebrandt:** Strafrechtliche Verantwortung von Individuen im internationalen Kartellrecht

**Eugenio Hoss:** Anti-competitive Use of Patent Procedures in the EU and the US

**Mrinalini Kochupillai:** Promoting Sustainable Innovations in Plant Varieties: Revisiting ‘Creative Destruction’ and Market Failure in the Agricultural Seeds Sector, With Special Reference to India

**Ulrich Kulke:** Das angelehnte Schuldverhältnis – Zwischen Akzessorietät und Selbstständigkeit

**Su-Hua Lee:** Kartellrechtliche Beurteilung der Standardisierung im Zusammenhang mit Patenten

**Sunimal Mendis:** Digitization of the Public Domain and Copyright Law

**Julia Molestina:** Regional Competition Law Enforcement in Developing Countries – An Institutional Analysis of the West African Economic and Monetary Union, the Andean Community and the Caribbean Community

**Tilman Quarch:** Biopharmaceuticals and the Freedom to Patent in Brazil

**Markus Raeder:** Der Schutz des Lieferanten durch das Kartellrecht

**Owais Hassan Shaikh:** Using Flexibilities in the Regulation of Data Exclusivities for Pharmaceuticals in Bilateral Free Trade Agreements

**Bernd Siebers:** Der „technische und wirtschaftliche Fortschritt“ als Rechtsbegriff des französischen und europäischen Kartellrechts

**Eslah Stark:** Biotechnologische Erfindungen im Patentrecht Ägyptens aus rechtsvergleichender und institutionenökonomischer Sicht

**Balthasar Strunz:** On the interface of industrial policy, development and competition – The multifaceted role of competition law: The case of South Africa

**Kalpana Tyagi:** Effective Merger Remedies in the Innovation-led ICT Industry

**Ali Seyhan Ugurlu:** The Patent Exhaustion Doctrine and its Applicability to New Self-Replicating Technologies

**Gabriele Venskaitytė:** Defensive and Offensive Patenting of Pharmaceuticals from a Perspective of European Competition Law

**Prof. Dr. Frauke Henning-Bodewig**

**Matthias Ringer:** Anwaltswerbung zwischen Markt und Regulierung in Deutschland, England und der Europäischen Union

**Prof. Dr. Reto M. Hilty**

**Dominik Angstwurm:** Open Source-Recht (Arbeitstitel)

**Pedro Henrique Batista:** Biopiraterie und Patente – Unzulässige Ausbeutung oder rechtmäßige Praxis? (Arbeitstitel)

**Stefan Brühwiler:** Schutz von Parfums

**Luc Desaunettes:** Der rechtliche Schutz von Wirtschaftsgeheimnissen

**Adrian Gautschi:** Stoffschutz im Patentrecht

**Michael Haefeli:** Intellectual Property Law and the 3D printing movement

**Fabian Hafenbrädl:** Die schuldrechtliche Einordnung des Softwarevertrages (Arbeitstitel)

**Antje Heuer:** Nanotechnologie und Patentrecht

**Robert Kordić:** Patent Pools – Wettbewerbsrechtliche Analyse und Aufbau

**Il Ho Lee:** Der Dreistufentest als globaler Test im Immaterialgüterrecht? – Kritische Analyse und Lösungsvorschläge

**Nikita Malevanny:** Online Music Distribution – How Much Exclusivity Is Needed?

**Marcin Rodek:** Patente im Chemiebereich

**Peter Slowinski:** Durchsetzung schwacher Rechte

**Felix Trumpke:** Extended collective license

**Max Wallot:** Misuse of IP Rights

**Hubertus Weber:** Zwangslizenzen im Urheberrecht

**Markus Weber:** Alternative Ideen im Urheberrecht

**Alina Wernick:** Transcending the Shortcomings of Open Innovation

**Fabian Wigger:** Der Schutzzumfang als Funktion der Schutzvoraussetzungen?

**Prof. Dr. Annette Kur**

**Seyavash Amini:** Culture flat-rates

**Philippe Bhering:** Transit und Markenrecht

**Luping Duan:** Konflikte zwischen Gleichnamigen – Rechtsvergleich Deutschland/China

**Jason DuMont:** Measuring Innovation in the Field of Industrial Designs

**Bo Fu:** Die bösgläubige Markenmeldung in Europa und in China

**Panagiota Polychronia Geraka:** Enforcing Community Trade Marks in Court – How 'Unified' is the System?

**Martin Husovec:** Liability Without Accountability (In Rem Injunctions)



**Nicole Van der Laan:** Adword selling as trade mark infringement

**Taiana Lube Guizardi:** Jurisdiction issues in the UPCA

**Natalia Weronika Lukaszewicz:** User-generated innovation

**Teresa Trallero Ocaña:** Harmonisierungsperspektiven beim Schutz von Know-How

**Peter Stingel:** Vertragliche Nutzungsbeschränkungen gemeinfreier Werke

**Lizhou Wei:** Scope of Trademark Protection in China – from Statutes to Jurisprudence

**Prof. Dr. Michael Lehmann**

**Maria Paula Araújo de Noronha:** Der Schutz von Domän-Namen (rechtsvergleichend)

**Caterina Calia:** Schutzrechte in Verbraucher-Verträgen (rechtsvergleichend)

**Christine Dieterle:** Verkaufsfahrten

**Stephanie Fay:** Das Klagerecht des Verbrauchers nach dem UWG – ein europäischer Rechtsvergleich

**Stefanie Fuchs:** Glücksspielrecht und Internet

**Katharina Heinlein:** Die Bekämpfung des Zweitmarkenirrtums

**Gerhard Hermann:** Entwicklungstendenzen des europäischen Lauterkeitsrechts (rechtsvergleichend)

**Markus Kaulartz:** Vertragsrecht und Cloud Computing

**Patricia Müller-Chosco:** Schutz der geografischen Herkunftsangaben in Lateinamerika

**Maria Oliete Ballester:** Die Bekämpfung der Nachahmung von Modeerzeugnissen in Deutschland und Spanien

**Iana Roueva:** Die Entwicklung des Markenrechts in einigen Ländern des Balkans (rechtsvergleichend)

**Anke Schaub:** Denkmalpflege und Restaurationen

**Dodo Shengelia:** Urheberrecht (Georgien/ Europa)

**Prof. Dr. Joseph Straus**

**Claus Färber:** Patentfähigkeit angewandter Algorithmen

**Diana Leguizamón:** Modern Plant Breeding and Plant Variety Protection in Latin American Countries

**Jonas Mark:** Das Hochschullehrerprivileg im Patentrecht – historische Entwicklung und Auswirkungen in der Praxis

**Wolrad Prinz zu Waldeck und Pyrmont:** Der Schutzbereich von Patenten auf human-genomische Erfindungen

**Clara Sattler de Sousa e Brito:** Der Begriff menschliches Lebewesen im Patentrecht unter biologisch-medizinischen, ethischen und rechtlichen Gesichtspunkten

**Radadiana Taric:** Genetische Ressourcen und die Angabe ihrer Herkunft in Patentanmeldungen als Problem des modernen Patentrechts

**Yixing Wu:** Das Kartellrecht als Mittel zur Verhinderung des Missbrauchs von Immaterialgüterrechten aus Sicht des chinesischen Antimonopolgesetzes

**Zhuomin Wu:** Der Schutz biotechnologischer Erfindungen in V.R. China, unter Berücksichtigung internationaler Entwicklungen

## 4 Lehrtätigkeiten

**Dr. Mor Bakhom**

MIPLC, University of Yaoundé, WIPO

**Dr. Eva-Marina Bastian**

LMU

**Dr. Klaus Dieter Beiter**

LMU

**Dr. Beatriz Conde-Gallego**

Centre d'Études Internationales de la Propriété Intellectuelle (CEIPI), LMU

**Prof. Dr. William R. Cornish**

MIPLC, University of Cambridge, University of Warsaw

**Prof. Dr. Josef Drexl**

IMPRS-CI, LMU, MIPLC, Université Paris 2 Universität, Paris II (Panthéon-Assas)

**Seth Ericsson**

MIPLC, Universität Belgrad, Universität St. Kyrill und Method – Skopje, Universität Straßburg

**Prof. Dr. Wolfgang Fikentscher**

LMU

**Dr. Christophe Geiger**

Universität Straßburg

**Dr. Henning Grosse Ruse-Khan**

Duke Geneva Summer School, IMPRS-CI, LMU, MIPLC

**Thomas Hartmann**

Beuth Hochschule für Technik Berlin, Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin, Humboldt-Universität zu Berlin, Universität Liechtenstein

**Prof. Dr. Frauke Henning-Bodewig**

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Universität Bamberg

**Prof. Dr. Reto M. Hilty**

IMPRS-CI, LMU, MIPLC, Universität Zürich

**PD Dr. Thomas Jaeger**

Goethe-Universität Frankfurt am Main, LMU, Private Universität Liechtenstein, Private Universität für Gesundheitswissenschaften, Medizinische Informatik und Technik Tirol, Leibniz Universität Hannover, Paris-Lodron-Universität Salzburg

**Dr. Roland Knaak**

Universität Zürich

**Mrinalini Kochupillai**

EU Business School, MIPLC

**Dr. Kaya Köklü**

Adam-Mickiewicz-Universität Posen, Bucerius Law School Hamburg, LMU

**Dr. Timoleon Kosmides**

LMU, Universität Piräus

**Prof. Dr. Dr. h.c. Annette Kur**

Graduiertenkolleg Bayreuth/Helsinki, Graduiertenkolleg Hamburg, LMU, MIPLC, Nationale Universität Singapur, Santa Clara Summer School, Universität Alicante, Universität Krakau, Universität Paris II (Panthéon Assas), Universität St. Kyrill und Method – Skopje, Universität Stockholm, University of Nevada – Las Vegas, University of Boston



Prof. Dr. Reto M. Hilty

**Dr. Matthias Lamping**

LMU, MIPLC, Adam-Mickiewicz-Universität  
Posen

**Dr. Nari Lee**

Hanken School of Economics, MIPLC,  
University of Eastern Finland

**Prof. Dr. Michael Lehmann**

IMPRS-CI, LMU, MIPLC, Universität Camerino,  
Universität Ferrara, Universität Napoli,  
Universität Padua, Universität Paris II  
(Panthéon Assas), Santa Clara Summer  
School

**Adj. Prof. Dr. Silke von Lewinski**

George Washington University Law School,  
MIPLC, Universität Toulouse 1

**Dr. Mark-Oliver Mackenrodt**

LMU

**Dr. Frank Mueller-Langer**

Universität St. Gallen

**Dr. Sylvie Nérissou**

Humboldt-Universität zu Berlin, MIPLC

**Dr. Peter Picht**

LMU

**Prof. Dr. Rupprecht Podszun**

Deutsche AnwaltAkademie, IMPRS-CI, LMU,  
MIPLC, Rechtsanwaltskammer Hamm,  
Universität Bayreuth, Universität Zürich

**Dr. Roberto Romandini**

MIPLC

**Prof. Dr. Dres. h.c. Joseph Straus**

George Washington University Law School,  
MIPLC, Tsinghua University (Peking),  
University of South Africa (UNISA)

**Dr. Gintare Surblytė**

LMU, MIPLC, Vilnius University, Universität  
St. Kyrill und Method – Skopje, Universität  
Straßburg

**Prof. Dr. Hanns Ullrich**

College of Europe, Brügge

**Prof. Dr. Andrea Wechsler**

Centre d'Études Internationales de la  
Propriété Intellectuelle (CEIPI), Europäisches  
Hochschulinstitut Florenz, Friedrich-Alexan-  
der-Universität Erlangen-Nürnberg, Hanken  
School of Economics, Hochschule Pforzheim,  
James Madison University Harrisonburg

## 5 Ehrungen, Preise

### 2014

**Herr Johannes Druschel** hat im Jahr 2014 für seine Dissertation den Fakultätspreis der Ludwig-Maximilians-Universität München erhalten.

**Herr Martin Hörmann** hat im Jahr 2014 für seine Dissertation den Fakultätspreis der Ludwig-Maximilians-Universität München erhalten.

**Herr Martin Husovec** ist für 2014–2016 zum Affiliate Scholar am Stanford Law School's Center für Internet & Society (CIS) ernannt worden.

**Herr Dr. Timoleon Kosmides** hat ein Postdoc-Stipendium der Fritz-Thyssen-Stiftung für das Projektthema „Der IP-Vertrag im europäischen Recht“ erhalten.



*Frau Prof. Dr. Annette Kur bei der Verleihung der Ehren doktorwürde der Hanken School of Economics*

**Frau Prof. Dr. Annette Kur** hat im November für ihren „zentralen Beitrag zum europäischen Recht für geistiges Eigentum, insbesondere auf dem Gebiet des Kennzeichen- und Markendesignrechts“ die Ehrendoktorwürde der Hanken School of Economics verliehen bekommen.

**Frau Dr. Ma Li** wurde für ihre Doktorarbeit „Study on performers' rights legal systems“ mit dem „2013 Excellent Doctoral Thesis in IP Law in China“ ausgezeichnet.

**Herr Mark-Oliver Mackenrodt** hat im Jahr 2014 für seine Dissertation den Fakultätspreis der Ludwig-Maximilians-Universität München erhalten.

**Frau Sophie Neumann** hat im Jahr 2014 für ihre Dissertation den Fakultätspreis der Ludwig-Maximilians-Universität München erhalten.

**Herr Prof. Dr. Rupprecht Podszun** ist im Juli 2014 für seine Habilitationsschrift „Wirtschaftsordnung durch Zivilgerichte“ mit dem Forschungspreis Soziale Marktwirtschaft des Verbands der Bayerischen Wirtschaft und des Roman-Herzog-Instituts ausgezeichnet worden.

**Frau Tingting Weinreich-Zhao** hat im Jahr 2014 für ihre Dissertation den Fakultätspreis der Ludwig-Maximilians-Universität München erhalten.

**Herrn Yu Yang** wurde im August 2014 für sein Buch „Study of The Enforcement Mechanism of Section 337 of the US Tariff Act“ den 12<sup>th</sup> Shanghai Philosophy and Social Science Excellence Achievement Prize vom Shanghai Municipal Government verliehen.

### 2013

**Herr Prof. Dr. William R. Cornish** wurde im Juni in Anerkennung seiner Verdienste um ein besseres Verständnis des britischen Rechtssystems in Kontinentaleuropa zum Companion of Honour of the Most Distinguished Order of St. Michael and St. George by Her Majesty ernannt.

**Herr Oliver Fischer** hat für seine Dissertation den Fakultätspreis der Ludwig-Maximilians-Universität München erhalten.

**Frau Anna Giedke** hat für ihre Dissertation den Fakultätspreis der Ludwig-Maximilians-Universität München erhalten.

**Prof. Dr. Frauke Henning-Bodewig** ist in den Gesamtvorstand der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR) gewählt worden.

**Herr PD Dr. Thomas Jaeger** erhielt den Preis des Verbandes österreichischer Banken und Bankiers für Wirtschafts- und Bankrecht.

**Frau Anna-Elisabeth Klein** hat für ihre Dissertation den Fakultätspreis der Ludwig-Maximilians-Universität München erhalten.

**Frau Iza Razija Mešević** hat für ihre Dissertation den Fakultätspreis der Ludwig-Maximilians-Universität München erhalten.

**Herr Dr. Jochen Pagenberg** wurde im Juni auf dem Congress "Intellectual Asset Management" ein Mitglied der IP Hall of Fame.

**Frau Patricia Pérez Fernández** ist im Juli von der Spanischen Wettbewerbsbehörde für ihren Aufsatz anlässlich des 50-jährigen Bestehens der spanischen Kartellrechtsordnung geehrt worden. Zudem wurde sie von dem Centro de Estudios Financieros für ihren Aufsatz über Verantwortung von Muttergesellschaften bezüglich kartellrechtswidriger Verhaltensweisen der Tochtergesellschaften geehrt.

**Herr Prof. Dr. Dres. h.c. Joseph Straus** wurde zum Ehrenmitglied der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR) ernannt.

## 2012

**Frau Begoña Gonzalez Otero** hat die ATRIP Essay Competition 2012 for young Researchers in Intellectual Property gewonnen.

**Herrn Patrick R. Goold** wurde für das Jahr 2012 und 2013 das Microsoft Research Stipendium der University of California, Berkeley, School of Law, Center for Law & Technology, verliehen.

**Herr Dr. Simon Klopschinski** wurde auf der Jahreshauptversammlung der MPG mit der Otto-Hahn-Medaille für den wissenschaftlichen Nachwuchs der MPG ausgezeichnet.

**Frau Prof. Dr. Annette Kur** wurde von der Universität Stockholm für ihre herausragenden und langjährigen Arbeiten zum nordischen Recht die Ehrendoktorwürde verliehen.

**Herr Dr. rer. pol. Frank Mueller-Langer** hat zusammen mit **Richard Watt** den "Innovation, Intellectual Property and Competition Policy" Award 2011 des Tilburg Law and Economics Center erhalten. Zudem bekam Herr Mueller-Langer zusammen mit Marc Scheufen den "Best Paper Prize for 2011" der Review of Economic Research on Copyright Issues verliehen.

**Frau Dr. Sylvie Nérison** hat den Prix de thèse André Isoré de la chancellerie des universités de Paris spécialisé en Droit et Sciences politiques erhalten.

**Frau Dr. Gintarė Surblytė, LL.M.** hat für ihre Dissertation den Fakultätspreis der Ludwig-Maximilians-Universität München erhalten.

**Frau Prof. Dr. Andrea Wechsler** hat das Schöller-Stipendium des Dr. Theo und Friedl Schöller Forschungszentrums für Wirtschaft und Gesellschaft erhalten. Für ihre Dissertation wurde ihr der Fakultätspreis der Ludwig-Maximilians-Universität München verliehen.

## B IV Veranstaltungen und Tagungen

### 1 Veranstaltungen des Instituts

#### 1.1 Tagungen und sonstige Veranstaltungen

##### 2014

Jahresabschluss-Symposium, Tagung in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, 17. Dezember 2014

Metacademic Lunch with Miquel Peguera, "Trade mark functions and trade mark rights", MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 11. Dezember 2014

Brown Bag Seminar: A Study on Patent Thickets, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 24. November 2014

Brown Bag Seminar: Relating Research Output to Funding: Bundling and Attribution Issues, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 21. November 2014

3<sup>rd</sup> MIPLC Alumni Conference, MIPLC, München, 15. November 2014

Why Specific Rules on Unfair Competition? Workshop, MPI für Innovation und Wettbewerb, Berlin, 9.–11. Oktober 2014

Was wir schon immer wissen wollten – Juristen und Ökonomen im Dialog, MPI für Innovation und Wettbewerb in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, 12. Juli 2014

5<sup>th</sup> Workshop for Junior Researchers on Law & Economics in Intellectual Property and Competition Law, ETH Zürich und MPI für Innovation und Wettbewerb, Schloss Ringberg, 23.–25. Juni 2014

Metacademic Lunch with Sofia Filgueiras: "GoogleSpain and the right to be forgotten", MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 17. Juni 2014

TRIPS '94 + 20: Beyond Trade Rules, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 14.–15. April 2014

4<sup>th</sup> GRUR Int./JIPLP Joint Seminar: The different notions of "copyright-protected work" in Europe, Seminar, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 10. März 2014

Verbraucherinformation im Wandel, Perspektiven des Lebensmittel- und Lauterkeitsrechts, Seminar, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 28. Februar 2014

##### 2013

Jahresabschluss-Symposium, Tagung in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, 18. Dezember 2013



*Sofia Filgueiras, Dr. Eva Bastian, Silvia Scalzini, Florence Thepot, Dr. Viola Prifti, Lisa Heinzmann, Zeinab Ghafouri, Alina Wernick, Weihnachtsfeier 2014*



*Dr. Gregor Schmid (Vorsitzender des Vereins der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V.), Dr. Eva Bastian, Prof. Dr. Gabriela von Wallenberg, Tagung: Entwicklung der Unionsschutzrechte, Juli 2012*

Workshop “Design Law Roundtable” in Zusammenarbeit mit der Indiana University Maurer School of Law, München, 22.–23. November 2013

2<sup>nd</sup> MIPLC Alumni Conference on the Occasion of the 10<sup>th</sup> Anniversary of MIPLC, München, 16. November 2013

[IP]<sup>2</sup> Podiumsdiskussion: Weiterverkauf von Softwarelizenzen, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, 1. Oktober 2013

Workshop “The Patent Declaration”, National University of Singapore, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Singapur, 18.–20. Juli 2013

Literature seminar on “Behavioural Law and Economics of Intellectual Property Protection”, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, 16.–17. Juli 2013

Immaterialgüter zwischen Exklusivität und Wettbewerb, Tagung in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, 5.–6. Juli 2013

4<sup>th</sup> Workshop for Junior Researchers on Law & Economics in Intellectual Property and Competition Law, ETH Zürich und MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Schloss Ringberg, 11. Juni 2013

Workshop „Corporate Social Responsibility und Lauterkeitsrecht”, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, 16.–17. Mai 2013

[IP]<sup>2</sup> Podiumsdiskussion: Leistungsschutzrecht für Presseverleger, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, 25. Februar 2013

Post-Doc Conference: Competition on the Internet, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, 22. Februar 2013

## 2012

Jahresabschluss-Symposium in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, 12. Dezember 2012

1<sup>st</sup> MIPLC Alumni Conference, Contemporary Challenges in IP Practice, München, 17. November 2012

Workshop on the Statement of Principles on Intellectual Property Provisions in Free Trade Agreements, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, 11.–13. Oktober 2012

Information Session: The NYU LL.M. Program & Research Opportunities, New York University Law School, München, 20. September 2012

IMPRS-CI Doctoral Workshop, "General Versus Limited Approaches to the Right to Make Adaptations in Copyright", München, 11. September 2012

Entwicklung der Unionsschutzrechte, Tagung in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, 21. Juli 2012

3<sup>rd</sup> Workshop for Junior Researchers on the Law & Economics in Intellectual Property and Competition Law, IMPRS-CI and Professorship for Intellectual Property, ETH Zurich, Schloss Ringberg, 18.–19. Juni 2012

Interdisziplinäres Seminar: Juristische und ökonomische Perspektiven des Innovationswettbewerbs, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Universität Marburg, München, 25. Mai 2012



*Teilnehmer des Workshops: Towards an International Instrument on Limitations and Exceptions in Copyright Law, März 2012*





*Prof. Dr. Annette Kur im Kreise schwedischer Wissenschaftler, Seminar zu aktuellen Fragen des europäischen und internationalen Immaterialgüterrechts, Januar 2012*

Interner Workshop „Patent Declaration“, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, 16. Mai 2012

Patentrechtsworkshop: Interne, Informelle Gesprächsrunde, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, 19.–20. März 2012

Copyright Workshop, Towards an International Instrument on Limitations and Exceptions in Copyright Law, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, 15.–17. März 2012

Privatkopie und Geräteabgabe im Lichte der „Padawan“-Rechtsprechung des EuGH, Wissenschaftliche Tagung im Anschluss an die Mitgliederversammlung, ALAI Deutschland e.V., München, 17. Februar 2012

Seminar zu aktuellen Fragen des europäischen und internationalen Immaterialgüterrechts mit schwedischen Wissenschaftlern, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, 26. Januar 2012

## 1.2 Gastvorträge

### 1.2.1 Asia Round Table

**Henning Grosse Ruse-Khan**, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, sowie **Nishantha Sampath Punchi Hewage**, MIPLC, "Policy Options for Utility Model Protection in Developing Countries", 27. Juni 2012

**Shuya Hayashi**, Nagoya University Graduate School of Law, "Structural Regulation of the Telecommunications Industry in Japan", 2. April 2012

### 1.2.2 MIPLC Lecture Series

**John F. Duffy**, University of Virginia School of Law, "Statutory Domain and the Commercial Law of Intellectual Property: Understanding the U.S. Exhaustion Doctrine", 8. Dezember 2014

**Prabuddha Ganguli**, Advisor of VISION-IPR, "Nuances in the Indian Patent System and their Implications in the Enforcement of Patents in India", 1. Juli 2014

**Ewa Skrzydło-Tefelska**, Uniwersytet Marii Curie-Skłodowskiej, "Broader Protection of Trade-marks with Reputation in EU", 27. Mai 2014

**Jeffrey C. Ulin**, General Counsel of Irdeto, "IP Underlying Media Value – Ecosystem Disruptions, Legal Uncertainty, and Revenues in Jeopardy", 26. Februar 2014

**Eva Willnegger**, European Patent Attorney, "The right IP Mix – How to choose a good balance between patents and trade secrets", 12. Dezember 2013

**Filip Kubik**, Policy Analyst – DG Competition of the European Commission, "Commission Proposal for Antitrust Damages Directive – Ends and Means of Harmonised Rules", 21. November 2013

**Thomas F. Cotter**, University of Minnesota Law School, "The Comparative Law and Economics of Standard Essential Patents and FRAND Royalties", 8. Juli 2013

**Anna Wolters**, Partner bei Bird & Bird LLP, "Patent litigation in the pharmaceutical sector in Germany", 13. Mai 2013

**Eileen Sheehan**, Court of Justice of the European Union, Chambers of Advocate General Melchior Wathelet, "EU Competition Law: Procedure and Process before the General Court and the Court of Justice of the European Union", 4. Februar 2013

**Charles Gielen**, Catholic University of Brabant, Tilburg, "The Apple v. Samsung Case: How Design Law in Europe develops", 8. Januar 2013

**Beatrice Stirner**, Research Fellow and Lecturer, Institut für Gesundheitsrecht, "The WTO 'Paragraph 6 system': Compulsory licenses for export to third countries – Diverging theory and practice?", 5. Dezember 2012

**Guy Pessach**, Hebrew University Jerusalem, "Disintermediation in Copyright Law – A Skeptical View?", 27. November 2012

**Dan L. Burk**, University of California, Irvine, "Who Owns e-Sports Performances?", 11. Juli 2012

**Christophe Geiger**, Associate Professor, Director General and Director of the Research Department of the CEIPI at the University of Strasbourg, "The Rise and (Possible) Fall of ACTA", 13. Juni 2012

**Friedrich Klinkert**, Kanzlei Klinkert Zindel Partner, "The Misappropriation of Trade Secrets in Germany and U.S. Discovery Aid", 24. April 2012

**Christopher Buccafusco**, Chicago-Kent College of Law, "Experimental Tests of Creativity and Innovation in Intellectual Property", 12. April 2012

**Christof Karl**, Bardehle Pagenberg, "The FRAND Defense In European Litigation Involving Standard-Essential Patents", 13. Februar 2012

### 1.2.3 [IP]<sup>2</sup> – Intellectual Property in Practice

**Christian Schamper**, Patents and Licensing Department at Fraunhofer Society, “Patent Monetisation at Fraunhofer Society”, 25. November 2014

**Jörn Erselius**, Managing Director Max Planck Innovation GmbH, “Technology Transfer between Basic Science and Industry: Max Planck Innovation”, 24. März 2014

**Hendrik Brandis**, Early Bird Venture Capital, “Adventure Startup – what makes the difference?”, 20. November 2013

**Kai Brandt**, Head of Patents Electrics/Electronics der Audi AG, “Non-Practicing Entities in Practice”, 25. Juni 2013

**Bertram Huber**, Direktor von IP\*SEVA (Intellectual Property for Sustainable Energy Ventures), “Intellectual Property and Climate Change Mitigation”, 29. April 2013

**Jörn Erselius**, Managing Director of Max Planck Innovation GmbH, “Technology Transfer between Basic Science and Industry: Max Planck Innovation”, 12. Februar 2013

**Jennifer Powers, Jorge Casals**, Red Bull, “The Burden of a ‘Cult’ Brand”, 29. Januar 2013

**Carlos Härtel**, GE’s European Research Center, “Research in Partnership: Open Innovation and the Role of IPRs”, 3. Dezember 2012

**Stuart Goose**, Siemens AG, “Siemens Technology-To-Business Centers: Our Flavor of Open Innovation and Aspects of Intellectual Property”, 30. Oktober 2012

**Christof Wolpert**, Senior Patent Counsel at the Adidas Group, “Play to Win – IP Strategies for a Fast Moving Consumer Goods Industry”, 10. Juli 2012



*Jennifer Powers, Jorge Casals, Red Bull, The Burden of a ‘Cult’ Brand, Gastvortrag im Rahmen der Reihe [IP]<sup>2</sup>, Januar 2013*

**Julia Pike**, European Public Affairs Director at Sandoz, “Pharmaceutical Patent Litigation: Implications for Competition & Innovation”, 22. Mai 2012

**Claus von Riegen**, SAP AG, “Managing Multi-Source Software Development at SAP”, 18. April 2012

**Wulf Hoeflich**, Head of Intellectual Property at EADS, “Technology Licensing at EADS – The Business around Patents”, 22. März 2012

**Fritz Teufel**, Bardehle Pagenberg, “Open Source and Software Patents: A Contradiction?”, 28. Februar 2012

**Lars Hendrik Riemer**, GEMA, “Licensing of Online Rights by Collecting Societies in a Changing Legal Environment”, 19. Januar 2012

## 1.2.4 Vortragszyklus: Patentrecht in der Krise

**Peter Meier-Beck**, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof, „Hat das Trennungsprinzip eine Zukunft?“, 27. November 2014

**Raimund Lutz**, Vizepräsident des Europäischen Patentamts: „Die Rolle des EPA in einem globalisierten Umfeld“, 31. Oktober 2014

**Stefan Walz**, Ministerialrat a.D., „Über die zunehmende Kritik am Patentsystem und deren (Nicht-) Berechtigung“, 12. September 2014

**Beat Weibel**, Leiter des Corporate IP Departments der Siemens AG, „Welche Aufgaben erfüllt das Patentrecht im 21. Jahrhundert?“, 11. April 2014

**Ansgar Ohly**, LMU München, „Zwischen Scylla und Charybdis – Die Harmonisierung des Geheimnisschutzes in der EU“, 14. März 2014



*Prof. Dr. Reto M. Hilty, Prof. Dr. Theo Bodewig, Humboldt-Universität zu Berlin, Ungenutzte Patente – harmlos, bloß ärgerlich oder gar gefährlich?, Gastvortrag im Rahmen des Vortragszyklus: Patentrecht in der Krise, Juni 2012*

**Cornelia Rudloff-Schäffer**, Präsidentin des Deutschen Patent- und Markenamts, „Patentämter in der Krise – Auf dem Highway über den Tegernsee aus dem Patentedickicht?“, 15. November 2013

**Christoph Ann**, TU München, „Green Technology and the Patent System – Encounter of the Third Kind?“, 7. Juni 2013

**Katrin Cremers**, ZEW Mannheim, **Fabian Gaessler**, IMPRS-CI, **Dietmar Harhoff**, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, **Christian Helmers**, Universidad Carlos III de Madrid, „Bifurkation im deutschen Patentstreitverfahren – Eine Nemesis für Patentverletzer und -inhaber?“, 12. April 2013

**Beate Schmidt**, Präsidentin des Bundespatentgerichts, „Patentgericht in der Krise – Auslaufmodell oder zukunftssicherer Klassiker?“, 15. Februar 2013

**Winfried Tilmann**, Hogan Lovells, „Einheits-Patent und Gerichts-Abkommen in der Schlussgeraden?“, 12. Oktober 2012

**Theo Bodewig**, Humboldt-Universität zu Berlin, „Ungenutzte Patente – harmlos, bloß ärgerlich oder gar gefährlich?“, 8. Juni 2012

## 1.2.5 Munich Max Planck Campus for Legal and Economic Research: Campus Vortragsreihe 2012

**Verica Trstenjak**, Generalanwältin am Europäischen Gerichtshof, „Der Schutz des Immaterialgüterrechts im Internet in der Rechtsprechung des EuGH“, 31. Mai 2012

## 1.2.6 Kartellrechtszyklus

**Nils Wahl**, Advocate General at the Court of Justice, „The Future of Competition Policy: more Policy than Competition?“, 16. Oktober 2014

**Andreas Mundt**, Präsident des Bundeskartellamtes: „Ein Blick auf die Wettbewerbspolitik von morgen – in Deutschland, Europa und weltweit“, 30. Juni 2014

### 1.2.7 Sonstige Gastvorträge

**Judge James L. Robart**, United States District Court Judge, "FRAND Rates One Year After Microsoft v. Motorola", 26. Juni 2014

**Andreas Boos**, Special Counsel German and European competition law, Milbank, Tweed, Hadley & McCloy, „Deutsche und europäische Fusionskontrolle – Grundprinzipien, aktuelle Entwicklungen und Fälle aus Sicht der Praxis“, 24. Juni 2014

**Avishalom Tor**, Notre Dame University, "Understanding Behavioral Antitrust", 12. März 2014

**Alice Pezard**, Counsel Heenan Blaikie and Member of the Drafting Committee, "The Unified Patent Court Rules of Procedure", 5. Februar 2014

**Benno Buehler**, Europäische Kommission, "A Competition Policy View on Standard Essential Patents", 17. Dezember 2013

**Peter Lee**, UC Davis School of Law, Max Planck Special Lecture, "Patents and the University", 6. August 2013

**Travis J. Lybbert**, UC Davis School of Law, "Getting Patents & Economic Data to Speak to Each Other", 11. März 2013

**Brian Kahin**, OECD's Directorate of Science, Technology and Industry, "Patents, Arbitrage, and National Intervention", 26. März 2012

**Rafal Sikorski**, European Law Chair at the Law Faculty in Poznan, "Patent Pools and EU Competition Law", 5. März 2012



*Prof. Dr. Reto M. Hilty, Prof. Dr. Verica Trstenjak, General-anwältin am Europäischen Gerichtshof, Der Schutz des Immaterialgüterrechts im Internet in der Rechtsprechung des EuGH, Gastvortrag im Rahmen der Campus Vortragsreihe, Mai 2012*

### 1.3 Empfang von ausländischen Delegationen

Delegation des Korea Institute of Intellectual Property (KIIP), empfangen von **Filipe Fischmann**, 3. November 2014

Delegation der Shanghai University of International Business and Economics (SUIBE), empfangen von **Josef Drexl**, **Filipe Fischmann** und **Mrinalini Kochupillai**, 1. Oktober 2014

Delegation von Studenten und Doktoranden der Universität von Palermo, empfangen von **Roberto Romandini**, 25. März 2014

Delegation von Beamten des türkischen Justizministeriums, empfangen von **Kaya Köklü** und **Sylvie Nérissou**, 10. Dezember 2013

Delegation von Vertretern des südkoreanischen Kultusministeriums, empfangen von **Josef Drexl**, 5. Dezember 2013

Chinesische Delegation (NCAC, Parliament and State Council), empfangen von **Josef Drexl, Silke von Lewinski** und **Li Ma**, 26. November 2013

Delegation der National Applied Research Laboratories, Taiwan, empfangen von **Gintarė Surblytė**, 25. September 2013

Delegation des Handelsministeriums der Volksrepublik China, empfangen von **Mor Bakhoun, Josef Drexl, Beatriz Conde Gallego** und **Mark-Oliver Mackenrodt**, 30. Juli 2013

Delegation von Repräsentanten und internationalen Studenten des MUST-Programms ("MUST – Munich University Summer Training"), empfangen von **Gintarė Surblytė**, 24. Juli 2013

Delegation von IP-Experten des MMOT (Master of Management of Technology) aus Taiwan, empfangen von **Filipe Fischmann, Roberto Romandini** und **Gintarė Surblytė**, 25. Juni 2013

Delegation von indischen Wissenschaftlern, empfangen von **Roberto Romandini**, 28. Mai 2013

Delegation einer Studierendengruppe der Corporación Universitaria Empresarial Alexander von Humboldt, Kolumbien, empfangen von **Gintarė Surblytė**, 14. Mai 2013

Delegation von Wissenschaftlern der Universitas Gadjah Mada (Indonesien), empfangen von **Gintarė Surblytė**, 3. April 2013

Delegation der Hongik University (Korea), empfangen von **Julia Pracht**, 15. Februar 2013

Delegation von Repräsentanten und internationalen Studenten des MUST-Programms ("MUST – Munich University Summer Training"), empfangen von **Mark-Oliver Mackenrodt, Sylvie Nérison** und **Gintarė Surblytė**, 24. Juli 2012

Delegation von IP-Experten des MMOT (Master of Management of Technology) aus Taiwan, empfangen von **Seth Ericsson, Kaya Köklü, Matthias Lamping** und **Gintarė Surblytė**, 26. Juni 2012

Delegation jordanischer Richter und Rechtsanwälte, empfangen von **Kaya Köklü, Matthias Lamping** und **Gintarė Surblytė**, 21. Juni 2012

Delegation von Beamten des Supreme Court of Japan, empfangen von **Mark-Oliver Mackenrodt** und **Gintarė Surblytė**, 1. März 2012

Delegation von Justizbeamten und IP-Spezialisten aus Aserbaidschan, empfangen von **Josef Drexl, Seth Ericsson** und **Kaya Köklü**, 13. Februar 2012

#### 1.4 Lehrgänge

Training Program for the State Intellectual Property Office of the People's Republic of China (SIPO) des MIPLC, 16.–24. Oktober 2014

Training Program for the State Intellectual Property Office of the People's Republic of China (SIPO) des MIPLC, 9.–19. September 2013

Global IP Fellows Program des MIPLC, 11.–15. März 2013

Training Program for the State Intellectual Property Office of the People's Republic of China (SIPO) des MIPLC, 3.–13. September 2012

## 2 Teilnahme an Konferenzen, Kongressen und Tagungen

### 2014

Globalisation de la propriété intellectuelle et du droit économique: Quel défis? Quelle régulation? Université catholique de Louvain-la-Neuve, Louvain-la-Neuve, Dezember **(Drexl, Ullrich)**

When Trademarks Overlap with Other Rights, INTA, München, Dezember **(Kur)**

Meeting on Intermediary Liability Policy Setting: Fostering Greater Collaboration between Service Providers and Internet Freedom Groups in the Public Interest, Stanford University, Palo Alto, Dezember **(Husovec)**

Innovation in Indian Agriculture: Ways Forward, Institute for Economic Growth and the International Food Policy Research Institute (IFPRI), Neu-Delhi, Dezember **(Kochupillai)**

A Quoi sert la Concurrence? 10<sup>th</sup> Anniversary of the Institute of Competition Law, Institute of Competition Law, Paris, Dezember **(Thepot)**

Taiwan, Hongkong, Macao Conference on Copyright Law, Peking University and National Copyright Administration of China, Guangzhou, Dezember **(Tao)**

International Trend of Protection of Intellectual Property and Information, Research Center for the Legal Systems of Intellectual property (RCLIP), Waseda University, Tokio, Dezember **(Dietz)**

Werkgenuss und Werknutzung in der digitalen Welt, Arbeitssitzung des Instituts für Urheber- und Medienrecht, München, Dezember **(Heinzmann)**

WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights (SCCR) Meeting, WIPO, Genf, Dezember **(Drexl, Köklü)**

Performers' Rights in Europe: Challenges and Opportunities, AEPO-ARTIS, Brüssel, Dezember **(von Lewinski)**

Besprechung des Fachausschusses Urheberrecht der GRUR zur Umsetzung der Verwertungsgesellschaftsrechtlinie, GRUR, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Berlin, Dezember **(Drexl)**

Antitrust Law in Healthcare, European University Institute, Florenz, November **(Podszun)**

Visiting Lecture on Scope of Copyright, Centre for Intellectual Property and Information Law, Cambridge, November **(Cornish)**

Patent Aggregation and its Impact on Competition and Innovation Policy, EPO, November **(Drexl)**

Markenseminar, IPR-Center, Helsinki, November **(Kur)**

The Legal Conflict of Ritter Sport v. Stiftung Warentest, Gleiss Lutz, München, November **(Roussou)**

Talk Series of AIPPI, AIPPI Czech Republic, Prag, November **(Husovec)**

Visiting Lecture on Eighteenth century Copyright in UK, Centre for Intellectual Property and Information Law, Cambridge, November **(Cornish)**

Wettbewerbsrecht der Studiengesellschaft für Wirtschaft und Recht, Studiengesellschaft für Wirtschaft und Recht, Salzburg, November **(Jaeger)**

Aktuelle Entwicklungen im türkischen Recht, Deutsch-Türkische Juristenvereinigung/ Türkisch-Deutsche Universität, Istanbul, November **(Köklü)**

Linking, BLACA, London, November **(von Lewinski)**

Sitzung des EIPIN-Netzwerks, Vorbereitung von Anträgen für Horizon 2020 bei der EU, EIPIN, London, November **(Drexl)**

I. Internationales Symposium zum Recht des Geistigen Eigentums, Yildirim Beyazit Universität, Ankara, November **(Köklü)**

2<sup>nd</sup> Congreso Internacional Virtual El Derecho Civil en Latinoamérica y Filipinas: Concordancias y Peculiaridades, Universidad Loyola Andalucía, Córdoba, November **(Olmedo Peralta)**

Intellectual property on the internet: Is there a life outside of the big three? Faculty of Law, Victoria University of Wellington, Wellington, November **(Hilty)**

Mitgliederversammlung, INEADEC (Institut Euro-Africain de Droit Economique), Brüssel, November **(Drexl)**

International Conference: Alternative Dispute Resolution a Location Factor in Global Competition – Germany, Poland, and Ukraine in Focus, The Institute for East European Law Munich (IOR), the Institute for East and Southeast European Studies Regensburg (IOS), München, November **(Kryzhna)**

The Value of Writers' Work, The European Council, Brüssel, November **(von Lewinski)**

Patente und freier Wettbewerb – Ein Widerspruch? Jahrestagung Karlsruher Dialog Technik und Recht 2014, Karlsruher Institut für Technologie (KIT), November **(Lamping)**

Conference Celebrating the 50<sup>th</sup> Anniversary of the Centre d'Etudes Internationales de Propriété Intellectuelle (CEIPI), CEIPI, Straßburg, November **(Drexl, Heinzmann)**

The economic effects of introducing a grace period in Europe, European Patent Organisation, Economic and Scientific Advisory Board (ESAB), München, November **(Ullrich)**

Usedsoft und Folge, Die Wirksamkeit vertraglicher Weitergabebeschränkungen, ZAR, Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Karlsruhe, November **(Heinzmann)**

Workshop: Territoriality in Trade Mark Law, Protection across Borders and Licensing, Faculty of Law, Erasmus University Rotterdam, Rotterdam, November **(Grosse Ruse-Khan)**

3<sup>rd</sup> Europeana Licensing Workshop, ReLIRE, Luxemburg, November **(Nérisson)**

Protection of Medicinal Innovation, Patent Office of the Republic of Poland, Warschau, November **(Straus)**

Indo-European Conference on ICT related patents, EPO, München, November **(Kryzhna, Roussou)**

Beilegung von internationalen Handelsstreitigkeiten in der Region des Kaukasus und Zentralasiens, Kiel Center of Eurasian Economic Law at the Institute of East European Law of the University of Kiel (KEEL), Kasachische Nationaluniversität Al-Farabi, Akademie für öffentliche Verwaltung bei dem Präsidenten der Republik Aserbaidschan, Staatliche Rechtsakademie des Urals, Landtag von Schleswig-Holstein, Kiel, November **(Krupko)**

The Relations Between the Council of Europe and the European Union: Complementarity or Competition? 6<sup>th</sup> Annual Conference, Research Federation of the University of Strasbourg, Straßburg, Oktober **(Geiger)**

Kollektive Rechtsdurchsetzung in Europa, Forschungsstelle für Verbraucherrecht der Universität Bayreuth, Bayreuth, Oktober **(Podszun)**

International Conference of Science and Technology Entrepreneurship Policy and Regulation, Science and Technology Policy Research and Information Center (STPI), Taipei, Oktober **(Hilty)**



Einheitliches Urheberrecht durch EU-Verordnung eine gute oder schlechte Idee? ALAI Deutschland e.V., Berlin, Oktober  
**(Köklü, von Lewinski, Nérissou)**

Emile Noel Fellow Workshop, Jean Monnet Center for International and Regional Economic Law and Justice, New York University School of Law, New York, Oktober  
**(Bakhoum)**

Basel Intellectual Property Lectures, Pharmacenter of the University of Basel, Basel, Oktober **(Romandini)**

IP Factor in Technological and Business Innovation, Tongji University, Shanghai, Oktober **(Hilty)**

Sitzung der Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion der MPG, MPG, Berlin, Oktober **(Drexler)**

The Changing Global Innovation and Intellectual Property Policy Landscape: Present Challenges and Future Directions (II), TRIPS at 20 and Beyond – Expert Workshop, International Centre for Trade and Sustainable Development (ICTSD), WTO, Genf, Oktober **(Grosse Ruse-Khan, Ullrich)**

The future of competition policy – more policy than competition? Münchner Kartellrechtsforum, München, Oktober **(Drexler, Mackenrodt)**

Il ruolo strategico del sistema metalmeccanico italiano: dai metalli alla mecatronica, Accademia Nazionale dei Lincei, Rom, Oktober **(Straus)**

Klausurwoche “Biopatente: Saatgut als Ware und als Öffentliches Gut”, Institut Technik-Technologie-Naturwissenschaften der LMU, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Studienhaus Gut Schönwag, Oktober **(Prifti)**

Functions and Dysfunctional Effects of IPRS, Reflections on Remedies and Loopholes, Singapore Management University, Singapur, Oktober **(Hilty)**

The Future of Patent Governance in Europe, European Science Foundation, Universität Hamburg, Hamburg, September **(Geiger)**

Urheberrecht in der digitalen Welt, Deutscher Juristentag, Hannover, September **(Mackenrodt)**

14. Österreichischer Europarechtstag, Loyalität und Solidarität in der EU, Universität Salzburg, Salzburg, September **(Jaeger)**

IP Meeting, School of Law, Australian Catholic University, Sydney, September **(Antons)**

Russland – EU: Juristischer Dialog, Institut für Staat und Recht der Russischen Akademie der Wissenschaften, Sibirische Föderale Universität, Deutsch-Russisches Juristisches Institut, Krasnojarsk (Russland), September **(Krupko)**

3D Print and the challenge for the IP Law, Chinese IP Law Society and Huazhong University of Science & Technology (HUST), Wuhan, September **(Li)**

Diritto Civile ed internet, Universität Camerino, Camerino, September **(Lehmann)**

Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Forschungsinstituts für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb e.V. (FIW), FIW, Darmstadt, September **(Drexler)**

The European Trade Marks Reform, Hungarian Trademark Association, AIPPI (ungarische Landesgruppe), Budapest, September **(Knaak)**

Abschließendes Plenary Meeting, LAPSI 2.0 Netzwerk (Legal Aspects of Public Sector Information), Amsterdam, September **(Richter)**

Exploratory Workshop: The Future of Patent Governance in Europe, European Science Foundation, Universität Hamburg, Hamburg, September **(Grosse Ruse-Khan)**

- IP-Management als strategischer Faktor für Unternehmen, Forschungsstelle für Wirtschafts- und Medienrecht in Kooperation mit Industrie- und Handelskammer Oberfranken sowie Bayern Innovativ, Bayreuth, September **(Podszun)**
- International Scholars Conference on IP Law, University of Economics & Business in Vienna, Wien, September **(Prifti)**
- Competition and Antitrust in Hospital Markets, Management im Gesundheitswesen, Universität Bayreuth, Bayreuth, September **(Podszun)**
- Moral Rights in the 21<sup>st</sup> Century – ALAI Congress, ALAI Belgien, Brüssel, September **(Heinzmann, Köklü, von Lewinski, Nérissou)**
- EIPIN-Besprechung zur Antragstellung für Erasmus/Promotionen, EIPIN, Alicante, September **(Drexl)**
- Analyzing the Judges, European Patent Reform Forum 2014, Managing Intellectual Property, Paris, September **(Geiger, von Martels)**
17. Juristenkonferenz, Ostdeutsche Sparkassenakademie, Berlin, September **(Podszun)**
- The legal framework for employee inventions – Asia – USA – Europe, FNDE, CEIPI, CASRIP, Paris, September **(Geiger)**
- The Future of Patent Governance in Europe, ESF, Hamburg, September **(Jaeger)**
- Internet Governance Forum 2014, UN Secretary-General, Istanbul, September **(Husovec)**
- New issues on Intellectual Property law, Faculty of Law, University of Valencia, Valencia, September **(Geiger)**
- GRUR Jahrestagung 2014, GRUR e.V., Düsseldorf, September **(Batista, Drexl, Hilty, Köklü, Mackenrodt)**
- Framing IP in the 21<sup>st</sup> Century, CBL Center at NUS, Singapur, August **(Kur)**
- Tagung des Graduiertenkollegs Geistiges Eigentum und Gemeinfreiheit: Ein more economic approach für das Immaterialgüterrecht? Universität Bayreuth, Bayreuth, Juli **(Drexl, Podszun)**
- Information Influx Conference, Institute for Information Law, Amsterdam, Juli **(Hilty, Husovec)**
- Möglichkeiten und Grenzen gerichtlicher Bußgeldverfahren – Erfahrungen aus dem Flüssiggasverfahren, Münchner Kartellrechtsforum, München, Juli **(Mackenrodt)**
- Symposium und Festschriftübergabe an Prof. Micklitz, Europäisches Hochschulinstitut, Florenz, Juli **(Drexl)**
- Sir Hugh Laddie Memorial Lecture, Institute for Innovation and Brands, University College, London, Juli **(Cornish)**
- JPO – AIPPI – FICPI “Tegernsee Symposium” focused on Grace Period, Japan Patent Office, Tokio, Juli **(Straus)**
- 4<sup>th</sup> Biannual Conference of the Society of International Economic Law (SIEL), SIEL, Bern, Juli **(Grosse Ruse-Khan)**
- Annual General Meeting and Lecture of the Selden Society, Selden Society, London, Juli **(Cornish)**
- Copyright and the Public Interest, Monash University, CEIPI, University of Strasbourg, Straßburg, Juli **(Geiger)**
- 33<sup>rd</sup> Annual ATRIP Congress: Intellectual Property Perspectives on the Regulation of New Technologies, University of Montpellier, Faculty of Law, Montpellier, Juli **(Drexl, Geiger, Hilty, Kur)**
10. Fakultätstag der Juristischen Fakultät, LMU, München, Juni **(Hilty)**



Collective du droit d'auteur et droits voisins: Aspects européens, internationaux et comparés, WIPO, CEIPI, International Centre for Trade and Sustainable Development (ICTSD), Straßburg, Juni (**Nérisson**)

The Scientific-Practical Conference Devoted to the Memory of Professor O. A. Pushkin: The Actual Issues of Civil Law and Procedure, Kharkiv National University of Internal Affairs, Kharkiv (Ukraine), Juni (**Kryzhna**)

The Law and Policy of Pharmaceutical patents in Hong Kong: Evaluating the Regulatory Framework, Chinese University of Hong Kong, Hong Kong, Juni (**Romandini**)

EU and Regional Intellectual Property Challenges, International Burch University, Sarajevo, Juni (**Jaeger, von Lewinski**)

Ein Blick auf die Wettbewerbspolitik von morgen – in Deutschland, Europa und weltweit, Münchner Kartellrechtsforum, München, Juni (**Drexl, Mackenrodt**)

Der Jurist, Universität Passau, Juni (**Hilty**)

Jahresversammlung der MPG, MPG, München, Juni (**Kraßer**)

Forum IP-Nachwuchswissenschaft, Universität Bayreuth, Bayreuth, Juni (**Mackenrodt**)

Annual ECTA-Meeting, ECTA, Alicante, Juni (**Kur**)

Principles of Competition Law and Policy, Ministère du Commerce, de l'Industrie, de l'Artisanat et du Tourisme, Nouakchott (Mauritanien), Juli (**Bakhoum**)

Jahrestagung 2014, UNION, Berlin, Juni (**Kur**)

- 9<sup>th</sup> ASCOLA Conference “Procedural Fairness in Competition Proceedings”, Jahrestagung 2014, ASCOLA, Warschau, Juni (**Drexl, Surblytė**)
- Verwertungsgesellschaften in Europa – Umsetzung der Richtlinie über kollektive Rechtewahrnehmung, ALAI Deutschland e.V., Bonn, Juni (**Hilty, Köklü, von Lewinski**)
- Sustainable Energy Markets, Mannheim Energy Conference 2014, ZEW (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung), MACCI (Mannheim Centre for Competition and Innovation), Mannheim, Mai (**Tsangaris**)
- EStALI Spring Conference 2014 Workshop, EStALI, Lexxion, Brüssel, Mai (**Jaeger**)
- Wie viel Patentschutz braucht die Gesellschaft? Bayerische Akademie der Wissenschaften, Forum Technologie, München, Mai (**Drexl, Kraßer**)
- Sir David Williams Memorial Lecture, Centre for Public Law, Cambridge University, Cambridge, Mai (**Cornish**)
- Workshop: Doing Business in a Globalized World, Institute of International Law at the University of Macerata, Macerata, Mai (**Grosse Ruse-Khan**)
- The Use of Alternative Dispute Resolution for Commercial Disputes, Commercial Law Development Program (CLDP) U.S. Department of Commerce, The Ukrainian Mediation Center at Kyiv-Mohyla Business School, Kiev, Mai (**Kryzhna**)
- Annual Conference on European Copyright Law, Europäische Rechtsakademie (ERA), Trier, Mai (**von Lewinski**)
- Cloud Computing & European Law, Federico II. Universität Neapel, Neapel, Mai (**Lehmann**)
- Kaufvertragsrecht in der Region des Kaukasus und Zentralasiens: Zwischen Divergenz und Harmonisierung, Kiel Center of Eurasian Economic Law at the Institute of East European Law of the University of Kiel (KEEL), Kasachische Nationaluniversität Al-Farabi, Akademie für öffentliche Verwaltung bei dem Präsidenten der Republik Aserbaidschan, Staatliche Rechtsakademie des Urals, Almaty (Kasachstan), Mai (**Krupko**)
- Accountable, not liable; Takedown Project Workshop, University of California, Berkeley, Mai (**Husovec**)
- Revenge Porn and IP’s Role in Regulating It, University of Washington School of Law, Seattle, Mai (**Geiger**)
- 8<sup>th</sup> Advanced Research Forum on Intellectual Property Rights, WIPO, Genf, Mai (**Kochupillai**)
- Exploring Human Rights Intersection with IP, Global Health and Human Rights, CASRIP, University of Washington School of Law, Seattle, Mai (**Geiger**)
- Global Mondays Lecture Series, University of Washington School of Law, Seattle, Mai (**Geiger**)
- EMI-Forum 2014, Hochschule Amberg-Weiden, Amberg, Mai (**Köklü**)
- (RE)thinking International Intellectual Property, What institutional environment for the development and enforcement of IP law? CEIPI’s International Scholars Round table, CEIPI, University of Strasbourg, Straßburg, Mai (**Geiger**)
- Les propriétés intellectuelles devant la Cour de justice de l’Union européenne, CEIPI, Straßburg, Mai (**Geiger**)
- 15<sup>th</sup> ALLEA General Assembly, All European Academies (ALLEA), Oslo, April (**Straus**)
- EU-Taiwan 2014 Seminar on Patent System, Taiwan Intellectual Property Office, Taipeh, April (**Straus**)
- 15<sup>th</sup> EIPIN Congress (Part 2): European IP Law – Quo Vadis? EIPIN, Queen Mary University of London, London, April (**Drexl, Fischmann, Geiger, Hilty, Surblytė**)

AUTM Asia 2014 Conference: Opportunities and Challenges for Asia Emerging Markets – From Innovation to Start-Up, Association of University Technological Managers (AUTM), Taipeh, April (**Straus**)

Internationales Forum: Geistiges Eigentum – XXI. Jahrhundert, Handels- und Industriekammer der Russischen Föderation, Institut für Staat und Recht der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau, April (**Krupko**)

The Next Great Copyright Act, University of California, Berkeley, April (**Husovec**)

13. Jahrestagung des International Competition Network (ICN), ICN, Marrakesch, April (**Drexel**)

WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights (SCCR) Meeting, Informal and Special Session, WIPO, Genf, April (**Köklü**)

3<sup>rd</sup> Law and Economics Conference; University of Lucerne, Luzern, April (**Wernick**)

WIPO Workshop on the Policy, Legal and Practical Aspects of Utility Model Protection, Jordanisches Handelsministerium, WIPO, Amman, April (**Grosse Ruse-Khan**)

22<sup>nd</sup> Annual Conference on International Intellectual Property Law and Policy, Fordham University School of Law, New York, April (**Drexel, Husovec, Kur, von Lewinski**)

Symposium des Bundespatentgerichts über Markenschutz, Bundespatentgericht, München, April (**Kraßer**)

Jour fixe Vergaberecht, Schramm&Partner Rechtsanwälte Wien, Wien, April (**Jaeger**)

Workshop for Mediators in Intellectual Property Disputes, WIPO, Genf, März (**Lamping**)

Copyright, Competition and Development – Eine Studie des MPI für Innovation und Wettbewerb für die WIPO, Münchner Kartellrechtsforum, München, März (**Drexel, Mackenrodt**)

The Measure of Intellectual Property: New Principles, Future Dilemmas, International Conference, Radzyner Law School, Herzliya (Israel), März (**Hilty**)

CIPIL Conference on Intellectual Property, Parallel Imports and Border Measures, CIPIL, Cambridge, März (**Grosse Ruse-Khan**)

Annual Copyright Seminar, Norwegian Copyright Society, Sandefjord, März (**Kur**)

Waseda Conference on Global Patent Strategies: The Development of the Framework of International Patent Law, Waseda University RCLIP, Waseda Institute of Advanced Study, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Deutsch Japanische Juristenvereinigung (DJJV), Waseda Universität, Tokio, März (**Hilty, Lamping**)

Sitzung des Instituts für Urheber- und Medienrecht zur Umsetzung der Richtlinie über Verwertungsgesellschaften, Institut für Urheber- und Medienrecht e.V., München, März (**Kraßer**)

Symposium on Exhaustion of Intellectual Property Rights, Centre for Intellectual Property and Information Law, Cambridge University, Cambridge, März (**Cornish**)

The training of UPC Judges, European Patent Office, The Hungarian Intellectual Property Office, Budapest, März (**Geiger**)

Patent Declaration, Closed Workshop: Meiji Universität, Tokio, Februar (**Hilty, Lamping**)

Online-Erschöpfung nach Used-Soft – Perspektiven für andere Branchen, ALAI Deutschland e.V., München, Februar (**Hilty, Köklü, von Lewinski**)



12. Kölner Symposium zum Marken- und Wettbewerbsrecht, Kluwer Law, Köln, Februar (**Kur**)

Economic effects of the unitary patent and of the Unified Patent Court, 3<sup>rd</sup> ESAB Meeting, European Patent Organization, Economic and Scientific Advisory Board (ESAB), München, Februar (**Ullrich**)

Mackenzie Stuart Lecture on European Union Law, Centre for European Legal Studies, Cambridge, Februar, (**Cornish**)

Inaugural Mona Intellectual Property Forum, University of West Indies, Mona Faculty of Law, Kingston (Jamaica), Februar (**Geiger**)

IPRs and Internet, Seminar der italienischen Landesgruppe der AIPPI, AIPPI, Mailand, Februar (**Knaak**)

Sitzung des GRUR-Fachausschusses für Wettbewerbs- und Markenrecht, GRUR, München, Februar (**KrafBer**)

Livres indisponibles, une nouvelle étape, La Sofia, Paris, Januar (**Nérissou**)

Le contrat d'édition à l'heure du numérique, regards sur la réforme du contrat d'édition (Der Verlagsvertrag im digitalen Zeitalter, Ansichten über die Novelle zum Verlagsvertrag), AFPIDA (ALAI Frankreich), Paris, Januar (**Nérissou**)

15<sup>th</sup> EIPIN Congress: European IP Law Dynamics: Quo Vadis? EIPIN, University of Alicante, Faculty of Law, Alicante, Januar (**Drexl, Fischmann, Geiger, Surblyté**)

Cultural Heritage: Environment, Ecology and Inter-Asian Interactions, International Institute for Asian Studies (IIAS), Nalanda University, Rajgir (Indien), Januar (**Antons**)

Oil & Gas IP Summit 2014, IQPC, London, Januar (**Lamping**)

## 2013

2013 Shanghai IP Forum, Shanghai IP Authority, Shanghai, Dezember (**Straus**)

9<sup>th</sup> Annual Conference, Asian Competition Forum Hong Kong, Hong Kong, Dezember (**Bakhoum**)

10<sup>th</sup> Anniversary of Tongji IP Institute, Tongji University, Shanghai, Dezember (**Straus**)

IBC International Patent Litigation Conference, IBC, London, Dezember (**Pagenberg**)

Unitary Patent, European Patent Office, München, Dezember (**Romandini**)

Propriété littéraire et artistique et humanités numériques, Université Paris Sud, CERDI, Paris Sorbonne Université, Observatoire de la vie littéraire, Paris, Dezember (**von Lewinski**)

2013 Tongji Global Intellectual Property Forum, Tongji IP Institute, Tongji University, Shanghai, Dezember (**Straus**)

Open Data in Transition: Intellectual Property, Competition Policy and Regulatory Issues, Universität Trient, Trient, Dezember (**Bakhoum**)

Unified Patent Court, European Patent Office, München, Dezember (**Romandini**)

WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights, WIPO, Genf, Dezember (**von Lewinski**)

The Law and Economics of Intellectual Property in the Digital Age, Notre Dame University, London, Dezember (**Drexl**)

Jahrestagung der Studiengesellschaft für Wirtschaft und Recht, Salzburg, November (**Jaeger**)

AIPPI Deutsch-Französisches IP Seminar, Internationale Vereinigung für den Schutz des Geistigen Eigentums (AIPPI), Paris, November (**Pagenberg**)

IP essentials for EU officials, EPO, OHIM, Brüssel, November (**Geiger, Lamping**)

Creating and Leveraging Intellectual Property in Developing Countries, Department of Science and Technology, Republic of South Africa, National Intellectual Property Management Office (NIPMO) and Companies and Intellectual Property Commission (CIPC)'s, Durban, November (**Straus**)

Neue Kunst – Neues Recht, Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Heidelberg, November (**von Lewinski**)

E-Books in juristischen Bibliotheken, Arbeitsgemeinschaft für juristisches Bibliotheks- und Informationswesen (AjBD), Koblenz, November (**Hartmann**)

Naturschutz im Spannungsverhältnis zwischen der Land- und Forstwirtschaft und den Grundrechten, Österreichische Gesellschaft für Agrar- und Umweltrecht, Wien, November (**Jaeger**)

Secondary liability for trademark infringement on the Internet, Kernochan Center, Columbia University, New York, November (**Kur**)

New Roles and Challenges of the Industrial Property Rights in the European Union, University of Georgia, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Tiflis, November (**Batista**)

35 Jahre APRAM, Association des Praticiens du droit des marques et des modèles (APRAM), Paris, November (**Pagenberg**)

INTA Leadership Meeting, International Trademark Association (INTA), Miami, November (**Pagenberg**)

Legal Transplant for Innovation and Creativity: A Sino-Finnish Comparative Study on Governance of Intellectual Property Rights – TransIP Interim Workshop, CASS, Peking, November (**N. Lee**)

Competition Law in the Energy Sector 2013, IBC Legal Conferences, Brüssel, November (**Tsangaris**)

EPLAW Jahreskongress, European Patent Lawyers Association (EPLAW), Brüssel, November (**Pagenberg**)

Commission Proposal for Antitrust Damages Directive – Ends and Means of Harmonised Rules, Münchner Kartellrechtsforum, München, November (**Mackenrodt, Podszun**)

Das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte – zivilrechtliche Haftung für die Verletzung ausschließlicher Rechte im Internet und in den anderen Informations- und Kommunikationsnetzen, Seminar des Forschungszentrums für Zivilrecht beim Präsidenten der Russischen Föderation, Moskau, November (**Köklü**)

International Design Workshop, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, University of Indiana, München, November (**Du Mont, Kur**)

The Essentials of IP, EU Commission, EPO, Brüssel, November (**Kur**)

IES Autumn lecture series 2013, Institute for European Studies, Universität Brüssel, Brüssel, November (**Geiger**)

Benelux Merkendag, Sdu Juridische Opleidingen, Breukelen, November (**Kur**)

European Judges Conference Venice, European Patent Lawyers Association (EPLAW), Venedig, Oktober (**Pagenberg**)

CIPA Congress 2013, CIPA, London, Oktober (**Kur**)

Intellectual Property of the 21<sup>st</sup> Century, ADEPI, Asociación de ex Diputados y ex Senadores de las Cortes Generales, Madrid, Oktober (**von Lewinski**)

Vertikale Beschränkungen in der Internet-ökonomie, Tagung des Arbeitskreises Kartellrecht, Bundeskartellamt, Bonn, Oktober (**Drexler**)

International IP conference “Intellectual Property protection in the EU: Challenges, Risks and Prospects”, Lithuanian EU Presidency, Vilnius, Oktober (**Kur**)

Bucerius IP Conference 2013: Innovation, Competition and Collaboration, Center for Transnational IP, Media and Technology Law and Policy, Bucerius Law School, Hamburg, Oktober (**Geiger, Kur**)

24<sup>th</sup> IFTTA World Conference on Travel and Tourism Law, IFTTA, Prag, Oktober (**Scheder-Bieschin**)

Intellectual Property Protection in the EU: Challenges, Risks and Prospects, State Patent Bureau of the Republic of Lithuania, Vilnius, Oktober (**Geiger**)

Are Patent Settlements Anti-Competitive? Université Saint-Louis Bruxelles, Université catholique de Louvain-la-Neuve, Brüssel, Oktober (**Drexler**)

Future of Music Coalition, Georgetown University, Washington, D.C., Oktober (**Malevanny**)

Open Access Tage 2013, ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft und Staats- und Universitätsbibliothek (SUB) Hamburg, Hamburg, Oktober (**Hartmann**)



The Grace Period and Topical Issues of Intellectual Property, ALLEA, National Academy of Sciences of Ukraine, Kiew, Oktober **(Straus)**

Internet Governance Forum 2013, IGF/ United Nations Secretary-General, Bali, Oktober **(Husovec)**

3<sup>rd</sup> ICT Conference Munich (ICTCM), ICT, München, Oktober **(Husovec)**

SARIMA Conference 2013, Southern African Research & Innovation Management Association, Cape Town, Oktober **(Straus)**

Sitzung der Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion der MPG, MPG, Berlin, Oktober **(Drexl)**

2013 International Judicial Symposium "The Role of Courts in IP and Innovation", The Supreme Court of Korea, Seoul, Oktober **(Straus)**

Jahrestagung „Information als Vitamin für Innovation: Schranken oder Lizenzen für Forschung und Lehre?“, Aktionsbündnis Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft, Berlin, Oktober **(Hartmann)**

The Europeanisation of Patent Law II: Practical Issues and New Challenges for the EU Patent System, Universität Bayreuth, Graduiertenkolleg Geistiges Eigentum und Gemeinfreiheit, Bayreuth, Oktober **(von Martels, Ullrich)**

Urheberrecht und internationales Privatrecht, ALAI Deutschland e.V., Berlin, Oktober **(Katzberger, Kur, von Lewinski)**

ALAI-Studententage "Dissemination and Management of Works of Authorship on the Internet", Cartagena, September **(von Lewinski, Kökli)**

Sitzung des GRUR-Patentausschusses, GRUR, Düsseldorf, September **(Pagenberg)**

Beziehungen zwischen der EU und Russland – rechtliche Dimension und aktuelle Entwicklungen, Universität Passau, Institut für Staat und Recht der Russischen Akademie der Wissenschaften; Universität Kiel, Passau, Deutschland, September **(Krupko)**

Tagung zum Einheitspatent und Einheitlichen Patentgericht im europäischen Integrationsprozess – aus verfassungsrechtlicher, wissenschaftlicher und praktischer Perspektive, Maiwald Patentanwälte, München, September **(Jaeger)**

The Academia Europaea 25<sup>th</sup> Anniversary Conference, Breslau, September **(Cornish, Straus)**

4. Internationales Thyssen-Symposium, Öffentliche und private Unternehmen – Rechtliche Vorgaben und Bedingungen, Nanjing (China), September **(Drexl)**

La Tutela Brevettuale Nell'Unione Europea, Università degli Studi di Milano-Bicocca, Dipartimento delle Scienze Giuridiche Nazionali e Internazionali, Mailand, September **(Ullrich)**

14. Herbstakademie 2013, Deutsche Stiftung für Recht und Informatik (DSRI), Berlin, September **(Hartmann)**

8<sup>th</sup> Annual EPIP Conference, EPIP, Paris, September **(Grosse Ruse-Khan, Hilty, Lamping)**

Marktabgrenzung in der Medienbranche, Münchner Kartellrechtsforum, München, September **(Mackenrodt, Podszun)**

AIPPI EXCO Meeting, Internationale Vereinigung für den Schutz des Geistigen Eigentums (AIPPI), Helsinki, September **(Pagenberg)**

GRUR-Jahrestagung 2013, GRUR, Erfurt, September **(Chen, Drexl, He, Husovec, Kraßer, Kur, Pagenberg, Trallero)**

5<sup>th</sup> Journal of Private International Law Conference, Universidad Autónoma de Madrid, Madrid, September (**Grosse Ruse-Khan**)

4<sup>th</sup> Global Forum on Intellectual Property (GFIP): The Changing Global Innovation Landscape: Whither IP? The IP Academy, Singapur, August (**Geiger**)

Young Scholars 2013, Internationale Buchwissenschaftliche Gesellschaft (IBG), Erlangen, August (**Hartmann**)

IPOS – EPO Patent Conference (IEPC) 2013 “Patents in a Digital Economy”, EPO, Singapur, August (**Straus**)

Symposium on Digital Copyright and Open Access to Research Results, Centre for Economics and History, Magdalene College, Cambridge, Juli (**Cornish**)

Die Begründung des geistigen Eigentums im modernen Verfassungsstaat, DFG-Graduiertenkolleg „Geistiges Eigentum und Gemeinfreiheit“, Bayreuth, Juli (**Batista, Hartmann**)

Annual Lecture of the Selden Society by Professor Rebecca Probert, London, Juli (**Cornish**)

Abschlussveranstaltung der Humboldt-Universität Law Clinic Internetrecht, HLCI, Berlin, Juli (**Köklü**)

AIPPI UPC Seminar, Internationale Vereinigung für den Schutz des Geistigen Eigentums (AIPPI), Den Haag, Juli (**Pagenberg**)

13<sup>th</sup> Intergovernmental Government Expert Meeting, UNCTAD, Genf, Juli (**Bakhoun**)

High Technology Protection Summit, Washington University (CASRIP), Seattle, Juli (**Pagenberg**)

Biennial British Legal History Conference, University of Glasgow, Glasgow, Juli (**Cornish**)

4<sup>th</sup> Research Partnership Platform Meeting, UNCTAD, Genf, Juli (**Bakhoun**)

8. GWB-Novelle und Schadenersatz, Münchner Kartellrechtsforum, München, Juli (**Mackenrodt, Podszun**)

XXVI World Congress of Philosophy of Law and Social Philosophy, Internationale Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie, Belo Horizonte, Juli (**Fischmann**)

Urheberrecht an Interpretation und Sound? Zum Schutzzumfang musikalischer Werke, ALAI Deutschland e.V., München, Juli (**Hilty, Köklü, von Lewinski**)

Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Novellierung patentrechtlicher Vorschriften und anderer Gesetze des gewerblichen Rechtsschutzes, Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags, Berlin, Juni (**Kraßer**)

4<sup>th</sup> Vienna Music Research Days: The Future of Music Licensing, Universität für Musik und darstellende Kunst, Wien, Juni (**Dietz**)

European Trademark System under Review, GRUR, ECTA Brussels, Brüssel, Juni (**Kur**)

International Teachers Program 2, Commercial Law, HEC, Paris, Juni (**Lee**)

WIPO Diplomatic Conference for Visually Impaired Persons, WIPO, Marrakesch, Juni (**von Lewinski**)

LES Pan European Conference, Licensing Executive Society (LES), Davos, Juni (**Pagenberg**)

Internet, Law & Politics Conference 2013, Open University of Catalonia (UOC), Barcelona, Juni (**Husovec**)

The Transformation of Enforcement in Europe, European Economic Law in Global Perspective, European University Institute, Florenz, Juni (**Drexl, Hilty, Ullrich, Wechsler**)

Mensch und Markt, Münchner Kartellrechtsforum, München, Juni (**Mackenrodt, Podszun**)

Jahresversammlung der MPG, MPG,  
Potsdam, Juni (**Drexl**)

Meeting of Standing Sub-Committee on  
Intellectual Property, All European Acade-  
mies (ALLEA), München, Juni (**Cornish**)

32<sup>nd</sup> Annual ATRIP Congress: Is Intellectual  
Property a Lex Specialis? Oxford University,  
Oxford, Juni (**Cornish, Drexl, Geiger, Grosse  
Ruse-Khan, Hilty, Kur, Lamping**)

5<sup>th</sup> Annual ISHTIP Workshop: Cultural Econo-  
my and Intellectual Property, ISHTIP, Colum-  
bia University Hall Reid, Paris, Juni (**Geiger**)

Sports organizers' rights and their manage-  
ment in the field of media, University of  
Amsterdam, Amsterdam, Juni (**Hilty**)

Unitary Patent & Unified Patent Court:  
Expectations, Wishes and Fears, INPI, Paris,  
Juni (**Lamping**)

Weiterbildungsveranstaltung des  
Sächsischen Patentanwaltsvereins, Halle,  
Juni (**Romandini**)

WIPO/WTO Colloquium for Teachers of  
Intellectual Property, WIPO, WTO, Genf,  
Juni (**Bakhoum**)

Sitzung des Board of Trustees, Nexa Center  
for Internet & Society, Politecnico di Torino,  
Turin, Juni (**Drexl**)

Nätverksmöte'/Network Meeting, Nordisch-  
deutsches Doktorandenseminar, Wildbad  
Kreuth, Mai (**Kur**)

3<sup>rd</sup> International Scientific and Practical  
Conference: Law in the digital environment,  
Higher School of Economics, Faculty of Law,  
Moskau, Mai (**Geiger**)

12. InetBib-Tagung 2013, Humboldt-  
Universität zu Berlin, Berlin, Mai (**Hartmann**)

Governance Geistigen Eigentums, BMBF  
Förderinitiative „Neue Governance in der  
Wissenschaft“, Universität Augsburg, LMU,  
Hamburg, Mai (**Lamping**)

Towards a Unitary Patent Protection in  
Europe, Associazione Giuridica Fabrianese  
Roberto Galli/Universtät Macerata,  
Fabriano, Mai (**Drexl, Kur**)

The Round Table Devoted to the Memory  
of Professor Chingizhan Nufativich Azimov:  
The Actual Issues of Civil Law, The National  
University "Yaroslav the Wise Academy of  
Ukraine", Kharkiv, Dezember (**Kryzhna**)

Disputes About Intellectual Property,  
Jagiellonian University Krakow, Krakau,  
Mai (**Straus**)

The Scientific-Practical Conference Devoted  
to the Memory of Professor O.A. Pushkin:  
The Actual Issues of Civil Law and Proce-  
dure; Kharkiv National University of Internal  
Affairs, Kharkiv, Mai (**Kryzhna**)

INTA Academic Days 2013, INTA (Inter-  
national Trademark Association), Dallas,  
Mai (**Husovec**)

One for All and All for One? The Role of  
Collective Actors in Enforcing European Law,  
Hertie School of Governance, Jean Monnet  
Conference, Berlin, Mai (**Wechsler**)

8<sup>th</sup> ASCOLA Conference: Competition Law  
as Regulation, Università del Salento, Lecce,  
Mai (**Bakhoum, Drexl, Mackenrodt, Podszun,  
Surblytè**)

Graduate School in Law and Economics,  
Universität Hamburg, Mai (**Kur**)

4<sup>th</sup> TLI Symposium – Trade Mark Law, Use  
Restrictions and Public Policy, Trade Mark  
Law Institute, Universität Groningen,  
Groningen, Mai (**Kur**)

Sitzung des GRUR-Patent Ausschusses, GRUR,  
Ludwigshafen, Mai (**Pagenberg**)

136<sup>th</sup> INTA Annual Meeting, International  
Trademark Association (INTA), Dallas,  
Mai (**Pagenberg**)

L'effectivité des exceptions au droit d'auteur et aux droits voisins: les usages, la loi, la régulation, HADOPI, Paris, April (**Geiger, Nérisson**)

7<sup>th</sup> Global Congress on Combating Counterfeiting and Piracy, WIPO, WCO und Interpol, Istanbul, April (**Kur**)

14<sup>th</sup> EIPIN Congress: Human Rights and Intellectual Property: From Concepts to Practice, Université de Strasbourg, Straßburg, April (**Drexl, Fischmann, Geiger, Surblytè**)

Cross Border Cooperative Innovation and Intellectual Property, 2013 Sino-German Conference, Huazhong University of Science & Technology (HUST), Wuhan, April (**Straus, Ullrich**)

9<sup>th</sup> Cornell Law School Inter-University Graduate Conference: "Crossroads: When Public meets [in] Private Circles to Discuss Norms and Processes", Cornell University, Ithaca (USA), April (**Slowinski**)

The German Intellectual Property System, IRZ Seminar, Herrsching, April (**Köklü**)

WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights, Special Session, WIPO, Genf, April (**von Lewinski**)

2013 IPR Nanhu Forum on the 10<sup>th</sup> Anniversary Commemoration of Nanhu Forum & International Conference on Knowledge Economy and IPR, IPR, Wuhan, April (**Ma**)

Entwurf zur Nutzung verwaister und vergriffener Werke, Zweitverwertungsrecht für Wissenschaftler; Arbeitssitzung des Instituts für Urheber- und Medienrecht, München, April (**Köklü**)

Roundtable on Collective Rights Management, Europäisches Parlament, Brüssel, April (**Drexl**)

Reform(alizing) Copyright for the Internet Age? Berkeley Center for Law and Technology, University of California, Berkeley, April (**Hilty**)

21<sup>st</sup> Annual Conference on International Intellectual Property Law and Policy, Fordham University School of Law, New York, April (**Kur, von Lewinski**)

Jahrestagung 2013, Conseil Européen des Associations de Traducteurs Littéraires, Wien, April (**von Lewinski**)

Trademark Scholars' Roundtable, Center for Intellectual Property Research, Bloomington, April (**Kur**)

5. Kongress Bibliothek und Information Deutschland (BID), BID, Leipzig, März (**Hartmann**)

Remedies for Infringement of Intellectual Property Rights, Cambridge University, Cambridge, März (**Cornish**)

E-Books – Ökonomische und rechtliche Aspekte, ALAI Deutschland e.V., Leipzig, März (**Hilty, von Lewinski, Köklü**)

8<sup>th</sup> Annual International IP Lecture, University of Cambridge, Cambridge, März (**Cornish, Kur**)

22<sup>nd</sup> Symposium on Medicine and Law: The Right to Life and to Dignified Death, Ethics in Medical Science, University of Maribor, Maribor, März (**Straus**)

International Scientific-Practical Workshop: Intellectual Property and Innovations, Commercial Law Development Program (CLDP), U.S. Department of Commerce, US Patent and Trademark Office (PTO), State Intellectual Property Service of Ukraine, the Scientific Research Institute of Intellectual Property of the National Academy of Law Sciences of Ukraine, Kiew, März (**Kryzhna**)

Flexibility in Business Contracting, Institut für Ostrecht München, Regensburg, März (**Lee**)

Düsseldorfer Patentrechtstage 2013, Jahrestagung des Zentrums für Gewerblichen Rechtsschutz der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, März (**Slowinski**)

Boundaries of Intellectual Property in Life Sciences, Juristische Fakultät der Universität Basel, Basel, März (**Romandini**)

Informationen der öffentlichen Hand, Junge Juristen Karlsruhe e.V., Zentrum für Angewandte Rechtswissenschaft (ZAR), Karlsruhe, März (**Ullrich**)

International Lecture Series, Vrije Universiteit Amsterdam, Centre for Law and Governance, Intellectual Property Law, Amsterdam, März (**Ullrich**)

Colloquium on Innovation Policy, The New York University School of Law, New York, März (**Geiger**)

The Australia Myanmar Institute Inaugural Conference "Progress, Opportunities and Concerns in Myanmar's Transition", Australia Myanmar Institute, Melbourne, März (**Antons**)

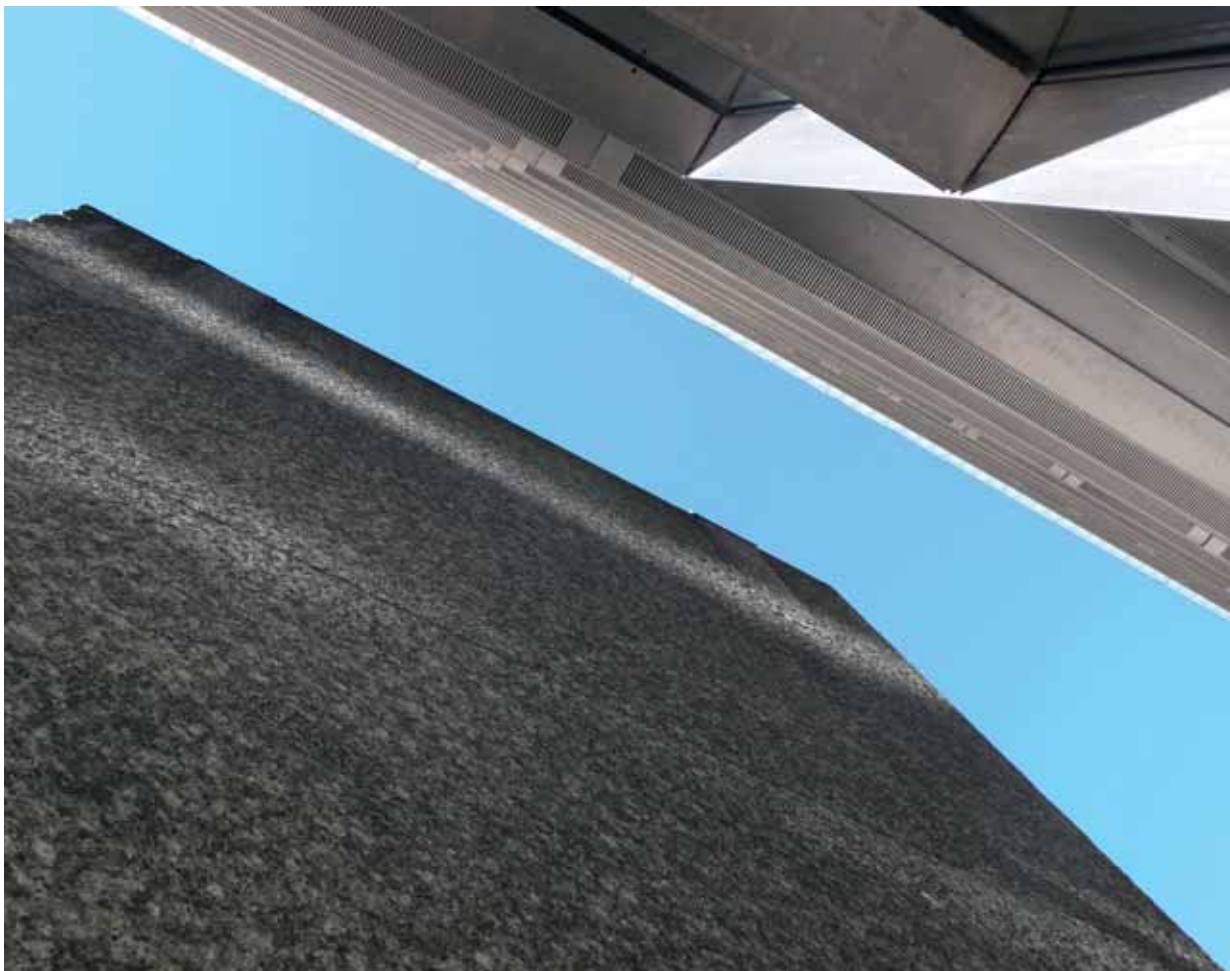
2<sup>nd</sup> GRUR Int./JIPLP Celebratory Seminar: The European Patent Package, Deutsches Patent- und Markenamt, München, März (**Drexler, Ullrich**)

Informationsmanagement und geistige Schutzrechte in Archiven, Goethe-Institut, Lissabon, März (**Nérisson**)

Déséquilibres économiques et droit économique, Université Nice Sophia Antipolis, Nizza, Februar (**Drexler**)

WKO-Symposium: Kammern in einem sich wandelnden Umfeld, WKO Wien, Wien, Februar (**Jaeger**)

Google, UsedSoft, Murphy & Co. – Aktuelle Entwicklungen im Internet, Münchner Kartellrechtsforum, München, Februar (**Mackenrodt, Podszun**)



19<sup>th</sup> Session des Standing Committee on the Law of Patents, WIPO, Genf, Februar **(Romandini)**

WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights, WIPO, Genf, Februar **(von Lewinski)**

Modellgesetz für Geistiges Eigentum. Ein Reformvorschlag für das deutsche und europäische Recht? Universität Mannheim, GRUR, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Interdisziplinäres Zentrum für Geistiges Eigentum der Universität Mannheim (IZG), Leibniz-Gemeinschaft, Mannheim Center for Competition and Innovation, Mannheim, Februar **(Hilty, Slowinski)**

International Issues relating to Pro-Innovation Patent System and Competition Policy, Nagoya University, Nagoya, Februar **(Lee)**

Modellgesetz für Geistiges Eigentum – ein Reformvorschlag für das deutsche und europäische Recht? Mannheimer Center for Competition and Innovation, Mannheim, Februar **(Krupko)**

Sitzung des Wissenschaftlichen Rates und der Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion der MPG, MPG, Berlin, Februar **(Drexel, Hilty)**

Global Patent Strategies: The Boundaries of Patent Rights in the EU and Japan, Second Waseda Conference and Celebration of Partnership on Judicial Education between Waseda University and Düsseldorf High Court, Waseda University RCLIP, Waseda Institute of Advanced Study, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Deutsch Japanische Juristenvereinigung (DJJV), Waseda University, Osaka, Februar **(Lamping)**

International Teachers Program, Commercial Law, HEC, Paris, Januar **(Lee)**

10. Bayreuther Forum für Wirtschafts- und Medienrecht, Universität Bayreuth, Bayreuth, Januar **(Podszun)**

Waseda Closing Symposium, Waseda University, Tokio, Januar **(Kur)**

14<sup>th</sup> EIPIN Conference: Treatment Equal or No-Less Favourable of Citizens in a Globalising World – The National Treatment Principle in a EU and International Context, Maastricht University, Maastricht, Januar **(Drexel, Fischmann, Grosse Ruse-Khan, Surblyté)**

Workshop on Innovations in Indian IP Teaching and Research, National Law University Delhi, National Academy of Law Teachers, School of Law, University of Washington, WB National University of Juridical Sciences – Kolkata, Delhi, Januar **(Antons)**

## 2012

5<sup>th</sup> Conference on European and Asian Intellectual Property Rights: Compulsory Licensing, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Academia Sinica Institutum Iurisprudentiae, Taipeh, Dezember **(Grosse Ruse-Khan, Hilty, Lamping, Ullrich)**

Empirical Studies of Trademark Data, Oxford Intellectual Property Research Centre, University of Oxford, Oxford, Dezember **(Kur, Schautschick)**

Internet Freedom and the Law in Asia, ARC Centre of Excellence for Creative Industries and Innovation, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Faculty of Law, Australian Catholic University, Alfred Deakin Research Institute, School of Law, Deakin University, Melbourne, Dezember **(Antons, Hilty)**

EPLAW Congress 2012, European Patent Lawyers Association (EPLAW), Brüssel, Dezember **(Lamping, Pagenberg)**

Panel-Diskussion „Europäischer Rechtsrahmen für Verwertungsgesellschaften“, Institut für Urheber- und Medienrecht, München, Dezember **(Nérissou)**

Jahrestagung „Alles auf dem Europäischen Weg? Zu einem Urheberrecht für Wissenschaft und Bildung“, Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft e.V., Berlin, Dezember **(Hartmann)**

Searching for the Boundaries of Intellectual Property Law, Law and Technology Centre, Faculty of Law, University of Hong Kong, Intellectual Property Law Center, Drake University Law School, Institute for Internet Law, Peking University, Hong Kong, Dezember **(Antons)**

2<sup>nd</sup> Global Congress on Intellectual Property and the Public Interest, Fundação Getulio Vargas, American University, Centre For Internet & Society, The American Assembly, Open A.I.R., International Centre for Trade and Sustainable Development (ICTSD), Brüssel, Dezember **(Lamping)**

Europäischer Rechtsrahmen für Verwertungsgesellschaften, Institut für Urheber- und Medienrecht, München, Dezember **(von Lewinski)**

The Paneuropean Intellectual Property Summit (Patents), Premier Cercle, Brüssel, Dezember **(Straus)**

The Scientific-Practical Conference Devoted to the Memory of Professor Chingizhan Nufatovich Azimov: The Modern Issues of Civil Law, The National Academy of Law Sciences of Ukraine, Kharkiv, Dezember **(Kryzhna)**

Symposium on “Internet-driven Developments: Structural Changes and Tipping Points”, Harvard University, Cambridge, MA (USA), Dezember **(Mueller-Langer)**

Markenforum 2012, Markenverband e.V., München, Dezember **(Reimann)**

Global Congress on Intellectual Property and the Public Interest, American University Washington, College of Law, Rio de Janeiro, Dezember **(Hilty, Lamping)**

Private Law and the Telecommunications Sector: National Perspectives on EU Regulations, European University Institute, Florenz, Dezember **(Wechsler)**

The Future of Design Protection, University of Indiana, Maurer Law Center, University of Oxford, Oxford, November **(Kur)**

INTA Leadership Meeting 2012, International Trademark Association (INTA), Orlando, November **(Pagenberg)**

10<sup>th</sup> International Cyberspace Conference, Masaryk University, Law Faculty, European Academy of Law and ICT, Brno, November **(Husovec)**

The Europeanisation of Patent Law: EU Law and IP Law Perspectives, IPR University Center, Espoo (Finnland), November **(Lamping, Wechsler)**

10<sup>th</sup> Anniversary Lecture for the European State Aid Law Quarterly, King's College London, London, November **(Jaeger)**

BLACA Seminar, BLACA (ALAI UK), London, November **(von Lewinski)**

ERA Annual Conference on Trademarks and Designs, ERA, Alicante, November **(Kur)**

WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights, WIPO, Genf, November **(von Lewinski)**

13. IBG-Jahrestagung „Das E-Book. Herausforderung und Chance für die Buch- und Verlagswelt“, Verlag C.H.Beck, LMU München, Internationale Buchwissenschaftliche Gesellschaft (IBG), München, November **(Hartmann)**

Intellectual Property in Modern Europe, GWZO Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig, Leipzig, November **(Dietz)**

IP Protection and Enforcement in the National and International Legal Framework, Deutsche Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit e.V., Amman, November **(Köklü, Lamping)**

Patent Statistics for Decision Makers, EPO, OECD, Paris, November **(Schautschick)**

Interparliamentary Committee Meeting on “The proposal for a Common European Sales Law: taking stock after a year”, Europäisches Parlament, Brüssel, November **(Hafenbrädl)**

The Scientific-Practical Conference: The Actual Issues of Intellectual Property and Innovative Development, The National Academy of Law Sciences of Ukraine, Kharkiv, November **(Kryzhna)**

The Creation of a Unitary Patent Protection in the European Union, ERA, Queen Mary Centre for Commercial Law Studies, Paris, November **(Pagenberg, Ullrich)**

Göttinger Urheberrechtstagung, SUB Göttingen, Lehrstühle Prof. Spindler, Prof. Wiebe, Göttingen, November **(Hartmann)**

Articulate/Accentuate: Understanding the Emergent Regulatory Framework Governing Public Sector Data, European Science Foundation, Amsterdam, November **(Ullrich)**

Die neue Weltwirtschaftsordnung, geistiges Eigentum und die Herausforderungen für Europa, Bezirksgruppe Frankfurt/Main der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e.V., Frankfurt am Main, November **(Henning-Bodewig, Straus)**

OpenAIRE Conference “Enlightenment in the Knowledge Society”, OpenAIRE-Projekt, SUB Göttingen, Göttingen, November **(Hartmann)**

Crise et droit économique, Trentième anniversaire de l'Association Internationale de Droit Economique, AIDE, Universität Breslau, Breslau, November **(Drexel, Ullrich)**

What Constitutes Evidence for Copyright Policy? Centre for Intellectual Property Policy & Management, University of Bournemouth, Bournemouth, November **(Geiger)**

Public Hearing: Opportunities for Online Access to European Cultural Diversity, The Committee on Culture & Education in the European Parliament, Brüssel, November **(Lorrain)**

National Courts vis-a-vis EU Law: New Issues, Theories and Methods, European University Institute, Florenz, November **(Wechsler)**

Colloque des 30 ans de l'IRPI – Vers une rénovation de la propriété intellectuelle? IRPI, Chambre de commerce et d'industrie de Paris, Paris, November **(Hafenbrädl, Nérisson)**

Intellectual Property and Cultural Property: Rights Discourses in the Asia-Pacific Region, ARC Centre of Excellence for Creative Industries and Innovation, Cultural Heritage Centre for Asia and the Pacific, Alfred Deakin Research Institute, School of Law, Deakin University, Melbourne, November **(Antons)**

Task Force for IP and data protection of the S&D Group, Europäisches Parlament, Brüssel, November **(Nérisson)**

Evolution and Equilibrium: Copyright for the 21<sup>st</sup> Century, New Zealand Centre of International Economic Law, Law Faculty, Victoria University of Wellington, Wellington, November **(Geiger)**

Competition Law in the Energy Sector 2012, IBC Legal Conferences, Brüssel, November **(Tsangaris)**

MPG-CASS Conference on Perspectives of Cooperation, MPG, München, November **(Drexel)**

DGRI Jahrestagung 2012, Deutsche Gesellschaft für Recht und Informatik, Hamburg, November **(Scheder-Bieschin)**



Selektiv vertreiben – Grundlagen, Rechtsprechung, Aktuelle Trends, Münchner Kartellrechtsforum, München, November **(Mackenrodt)**

Internationale Konferenz über Kartell-deliktsrecht und Schäden als Rechtsfolge wettbewerbswidriger Verhaltensweisen, Universität Barcelona, Barcelona, November **(Pérez Fernández)**

A Search for Best Practices, Challenges at the Leading Edge: The Courts, Practitioners, Clients, and Investors, BioDeutschland, HU Berlin, the US Federal Circuit Bar Association, Berlin, November **(Straus)**

Conference on International Aspects of Intellectual Property Law, The American Society of International Law, Arizona State University College of Law, Tempe (USA), November **(Grosse Ruse-Khan)**

Geistiges Eigentum in Universität und Praxis, Rechtswissenschaftliche Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Gleiss Lutz, Hogan Lovells, Freiburg, November **(Dias Batista)**

Zehn Jahre reformiertes Urhebervertragsrecht, 1. Josef Kohler-Symposium, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Oktober **(Hartmann, Katzenberger)**

NBER Workshop on Scholarly Communication, Open Science and Its Impact, Sloan Foundation, Cambridge (USA), Oktober **(Mueller-Langer)**

The Future of the Internet: Network Neutrality, Search Neutrality and Vertical Foreclosure, MaCCI Law and Economics Conference, Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI), Mannheim, Oktober **(Surblyté)**

Copyright: What is broken, how to mend it? Europäisches Parlament, Brüssel, Oktober **(Geiger)**

Policy in Science and Technology for Innovation Development in Germany, Kasan National Research Technical University (KNRTU), IBA\_knowledge networks and itw, Berlin, Oktober **(von Lewinski)**

8<sup>th</sup> European Patent Judges' Forum, European Patent Lawyers Association und EPO, Venedig, Oktober **(Pagenberg)**

ALAI Kongress Kyoto 2012, ALAI, Kyoto, Oktober **(Kur, von Lewinski)**

Commemorative Symposium on the Adoption of the WIPO Beijing Treaty on Audio-visual Performances, Japan Council of Performers Rights & Performing Arts Organization (Geidankyo), Tokio, Oktober **(von Lewinski)**

The 13<sup>th</sup> Annual Sedona Conference on Patent Litigation, Del Mar (USA), Oktober **(Pagenberg)**

Fachsymposium und Podiumsdiskussion „Urheberrecht für die Wissensgesellschaft – Herausforderungen in der digitalen Welt“, Deutscher Bibliotheksverband e.V., Berlin, Oktober **(Hartmann)**

Karlsruher Dialog Technik und Recht „BioPatente – Motor oder Bremse des technischen Fortschritts“, Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Karlsruhe, Oktober **(Straus)**

Giornata di studio sul tema “Università, trasferimento della conoscenza e diritto d'autore dell'era digitale”, Università Italiane, Rom, Oktober **(Guarda)**

The Progetto ILO2, ARTI-Agenzia Regionale per la Tecnologia e l'Innovazione, Foggia-Bari-Lecce, Oktober **(Guarda)**

Panel on European Patent Court; AIPPI World Congress, AIPPI, Seoul, Oktober **(Pagenberg)**

LIDC Kongress, International League of Competition Law (LIDC), Prag, Oktober **(Henning-Bodewig)**

WIPO Domain Name Panelists Meeting,  
WIPO, Genf, Oktober (**Köklü**)

JDialog: Patente – Quo Vadis? Harmonisierungsbestrebungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und aus den USA, Jones Day, Frankfurt am Main, Oktober (**Lamping**)

Identités européennes et circulation des personnes, des savoirs et des modèles, Research Federation Europe in Transition, Universität Straßburg, Straßburg, Oktober (**Geiger**)

Field Fisher Waterhouse Patentexpertenrunde, Field Fisher Waterhouse, Brüssel, Oktober (**Lamping**)

Demokratie- und Rechtsstaatsförderung durch die IRZ – 20 Jahre internationale rechtliche Zusammenarbeit, Deutsche Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit e.V., Berlin, Oktober (**Köklü, Lamping**)

Flexibilities in Business Contracting, Oulu University, Oulu (Finnland), Oktober (**N. Lee**)

Studies of Governance of STI for Global Challenges, Imperial College London, London, Oktober (**Ullrich**)

Zukunft des Urheberrechts, Colab e.V., Potsdam, Oktober (**Köklü**)

Harmonisierung des Urheberrechts durch den EuGH? ALAI Deutschland e.V., Bonn, Oktober (**Hilty, Köklü, von Lewinski**)

Labor Mobility and Innovation: Regions and Clusters, Mobility and Competition Clause Workshop, Bond University, LMU München, INNO-tec, Monash University, University of Melbourne, München, September (**Lamping**)

WIPO Regional Seminar on the Legislative, Economic and Policy Aspects of the Utility Models Protection System, WIPO, Kuala Lumpur, September (**Grosse Ruse-Khan**)



Global Thematic Conference on the Knowledge Commons: Building Institutions for Sustainable Scientific, Cultural and Genetic Resources Commons, IASC (International Association for the Study of the Commons), Université catholique de Louvain (UCL), Louvain-la-Neuve, Belgien, September **(Lorrain)**

Challenge of the Commons: Properties in the XXI Century, Federal University of Rio de Janeiro, Rio de Janeiro, September **(Geiger)**

The 2012 Intellectual Property and Innovation Summit "A Framework for 21<sup>st</sup> Century Growth and Jobs", The Lisbon Council, Brüssel, September **(Hilty)**

Die digitale Bibliothek und ihr Recht – ein Stiefkind der Informationsgesellschaft? Universität zu Köln – HBZ, Köln, September **(Köklü)**

South African Research & Innovation Management Association (SARIMA) Conference, SARIMA, Port Elizabeth, September **(Straus)**

12. Österreichischer Europarechtstag, „Kooperation der Gerichte im europäischen Verfassungsverbund – Grundfragen und neueste Entwicklungen“, WU Wien, Wien, September **(Jaeger)**

ODOK 2012, 14. Österreichisches Online-Informationstreffen und 15. Österreichischer Dokumentartag, FH Oberösterreich, Wels, September **(Hartmann)**

EPIP – 7<sup>th</sup> Annual Conference: IP in Motion, EPIP, Leuven, September **(Hilty, N. Lee, Nabokin, Ullrich)**

Sitzung der Europäischen Kommission, DG Connect, Brüssel, September **(Straus)**

13. Herbstakademie 2012 der Deutschen Stiftung für Recht und Informatik (DSRI), Wuppertal, September **(Hartmann)**

CIOPORA Conference on Patents and Modern PBRs in Horticultural Breeding, CIOPORA, Venlo (Niederlande), September **(Straus)**

GRUR-Jahrestagung 2012, Deutsche Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e.V., Frankfurt am Main, September **(Ahn, Drexl, Hartmann, Henning-Bodewig, Hilty, Il Ho Lee, Reimann, Shiomi)**

IP and Open Access, National Health School of Fundação Osvaldo Cruz, Rio de Janeiro, September **(Geiger)**

Die Rolle der europäischen Gerichte und des nationalen Richters zum Schutz der Grundrechte, Consiglio Superiore della Magistratura, Rom, September **(de Franceschi)**

European Patent Reform Forum 2013, Managing Intellectual Property, München, September **(Ullrich)**

WTO Public Forum – Is Multilateralism in Crisis? WTO, Genf, September **(Grosse Ruse-Khan)**

Zukunftsforum Urheberrecht, Bundesministerium der Justiz, Berlin, September **(von Lewinski, Nérissou)**

8. Österreichisches Rundfunkforum – Das Immaterialgüterrecht in elektronischen Medien, Forschungsinstitut für das Recht der elektronischen Massenmedien (REM), Wien, September **(von Lewinski)**

Limitations and Exceptions Network Workshop, American University Washington College of Law, Washington D.C., September **(Nérissou)**

The 10 years of the Brazilian new Civil Code, Catholic University PUCRS, Porto Alegre (Brasilien), September **(Geiger)**

The Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA), University of Santa Catharina, Florianopolis (Brasilien), September **(Geiger)**

- 75<sup>th</sup> ILA Conference, International Law Association, Sofia, August **(Drexl)**
- Annual Congress of the European Economic Association, EEA, ESEM, Malaga, August **(Nabokin)**
- Round Table Discussion on Substantive Patent Examination, Companies and Intellectual Property Commission (CIPC), Pretoria, August **(Straus)**
- Patent Reforms at Both Sides of the Atlantic, IPR University Center, Helsinki, August **(N. Lee)**
- Hogan Lovells Münchner Patentrechtsgespräche 2012, München, Juli **(Straus)**
- Amsterdam Workshop on Copyright Formalities, Institute for Information Law (IViR), Berkeley Center for Law & Technology (BCLT), Amsterdam, Juli **(Hilty)**
- Copyright in the Digital Era: Finding the Right Balance between Protection and Free Markets. The Place of Luxembourg in the (Internal and) Global Market of Information Society, FEDIL (Business Federation Luxembourg), Luxemburg, Juli **(Geiger)**
- Annual Congress of the Society for Economic Research on Copyright Issues (SERCI), SERCI, Washington D.C., Juli **(Mueller-Langer)**
- 20<sup>th</sup> CASRIP Anniversary – 2012 High-tech Protection Summit, University of Washington School of Law, Seattle, Juli **(Kur, Pagenberg, Straus)**
- 3<sup>rd</sup> Meeting of the UNCTAD Research Partnership Platform, United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), Genf, Juli **(Drexl)**
- 3<sup>rd</sup> Biannual Conference of the Society of International Economic Law (SIEL), Singapur, Juli **(Grosse Ruse-Khan)**
- 4<sup>th</sup> Internal LAPSI Conference: Open Public Sector Information: Time for a New Paradigm, Thematic Network on Legal Aspects of Public Sector Information, Turin, Juli **(Drexl)**
- 19<sup>th</sup> Biennial Conference of the Asian Studies Association of Australia, University of Western Sydney, Parramatta, Juli **(Antons)**
- Der elektronische Lesesaal My Bib eL, Bayerische Staatsbibliothek, ImageWare Components GmbH, München, Juli **(Hartmann)**
- Kartellrechtliche Compliance-Programme, Round-Table Gespräch, Münchner Kartellrechtsforum, München, Juli **(Mackenrodt, Podszun)**
- Conference of the Australian and New Zealand Intellectual Property Teachers, Adelaide University, Adelaide, Juli **(Cornish)**
- 31<sup>st</sup> Annual Congress of the ATRIP (International Association for the Advancement of Teaching and Research in Intellectual Property), "Intellectual Property: Methods and Perspectives", ATRIP, University Chicago-Kent, Chicago, Juli **(Antons, Bakhoum, Geiger, Hilty, Kökklü, Kur, N. Lee)**
- The Nouvelle Vague Workshop, European University Institute, Florenz, Juni **(Goold)**
- 10<sup>th</sup> Experts' Forum on New Developments in European State Aid Law 2008, EStALI, Brüssel, Juni **(Jaeger)**
- Tilburg Innovation, Intellectual Property and Competition Policy Conference, Center for Innovation Research (CIR), Tilburg University, Tilburg, Juni **(Mueller-Langer, Ullrich)**
21. Sitzung des Kuratoriums der Europäischen Rechtsakademie (ERA), ERA, Trier, Juni **(Hilty)**
- Harmonisation of European IP Law and Emeritaatsviering van Professor Frank Gotzen, Katholieke Universiteit Leuven, Brüssel, Juni **(Dietz, Kur, Ullrich)**
- Intellectual property and access to knowledge: The University's role, University of Buenos Aires (UBA), Faculty of Law, Buenos Aires, Juni **(Geiger)**

5<sup>th</sup> International Conference on Information Law and Ethics, INSEIT, Korfu, Juni  
**(Hilty, Köklü, Kosmides)**

Die EuGH-Entscheidung Premiere League ./.  
Murphy aus Sicht der Betroffenen, ALAI  
Deutschland e.V., Berlin, Juni **(Köklü,  
von Lewinski)**

Trade Liberalisation and Standardisation –  
New Directions in the “Low Politics” of EU  
Foreign Policy, European University Institute,  
Florenz, Juni **(Wechsler)**

WIPO Diplomatische Konferenz zu audio-  
visuellen Darbietungen, WIPO, Peking,  
Juni **(von Lewinski)**

Colloque International «Protéger et valoriser  
les œuvres en ligne dans le cadre Euro-  
péen», Telecom Bretagne, Rennes, Juni  
**(von Lewinski)**

Jahresversammlung der MPG, MPG, Düssel-  
dorf, Juni **(Drexler, Hilty, Klopschinski, Köklü)**

Arbeitskreis Blut, Robert-Koch-Institut,  
Berlin, Juni **(Podszun)**

24. Sitzung des WIPO Standing Committee  
on Copyright and Related Rights (SCCR),  
WIPO, Genf, Juni **(Köklü, von Lewinski)**

Intellectual Property: A Tool for Economic  
Growth in the 3<sup>rd</sup> Millennium, LES Pan-Euro-  
pean Conference 2012, Licensing Executives  
Society (LES), Rom, Juni **(Pagenberg)**

Economic Characteristics of Developing  
Jurisdictions and their Effect on Competition  
Law, University of Haifa School of Law, Haifa,  
Juni **(Bakhoun, Drexler, Molestina)**

Brauchen wir eine Rom 0-Verordnung?  
Überlegungen zu einem Allgemeinen Teil  
des europäischen IPR, Symposium, Univer-  
sität Bayreuth, Bayreuth, Juni **(Neumann)**

3<sup>rd</sup> Vienna Music Business Research Days on  
“New Music Consumption Behavior”, Insti-  
tute for Cultural Management and Cultural  
Studies (IKM) and Institute for Music

Sociology (IMS) of the University of Music  
and Performing Arts Vienna, Institute of  
Journalism and Communications Research  
(IJK) of University of Music, Drama and  
Media Hanover, International Association  
of Music Business Research, Wien, Juni  
**(Malevanny)**

5<sup>th</sup> IP Business Congress: The Annual Event  
for Global IP Leaders, IAM, Lissabon, Juni  
**(Pagenberg)**

Hearing der Fraktion der Progressiven  
Allianz der Sozialdemokraten im Europäi-  
schen Parlament, Europäisches Parlament,  
Brüssel, Juni **(Nérisson)**

Board of Trustees, 5<sup>th</sup> Meeting, NEXA  
Center for Internet and Society, Politecnico  
di Torino, Turin, Juni **(Drexler)**

The Access Challenge in the 21<sup>st</sup> Century:  
Emerging Issues in Intellectual Property  
Laws and Knowledge Governance, Bucerius  
Law School, Center for Transnational IP,  
Media and Technology Law and Policy,  
Hamburg, Mai **(Geiger, Grosse Ruse-Khan,  
Hilty, Shaikh, Wechsler)**

Symposium „Finanzinnovation“, Profilbereich  
„Unternehmen – Recht, Innovation und  
Risiko“ der Universität St. Gallen/Law  
School, St. Gallen, Mai **(Klopschinski)**

The Scientific-Practical Conference Devoted  
to the Memory of Professor O.A. Pushkin:  
The Actual Issues of Civil Law and Proce-  
dure, The National Academy of Law Sciences  
of Ukraine, Kharkiv, Mai **(Kryzhna)**

Taking Risks and Challenging Legal Thought,  
Queen Mary Law School Post-Gradual Law  
Conference, Queen Mary Law School,  
London, Mai **(Chiou, Goold, Pérez Fernández)**

Urheberrecht vs. freies Internet – ein  
unauflösbarer Widerspruch? Bayerisches  
Staatsministerium der Justiz und für Ver-  
braucherschutz, München, Mai **(von Lewinski,  
Neumann)**

The Scientific-Practical Conference: Legal support of commercialization of researches and development results, The National Academy of Law Sciences of Ukraine, Kharkiv, Mai (**Kryzhna**)

The International Copyright System and Access to Education: Challenges, New Access Models and Prospects for New Principles, MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, WIPO Working Group, University of Minnesota, Law School, München, Mai (**Geiger, Hilty, Köklü**)

INTA Annual Meeting, International Trademark Association (INTA), Washington D.C., Mai (**Pagenberg**)

Jahrestagung zum Europäischen Urheberrecht 2012, Europäische Rechtsakademie ERA, Trier, Mai (**Köklü**)

Academia & Publishing, Università del Piemonte Orientale, Novara, Mai (**Mueller-Langer**)

„Geht nicht, gibt's nicht?“ Urheber- und Datenschutzrecht im Internet, Symposium des Instituts für Europäisches Medienrecht (EMR), Sky Deutschland, Brüssel, Mai (**Hilty**)

United States and German Bench & Bar Gathering: A New Bridge Across the Atlantic, The Federal Circuit Bar Association, Patent-anwaltskammer, Washington D.C., Mai (**Pagenberg**)

Dritte Festveranstaltung des Schöller Forschungszentrums, Dr. Theo und Friedl Schöller Forschungszentrum für Wirtschaft und Gesellschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg, Mai (**Wechsler**)

International congress of Intellectual Property “La compensación equitativa por copia privada en España y en la Unión Europea. Nueva regulación y perspectivas de armonización”, Universidad Autónoma de Madrid and Ministry of Education, Culture and Sport, Madrid, Mai (**von Lewinski**)

6<sup>th</sup> Advanced Research Forum on Intellectual Property Rights: Selected Topics on Cultural and Legal Pluralism in IP Law, WIPO, Genf, Mai (**Ahn, Aranda Sales, Geiger, He, König, N. Lee, Shaikh**)

Digital Life: A User's Manual, What are the good legal rules for regulating Internet? University of Versailles Saint-Quentin (Laboratoire DANTE), Court of Appeal of Versailles, Versailles, April (**Geiger, Hafenbrädl**)

Intellectual Property Rights: System Improvement and Industrial Development, 2012 IPR Nanhu Forum, IPR, Shenzhen, April (**Hilty**)

German Innovation and the Reformed U.S. Patent System: A Dialogue with USPTO Director Kappos, American Chamber of Commerce, Stakeholder Forum, München, April (**Pagenberg**)

Kommission der bayerischen Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zur Zukunft des Urheberrechts, Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, München, April (**Köklü**)

Schleichendes Ende des Urheberrechts im Netz, Institut für Urheber- und Medienrecht, München, April (**von Lewinski**)

Il sistema unico di brevetto nell'Unione Europea nella prospettiva italo-tedesca – Das einheitliche Patentsystem der Europäischen Union in der deutsch-italienischen Perspektive, Centro italo-tedesco per l'eccellenza europea – Deutsch-italienisches Centrum für europäische Exzellenz, Villa Vigoni, Menaggio, April (**Kur**)

Inventions – Teach Them Right, or Lose Your Right, UNION of European Practitioners in Intellectual Property, EPO, München (**Lamping**)

HiiL Project, Workshop on the Legitimacy of Private Transnational Governance, European University Institute, Florenz, April (**Wechsler**)



20<sup>th</sup> Annual Fordham IP Conference, Fordham IP Institute, Hansen IP Institute, New York, April (**Kur**)

Fundamental Rights Working Group, European University Institute, Florenz, April (**Wechsler**)

7<sup>th</sup> ASCOLA Conference: "State-Initiated Restraints of Competition", Mackenzie Presbyterian University, São Paulo, April (**Drexler, Fischmann, Jaeger, Surblyté**)

4<sup>th</sup> Trademark Scholars Roundtable, DePaul University, Chicago, April (**Kur**)

11<sup>th</sup> Annual ICN Conference, International Competition Network (ICN), Rio de Janeiro, April (**Drexler**)

Transparency and Predictability of Licensing in ICT through Patent Pools? Workshop, Europäische Kommission, Brüssel, April (**Fey**)

Problemstellungen und Entwicklungsperspektiven im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes, Deutsche Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit e.V., Taschkent (Usbekistan), April (**Köklü**)

The Effectiveness of International Law, ILA 76<sup>th</sup> Biennial Conference, International Law Association (ILA), Washington, April (**Drexler**)

Nordic IPR Network Meeting, Grisslehamn (Schweden), April (**N. Lee, Trumpke**)

Antitrust Law and Economics, Studienzentrum Gerzensee, Gerzensee, April (**Raeder**)

13<sup>th</sup> EIPIN Congress: Intellectual Property and Imitation, European Intellectual Property Institutes' Network (EIPIN), Queen Mary University London, London, April (**Drexler, Ericsson, Shaikh, Surblyté**)

International Patent Forum, Managing Intellectual Property, London, April (**Shaikh**)

CEIPI Konferenz "What Patent Law for the European Union?", CEIPI, Straßburg, April (**Geiger, Hafenbrädl, Jaeger, Lamping, Ullrich**)

Colloque: «Le sport: entre pouvoirs privés et droit économique», Association Internationale de Droit Economique (AIDE), Université Aix-Marseille, Aix-en-Provence, April (**Drexler**)

10. Kölner Symposium zum Marken- und Wettbewerbsrecht, Carl Heymanns Verlag, Köln, März (**Knaak**)

Frühjahrstagung LES Deutschland, LES Deutschland, Königswinter, März (**Pagenberg**)

Verteidigungsrechte im kartellrechtlichen Bußgeldverfahren aus richterlicher und anwaltlicher Sicht, Münchner Kartellrechtsforum, München, März (**Mackenrodt, Podszun**)

Academy of European Law (ERA) Conference 'Geographical Indications in the European Union', ERA, Trier, März (**Knaak**)

The Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA), Directorate General for External Policies for the Policy Department and Committee on International Trade, Brüssel, März **(Geiger)**

Seminar Series of the Department of Economics and Finance, University of Canterbury, Canterbury (Neuseeland), März **(Müller-Langer)**

Les enjeux juridiques européens: Nouvelles gouvernances et nouvelles régulations en Europe, Trans Europe Experts, Chambre de commerce et d'industrie de Paris, Paris, März **(Hafenbrädl)**

The Issues of improvement of the rare books departments activity of the libraries in information support of scientifically-educational process, The National University "Yaroslav the Wise Law Academy of Ukraine", Kharkiv, März **(Kryzhna)**

1<sup>st</sup> Meeting of the ILA Committee on Intellectual Property and Private International Law, International Law Association (ILA), Universität Lissabon, Lissabon, März **(Drexl)**

Unlautere Geschäftspraktiken zwischen Kartellbehörde und Zivilrichter, Consiglio Superiore della Magistratura, Rom, März **(de Franceschi)**

Inaugural Conference, Leibniz Science Campus, Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI), Mannheim, März **(Ullrich)**

Use of ADR in Commercial Intellectual Property Infringement Disputes, San Diego, März **(N. Lee)**

2. DGI-Konferenz „Social Media and Web Science – Das Web als Lebensraum“, DGI, Deutsche Gesellschaft für Informationswissenschaft und Informationspraxis e.V., Düsseldorf, März **(Hartmann)**

Publikationskultur Plagiat und Urheberrecht, Verein zur Förderung des deutschen & internationalen Wissenschaftsrechts, Weimar, März **(Hartmann)**

Actualité du droit d'auteur: dimension européenne, concurrentielle et incidences pratiques, Le Cabinet Gilles Vercken, Paris, März **(von Lewinski, Nérissou)**

The Document Freedom Day: Open Standards in the eBook Market, The Green Party in the European Parliament, Brüssel, März **(Lorrain)**

The International Scientific-Practical Conference Devoted to the Memory of Professor V.P. Maslov: The Actual Issues of Civil, Housing and Family Law, The National University "Yaroslav the Wise Academy of Ukraine", Kharkiv, Februar **(Kryzhna)**

INTERGU-Tagung München 2012, Die Angemessenheit im Urheberrecht, INTERGU – Internationale Gesellschaft für Urheberrecht e.V., LMU, München, März **(Köklü, König, Lamping, von Lewinski, Mackenrodt)**

Towards the Reform of Collective Rights Management: Time for a Fair Remuneration for Artists, The Green Party in the European Parliament, Brüssel, März **(Lorrain)**

Patentrecht in der Biomedizin – Das Beispiel der Stammzellen, Akademie der Wissenschaften und Literatur, Mainz, Februar **(Straus)**

11<sup>th</sup> Copyright Conference 2012, Swiss Forum for Communications Law, Zürich, Februar **(Mueller-Langer)**

Ein fakultatives Gemeinsames Europäisches Kaufrecht, Europäische Rechtsakademie (ERA), Trier, Februar **(Hafenbrädl)**

Sitzung des Wissenschaftlichen Rates sowie der Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion der MPG, MPG, Berlin, Februar **(Drexl, Hilty)**

70<sup>th</sup> Annual Conference of the University of Latvia in the Legal Science: Legal Environment of Innovations, University of Latvia, Riga, Februar **(Kur)**



Privatkopie und Geräteabgabe im Lichte der Padawan-Rechtsprechung des EuGH, ALAI Deutschland e.V., München, Februar **(Hilty, Köklü, von Lewinski, Nérisson)**

Commons in Intellectual Property Law, Kobe University, Kobe (Japan), Februar **(N. Lee)**

The Promise of Econo-Legal Studies, Kobe University, Kobe (Japan), Februar **(N. Lee)**

45. FIW Symposium: Mittelstand im globalen Wettbewerb, Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) e.V., Innsbruck, Februar **(Drexl)**

13<sup>th</sup> EIPIN Congress: Imitation as Innovation, European Intellectual Property Institutes' Network (EIPIN), München, Februar **(Drexl, Chiou, Ericsson, Grosse Ruse-Khan, Kur, N. Lee, Shaikh, Surblyté)**

New Frontiers of Antitrust, Annual Conferences Conference, Concurrences Journal, Institute of Competition Law, Paris, Februar **(Surblyté)**

Intellectual Property in the Pharmaceutical Industry, Universität Genf, Genf, Februar **(Shaikh)**

Copyright and Human Rights in the Information Age: Conflict or Harmonious Co-existence? University of Szeged, Faculty of Law, Szeged, Februar **(Malevanny)**

15. Wiener Juristengespräche: Private Enforcement of EU and National Law, Österreichische Vereinigung für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht, Wien, Februar **(Jaeger)**

Roundtable on Enablement and Claim Scope, Union IP Experts, München, Februar **(Köklü)**

Großer Runder Tisch zum Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialog 2012, Bundesministerium der Justiz, Berlin, Februar **(Köklü)**

Management and Economics of ICT, Institute for Strategy, Technology and Organization (ISTO), München, Februar **(Stoll)**

2<sup>nd</sup> LAPSI Public Conference: A First Discussion after the Proposal for a Revision of Directive 2003/98/EC on PSI Re-Use, Thematic Network on Legal Aspects of Public Sector Information, LAPSI, Brüssel, Januar **(Drexl, Ullrich)**

4<sup>th</sup> Global Intellectual Property Convention, ITAG Business Solutions, Neu-Delhi, Januar **(Kochupillai)**

Ten Years after the EU Directive on Copyright in the Information Society: Looking Back and Looking Forward, CRID (University of Namur), Institute for Information Law (Amsterdam), Brüssel, Januar **(Geiger)**

Doctoral Students Workshop, University of Eastern Finland, Joensuu (Finnland), Januar **(N. Lee)**

Research Seminar, CEIPI, Universität Straßburg, Straßburg, Januar **(Chiou)**

Istanbul-Konferenz zur Wissenschaftsfreiheit: 2. Treffen des "International Academic Freedom Research and Advocacy Team", NGO Scholars at Risk (New York University), Istanbul, Januar **(Beiter)**

Theoretical, Methodological and Skill Development: Advance Level, Venice Workshop, Marie Curie Initial Training Network, Venedig, Januar **(Guarda)**

Patents, Standards, and Innovation, National Bureau of Economic Research (NBER), Tucson (USA), Januar **(Stoll)**

Bußgeldrecht im GWB, Münchner Kartellrechtsforum, München, Januar **(Mackenrodt, Podszun)**



# INNOVATION AND ENTREPRENEURSHIP RESEARCH



## I Die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung: Forschungsprofil, Forschungsfelder, Forschungsmethoden

### Forschungsprofil

Zum 1. Januar 2013 ist am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, vormals Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, eine neue, wirtschaftswissenschaftlich orientierte Forschungsabteilung, Innovation and Entrepreneurship Research, eingerichtet worden. Hier werden – in enger Zusammenarbeit mit Forschern der schon bestehenden Abteilungen – die Determinanten, Ergebnisse und die Gestaltung von Innovations- und Entrepreneurship-Prozessen erforscht.

Innovationsprozesse sind Phänomene von großer ökonomischer, sozialer und politischer Bedeutung. Wissenschaftlicher Fortschritt und Innovationen können zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürger, zu Produktivitätswachstum in der Wirtschaft und zur Erhöhung des Wohlstands eines Landes beitragen. Forschungs- und Innovationspolitik ist deshalb in vielen Ländern zu einem wichtigen Politikbereich geworden. Die Forscher analysieren, welche Handlungsoptionen Entscheidungsträger in der Politik haben, etwa durch die Gestaltung von Rahmenbedingungen, das Design von Schutzrechtssystemen und den Einsatz von Instrumenten der Forschungs- und Innovationspolitik.

Innovationen erlauben Unternehmen den Aufbau von Wettbewerbsvorteilen. Gerade im Globalisierungsprozess werden Unternehmen und andere Institutionen einem immer stärkeren Druck ausgesetzt, Innovationen einzuführen, d.h. neue Produkte, Dienstleistungen, Herstellungsprozesse und Organisationsformen zu entwickeln und in betriebliche Abläufe einzubringen. Hier wird die Wirkung verschiedener Ansätze im Innovationsmanagement analysiert.

Verstärkt sind Bürger unmittelbar an Innovationsprozessen beteiligt. Bei der Formulierung der Innovationspolitik werden sie in „Bürgerdialogen“ eingebunden, nehmen aber auch aktiv an der Gestaltung von Innovatio-

nen teil – so im Rahmen von *Communities* oder durch eine Beteiligung an der Finanzierung neuer Unternehmen im Rahmen des *Crowd-Financing*. Diese neuen Formen von Innovationsprozessen und ihre Gestaltung werden hier ebenfalls untersucht.

Zielgerichtete Innovationspolitik und erfolgreiches Innovationsmanagement werden durch zahlreiche Formen von Unsicherheit erschwert. Dennoch ist Innovation kein reiner Zufallsprozess, sondern gehorcht bestimmten Gesetzmäßigkeiten, die durch theoretische und empirische Arbeiten in der Innovationsforschung für den Einsatz in Politik, Management und Gesellschaft erschlossen werden können.

### Forschungsfelder

Innovation stellt eine wesentliche Quelle ökonomischen Wachstums dar, kann aber auch hohe wirtschaftliche und soziale Kosten verursachen. Im Rahmen der neu eingerichteten wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung am Max-Planck-Institut geht ein Forscherteam Fragestellungen in diesem Themenbereich nach. Ziel ist es Verläufe, Determinanten, Ergebnisse und Implikationen von Innovation und Entrepreneurship zu erforschen.

#### I Schutzrechtssysteme, Innovation und Wettbewerb

Systeme von Schutzrechten gehören zu den ältesten Institutionen zur Unterstützung von Innovation und haben regelmäßig kontroverse Einschätzungen ausgelöst. Die Forschung soll die rechtliche sowie die ökonomische Mikrostruktur dieser Systeme beleuchten, da diese die Wirkung von Schutzrechtssystemen erheblich beeinflussen können. Untersucht werden vor allem Patent-, Marken- und Urheberrechtssysteme, aber auch andere Instrumente. Die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung entwickelt Metriken und Modelle, um die Wirkungsweise von Schutzrechtssystemen bewerten zu können.

## II Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationspolitik

Innovationsprozesse werden auch durch nationale und regionale Besonderheiten geprägt. Sie werden von der allgemeinen Akzeptanz von Wandel, Risikoneigung und Vertrauen beeinflusst. Kulturelle und institutionelle Faktoren beeinflussen die Interaktionen von Akteuren in Innovationsprozessen und somit auch die Ergebnisse solcher Prozesse. Regierungen versuchen, durch Maßnahmen der Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationspolitik Vorteile für die Bürger in ihrer Jurisdiktion zu erzeugen. Während Forschungs- und Innovationspolitik in der Vergangenheit primär an der Korrektur von Marktversagen ausgerichtet war, sind Forschungs- und Innovationspolitiken nun verstärkt missionsorientiert konzipiert. Die Forschung am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb dokumentiert und analysiert diese Entwicklungen und spezifische Politikmaßnahmen und -instrumente. Dabei werden auch neue Metriken entwickelt, um die gesellschaftlichen Auswirkungen von Forschung und Innovation erfassen zu können. Die Forschungsprojekte untersuchen zudem die Wirkung von diffusionsorientierten Maßnahmen (z.B. *Open Access*) und die Auswirkungen von Datenweitergaberegulungen auf wissenschaftliche Kommunikation.

## III Innovationsmanagement

Viele Unternehmen haben umfassende Systeme zum Management von Innovationsprozessen entwickelt. Mit diesen Systemen wird auf neue Möglichkeiten und Bedrohungen reagiert, so durch die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen, Prozesse und Geschäftsmodelle. Hier untersuchen die Forscher Systeme, Strategien und Instrumente des Innovationsmanagements in enger Zusammenarbeit mit führenden Praktikern, um besonders effektive, aber auch weniger erfolgreiche Ansätze des Innovationsmanagements zu identifizieren. Die Intention, Innovation gezielt herbeizuführen, kann aber auch zu einer systematischen Einschränkung für radikale oder disruptive Innovationen führen. Daraus ergibt sich gerade in etablier-

ten, großen Unternehmen ein Spannungsfeld, in dem unterschiedliche Formen von Innovationsprozessen sichtbar werden, die im Wettbewerb miteinander stehen und in der Organisation für Friktionen sorgen.

## IV Entrepreneurship und Innovation

Unternehmerische Aktivität ist ein wesentlicher Treiber von Wandel. Gewinnorientiertes unternehmerisches Handeln ist in der Vergangenheit bevorzugt untersucht worden. Hinzu kommen inzwischen aber Untersuchungen von sozialem Entrepreneurship. Unternehmerisches Handeln und seine Auswirkungen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, so von Finanzierungsmöglichkeiten, Unterstützung von Startups durch den Staat, von Besteuerung und kulturellen Faktoren. Die Forschung untersucht unterschiedliche Formen von Entrepreneurship ebenso wie die Rolle unterschiedlicher Akteure in unternehmerischen Prozessen. Ein wichtiges Forschungsgebiet ist dabei Entrepreneurship innerhalb etablierter Organisationen (*Intrapreneurship*).

## V Innovationsmotive und Innovationsverhalten

Individuen und Organisationen verfolgen Innovation aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichen Formen. Die Forschung ist darauf ausgerichtet, Motive und Verhalten, die zu innovativen Ergebnissen führen, zu verstehen. Einige der beobachteten Verhaltensweisen sind nicht mit klassischen Verhaltensannahmen der Wirtschaftswissenschaften vereinbar und daher von besonderem Interesse. Um ein verbessertes Verständnis von innovationsauslösenden Faktoren zu erhalten, werden Einsichten aus anderen Disziplinen genutzt. Innovationsmotive und Innovationsverhalten werden auf unterschiedlichen Ebenen (z.B. Individuum, Team, Organisation, Region etc.) untersucht.

## Forschungsmethoden

Die Forschungsprojekte kombinieren ökonomische, insbesondere industrieökonomische und sozialwissenschaftliche Ansätze. Auf der Basis strukturierender theoretischer Ansätze

werden Innovationsprozesse und die sie bestimmenden Determinanten untersucht. Die Forschungsarbeiten sind größtenteils empirisch ausgerichtet, schließen aber auch die eigenständige Entwicklung angewandter theoretischer Modelle ein.

Ein wichtiges Charakteristikum der Arbeiten ist die Nutzung anspruchsvoller empirischer Verfahren, die eine optimale Auswertung der verwendeten Daten gestatten sollen. Die Arbeiten zielen dabei in der Regel darauf ab, kausale Zusammenhänge zu identifizieren, so durch Einsatz von *Instrumentvariablen*, *Difference-in-Difference-Schätzern* oder *Regression-Discontinuity-Verfahren*. Zudem kommen häufig panelökonometrische Verfahren zum Einsatz. Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb erstellt darüber hinaus oft originäre Daten, z.B. in Befragungen oder mit Hilfe von Big-Data-Ansätzen durch Selektion von Daten aus dem Internet (*Datamining*) oder anderen Primärquellen.

Um für die Forschungsarbeiten der Abteilung auch experimentelle Methoden einsetzen zu können, wurde gemeinsam mit dem Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen ein Experimentallabor aufgebaut (s. C II 4). Zudem arbeiten in der Abteilung Datenwissenschaftler, die die Erstellung umfangreicher Datensätze im Bereich von Patenten, Marken, Unternehmensdaten und Informationen zu Gerichtsverfahren vorantreiben. Diese Ressourcen sollen auch externen Wissenschaftlern zur Verfügung gestellt werden.





## II Projekte

### 1 Datenprojekte

#### 1.1 Erfindermobilität

*Im Jahr 2012 investierten die EU-Länder insgesamt 282 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung (FuE). Zwei Drittel dieses Betrages entfallen auf FuE-Ausgaben von Unternehmen, das restliche Drittel verteilt sich auf öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen sowie Universitäten. Die Kosten für Personal umfassen dabei fast 70 Prozent der genannten Ausgaben (EUROSTAT). Eine besonders wichtige Gruppe von Akteuren stellen Erfinder dar, deren Produktivität und Mobilität am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb untersucht werden.*

Der Datensatz MIID 1999 – 2011 verknüpft Patent-Register-Daten zu Patentanmeldungen in Deutschland wohnhafter Erfinder beim Europäischen Patent- und Markenamt (EPA) aus den Jahren 1999 bis 2011 mit Erwerbsbiographie-Daten sozialversicherungspflichtig Beschäftigter des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Diese Daten sollen künftig der Beantwortung von Fragen zum Zusammenhang zwischen individueller und organisationaler Produktivität und Erfindermobilität, der Analyse von Wissensspillovers sowie der Untersuchung der Zusammensetzung von Erfinderteams dienen.

Wissen – insbesondere der implizite Teil des Wissens – steckt in den Köpfen von Individuen. Daher stellen Individuen einen wichtigen Mechanismus beim Transfer von wertvollem Wissen zwischen Organisationen dar und können Produktivitätsverbesserungen auslösen. Ein Unternehmen könnte eine Großzahl möglicher Erfindungen verlieren, wenn produktive Erfinder das Unternehmen verlassen. Umgekehrt kann die Rekrutierung von produktiven Erfindern eine wichtige Personalmaßnahme darstellen, da ein Transfer von FuE-Wissen oftmals den Transfer des Erfinders selbst erfordert.

Aufgrund der hohen Bedeutung der Erfindermobilität für Unternehmen befasst sich ein erstes Projekt mit den Determinanten von Er-

findermobilität. Dabei wird zwischen der Mobilität innerhalb von Unternehmen und der Mobilität zwischen Unternehmen unterschieden. Zur Beantwortung der Frage, welche Faktoren Erfindermobilität beeinflussen, werden Daten aus verschiedenen Quellen verwendet und kombiniert.

#### Sozialversicherungsdaten

Die Datengrundlage bilden vom Forschungszentrum der Bundesagentur für Arbeit (FDZ) in Nürnberg bereitgestellte *Linked-Employer-Employee-Daten* (LIAB). Die Daten stellen eine Kombination von Betriebsdaten aus jährlichen Erhebungswellen des IAB und Personendaten (soziodemographische Daten sowie Informationen zur Beschäftigung) zu allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen in Deutschland dar.

#### PATSTAT Patentdaten

Die Sozialversicherungsdaten werden kombiniert mit PATSTAT, einer weltweiten Patentstatistik-Datenbank des Europäischen Patentamts (EPA). PATSTAT ist eine Momentaufnahme der Master-Dokumentationsdatenbank (DOCDB) des EPA und enthält bibliographische Daten zu ca. 70 Millionen Patentanmeldungen aus über 80 Ländern.

Erste Ergebnisse zeigen, dass 44 Prozent der Erfinder in einem 11-Jahres-Zeitraum mindestens einmal den Betrieb gewechselt haben. 54 Prozent dieser Wechsel fanden innerhalb eines Unternehmens statt, 46 Prozent der Erfinder wechselten zu einem neuen Unternehmen. Weiter zeigen die Ergebnisse, dass die Wahrscheinlichkeit eines Wechsels zu einem anderen Unternehmen mit der Dauer der Zugehörigkeit zu einem Unternehmen sinkt, jedoch mit der Anzahl der Patente, für die ein Erfinder verantwortlich ist, steigt. Da Patentoutput beobachtbar ist, könnten Motivations- und Anreizsysteme den Erfinder von einem Arbeitgeberwechsel abhalten. Die Qualität der Patente hat keinen signifikanten

Einfluss auf die Wechselwahrscheinlichkeit (Dorner et al. 2014). Dieses Ergebnis mag auf den ersten Blick überraschend sein. Die Qualität von Patenten ist jedoch deutlich schwerer beobachtbar als ihre Anzahl. Insbesondere Probleme bei der Ermittlung des wirtschaftlichen oder technologischen Werts von Patenten können eine Begründung für dieses Ergebnis darstellen.

#### Literaturhinweise

Dorner, Matthias; Bender, Stefan; Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin (2014). Patterns and Determinants of Inventor Mobility – Evidence from the Employment Biographies of Inventors in Germany.

#### Leitung

*Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.*

#### Mitwirkende

*Prof. Dr. Karin Hoisl, Matthias Dorner*

#### Externe Mitwirkende

*Stefan Bender (IAB, Nürnberg)*

#### Partner

*Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg*

#### Ziel des Projekts

*Erstellung eines verknüpften Erfinder-Betriebs-Datensatzes (MIID 1999 – 2011)*

#### Projektlaufzeit

*Seit 2011*



## 1.2 Clean-Technology-Innovation in Deutschland – eine Verknüpfung von Befragungs- und Erfindernetzwerkdaten

*Erfinder sind für die Innovationskraft technologisch hochentwickelter Volkswirtschaften von großer Bedeutung. Um den Innovationsbeitrag von Erfindern in Schlüsseltechnologien besser verstehen zu können, werden am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb mehrere Forschungsprojekte durchgeführt. Im Rahmen des DFG-Projekts „Clean-Technology-Innovation in Deutschland“ werden Daten aus einer Befragung von Erfindern mit Informationen zu den Patenten verknüpft, an denen die befragten Personen beteiligt waren. Zentral ist dabei die Frage, wie sich soziale Strukturen in Erfindernetzwerken sowie Persönlichkeitsmerkmale, fachliche Kenntnisse und Erfahrungen von Erfindern auf die Qualität und Quantität ihrer Patente auswirken. Insgesamt konnten Befragungsdaten von 1.932 Erfindern erhoben werden, die an 16.968 Patenten beteiligt waren. Aus den daraus identifizierten Erfinderteams ergibt sich ein Netzwerk, innerhalb dessen insgesamt 46.135 Kontakte unter den Erfindern zu verzeichnen waren.*

Erfindungen entstehen im Wesentlichen durch die Kombination und Rekombination von Wissen bzw. Wissenselementen. Bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schrieb der Ökonom Joseph A. Schumpeter: „Indem wir uns daran erinnern, dass Produktion im wirtschaftlichen Sinne nichts anderes als das Kombinieren von Produktionsleistungen ist, können wir das Gleiche auch dadurch ausdrücken, dass wir sagen, dass die Innovation Faktoren auf eine neue Art kombiniert oder dass sie in der Durchführung neuer Kombinationen besteht [...]“<sup>1</sup> In der Nachfolge Schumpeters wurden in der innovationsökonomischen Literatur unter den Faktoren, die neu kombiniert werden, auch Wissen bzw. Bestandteile von Wissen verstanden.

Die sauberen Umwelttechnologien, die sog. *Clean Technologies*, sind geradezu prädestiniert für Untersuchungen zum Thema Innovation und Wissensrekombination: In diesem Bereich schöpft die technologische Entwicklung aus mehreren Wissensfeldern und kombiniert Wissen aus unterschiedlichen Bereichen wie etwa

Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie Informations- und Kommunikationstechnologie in immer wieder neuer Weise. Zudem ist dieser Technologiebereich im Hinblick auf Innovationsprozesse bisher noch kaum untersucht worden, obwohl die wirtschaftliche und politische Relevanz durch steigende Umsatz- und Arbeitsplatzzahlen sowie politische Förderung in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat.

Das Projekt befasst sich mit Individuen, nämlich den Erfindern, die mit den Ergebnissen ihrer Arbeit den Innovationsprozess einleiten. Zum einen werden deren Möglichkeiten, auf Wissen anderer über soziale Kontakte zuzugreifen, untersucht. Hier kann durch Informationsübertragung im sozialen Netzwerk der Erfinder eine individuelle Erweiterung von Wissen stattfinden. Die Karrierepfade der Erfinder sollen zum anderen Aufschluss darüber geben, welches im Laufe des Lebens erworbene und in den Köpfen der Erfinder angesammelte personengebundene Wissen förderlich für die Wissensrekombination ist. Außerdem soll die Wirkung psychologischer und kognitiver Prädispositionen von Erfindern untersucht werden.

Neben Erfindern aus dem Bereich der Clean Technologies wurden vergleichend auch Erfinder aus den Technologiefeldern ‚Maschinenelemente‘ und ‚Nanotechnologie‘ untersucht, um die Gültigkeit der Ergebnisse zu überprüfen.

### Prozess der Datenerhebung

Die Grundgesamtheit der zu untersuchenden Erfinder wurde aus 16.485 Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt (EPA) definiert. Diese weisen ein Prioritätsdatum im Zeitraum der Jahre 2004 bis 2008 auf, nennen zum Zeitpunkt der Anmeldung mindestens einen Erfinder mit Wohnort in Deutschland und wurden vom Patentamt den Technologieklassen ‚Clean Technologies‘, ‚Maschinenelemente‘ oder ‚Nanotechnologie‘ zugeordnet. Auf dieser Basis lassen sich insgesamt 9.586 Erfinder identifizieren, von denen ca. 60,8 Prozent den Clean Technologies, 27,2 Prozent dem Bereich der Maschinenelemente<sup>3</sup> und 12,0 Prozent der Nanotechnologie zuzuordnen sind. Diese Personen wurden im Zeitraum zwischen April und September 2013 angeschrieben und gebeten,



einen Online-Fragebogen auszufüllen. Der Rücklauf ergab 1.932 Antworten, was einer bereinigten Antwortquote von 29,5 Prozent<sup>3</sup> entspricht. Mittels des Fragebogens wurden neben demographischen Informationen Daten zu Bildungshintergrund, Karriereverlauf, Historie der erfinderischen Tätigkeit, Wissensquellen, sozialer Vernetzung im Erfindungsprozess, Mobilität der Erfinder sowie ihren Persönlichkeitsmerkmalen und kognitiven Fähigkeiten erhoben.

Auf Grundlage dieser Daten wurden anschließend Patenthistorien erstellt: Zu jedem der Erfinder wurden in der Patentdatenbank PATSTAT des EPA alle diesen Personen zugeordneten Patente ermittelt, was in einem weiteren Datensatz mit 16.968 Erfinder-Patent-Paarungen resultierte. Hiermit lassen sich Indikatoren für die Leistung von Erfindern generieren, die auf der Patentanzahl je Erfinder oder den Vorwärtszitationen<sup>4</sup> dieser Patente je Erfinder beruhen.

Ein dritter Datensatz erfasst die Netzwerkverbindungen der Erfinder untereinander. Hier wurden anhand der Anmeldeummern der Patente aus der Patenthistorie die befragten Erfinder mit auf diesen Patenten genannten Miterfindern verknüpft. Dieser Datensatz ent-

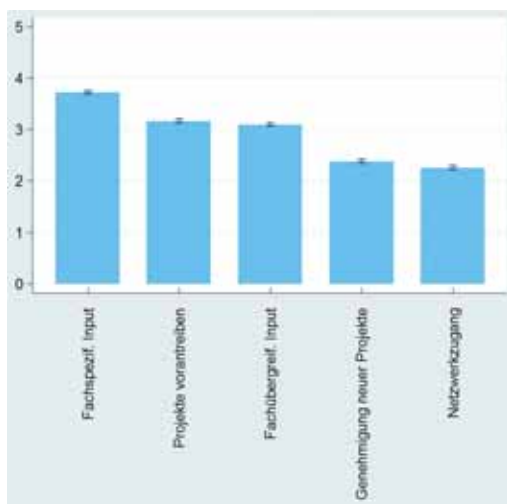


Abbildung 2: Mittelwerte (blaue Balken) und Standardfehler (dunkelblaue Whisker) der Wichtigkeit verschiedener Möglichkeiten des Einflusses von Miterfindern auf Erfinderarbeit auf einer Skala von 0 (nicht zutreffend) bis 5 (sehr wichtig) für alle befragten Erfinder (1.706 Antworten)

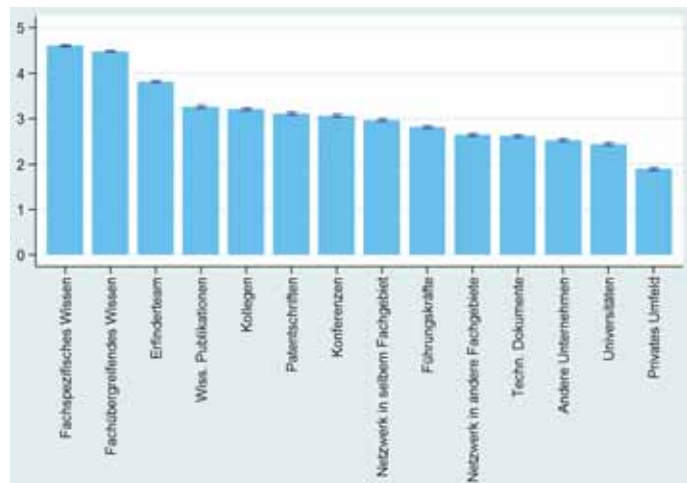


Abbildung 1: Mittelwerte (hellblaue Balken) und Standardfehler (dunkelblaue Whisker) der Wichtigkeit verschiedener Wissensquellen für alle befragten Erfinder (1.789 Antworten) auf einer Skala von 0 (nicht zutreffend) bis 5 (sehr wichtig)

hält Beobachtungen über 46.135 Erfinder-Koerfinder-Beziehungen.

### Beschreibung ausgewählter Variablen der Humankapitaldaten

Die knapp 2.000 Antworten auf den Fragebogen lieferten umfassende Daten zum Humankapital der befragten Erfinder: Neben Ausbildungshintergrund, beruflichen Stationen und Erfahrungen im Erfindungsprozess spielte die Betrachtung von Wissensquellen eine wichtige Rolle in der Befragung. Die Daten zeigen, dass die befragten Erfinder mit Abstand am stärksten auf ihr eigenes fachspezifisches sowie fachübergreifendes Wissen vertrauen (s. Abb. 1). Als drittwichtigste Wissensquelle werden bereits die Teammitglieder in einem Erfindungsprojekt gesehen. Bei den Nanotechnologieerfindern hingegen zeigt die Analyse, dass wissenschaftliche Publikationen als drittwichtigste Wissensquelle für den Erfindungsprozess erscheinen.

In diesem Zusammenhang zeigen die Daten außerdem, dass Miterfinder besonders für den Input an fachspezifischem Wissen bedeutend sind. Der fachspezifische sowie der fachübergreifende Input von Wissen führt darüber hinaus bei Erfindern im Bereich der Clean Technologies und der Nanotechnologie im Durchschnitt häufiger zur Lösung eines Pro-

## Förderung

Finanzielle Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

## Kooperation

Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Prof. Dr. Thomas Zwick, Dr. Katharina Frosch), Ludwig-Maximilians-Universität München und Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb (Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., Prof. Dr. Karin Hoisl und Christian Steinle)

blems im Erfindungsprozess, als bei Erfindern aus dem Bereich der Maschinenelemente.

## Beschreibung der Netzwerkdaten

Wie bei der Darstellung der Datenerhebung beschrieben, sind die Erfindernetzwerke über die Erfinderteams darstellbar. Diese wurden über Patenthistorien der befragten Erfinder identifiziert. Eine für die Analyse dieses Datensatzes sehr interessante Fragestellung ist, ob sich die Koerfindernetzwerke zwischen den betrachteten Technologiefeldern strukturell unterscheiden. Die Antwort auf diese Frage kann Aufschluss darüber geben, welche unterschiedlichen Informationsflüsse für die jeweiligen Technologiefelder möglicherweise wichtig oder relevant sind. Abbildung 3 stellt beispielhaft das kleinste aus den beschriebenen Daten generierte Teilnetzwerk der Nanotechnologie-Erfinder dar.

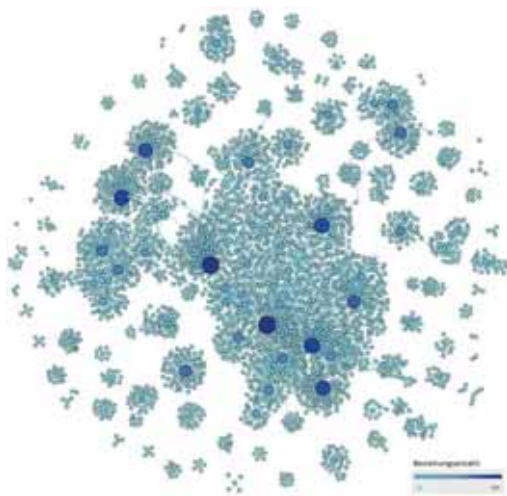


Abbildung 3: Darstellung des Netzwerks der Erfinder im Bereich der Nanotechnologie (Größere und dunklere Punkte bedeuten Erfinder mit höherer Beziehungsanzahl.)

Die Daten der über 46.000 Kooperationen weisen einen durchschnittlichen Beziehungsgrad (Anzahl der Beziehungen zu verschiedenen Akteuren) von 12,15 Beziehungen je befragtem Erfinder zu Miterfindern aus. Dabei bestehen beachtliche Unterschiede im durchschnittlichen Beziehungsgrad zwischen den Erfindern der drei Technologiefelder: Erfinder aus dem Bereich der Clean Technologies besitzen eine signifikant höhere Anzahl an Miterfinderbeziehungen (12,42 bei 1.179 Beobachtungen) als Erfinder im Bereich von Maschinenelementen (9,91 bei 600 Beobachtungen). Den höchsten Wert jedoch zeigen die Daten für Erfinder in der Nanotechnologie (16,40 bei 246 Beobachtungen): Sie haben durch die Interaktion mit einer größeren Anzahl an Miterfindern mehr Möglichkeiten, auf Wissen von Miterfindern zuzugreifen und damit ihr eigenes Wissen zu erweitern. Hier besteht ein deutlicher Unterschied zu Erfindern im Bereich der Clean Technologies.

Erfinder im Bereich der Nanotechnologie arbeiten darüber hinaus besonders häufig mit denselben Erfindern zusammen. Ihre durchschnittliche *Beziehungsstärke*, gemessen an der Anzahl der Koerfinderschaften mit ein und demselben Erfinder, beträgt 1,79. Die Erfinder der Maschinenelemente arbeiten im Schnitt 1,58-mal mit demselben Miterfinder zusammen, Erfinder in den Clean Technologies nur 1,52-mal. Eine stärkere Beziehung zweier Erfinder durch wiederholte Interaktion kann dazu führen, dass der Wissensaustausch intensiver ist und komplexeres Wissen ausgetauscht werden kann. Demzufolge hätten Erfinder im Bereich der Nanotechnologie die Möglichkeit, komplexeres Wissen auszutauschen als Erfinder im Bereich der Clean Technologies und der Maschinenelemente.

- 1 Schumpeter, Joseph Alois. 1961. Konjunkturzyklen. Bd. 1, S. 95. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- 2 Aus den Erfindern im Bereich ‚Maschinenelemente‘ wurde eine Zufallsstichprobe von 2.402 Erfindern aus einer Grundgesamtheit von 6.856 Erfindern gezogen.
- 3 Die Grundgesamtheit wurde nachträglich um qualitätsneutrale Ausfälle bereinigt: 2.395 Erfinder konnten wegen falscher Adresse nicht erreicht werden, 626 waren den Briefzustellern gänzlich unbekannt, 23 waren bereits verstorben.
- 4 Unter Vorwärtszitationen werden diejenigen Zitationen verstanden, die ein Patent erhält, wenn es im Erteilungsverfahren nachfolgender Patentanmeldungen als relevanter Stand der Technik in deren Prüfbericht angeführt wird. In der innovationsökonomischen Literatur werden Vorwärtszitationen häufig als Indikator für die Patentqualität herangezogen, da sie den Einfluss eines Patents auf nachfolgende technologische Entwicklungen widerspiegeln.

### 1.3 Patent Transfer in Europe

*A new dataset on patent transfers – the MPI-IC Patent Transfers Data 2015 (MPT 2015) – is being generated at the Max Planck Institute for Innovation and Competition. The dataset entails all registered patent ownership changes of patents granted (DE) or validated in Germany (EP) between January 1981 and September 2013. That is, for each patent we have information on the current and all prior right holders in terms of name, country and address, as well as the date of patent ownership change. Drawing on information from the DPMA (Deutsches Patent- und Markenamt), our dataset contains all patent ownership changes of national patents but also of EP bundle patents with Germany as a designated country. Our data capture a maximum of possible patent ownership changes on European level, since Germany has the highest validation rate and one of the highest renewal rates among all EPC member countries. With the help of dictionary-based and rule-based methodologies, we classify all transfers according to a newly developed taxonomy of patent transfers. The data will be useful in the empirical analyses of several research questions, such as the emergence of a market for ideas, strategic patent acquisitions, and transfer pricing.*

The MPI-IC Patent Transfers Data 2015 (MPT 2015) draw on information provided by the DPMA and contain all patent ownership changes of national (DE) patents as well as EP patents with Germany as a designated country. The dataset covers all registered patent ownership changes between January 1981 and September 2013.

#### Generation of the Dataset

To generate this dataset, we utilize patent register data collected from the German Patent and Trademark Office via its web-based user interface *DPMAconnect*. We conducted a search for all patent applications and granted patents whose procedural records include the change of applicant/patent holder. From all patents published at the DPMA we identified about 900,000 unique patents reporting at least one change in patent ownership between January 1981 and September 2013. We

obtain the following information on each patent associated with a change in patent ownership: a) patent application file number, b) date of change in patent ownership, c) initial patent holder, and d) new patent holder. To construct the entire patent ownership history for EP patents, we complement the DPMA data with patent ownership changes registered at the EPO before publication. Here, we draw on the PATSTAT legal events data for the date of change in patent ownership and information on current as well as prior applicants from the European Patent Register for PATSTAT. After grant and validation in Germany, the DPMA register serves as main data base for collecting information on the national phase of EP patents.

#### Description of Data

The MPT 2015 dataset is unique in its scale and quality. Among all EPC member countries, Germany has the highest validation rate for EP bundle patents and one of the highest renewal rates. The data thus represent the most complete records on patent ownership changes of EP bundle patents. The legal status database in PATSTAT provides information on patent ownership changes of patents for several jurisdictions (e.g., France, the Netherlands, and the United Kingdom). Still, these data are partly incomplete and of relatively low quality. For instance, the variable representing the name of the new patent holder is heavily truncated, which impedes the unambiguous assignment of a considerable share of patent holders. In contrast, the DPMA data include not only the full name, but also the city and country of current and all former patent holders. Information on the residence of prior patent holders is not available from alternative sources.

Since many registered changes in patent ownership information are due to changes in the patent holder's name or address, only a subset of all registered patent ownership changes reflects actual transactions. Unfortunately, the DPMA and the EPO do not distinguish between different kinds of patent ownership changes. Further, even if the patent ownership change reflects a patent transfer,

### Ziel des Projekts

*Acquiring data on patent transfers using changes in patent ownership of patents and patent applications registered at the German Federal Patent Office (DPMA) and European Patent Office (EPO) between 1981 and 2013*

### Leitung

*Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.*

### Mitwirkende

*Fabian Gaessler*

### Projektlaufzeit

*2014 – 2015*

the transactions can be imbedded in very different contexts. For instance, the patent may be transferred between two dependent organizations or it may be subject to an acquisition or corporate spin-off. Alternatively, two independent persons may agree to transfer patents as part of a technology transfer deal without any accompanying assets.

### Identification of Transfer Types

In order to distinguish patent transfers from administrative corrections and to determine the particular context of real patent transaction, we rely on a mix of rule- and dictionary-based methods. We use string cleaning and harmonization methods to distinguish transfers between distinct entities and mere changes in the patent holder's name. Additionally, we perform approximate string matching based on phonetic as well as probabilistic similarity functions. To identify the context of the patent transfer, we link current and prior patent holders with external business data, such as ORBIS, which includes information on a corporation's holding structure, name changes and alternative names, and ZEPHYR, which includes information on mergers and acquisitions. With this additional data, we are able to classify all patent transfers according to a three-dimensional taxonomy of patent ownership changes. First, we classify patent transfers by the geographical distance between prior and current patent holder. The transaction can be regional, national or international. Second, we also distinguish by the organizational relationship

between current and prior patent holder. Current and prior patent holder can be organizationally dependent prior as well as after the transfer (e.g., intra-holding transfers), independent either prior or after the transfer (e.g., transfers due to mergers, acquisition, spin-offs), or entirely independent (e.g., patent sales). Third, we account for the type of entity of current and prior patent holders. That is, we distinguish between natural persons, corporations, universities, public research institutions, and governmental organizations.

### Outlook

The MPT 2015 dataset will be useful in the empirical analyses of several research areas. It will help to find empirical evidence for the functioning of the so-called "market for ideas". In particular, the question can be addressed whether patent rights facilitate the technology transfer from independent inventors or research institutions to corporations. The data will also serve for the analysis of patent trolls, which do not conduct own research but acquire patent rights. As the data capture intra-holding patent transfers between dependent firms, they can be also used to analyze whether multinational corporations use transfer pricing of patent rights for purposes of tax minimization.

## 1.4 Patent Litigation Project

*While the much-anticipated introduction of a uniform system to enforce European patents is within reach, a granted patent application at the European Patent Office still dissolves into a bundle of national patent rights. Once granted, the enforcement of the patent is subject to the national rules and practices of the respective jurisdictions. This project generates data on patent enforcement across four European jurisdictions: Germany, France, the Netherlands, and the UK. In collaboration with researchers from multiple institutions, we assemble a new dataset that contains detailed information for patent cases filed at the respective national courts between 2000 and 2008. Using this unique dataset, we draw a direct comparison between patent litigation in four jurisdictions. We find substantial differences in terms of caseloads, outcomes and the share of appealed cases. Further, the majority of patents remain subject to litigation in one jurisdiction only. Focusing on the peculiarities of patent enforcement in Germany, we employ the data to analyze the functioning of a bifurcated system, where infringement and validity of a patent are decided independently by different courts. In a further study, we identify the determinants of court selection by patent holders who seek remedies against alleged infringers before German regional courts.*

At present, the European patent system is undergoing a series of major reforms centered on the idea of “unifying” the European patent system. This debate is characterized by an enormous amount of often controversial anecdotal evidence and conversely, an astonishing lack of insights derived from actual empirical data analysis. This is to some extent explained by the fact that systematic and comparable data concerning patent litigation in Europe have been thus far unavailable. This project aims to address this lack of empirical evidence by shedding light on patent litigation within the fragmented patent enforcement systems in Europe over the period 2000 and 2008. We use the data in two separate ways: First, we draw a direct comparison between patent litigation in four legal systems in Europe – Germany, the UK, France, and the Netherlands – and quantify the number of cases that are

litigated in multiple jurisdictions. Second, we analyze in-depth certain peculiarities of the German patent system that may find (indirect) entrance into the design of the upcoming unified patent court.

Researchers of the Max Planck Institute for Innovation and Competition and the Centre for European Economic Research (ZEW) were responsible for the data collection in Germany. Regional courts, which hear infringement cases, publish few court records and do not systematically list cases and types of cases heard before the chambers. To cover the largest number of court cases possible while observing our resource constraints, we chose the three most important (in terms of the number of patent cases) courts of the 12 existing regional patent courts in Germany: Düsseldorf, Mannheim, and Munich. The collection of infringement proceedings at these three regional courts took place between 2010 and 2012. The relevant information on the cases is stored in paper format in the court dockets. Trainee attorneys were hired at each location to collect the data from court files and to digitize the information. The data on patent infringement proceedings before the three courts cover approximately 80 percent of all infringement cases in Germany during the period 2000 to 2008. In addition, we also gained information on revocation proceedings before the Federal Patent Court (BPatG) and its appeal court (BGH).

The results of the cross-jurisdictional comparative analysis are the following: We find substantial differences in terms of case loads. The number of cases heard by German regional courts exceeds by far the number of cases heard in the other three jurisdictions. We also find important differences in terms of outcomes and the share of appealed cases. For instance, more than 60 percent of cases in Germany end with a settlement, whereas this is true for only around 40 percent of cases in the UK. In the UK, revocation is the most likely legal outcome regardless of whether the initial claim is for infringement or revocation. In contrast, infringement is particularly likely to be found by German courts. The time between the filing of the infringement action and a first decision is less than one year in Germa-

ny, the Netherlands, and the UK. In France, infringement cases take almost one year longer to reach a decision. We also obtain insights regarding one of the main motivations for the current reforms of the European patent system: duplicated litigation. We show that most EPO-granted patents that are litigated in a given jurisdiction have also been validated in all other jurisdictions. This means that there is scope for parallel litigation of the same patent in multiple jurisdictions. However, the share of duplicated cases is relatively low. This provides mixed evidence for fragmentation and the resulting need for parallel litigation in multiple jurisdictions.

A further in-depth analysis of Germany's patent system is of particular interest mainly for two reasons: First, Germany is by far the most active European country in terms of patent litigation. Second, Germany's bifurcated litigation system, where infringement and validity of a patent are decided independently by different courts, serves as major reference for the design of the unified patent court. We therefore study the impact of the probabilistic na-

ture of patents on the functioning of a bifurcated patent litigation system. Bifurcation distorts incentives to litigate in favor of the patent holder in two ways. First, bifurcation creates situations in which a patent is held infringed and subsequently invalidated. Our estimates indicate that 12 percent of infringement cases in which the patent's validity is challenged produce such 'invalid but infringed' decisions. Second, having to challenge a patent's validity in separate court proceedings under bifurcation means that alleged infringers are less likely to do so. We find this to apply in particular to more resource-constrained alleged infringers. In addition, we find evidence that 'invalid but infringed' decisions create uncertainty which firms that were found to infringe an invalid patent attempt to reduce by filing more oppositions against newly granted patents immediately afterwards.

In contrast to most other European jurisdictions, Germany offers multiple first instance courts with jurisdiction over patent infringement. This induces patent holders to conduct forum shopping. Seeking to enforce their patents, patent holders presumably select the court they consider most beneficiary. We identify the determinants of the patent holders' court selection. Our results show that the patent holder takes the expected length of proceeding into account when selecting a particular court, if patent holder and alleged infringer encounter each other in the product market. We also find that transaction costs negatively affect the preferences of patent holders for a given court.

### Ziel des Projekts

*Generation of data on patent litigation across European jurisdictions; collection of patent cases from multiple courts in Europe; comparative analyses of the different enforcement systems based on this new data.*

### Leitung

*Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.*

### Mitwirkende

*Fabian Gaessler*

### Externe Mitwirkende

*Dr. Katrin Cremers, ZEW Mannheim*

*Tony Clayton, Intellectual Property Office (IPO), UK*

*Christian Helmers, Ph.D., London School of Economics and Political Science, and Assistant Professor, Carlos III University of Madrid*

*Dr. Georg Licht, ZEW Mannheim*

*Paula Schliessler, ZEW Mannheim*

*Nicolas van Zeebroeck, Ph.D., Solvay Brussels School of Economics and Management*

### Projektlaufzeit

*2010 – 2014*

### Literaturhinweise

Cremers, K.; M. Ernicke, M.; Gaessler, F.; Harhoff, D.; Helmers, C.; McDonagh, L.; Schliessler, P.; van Zeebroeck, N. Patent Litigation in Europe. Center for European Economic Research – Discussion Paper No. 13-072, 2013.

Cremers, K.; Gaessler, F.; Harhoff, D.; Helmers, C. Invalid but Infringed? An Analysis of Germany's Bifurcated Patent Litigation System. Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper No. 14-14, 2014.

Gaessler, F. Forum Shopping in Patent Litigation at German Regional Courts, 2015.

## 2 Mitwirkung in SFB und DFG-geförderten Projekten

### 2.1 Informationsinfrastrukturen für Forschungsdaten: Das Projekt European Data Watch Extended (EDaWaX)

*Die Verfügbarkeit von publikationsbezogenen Forschungsdaten ist eine notwendige Voraussetzung, um bestehende Forschungsergebnisse überprüfen, bestätigen und erweitern zu können. Allerdings stellen Wirtschaftswissenschaftler ihre Forschungsdaten meist nicht proaktiv frei zur Verfügung – weder zur Förderung des wissenschaftlichen Diskurses noch zur Nachnutzung oder zu Replikationszwecken. Von dieser Beobachtung ausgehend untersuchen Forscher am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb im Rahmen des Projektes European Data Watch Extended (EDaWaX), welche Anreize es wahrscheinlicher machen, dass Daten freiwillig weitergegeben werden.<sup>1</sup> Eine breit angelegte Online-Befragung bei deutschen Wirtschaftswissenschaftlern geht derzeit der Frage nach, wie Anreize geschaffen werden können, um einen möglichst breiten und offenen Zugang zu Datensätzen zu erzielen.*

#### Hintergrund

In der empirischen Wirtschaftsforschung gibt es aktuell kaum effektive Möglichkeiten, Forschungsdaten im Kontext der zugehörigen Textpublikationen für die Replikation, Nachnutzung oder Förderung des wissenschaftlichen Diskurses bereitzustellen.<sup>2,3</sup> Zeitschriftenaufsätze enthalten häufig nur einen Teil der Informationen, die notwendig sind, damit Forschungsergebnisse durch Dritte effektiv bewertet werden können.<sup>4</sup> Unberücksichtigt bleiben zumeist die exakte Dokumentation der benutzten Forschungsdaten, Bereinigungs- und Selektionsbefehle sowie die eingesetzten Softwareprogramme.<sup>5</sup> Dies ist nicht nur für die Anerkennung der wissenschaftlichen Qualität empirischer Forschung problematisch, sondern auch dann, wenn politische und wirtschaftliche Entscheidungen auf Basis fehlerhafter Forschungsergebnisse gefällt werden. So hatten etwa die US-Öko-

nomen Rogoff und Reinhart im Jahr 2010 ein viel beachtetes Werk über den Zusammenhang von Staatsverschuldung und Wirtschaftswachstum publiziert, welches auch in der Politik breit rezipiert wurde. 2013 stellte sich heraus, dass Rechenfehler bei der Auswertung der Daten geschehen waren, welche die Schlussfolgerungen der Ökonomen fraglich erscheinen ließen.<sup>6,7</sup>

Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte EDaWaX-Projekt hat das Ziel, ein publikationsbezogenes Datenarchiv für wirtschaftswissenschaftliche Fachzeitschriften zu entwickeln, welches die o.g. Anforderungen erfüllt. Im Rahmen des Projekts untersuchen Forscher am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb Anreizmechanismen für eine freiwillige und verpflichtende Weitergabe von publikationsbezogenen Forschungsdaten. Das EDaWaX-Projekt verbindet wirtschaftswissenschaftliche Grundlagenforschung über Anreizmechanismen zur Förderung freiwilliger und verpflichtender Datenweitergabe mit infrastrukturpolitischen Elementen. Diese sollen Forscherinnen und Forschern die Weitergabe publikationsbezogener Forschungsdaten sowie Fachzeitschriften die Pflege eines Forschungsdatenarchivs erleichtern.

Abbildung 1 illustriert die verschiedenen Arbeitsfelder des EDaWaX-Projektes: Die Forscher am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb führen die beschriebene Grundlagenforschung über Anreize zur Bereitstellung von Forschungsdaten im Bereich „Analyse“ durch. Auf der Grundlage der Ergebnisse der hier durchgeführten Analysen entwickeln Forscher der Partnerinstitutionen Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), Forschungsdatenzentrum des Sozio-oekonomischen Panels (FDZ SOEP) und Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften (ZBW) entsprechende Informationsinfrastrukturlösungen. So wird etwa im Bereich „Technische Infrastruktur“ die Pilotapplikation des EDaWaX-Forschungsdatenarchivs in eine nachhaltige Infrastruktur im Rahmen eines etablierten Forschungsdatenzentrums (FDZ SOEP) überführt. Dazu

wurden geeignete Speicherungs- und Hosting-Möglichkeiten für publikationsbezogene Forschungsdaten untersucht. Darüber hinaus wurde ein Metadatenschema für die Beschreibung und Auszeichnung publikationsbezogener Forschungsdaten entwickelt sowie ein Regelwerk zur schemakonformen Transformation der Beschreibungen und Daten erstellt. Diese Erkenntnisse münden schließlich im Arbeitsbereich „Dissemination“ in die Entwicklung einer innovativen Pilotanwendung zum Management publikationsbezogener Forschungsdaten am Beispiel der Fachzeitschrift „Schmollers Jahrbuch – Journal of Applied Social Science Studies“. Schließlich soll der Anwenderkreis dieser Pilotapplikation auf weitere volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Fachzeitschriften erweitert werden.

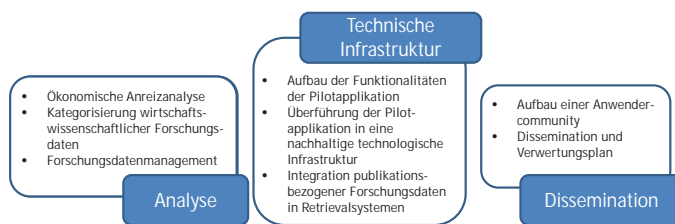


Abbildung 1: Gesamtübersicht EDaWaX-Projekt

## Gegenwärtiger Stand des Datenweitergabeverhaltens in den Wirtschaftswissenschaften

Die Forscher am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb haben das Datenweitergabeverhalten von fast 500 zufällig ausgewählten, empirisch arbeitenden Wirtschaftswissenschaftlern der international renommiertesten volkswirtschaftlichen (Top 100) und betriebswirtschaftlichen (Top 50) Fakultäten untersucht. Dazu wurden ihre Internetauftritte und Einträge in öffentlichen Forschungsdatenarchiven analysiert. Hierbei zeigte sich, dass nur knapp 2 Prozent der Forscherinnen und Forscher ihre in Publikationen genutzten Forschungsdaten über Autorenwebseiten oder öffentliche Datenarchive proaktiv online anbieten. Weitere 16 Prozent teilen ihre Forschungsdaten sporadisch. Folglich stellen über 80 Prozent der untersuchten Wissen-

schaftler die ihren Arbeiten zugrunde liegenden Forschungsdaten der wissenschaftlichen Gemeinschaft nicht online zur Verfügung.

Die Untersuchungen zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit der freiwilligen Weitergabe von Forschungsdaten überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist bei Forschern, die

- eine Anstellung auf Lebenszeit innehaben,
- gemessen an Zitationskennzahlen höherwertig publizieren,<sup>8</sup>
- häufiger in Fachzeitschriften mit Datenweitergaberegungen publizieren und
- eine positive persönliche Haltung gegenüber den Prinzipien frei verfügbarer Forschung (*Open Science*) haben.

Diese Ergebnisse zeigen auch, dass Universitäten, wissenschaftliche Fachzeitschriften und Forschungsförderer bestehende institutionelle Anreizmechanismen zur Förderung der Weitergabe von Forschungsdaten weiter ausbauen sollten.

Vor diesem Hintergrund konzentrieren sich die Forscher am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb in einem weiteren Arbeitsschritt darauf, die Anzeizeffekte verpflichtender Regelungen für die Weitergabe von Daten wissenschaftlicher Fachzeitschriften zu analysieren.

## Theoretische Analyse der Anreiz- und Wohlfahrtseffekte von Datenweitergaberegungen

Welche Anreize existieren für Forscher, ihre Daten konkurrierenden Wissenschaftlern zur Verfügung zu stellen? Dazu unterscheiden die Forscher am Institut in einem theoretischen, wirtschaftswissenschaftlichen Modell zwischen zwei Szenarien:<sup>9</sup>

- 1) Unter einem Zwang zur Datenweitergabe, wie ihn zum Beispiel renommierte Fachzeitschriften wie *American Economic Review* oder *Econometrica* verfolgen, müssen Autorinnen und Autoren den Datensatz zeitgleich mit der ersten Publikation, in der dieser verwendet wird, frei zugänglich machen.



- 2) Im Fall einer freiwilligen Datenweitergabe können Autoren selbst entscheiden, ob und zu welchem Zeitpunkt der publikationsbezogene Datensatz frei zugänglich gemacht wird.

Die Ergebnisse dieser theoretischen Analyse deuten darauf hin, dass die Einführung eines Zwangs zur Datenweitergabe zu einer strategischen Verzögerung von Publikationen führen kann, wenn der Wert einer weiteren Publikation als Alleinautor sehr hoch ist, der Datensatz nur langsam an Wert verliert und den Autoren zukünftige Publikationen annähernd genauso wichtig sind wie gegenwärtige Publikationen. In diesem Fall hat ein Zwang zur Datenweitergabe einen eindeutig negativen Einfluss auf die soziale Wohlfahrt.

Dies führt zu dem Schluss, dass die Anreize, Daten zur Verfügung zu stellen, weiter gestärkt werden müssen, um strategische Verzögerungen zu vermeiden. Die Bereitstellung von Daten könnte beispielsweise durch Zitation der Urheber von Datensätzen, sog. „Daten-Koautorenschaften“, Reputationsgewinne durch Replizierbarkeit der Forschungsergebnisse sowie zusätzliche Forschungsmittel für die Datenbereitstellung durch Universitäten oder Forschungsförderinstitutionen attraktiver gemacht werden.

### Ausblick: Befragung zu Motiven und Anreizen für die Bereitstellung von Daten

Derzeit wird eine breit angelegte Online-Befragung zu Motiven und Anreizen für die Bereitstellung von Daten bei ca. 3.000 Wirtschaftswissenschaftlern in Deutschland durchgeführt. Die Befragung soll Anhaltspunkte liefern, welche zusätzlichen Anreize gesetzt werden müssten, um einen möglichst breiten und offenen Zugang zu Datensätzen erzielen zu können. Die Befragung soll im Sommer 2015 finalisiert und ausgewertet werden.

Weitere Informationen unter:  
<http://www.edawax.de/>

#### Leitung

*Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.*

#### Mitwirkende

*Dr. Frank Mueller-Langer*

*Dr. Patrick Andreoli-Versbach*

*(bis 30.06.2013)*

#### Externe Mitwirkende

*Sven Vlaeminck, ZBW, Projektkoordinator*

*Dr. Brigitte Preissl, ZBW, Programmbereichsleiterin*

*Olaf Siegert, ZBW, Abteilungsleiter elektronisches Publizieren*

*Dr. Hendrik Bunke, ZBW, IT-Entwickler EDaWaX (seit 1.4.2012)*

#### Ziel des Projekts

*Entwicklung eines publikationsbezogenen Datenarchivs für die Wirtschaftswissenschaften, das Forschungsdaten im Kontext der zugehörigen Textpublikationen für Replikation, Nachnutzung und Förderung des wissenschaftlichen Diskurses bereitstellt.*

#### Projektlaufzeit

*EDaWaX I: 1.8.2011 – 30.6.2013*

*EDaWaX II: 30.6.2014 – 30.6.2016*

#### Literaturhinweise

- 1 Andreoli-Versbach, P.; Mueller-Langer, F. Open Access to Data: An Ideal Professed but not Practised, *Research Policy*, 43, 9 (2014), 1621–1633.
- 2 Vlaeminck, S. Data Management in Scholarly Journals and Possible Roles for Libraries: Some Insights from EDaWaX. *LIBER Quarterly* 23, 1 (2013), 48–79.
- 3 Vlaeminck, S.; Wagner, G.G.; Wagner, J.; Harhoff, D.; Siegert, O. Replizierbare Forschung in den Wirtschaftswissenschaften erhöhen – eine Herausforderung für wissenschaftliche Infrastrukturdienstleister. *LIBREAS. Library Ideas* 23, Februar (2013), 29–42.
- 4 Buckheit, J. B.; Donoho, D. L. WaveLab and Reproducible Research, in: Antoniadis, A.; Oppenheim, G. (eds.), *Wavelets and Statistics*, Springer, New York 1995, 53–81.
- 5 Baiocchi, G. Reproducible Research in Computational Economics: Guidelines, Integrated Approaches, and Open Source Software, *Computational Economics* 30, 1 (2007), 19–40.
- 6 Herndon, T.; Ash, M.; Pollin, R. Does High Public Debt Consistently Stifle Economic Growth? A Critique of Reinhart and Rogoff, *Political Economy Research Institute Working Paper Series*, No. 322, 2013.
- 7 Reinhart, C.M.; Rogoff, K.S. Errata: Growth in a Time of Debt, verfügbar unter: <http://scholar.harvard.edu/rogoff/publications/growth-time-debt> (letzter Aufruf am 05.05.2015)
- 8 Mueller-Langer, F.; Gerstenberger, M.; Hackinger, J.; Heisig, B. A Brief Guide for the Creation of Author-specific Citation Metrics and Publication Data Using the Thomson Reuters Web of Science and Scopus Databases, *RatSWD Working Paper No. 228*, 2013.
- 9 Mueller-Langer, F.; Andreoli Versbach, P. Open Access to Research Data: Strategic Delay and the Ambiguous Welfare Effects of Mandatory Data Disclosure, *Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper No. 14-09*, 2014.

## 2.2 SFB/TR 15

*Die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb ist im Teilprojekt C2 des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Sonderforschungsbereichs/Transregio 15 „Governance und die Effizienz ökonomischer Systeme“ vertreten. Das Teilprojekt C2 befasst sich mit der Entwicklung von Schutzrechtssystemen, insbesondere Patenten und Markenrechten. Ziel der Forschung ist es, die rasanten Veränderungen in Schutzrechtssystemen und deren Implikationen auf Marktstrukturen zu verstehen. Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb trägt zum Teilprojekt C2 durch Expertise in der theoretisch-ökonomischen Analyse von Schutzrechtssystemen und der empirischen Analyse umfangreicher Datensätze bei. Aus der Zusammenarbeit mit anderen Forschungsinstitutionen im Rahmen des Teilprojekts C2 des SFB/TR 15 sind eine Reihe von Veröffentlichungen und Diskussionspapieren entstanden.*

Der Sonderforschungsbereich/Transregio 15 (SFB/TR 15) „Governance und die Effizienz ökonomischer Systeme“ (GESY) wird seit 2004 von der DFG finanziert. Auf zwölf Jahre angelegt, ist der SFB/TR 15 ein Kooperationsprojekt der Humboldt-Universität, der Freien Universität Berlin, der Universitäten Bonn, Mannheim und München, des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim, und des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb. Als erster Sonderforschungsbereich in den Wirtschaftswissenschaften führt der SFB/TR 15 mehrere Forschungsinstitutionen zusammen. Ziel der gemeinsamen Arbeit im Sonderforschungsbereich ist, die gesamtwirtschaftliche Effizienz von Governance-Strukturen innerhalb und zwischen Unternehmen zu analysieren und daraus Vorschläge für die Verbesserung bestehender beziehungsweise die Ausgestaltung künftiger Governance-Strukturen abzuleiten.

Unter *Governance*-Strukturen werden in der Ökonomie alle Strukturen verstanden, die in Unternehmen, Organisationen und Märkten das Verhalten von Wirtschaftssubjekten lenken. Governance-Strukturen umfassen somit

beispielsweise sowohl Anreizsysteme für Manager und Mitarbeiter innerhalb eines Unternehmens als auch die Art und Intensität des Wettbewerbs zwischen Unternehmen auf Märkten. Mit dem Aufkommen moderner Informations- und Kommunikationstechnologien ändern sich die Rahmenbedingungen, unter denen Governance-Strukturen ausgestaltet werden. Genannt seien hier etwa die Ausdifferenzierung von Leistungsansprüchen, die mit besserer Beobachtbarkeit einhergeht, und die Verlagerung der traditionellerweise persönlichen Interaktion zwischen Kunden und Einzelhändlern in die entpersönlichten und formalisierten Sphären des Internet. Vor diesem Hintergrund ist das Ziel des SFB/TR 15 die Analyse bestehender Governance-Strukturen und die Ableitung von Empfehlungen für deren Verbesserung im Hinblick auf eine effiziente Ressourcenallokation. Der methodische Kern der Arbeit im SFB/TR 15 umfasst Spiel- und Vertragstheorie sowie *Mechanismus-Design*, ergänzt durch empirische Methoden wie kontrollierte Experimente, strukturierte Fallstudien und die Schätzung von ökonomischen Strukturmodellen.

Entsprechend der Bandbreite der übergeordneten Zielsetzung ist der SFB/TR 15 in drei Projektbereiche gegliedert:

- ▶ Projektbereich A ist überschrieben mit „Strategische Interdependenz und Institutionendesign“. Dieser Projektbereich widmet sich der theoretischen Untersuchung von Vertragsstrukturen und Wettbewerbsstrukturen wie Turnieren und Auktionen.
- ▶ Projektbereich B steht unter der Überschrift „Corporate Governance“. Entsprechend steht im Mittelpunkt dieses Projektbereichs die Analyse von Organisations- und Entscheidungsproblemen innerhalb eines Unternehmens.
- ▶ Projektbereich C schließlich ist „Marktorganisation“. Ziel der Forschung ist hier das Verständnis der Entwicklung von Marktresultaten aus dem Verhalten der Marktteilnehmer und die Analyse der Auswirkungen eines gegebenen institutionellen Umfelds auf die Marktstruktur.

Die Projektbereiche A, B und C des SFB/TR 15 sind in Teilprojekte untergliedert. Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb sind in Teilprojekt C2 „Intellektuelles Eigentum, Aneignung von Innovationserträgen und Innovationswettbewerb“ vertreten. Dieses Teilprojekt befasst sich mit der Entwicklung von Schutzrechtssystemen, insbesondere Patenten und Markenrechten. Ziel des Teilprojekts ist, die rasanten Veränderungen in Schutzrechtssystemen und deren Implikationen auf Marktstrukturen zu verstehen, sowie Handlungsempfehlungen für die optimale Gestaltung von Schutzrechtssystemen und zur Ausrichtung der Innovations- und Forschungspolitik zu erarbeiten. Hierzu werden Schutzrechtssysteme ökonomisch modelliert, umfangreiche Daten zu ihrer empirischen Abbildung erhoben und empirische Analysen durchgeführt.

Gegenwärtig ist die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung des Instituts in Teilprojekt C2 mit zwei Mitarbeitern vertreten: Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., der mit Prof. Dr. Martin Peitz (Universität Mannheim) die Leitung des Teilprojekts innehat, und Dr. Sebastian Stoll als Projektmitglied. Weitere Projektmitglieder sind Dr. Malin Arve (Universität Mannheim) und Dr. Georg Licht (ZEW). Bei der Analyse von Schutzrechtssystemen sowie der Erarbeitung von Empfehlungen zu deren optimaler Ausgestaltung leistet das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb wertvolle Beiträge: zum einen durch Expertise in der theoretisch-ökonomischen Analyse und Bewertung von Schutzrechtssystemen, zum anderen durch die Erhebung, die Sammlung und die empirische Analyse von umfangreichen Datensätzen, die insbesondere nationale und internationale Patentsysteme abbilden. Die Zusammenarbeit der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Instituts mit anderen Forschungsinstitutionen und Universitäten im Rahmen des Teilprojekts hat eine Vielzahl von Diskussionspapieren und Veröffentlichungen hervorgebracht. Eine vollständige Auflistung findet sich auf der Webpräsenz des SFB/TR 15 ([www.sfbtr15.de](http://www.sfbtr15.de)). Beispielhaft werden im Folgenden zwei laufende Forschungsprojekte vorgestellt.

Das erste Forschungsprojekt „Exploring the Opaqueness of the Patent System – Evidence from a Natural Experiment“ ist in Zusammenarbeit von Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., und Dr. Sebastian Stoll entstanden. Ausgangspunkt ist die fundamentale Abmachung zwischen einem Patentinhaber und der Gesellschaft: Im Gegenzug für ein zeitlich befristetes Quasi-Monopol auf seine Erfindung verpflichtet sich der Patentinhaber, Dritte möglichst genau und umfassend über seine Erfindung zu informieren. Entgegen der Monopolfunktion hat die Informationsfunktion von Patenten bislang in der ökonomischen Forschung zur Effizienz des Patentsystems kaum Beachtung gefunden. Die implizite Annahme sowohl in der akademischen als auch politischen Diskussion ist bislang meist, dass das Patentsystem transparent ist, das heißt, dass es Dritte ausreichend über den technologischen Beitrag und damit Wert von Erfindungen informiert. In den vergangenen Jahren kamen zunehmend Zweifel an dieser Annahme auf. Diese äußern sich unter anderem in Klagen darüber, dass Patentschriften bewusst in einer die Relevanz der zugrundeliegenden Erfindung verschleiern Form konstruiert werden.

#### Leitung

*Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.*

*Prof. Dr. Martin Peitz, Universität Mannheim*

#### Mitwirkende

*Dr. Sebastian Stoll*

*Dr. Ilja Rudyk*

#### Externe Mitwirkende

*Dr. Malin Arve, Universität Mannheim*

*Dr. Georg Licht, ZEW*

#### Ziel des Projekts

*Analyse der rasanten Veränderungen in Schutzrechtssystemen und deren Implikationen auf Marktstrukturen, sowie Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für die optimale Gestaltung von Schutzrechtssystemen und zur Ausrichtung der Innovations- und Forschungspolitik*

#### Projektlaufzeit

*2004 – 2015*

Ziel des Forschungsprojekts ist, zu ergründen, ob die Zweifel an der Transparenz des Patentsystems berechtigt sind. Den methodischen Kern des Projekts bildet dabei ein sog. *Quasi-Experiment*, das sich in einer Änderung der institutionellen Rahmenbedingungen des europäischen Patentsystems manifestiert: Anmelder am europäischen Patentamt haben die Möglichkeit, einen Antrag auf beschleunigte Prüfung ihrer Patentanmeldung zu stellen. Dieser zuvor öffentliche Antrag wird seit Dezember 2001 vertraulich behandelt. Anhand eines im Rahmen des Projekts entwickelten theoretischen Modells, das die Interaktion von Patentanmeldern und deren Wettbewerbern abbildet, wird zunächst gezeigt, dass die Effekte, die die Änderung der Informationspolitik auf das Verhalten der im Patentsystem aktiven Parteien hat, im Falle eines intransparenten Patentsystems charakteristisch verschieden von den Effekten im Falle eines transparenten Patentsystems sind. In einem zweiten Schritt werden umfangreiche und teilweise nicht-öffentliche, aber den Forschern vom europäischen Patentamt exklusiv zur Verfügung gestellte Daten analysiert, die Auskunft über das Verhalten von Patentanmeldern und deren Wettbewerbern in Bezug auf die Stellung von Beschleunigungsanträgen beziehungsweise das Einlegen von Einsprüchen geben. Von Interesse ist hier insbesondere, wie sich das Verhalten der im Patentsystem aktiven Parteien tatsächlich in Reaktion auf die vertrauliche Handhabung von Beschleunigungsanträgen von Dezember 2001 an geändert hat. Hierbei kommen, um den kausalen Effekt der Änderung der Informationspolitik auf das Verhalten der Parteien von störenden Einflüssen zu isolieren, ökonometrische Methoden zum Einsatz. Es zeigt sich, dass die tatsächlich beobachteten Verhaltensänderungen konsistent mit denen sind, die theoretisch für den Fall eines intransparenten Patentsystems vorhergesagt werden. Dies kann als Evidenz dafür interpretiert werden, dass das europäische Patentsystem Dritte nicht hinreichend über den technologischen Beitrag und damit Wert einer Erfindung informiert.

Die Erkenntnis, dass das europäische Patentsystem Dritte nur unzureichend über den Beitrag und damit Wert einer Erfindung informiert, ist von direkter Konsequenz für die Allokationsentscheidungen von Unternehmen und den Wettbewerb zwischen Technologien. Ist intransparent, welche Technologien auf dem Markt verfügbar sind, drohen unter anderem Ineffizienzen durch unnötige Verdopplungen von Forschungsanstrengungen und können potentiell Effizienzgewinne durch Lizenzabkommen nicht realisiert werden.

Das zweite im Rahmen des Teilprojekts C2 laufende Forschungsprojekt steht unter dem Titel „Deferred Patent Examination“. Beteiligt sind Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., und Dr. Sebastian Stoll sowie Dr. Ilja Rudyk, ehemaliger Mitarbeiter der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung und nunmehr Senior Economist in der Chief Economist Unit des Europäischen Patentamtes. Am Beginn des Projekts stand die Beobachtung eines bemerkenswerten institutionellen Unterschieds zwischen verschiedenen Patentsystemen: Während etwa im US-amerikanischen Patentsystem die Prüfung eines Patentantrags automatisch und möglichst zeitnah zum Zeitpunkt der Antragstellung erfolgt, wird im deutschen Patentsystem die Prüfung erst nach einem entsprechenden Antrag des Patentanmelders eingeleitet, der bis zu sieben Jahre nach Eingang des Patentantrags erfolgen kann. Die Option des Aufschiebens des Prüfungsantrags wurde in der Hoffnung eingeführt, durch das Einräumen von Bedenkzeit – verbunden mit der Möglichkeit eines frühen Rückzugs der Anmeldung für den Fall einer sich als wertlos herausstellenden Erfindung – die Zahl der Prüfungen zu reduzieren. Der möglichen Arbeitsentlastung des Patentamtes steht jedoch potentiell eine Vergrößerung der Unsicherheit innerhalb des Patentsystems aufgrund späterer Entscheidungen über die Erteilung und den Umfang von Patenten entgegen, die zu Verzerrungen in den Investitionsentscheidungen von Unternehmen führen kann. Das Forschungsprojekt hat das Ziel, zu einer Bewertung der Abwägung zwischen reduzierter Arbeitsbelastung und vergrößerter Unsicherheit beizutragen.

Zu diesem Zweck wird in einem ersten Schritt ein theoretisches Modell des Patentlebens entwickelt, das insbesondere die zur Bewertung der Option des Prüfungsaufschubs relevanten Einflussfaktoren in der frühen Phase des Patentlebens explizit abbildet: den Lernprozess bezüglich des Patentwerts sowie die Erzeugung von Unsicherheit durch eine Patentanmeldung in der Schwebe. Um an Informationen über die tatsächliche Relevanz dieser Einflussfaktoren zu gelangen, wird in einem zweiten Schritt das theoretische Modell an Daten aus dem deutschen und dem kanadischen Patentsystem, das ebenfalls die Möglichkeit des Prüfungsaufschubs vorsieht, strukturell geschätzt. Es stellt sich heraus, dass ein Großteil des Lernens über den Wert einer Erfindung tatsächlich erst in den Jahren nach Einreichung der Patentanmeldung stattfindet und dass daneben auch der strategische Wert einer Anmeldung in der Schwebe erheblich sein kann, der für den Anmelder aus der bei Wettbewerbern erzeugten Unsicherheit erwächst. Die Simulation der hypothetischen Auswirkungen einer Verlängerung der Antragsfrist um ein Jahr zeigt entsprechend, dass zum einen aufgrund einer längeren Lernperiode sowohl die Anzahl der Prüfungsanträge abnehmen als auch die durchschnittliche Qualität der Patente, für die letztendlich ein Prüfungsantrag gestellt wird, zunehmen würde. Zum anderen aber würde die Verlängerung der Antragsfrist von einem Teil der Anmelder genutzt werden, um strategisch weitere Unsicherheit im Markt zu erzeugen. Aus dem Bild, das sich aus der strukturellen Schätzung und der kontrafaktischen Simulation ergibt, lässt sich also ableiten, dass die Einrichtung einer Option des Prüfungsaufschubs zur Effizienz des Patentsystems beiträgt, wenn gleichzeitig durch weitere institutionelle Maßnahmen ein strategischer Missbrauch dieser Option verhindert werden kann. Eine derartige – in einigen Patentsystemen bereits implementierte – Maßnahme könnte etwa sein, dritten Parteien die Möglichkeit einzuräumen, die Prüfung einer Patentanmeldung einzufordern.



## 3 Ausgewählte Forschungsprojekte

### 3.1 Income, Productivity and the Gender Gap in Industrial Research

*In 2009, female full-time workers in the United States earned 23 percent less than male full-time workers. In the European Union, EUROSTAT (2009/2011) finds gender-based wage gaps amounting to 17.5 percent in 2009 and 16.2 percent in 2011. Authors often argue that such differentials reflect differences in endowments or productivity. Others show that the wage gap persists, even as the productivity gap has closed over time. What is missing in the literature is a contrasting comparison of gender-wage and gender-productivity gaps.*

#### Motivation and Analysis

The choice to study workers in inventive jobs is driven by two considerations: First, gender imbalances deserve particular attention in jobs marked by severe under-representations of women (Hunt et al. 2013). To deal with impending skills shortages, countries and organizations will face the challenge of activating the potential of female workers in science and engineering jobs. Second, creativity, innovation, and technological change are key inputs for economic growth (Romer 1990) and the growth and survival of firms. A better understanding of the issues faced by actors constituting the core of the inventive workforce may help to guide policy actions that improve overall participation in R&D activities and outcomes.

Our analysis is based on data collected through a large-scale survey of 9,799 inventors from 21 European countries, Israel, the US, and Japan – the *InnoS&T Survey* – conducted between 2009 and 2011. Our data contain information on the inventors' individual characteristics and women's participation in science and engineering, the characteristics of employer organizations, the role of the inventors within organizations, their willingness to take risks, and their technological field of activity.

#### The InnoS&T Survey

*InnoS&T* (Innovative S&T indicators combining patent data and surveys: Empirical models and policy analyses) is a project pursued under the auspices of EU's Seventh Framework Programme for Research (FP7) and conducted in co-operation with researchers from Bocconi University (Milan, IT), Bologna University (IT), K.U. Leuven (Leuven, BE), and IESE Business School (Barcelona, ES). *InnoS&T* developed and collected novel and systematic science and technology indicators covering Europe, Israel, the United States, and Japan through extensive surveys of inventors and the creation of indicators based on citations to science in patents. The project also developed empirical models and policy analyses using these indicators in the following research areas: the economic use of patents; science-industry links and innovation performance; gender, education and mobility of inventors; and the economic value of patents. Several surveys, conducted as part of the *InnoS&T* project, interviewed inventors of EPO patents with priority dates between 2003 and 2005 in 20 European countries, the US, Japan and Israel.

#### Results

We find that a gender-wage gap exists in favor of male inventors, though the gap does not correspond to better inventive outcomes in terms of the technological importance of the inventions that they produce. In addition, even in highly skilled jobs, the wage gap is not fully explained by differences in the inventors' observable characteristics such as the number of working hours, past productivity levels, education, or the type of the employer organization. Moreover, it particularly concerns female inventors who have children.

The gender gap remains after controlling for the potential endogeneity of fertility. The coefficient of the children variable is positive in OLS regressions, but negative in the instrumental variables regressions for both female and male inventors' income. The overestimation of the children variable in the OLS regression is consistent with the idea that in-

inventors have children when they can afford to do so. Controlling for endogeneity of fertility renders the effect of children negative for both female and male inventors' income. These results suggest that in this profession, men and women share the burden of raising children, which can lead to select family-friendly jobs, such as those that require less extensive travel.

Overall, if creative talent is equally distributed between men and women (inventors), the fact that only 4 percent of inventors are female in our sample, and that having children may be responsible for some of the dropouts from this market, implies a serious problem. This would mean that while we are exploiting the entire distribution of talents for men (and, therefore, we are also drawing on less talented individuals) we are exploiting only a small part of the talent distribution in the case of women. This, however, may have a negative impact on the quality and quantity of the inventions that can be produced in principle.

Policy makers might intervene to foster greater access to science-based professions during early education. To stimulate science and engineering enrollment by women, teachers might seek to encourage female students to engage in scientific studies; school administrators also could provide information to families about the importance of early scientific learning and socialization processes that influence children's preferences for science. Other policies might seek to help women enter and remain in inventive jobs, regardless of their family status.

#### References

Hunt, J.; Garant, J.-G.; Herman, H.; Munroe, D.J. Why Are Women Underrepresented Amongst Patentees? *Research Policy*, 42, 4 (2013), 831–843.

Romer, P.M. Endogenous Technological Change, *Journal of Political Economy*, 98, 5 (1990), 71–102.

#### Ziel des Projekts

*Analysis of the differences in income and productivity between women and men in creative, highly skilled jobs, tasked with achieving technological inventions*

#### Leitung

*Prof. Dr. Karin Hoisl*

*Prof. Dr. Myriam Mariani, Bocconi University*

#### Projektlaufzeit

*since 2011*

### 3.2 Who is Afraid of Pirates? An Experiment on the Deterrence of Innovation by Imitation

*Intellectual property is often justified by a seemingly straightforward argument: If innovators are not protected against others appropriating their ideas, incentives for innovation are too low (e.g., Menell and Scotchmer 2007). Yet, in most industries, appropriating a foreign innovation is itself an investment decision fraught with cost and risk. Nonetheless, standard theory predicts too little innovation. Arguably the problem is exacerbated by the sensitivity of innovators to fairness; imitators get a free lunch after all.*

We model the situation as a game and test it in a laboratory experiment. We find more innovation than predicted by standard theory. This even holds if innovation automatically spills over to an outsider, and if successful imitation reduces the innovator's profit. Beliefs and the analysis of experiences in the repeated game demonstrate that fairness concerns play a role for investment decisions, but the effects are not strong enough to deter innovation investments seriously.

Christoph Engel and Marco Kleine apply the experimental method to inform the policy debate on intellectual property about investment behavior in innovation projects and imitation when both activities are risky and costly.

A standard argument in favor of patent protection relies on the fact that knowledge tends to be non-excludable. Unless the law steps in and the patent creates a temporary monopoly, other users could just copy the invention. Anticipating this, nobody is willing to engage in costly innovation (for a typical voice, see Menell and Scotchmer 2007). In its weaker and more realistic form, the argument expects investment in innovation to be too low if innovators are not protected against others tapping into their efforts.

One major counterargument stresses that, in the field, new technological knowledge is often not a pure public good. Not only for creat-

ing, but also for using new knowledge, additional tacit knowledge is necessary that is – at least initially – only possessed by the innovator. Realistically, appropriating a foreign innovation is an investment decision itself, with its associated degree of uncertainty. Empirical studies have found imitation cost to be pronounced in many industries, but industry characteristics are critical (Mansfield et al. 1981).

In the policy debate, it sometimes sounds as if the mere possibility of appropriation by others could deter any innovation. At the opposite end of the spectrum, idealists equate appropriation of “intellectual property” with theft. If this perspective gets it right, moral compunctions might suffice to prevent almost all potential users from appropriating foreign innovation. For either extreme position, the cost and risk of appropriation are immaterial.

If all actors are fully rational money maximizers, and if all of them anticipate all others to hold the same preferences, none of these extreme positions is supported when both innovation and imitation are risky. The theoretical prediction hinges on the expected individual profitability of innovation, on the one hand, and of appropriation, on the other. In equilibrium, actors split their resources between innovation and imitation. Standard theory therefore predicts the policy problem to be much more contained. Yet if all actors hold standard preferences, there is still not enough investment in innovation, compared with the social optimum, as long as innovation yields a positive externality for potential appropriators.

Studying in the field whether this prediction holds true would be difficult, if not impossible. Neither the ease nor the cost at which outsiders may appropriate innovations are randomly assigned, which would be necessary for identification. We therefore investigate the investment behavior in an economic experiment (Engel and Kleine 2015). We introduce a two-person game of two stages. In the first stage, each player may invest in her own innovation project. She learns whether her own project and her counterpart's project have



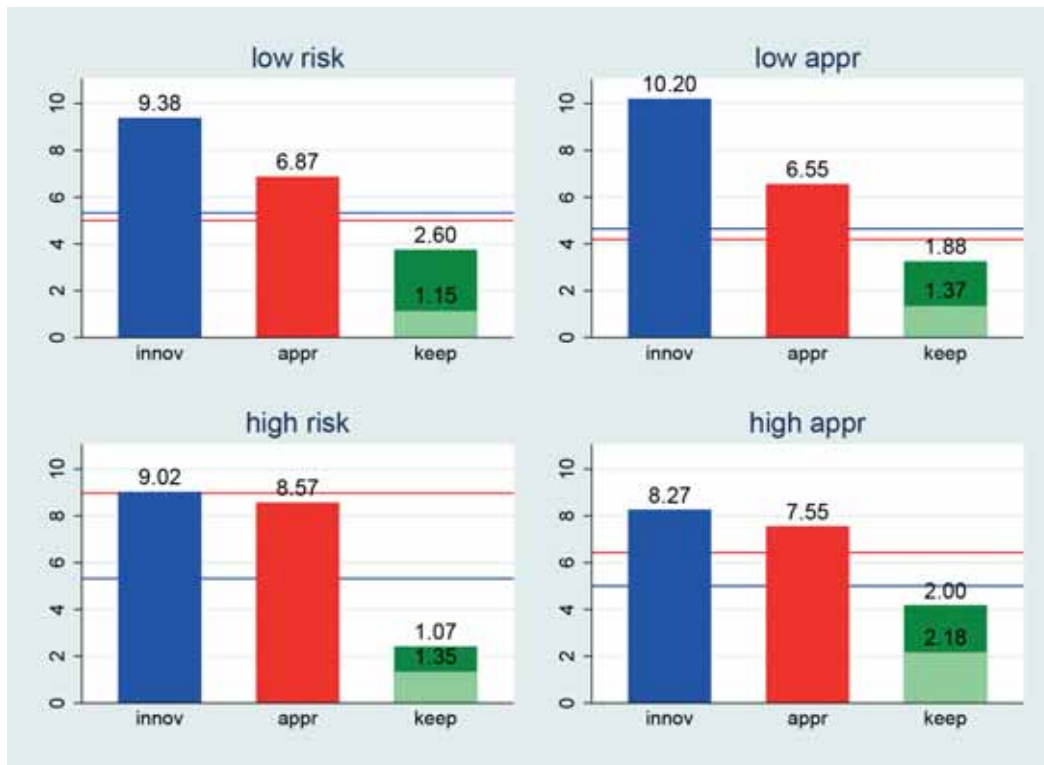


Figure 1: Average Investment Choices in One-Shot Game (in Experimental Currency Units)

Notes: Innov: investment in innovation; appr: investment in appropriation. Light green: endowment kept if partner's project was not successful; dark green: endowment kept if partner's project was successful. Lines: point predictions assuming common knowledge of standard preferences. Left panels: appropriation does not reduce innovator's profit; right panels: appropriation does reduce innovator's profit.

been successful. In the second stage, she may invest in appropriating her counterpart's project, provided it has been successful. We make innovation risky and manipulate the conditions for appropriation. In the *LowRisk* treatment, appropriation is risky (and costly), but the risk of not succeeding in appropriating a foreign innovation is small. In the *HighRisk* treatment, this risk is pronounced.

In our data, the concern of suboptimally low innovation investments is not supported. Both in a one-shot game (see Figure 1) and in the subsequent repeated game, participants invest significantly more than predicted by standard theory, and even more than the efficient benchmark.

The situation of our main experiment is not uncommon in the field: My innovation may be of use in markets where I do not sell my products. Yet, from a policy perspective, the situation is obviously even more important where innovative success also gives me a competi-

tive advantage. Then successful appropriation has one direct drawback. I lose some of the gains from innovation for myself. To study whether this additional drawback is critical for investment choices, we run another two treatments. In a 2x2 factorial design, we keep the appropriation functions from the *LowRisk* and *HighRisk* treatments, but change gains from innovation. In the *LowAppr* and *HighAppr* treatments, if appropriation is not attempted or fails, my gains from successful innovation are as in the main experiment. Yet they are lower if the second player successfully appropriates the innovation. We have another striking finding: The fact that the innovator's profit is affected does not reduce innovation investment either (see Figure 1 for the one-shot game).

We offer an explanation for the very robust finding that participants overinvest in innovation. Our data suggest that this results from a competitive motive. Participants do not want to fall behind the innovation efforts of their peers.

From a behavioral perspective, one might think that the policy problem of suboptimally low investment into innovation looms even larger. If innovation is not protected, successful innovators expose themselves to exploitation. Others tap into their efforts without having contributed to the cost. Investors might consider such an impingement as unfair and invest even less in innovation than predicted by standard theory. To understand whether this fairness concern is actually relevant, we elicit beliefs. The more participants believe that their counterpart will try to appropriate innovation success, the less they invest. In the repeated game, they reduce investment in innovation the more they learn that their counterpart has invested in appropriating their innovation in the previous period. All of this suggests that participants are actually sensitive to the fairness concern, and that this sensitivity is merely not strong enough to create a policy problem. To understand the behavioral effects better, we run two supplementary treatments. In these treatments, we radicalize the fairness concern. In the *FullRisk* treatment, imitation is technically excluded. In the *NoRisk* treatment, successful innovation is automatically shared with a second participant. The results once again corroborate the main finding of high investments in innovation. Moreover, investment patterns are consistent with innovators' being sensitive to the willful appropriation by others: Innovation investment is higher when the appropriation is automatic (*FullRisk* and *NoRisk*) than due to the intentional choice by an appropriator (*HighRisk* and *LowRisk*).

Apart from informing the policy debate, our findings also contribute to the scarce experi-

mental literature on innovation and intellectual property rights. We deem that it is very valuable to complement theoretical and empirical work in innovation research with the use of experimental methods and hope that our findings may serve as a positive example of such an approach.

---

#### References

- Engel, C.; Kleine, M., Who Is Afraid of Pirates? An Experiment on the Deterrence of Innovation by Imitation, *Research Policy*, 44, 1 (2015), 20–33.
- Mansfield, E.; Schwartz, M.; Wagner, S. Imitation Costs and Patents: An Empirical Study, *The Economic Journal*, 91, 364 (1981), 907–918.
- Menell, P.S.; Scotchmer, S. Intellectual Property Law, in: Polinsky, A.M.; Steven Shavell, S. (eds.); *Handbook of Law and Economics 2*, Elsevier, Amsterdam 2007, 1473–1570.

#### Ziel des Projekts

*Experimental study on investment behavior in innovation under different degrees of risk of being imitated*

#### Mitwirkende

Marco Kleine

#### Externe Mitwirkende

*Prof. Dr. Christoph Engel, Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern, Bonn*

## 4 Kooperationsprojekt Experimentallabor

Das Max-Planck-Labor für Experimentalforschung der Sozialwissenschaften (econlab) und experimentelle Forschung der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung

*In Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen wurde das Max-Planck-Labor für Experimentalforschung der Sozialwissenschaften eingerichtet, welches höchsten internationalen Standards genügt. Die Infrastruktur ermöglicht neben Laborexperimenten auch die Durchführung von Internetexperimenten und „Lab-in-the-Field“-Experimenten. Inhaltlich werden die Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb schwerpunktmäßig Beiträge zu den wachsenden Feldern der experimentellen Innovations- sowie Entrepreneurshipforschung leisten. Die Experimentalökonomen Laura Rosendahl Huber und Marco Kleine verstärken dafür als wissenschaftliche Referenten das Team von Dietmar Harhoff.*

Experimente stellen eine wichtige Methode zur Gewinnung wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse dar. Sie erlauben die Identifikation von Kausalzusammenhängen in ökonomischen Situationen in einem Maße, wie sie mit anderen empirischen Methoden nicht möglich ist. Damit können Experimente sowohl der Überprüfung bestehender Theorien dienen als auch der Entwicklung neuer Theorien Vorschub leisten. Spätestens seit der Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an Daniel Kahneman und Vernon Smith für ihre Arbeit im Bereich der experimentellen Wirtschaftsforschung im Jahr 2002 genießt die experimentelle Methode hohe Anerkennung im Bereich der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung. Im Gegensatz zu anderen Teildisziplinen der Volks- und Betriebswirtschaftslehre gewinnt die experimentelle Wirtschaftsforschung jedoch erst seit Kurzem auch an Bedeutung für die Innovations- und Entrepreneurshipforschung, also die Forschungsbereiche, denen sich die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb verschrieben hat.

Die Abteilung unter der Leitung von Dietmar Harhoff sieht großes Potenzial in der Nutzung der experimentellen Methode für diese Bereiche und hat sich zum Ziel gesetzt, diese junge Entwicklung mit eigener Forschungsinitiative maßgeblich voranzutreiben. Hierzu wurde in Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen ein Experimentallabor errichtet: das Max-Planck-Labor für Experimentalforschung der Sozialwissenschaften (econlab).

Die erste Phase des econlab stand im Zeichen des systematischen Laboraufbaus mit dem Ziel, exzellente Rahmenbedingungen für effektive experimentelle Forschung zu schaffen. Dazu wurden auf 270 m<sup>2</sup> Räumlichkeiten im Gebäude am Karl-Scharnagl-Ring 7 zu einem Labor ausgestattet, das dem Vergleich zu den weltweit führenden sozialwissenschaftlichen Labors ohne Einschränkungen standhält. Das Herzstück des Labors ist der eigentliche Laborraum, in dem 24 Probanden zeitgleich an einem Experiment teilnehmen können. Jeder Laborplatz ist mit einem Rechner ausgestattet. Für Interaktionen zwischen den Probanden im Rahmen eines Experiments steht ein fest installiertes Netzwerk zur Verfügung. Der Sichtschutz zwischen den Laborplätzen gewährleistet, dass Probanden in ihrem Verhalten nicht durch die Beobachtung anderer Probanden beeinflusst werden.



Der Laborraum



Wenn es das Design eines Experiments erfordert, lässt sich der Laborraum durch Trennwände in vier Einheiten zu je sechs Laborplätzen aufteilen. Experimentatoren können computergestützte Experimente aus einem separaten Büroraum steuern. Der reibungslose Ablauf von Experimenten wird nicht zuletzt durch Teilnehmerwartepplätze im Laborflur, Spinde zur Aufbewahrung persönlicher Wertgegenstände, sowie Sanitärräume innerhalb des Laborkomplexes unterstützt. Zur effizienten Verwaltung des Labors stehen der Laborleitung und -administration sowie wissenschaftlichen Hilfskräften in drei Büroräumen insgesamt sieben Arbeitsplätze zur Verfügung.

Neben den ausgezeichneten Forschungsmöglichkeiten in den Laborräumlichkeiten erlaubt die Laborinfrastruktur zudem andere Arten experimenteller Forschung außerhalb des Labors. Zum einen können internetbasierte Experimente durchgeführt werden. Zum anderen ermöglichen die mobilen Rechner des Labors die Durchführung von sog. *Lab-in-the-field-Experimenten*, also computergestützten Experimenten im Feld. Diese Option ist für die Durchführung von Experimenten mit besonderen Teilnehmergruppen wie Erfindern oder Unternehmensgründern attraktiv: Experimente lassen sich so etwa im Rahmen von Fachmessen umsetzen.

Parallel zur Laborinfrastruktur wurde ein Laborteam, bestehend aus Laborleitung, Laboradministration und wissenschaftlichen Hilfskräften, aufgebaut. Dieses war unter der Gesamtleitung durch die Direktoren der beteiligten Max-Planck-Institute, Prof. Dr. Kai Konrad und Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., und unterstützt durch die IT-Abteilung der Institute in der Startphase mit dem Laboraufbau in all seinen Teilaspekten betraut: Erstellen von Regelwerken, Klärung rechtlicher Rahmenbedingungen, Definition von Anforderungen an die Labor-IT-Infrastruktur und Testen der Labor-IT-Infrastruktur, Anwerbung von Teilnehmern, Aufbau der Teilnehmerdatenbank usw. Zukünftig wird die Kernaufgabe des Laborteams im Management des laufenden Laborbetriebs liegen.

Vor Beginn eines operativen Betriebs musste ein ausreichend großer Teilnehmerpool rekrutiert werden. Dem Labor stehen inzwischen mehr als 1.700 registrierte Interessenten zur Verfügung, was die reibungslose Durchführung von ersten Experimenten erlaubt. Auf mittlere Sicht soll durch weitere Rekrutierungsmaßnahmen der Pool an Probanden noch einmal erheblich erweitert werden.

Inzwischen ist der Laboraufbau wie oben beschrieben abgeschlossen. Der reguläre Betrieb ist somit möglich und wird aktuell in einem ersten Pilotprojekt getestet. Auf Seiten der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb werden sich Laura Rosendahl Huber und Marco Kleine maßgeblich für den erfolgreichen Einsatz experimentalökonomischer Methoden an der Schnittstelle zur Innovations- und Entrepreneurshipforschung verantwortlich zeigen. Die beiden Ökonomen, die ihre Expertise in experimenteller Innovations- und Entrepreneurshipforschung bereits durch einschlägige Publikationen in renommierten Fachzeitschriften unter Beweis gestellt haben (Rosendahl Huber et al. 2014, Engel und Kleine 2015), konnten dazu kürzlich als wissenschaftliche Referenten gewonnen werden. Grundsätzlich sollen Experimente am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb für ein großes Themenspektrum rund um Innovation und Entrepreneurship eingesetzt werden. Dieses reicht von der Überprüfung bestehender Modelle in der Industrieökonomik sowie der Organisationsökonomik bis hin zur Untersuchung von Besonderheiten ökonomischer Präferenzen relevanter Personenkreise wie Erfindern oder Unternehmensgründern. Die erste Projektreihe, die 2015 eine Umsetzung im Labor erfahren wird, spiegelt diese thematische Vielfalt wider. Im Mittelpunkt steht hierbei die grundsätzliche Frage, auf welche Weise sich kreative Leistungen als Voraussetzung erfolgreicher Innovation durch monetäre und nicht-monetäre Anreize beeinflussen lassen.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass durch Laboraufbau und personelle Neubesetzungen im Team der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung am Max-Planck-Insti-

### Ziel des Projekts

*Untersuchung aktueller Fragestellungen zur Innovations- sowie Entrepreneurshipforschung mit experimenteller Methode*

### Leitung

*Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.*

*Prof. Dr. Kai Konrad (Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen)*

### Partner

*Kooperation zwischen dem Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb und dem Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen*

tut für Innovation und Wettbewerb sehr gute Grundvoraussetzungen für erfolgreiche Spitzenforschung im Bereich der experimentellen Innovations- und Entrepreneurshipforschung geschaffen wurden. Diese Investition in einen neuen Forschungsansatz sollte sich schon bald in entsprechenden wissenschaftlichen Publikationen niederschlagen.

### Literaturhinweise

Engel, C.; Kleine, M. Who is Afraid of Pirates? An Experiment on the Deterrence of Innovation by Imitation, *Research Policy*, 44, 1 (2015), 20–33.

Rosendahl Huber, L.; Sloof, R.; van Praag, M. The Effect of Early Entrepreneurship Education: Evidence from a Field Experiment, *European Economic Review* 72 (2014), 76–97.

**Betreuer**

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.  
(Erstgutachter)

Prof. Dr. Tobias Kretschmer,  
Ludwig-Maximilians-  
Universität  
(Zweitgutachter)

**Finanzierung**

Hans-Sauer-Stiftung

**Auszeichnungen**

Jürgen-Hauschildt-  
Award 2012

DRUID Best Paper Award  
der DRUID Konferenz 2011

## 5 Habilitationen

### Knowledge Acquisition, Learning and Innovation Performance

*The research underlying this habilitation contributes to the literature on knowledge acquisition, organizational learning, and innovation. It provides several new insights into the learning and innovation performance of individuals and organizations, based on external sourcing as well as into overcoming change through a combination of external and internal knowledge creation and learning. The research approach chosen for this habilitation thesis is quantitative empirical. The three analyses are based on different datasets that were created to answer the research questions underlying the papers. One of the three analyses is based on original survey data obtained from a survey of German inventors, combined with patent data from the European Patent Office. The other two analyses use secondary data on European patents and Formula 1 motorsports.*

### Background

#### The Importance of Knowledge in Innovation

It is argued that knowledge is one of a firm's most important resources for innovation (Liebeskind 1996) because innovation typically results from the recombination of existing knowledge components (Nelson and Winter 1982). A large body of research suggests that firm-level differences in managing knowledge and learning exert a significant influence on firm competitiveness and value creation (Kogut and Zander 1992).

Researchers studying organizational learning, knowledge sourcing, knowledge recombination, and innovation have long analyzed the ways in which firms and individuals “best” acquire knowledge (information and know-how), as well as the knowledge acquisition–performance relationship (e.g., March 1991). Nevertheless, a number of questions remain unanswered. In particular, different mechanisms for acquiring knowledge and the interplay between internal and external knowledge acquisition requires further analysis.

### Knowledge Acquisition and Learning

Organizational learning is defined as a change in organizational knowledge. Hence, it adds to, transforms, or reduces organizational knowledge (Schulz 2001). The three papers submitted within the regulations pertaining to the habilitation, the *Habilitationsordnung*, concentrate on the first aspect of learning: the acquisition of knowledge. Learning may occur through experimentation, past personal experience, and the experience of others. Learning from personal experience (*internal learning*) is more costly than learning from the experience of others (*external learning*) (Schulz 2001). Altschuler (1998), however, suggests that reviewing own previous inventions for possible applications to future contexts can fuel innovation. Research and Development (R&D) personnel (typically engineers) can learn from past mistakes and use this knowledge to select more appropriate components in the future. Other researchers, on the contrary, claim that internal learning tends to create less unique outcomes. Firm-level R&D is typically a path-dependent process, constrained by local search activities in which a limited set of options is considered according to tightly held beliefs and to the knowledge at hand (Stuart and Podolny 1996).

External learning provides an opportunity for firms to overcome path dependency and availability bias and facilitates innovation. However, external learning may also be ineffective because capabilities and routines are typically embedded in organization-specific contexts, rendering external knowledge sourcing and external learning impossible (Kogut and Zander 1992). Learning from others requires access to the knowledge of others, such as networks or other institutional mechanisms (Levitt and March 1988). Furthermore, the ability to assimilate and exploit this knowledge – typically referred to as *absorptive capacity* (Cohen and Levinthal 1990) – is necessary.

Research at the firm level indicates that inter-firm alliances and acquisitions (Stuart and Podolny 1996) and inventor mobility (Almeida and Kogut 1999) can be effective mechanisms for acquiring knowledge outside of a firm's boundaries. At the individual level,

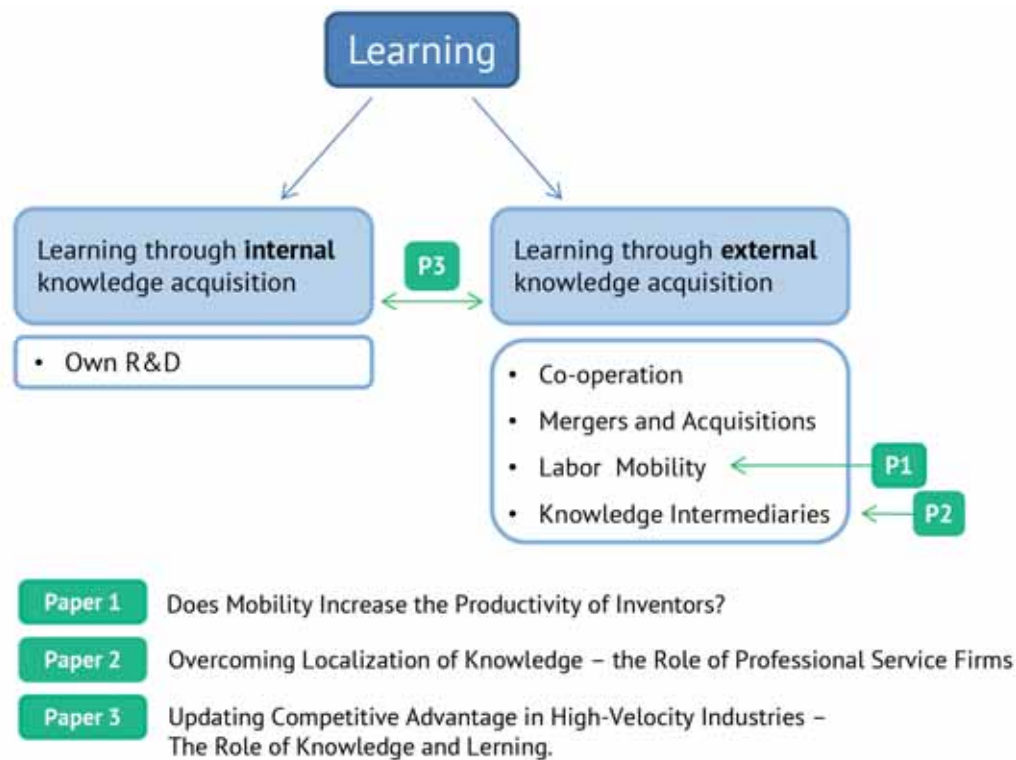


Figure 1: Learning through different modes and mechanisms of knowledge acquisition and the three papers submitted within the regulations pertaining to the habilitation

research highlights the roles of knowledge brokers (Hargadon and Sutton 1997) and boundary spanners (Rosenkopf and Nerkar 2001) in facilitating knowledge recombination across technological boundaries.

Figure 1 depicts the two modes of knowledge acquisition (internal and external knowledge acquisition) that enable learning, as well as the various mechanisms of knowledge acquisition (cooperation, mergers and acquisitions, labor mobility, and knowledge intermediaries). Figure 1 also relates the three papers submitted within the regulations pertaining to the habilitation to these modes and mechanisms of knowledge acquisition.

### Summary of the Papers

#### Does Mobility Increase the Productivity of Inventors? (Paper 1)

Recently, employee mobility in R&D has attracted a great deal of attention in the management literature. However, research at the

level of individual employees is still scarce. With the exception of Trajtenberg (2006) and Hoisl (2007), prior research on inventors has barely discussed the impact of mobility on inventive performance. The first paper fills this gap and considers differences in gains from a move between high and lower performing inventors. The paper thus contributes to research on the mechanism of external knowledge acquisition. Individual-level evidence is crucial in understanding the concept of “match quality”. Employer-employee matches were first analyzed by labor economists who interpreted mobility as a search and sorting process for improving matches (e.g., Jovanovic 1979). Recently, management scholars have used “employee-employer match quality” to explain the outcomes of employee mobility, e.g., the conditions under which individuals successfully transfer their knowledge to and combine it with the existing knowledge base of the new employer (Singh and Agrawal 2011).

This paper uses data that were collected in a large-scale survey of more than 3,000 German inventors who hold at least one European patent. The results reveal that a move has a positive impact on inventive performance. In particular, movers are capable of catching up with or overtaking non-movers in the after-move period. The results further indicate that inventors at the upper end of the performance distribution are better able to benefit from a move. Additionally, doctoral and postdoctoral studies significantly increase productivity at the 0.25 quantile but a doctoral or a postdoctoral degree does not have a significant effect at the higher quantiles. Inventors at the upper end of the distribution, in turn, benefit from an allocation of resources. Finally, multiple movers outperformed single movers and non-movers.

#### **Overcoming Localization of Knowledge – The Role of Professional Service Firms (Paper 2)**

A common theme in the prior literature on organizational learning is the importance of external learning, i.e., the acquisition of knowledge that resides beyond organizational boundaries. Involving more distant knowledge domains is said to result in a larger variety of ideas which can be used to ultimately increase innovation (Miller et al. 2007). However, an organization's ability to identify and absorb relevant external knowledge is limited geographically and technologically (Rosenkopf and Almeida 2003, Stuart and Podolny 1996). We therefore studied a rarely considered mechanism of external knowledge acquisition: professional service firms. We asked to what extent access to an external knowledge repository (provided by patent law firms in our research) can help firms (i) learn from external sources of information and, more importantly, (ii) overcome localization of search. This second paper contributes to research on the role of knowledge intermediaries. Focusing on patent law firms, we test our predictions using a unique dataset of 544,820 pairs of EP patent applications. We analyze patterns of knowledge flows captured in patent citations. We find that contracting a professional service firm facilitates

the acquisition of external knowledge. The effect is more pronounced if knowledge is distant to a focal organization. Hence, having access to the knowledge repository provided by a professional service firm compensates for localization disadvantages.

#### **Updating Competitive Advantage in High-Velocity Industries – The Role of Knowledge and Learning (Paper 3)**

The third paper focuses on the use of knowledge and learning in updating short-lived competitive advantages in dynamic industries. The study is based on literature from knowledge recombination, organizational learning, and competitive dynamics and analyzes the importance of different modes of knowledge acquisition, such as the internally developed knowledge base of an organization and knowledge acquired from outside of the organization. The third paper of the habilitation first answers the question whether internally or externally acquired knowledge has a larger impact on updating competitive advantage. Moreover, it also studies the effects of sourcing more or less distant knowledge on updating competitive advantage. It thus contributes to an improved understanding of the interplay between the two different sources of knowledge.

The empirical context for this study is Formula 1 motorsports. The results indicate that knowledge impacts the ability of organizations to stay competitive in different ways. For an established company, the size of its internal knowledge base can have a positive effect on updating its competitive advantage. However, knowledge acquired from competitors within the same technical domain (imitation) is detrimental to updating competitive advantage. Knowledge from moderately distant domains positively affects the updating of an organization's competitive advantage. Finally, learning from similar situations in the past positively affects an organization's ability to update competitive advantage and moderates the relationship between the size of an organization's internal knowledge base and updating competitive advantage.



**References**

- Almeida, P.; Kogut, B. Localization of Knowledge and the Mobility of Engineers in Regional Networks, *Management Science*, 45, 7 (1999), 905–917.
- Altschuler, G. The Innovation Algorithm. Techn. Innovation Center, Worcester, MA, 1998.
- Cohen, W.M.; Levinthal, D.A. Absorptive Capacity: A New Perspective on Learning and Innovation, *Administrative Science Quarterly*, 35, 1 (1990), 128–152.
- Hargadon, A.; Sutton, R. Technology Brokering and Innovation in a Product-development Firm, *Administrative Science Quarterly*, 42, 12 (1997), 716–749.
- Hoisl, K. Tracing Mobile Inventors – The Causality between Inventor Mobility and Inventor Productivity, *Research Policy*, 36, 5 (2007), 619–636.
- Jovanovic, B. Job Matching and the Theory of Turnover, *Journal of Political Economy* 8, 5 (1979), 972–990.
- Kogut, B.; Zander, U. Knowledge of the Firm, Combinative Capabilities, and the Replication of Technology, *Organization Science*, 3, 3 (1992), 383–397.
- Levitt, B.; March, J.G. Organizational Learning, *Annual Review of Sociology*, 14, 1 (1988), 319–340.
- Lieschkind, J.P. Knowledge, Strategy, and the Theory of the Firm, *Strategic Management Journal*, Winter Special Issue, 17 (1996), 93–107.
- March, J.G. Exploration and Exploitation in Organizational Learning, *Organization Science*, 2, 1 (1991), 71–87.
- Miller, D.J.; Fern, M.J.; Cardinal, L.B. The Use of Knowledge for Technological Innovation within the Diversified Firm, *Academy of Management Journal*, 50, 2 (2007), 308–326.
- Nelson, R.R. Winter, S.G. An Evolutionary Theory of Economic Change, Harvard University Press, Cambridge, MA, 1982.
- Rosenkopf, L.; Almeida, P. Overcoming Local Search Through Alliances and Mobility, *Management Science*, 49, 6 (2003), 751–766.
- Rosenkopf, L.; Nerkar, A. Beyond Local Search: Boundary-spanning, Exploration, and Impact in the Optical Disk Industry, *Strategic Management Journal*, 22, 4 (2001), 287–306.
- Schulz, M. Organizational Learning, in: Baum, J.A.C. (ed.), *Companion to Organizations*, Blackwell Publishers, Oxford, 2001, 415–441.
- Singh, J.; Agrawal, A. Recruiting Ideas: How Firms Exploit the Prior Inventions of New Hires, *Management Science*, 57, 1 (2011), 129–150.
- Stuart, T.E.; Podolny, J.M. Local Search and the Evolution of Technological Capabilities, *Strategic Management Journal*, Summer Special Issue, 17 (1996), 21–38.
- Trajtenberg, M. The “Names Game”: Harnessing Inventors’ Patent Data for Economic Research, NBER Working Paper 12479, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA, 2006.

**Veröffentlichungen**

Wagner, S.; Hoisl, K.; Thoma, G. Overcoming Localization of Knowledge – The Role of Professional Service Firms, *Strategic Management Journal*, 35, 11 (2014), 1671–1688.

Davis, L.N.; Davis, J.; Hoisl, K. Leisure Time Invention, *Organization Science*, 24, 5 (2012), 1439–1458.

Gruber, M.; Harhoff, D.; Hoisl, K. Knowledge Recombination Across Technological Boundaries: Scientists versus Engineers, *Management Science*, 59, 4 (2013), 837–851.

Hoisl, K. Updating Competitive Advantage in High-Velocity Industries – The Role of Knowledge and Learning, 2014.

Harhoff, D.; Hoisl, K.; Reichl, B.; van Pottelsberghe de la Potterie, B. Patent Validation at the Country Level – The Role of Fees and Translation Costs, *Research Policy*, 38, 9 (2009), 1397–1504.

Hoisl, K. Does Mobility Increase the Productivity of Inventors? *Journal of Technology Transfer*, 34, 2 (2009), 212–225.



**Ashish Bharadwaj**

**Promotionsbetreuer**

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.  
(Erstgutachter)

Prof. Dr.  
Franz Waldenberger,  
Ludwig-Maximilians-  
Universität  
(Zweitgutachter)

**Finanzierung**

IMPRS-CI

## 6 Dissertationen

### 6.1 Regulatory Stringency and Innovation in Green Technologies in the Automotive Industry: The Case of Germany, India, China and Brazil

*This dissertation investigates the relationship between environmental regulation and technological innovation in green technologies. An empirical assessment of the impact of stringency of environmental regulation on green innovation across four countries is undertaken. The dissertation focuses on the automotive industry in Germany (a technology pioneer) and compares it to that in India, China and Brazil (three technologically proficient emerging economies). To this end, patent data and the patent classification system is extensively used.*

For several developed economies, such as Germany, the automotive sector has been an important driver of economic growth. However, the strongholds of this sector are shifting to some of the technologically proficient developing economies such as Brazil, India and China. This remarkable development is accompanied by formidable challenges, from health hazards and traffic congestion to fuel price fluctuations and global warming. In the light of this, the transport sector is pumping huge investments into low emission, high fuel efficiency automobiles. However, the evident drastic demand and supply imbalances in prevalence of environment friendly (green) technologies are becoming obstacles in the mitigation efforts. With environmental regulations getting more stringent over time, the answer to the problem of solving environmental, health and economic challenges may well lie in technological innovation. However, there is a wide gap among the technological and economic capabilities of the countries considered in the dissertation.

There have been several studies in the realm of industrial and of environmental economics that have dealt with these topics separately. What is still lacking is an assessment of environmental regulations in the transport sector of developing countries. A lot of work has

been done in the area of technological innovation using patent data from industrialized countries, but there is a dearth of studies focusing on the developing countries. This is also because of the lack of useful and comprehensive data to undertake this kind of research. The novelty of this study is to address both these—hitherto under-researched—problems in a comparative framework in order to derive policy suggestions.

The dissertation first presents an overview of the global automotive industry and how it is inextricably linked with the growth of economies. The introduction also sheds light on the environmental challenges the industry faces. In a comprehensive review of the literature, the dissertation then covers various facets of environmental regulations. It gives details of the design and instruments of regulation, the multidimensional association of environmental regulation with economic growth, innovation, industrial competitiveness and technology diffusion. The relevant theoretical and empirical studies in the environment, development, industrial and innovation economics discipline which contributed to this research area are discussed. The review is followed by a detailed overview of environmental regulations which are specific to the automotive industry. The dissertation traces the origins and evolution of environmental legislations and regulatory changes relevant to the transport industry in Germany, India, China and Brazil.

Technical aspects of green technologies that are being developed to mitigate the challenges posed by vehicular pollution and fuel consumption are explored then. The dissertation describes how the standardized International Patent Classification (IPC) system is used to construct a stringency index.

Pollutants targeted in the various regulations are then matched with the selected technological areas to develop a composite regulatory stringency index for each country. Interviews from technicians, industry representatives and government officials were conducted to facilitate this task in which elements of regulations were linked to relevant

technologies. The focus was specifically on the emission reducing and fuel saving regulatory changes in the transport sector.

After laying the groundwork of constructing the stringency measures, a descriptive analysis of the uniquely assembled patent data is carried out. An assessment of the composition of applicants and sources of priority filings in the patent data for each country is provided. The analytical core of the dissertation is an empirical analysis which seeks to determine the impact of stringency of environmental regulations on innovation activities. Both unweighted and weighted patent counts are used as a measure of innovation to test the hypotheses that domestic and foreign environmental regulatory intervention induces innovation in green technologies. Empirical techniques of ordinary least square estimation, negative binomial for count data models and difference-in-difference methods are used. The results partially support the notion that regulatory measures induce innovation.

The dissertation concludes with a summary of the findings, managerial and public policy implications. Furthermore, limitations and caveats of the dissertation as well as potential questions for future research are discussed.



**Sarah Eckardt**

**Promotionsbetreuer**

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.  
(Erstgutachter)

Prof. Dr. Dres h.c.  
Arnold Picot,  
Ludwig-Maximilians-  
Universität  
(Zweitgutachter)

**Finanzierung**

Ludwig-Maximilians-  
Universität

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

## 6.2 Entwicklung, Einsatz und Validierung eines Diagnose-instrumentes zur Messung des Innovations- und Intrapreneurship-Klimas

*Innovationen tragen nachhaltig zum Erfolg von Unternehmen bei. Aber wie kann Innovation in Unternehmen gefördert werden? An der Schnittstelle der Innovations-, Organisations- und Entrepreneurshipforschung sowie der Psychologie entwickelte sich Anfang der 1980er Jahre eine Forschungsrichtung, die das Phänomen des „Intrapreneurship“ untersucht. Darunter wird unternehmerisches Handeln von Mitarbeitern verstanden, die innovative Produkte oder Dienstleistungen innerhalb der bestehenden Strukturen eines Unternehmens entwickeln. Die Förderung von Intrapreneurship kann ein wirksamer Ansatz für ein erfolgreiches Innovationsmanagement sein. Zum einen kann so das unternehmerische Potential von Mitarbeitern besser genutzt werden. Zudem wird die Gefahr des Verlustes unternehmerischer Mitarbeiter reduziert, da sie ihre eigenen Ideen beim Arbeitgeber verwirklichen können und keine externen Freiräume für die Umsetzung der Ideen suchen müssen. Eine Untersuchung, welche spezifischen Rahmenbedingungen innerhalb von Organisationseinheiten Intrapreneurship begünstigen, hat somit hohe wissenschaftliche und praktische Relevanz.*

Basierend auf einer umfangreichen Analyse der Literatur zu Determinanten des Innovations- und Intrapreneurship-Klimas identifiziert die vorliegende Dissertation eine Reihe entscheidender Faktoren, die in ein konzeptionelles Modell eingebettet werden. Um die Frage beantworten zu können, welchen Einfluss die so ermittelten Dimensionen des Innovations- und Intrapreneurship-Klimas auf die unternehmerischen und innovativen Verhaltensweisen der Mitarbeiter ausüben, wurde ein umfangreicher Datensatz erhoben und einer quantitativ-empirischen Analyse unterzogen. Die Analysen zeigen auf, von welchen Faktoren die unternehmerischen und innovativen Verhaltensweisen von Mitarbeitern beeinflusst werden.

Das in dieser Dissertation entwickelte konzeptionelle Modell unterscheidet neun Dimensionen, die auf das Innovations- und Intrapreneurship-Klima eines Unternehmens einwirken. Diese Dimensionen, die aus theoretischer Sicht unternehmerisches Verhalten von Mitarbeitern innerhalb der Organisationseinheiten etablierter Unternehmen beeinflussen sind: (1) Managementunterstützung für Intrapreneurship/Innovation und Leadership in Bezug auf unternehmerische Verhaltensweisen, (2) Autonomie und unternehmerische Freiheit, (3) Motivation und Anreize für Intrapreneurship/Innovation, (4) Ressourcen für Intrapreneurship/Innovation, (5) Kommunikation und Information bezüglich der Umsetzung von Ideen, (6) intrapreneurship- und innovationsfördernde Struktur, Prozesse und Dynamik, (7) Zusammenhalt und konstruktives Miteinander, (8) intrapreneurship- und innovationsfördernde Strategie (*Exploration*) sowie (9) strategische Ausrichtung auf *Exploitation*. Dabei wird – mit einer Ausnahme – für alle Dimensionen ein positiver Zusammenhang mit den unternehmerischen und innovativen Verhaltensweisen der Mitarbeiter angenommen. Diese Ausnahme besteht für die Dimension der *Exploitation*. Hier wird vermutet, dass ein Fokus auf möglichst effiziente Ausbeutung schon vorliegender Möglichkeiten mit einer Verringerung innovativer und unternehmerischer Aktivitäten einhergeht.

Grundlage der empirischen Untersuchung der Arbeit sind Daten aus Mitarbeiterbefragungen in Unternehmen, Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die mithilfe der Online-Befragungssoftware *Limesurvey* erhoben wurden. Die teilnehmenden Unternehmen waren Organisationen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Größe – beispielsweise Unternehmen aus dem Mittelstand, junge Start-Up-Unternehmen oder etablierte Konzerne. Im Datensatz sind zudem verschiedene Branchen repräsentiert: Ein Großteil der Beobachtungen stammt aus der Automobilindustrie und der Wirtschaftsprüfung. Es sind aber auch die Telekommunikationsbranche, Technologieunternehmen sowie die Medien- und Internetbranche vertreten.

Zur Validierung des entwickelten Instrumentes zur Messung des Innovations- und Entrepreneurship-Klimas wurden die neun Hypothesen über den Zusammenhang der Dimensionen des Innovations- und Intrapreneurship-Klimas mit Daten zu den unternehmerischen und innovativen Verhaltensweisen der Mitarbeiter getestet. Sowohl die multivariate Analyse im Regressionsmodell als auch die Schätzung im Strukturgleichungsmodell ergaben für eine spezifische Operationalisierung unternehmerischer Verhaltensweisen vier hypothesenbestätigende Effekte und zwei hypothesenkonträre signifikante Effekte. Diese sind stabil unter Hinzunahme von Kontrollvariablen sowie über die unterschiedlichen Modelle hinweg. So besitzen die Dimensionen Autonomie und unternehmerische Freiheit (2), Struktur, Prozesse und Dynamik (6), intrapreneurship- und innovationsfördernde Strategie (Exploration) (8) einen signifikant positiven Effekt auf die unternehmerischen Verhaltensweisen von Mitarbeitern. Für die Dimension der strategischen Ausrichtung auf Exploitation (9) konnte der angenommene negative Effekt bestätigt werden. Zusätzlich zu diesen hypothesenbestätigenden Effekten zeigen sich signifikant negative Effekte für die Dimensionen (4) Ressourcen für Intrapreneurship/Innovation und (7) Zusammenhalt und konstruktives Miteinander.

Die Dissertation schließt mit einer Zusammenfassung und Diskussion der Implikationen. Zudem wurde eine Reihe von Handlungsempfehlungen für das Innovationsmanagement in Organisationen beschrieben.

### Veröffentlichung

*Eckardt, Sarah, Messung des Innovations- und Intrapreneurship-Klimas: Eine quantitativ-empirische Analyse (Schriftenreihe Innovation und Entrepreneurship), Springer, Wiesbaden 2015, 249 S.*



**Fabian Kühnhausen**

**Promotionsbetreuer**

Prof. Dr. Monika Schnitzer,  
Ludwig-Maximilians-  
Universität  
(Erstgutachterin)

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.  
(Zweitgutachter)

**Finanzierung**

IMPRS-CI

### 6.3 Essays on Information Problems in Financial Services

*Diese Dissertation ist eine kumulative Arbeit mit drei Aufsätzen zu mikroökonomischen Untersuchungen von Informationsproblemen in Finanzmärkten. Im Speziellen wird analysiert, welchen Einfluss Informationsasymmetrien auf das Angebot von Finanzdienstleistungen durch Finanzinstitute sowie auf die Nachfrage nach Finanzdienstleistungen durch andere Unternehmen haben. Im ersten Aufsatz wird anhand von Daten für die USA empirisch untersucht, wie Finanzinnovationen die Stabilität von Finanzinstituten beeinflussen. Im zweiten Aufsatz werden die Kapitalstrukturmaßnahmen von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen anhand eines großen Paneldatensatzes untersucht. Im dritten Aufsatz wird eine ökonomische Analyse zu einer Regulierungsmaßnahme der Europäischen Kommission vorgestellt, die darauf abzielt, den Wettbewerb und die Qualität bei Wirtschaftsprüfungsdienstleistungen zu verbessern.*

Im ersten Aufsatz, „Financial Innovation and Fragility“, wird der Einfluss von Innovationen durch Finanzinstitute auf deren individuelle Stabilität untersucht. Basierend auf der *Innovation-Fragility-Hypothese* (Beck et al. 2012) wird nun untersucht, ob Finanzmärkte mit einem höheren Grad an innovativen Aktivitäten häufiger von Finanzkrisen befallen werden. Hierzu wird ein Datensatz mit Informationen zu Finanzinnovationen in den USA zwischen 1990 und 2002 genutzt (Lerner 2006). Dieser Datensatz wird mit Leistungs- und Stabilitätsindikatoren erweitert, um Schwankungen im Grad der Innovationsfähigkeit auf Firmenebene mit Insolvenzrisiken, Profitabilitätsschwankungen und anderen Stabilitätsindikatoren für einzelne Finanzinstitute zu verknüpfen. Es wird gezeigt, dass sich ein höheres Maß an Innovation negativ auf die Stabilität der Finanzinstitute auswirkt. Zudem zeigt sich, dass der Zusammenhang für größere Finanzinstitute und für Finanzinstitute mit höherem Verschuldungsgrad besonders stark ist. Zusätzlich wird belegt, dass Finanzinstitute mit größerer innovativer Tätigkeit in den Vorkrisen Jahren eine höhere Profitabilitätsvola-

tilität und höhere Verluste in Finanzkrisen erleiden. Insgesamt bestätigen die Untersuchungen die *Innovation-Fragility-Hypothese*.

Im zweiten Aufsatz, „Determinants of Capital Structures in Non-Financial Companies“, der in Zusammenarbeit mit Harald W. Stieber (Europäische Kommission) entstand, wird untersucht, wie firmen-, industrie- und länder-spezifische Faktoren die Kapitalstruktur von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen beeinflussen können. Eine jüngst durchgeführte Studie (EZB 2013) zur Wirtschaftstätigkeit in der Eurozone im Allgemeinen und strukturellen Problemen bei Unternehmensfinanzierungen im Speziellen legt den Schluss nahe, dass die Kapitalstrukturen von Unternehmen auf die Finanzstabilität und die ökonomische Leistungsfähigkeit der Realwirtschaft Einfluss haben können. Jedoch ist die empirische Validität der Kapitalstrukturtheorien schwach, beziehungsweise in Teilen widersprüchlich. In dieser Arbeit wird eine Reihe von Paneldatenanalysen durchgeführt, um die wichtigsten Faktoren der Kapitalstrukturmaßnahmen von Unternehmen zu identifizieren. Die Studie baut auf früheren Modellen von u.a. Rajan und Zingales (1995) auf und erweitert diese, indem eine Vielzahl weiterer Faktoren auf Firmen-, Industrie- und Länderebene in das Modell eingeführt wird. Zum Einsatz kommt hierbei ein kurzer Paneldatensatz mit einem sehr großen europäischen Querschnitt, um zu zeigen, wie sich Firmengröße, industriespezifischer Verschuldungsgrad und Wachstum sowie steuerliche Aspekte auf den Verschuldungsgrad von Unternehmen auswirken. Profitabilität, Liquidität und Höhe des Sachanlagevermögens wirken negativ auf den Verschuldungsgrad. Zusätzlich finden wir einen starken Einfluss von internationalen Kapitalströmen auf den Verschuldungsgrad der Unternehmen.

Im dritten Aufsatz, „Auditing Quality in Regulatory Regimes“, wird der Einfluss von regulatorischen Eingriffen auf die Qualität von Wirtschaftsprüfungsdienstleistungen untersucht. Während der letzten Finanzkrise hat sich offenbart, dass positive Ergebnisse in Bilanzprüfungen von Unternehmen durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften nicht unmit-

telbar eine finanziell stabile Situation des geprüften Unternehmens widerspiegeln. Die Europäische Kommission hat daher beschlossen, einen einheitlichen Binnenmarkt für Wirtschaftsprüfungen aufzubauen (Europäische Kommission 2011a, 2011b). Der Aufsatz untersucht den Einfluss der Kommissionsvorschläge auf die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt und die Funktionstüchtigkeit des Marktes für Wirtschaftsprüfungsdienstleistungen. Es wird ein theoretisches Modell basierend auf Stahl und Strausz (2011) entwickelt, das die Beziehung zwischen Wirtschaftsprüfern, Unternehmen und Regulierern darstellt. Eine Harmonisierung der Qualität von Wirtschaftsprüfungsdienstleistungen resultierend aus einer Standardisierungsmaßnahme wird mit einer angebotsseitigen freiwilligen Zertifizierung der angebotenen Qualität verglichen. Auf der einen Seite kann ein zertifizierungsbedingtes Signal über die tatsächliche Qualität der Wirtschaftsprüfungsdienstleistung den Markt segmentieren. Auf der anderen Seite erlaubt eine Standardisierung eine Anhebung der durchschnittlich angebotenen Qualität der Wirtschaftsprüfungsdienstleistungen im Markt. Welche regulatorische Maßnahme die Wohlfahrt maximiert, hängt von der Kostenstruktur der Qualitätsverifizierung durch den Regulierer ab.

In ihrer Gesamtheit zeigt diese Dissertation, dass Informationsprobleme ein wichtiges Hindernis für die Effizienz der Finanzmärkte sind. Während die ersten zwei Aufsätze positive Analysen zu Angebot und Nachfrage von Finanzdienstleistungen darstellen, liefert das dritte Kapitel eine normative Untersuchung. Insbesondere wird aufgezeigt, wie staatliche Eingriffe gestaltet werden können, um die Effizienz der Finanzmärkte zu stärken. Somit kann die Arbeit zum anhaltenden Diskurs über Finanzmarktregulierung, Wettbewerbspolitik und Finanzmarktintegration beitragen.

#### Literaturhinweise

Beck, T.; Chen, T.; Lin, C.; Song, F.M. Financial Innovation: The Bright and the Dark Sides, SSRN Working Paper, verfügbar unter: <http://ssrn.com/abstract=1991216>, 2012.

Europäische Kommission (2011a), Proposal Directive to Enhance the Single Market for Statutory Audits, COM (2011) 778, November 2011.

Europäische Kommission (2011b), Proposal Regulation to Increase the Quality of Audits of Financial Statements of Public-Interest Entities", COM (2011) 779, November 2011.

Europäische Zentralbank, Corporate Finance and Economic Activity in the Euro Area, Strukturbericht 2013, Occasional Paper Series Nr. 151, Task Force of the Monetary Policy Committee des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB), 2013.

Lerner, J. The New Financial Thing: The Origins of Financial Innovations, *Journal of Financial Economics*, 79, 2 (2006), 223–255.

Rajan, R.G.; Zingales, L. What Do We Know about Capital Structure? Some Evidence from International Data, *Journal of Finance*, 50, 5 (1995), 1421–1460.

Stahl, K.; Strausz, R. Who Should Pay for Certification?, CESifo Arbeitspapier Nr. 3365, 2011.



**Michael Natterer**

**Promotionsbetreuer**

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.  
(Erstgutachter)

Prof. Dr. Thomas Zwick,  
Julius-Maximilians-  
Universität Würzburg  
(Zweitgutachter)

**Auszeichnung**

Förderpreis des Forum  
Münchner Betriebswirte e.V.

## 6.4 Ähnlichkeit von Patenten – Entwicklung, empirische Validierung und ökonomische Anwendung eines text- basierten Ähnlichkeitsmaßes

*Die zunehmende Bedeutung von Schutzrechten für geistiges Eigentum stellt Nutzer von Patent- und Markensystemen vor große Probleme. Die Suche nach Rechten, die mit den eigenen Anmeldungen in Konflikt stehen könnten oder für die eigene Geschäftstätigkeit anderweitig relevant sind, wird zunehmend schwieriger. Hohe Transaktionskosten für alle Nutzer der Systeme sind die Folge. In dieser Dissertation werden hocheffiziente, auf Patenttexte zugeschnittene Textanalysealgorithmen entwickelt, um große Mengen von Patenttexten (Big Data) in kürzester Zeit miteinander vergleichen und Verwandtschaftsbeziehungen identifizieren zu können. Darüber hinaus wird geprüft, ob mit textbasierten Ähnlichkeitsdaten der Wert von Patenten besser prognostiziert werden kann.*

Patentdokumente stellen sowohl in der Praxis als auch in der Wissenschaft eine wichtige Informationsquelle für technisches Wissen dar. In der wissenschaftlichen Literatur wird davon ausgegangen, dass ein erheblicher Teil technischen Wissens ausschließlich in Patenten veröffentlicht wird (Blackman 1995, Giuri et al. 2007, Lee et al. 2009). Die zunehmende Bedeutung von Patenten zeigt sich auch in den Aktivitäten an den Patentämtern. Es ist zu beobachten, dass die Anzahl der jährlichen Anmeldungen in den letzten 20 Jahren stark zugenommen hat. Nach Angaben der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) wurden im Jahr 2012 weltweit 2,35 Mio. Patente angemeldet, was einer Zunahme von 9,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Seit 1995 hat sich die Anzahl der Anmeldungen mehr als verdoppelt. Diese Entwicklungen stellen sowohl Erfinder, Patentanwälte und Prüfer, Anmelder als auch Mitarbeiter von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen vor große Herausforderungen.

Die unterschiedlichen Textelemente von Patenten – nämlich Titel, Zusammenfassung, Ansprüche und die Beschreibung – beinhalten den Großteil der Informationen eines Patents.

Der große Bestand an Patenten und dessen hohe Wachstumsrate in Verbindung mit der Länge und der Komplexität dieser Dokumente führen dazu, dass Recherchen nach dem Stand der Technik für Erfinder, Anwälte und Prüfer zunehmend komplizierter, kosten- und zeitintensiver werden. Hinzu kommt, dass die meisten Patentdatenbanken lediglich die Suche nach Schlüsselwörtern oder nach einer Kombination weniger Schlüsselwörter erlauben. Informelle Gespräche mit Patentanwälten und -prüfern ergaben, dass Standard-Technik-Recherchen sehr aufwendig sein können, spezielle Kenntnisse erfordern und je nach Technologiefeld bis zu zwei Wochen dauern. Daher ergibt sich ein Bedarf nach automatisierten semantischen Verfahren zur schnellen Identifizierung ähnlicher Patente.

Bereits in den Pionierarbeiten von Scherer (1965), Schmookler (1966) und Griliches (1990) werden die Bedeutung und Einsatzmöglichkeiten von Patentdaten im Rahmen ökonomischer Untersuchungen herausgearbeitet. In der Literatur werden Patente häufig als Indikator des Innovationserfolgs von Ländern (Furman et al. 2002) und Unternehmen (Hagedoorn/Cloodt 2003) sowie der Produktivität von Erfindern (Hoisl 2007) verwendet. Des Weiteren nutzen zahlreiche Arbeiten die Referenzen, Vorwärtszitationen, Patentfamilien und IPC-Codes zur Bestimmung des Werts von Patenten (z.B. Gambardella et al. 2008). Ein anderer Bereich der Forschungsliteratur beschäftigt sich mit der Bestimmung technologischer Ähnlichkeit einzelner Patente, Unternehmen, technologischer Bereiche und Länder. Hier werden vorwiegend Klassifikationscodes, Referenzen und Vorwärtszitationen verwendet. Diese erweisen sich zum Zweck der Ähnlichkeitsmessung jedoch als problematisch. Da ein Patent i.d.R. nur einen oder wenige Klassifikationscodes und wenige oder sogar keine Referenzen oder Vorwärtszitationen erhält, steht für die Messung nur eine geringe Anzahl an Dimensionen zur Verfügung. Diese reichen jedoch nicht aus, um Ähnlichkeiten präzise zu ermitteln. Trotz der Nachteile von Klassifikationscodes und Referenzen werden in ökonomischen und betriebswirtschaftlichen Studien die Texte von Patenten bisher selten verwendet, obwohl sie den Großteil der Informationen enthalten.



Die Dissertation verfolgt zwei Teilziele: Das erste besteht in der Entwicklung, Kalibrierung und Validierung einer Methode zur Bestimmung der Ähnlichkeit von Patenten. Hierfür wurde eine hocheffiziente, parallelisierte sprachwissenschaftliche Software mit einem umfangreichen Bestand an Algorithmen (z.B. mathematische Ähnlichkeitsmodelle) zur Verarbeitung von Datenmengen im Big-Data-Bereich entwickelt. Das zweite Teilziel beinhaltet die Anwendung des Ähnlichkeitsmaßes im Rahmen einer ökonomischen Fragestellung. Da die Werte von Patenten sowohl in der Praxis als auch in der Wissenschaft für die Bewertung des Innovationserfolgs von Unternehmen, Ländern und Erfindern von hoher Relevanz sind und existierende Indikatoren diese Werte nur unzureichend messen können, wurden Ähnlichkeitswerte zu Dichtemaßen aggregiert, um die Werte von Patenten präziser modellieren zu können.

Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass sich die Ähnlichkeit von Patenten in allen Technologiebereichen sehr gut ermitteln lässt und umso besser zu bestimmen ist, je mehr Textinformationen vorhanden sind. Die optimale Algorithmenkombination variiert aber nach Art der Patentinformation: Bei lexikalischen Verfahren ist insbesondere eine richtige und auf Patenttexte angepasste Gewichtung der Schlüsselwörter entscheidend. Die semantische Analyse hat ergeben, dass die Texterweiterung durch Ontologien wie *WordNet* zur Berücksichtigung von Synonymen oder Hyperonymen schwierig ist und die Qualität der Resultate nicht zwingend verbessert. Auch mit *LDA-Topic-Modeling* lassen sich die Ergebnisse nicht systematisch verbessern. Das mathematische Verfahren der *Latenten Semantischen Analyse* erweist sich bei exakter Wahl der Dimensionen als vorteilhaft, stößt jedoch bei großen Datenmengen an seine Grenzen. Mit *Logit-Regressionen* wurde herausgearbeitet, dass textbasierte Ähnlichkeitsmaße den in der Literatur dominierenden bibliographischen Verfahren klar überlegen sind. Die Analyse des Werts von Patenten hat ergeben, dass aus Ähnlichkeitsbeziehungen abgeleitete Dichtemaße die Prognose des Patentwerts verbessern können. Es wurde ein statistisch negativ signifikanter Zusammenhang zwi-

schen der Dichte eines technologischen Bereichs und dem Wert von Patenten belegt.

Die Dissertation leistet wichtige Beiträge zur automatisierten Analyse von Patenten, zu den Bereichen *Retrieval* und *Klassifikation*, zu ökonomischen Anwendungen sowie zur Analyse des Werts von Patenten. Die großzahlige Bereitstellung von Ähnlichkeitsmaßen eröffnet zahlreiche neue Forschungsmöglichkeiten.

#### Literaturhinweise

- Blackman, M. Provision of Patent Information: A National Patent Office Perspective, *World Patent Information*, 17, 2 (1995), 115–123.
- Furman, J.L.; Porter, M.E.; Stern, S. The Determinants of National Innovative Capacity, *Research Policy*, 31, 6 (2002), 899–933.
- Gambardella, A.; Harhoff, D.; Verspagen, B. The Value of European Patents, *European Management Review*, 5, 2 (2008), 69–84.
- Giuri, P.; Mariani, M.; Brusoni, S.; Crespi, G.; Francoz, D.; Gambardella, A.; Garcia-Fontes, W.; Geuna, A.; Gonzales, R.; Harhoff, D.; Hoisl, K.; Le Bas, C.; Luzzi, A.; Magazzini, L.; Nesta, L.; Nomaler, Ö.; Palomeras, N.; Patel, P.; Romanelli, M.; Verspagen, B. Inventors and Invention Processes in Europe: Results from the PatVal-EU Survey, *Research Policy*, 36, 8 (2007), 1107–1127.
- Griliches, Z. Patent Statistics as Economic Indicators: A Survey, *Journal of Economic Literature*, 28, 4 (1990), 1661–1707.
- Hagedoorn, J.; Cloodt, M. Measuring Innovative Performance: Is There an Advantage in Using Multiple Indicators?, *Research Policy*, 32, 8 (2003), 1365–1379.
- Hoisl, K. Tracing Mobile Inventors-The Causality between Inventor Mobility and Inventor Productivity, *Research Policy*, 36, 5 (2007), 619–636.
- Lee, S.; Yoon, B.; Park, Y. An Approach to Discovering New Technology Opportunities: Keyword-Based Patent Map Approach, *Innovation*, 29, 6-7 (2009), 481–497.
- Scherer, F.M. Firm Size, Market Structure, Opportunity, and the Output of Patented Inventions, *The American Economic Review*, 55, 5 (1965), 1097–1125.
- Schmookler, J. *Invention and Economic Growth*, Cambridge, MA, 1965.



**Matthias Pötzl**

**Promotionsbetreuer**

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.  
(Erstgutachter)

Prof. Dr. Anja Tuschke,  
Ludwig-Maximilians-  
Universität  
(Zweitgutachterin)

**Finanzierung**

DFG-Projekt „Long-term  
Orientation in Family  
Firms“ (HE3516.6-1)

Ludwig-Maximilians-  
Universität

## 6.5 Risikoneigung, Innovationsdynamik und Produktivität in Familienunternehmen

*Familienunternehmen spielen in vielen Volkswirtschaften eine wichtige Rolle. Anekdoten über die Langlebigkeit von Familienunternehmen werden in den Medien wie auch in Wirtschaft und Politik häufig mit dem Schlagwort „langfristige Orientierung“ in Verbindung gebracht. Hier wird langfristige Orientierung oft pauschal befürwortet und als Haupttreiber für Innovationen in diesen Unternehmen genannt. Der Zusammenhang von langfristiger Orientierung, Familienunternehmen und Innovationsverhalten wurde wissenschaftlich allerdings nur in wenigen Studien analysiert und keineswegs immer bestätigt. Es kann festgehalten werden, dass auf der Basis vorhandener Forschungsergebnisse keine verlässliche Aussage über die Innovationsfähigkeit von Familienunternehmen getroffen werden kann. Der methodische Ansatz der vorgelegten Arbeit zeichnet sich durch eine umfassende Bearbeitung relevanter Forschungsfragen zu Risikoneigung, Innovationsdynamik und Produktivität von Familienunternehmen mittels empirischer Analysen aus. In der Gesamtbetrachtung dieser Aspekte lassen sich Rückschlüsse auf die Innovationsfähigkeit von Familienunternehmen ziehen.*

Familienunternehmen sind weltweit eine weitverbreitete Unternehmensform (La Porta et al. 1999). Laut Klein (2000) sind in Deutschland mehr als 60 Prozent der Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 1 Mio. EUR im Jahr als Familienunternehmen zu bezeichnen. Das lässt auf eine nicht unerhebliche Bedeutung von Familienunternehmen für die Volkswirtschaft eines Landes schließen und motivierte zu zahlreichen Forschungsarbeiten in diesem Bereich. Jedoch verstärkte sich erst Anfang der 1990er Jahre das wissenschaftliche Interesse an dieser Thematik (Agrawal und Nagarajan 1990, Donckels 1991, Handler 1989 und 1990). Bis heute hält sich in wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu Familienunternehmen die Meinung, dass die langfristige Orientierung in Familienunternehmen einen positiven Einfluss auf das Innovationsverhalten des Unternehmens hat (Block 2012, Zahra et al. 2004). Familienunternehmen wird dabei die Rolle eines geduldigen Kapitalgebers un-

terstellt (Sirmon und Hitt 2003): Das würde bedeuten, dass Familienunternehmen langfristige und unsichere Forschungs- und Entwicklungsprojekte öfter durchführen als Nichtfamilienunternehmen. Lumpkin und Brigham (2011) weisen jedoch darauf hin, dass sich langfristige Orientierung auch in nicht-ökonomischen Zielen, wie in einem positiven Ansehen der Familie in der Öffentlichkeit oder in der Absicherung zukünftiger Generationen, widerspiegeln kann. Ziel dieser Dissertation war es daher, den Einfluss langfristiger Orientierung auf das Innovationsverhalten von Familienunternehmen zu untersuchen.

Die Leitfrage der Dissertation, ob in Familienunternehmen eine langfristige Orientierung vorliegt und welchen Einfluss diese auf das Innovationsverhalten eines Familienunternehmens hat, wurde in drei Teilfragen untergliedert, die zunächst separat analysiert wurden:

1. Wie wirkt sich der Einfluss der Gründerfamilie auf das Unternehmensrisiko eines Familienunternehmens aus?
2. Unterscheiden sich Familienunternehmen in der Höhe ihrer Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) von Nichtfamilienunternehmen?
3. Wie produktiv setzen Familienunternehmen ihre Ressourcen, insbesondere die Ressource „Wissen“, ein?

Als Beitrag dieser Dissertation können zahlreiche Ergebnisse festgehalten werden. Empirisch lässt sich in den hier untersuchten Familienunternehmen keine Fokussierung auf langfristige oder unsichere Projekte nachweisen. Vielmehr ist in Familienunternehmen ein eher risikoarmes Verhalten zu beobachten. Die empirischen Resultate sind konsistent mit der Sicht, dass die Gründerfamilie zunächst daran interessiert ist, die Kontrolle über das Unternehmen zu bewahren und das Unternehmen an nachfolgende Generationen zu übergeben (Arregle et al. 2007, Chua et al. 1999, Gómez-Mejía et al. 2007, Mehrotra et al. 2011 und 2013). Diese Haltung überträgt sich auch auf nachfolgende Generationen. Risikoreiche Projekte oder Expansionspläne passen nicht zu dieser Einstellung. Gleichwohl vernachlässigen Familienunternehmen es nicht, in For-

schung und Entwicklung zu investieren. Die Höhe der FuE-Intensität unterscheidet sich statistisch nicht von der von Nichtfamilienunternehmen. Überdies spielt Kontinuität, wie Miller und Le Breton-Miller (2005) anmerken, in Familienunternehmen eine große Rolle. Auch hierzu liefert die empirische Analyse eine Bestätigung: Im Krisenjahr 2009 reduzierten Familienunternehmen ihre FuE-Ausgaben, relativ zum Umsatz, weniger als Nichtfamilienunternehmen.

Die Ergebnisse stützen auch die Hypothese, dass eine Familie als dominanter Eigentümer des Unternehmens durch ihren großen Einfluss und ihre Präsenz für eine Verringerung der *Agency*-Kosten in Unternehmen sorgt. Das sind Kosten, die entstehen, weil eine bestimmte Aufgabe nicht durch den eigentlichen Auftraggeber, sondern einen Vertreter (*Agenten*) ausgeführt wird, der möglicherweise eigene Interessen verfolgt. Die vorhandenen Ressourcen werden in Familienunternehmen effizienter eingesetzt als in Nichtfamilienunternehmen. Daraus resultiert eine empirisch nachweisbare höhere Produktivität, die langfristig die Überlebenswahrscheinlichkeit eines Unternehmens erhöhen kann.

Die Ergebnisse der Dissertation erweitern die Arbeit von Lumpkin und Brigham (2011). Die Arbeit liefert empirische Belege, die zu einem besseren Verständnis des Begriffs der „langfristigen Orientierung“ in Familienunternehmen beitragen. Aufgrund der Ergebnisse dieser Dissertation kann angenommen werden, dass die Gründerfamilie eines Familienunternehmens ihre risikoaverse Einstellung auf das Unternehmen überträgt und so zu einem geringeren Unternehmensrisiko beiträgt. Weiterhin ist anzunehmen, dass langfristig die Überlebenswahrscheinlichkeit eines Unternehmens auch durch Innovationen gesteigert werden kann (Cefis und Marsili 2006). Familienunternehmer sollten sich aber möglicher Folgen ihrer Risikoaversion bezüglich FuE bewusst sein. Eine Tendenz zu hoher Kontinuität kann in bestimmten Situationen auch hinderlich sein. So kann Kontinuität in der FuE zu einer Pfadabhängigkeit führen, die es schwer macht, neue Technologien zu adaptieren (Patel und Pavitt 1997).

## Veröffentlichung

Pötzl, Matthias, *Risikoneigung, Innovationsdynamik und Produktivität in Familienunternehmen, Books on Demand, Norderstedt 2013, 208 S.*

## Literaturhinweise

- Agrawal, A.; Nagarajan, N.J. Corporate Capital Structure, Agency Costs, and Ownership Control, *The Journal of Finance*, 45, 4 (1990), 1325–1331.
- Arregle, J.-L.; Hitt, M.A.; Simon, D.G.; Very, P. The Development of Organizational Social Capital: Attributes of Family Firms, *Journal of Management Studies*, 44, 1 (2007), 73–95.
- Baysinger, B.D.; Kosnik, R.D.; Turk, T.A. Effects of Board and Ownership Structure on Corporate R&D Strategy, *The Academy of Management Journal*, 34, 1 (1991), 205–214.
- Block, J.H. R&D Investments in Family and Founder Firms: An Agency Perspective, *Journal of Business Venturing*, 27, 2 (2012), 248–265.
- Bushee, B.J. The Influence of Institutional Investors in Myopic R&D Investment Behavior, *Accounting Review*, 73, 3 (1998), 305–333.
- Cefis, E.; Marsili, O. Survivor: The Role of Innovation in Firms' Survival, *Research Policy*, 35, 5 (2006), 626–641.
- Chua, J.H.; Chrisman, J.J.; Sharma, P. Defining the Family Business by Behavior, *Entrepreneurship Theory and Practice*, 23, 4 (1999), 19–39.
- Donckels, R.; Fröhlich, E. Are Family Businesses Really Different? European Experiences from STRATOS, *Family Business Review*, 4, 2 (1991), 149–160.
- Gómez-Mejía, L.R.; Haynes, K.T.; Nuñez-Nickel, M.; Jacobson, K.J.L.; Moyano-Fuentes, J. Socioemotional Wealth and Business Risks in Family-Controlled Firms: Evidence from Spanish Olive Oil Mills, *Administrative Science Quarterly*, 52, 1 (2007), 106–137.
- Graves, S.B.; Waddock, S.A. Institutional Ownership and Control: Implications for Long-Term Corporate Strategy, *The Executive*, 4, 1 (1990), 75–83.
- Handler, W.C. Methodological Issues and Considerations in Studying Family Businesses, *Family Business Review*, 2, 3 (1989), 257–276.
- Handler, W.C. Succession in Family Firms: A Mutual Role Adjustment Between Entrepreneur and Next-Generation Family Members, *Entrepreneurship Theory and Practice*, 15, 1 (1990), 37–51.
- Hansen, G.S.; Hill, C.W. Are Institutional Investors Myopic? A Time-Series Study of Four Technology-Driven Industries, *Strategic Management Journal*, 12, 1 (1991), 1–16.
- Klein, S.B. Family Businesses in Germany: Significance and Structure, *Family Business Review*, 13, 3 (2000), 157–182.
- La Porta, R.; Lopez-de-Silanes, F.; Shleifer, A. Corporate Ownership Around the World, *Journal of Finance*, 54, 2 (1999), 471–517.
- Lumpkin, G.T.; Brigham, K.H. Long-Term Orientation and Intertemporal Choice in Family Firms, *Entrepreneurship Theory and Practice*, 35, 6 (2011), 1149–1169.
- Mehrotra, V.; Morck, R.; Shim, J.; Wiwattananakantang, Y. Must Love Kill the Firm? Some Explanatory Evidence, *Entrepreneurship Theory and Practice*, 36, 6 (2011), 1121–1148.
- Mehrotra, V.; Morck, R.; Shim, J.; Wiwattananakantang, Y. Adoptive Expectations: Rising Sons In Japanese Family Firms, *Journal of Financial Economics*, 108, 3 (2013), 840–854.
- Miller und Le Breton-Miller (2005) Patel, P.; Pavitt, K. The Technological Competencies of the World's Largest Firms: Complex and Path-dependent, but not much Variety, *Research Policy*, 26, 2 (1997), 141–156.
- Sirmon, D.G.; Hitt, M.A. Managing Resources: Linking Unique Resources, Management, and Wealth Creation in Family Firms, *Entrepreneurship Theory and Practice*, 27, 4 (2003), 339–358.
- Zahra, S.A.; Hayton, J.C.; Salvato, C. Entrepreneurship in Family vs. Non-Family Firms: A Resource-Based Analysis of the Effects of Organizational Culture, *Entrepreneurship Theory and Practice*, 28, 4 (2004), 363–381.



**Philipp Schautschick**

**Promotionsbetreuer**

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.  
(Erstgutachter)

Prof. Dr. Klaus Schmidt,  
Ludwig-Maximilians-  
Universität  
(Zweitgutachter)

**Finanzierung**

IMPRS-CI

## 6.6 An Economic Investigation of the Use and Impact of Patents and Trade Marks in Germany

*For over three decades, economic studies of innovation and intellectual property have focused on patents. However, these studies are restricted to manufacturing industries, since patent protection is rarely used in services. By contrast, trademarks are used in all types of industries. Nevertheless, the economics of trademarks have so far escaped systematic analysis. This thesis provides a review of the existing empirical economic literature on trade marks. In addition, the role of trademarks with respect to market entry decisions and post-entry performance of two cohorts of new firms is investigated. The firms under consideration experienced one of two economic shocks – the breakdown of the dotcom bubble or the financial crisis – during the first years of their existence.*

Even though the interplay of intellectual property rights (IPRs) and competition has long been discussed in economic theory – empirical studies analyzing this relationship are still rare. Patents grant a temporary exclusion right and trademarks differentiate otherwise homogeneous products. Hence, IPRs can increase the market power of their owners and – in some cases – may even lead to a monopoly. Furthermore, IPRs can constitute barriers to entry. Patents, for instance, raise rivals' costs if they have to invent around a protected technology. By contrast, IPRs can also stimulate competition by reducing information asymmetries or by lowering search costs of consumers.

The dissertation first embarks on a literature review with a particular focus on economic studies of trademarks. The review illustrates considerable shortcomings with respect to the use of trademark data in empirical studies: First, studies covering different EU countries typically do not take into account Community trademarks, but focus on national trademarks alone. Small and young firms – for budgetary reasons – often rely on the national trademark system. When either Community or national trademarks are used as a proxy of entry or product introduction, firm activity

may not be measured correctly. Second, the assignment of trade marks to industries differs between studies: Some studies use the Nice Classification (NCL) system, others assign trademarks to the industry of the trademark owner. When comparing results across different studies, different ways of assigning marks to industries have to be taken into account.

In order to analyze benefits and costs of IPRs with respect to competition, the thesis investigates the following issues:

- ▶ whether IPR ownership affects the probability of successful market entry of new firms;
- ▶ how a firm's survival is affected by its own or its rivals' use of IPRs; and
- ▶ how the use of IPRs is correlated with employment growth of firms.

To answer these research questions, market entry decisions as well as post-entry performance of new firms are investigated. The thesis analyzes two cohorts of firms which experienced the breakdown of the dotcom bubble or the financial crisis. The empirical investigation of the economic effects of IPR-use by new firms in Germany between 2002 and 2012 shows that IPRs can affect competition and performance: Firms relying on national trademarks face a lower risk of exit and grow faster than firms which do not utilize national trademarks. Firms active in an industry characterized by a high propensity of using national trademarks also grow faster and exhibit a lower risk of exit. In contrast, industries characterized by a high propensity of using national patents exhibit lower entry rates, slower growth, and a higher risk of exit. Industries with a high propensity of using Community trademarks are characterized by more entry, slower growth, and more exits. Firms relying on European patents are characterized by higher risks of exit. Industries consisting of firms with a high propensity of filing European patents exhibit more entry compared to industries with a lower EP patent propensity. However, without counterfactuals it is difficult to interpret these findings causally and to unambiguously relate them to

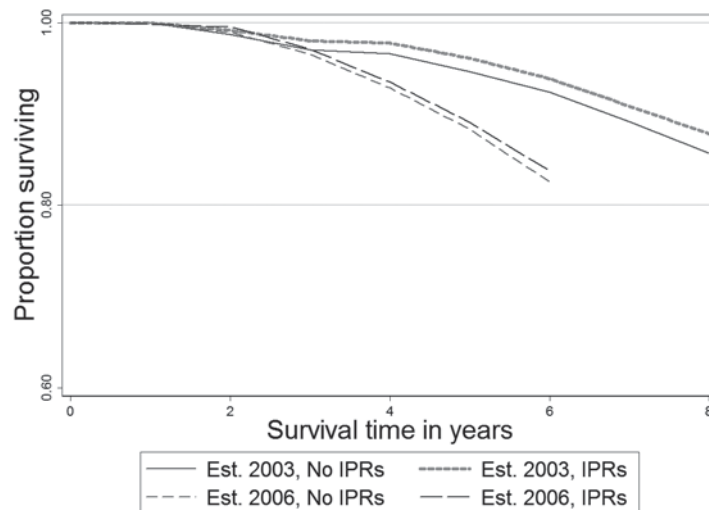


Figure 1: Kaplan-Meyer survival curves for new firms in Germany with and without intellectual property rights established between 2003 and 2006. The vertical axis represents the share of firms that survived for the number of years indicated on the horizontal axis.

competition. Hence, determining the causal relationship between IPRs and competition remains an important topic for future studies.

In a second step, the effect of the economic crises on firm performance was analyzed. Results show that the financial crisis had a strong impact on firm performance. It negatively affected survival prospects and employment growth of firms, while the use of IPRs is associated with better survival chances. The positive effects of IPRs on performance were outweighed by the negative shock of the recent financial crisis (see Fig. 1).



**Nina Schießl**

**Promotionsbetreuer**

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.  
(Erstgutachter)

Prof. Dr. Anja Tuschke,  
Ludwig-Maximilians-  
Universität  
(Zweitgutachterin)

**Finanzierung**

Promotionsstipendium  
des Ernst-Ludwig-Ehrlich-  
Studienwerks

Ludwig-Maximilians-  
Universität

## 6.7 Entwicklung, Optimierung und Validierung eines 360°-Diagnoseinstrumentes zur Erkennung von Intrapreneurship-Potenzialen bei Mitarbeitern

*Unternehmerisches Handeln wird in der Tagespresse, aber auch in der wirtschaftswissenschaftlichen Fachliteratur oft mit der Gründung eines Unternehmens gleichgesetzt. Dabei wird übersehen, dass unternehmerisches Handeln auch innerhalb von existierenden Organisationen stattfindet. Mit dieser oft vernachlässigten, aber zunehmend diskutierten Komponente von Unternehmertum beschäftigt sich diese Dissertation. Unter unternehmerischem Handeln in Unternehmen wird hier insbesondere die eigenständige Initiierung und Durchführung von Innovationsprojekten verstanden. Initiatoren und Träger von unternehmensinternen Innovationen werden als Intrapreneure bezeichnet. Sie sind Mitarbeiter, die im Unternehmen – intrinsisch motiviert und oftmals gegen interne Widerstände – innovativ tätig werden. Die spezifischen Motive und Fähigkeiten dieser Intrapreneure wurden bislang kaum untersucht. Die Autorin nimmt dies zum Anlass und entwickelt in ihrer Dissertation ein psychometrisch fundiertes 360°-Diagnoseinstrument zur Erkennung von Intrapreneurship-Potenzialen bei Mitarbeitern. In der Dissertation wird die theoretische Fundierung, Entwicklung, Optimierung und erste Validierung des Instruments beschrieben. Die Arbeit kombiniert dabei Ansätze aus der Psychologie, Soziologie und Betriebswirtschaft.*

Jede etablierte Organisation steht vor der Herausforderung, Innovationen hervorbringen zu müssen, um langfristig gegenüber Wettbewerbern bestehen zu können. Neue Ideen sind meist im Überfluss vorhanden – doch werden diese nicht in allen Fällen weiterverfolgt und umgesetzt. Hierbei sind Organisationen meist auf Intrapreneure angewiesen. Die Dissertation analysiert, wie sich Intrapreneure anhand von motivationspsychologisch relevanten Motiven und Fähigkeiten identifizieren lassen. Dazu wird ein 360°-Diagnoseinstrument (Kombination aus Selbst- und Fremdeinschätzung von Personen) entwickelt.

Die theoretische Grundlage für die Entwicklung des Diagnoseinstrumentes bildet H.M. Kehrs Kompensationsmodell von *Motivation und Volition* (2004). Es besagt, dass die Arbeitsmotivation eines Individuums optimal ist, wenn es Tätigkeiten ausführt, die seinen Motiven und Fähigkeiten entsprechen. Eine systematische Literaturanalyse ergab 18 relevante Motive und Fähigkeiten eines Intrapreneurs. Für diese 18 theoretisch relevanten Motive und Fähigkeiten wurden Hypothesen abgeleitet. Zum Test der Hypothesen wurden mit Hilfe einer Online-Befragung Daten erhoben.

Zunächst wurden Fragen zur Messung der einzelnen psychologischen Konstrukte recherchiert und zugehörige Skalen erarbeitet. Im Sinne eines 360°-Feedback-Instrumentes wurde jeweils eine Version für die Selbsteinschätzung sowie eine Version für Fremdeinschätzung entwickelt. Diese zusätzlichen objektiven Fremdeinschätzungen der Fähigkeiten und Motive der Person fließen mit in die Beurteilung ihres Intrapreneurship-Potenzials ein und können so zu einem ganzheitlichen Bild beitragen. Insgesamt konnten Daten von 531 Selbsteinschätzern und 1221 Fremdeinschätzern erhoben werden.

Die Prognosegüte des 360°-Tools wurde mithilfe der *Leave-One-Out-Methode* der Kreuzvalidierung bestimmt. Es zeigt sich, dass sich die Prognosegüte durch Verwendung der motivationspsychologischen Konstrukte deutlich steigern lässt. Des Weiteren kann die Prognosegüte erhöht werden, wenn Selbst- und Fremdeinschätzung (anstatt nur einer der beiden Einschätzungen) zur Identifikation potenzieller Intrapreneure herangezogen werden.

In der empirischen Analyse werden die Zusammenhänge zwischen unternehmerischem Verhalten und den in der Befragung ermittelten Konstrukten vorgestellt und bewertet. So kann gezeigt werden, dass ein positiver Zusammenhang zwischen der Fähigkeit einer Person, ihr Netzwerk zu nutzen, und der Intensität unternehmerischen Handelns innerhalb einer etablierten Organisation besteht. Diese Einschätzung hat besonders hohe Aussagekraft, wenn sie in der Fremdeinschätzung vorliegt. Wie in der Literatur beschrieben, besteht

zudem ein positiver Zusammenhang zwischen ‚Problemlösungsfähigkeit‘ und Intrapreneurship. Dieser Zusammenhang zeigt sich im Selbst- und im Fremdbild. Der Intrapreneur wird oft mit neuartigen Problemen und Aufgabenstellungen konfrontiert, für die es bisher noch keine ihm bekannte Lösung gibt. Angesichts dieser Herausforderungen muss er eigene Mittel und Wege finden können, die Probleme zu lösen. Des Weiteren zeigt sich ein signifikant positiver Zusammenhang zwischen ‚Entscheidungsfähigkeit unter Unsicherheit‘ und Intrapreneurship. Dies entspricht ebenfalls der ursprünglichen Hypothese. Der Befragte kann selbst am besten beurteilen, ob er auch in unsicheren Situationen, in denen es keine Entscheidungshilfen gibt, imstande ist, schnell eine Entscheidung zu treffen.

‚Autonomiestreben‘, ‚Systemkritische Sichtweisen‘ und ‚Risikotoleranz‘ sind die Konstrukte, die statt eines, wie zunächst angenommen, umgekehrt U-förmigen Zusammenhangs mit Intrapreneurship einen linear positiven Zusammenhang aufweisen. Autonomiestreben und systemkritische Sichtweisen einer Person können am besten von Dritten beurteilt werden. Die Risikotoleranz sollte idealerweise von der Person selbst eingeschätzt werden. Nur die Person selbst kann beurteilen, ob sie mental dazu in der Lage ist, die mit unternehmerischem Handeln verbundenen Risiken einzugehen. ‚Autonomiestreben‘ und ‚Systemkritische Sichtweisen‘ offenbaren sich wohl in Verhaltensweisen, die von der Umgebung einer Person stark wahrgenommen werden. Sie richten sich gegen den Status quo und können ein Ausscheren aus der Gruppe zur Folge haben. Zuletzt weist das Konstrukt ‚Gewissenhaftigkeit‘ anstatt eines positiven Zusammenhangs mit Intrapreneurship einen negativen Zusammenhang auf. Sowohl in der Selbst- als auch in der Fremdeinschätzung ist der negative Zusammenhang mit Intrapreneurship signifikant. Gewissenhaftigkeit manifestiert sich oft in einem Streben nach Perfektion. Perfektionismus und unternehmerisches Handeln stehen jedoch in Konflikt zueinander. Dies stellt eine mögliche Erklärung für den gefundenen negativen Zusammenhang dar.

### Veröffentlichung

*Schießl, Nina, Intrapreneurship-Potenziale bei Mitarbeitern: Entwicklung, Optimierung und Validierung eines Diagnoseinstrumentes (Schriftenreihe Innovation und Entrepreneurship), Springer, Wiesbaden 2015, 276 S.*

Der Forschungsbeitrag der Dissertation liegt darin, motivationspsychologisch relevante Motive und Fähigkeiten eines Intrapreneurs theoretisch und empirisch herauszuarbeiten. Zur Identifikation von Intrapreneuren sind sowohl die Daten aus der Selbsteinschätzung als auch die aus der Fremdeinschätzung von Bedeutung.



**Sebastian Stoll**

**Promotionsbetreuer**

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.  
(Erstgutachter)

Prof. Dr. Monika Schnitzer,  
Ludwig-Maximilians-  
Universität  
(Zweitgutachterin)

**Finanzierung**

Promotionsstipendium  
der Deutschen Forschungs-  
gemeinschaft (DFG) im  
Rahmen des Graduierten-  
kollegs (GRK) 801

## 6.8 Essays in Industrial Organization: Umbrella Branding, Non-Binding Auctions and Opacity of the Patent System

*Over the last twenty years, competition policy has developed from a form-based assessment of competitive behavior, which deems certain business practices to be anticompetitive per se, to an effects-based assessment, which evaluates the competitive effects of a business practice case by case. The thesis adds to a better understanding of the interplay of competition, information and intellectual property rights in three different settings: The first chapter demonstrates that umbrella brands, which mark products as belonging to one family of products, induce elements of inertia in consumers' purchasing behavior. The second chapter shows that the benefit of information dissemination in non-binding procurement auctions critically depends on the importance buyers attach to bidders' non-price characteristics. The third chapter exploits the concealment of a signal of patent value by the European Patent Office in 2001 to give evidence that the European patent system is inherently opaque.*

The change in competition policy from a form-based assessment to an effects-based assessment of competitive behavior has led to an increasing importance of economics in the assessment of competition cases. This thesis sets out to expand the understanding of different markets by analyzing three institutions: umbrella brands, online auction platforms, and the European patent system in its role as information transmission mechanism. The analysis of each of these institutions is guided by economic theory, but the main findings are based on rich empirical data.

The first part of the thesis deals with umbrella brands. Umbrella branding stands for the use of recurring brand elements on different products so that consumers identify these products as belonging to one product family. The analysis focuses on the question of whether umbrella branding induces state dependence with respect to product families. The main finding is that marking several products as related by the use of an umbrella brand indeed causes consumers to stick to

this family of products. The important point to stress here is that this sticky behavior is not simply rooted in consumers' preferences but is actually due to the fact that umbrella branding induces switching costs. Loyalty to a product family induced by umbrella branding is of economically significant size – on average, it amounts to around 25 percent of the mean product price.

The second part of the thesis is the result of collaboration with Prof. Dr. Gregor Zöttel (University of Erlangen) and analyzes open non-binding auctions, an auction format which dominates the rapidly expanding online procurement market. Open non-binding auctions are of a very simple structure: After a buyer published a description of the product or job he wants to procure, bidders can put forward price quotes. These price quotes are published and can be changed at any time during a pre-defined bidding period. At the end of the bidding period, the buyer freely decides for one of the participating bidders. The study aims at assessing the effects of the availability of non-price information to the bidders. Theoretically, we find that whether the buyer prefers to disclose or to conceal non-price information depends on how the buyer weighs bidders' non-price characteristics against bidders' prices. In case the buyer puts a lot of weight on bidders' non-price characteristics, he is better off if he conceals non-price information, and vice versa. Using data on open non-binding auctions from a large European procurement platform, first, we establish that bidding behavior is in line with our theoretical predictions. We then employ our theoretical framework to analyze the counterfactual scenario of concealed non-price information. For auction categories where bidders' skills are relatively important to the buyer, we would expect buyers' welfare to increase by up to 10 percent in case non-price was concealed, whereas for categories where bidders' skills are of little importance, we would expect a decrease of up to 10 percent.

The third part of the dissertation presents joint work with Dietmar Harhoff and sheds new light on the fundamental tradeoff of the patent system – that is, the granting of exclu-



sion rights in exchange for disclosure of technical knowledge. Many authors in the patent literature take it as given that the patent system fully discloses technical knowledge and concentrates on the incentive structures arising from the granting of exclusion rights. We, however, differ from the widespread belief that the patent system fully discloses critical information about the innovations protected by patents. Instead, we argue that the patent system is, at least in some technological fields, highly opaque with respect to the technical and economic value of a patent. We use a quasi-experimental setting: In December 2001, the European Patent Office (EPO) changed its information policy regarding requests for accelerated patent examinations. While before December 2001 information about whether a patent applicant requested accelerated examination was publicly available, this information was treated as confidential from 2001 onwards. We employ a theoretical model to derive hypotheses on the way the behavior of both patent applicants and their competitors should change in reaction to the EPO's 2001 policy change in case the European patent system was opaque. We then have a look at data on acceleration requests (which was provided exclusively to us by the EPO) and opposition filings to see whether our predictions are verified. Indeed, in reaction to the 2001 concealment of acceleration information, we observe the behavior of patent applicants and their rivals to change in a way consistent with our assumption that the patent system is opaque with respect to patent value. That is, it seems that the information conventionally generated by the EPO does not suffice to allow rivals to identify a patent's actual value.



**Thimo Stoll**

**Promotionsbetreuer**

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.  
(Erstgutachter)

Prof. Dr. Tobias Kretschmer,  
Ludwig-Maximilians-  
Universität  
(Zweitgutachter)

**Finanzierung**

IMPRS-CI (2009 – 2013)

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb (2013 – 2014)

## 6.9 Essays on the Economics of Patents, Standards and Innovation

*Die Dissertation besteht aus drei in sich geschlossenen Studien zu Themen der Industrie- und Innovationsökonomik. Sie trägt zu einem besseren Verständnis des komplexen Zusammenspiels zwischen Patenten und technischen Standards bei.*

Aufgrund der Häufigkeit von Patentstreitfällen in der Informations- und Kommunikationstechnik ist ein Fokus der Standardisierungsforschung auf diese Industrie zu beobachten. Die Dissertation verfolgt dagegen durch ihren industrieübergreifenden Ansatz das Ziel, ein breiteres Verständnis der Bedeutung von Standards für Innovations- und Erfindungsprozesse zu schaffen. Dazu werden drei wichtige Aspekte entlang des Lebenszyklus eines Standards analysiert: Die erste Studie untersucht im Standardisierungskontext den Einfluss unterschiedlicher Patentierungsstrategien auf den Wettbewerb um Patente. Die zweite Studie beschäftigt sich mit dem Einfluss von Lizenzbedingungen auf die Zusammensetzung von Standardisierungsorganisationen. Die dritte Studie untersucht den Zusammenhang zwischen Standards und der Arbeitsteilung im Innovationsprozess.

Die erste Studie „Patent Strategy and the Impact of Standardization on Invention Dynamics“ untersucht in einer explorativen Analyse den Zusammenhang zwischen Patentierungsstrategien, Standardsetzung und der Intensität des Wettbewerbs um Patente. Dazu werden Daten aus einer umfangreichen internationalen Befragung von Erfindern aus einem breiten Spektrum an Technologiefeldern eingesetzt. Die in der Literatur bereits umfangreich diskutierten Motive zur Beantragung von Patentschutz werden in dieser Befragung durch das Motiv, eine potentiell standardessentielle Erfindung zu schützen (Standardisierungsmotiv), ergänzt.

Der erste wichtige Beitrag der Studie liegt in einer detaillierten deskriptiven Auswertung der Daten, die aufzeigt, dass dem Standardisierungsmotiv von Erfindern aus allen

Technologiefeldern eine hohe Bedeutung beigemessen wird. Eine weiterführende Korrelationsanalyse hat zum Ergebnis, dass das Standardisierungsmotiv am stärksten mit den als defensiv deklarierten Patentierungsstrategien variiert. Weniger stark ausgeprägt ist die Korrelation mit den aktiven Patentierungsstrategien, welche auf eine kommerzielle Verwertung und Lizenzierung abzielen. Es ist aufschlussreich, dass lediglich die Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) von diesem Muster abweicht. In der IKT variiert das Lizenzierungsmotiv am stärksten mit dem Standardisierungsmotiv. Dies ist konsistent mit den Ergebnissen aus weiterführenden deskriptiven und multivariaten Analysen, die zeigen, dass die Wettbewerbsintensität bei Patentierung im IKT-Umfeld relativ gering ist, aber dann zunimmt, wenn Standardisierung eine wichtige Rolle spielt. Generell erweisen sich Patente mit hoher Standardisierungsrelevanz als umkämpfter als andere und verlangen größeren Ressourceneinsatz.

Die zweite Studie mit dem Titel „Are You Still in? – The Impact of Licensing Requirements on the Composition of Standards Setting Organizations“ beschäftigt sich mit den Anreizen verschiedener Akteure, sich einer Standardisierungsorganisation (SO) anzuschließen und in ihr zu verweilen, wenn diese ihre Lizenzpolitik ändert. Hintergrund der Analyse ist, dass opportunistisches Verhalten durch Inhaber standardessentieller Patente zunehmend die Entwicklung und Implementierung von Standards behindert. Die nur unzureichend definierte FRAND-Bedingung (*fair, reasonable and non-discriminatory*) hat sich dabei als wenig hilfreich erwiesen, was von Seiten politischer Akteure und Konsumentengruppen zu vermehrten Forderungen nach RF-Lizenzmodellen (*royalty free*) geführt hat.

Die Analyse beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Veränderung in der SO *Organization for the Advancement of Structured Information Standards* (OASIS) von einem FRAND- zu einem de facto RF-Lizenzmodell. Nach der Regelländerung erfolgen deutlich weniger Eintritte durch Softwarehersteller und mehr Eintritte durch Non-Profit-Organisationen sowie Systemintegratoren bzw. IT-Beratungen.

Die Ergebnisse der multivariaten Analyse zeigen unter anderem, dass Hardwareproduzenten nach der Änderung der Lizenzpolitik länger in OASIS verbleiben. Der Beitrag der Studie liegt in der erstmaligen Untersuchung des Zusammenhangs zwischen SO-Mitgliedschaft und SO-Lizenzpolitik. Dabei wird aufgezeigt, dass, falls sich Organisationen flexibel in diejenigen SO einbringen können, deren Lizenzpolitik ihrer Interessenlage besonders gut entspricht, sich eine Art „Forum Shopping“ (d.h. eine systematische Ausnutzung von Vorteilen einzelner SO zum eigenen Nutzen) ergeben kann. Im Extremfall laufen Politikmaßnahmen zugunsten des RF-Ansatzes ins Leere oder werden konterkariert.

Die dritte Studie „Standards and the Division of Innovative Labor“ entstand in Koautorenschaft mit Dietmar Harhoff und Timothy Simcoe (Boston University). Sie beschäftigt sich mit der Frage, in welchem Umfang Erfinder auf bereits vorliegende Standards aufbauen und wie diese Standards die Arbeitsteilung im Innovationsprozess beeinflussen können. Standards werden dabei erstmals als Input im Innovationsprozess verstanden. Die empirische Analyse basiert auf den Daten aus der Erfinderbefragung, die bereits für die empirische Analyse der ersten Studie verwendet wurden.

Es zeigt sich, dass über alle Regionen hinweg etwa 17 Prozent der Erfinder angeben, dass die jeweilige Erfindung auf einem Standard aufbaut. Erfinder, die in Organisationen beschäftigt sind, die vor allem Grundlagenforschung betreiben, geben im Vergleich zu Erfindern in der Privatwirtschaft seltener an, dass ihre Erfindungen auf Standards aufbauen. Dasselbe gilt für Erfinder, die in Forschungs- und Entwicklungsabteilungen großer Unternehmen beschäftigt sind.

In der Informations- und Kommunikationstechnik ist der Anteil der Erfinder, deren Erfindungen auf Standards aufbauen, mit 38,5 Prozent besonders hoch. Hier geben Erfinder zudem besonders häufig an, selbst an Standardsetzungsprozessen mitzuwirken. Zunehmende Unternehmensgröße und zunehmendes Unternehmensalter gehen dahingegen

mit einer Reduktion der Standardnutzung in Erfindungsprozessen einher. Die Analyse zeigt zudem, dass patentierte Erfindungen, die auf Standards aufbauen, wertvoller sind als Erfindungen, die nicht auf Standards aufbauen.

Die gewonnenen Erkenntnisse werden abschließend in eine Modellstruktur übersetzt. In diesem Modell wird angenommen, dass Ideen auf technische Bereiche verteilt sind. Wertschöpfung kann erfolgen, wenn Ideen neu kombiniert werden. Aus den Modellannahmen lässt sich eine optimale Arbeitsteilung ableiten: Wenn Standards vorliegen, setzt ihre Nutzung Ressourcen für eine stärkere Arbeitsteilung und Spezialisierung frei.



**Roland Stürz**

**Promotionsbetreuer**

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.  
(Erstgutachter)

Prof. Dr. Tobias Kretschmer,  
Ludwig-Maximilians-  
Universität  
(Zweitgutachter)

**Auszeichnung**

Dissertations-Förderpreis,  
Forum Münchner  
Betriebswirte e.V.

## 6.10 Industrieevolution – Lokale Agglomeration, Markteintrittsbedingungen, vertikale Industriestrukturen und das Überleben von Firmen

*Charles Darwin legte mit seinem Werk „On the Origin of Species“ den Grundstein für die moderne Evolutionsbiologie, die seitdem bedeutende Erkenntnisse über den Lebenszyklus und die Evolution von Spezies zu Tage gefördert hat. In der Organisationswissenschaft sind ebenfalls evolutionsorientierte Ansätze vorgeschlagen worden. Doch weisen auch Industrien einen typischen Lebenszyklus und bestimmte Gesetzmäßigkeiten der Evolution auf? Warum existieren z.B. von den einst hunderten von europäischen Motorradherstellern heute nur noch wenige? Was bedingt ein solches „Firmensterben“ und welche Kräfte beeinflussen die Entwicklung von Industrien?*

Die Dissertation widmet sich in drei abgegrenzten Untersuchungen jeweils einzelnen Fragestellungen aus diesem Themenkomplex. Konkret werden die Effekte lokaler Agglomeration, kompetitiver Markteintrittsbedingungen und vorhandener Zulieferer auf das Firmenüberleben anhand sechs verschiedener Industriepopulationen analysiert.

Die einzelnen Untersuchungen sind in populationsökologischen Modellvorstellungen verankert (Hannan und Freeman 1989), gleichzeitig aber bereichsübergreifend, weil unterschiedliche Erkenntnisse aus der ökonomischen Industrieevolutionsforschung berücksichtigt werden. Die Erforschung von Zusammenhängen im Bereich der Industrieevolution ist von erheblicher Bedeutung, da sie eine Prognose der langfristigen industriellen Entwicklung erlaubt und dadurch die Antizipation und Ausnutzung neuer Möglichkeiten einer sich wandelnden Umwelt erleichtert. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse können für die strategische Planung und Entscheidungsfindung von Unternehmensgründern, des Managements bestehender Firmen und von Entscheidern der öffentlichen Hand genutzt werden.

In der ersten Studie werden die Erfolgsauswirkungen der räumlichen Nähe von Unterneh-

men einer Industrie zueinander (*Agglomeration*), einer bereits bestehenden relevanten Geschäfts- oder Produktionserfahrung zum Zeitpunkt des Markteintritts sowie des Markteintrittszeitpunktes an sich untersucht. Quantitative statistische Analysen der Marktaustritte aller österreichischen Motorradhersteller (1899–1998) ergeben eine höhere Sterblichkeit von Firmen in einer Agglomeration. Voreintrittserfahrung wirkt sich erwartungsgemäß positiv auf den Firmenfortbestand aus. Keine eindeutigen Ergebnisse zeigen sich hingegen im Hinblick auf den Zeitpunkt des Markteintritts. Die Studie verdeutlicht, dass keine positive Erfolgswirkung von Agglomerationen per se auf das Überleben von Firmen zu erwarten ist. Vielmehr sind die in der Literatur angeführten klassischen Agglomerationsvorteile kritisch zu bewerten. Unternehmensgründer und politische Planer werden durch die Ergebnisse der Untersuchung angehalten, eine Vielzahl weiterer Faktoren zu berücksichtigen, wenn es um Standortentscheidungen und Standortförderungen geht. Die Bedeutung der Voreintrittserfahrung zeigt Unternehmensgründern, dass sie durch den Erwerb relevanten Wissens noch vor Markteintritt die Erfolgsaussichten ihrer Unternehmung erhöhen können.

In der zweiten Studie wird mit Hilfe statistischer Analysen der Marktaustritte aller deutschen (1894–1980), britischen (1896–1980), US-amerikanischen (1893–1980) und australischen Motorradanbieter (1893–1938) die prägende Wirkung der Wettbewerbsintensität zum Markteintrittszeitpunkt einer Organisation untersucht. Die Studie erweitert dafür das populationsökologische Konzept des sog. *Density Delay*, das die theoretische Vermutung beschreibt, dass Unternehmen, die zu Zeiten hoher Populationsdichte gegründet werden, eine nachhaltig höhere Sterberate aufweisen als solche, die zu Zeiten geringerer Populationsdichte entstehen (Carroll und Hannan 1989). Die Studie betrachtet damit eine mögliche Art der Pfadabhängigkeit der Evolution einer Industrie. Die Analysen zeigen erwartungsgemäß für drei der vier betrachteten Populationen, dass zum Markteintrittszeitpunkt einer neuen Organisation v.a. ältere schon bestehende Organisationen die

Marktaustrittswahrscheinlichkeit dieser neuen Organisation dauerhaft erhöhen. Zugleich ergibt sich, dass ko-evolutionäre Prozesse, die zum Eintrittszeitpunkt vorherrschen, die Wettbewerbsintensität für neu eintretende Firmen mindern. Ein neuer ko-evolutionärer Prozess entsteht, wenn eine Gruppe alter Unternehmen mit einer Gruppe junger, neu eintretender Unternehmen konfrontiert wird und sich beide Gruppen dann gemeinsam im Zeitverlauf entwickeln. Ko-evolutionäre Prozesse beschränken scheinbar bestehende Organisationen in ihren Wettbewerbsbemühungen gegen neu eintretende Firmen und signalisieren Chancen in unbesetzten Nischen. Die Studie liefert wichtige Erkenntnisse, um gegenwärtig bestehende Lücken in der theoretischen Erklärbarkeit gewöhnlich zu beobachtender Evolutionsmuster von Industrien zu schließen.

In der dritten Studie werden zum einen ökonomische und soziologische Erkenntnisse zur Evolution von Industrien verknüpft, um ein Modell zur parallelen Entwicklung von Endprodukthersteller- und Zuliefererpopulationen im Rahmen des typischen Industrielbenszyklus zu erarbeiten. Zum anderen werden Hypothesen über die Auswirkungen spezialisierter Zuliefererpopulationen auf das Überleben von Endproduktherstellern abgeleitet. Anhand einer detaillierten Fallstudie zur technologischen Entwicklung des Klaviers und zu Populationsentwicklungen der deutschen Klavierindustrie zeigt sich erwartungsgemäß, dass eine bedeutende Gründungswelle von Zulieferern erst mit einem sich abzeichnenden eindeutigen Produktstandard (*Dominantes Design*) einsetzt. Entsprechend ist davon auszugehen, dass erst dieses dominante Design die Voraussetzungen dafür schafft, dass Zulieferer spezifische Produkte für Endprodukthersteller liefern können. Dies entspricht einer sog. *vertikalen Desintegration*. Analysen der Marktaustritte von deutschen Klavierherstellern (1705–1929) zeigen zudem, dass v.a. die Dichte der potentiell bedeutendsten Zuliefererpopulation der Hersteller von Mechaniken und Klaviaturen einen positiven Effekt auf den Fortbestand aller Klavierproduzenten hat. Andere Dichten von Zuliefererpopulationen wirken sich je-

### Veröffentlichung

Stürz, Roland A., *Industrievolution – Lokale Agglomeration, Markteintrittsbedingungen, vertikale Industriestrukturen und das Überleben von Firmen*, Verlag Dr. Hut, München 2014, 227 S.

doch nicht immer einheitlich auf Qualitäts- und Nicht-Qualitätshersteller aus. Die Studie erweitert das Verständnis der Evolution von Industrien in Bezug auf vertikale Strukturveränderungen im Zeitablauf. Sie bestätigt zudem die Bedeutung des dominanten Designs. In der Forcierung eines Industriestandards kann damit für junge Industrien ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Umwelt- und Überlebensbedingungen liegen.

### Literaturhinweise

Hannan, M.T.; Freeman, J. *Organizational Ecology*, Harvard University Press, Cambridge, MA, 1989.

Carroll, G.R.; Hannan, M.T. Density Delay in the Evolution of Organizational Populations: A Model and Five Empirical Tests, *Administrative Science Quarterly* 34, 3 (1989), 411-430.



**Alexander Suyer**

**Promotionsbetreuer**

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.  
(Erstgutachter)

Prof. Dr. Dr. h.c.  
Arnold Picot,  
Ludwig-Maximilians-  
Universität  
(Zweitgutachter)

**Finanzierung**

Max-Planck-Institut  
für Innovation und  
Wettbewerb

Ludwig-Maximilians-  
Universität

## 6.11 Ideologie und technologischer Wandel – eine empirische Untersuchung der Adoption von Elektromobilität

*In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur sind zahlreiche Fälle beschrieben, in denen es etablierten Unternehmen, die zu den Technologieführern ihrer Branche zählten, nicht gelang, sich in ausreichendem Maße an technologischen Wandel anzupassen. Beispiele dafür fanden Wissenschaftler in ganz unterschiedlichen Bereichen, sei es bei Setzmaschinen im Druckwesen oder bei unterschiedlichen Rechnerklassen in der Computerbranche (Tripsas 2008, Christensen und Bower 1996). Die Ergebnisse von Christensen und Bower (1996) zeigen beispielsweise, dass der Erfolg einer Anpassung an technologischen Wandel bei verschiedenen Unternehmen unterschiedlich gut gelingt. Ziel des Dissertationsprojekts war es nun, einen Beitrag zur Frage zu leisten, wodurch die Anpassung an eine neue Technologie beeinflusst wird.*

Um den Verlauf von technologischem Wandel zu beschreiben, schlägt Dosi (1982) vor, dass in einem Technologiefeld jeweils für einen gewissen Zeitraum bestimmte Paradigmen gelten. Solange ein Paradigma – also eine im Feld allgemein akzeptierte Denkweise, die den möglichen Lösungsraum von Problemen und akzeptierte Lösungsmethoden vorgibt (Kuhn 1962) – etabliert ist, verläuft technologischer Wandel stetig in aufeinander aufbauenden Schritten in Einklang mit der gemeinsamen Denkweise. Bleiben hingegen technologische Probleme im Rahmen des Paradigmas ungelöst und kommen neuartige wissenschaftliche Erkenntnisse sowie wirtschaftliche und institutionelle Änderungen hinzu, so kann es zu einem Paradigmenwechsel kommen (Dosi 1982). Mit dem Paradigmenwechsel tritt nicht nur eine technologische Diskontinuität auf. In der Folge verdrängen auch Produkte, die auf dem neuen technologischen Paradigma aufbauen, die im Markt etablierten Produkte (Tripsas 2008).

Die wissenschaftliche Literatur hat bereits eine Reihe von Faktoren identifiziert, die die Anpassung einer Organisation an plötzlich auftretenden, exogenen Wandel beeinflussen.

Meyer (1982) etwa stellt dar, dass Strategie, Organisationsstruktur, Ideologie und überschüssige Ressourcen bedingen, wie gut sich eine Organisation auf den Wandel einstellt. Laut Meyers (1982) Ergebnissen stellen Strategie und Ideologie die bedeutendsten Einflussgrößen dar.

Ideologie im Sinne Meyers (1982) bezeichnet gemeinsame Überzeugungen, die das Handeln der Organisation bestimmen. Dosi (1982) selbst weist darauf hin, dass es solche gemeinsamen Überzeugungen sind, die dafür sorgen, dass Ingenieure Forschung und Entwicklung (FuE) außerhalb des etablierten Paradigmas von vornherein ausschließen und sich auf Problemlösungen innerhalb des gültigen Paradigmas konzentrieren.

Die Rolle, die Ideologie bei der Anpassung an technologischen Wandel spielt, lässt sich gut anhand eines aktuellen Beispiels veranschaulichen:

Elektromobilität – also „die Nutzung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen [...] sowie die damit verbundene technische und ökonomische Infrastruktur“ (Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) 2010, S. 72) – gilt in Verbindung mit Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen derzeit als vielversprechendes Mittel, um sowohl den Ausstoß des klimaschädlichen Treibhausgases Kohlenstoffdioxid als auch die Abhängigkeit der Mobilität von Erdöl-Importen zu verringern (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 2014). Dementsprechend hat es sich die deutsche Bundesregierung zum Ziel gesetzt, die Markteinführung von batterieelektrisch betriebenen Fahrzeugen in Deutschland voranzutreiben. Trotz der politischen Unterstützung gelang es den deutschen Automobilherstellern bisher nicht, ihre führende Stellung beim Bau von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor auf den Bereich Elektromobilität auszuweiten. Stattdessen wurde das erste mit Lithium-Ionen-Akkus und Elektroantrieb ausgestattete autobahntaugliche Serienfahrzeug 2008 von der amerikanischen Neugründung Tesla Motors angeboten. Mehrere Aussagen von Spitzenführungskräften deutscher Automobilhersteller lassen darauf schließen,

dass bei deutschen Herstellern gemeinsame Überzeugungen herrschten, von denen Dosi (1982) erwarten würde, dass sie den Blick auf neue Lösungen einschränken, und die Meyer (1982) als *Ideologie* bezeichnen würde. Deutsche Fahrzeugbauer waren in den vergangenen Jahren offenbar zu sehr von der Überlegenheit von Verbrennungsmotoren überzeugt, als dass sie die Entwicklung von zunächst Hybridantrieben oder später von akkubetriebenen Elektrofahrzeugen erwogen hätten.

Ziel des Forschungsprojektes war es nun, die Rolle der Ideologie in Bezug auf technologischen Wandel im Detail zu untersuchen. Dazu wurden zwei Forschungsfragen formuliert:

- ▶ Welche Faktoren bewirken, dass eine neue Technologie Anklang bei einer mit Forschungs- und Entwicklungsarbeit betrauten Person findet?
- ▶ Welche Faktoren prägen diese Person und beeinflussen so ihre Einschätzung einer neuen Technologie?

Als Kontext für die empirische Untersuchung dieser Fragen diene der mögliche Wandel von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren hin zu akkubetriebenen Elektroautos.

Ausgehend von der soziologischen Literatur konnten empirisch überprüfbare Hypothesen formuliert werden. Zum Test der Hypothesen wurden mit Hilfe eines Fragebogens Daten erhoben. 4.609 Erfinder wurden angeschrieben und gebeten, den Fragebogen elektronisch im Internet oder in Papierform auszufüllen. Letztlich nahmen 1.012 Erfinder an der Befragung teil.

Als wichtiges Ergebnis der multivariaten Analysen kann festgehalten werden, dass die Annahme einer neuen Technologie durch Erfinder vom wahrgenommenen Technologienutzen und der technischen Reife abhängt. Auch konnten als Einflussfaktoren die wahrgenommene Glaubwürdigkeit von Fürsprechern der neuen Technologie innerhalb der eigenen Organisation sowie die Einschätzung der neuen Technologie als schlüssiges Gesamtkonzept identifiziert werden.

Ob die Erfinder einen Nutzen von der neuen Technologie erwarten und als wie glaubwürdig sie die Befürworter der Technologie einschätzen, wird bereits während der Ausbildung geprägt. Dagegen prägt die berufliche Tätigkeit die Einschätzung der Technologiereife. Die Bewertung der Technologie als schlüssiges Gesamtkonzept wird sowohl während der Ausbildung als auch während der beruflichen Tätigkeit geprägt.

Die Ergebnisse der Forschungsarbeit erlauben die Ableitung von Handlungsempfehlungen für politische Entscheider und unternehmerische Praxis. So kann die Politik Rahmenbedingungen schaffen, die eine neue Technologie stärker als schlüssiges Gesamtkonzept erscheinen lassen, wenn sie z.B. aufgrund von Umweltschutzüberlegungen die Adoption der Technologie unterstützen will. Unternehmen, die ihr FuE-Personal zur Annahme einer neuen Technologie bewegen wollen, müssen zuallererst glaubwürdige Befürworter innerhalb der eigenen Organisation identifizieren und mit deren Hilfe die Adoption der Technologie durch weitere Organisationsmitglieder fördern.

Insgesamt liefert die Dissertation eine Reihe neuer Erkenntnisse zur Frage, warum sich einzelne FuE-Mitarbeiter – und damit auch ihre Organisationen – in der Adoption von neuen Technologien unterscheiden.

#### Literaturhinweise

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Vorteile elektrischer Antriebe, <http://www.bmub.bund.de/P1508/>, abgerufen am 30.12.2014.

Christensen, C.M.; Bower, J.L. Customer Power, Strategic Investment, and the Failure of Leading Firms, *Strategic Management Journal*, 17, 3 (1996), 197–218.

Dosi, G. Technological Paradigms and Technological Trajectories: A Suggested Interpretation of the Determinants and Directions of Technical Change, *Research Policy*, 11, 3 (1982), 147–162.

Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) (Hrsg.). Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2010, EFI, Berlin 2010.

Kuhn, T.S. *The Structure of Scientific Revolutions*, University of Chicago Press, Chicago 1962.

Meyer, A.D. Adapting to Environmental Jolts, *Administrative Science Quarterly*, 27, 4 (1982), 515–537.

Tripsas, M. Customer Preference Discontinuities: A Trigger for Radical Technological Change, *Managerial and Decision Economics*, 29, 2-3 (2008), 79–97.

## 7 Wissenschaftliche Politikberatung

### 7.1 Das Jahresgutachten 2014 der Expertenkommission Forschung und Innovation

*Am Mittwoch, den 26.2.2014, übergab die unabhängige Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) unter Vorsitz von Professor Dietmar Harhoff, Direktor am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb und Honorarprofessor für Entrepreneurship und Innovation an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Bundeskanzlerin Angela Merkel im Bundeskanzleramt das Jahresgutachten 2014.*

#### Forderung nach weiteren Verbesserungen für Exzellenz in Forschung und Innovation

Die Kommission würdigte darin die Fortschritte der vergangenen Legislaturperiode, hielt aber die in der Koalitionsvereinbarung vorgelegten Ziele für wenig ambitioniert. Der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien gab an einigen Stellen Anlass zur Befürchtung, dass Investitionen in Forschung und Innovation in den Hintergrund treten würden. So enttäuschte der Vertrag, weil er wesentliche Konzepte, die in den Wahlprogrammen der einzelnen Regierungsparteien enthalten waren, nicht aufnahm. Dazu gehörten vor allem die Korrektur der Föderalismusreform sowie die steuerliche FuE-Förderung. An anderen Stellen benannte der Koalitionsvertrag sehr wohl wichtige Herausforderungen und schlug auch geeignete Maßnahmen vor, etwa im Bereich der Förderung von Startups und der Rahmenbedingungen von Wagniskapital. Im Bericht machte die Kommission detaillierte Vorschläge für eine Reihe von Politikbereichen.

#### Weiterentwicklung der Pakte

Die Expertenkommission wies darauf hin, dass in kurzer Zeit ein Maßnahmenbündel zu entwickeln wäre, das die Hochschulen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AUF) auch nach Auslaufen des Hochschulpakts, der Exzellenzinitiative sowie des Pakts

für Forschung und Innovation weiter unterstützt. Dahingehende Handlungsempfehlungen beinhalten, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu stärken und institutionelle Förderung durch den Bund wieder zuzulassen; kurzfristig die DFG-Programmpauschale anzuhäben und mittelfristig für alle öffentlich geförderten Projekte Vollkostenfinanzierung zu gewähren; Betreuungsrelationen und Lehrverpflichtungen der Hochschulprofessoren auf international wettbewerbsfähiges Niveau zu bringen sowie die leistungsstärksten Hochschulen im Bereich der Spitzenforschung besonders zu fördern.

#### Deutschland verliert zu viele seiner Spitzenforscher

Die Expertenkommission warnte, dass die besten deutschen Wissenschaftler ins Ausland gehen – und viele nicht zurückkommen. Für Spitzenforscher sei das deutsche Forschungssystem trotz der Fortschritte der letzten Jahre immer noch nicht attraktiv genug. Darunter leide die Forschungsqualität in Deutschland, hieß es im Gutachten 2014. Die Experten forderten die Politik auf, das deutsche Wissenschaftssystem an der Spitze noch wettbewerbsfähiger zu machen und eine gute Grundfinanzierung und exzellente Projektfinanzierung für die öffentliche Forschung sicherzustellen, um mehr Spitzenforscher nach Deutschland zu holen. Deutschland muss sich stärker bemühen, internationale Talente zu gewinnen und insbesondere die besten jungen Wissenschaftler in der Doktoranden- und PostDoc-Phase nach Deutschland zu holen und zu halten. Die Einwanderungsregelungen für ausländische Forscher und ihre Familien sollten deutlich erleichtert werden.

#### Dringender Verbesserungsbedarf für hochschulmedizinische Forschung in Deutschland

Deutschland verfügt über leistungsfähige hochschulmedizinische Standorte, aber keiner dieser Standorte nimmt eine internationale Spitzenposition ein. Zu diesem Ergebnis kam die Expertenkommission Forschung und Innovation in ihrem Gutachten. Um die Hochschulmedizin in Deutschland zu stärken, sollte



die Forschung räumlich deutlicher konzentriert werden. Für systematische Mehrbelastungen der Hochschulklinika sollte ein Ausgleich geschaffen werden. Zudem forderte die Expertenkommission, die Arbeitsbedingungen an den Hochschulklinika für Nachwuchswissenschaftler attraktiver zu gestalten.

### EEG fördert weder Klimaschutz noch Innovationen

Die Expertenkommission kam in ihrem Gutachten zu dem Schluss, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) weder ein kosteneffizientes Instrument für Klimaschutz darstellt noch eine messbare Innovationswirkung entfaltet, was ein erhebliches Medienecho nach sich zog. Mit diesen beiden Argumenten ließe sich, so die Kommission, eine Fortführung des EEG also nicht rechtfertigen. Im Vorjahresgutachten von 2013 hatte die Kommission bei den erneuerbaren Energien bereits ein massives Missverhältnis zwischen Nachfrageförderung und FuE-Förderung konstatiert und sich dafür ausgesprochen, dieses

Verhältnis zugunsten der FuE-Förderung zu korrigieren.

Die Expertenkommission Forschung und Innovation wurde 2006 eingerichtet. Sie leistet wissenschaftliche Politikberatung für die Bundesregierung und legt regelmäßig Gutachten und Empfehlungen zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands vor. Als Mitglieder gehörten der Kommission neben dem Vorsitzenden Professor Dietmar Harhoff im Jahr 2014 an: die stellvertretende Vorsitzende Professor Monika Schnitzer, Leiterin des Seminars für Komparative Wirtschaftsforschung an der LMU, Professor Uschi Backes-Gellner von der Universität Zürich, Professor Böhringer von der Universität Oldenburg, Professor Gerybadze von der Universität Hohenheim sowie Professor Dominique Foray von der Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne.

Das Gutachten ist einsehbar unter:  
[http://www.e-fi.de/fileadmin/Gutachten\\_2014/EFI\\_Gutachten\\_2014.pdf](http://www.e-fi.de/fileadmin/Gutachten_2014/EFI_Gutachten_2014.pdf)



v.l.n.r. Prof. Dr. Monika Schnitzer, Bundesbildungsministerin Johanna Wanka, Prof. Dr. Alexander Gerybadze, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., Prof. Dr. Christoph Böhringer, Prof. Dr. Uschi Backes-Gellner, Prof. Dr. Dominique Foray. Foto: Steffen Weigelt

## 7.2 HdF2014plus – Evaluation des Kooperationsmodells „Haus der Forschung“

*Staatsminister Spaenle und Staatsministerin Aigner begrüßten die Ergebnisse der Evaluierung des „Hauses der Forschung“: Ein tragfähiges Modell wurde bestätigt und die Grundlage für eine zukunftsweisende Weiterentwicklung gelegt.*

Das „Haus der Forschung“ und die „Bayerische Patentallianz“ sind erstmals evaluiert worden. Die internationale Expertenkommission HdF2014plus unter Vorsitz von Dietmar Harhoff, Direktor am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb und Honorarprofessor für Entrepreneurship und Innovation an der Ludwig-Maximilians-Universität München, übergab am 23. Juni 2014 in München ihren Bericht über die Evaluation des Kooperationsmodells „Haus der Forschung“ (HdF) sowie der Bayerischen Patentallianz (BayPAT) an die Auftraggeber. Unter der Dachmarke „Haus der Forschung“ arbeiten die Bayern Innovativ GmbH, die Bayerische Forschungsallianz GmbH, das Innovations- und Technologiezentrum Bayern sowie die Bayerische Forschungsstiftung eng zusammen.



Die Bayerische Staatsregierung hatte Ende 2009 das Kooperationsmodell „Haus der Forschung (HdF)“, bestehend aus vier etablierten Einrichtungen der Forschungs- und Technologieförderung und der Förderberatung, unter gemeinsamer Federführung des Wissenschafts- und Wirtschaftsministeriums beschlossen. Ziel war es, ein vernetztes Service-

angebot zu schaffen, das umfassend über Fördermöglichkeiten der EU, des Bundes und des Freistaats Bayern informiert. Die Hochschulen sowie insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sollen qualifiziert beraten und konkret unterstützt werden, um signifikant höhere Mittel einzuwerben. Das Kabinett hatte mit dem Einrichtungsbeschluss eine Begutachtung nach einer ersten fünfjährigen Förderphase festgelegt.

### Kommission Ende 2013 berufen

Wissenschaftsminister Dr. Ludwig Spaenle und Wirtschaftsministerin Ilse Aigner hatten die Kommission Ende 2013 eingesetzt, um im Rahmen des Kooperationsmodells zu analysieren, ob und inwiefern Verbesserungen im Sinne einer optimalen Leistungs- und Struktureffizienz angezeigt sind und das Modell gegebenenfalls durch Anpassungen optimiert werden kann. Dazu wurden die Partnerinstitutionen, nämlich die Bayern Innovativ GmbH, die Bayerische Forschungsallianz GmbH, das Innovations- und Technologiezentrum Bayern sowie die Bayerische Forschungsstiftung hinsichtlich ihrer Einzel-Leistungsfähigkeit und strategischen Ausrichtung, ihrer Zusammenarbeit im Kooperationsmodell und der Einbindung in das gesamt-bayerische Innovationsumfeld untersucht. Des Weiteren wurde die von den beiden Hochschulverbänden Universität Bayern e.V. und Hochschule Bayern e.V. als zentrale Patent- und Vermarktungsagentur (PVA) gegründete Bayerische Patentallianz GmbH evaluiert.

### Bayerische Patentallianz ins Haus der Forschung integrieren

Die Empfehlungen der Kommission bestätigen das Kooperationsmodell des Hauses der Forschung und den Erhalt der eigenständigen Marken der Partner ausdrücklich. Sie sehen unter anderem vor, dass die Bayerische Patentallianz als fünfter Partner in das Haus der Forschung aufgenommen werden soll. Weiterhin schlagen die Experten vor, mittelfristig eine zusätzliche Einrichtung, eine „Bayerische Innovationsagentur“, als schlanke Organisation zu gründen. Auf sie sollten

diejenigen Funktionen aus den Partnereinrichtungen übertragen werden, die übergeordnete Kooperationsbelange betreffen. Die Gremienstrukturen sollen verschlankt werden, raten die Evaluatoren. Darüber hinaus soll die empfohlene Bayerische Innovationsagentur auch die Vernetzung des Hauses der Forschung mit weiteren Einrichtungen des bayerischen Innovationssystems stärken.

Wissenschaftsminister Dr. Ludwig Spaenle und Wirtschaftsministerin Ilse Aigner bezogen dazu Stellung. Wissenschaftsminister Spaenle betonte: „Ich halte die Empfehlungen für ein Beispiel gelungener Evaluationsarbeit. Die Kommission hat unter ihrem Vorsitzenden, Professor Harhoff, in kurzer Zeit einen höchst komplexen Auftrag für den Freistaat erfolgreich erfüllt. Dafür gebührt ihr großer Dank.“ Spaenle fasst zusammen: „Die Empfehlungen zeigen Stärken und Schwächen auf, liefern aber auch – und das ist mir besonders wichtig – neue, konstruktive Ansätze und konkrete Hinweise für eine zukunftsweisende Reform des bayerischen Innovationssystems. Wir werden die Vorschläge genau prüfen und ihre Umsetzung mit Augenmaß angehen.“

Wirtschaftsministerin Aigner unterstrich, dass die Kommission zu einer grundsätzlich positiven Einschätzung des Hauses der Forschung gekommen sei: „Die Mitarbeiter im Haus der Forschung leisten gute, engagierte Arbeit. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist das Haus der Forschung eine wichtige Anlaufstelle bei Beratung zu Fragen der Innovations- und Technologieförderung und in Sachen Technologietransfer. Wenn wir dieses Angebot mit den Empfehlungen der Kommission optimieren, kann der Standort Bayern insgesamt davon profitieren.“

Zum weiteren Verfahren erklärten beide Minister: „Die Empfehlungen werden nun mit den betroffenen Einrichtungen und ihren Gremien diskutiert. Gemeinsam werden wir ausloten, was bei der jeweiligen Institution umgesetzt werden kann. Dazu erhalten die Einrichtungen zunächst Gelegenheit, sich ihre Meinung zu den Empfehlungen zu bilden und Stellung zu nehmen. Auf Grundlage die-

ser Stellungnahmen werden wir die Empfehlungen im Einzelnen bewerten und dem Kabinett einen Umsetzungsvorschlag unterbreiten. Umsetzungsmaßnahmen sind auch im Zusammenhang mit möglichen zusätzlichen Gestaltungsspielräumen im Haushalt zu sehen.“

Mitglieder der Expertenkommission HdF2014*plus* waren:

- Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., Direktor am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb und Honorarprofessor für Entrepreneurship und Innovation an der Ludwig-Maximilians-Universität, München (Vorsitzender)
- Prof. Dr. Hans-Jörg Bullinger, Senator der Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V., Stuttgart
- Dr. Jörn Erselius, MBA, Geschäftsführer, Max-Planck-Innovation GmbH, München
- Prof. Dr. Alexander Gerybadze, Forschungsstelle Internationales Management und Innovation, Universität Hohenheim
- Dipl. Phys. Margriet Jansz, Program Director bei der Niederländischen Technologiestiftung STW, Utrecht
- Dr. phil. Wilhelm Krull, Generalsekretär der VolkswagenStiftung, Hannover
- PD Dr. Sara Matt-Leubner, CEO Transidee Transferzentrum Universität Innsbruck
- Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Möller, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg
- Dr. Andre Schlochtermeyer, Leiter des EU-Büros des BMBF, PT-DLR, Bonn
- Dr. Christian Stienen, Leiter Projektträger Jülich (PtJ)

Der Evaluierungsbericht, der herausgegeben wurde von Dr. Ludwig Unger für das Bildungs- und Wirtschaftsministerium und Katrin van Randenborgh für das Wirtschaftsministerium, ist zu finden unter:

<http://www.km.bayern.de/wissenschaftler/forschung/foerderung.html>

### 7.3 Das Jahresgutachten 2013 der Expertenkommission Forschung und Innovation

*Am Mittwoch, den 27.2.2013, übergab die unabhängige Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) unter Vorsitz von Professor Dietmar Harhoff, Direktor am damaligen Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Bundeskanzlerin Angela Merkel im Bundeskanzleramt das Jahresgutachten 2013.*

#### Wichtige Erfolge für die Politik, aber Warnung vor „zu großer Selbstzufriedenheit“

Im Vorfeld der Bundestagswahl stellte die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) die F&I-Politik der Bundesregierung auf den Prüfstand. Sie bescheinigte der Politik wichtige Erfolge, die ihr international hohe Beachtung verschafften. Gleichzeitig warnte sie aber vor „zu großer Selbstzufriedenheit“: Wichtige Problemfelder wären unbearbeitet geblieben und zentrale Reformvorhaben gescheitert.

#### Deutlicher Anstieg der Ausgaben für FuE sowie neue Förderinstrumente positiv zu bewerten

Die Experten lobten den deutlichen Anstieg der Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Hier hätte Deutschland seine Position im internationalen Wettbewerb „erheblich verbessert“. Neue Förderinstrumente wie der Spitzencluster-Wettbewerb oder die Exzellenzinitiative hätten den Wettbewerb zwischen Regionen und zwischen Hochschulen gestärkt, die außeruniversitäre Forschungsförderung wäre deutlich ausgebaut worden. Die Hightech-Strategie und die verstärkte Koordination der wesentlichen Akteure in der Forschungsunion wären international anerkannt, hieß es in dem Gutachten.

#### Wichtige Reformen kommen nur mühsam voran

Die EFI kritisierte im Jahresgutachten 2013, dass die im Koalitionsvertrag angekündigte Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung in Unternehmen



v.l.n.r. Prof. Dr. Monika Schnitzer, Prof. Dr. Patrick Llerena, Bundesbildungsministerin Johanna Wanka, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Prof. Dr. Alexander Gerybadze, Prof. Harhoff, Ph.D., Prof. Dr. Christoph Böhringer, Prof. Dr. Uschi Backes-Gellner

immer noch nicht erfolgt wäre. Auch die Reform des deutschen Bildungssystems käme nur mühsam voran, was den weiteren Ausbau als Innovationsstandort gefährden würde. Schließlich hätte es auch für die Wagniskapitalfinanzierung keinen Durchbruch gegeben. Die Experten forderten, den Artikel 91b des Grundgesetzes für den Bereich Forschung neu zu fassen, damit der Bund die Länder finanziell unterstützen kann. Mehr noch als der Forschungsbereich sei aber die Bildung die „Achillesferse“ des F&I-Systems. Die EFI begrüßte ausdrücklich den föderalen Wettbewerb im Bildungssystem. Dieser dürfe aber nicht dazu führen, dass regionale Unterschiede in den Bildungsergebnissen aufgrund finanzieller Engpässe auf Dauer zementiert werden. Der Bund sollte daher wieder in die Lage versetzt werden, an der Finanzierung von Bildungsmaßnahmen mitzuwirken. Zudem müsste im föderalen Wettbewerb die Vergleichbarkeit von Bildungsergebnissen gewährleistet werden.

### Dringende Forderung nach Konzepten zur Unterstützung der Hochschulen

Die EFI forderte im Jahr 2013 dringend politische Konzepte ein, wie Hochschulen nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative unterstützt werden könnten. Zudem sollte die internationale Sichtbarkeit herausragender deutscher Forschungsuniversitäten weiter verbessert werden. Deutschland leistete sich nach Ansicht der EFI immer noch eine mangelhafte Ausnutzung des Potenzials von Frauen in allen Bereichen von Forschung und Innovation. Hier wären Politik, Unternehmen, Verbände und Forschungseinrichtungen gleichermaßen aufgerufen, an Lösungen mitzuwirken.

Im Jahr 2013 gehörten der Kommission neben dem Vorsitzenden Professor Dietmar Harhoff an: die stellvertretende Vorsitzende Professor Monika Schnitzer, Leiterin des Seminars für Komparative Wirtschaftsforschung an der LMU, Professor Uschi Backes-Gellner von der Universität Zürich, Professor Böhringer von der Universität Oldenburg, Professor Gerybadze von der Universität Hohenheim sowie Professor Patrick Llerena von der Universität Louis Pasteur in Straßburg.

Das Gutachten ist einsehbar unter:  
[http://www.e-fi.de/fileadmin/Gutachten/EFI\\_2013\\_Gutachten\\_deu.pdf](http://www.e-fi.de/fileadmin/Gutachten/EFI_2013_Gutachten_deu.pdf)



### III Veröffentlichungen, Vorträge, geförderte Forschungsarbeiten, Lehrtätigkeiten, Ehrungen und Preise

#### 1 Veröffentlichungen

##### 1.1 Zeitschriften

###### 1.1.1 Zeitschriften des Instituts

siehe Zeitschriften des Instituts,  
Kap. B III 1.1.1 dieses Berichts.

###### 1.1.2 Unter Mitwirkung von Instituts- angehörigen herausgegebene Zeitschriften

##### Harhoff, Dietmar

Applied Economics Quarterly,  
Duncker & Humblot, Berlin

European Management Review,  
Wiley-Blackwell, Oxford

Review of Managerial Science,  
Springer, Berlin, Heidelberg u.a.

Research Policy,  
Elsevier, Amsterdam

Small Business Economics,  
Springer, Dordrecht u.a.

##### 1.2 Schriftenreihen

###### 1.2.1 Schriftenreihen des Instituts

siehe Schriftenreihen des Instituts,  
Kap. B III 1.2.1 dieses Berichts.

###### 1.2.2 Unter Mitwirkung von Instituts- angehörigen herausgegebene Schriftenreihen

##### Franke, Nikolaus; Harhoff, Dietmar; Henkel, Joachim (Hg.)

Innovation und Entrepreneurship,  
Springer Gabler, Wiesbaden

##### **In dieser Reihe sind erschienen:**

##### ***Braun, Hendrik***

Venture Capital-Fonds und Business Angels.  
Entstehung und Effekt von Kooperationen,  
Springer Gabler, Wiesbaden 2013, XVIII und  
150 S.

##### ***Mayrhofer, Philip***

Interdependencies in the Discovery and  
Adoption of Facebook Applications. An  
Empirical Investigation, Springer Gabler,  
Wiesbaden 2013, XVII und 172 S.

##### ***Redweik, Robert***

Organisation und Erfolg von Business  
Angel-Netzwerken. Theoretischer Bezugs-  
rahmen und empirische Analysen,  
Springer Gabler, Wiesbaden 2013, 218 S.

### 1.3 Veröffentlichungen von Institutsangehörigen

[Andreoli-Versbach, Patrick](#)

#### Diskussionspapiere

**Andreoli-Versbach, Patrick; Franck, Jens-Uwe,** Actions Speak Louder than Words: Econometric Evidence to Target Tacit Collusion in Oligopolistic Markets, Discussion Papers in Economics 16179, University of Munich, Department of Economics, 2013.

**Andreoli-Versbach, Patrick; Franck, Jens-Uwe,** Endogenous Price Commitment, Sticky and Leadership Pricing: Evidence from the Italian Petrol Market, Discussion Papers in Economics 16182, University of Munich, Department of Economics, 2013.

**Andreoli-Versbach, Patrick; Mueller-Langer, Frank,** Open Access to Data: An Ideal Professed but not Practised, Working Paper Series of the German Council for Social and Economic Data 215, German Council for Social and Economic Data (RatSWD), 2013.

**Mueller-Langer, Frank; Andreoli-Versbach, Patrick,** Leading-effect vs. Risk-taking in Dynamic Tournaments: Evidence from a Real-life Randomized Experiment, Discussion Papers in Economics 15452, University of Munich, Department of Economics, 2013.

[Bharadwaj, Ashish](#)

#### Andere Veröffentlichungen, Presseartikel, Interviews

**Bharadwaj, Ashish,** Combined Uses of IP, in: Processes and Contributions of IP Systems to Innovation, Innovation Policy Platform, OECD, 2013, <https://www.innovationpolicyplatform.org/content/combined-uses-ip?topic-filters=12272>.

**Bharadwaj, Ashish,** Access to Knowledge and Inventions, in: Processes and Contributions of IP Systems to Innovation, Innovation Policy Platform, OECD, 2013, <https://www.innovationpolicyplatform.org/content/access-knowledge-and-inventions?topic-filters=12290>.

**Bharadwaj, Ashish,** Incentives for Inventions, in: Processes and Contributions of IP Systems to Innovation, Innovation Policy Platform, OECD, 2013, <https://www.innovationpolicyplatform.org/content/incentives-inventions?topic-filters=12246>.

**Bharadwaj, Ashish,** Standards and IP, in: IP, Markets and Diffusion, IP and Competition, Innovation Policy Platform, OECD, 2013, <https://www.innovationpolicyplatform.org/content/standards-and-ip?topic-filters=12292>.

**Bharadwaj, Ashish,** Open Innovation, in: IP, Markets and Diffusion, IP and Competition, Innovation Policy Platform, OECD, 2013, <https://www.innovationpolicyplatform.org/content/open-innovation?topic-filters=11986>.

**Bharadwaj, Ashish,** IP and Markets for Finance, in: IP, Markets and Diffusion, IP and Competition, Innovation Policy Platform, OECD, 2013, <https://www.innovationpolicyplatform.org/content/ip-and-markets-finance?topic-filters=12160>.

**Bharadwaj, Ashish,** Innovation without IP, in: Processes and Contributions of IP Systems to Innovation, Innovation Policy Platform, OECD, 2013, <https://www.innovationpolicyplatform.org/content/innovation-without-ip?topic-filters=12154>.

**Bharadwaj, Ashish; Pozo D., Marta,** IP and International Competitiveness and Trade, in: Processes and Contributions of IP Systems to Innovation, Innovation Policy Platform, OECD, 2013, <https://www.innovationpolicyplatform.org/content/ip-and-international-competitiveness-and-trade?topic-filters=12275>.

[Dorner, Matthias](#)

#### Diskussionspapiere

**Dorner, Matthias; Bender, Stefan; Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin; Scioch, Patrycja,** The MPI-IC-IAB-Inventor Data 2002 (MIID 2002): Record-Linkage of Patent Register Data with Labor Market Biography Data of the IAB, 2014.

**Dorner, Matthias; Bender, Stefan; Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin**, Patterns and Determinants of Inventor Mobility – Evidence from the Employment Biographies of Inventors in Germany, 2014.

[Gaessler, Fabian](#)

#### Diskussionspapiere

**Cremers, Katrin; Gaessler, Fabian; Harhoff, Dietmar; Helmers, Christian**; Invalid but Infringed? An Analysis of Germany's Bifurcated Patent Litigation System, Max Planck Institute for Innovation and Competition Research Paper No. 14-14, 2014.

**Cremers, Katrin; Ernicke, Max; Gaessler, Fabian; Harhoff, Dietmar; Helmers, Christian; McDonagh, Luke; Schliessler, Paula and Nicolas van Zeebroeck**, Patent Litigation in Europe, ZEW Discussion Paper No. 13-072, 2013.

[Harhoff, Dietmar](#)

#### Artikel in referierten Fachzeitschriften

**Harhoff, Dietmar; von Graevenitz, Georg; Wagner, Stefan**, Conflict Resolution, Public Goods and Patent Thickets, Management Science, forthcoming.

**Graham, Stuart; Harhoff, Dietmar**, Separating Patent Wheat from Chaff: Would the U.S. Benefit from Adopting a Patent Post-Grant Review, Research Policy, 43, 9 (2014), 1649 – 1659.

**Haeussler, Carolin; Harhoff, Dietmar; Mueller, Elisabeth**, How Patenting Informs VC investors – The Case of Biotechnology, Research Policy, 43, 8 (2014), 1286 – 1298.

**Harhoff, Dietmar; Mueller, Elisabeth; van Reenen, John**, What Are the Channels for Technology Sourcing? Panel Data Evidence from German Companies, Journal of Economics & Management Strategy, 23, 1 (2014), 204 – 224.

**Gruber, Marc; Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin**, Knowledge Recombination across Technological Boundaries: Scientists vs. Engineers, Management Science 59, 4 (2013), 837 – 851.

**Von Graevenitz, Georg; Wagner, Stefan; Harhoff, Dietmar**, Incidence and Growth of Patent Thickets – The Impact of Technological Opportunities and Complexity, Journal of Industrial Economics 61, 3 (2013), 521 – 563.

#### Diskussionspapiere

**Cremers, Katrin; Gaessler, Fabian; Harhoff, Dietmar; Helmers, Christian**, Invalid But Infringed? An Analysis of Germany's Bifurcated Patent Litigation System, Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper No. 14-14, 2014.

**Dorner, Matthias; Bender, Stefan; Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin; Scioch, Patrycja**, The MPI-IC-IAB-Inventor Data 2002 (MIID 2002): Record-Linkage of Patent Register Data with Labor Market Biography Data of the IAB, 2014.

**Dorner, Matthias; Bender, Stefan; Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin**, Patterns and Determinants of Inventor Mobility – Evidence from the Employment Biographies of Inventors in Germany, 2014.

**Gambardella, Alfonso; Giuri, Paola; Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin; Mariani, Myriam; Nagaoka, Sadao; Torrisi, Salvatore**, Invention Processes and Economic Uses of Patents: Evidence from the PatVal 2 Survey, 2014.

**Harhoff, Dietmar; Heibel, Maria C.; Hoisl, Karin**, The Impact of Network Structure and Network Behavior on Inventor Productivity, 2014.

**Gambardella, Alfonso; Harhoff, Dietmar; Verspagen, Bart**, The Economic Value of Patent Portfolios, CEPR Discussion Paper No. 9264, 2013, Centre for Economic Policy Research, London.

**Harhoff, Dietmar; von Graevenitz, Georg; Wagner, Stefan**, Conflict Resolution, Public



Goods and Patent Thickets, CEPR Discussion Paper No. 9468, 2013, Centre for Economic Policy Research, London.

#### **Andere Veröffentlichungen, Presseartikel, Interviews**

**Harhoff, Dietmar;** Urheberrecht: Ein Jahr der (Denk-)blockaden, Das Netz 2014/2015. Jahresrückblick Netzpolitik, iRights-Media, Berlin 2014, 117–118.

**Harhoff, Dietmar; Kur, Anette,** Great Data, Nice Tale, But What's the Message? The OHIM/EPO Study on the Economic Relevance of IP-Intensive Industries in the EU, IIC: International Review of Intellectual Property and Competition Law, 45, 6 (2014), 617–620; Max Planck Institute for Innovation & Competition Discussion Paper No. 1, 2014.

**Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI)** (Hg.). Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2014. EFI, Berlin, 2014.

**Kommission HdF2014plus** (Hg.). Kooperationsmodell Haus der Forschung sowie Bayerische Patentallianz – Empfehlungen zur Weiterentwicklung durch die Kommission HdF2014plus. Vorsitz: Dietmar Harhoff. Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, München, 2014.

**Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI)** (Hg.). Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2013. EFI, Berlin 2013.

**Vlaeminck, Sven; Wagner, Gert G.; Wagner, Joachim; Harhoff, Dietmar; Siegert, Olaf;** Replizierbare Forschung in den Wirtschaftswissenschaften erhöhen, LIBREAS. Library Ideas. 23. Schwerpunkt: Forschungsdaten. Metadaten. Noch mehr Daten. Forschungsdatenmanagement. (Februar 2013): 29–42.

#### **Hoisl, Karin**

##### **Artikel in referierten Fachzeitschriften**

**Hoisl, Karin; Stelzer, Tobias; Biala, Stefanie,** Forecasting Technology Discontinuities in the ICT Industry, Research Policy (2014), im Druck.

**Wagner, Stefan; Hoisl, Karin; Thoma, Grid,** Overcoming Localization of Knowledge – The Role of Professional Service Firms, Strategic Management Journal 35, 11 (2014), 1671–1688.

**Davis, Lee N.; Davis, Jerome; Hoisl, Karin,** Leisure Time Invention, Organization Science, 24, 5 (2013), 1439–1458.

**Gruber, Marc; Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin,** Knowledge Recombination across Technological Boundaries: Scientists vs. Engineers, Management Science 59, 4 (2013), 837–851.

**Wagner, Stefan; Hoisl, Karin; Thoma, Grid,** Overcoming Localization of Knowledge – The Role of Professional Service Firms, Strategic Management Journal, 2013.

##### **Diskussionspapiere**

**Dorner, Matthias; Bender, Stefan; Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin; Scioch, Patrycja,** The MPI-IC-IAB-Inventor Data 2002 (MIID 2002): Record-Linkage of Patent Register Data with Labor Market Biography Data of the IAB, 2014.

**Dorner, Matthias; Bender, Stefan; Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin,** Patterns and Determinants of Inventor Mobility – Evidence from the Employment Biographies of Inventors in Germany, 2014.

**Hoisl, Karin; Davis, Lee N.; Davis, Jerry,** How are Externally Sourced Inventions Commercialized?, 2014.

**Hoisl, Karin; Gruber, Marc; Conti, Annamaria,** Knowledge Diversity & Knowledge Overlap in R&D Teams: Empirical Evidence from the Formula 1 Motorsport Industry, 2014.

**Hoisl, Karin; Mariani, Myriam**, It's a Men's Job – Income and the Gender Gap in Industrial Research, 2014.

**Hoisl, Karin**, Updating Competitive Advantage in High-Velocity Industries – The Role of Knowledge and Learning, 2014.

**Gambardella, Alfonso; Giuri, Paola; Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin; Mariani, Myriam; Nagaoka, Sadao; Torrisi, Salvatore**, Invention Processes and Economic Uses of Patents: Evidence from the PatVal 2 Survey, 2014.

**Harhoff, Dietmar; Heibel, Maria C.; Hoisl, Karin**, The Impact of Network Structure and Network Behavior on Inventor Productivity, 2014.

**Jell, Florian; Henkel, Joachim; Hoisl, Karin**, Patent Pending – Why faster isn't always better, 2014.

**Hoisl, Karin; Stelzer, Tobias; Biala, Stefanie**, Forecasting Technology Discontinuities in the ICT Industry, 2013.

## Kleine, Marco

### Artikel in referierten Fachzeitschriften

**Engel, Christoph; Kleine, Marco**, Who Is Afraid of Pirates? An Experiment on the Deterrence of Innovation by Imitation, Research Policy, im Druck.

### Diskussionspapiere

**Kleine, Marco; Langenbach, Pascal; Zhuahovska, Lilia**, Fairness and Persuasion, How Stakeholder Communication Affects Impartial Decision Making, Preprint issue 2014/03 of the Max Planck Institute for Research on Collective Goods, 2014.

## Kühnhausen, Fabian

### Diskussionspapiere

**Kühnhausen, Fabian**, Audit Quality in Regulatory Regimes, Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper Series, No. 14-12, 2014.

**Kühnhausen, Fabian**, Financial Innovation and Fragility“, Münchener Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge (VWL) 37, 2014.

**Kühnhausen, Fabian; Stieber, Harald**, Determinants of Capital Structure in Non-Financial Companies, Münchener Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge (VWL) 38, 2014.

### Andere Veröffentlichungen, Presseartikel, Interviews

**Kühnhausen, Fabian**, The Impact of Financial Innovation on Firm Stability, BIFEC Book of Abstracts & Proceedings, 1, 2 (2014), 211 – 239.

## Mödl, Michael

### Artikel in referierten Fachzeitschriften

**Haucap, Justus; Mödl, Michael**, Warum engagieren sich nicht mehr ökonomische Spitzenforscher in der Politikberatung?, Wirtschaftsdienst 93, 8 (2013), 507 – 530.

**Haucap, Justus; Mödl, Michael**, Zum Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung: Eine empirische Analyse vor dem Hintergrund des Ökonomenstreits, Perspektiven der Wirtschaftspolitik 14, 3 – 4 (2013), 346 – 378.

### Diskussionspapiere

**Haucap, Justus; Mödl, Michael**, Zum Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung: Eine empirische Analyse vor dem Hintergrund des Ökonomenstreits, DICE Ordnungspolitische Perspektiven, No. 40, 2013.

### Andere Veröffentlichungen, Presseartikel, Interviews

**Mödl, Michael**, Crowd-Investoren können kaum reich werden, in: VDI Nachrichten vom 14.01.2014.

**Mueller-Langer, Frank****Artikel in referierten Fachzeitschriften**

**Andreoli-Versbach, Patrick; Mueller-Langer, Frank**, Open Access to Data: An Ideal Professed but Not Practised, *Research Policy*, 43, 9 (2014), 1621 – 1633.

**Mueller-Langer, Frank**, Neglected Infectious Diseases: Are Push and Pull Incentive Mechanisms Suitable for Promoting Drug Development Research? *Health Economics, Policy and Law* 8, 2 (2013), 185 – 208.

**Diskussionspapiere**

**Mueller-Langer, Frank; Watt, Richard**, The Hybrid Open Access Citation Advantage: How Many More Cites is a \$ 3,000 Fee Buying You?, *Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper No. 14-02*, 2014.

**Mueller-Langer, Frank; Andreoli-Versbach, Patrick**, Open Access to Research Data: Strategic Delay and the Ambiguous Welfare Effects of Mandatory Data Disclosure, *Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper No. 14-09*, 2014.

**Andreoli-Versbach, Patrick; Mueller-Langer, Frank**, Open Access to Data: An Ideal Professed but Not Practised, *RatSWD Working Paper Series No. 215*, 2013.

**Jorzik, Nathalie; Mueller-Langer, Frank**, Multilateral Stability and Efficiency of Trade Agreements: A Network Formation Approach. *Munich Discussion Paper No. 2013-3*, 2013.

**Mueller-Langer, Frank; Andreoli-Versbach, Patrick**, Leading-effect vs. Risk-taking in Dynamic Tournaments: Evidence from a Real-life Randomized Experiment. *Munich Discussion Paper No. 2013-6*, 2013.

**Mueller-Langer, Frank; Gerstenberger, Michael; Hackinger, Julian; Heisig, Benjamin**, A Brief Guide for the Creation of Author-specific Citation Metrics and Publication Data Using

the Thomson Reuters Web of Science, *RatSWD Working Papers 228/2013*.

**Mueller-Langer, Frank; Watt, Richard**, Optimal Pricing and Quality of Academic Journals and the Ambiguous Welfare Effects of Forced Open Access: A Two-sided Model. *RatSWD Working Paper No. 223*, 2013.

**Artikel in Sammelwerken**

**Mueller-Langer, Frank**, Copyright and Parallel Trade, in: *Richard, Watt (Hg.), Handbook on the Economics of Copyright*, Edward Elgar, Cheltenham, 2014, 287 – 310.

**Mueller-Langer, Frank; Scheufen, Marc**, Academic Publishing and Open Access. In: *Handke, Christian and Ruth Towse (eds.), Handbook on the Digital Creative Economy*, Edward Elgar, Cheltenham, 2013, 365 – 377.

**Natterer, Michael****Diskussionspapiere**

**Dietmar Harhoff, Stefan Wagner, Matthias Pötzl, Michael Natterer, Georg von Graevenitz**, *Measuring Patent Thickets*, 2014.

**Pötzl, Matthias****Diskussionspapiere**

**Harhoff, Dietmar; Wagner, Stefan; Pötzl, Matthias; Natterer, Michael; von Graevenitz, Georg**, *Measuring Patent Thickets*, 2014.

**Monographien**

**Pötzl, Matthias**, *Risikoneigung, Innovationsdynamik und Produktivität in Familienunternehmen*, BOD Verlag, Norderstedt 2013, 208 S.

Rudyk, Ilja

#### Diskussionspapiere

**Rudyk, Ilja**, Deferred Patent Examination, SFB Discussion Papers, No. 416, 2013.

**Rudyk, Ilja**, The License of Right, Compulsory Licensing and the Value of Exclusivity, SFB Discussion Papers, No. 415, 2013.

Schautschick, Philipp

#### Diskussionspapiere

**Schautschick, Philipp; Greenhalgh, Christine**, Empirical Studies of Trade Marks: The Existing Economic Literature, Melbourne Institute Working Paper No. 25/13, 2013.

**Schautschick, Philipp; Greenhalgh, Christine**, Empirical studies of Trade Marks: The Existing Economic Literature, University of Oxford, Dep. of Economics Working Papers: 659, 2013.

**Helmers, Christian; Philipp Schautschick**, The use of intellectual property right bundles by firms in the UK, A report for the UK Intellectual Property Office, 2013.

**Helmers, Christian; von Graevenitz, Georg; Greenhalgh, Christine; Guceri, Irem; Schautschick, Philipp**, Intellectual property rights and high-growth firms in the UK, A report for the UK Intellectual Property Office, 2013.

Stoll, Thimo

#### Diskussionspapiere

**Stoll, Thimo Pascal**, Are You Still in? – The Impact of Licensing Requirements on the Composition of Standards Setting Organizations, Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper No. 14-18, 2014.

Stürz, Roland

#### Diskussionspapiere

**Stürz, Roland**, Evolution and Firm Survival in Vertically Related Populations: The Case of the German Piano Industry, Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper No. 14-04, 2014.

#### Monographien

**Stürz, Roland**, Industrieevolution: Lokale Agglomeration, Markteintrittsbedingungen, vertikale Industriestrukturen und das Überleben von Firmen, Verlag Dr. Hut, München 2014, 227 S.



#### 1.4 Herausgeberwerke

Dietmar, Harhoff; Karim R. Lakhani (Hg.)

Revolutionizing Innovation: Users, Communities and Open Innovation. MIT Press, Boston MA (im Druck)

## 2 Vorträge

### Andreoli-Versbach, P.

#### 2013

Endogenous Price Commitment, Sticky and Leadership Pricing: Evidence from the Italian Petrol Market; Internal Seminar, Italian Central Bank, Rom, April

Endogenous Price Commitment, Sticky and Leadership Pricing: Evidence from the Italian Petrol Market; Law and Economics Seminar, MaCCI, Mannheim, Februar

Endogenous Price Commitment, Sticky and Leadership Pricing: Evidence from the Italian Petrol Market; Law and Economics Workshop, Universität Bonn, Bonn, Januar

### Belsunce, H. de

#### 2014

Do More Patents Mean Less Entry? Annual Conference of the Italian Law and Economics Association, Rom, Italien, September

Do More Patents Mean Less Entry? 9<sup>th</sup> Annual Conference of the European Policy for Intellectual Property Association, Brüssel, September

Patenting Strategies in Cumulative Innovation under the Threat of Litigation; Munich Conference on Innovation and Competition, Juni

Patenting Strategies in Cumulative Innovation under the Threat of Litigation; Workshop on the Economic Analysis of Litigation, Catania, Italien, Juni

On Essential Patents and Vertical Structure in the Context of Cumulative Innovation; Paris School of Economics, Paris, März

### Dorner, M.

#### 2014

The Patterns and Determinants of Inventor Mobility – Evidence from Biographies of Inventors in Germany; Copenhagen Conference on Innovation and Entrepreneurship, Skodsborg, Januar

The Patterns and Determinants of Inventor Mobility – Evidence from Biographies of Inventors in Germany; Workshop Innovation, Industrial Dynamics, Entrepreneurship, Organisation and Space (IIDEOS), Kassel, Januar

#### 2013

Patterns and Determinants of Inventor Mobility – Evidence from the Biographies of Inventors in Germany; Doktorandenseminar, Aschau, Oktober

Labor Mobility, Skill Relatedness and Industry Evolution; DiskAB Colloquium, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, Juli

Labor Mobility, Skill Relatedness and Industry Evolution; Workshop “Innovation, Industrial Dynamics, Entrepreneurship, Organisation and Space” (IIDEOS), Philipps-Universität Marburg, Mai

### Eckardt, S.

#### 2014

Design for Innovation & Intrapreneurship: A cooperation of Fraunhofer Venture and Max-Planck; ISPIM Americas Innovation Forum, Montreal, Kanada, Oktober

Holistic Measurement of Universities’ Knowledge and Technology Transfer Efficiency; zusammen mit Jeroen Klis, Anja Schoen und Jyldyz Sheralieva, Technische Universität München, Juni

Analysen zum Innovations- und Entrepreneurship-Klima; Doktorandenseminar, Schloss Ringberg, März

Diagnose von Innovations- und Intrapreneurship-Klima im unmittelbaren Arbeitsumfeld; Brown Bag Seminar, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Februar

### 2013

Diagnose des Innovations- und Intrapreneurship-Klimas: Datenerhebung und Datensatz; Doktorandenseminar, Aschau, Oktober

Holistic Measurement of Universities' Knowledge and Technology Transfer Efficiency; Koreferat zu Jeroen Klis, Anja Schoen, Jyldyz Sheralieva, TIME Kolloquium, München, Juni

Diagnose des Innovations- und Intrapreneurship-Klimas; Doktorandenseminar, Zugspitze, April

[Gaessler, F.](#)

### 2014

Invalid but Infringed? An Analysis of Germany's Bifurcated Patent Litigation System; 41<sup>st</sup> Annual Conference of the European Association for Research in Industrial Economics (EARIE), Milan, August

Invalid but Infringed? An Analysis of Germany's Bifurcated Patent Litigation System; Munich Conference on Innovation and Competition 2014, Schloss Ringberg, Juni

Forum Shopping in Patent Litigation in Germany; Transatlantic Workshop on Intellectual Property Research 2014, Zurich, Januar

### 2013

Forum Shopping; Doktorandenseminar, Aschau, Oktober

Transfer of Patents; Doktorandenseminar, Aschau, Oktober

Invalid but Infringed? – An Analysis of Germany's Bifurcated Patent Litigation System; Workshop: Comparative patent litigation in Europe and evidence on bifurcation in Germany; Chartered Institute of Patent Attorneys, London, Juli

A General Model of Intellectual Property Systems Based on Social Norms; Koreferat zu Michael Zaggl, TIME Kolloquium, München, April

Forum Shopping in the German Patent Litigation System; Doktorandenseminar, Zugspitze, April

[Harhoff, D.](#)

### 2014

Patent Similarity; IP Statistics for Decision Makers, Tokyo, November

Chancen und Risiken der Internationalisierung für die Innovationsfähigkeit Deutschlands und Europas; Internationale Wissenschaftliche Zusammenarbeit und Standortwettbewerb im 21. Jahrhundert, Konrad Adenauer Stiftung, Cadenabbia, November

Patterns and Determinants of Inventor Mobility in Germany; Keynote Speech bei der Jahrestagung der Wissenschaftlichen Kommission Technologie, Innovation und Entrepreneurship (TIE) 2014 des Verbandes der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft e.V., Garching, Oktober

Urheberrecht in der digitalen Welt – Brauchen wir neue Regelungen zum Urheberrecht und zu dessen Durchsetzung? 70. Deutschen Juristentag 2014, Hannover, September

Innovationen – Neue Forschungsansätze; Antrittsvorlesung als Honorarprofessor an der Ludwig-Maximilians-Universität, München, Juli

Forschung und Innovation in Deutschland; 12. IBB-Netzwerktreffen Industrielle Biotechnologie Bayern Netzwerk GmbH – 6. Geburtstags der IBB Netzwerk GmbH, München, Juli

Forschung am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb; Sitzung der Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion und zum Sektionssymposium Fortschritt der Max-Planck-Gesellschaft, München, Juni

Patente – Fluch oder Segen für den Innovationsstandort Deutschland? Symposium: Wie viel Patentschutz braucht die Gesellschaft? Bayerische Akademie der Wissenschaften, München, Mai

Grundlagen der Innovationsfähigkeit und -politik in Europa; Deutsch-Französische Tagung im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Berlin, Mai

Forschungs- und Innovationspolitik – Anspruch und Wirklichkeit; Vortragsreihe Innovation der Technischen Universität Dresden, Mai

Unternehmertum in Deutschland; Kolloquium: Im Auftrag der Zukunft, Fraunhofer Institutszentrum, Stuttgart, April

Der neue Innovationswettbewerb; Keynote Speech bei der Verleihung des Houska-Preises, B&C Privatstiftung, Wien, April

Zur Bedeutung immaterieller Ressourcen und Innovationen für die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen – betriebswirtschaftliche Implikationen des EFI-Gutachtens 2014; Schmalenbach-Tagung 2014, Immaterielle Ressourcen und Innovationen: Herausforderungen für Management, Rechnungswesen und Marketing, Köln, März

Ergebnisse des Jahresgutachtens der Expertenkommission Forschung und Innovation 2014; Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, März

Ergebnisse des Jahresgutachtens der Expertenkommission Forschung und

Innovation 2014; Senat der Hochschulrektorenkonferenz, Berlin, März

Patterns and Determinants of Inventor Mobility – Evidence from the Employment Biographies of Inventors in Germany; Workshop: Beyond Spillovers? Channels and Effects of Knowledge Transfer from Universities, Universität Kassel, Kassel, März

The Important Policy Implications of User Innovation Among Patients; Workshop: Patient Innovation, Sharing Solutions, Improving Life, Católica Lisbon School of Business & Economics Universidade Católica Portuguesa, Lissabon, Februar



*Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., Vortrag „Urheberrecht in der digitalen Welt“, DJT, am 17. September 2014*

## 2013

Strategischer Einsatz von Patenten in Unternehmen; IP Management: Strategien und Lösungen für den Know-How-Schutz, Forum MedTech Pharma, München, Dezember

Innovation Systems: Organisation and Adaptation to the Knowledge Economy Requirements; The Franco-German Round Table on Intangibles, 3<sup>rd</sup> Conference, Université Paris Sud – European Chair on Intellectual Capital Management/Universität Heidelberg, Paris, November

A Report from Germany; 13<sup>th</sup> Annual Round Table For Engineering Entrepreneurship Research, Georgia Institute of Technology, Atlanta, November

Standardization and Patent Litigation; 8<sup>th</sup> Annual EPIP Conference “The Frontiers of IP”, Paris, September

Technology Transfer in Germany; APE-INV Conference on Academic research and intellectual property, Paris, September

Challenges and Design Choices for 21<sup>st</sup> Century Patent Systems; Jena Summer School 2013 on the Economics of Innovative Change, Friedrich Schiller University Jena, Department of Economics, Jena, Juli

Technology Transfer in Germany; From University Innovation to the Marketplace, German Center for Research and Innovation, New York, Juni

The Economic Value of Patent Portfolios; Conference on Economics of Innovation and Patenting, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und das Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI), Mannheim, Juni

Innovation in Germany – Status Quo and Priorities for 2020; Atlantik-Brücke/Akademie der Technikwissenschaften Acatech/Deutsch-Kanadische Innovationskonferenz – Innovation and Productivity, Keynote Speech, München, Mai

The Economic Value of Patent Portfolios; Charles University Prague, Center for Economics and Graduate Education, Prag, April

Wohlstand durch Forschung und Innovation – Vor welchen Aufgaben steht Deutschland? Bilanz und Perspektiven der Hightech-Strategie, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und Forschungsunion, Berlin, April

Intellectual Property – From Theory to Practice; Charité Entrepreneurship Summit, Stiftung Charité, Berlin, April

Bifurkation im deutschen Patentstreitverfahren – eine Nemesis für Patentverletzer und -inhaber? Patentrechtszyklus 2013 – Patentrecht in der Krise?, Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, April

Forschung und Innovation in Deutschland – Prioritäten für die nächste Legislaturperiode; Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Stuttgart, März

Patent Validity; Koreferat zu Hans Zischka, TIME Kolloquium, München, Januar

Patente – Anreiz oder Hemmnis für Innovationen? Schumpeter School Kolloquium, Bergische Universität Wuppertal, Januar

[Hoisl, K.](#)

## **2014**

Knowledge Fit and the Productivity Gain from Employee Mobility; TIE Conference 2014, München, Oktober

Knowledge Fit and the Productivity Gain from Employee Mobility; Innovation Summit, Darmstadt, September

Employee Mobility: Approaches and Methods; PDW organized at the AoM 2014 Conference, Philadelphia, August

Gender, Parenthood, and the Income Gap in Inventive Jobs; Seminar Series of the Institute of Employment Research, Nürnberg, Juni

Knowledge Diversity & Knowledge Overlap in Teams: Empirical Evidence from the Formula 1 Motorsport Industry; DRUID Conference, Kopenhagen, Juni

Knowledge Fit and the Productivity Gain from Mobility; Imperial College Workshop on Knowledge Worker Mobility, London, Juni

The Gender Gap in Inventive Jobs; Doktoranden-seminar, Schloss Ringberg, März



**2013**

Economic and Innovation-Based Discussion of Non-Compete Clauses; Workshop Knowledge Mobility: The Law and Policy of Restraints of Trade, Melbourne, Dezember

Knowledge Diversity & Knowledge Overlap in Teams: Empirical Evidence from the Formula 1 Motorsport Industry; ESMT Research Seminar, Berlin, November

The Impact of Network Structure and Network Knowledge on Inventor Productivity; Doktorandenseminar, Aschau, Oktober

The Impact of Network Structure and Network Behavior on Inventor Productivity; EPIP Konferenz, Paris, September

The Impact of Network Structure and Network Behavior on Inventor Productivity; 5. ZEW/MaCCI Conference on the Economics of Innovation and Patenting, Mannheim, Juni

The Impact of Network Structure and Network Behavior on Inventor Productivity; DRUID Conference, Barcelona, Juni

Knowledge Diversity & Knowledge Overlap in Teams: Empirical Evidence from the Formula 1 Motorsport Industry; Konferenz anlässlich der Verleihung des Schumpeter School Preises, Wuppertal, Juni

Linking Knowledge Sourcing with Commercialization Strategies: The Role of Absorptive Capacity; INO Seminar, Copenhagen Business School, Kopenhagen, Juni

[Ju, J.](#)

**2013**

The (Ir)Relevance of IP Protection for Innovation – Insights from the Fashion Industry; 5<sup>th</sup> ISHTIP Workshop: Cultural Economy and Intellectual Property, Paris, Juni

IP Protection and Incentives to Innovate in the Fashion Industry; Brown Bag Seminar Stanford Law School, Stanford, April

IP and Incentives to Innovate; 3<sup>rd</sup> Annual Workshop on Comparative and International Law, Washington University, St. Louis, März

[Kleine, M.](#)

**2014**

Who Is Afraid of Pirates? An Experiment on the Deterrence of Innovation by Imitation; Workshop: Challenges of Knowledge Creation – Intellectual Property Protection and Innovation Performance (MPI for Innovation and Competition), Munich, Dezember

Communication and Trust in Principal-Team Relationships: Experimental Evidence; Workshop on Co-determination and Employee Participation (Universität Trier), Trier, November

Who Is Afraid of Pirates? An Experiment on the Deterrence of Innovation by Imitation; 9<sup>th</sup> Annual Conference of the EPIP Association: Improving Innovation Systems (EPIP), Brüssel, September

Fairness and Persuasion. How Stakeholder Communication Affects Impartial Decision Making; Taxation, Social Norms and Compliance (Universität Nürnberg), Nürnberg, März

[Kühnhausen, Fabian](#)

**2014**

Determinants of Capital Structure in Non-Financial Companies; EARIE Jahreskonferenz, Bocconi Universität, Mailand, August

Determinants of Capital Structure in Non-Financial Companies; 31. SUERF Kolloquium, Bocconi Universität, Mailand, Juni

Determinants of Capital Structure in Non-Financial Companies; EZB Konferenz zu „Financial Integration and Stability“, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main, April

Financial Innovation and Fragility; Eastern Finance Association Jahreskonferenz (American Finance Association), Pittsburgh, April

Determinants of Capital Structure in Non-Financial Companies; IO and Trade Seminar, LMU München, München, April

Financial Innovation and Fragility; Royal Economic Society Postgraduate Meeting, University College London, London, Januar

### 2013

Investigating Financial Fragmentation in NFCs; IO and Trade Seminar, München, Dezember

Financial Innovation and Fragility; 3. Workshop „Banken und Finanzmärkte“, Augsburg, November

Financial Innovation and Fragility; MPI-ZEW Law & Economics Workshop, Mannheim, November

Financial Innovation and Fragility; Borsa Istanbul Finance and Economics Conference, Istanbul, Oktober

Financial Innovation and Fragility; 4. Workshop on Law & Economics of IP and Competition Law, ETH Zürich und IMPRS-CI, Juni

Financial Innovation and Fragility; IO and Trade Seminar, LMU München, April

Audit Quality in Regulatory Regimes; EMLE Midterm Meeting, Hamburg, Februar

Financial Innovation and Fragility; Financial Econometrics Forschungsseminar, München, Januar

[Mödl, M.](#)

### 2014

Signaling Effects of Equity-Crowdfunding to Venture Investors; 2. Crowdfunding Symposium, München, Juli

Signaling Effects of Pre-funding in the Decision Making of Venture Investors; Doktorandenseminar, Schloss Ringberg, März

### 2013

Crowdfunding and the Signaling Effect of Pre-funding to Venture Investors; Forschungssymposium Business Angel Investment, Berlin, Dezember

Einfluss der Einführung des G8 auf die Leistung der Studierenden in Entrepreneurship Education Kursen; mit M. Hofmuth, 17. G-Forum – Interdisziplinäre Jahreskonferenz zur Gründungsforschung, Wissenschafts-Track, Koblenz, November

Is Wisdom of the Crowd a Positive Signal – On the Venture Capital Compatibility of Crowdfunding; Doktorandenseminar, Aschau, Oktober

VC Kompatibilität von Crowdfunding; EXIST Workshop, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, September

Is Wisdom of the Crowd a Negative Signal? – Evidence from Crowdfunding; Doktorandenseminar, April

[Mueller-Langer, F.](#)

### 2014

The Hybrid Open Access Citation Advantage: How Many More Cites is a \$ 3,000 Fee Buying You? 9<sup>th</sup> Annual Conference of the European Policy for Intellectual Property Association, Europäische Kommission, Brüssel, September

The Hybrid Open Access Citation Advantage: How Many More Cites is a \$ 3,000 Fee Buying You? 2014 Munich Conference on Innovation and Competition, Schloss Ringberg, Juni

Parallel Trade and its Ambiguous Effects on Global Welfare; Doktorandenseminar, Schloss Ringberg, April

**2013**

Open Access to Data: An Ideal Professed but not Practiced; Microeconomic Theory Workshop, LMU München, Dezember

The Hybrid Open Access Citation Advantage; Annual Conference of the Scientific Commission "Technology, Innovation and Entrepreneurship", TIE 2013, St. Gallen, September

The Hybrid Open Access Citation Advantage; Congress of the Society for Economic Research on Copyright Issues, ParisTech, Paris, Juli

The Hybrid Open Access Citation Advantage; 4<sup>th</sup> Workshop for Junior Researchers on the Law & Economics of Intellectual Property and Competition Law, IMPRS-CI and Professorship for Intellectual Property, ETH Zurich, Schloss Ringberg, Juni

**Natterer, M.****2014**

Patentähnlichkeit und Patentwert; Doktorandenseminar, Schloss Ringberg, April

**2013**

Ähnlichkeit von Patenten – Statusbericht; Doktorandenseminar, Aschau, Oktober

Ähnlichkeit von Patenten – Statusbericht; Doktorandenseminar, Zugspitze, April

**Pötzl, M.****2013**

Risikoneigung, Innovationsdynamik und Produktivität in Familienunternehmen; Doktorandenseminar, Aschau, Oktober

Familienunternehmen und Innovation; Doktorandenseminar, Zugspitze, April

**Rudyk, I.****2013**

The License of Right, Compulsory Licensing and the Value of Exclusivity; SFB Meeting, 2013, Tutzing, November

Deferred Patent Examination and the Value of Patent Applications; Patent Statistics for Decision Makers 2013, Rio de Janeiro, November



*Posterpräsentation, Kuratoriumssitzung, am 30. Juli 2014*

Deferred Patent Examination and the Value of Patent Applications; Roundtable for Engineering Entrepreneurship Research (REER) Conference 2013, Atlanta, November

Patent Value Depreciation Rates – Estimation using PatVal-survey data; Doktorandenseminar, Aschau, Oktober

The License of Right, Compulsory Licensing and the Value of Exclusivity; European Association for Research in Industrial Economics (EARIE) Conference 2013, Evora, September

Deferred Patent Examination; 73<sup>rd</sup> Annual Meeting of the Academy of Management 2013, Orlando, August

Deferred Patent Examination and the Value of Patent Applications; The 35 DRUID Celebration Conference 2013, Barcelona, Juni

Deferred Patent Examination; TIME Kolloquium, München, Mai

Deferred Patent Examination and the Value of Patent Applications; 5<sup>th</sup> ZEW/MaCCI Conference on the Economics of Innovation and Patenting 2013, Mannheim, Mai

The Economics and Design of Patent Systems; Doktorandenseminar, Zugspitze, April

[Schautschick, P.](#)

**2013**

Measuring the Role of Innovation and Marketing for Market Entry Thresholds; Doktorandenseminar, Zugspitze, April

[Schießl, N.](#)

**2013**

ILIAS 360 – Development and Validation of a 360° Instrument for the Identification of Potential Intrapreneurs; TIME Kolloquium, München, Mai

ILIAS 360 – Reduktion der Anzahl der Dimensionen sowie Ermittlung der Prognosegüte; Doktorandenseminar, Zugspitze, April

[Steinle, C.](#)

**2014**

Absorptive Capacity for Need Knowledge – An Empirical Study of its Relation to Solution Knowledge and its Consequences for Individual Innovative Performance; Koreferat zu Tim Schweisfurth; TIME Kolloquium, München, April

Erfindernetzwerke und Persönlichkeit; Doktorandenseminar, Schloss Ringberg, März

**2013**

Erfindernetzwerke und Persönlichkeit; Doktorandenseminar, Aschau, Oktober

Persönlichkeitsmerkmale und Erfindernetzwerke – Statusbericht; Doktorandenseminar, Zugspitze, April

Absorptive Capacity for Need Knowledge – An Empirical Study of its Relation to Solution Knowledge and its Consequences for Individual Innovative Performance; Koreferat zu Tim Schweisfurth; TIME Kolloquium, München, April

[Stellner, F.](#)

**2014**

The Impact of Technological Distance on M&A Target Choice and Transaction Value; IO and Trade Seminar, LMU München, Dezember

The Role of Technological Distance in the Selection of M&A Targets; Doktorandenseminar, Schloss Ringberg, April

Technological Distance – Theoretical Foundations and Empirics; Advanced Topics in Innovation Management, München, Februar

Value Appropriation in Hierarchical Modular Systems; Koreferat zu Alexander Hoffmann, TIME Kolloquium, München, Januar

**2013**

Technological Distance Measures – Theory and Empirics; Doktorandenseminar, Aschau, Oktober

Market Value, Innovation and IP; Doktorandenseminar, Zugspitze, April

Getting Patents & Economic Data to Speak to Each Other; Koreferat zu Travis Lybbert,

Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München, März

Value Appropriation in Hierarchical Modular Systems; Koreferat zu Alexander Hoffmann, TIME Kolloquium, München, Januar

**Stoll, S.**

**2014**

Exploring the Opaqueness of the Patent System – Evidence from a Natural Experiment; 2014 Conference on IP Statistics for Decision Makers, Tokio, November

Exploring the Opaqueness of the Patent System – Evidence from a Natural Experiment; 14<sup>th</sup> Annual Roundtable for Engineering Entrepreneurship Research, Georgia Institute of Technology, Atlanta, November

Exploring the Opaqueness of the Patent System – Evidence from a Natural Experiment; SFB/TR15 Tagung Caputh 2014, Berlin, Oktober

Exploring the Opaqueness of the Patent System – Evidence from a Natural Experiment; 9<sup>th</sup> Annual Conference of the EPIP Association, Brüssel, September

Exploring the Opaqueness of the Patent System – Evidence from a Natural Experiment; 29<sup>th</sup> Annual Congress of the European Economic Association, Toulouse, August

Exploring the Opaqueness of the Patent System – Evidence from a Natural Experiment; TIME Kolloquium, München, Juli

Deferred Patent Examination; Doktoranden-seminar, Schloss Ringberg, April

Exploring the Opaqueness of the Patent System – Evidence from a Natural Experiment; Annual Conference of the Leibniz Science Campus MaCCI – Mannheim Centre for Competition and Innovation, Mannheim, März

**Stoll, T.**

**2014**

Licensing Requirements and the Composition of Standard Setting Organizations; Doktorandenseminar, Schloss Ringberg, März

**2013**

Standards as Inventive Input; TIME Kolloquium, München, Januar

Standards as Inventive Input; Doktoranden-seminar, Zugspitze, April

Patent Strategy and the Impact of Standardization on Invention Dynamics; Doktorandenseminar, Aschau, Oktober

**Stürz, R.**

**2014**

Evolution and Firm Survival in Vertically Related Populations: The Case of the German Piano Industry; The 74<sup>th</sup> Annual Meeting of the Academy of Management, Philadelphia, USA, August

Evolution and Firm Survival in Vertically Related Populations: The Case of the German Piano Industry; The DRUID Society Conference 2014, The Copenhagen Business School, Kopenhagen, Dänemark, Juni

Imprinting and Inertia – Density Delay Revisited; Canadian Sociological Association 2014 Annual Congress, Brock University, St. Catharines, Kanada, Mai

Experience, Consumers, and Fit: Performance Implications of Technological and Market Pre-Entry Experience in Mobile Telephony; Koreferat zu J.P. Eggers, M. Grajek, T. Kretschmer, TIME Kolloquium, München, Januar

Evolution and Firm Survival in Vertically Related Populations: The Case of the German Piano Industry; TIME Kolloquium, München, Januar

**2013**

Industrieevolution; Doktorandenseminar, Zugspitze, April

Evolution and Firm Survival in Vertically Related Populations: The Case of the German Piano Industry; TIME Kolloquium, München, Januar

[Suyer A.](#)

**2014**

Ideology and Technological Change; TIME Kolloquium, München, Januar

**2013**

Ideology's Role in Adaptation to Technological Change; Doktorandenseminar, Aschau, Oktober

Whose Side are You on – How Dual Identification with the Organization and Outside Users Impacts Employees' Job Satisfaction; Koreferat zu Tim Schweisfurth, TIME Kolloquium, München, Juni

Ideology's Role in Adaptation to Technological Change; Doktorandenseminar, Zugspitze, April

Ideology and Technological Change; TIME Kolloquium, München, Januar



*Bereit zur Posterpräsentation, Kuratoriumssitzung, am 30. Juli 2014*

### 3 Geförderte Forschungsarbeiten

#### 3.1 Abgeschlossene Forschungsarbeiten

##### 3.1.1 Habilitationen

###### 2013

**Karin Hoisl:** Knowledge Acquisition, Learning and Innovation Performance

##### 3.1.2 Dissertationen

###### 2014

**Ashish Bharadwaj:** Regulatory Stringency and Innovation in Green Technologies in the Automotive Industry: The Case of Germany, India, China and Brazil

**Sarah Eckardt:** Entwicklung, Einsatz und Validierung eines Diagnoseinstrumentes zur Messung des Innovations- und Intrapreneurship-Klimas

**Fabian Kühnhausen:** Essays on Information Problems in Financial Services

**Michael Natterer:** Ähnlichkeit von Patenten – Entwicklung, empirische Validierung und ökonomische Anwendung eines textbasierten Ähnlichkeitsmaßes.

**Philipp Schautschick:** A Comprehensive Analysis of the Economics of Trade Marks and Patents in Germany and the United Kingdom

**Sebastian Stoll:** Essays in Industrial Organization: Umbrella Branding, Non-Binding Auctions and Opacity of the Patent System

**Thimo Stoll:** Essays on the Economics of Patents, Standards, and Innovation

###### 2013

**Patrick Andreoli-Versbach:** Essays in Competition and Collusion

**Julia Ju:** Essays on IP Protection and Innovation – Insights from the Fashion Industry

**Matthias Pötzl:** Risikoneigung, Innovationsdynamik und Produktivität in Familienunternehmen

**Ilja Rudyk:** The Economics and Design of Patent Systems

**Nina Schießl:** Entwicklung, Optimierung und Validierung eines 360°-Diagnoseinstrumentes zur Erkennung von Intrapreneurship-Potenzialen bei Mitarbeitern

**Roland Stürz:** Industrieevolution – Lokale Agglomeration, Markteintrittsbedingungen, vertikale Industriestrukturen und das Überleben von Firmen

#### 3.2 Laufende Forschungsarbeiten

##### 3.2.1 Habilitationen

**Frank Mueller-Langer:** Essays on the Economics of Innovation and Competition

##### 3.2.2 Dissertationen

**Henri de Belsunce:** Three Essays on Competition and Innovation

**Matthias Dorner:** The Micro Foundations of Innovation and Industry Evolution

**Fabian Gaessler:** Three Essays on the Trade and Litigation of Patents

**Marco Kleine:** Communication and Fairness. An Experimental Economics Approach

**Michael Mödl:** Crowdfunding and the Signaling Effect of Pre-Funding

**Christian Steinle:** Persönlichkeit und Erfindernetzwerke

**Florian Stellner:** Technological Distance of Patent Portfolios – Theoretical Foundations, Statistics Analysis and Application to Mergers & Acquisitions

**Alexander Suyer:** Ideologie und technologischer Wandel – eine empirische Untersuchung der Adoption von Elektromobilität

## 4 Projekte mit Drittmittelförderung

**Harhoff, Dietmar; Rudyk, Ilya; Stoll, Sebastian:** SFB TR 15 – Sonderforschungsbereich Transregio 15: Governance and the Efficiency of Economic Systems – C2: „Intellektuelles Eigentum, Aneignung von Innovationserträgen und Innovationswettbewerb“

**Harhoff, Dietmar; Mueller-Langer, Frank:** DFG-Projekt „EDAWAX II – Weiterentwicklung der Pilotapplikation zu einer integrierten Produktanwendung für das Forschungsdatenmanagement von wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschriften“

**Hoisl, Karin; Steinle, Christian:** DFG-Projekt “Clean Technology-Innovation in Deutschland: Humankapitalakkumulation bei heterogenen Wissensinputs“

**Eckardt, Sarah; Streicher, Magdalena:** DLR-gefördertes Projekt zur Weiterentwicklung, Erprobung und Validierung des Messinstrumentes „Innovation & Intrapreneurship Climate Index (I2CI)“ in außeruniversitären Forschungseinrichtungen“, in Kooperation mit Fraunhofer Venture, München, und Fraunhofer IPA, Stuttgart

## 5 Lehrtätigkeiten

**Patrick Andreoli-Versbach**  
Mannheim Centre for Competition and Innovation

**Dietmar Harhoff**  
LMU, IMPRS-CI

**Karin Hoisl**  
LMU, GeorgiaTech College of Management, Emory Law School und TI:GER (Atlanta, USA), MIPLC

**Michael Mödl**  
LMU

**Michael Natterer**  
LMU

**Ilya Rudyk**  
LMU

**Nina Schießl**  
LMU

**Christian Steinle**  
LMU

**Florian Stellner**  
LMU

**Sebastian Stoll**  
LMU

**Thimo Stoll**  
LMU

**Magdalena Streicher**  
LMU

**Roland Stürz**  
LMU



## 6 Ehrungen, Preise

### 2014

**Herr Matthias Dörner** hat das GradAB-Stipendium des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und der Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg erhalten.

**Herr Fabian Kühnhausen** hat den Best Paper Award der Eastern Finance Association erhalten.

**Herr Dr. Frank Mueller-Langer** hat als Antragsteller bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gemeinsam mit Herrn Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., Forschungsförderung im Rahmen des European Data Watch Extended Projekt erhalten.

**Herr Dr. Michael Natterer** hat den Förderpreis des Forum Münchner Betriebswirte e.V. als Doktorand mit der Auszeichnung „summa cum laude“ erhalten.

**Frau Magdalena Streicher** hat den Würdigungspreis des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft der Republik Österreich erhalten.

### 2013

**Herr Matthias Dörner** hat das GradAB Stipendium des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität Erlangen-Nürnberg erhalten.

**Herr Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.**, hat den Schumpeter School-Preis für Unternehmens- und Wirtschaftsanalyse erhalten.



*Verleihung des Würdigungspreises des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft an Magdalena Streicher am 18. November 2014 in der Aula der Wissenschaften, Wien, durch Herrn Mag. Wulz für Dr. Reinhold Mitterlehner (Vizekanzler und Bundesminister der Republik Österreich)*

**Herr Dr. Frank Mueller-Langer** hat zusammen mit Richard Watt den Sloan Economics of Knowledge Contribution and Distribution Grant in Höhe von 11,000 USD erhalten. Des Weiteren wurde er 2013 für den Artikel "Parallel Trade and its Ambiguous Effects on Global Welfare" (Review of International Economics 20, 1, 177–185) für die Antitrust Writing Awards nominiert.

**Herr Dr. Ilja Rudyk** wurde für den DRUID Best Paper Award (DRUID Conference 2013, Barcelona) nominiert. Zudem war er einer der drei Finalisten des Best Paper Award 2013 Competition, Academy of Management – TIM Division (AOM 2013, Orlando).

**Frau Dr. Nina Schießl** hat im Rahmen eines Promotionsstipendiums des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks (seit 2011) ihre Promotion abgeschlossen.

**Herr Dr. Roland Stürz** wurde für den Dissertationspreis des Forum Münchner Betriebswirte e.V. nominiert.



*Verleihung des Schumpeter School Preises für Unternehmens- und Wirtschaftsanalyse an Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., Bergische Universität Wuppertal, am 21. Juni 2013. (v.l.n.r.) Dr. h.c. Peter Vaupel, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Wuppertal, Dekan Prof. Dr. Michael J. Fallgatter, Preisträger Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., Uni-Rektor Prof. Dr. Lambert T. Koch, Prof. Dr. Norbert Koubek, Schumpeter School Stiftung, und Laudator Prof. Dr. Peter Witt*

## C IV Veranstaltungen, Tagungen

### 1 Veranstaltungen der Abteilung

Siehe auch B IV 1, Veranstaltungen des Instituts.

#### 1.1 Tagungen und sonstige Veranstaltungen

TIME Kolloquium, München, 27. November 2014

XX<sup>th</sup> [IP]<sup>2</sup> Seminar: Dr. Christian Schamper, 25. November 2014

XIX<sup>th</sup> [IP]<sup>2</sup> Seminar: Podiumsdiskussion zur EEG-Novelle, 15. Oktober 2014

Verleihung des Stephan-Schrader-Preises, Munich Best Paper Award Entrepreneurship

Studies, und des Theo-Schöller-Preises, Munich Best Paper Award in Innovation Management Studies, München, 4. Juli 2014

TIME Kolloquium, München, 2. Juli 2014

Munich Conference on Innovation and Competition (MCIC 2014), 23.–25. Juni 2014

TIME Kolloquium, München, 11. Juni 2014

3D-Printing-Kurs, München, 6. Juni 2014

3D-Printing-Kurs, München, 13. Mai 2014

TIME Kolloquium, München, 7. Mai 2014



XIX<sup>th</sup> [IP]<sup>2</sup> Seminar: EEG-Novelle 2014: Fluch oder Segen für CleanTech-Innovationen? (v.l.n.r.) Alexandru Steininger (Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb), Andreas Flamm (Entelios AG), Dr. jur. Werner Schnappauf, Urban Windelen (Bundesverband Energiespeicher), Philipp Wolff (Dt. CleanTech Institut), Christian Steinle (Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb), Christoph Dany (Stadtwerke München)



*Verleihung des Stephan-Schrader-Preises und des Theo-Schöller-Preises. (v.l.n.r.) Prof. Dr. Joachim Henkel (TU München), Prof. Dr. Katja Rost (Universität Zürich), Prof. Dr. Ulrich Kaiser (Universität Zürich), Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D. (Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb)*

TIME Kolloquium, München, 16. April 2014

3D-Printing-Kurs, München, 15. April 2014

Doktorandenseminar, Schloss Ringberg,  
31. März – 2. April 2014

XVIII<sup>th</sup> [IP]<sup>2</sup> Seminar: Dr Jörn Erselius (Max  
Planck Innovation GmbH), 24. März 2014

TIME Kolloquium, München, 29. Januar, 2014

TIME Kolloquium, München, 15. Januar 2014

Doktorandenseminar, Aschau,  
21.–23. Oktober 2013

TIME Kolloquium, München, 29. Mai 2013

TIME Kolloquium, München, 16. April 2013

Doktorandenseminar, Zugspitze,  
2.–4. April 2013

TIME Kolloquium, München, 29. Januar 2013

TIME Kolloquium, München, 15. Januar 2013



*„Forschung mit Weitblick“ – erstes Doktorandenseminar der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung auf der Zugspitze von 2. bis 4. April 2013*

## 1.2 Gastvorträge

**John Hagedorn**, Universität Maastricht School of Business and Economics, "The Co-Alignment of Open Innovation With Environmental Contingencies and Its Effect on Innovation Performance", 17. Dezember 2014

**Koichiro Onishi**, Osaka Institute of Technology Faculty of Intellectual Property, "Monetary Incentives for Corporate Inventors", 3. Dezember 2014

**Bronwyn Hall**, University of California, Berkeley, "Technology Entry in the Presence of Patent Thickets", 24. November 2014

**Paula Stephan**, Georgia State University, Andrew Young School of Policy Studies, "Relating Research Output to Funding: Bundling and Attribution Issues", 21. November 2014

**Julia Lane**, American Institutes for Research, "Using Big Data to Describe the Results of Science Investments", 2. Oktober 2014

**Stefan Bechtold**, ETH Zürich, Center for Law & Economics, "The Causal Effects of Competition on Innovation: Experimental Evidence", 1. Oktober 2014

**Patrick Waelbroeck**, Paris Tech, "Online Copyright Enforcement: A Stochastic Model of the Graduated Response in France", 24. September 2014

**Andreas Bielig**, Warsaw School of Economics, "Economic Impacts of Intellectual Property on the Competitiveness in International Trade", 10. Juli 2014

**Kyriakos Drivas**, University of California, Berkeley, University Ownership, "Patent Flow, and Signaling Effects of Licensing on Follow – on Research College of Natural Resources", 3. Juli 2014

**Jerry Thursby**, Georgia Institute of Technology, Scheller College of Business, "The Nexus of University Science and Biopharmaceutical Applications", 19. Juni 2014

**Marie Thursby**, Georgia Institute of Technology, Scheller College of Business, "The Nexus of University Science and Biopharmaceutical Applications", 19. Juni 2014

**Travis Lybbert**, UC Davis, "An 'Algorithmic Links with Probabilities'", 5. Juni 2014

**Stephan Gutzeit**, Oxford University, Merton College, "Schumpeter's Entrepreneur as an Artist, Designer, and Idealist", 22. Mai 2014

**Min Ren**, Northwestern University, Kellogg School of Management, "When Big Data Meets Life Sciences: Data Reporting Standards and Innovation", 21. Mai 2014

**Nikolaus Thumm**, European Commission Expert Group on Patent Aggregation. "Patent Aggregation", 27. März 2014

**Marc Gruber**, École Polytechnique Fédérale de Lausanne, "Entrepreneurship and Technology Commercialization Interpretative Schema, Adaptation and the Emergence of New Organizations", 23. April 2014

**Qinghai Li**, Tongji University, School of Economics and Management, "Strategisches IP-Management, Marketing- und Technologiemanagement", 10. April 2014

**Martin Watzinger**, LMU München, Seminar für Komparative Wirtschaftsforschung, "Measuring Spillovers of Venture Capital", 29. Januar 2014

**Henning Piezunka**, Stanford University, Huang Engineering Center, "How Sellers Choose Intermediaries", 7. Januar 2014

**Georg von Graevenitz**, University of East Anglia, London, "Conflict Resolution, Public Goods and Patent Thickets", 3. Dezember 2013

**Bronwyn Hall**, University of California, Berkeley, "Recent Research on the Economics of Patents", 27. November 2013

**Tim Bresnahan**, Stanford University, "On Information Technology", 14. Oktober 2013



**Alexander Oettl**, Georgia Institute of Technology, "Why Stars Matter", 4. Oktober 2013

**Stuart Graham**, Georgia Institute of Technology, "The USPTO Trademark Case Files Dataset", 10. September 2013

**Jerry Thursby**, Georgia Institute of Technology, "Patents as Signals for Startup Financing", 11. Juli 2013

**Marie Thursby**, Georgia Institute of Technology, "Patents as Signals for Startup Financing", 11. Juli 2013

**Georg von Graevenitz**, University of East Anglia, London, "Quantitative Methods", 5. Juli 2013

**Burton Lee**, Stanford University, Palo Alto, "Boundary Conditions for Growth of Startups in Silicon Valley and European Clusters", 9. Mai 2013

## 2 Teilnahme an Konferenzen, Kongressen und Tagungen

### 2014

Copenhagen Conference on Innovation and Entrepreneurship, Copenhagen Business School, Kopenhagen, Januar **(Dorner)**

Workshop Innovation, Industrial Dynamics, Entrepreneurship, Organisation and Space (IIDEOS), Kassel, Januar **(Dorner)**

Patient Innovation, Sharing Solutions, Improving Life, Católica Lisbon School of Business & Economics Universidade Católica Portuguesa, Lissabon, Februar **(Harhoff)**

Accelerator Konzepte, Gründerkongress 15 Jahre EXIST, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin, März **(Harhoff, Mödl)**

Schmalenbach-Tagung 2014, Immaterielle Ressourcen und Innovationen: Herausforderungen für Management, Rechnungswesen und Marketing, Köln, März **(Harhoff)**

Taxation, Social Norms and Compliance, Universität Nürnberg, Nürnberg, März **(Kleine)**

Research Workshop on Financial Economics, Universität Mainz, Mainz, März **(Kühnhausen)**

Forschungsseminar, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, Schloss Ringberg, März **(Eckardt, Hoisl, Mödl, Steinle, Stoll T., Stürz)**

Forschungsseminar, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, Schloss Ringberg, April **(Hinz, Mueller-Langer, Stellner, Stoll S.)**

EPO Raw Data Conference, European Patent Office, Wien, März **(Pötzl)**

EZB-Konferenz, Frankfurt am Main, April **(Kühnhausen)**

Eastern Finance Association Jahreskonferenz, Pittsburg, April **(Kühnhausen)**

EPO West goes East Conference, European Patent Office, Wien, April **(Pötzl)**

Canadian Sociological Association 2014 Annual Congress: Borders without Boundaries, Brock University, St. Catharines, Kanada, Mai **(Stürz)**

Workshop on the Economic Analysis of Litigation, University of Catania, Università del Piemonte Orientale, Catania, Juni **(Belsunce)**

Munich Patent Law Conference – Burden of Pleading and Proof in Patent Infringement Cases, TU München, Juni **(Harhoff)**

Gender, Parenthood, and the Income Gap in Inventive Jobs, Seminar Series of the Institute of Employment Research, Nürnberg, Juni **(Hoisl)**

Knowledge Diversity & Knowledge Overlap in Teams: Empirical Evidence from the Formula 1 Motorsport Industry, DRUID Conference, Kopenhagen, Juni **(Hoisl)**

Knowledge Fit and the Productivity Gain from Mobility, Imperial College Workshop on Knowledge Worker Mobility, London, Juni **(Hoisl)**

Munich Conference on Innovation and Competition (MCIC 2014), Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb und ETH Zürich, Schloss Ringberg, Juni **(Belsunce, Gaessler, Harhoff, Kleine, Kühnhausen, Mueller-Langer, Stürz)**

31. SUERF Kolloquium, Bocconi Universität, Mailand, Juni **(Kühnhausen)**

3<sup>rd</sup> KTO Paper Development Workshop, SKEMA Business School, Sophia Antipolis, Frankreich, Juni **(Stürz)**



*Innovationsdialog zwischen Bundesregierung, Wirtschaft und Wissenschaft, Bundeskanzleramt, Berlin, am 13. Oktober 2014*

The DRUID Society Conference 2014: Entrepreneurship, Organization, Innovation, The Copenhagen Business School, Copenhagen, Dänemark, Juni **(Stellner, Stürz)**

12<sup>th</sup> Annual Open and User Innovation Conference, Cambridge, Juli **(Harhoff, Stürz)**

National Bureau of Economic Research, SI 2014 Entrepreneurship Conference, Boston, Juli **(Harhoff)**

Crowdfunding Symposium, Ludwig-Maximilians-Universität, München, Juli **(Mödl)**

Employee Mobility: Approaches and Methods, PDW organized at the AoM 2014 Conference, Philadelphia, August **(Hoisl)**

EARIE Jahreskonferenz, Bocconi Universität, Mailand, August **(Kühnhausen)**

The 74<sup>th</sup> Annual Meeting of the Academy of Management: The Power of Words, Philadelphia, August **(Harhoff, Stürz)**

9<sup>th</sup> Annual Conference of the European Policy for Intellectual Property Association, EPIP, Brüssel, September **(Belsunce)**

Annual Conference of the Italian Law and Economics Association, SIDE, Rom, September **(Belsunce)**

70. Deutscher Juristentag, Hannover, September **(Harhoff)**

Knowledge Fit and the Productivity Gain from Employee Mobility, Innovation Summit, Darmstadt, September **(Hoisl)**

9<sup>th</sup> Annual Conference of the EPIP Association: Improving Innovation Systems, European Policy for Intellectual Property Association, Brüssel, September **(Harhoff, Kleine, Mueller-Langer)**

ISPIAM Americas Innovation Forum, Montreal, Kanada, Oktober **(Eckardt)**

Knowledge Fit and the Productivity Gain from Employee Mobility; TIE Conference 2014, München, Oktober **(Hoisl)**



Area Conference on Behavioural Economics, CESifo, München, Oktober **(Kleine)**

German Accelerator, Celebrating Innovation Networking Event, Stuttgart, Oktober **(Streicher)**

Innovationsdialog, Bundeskanzleramt Berlin, Oktober **(Harhoff)**

Internationale Wissenschaftliche Zusammenarbeit und Standortwettbewerb im 21. Jahrhundert, Konrad-Adenauer-Stiftung, Cadenabbia, November **(Harhoff)**

IP Statistics for Decision Makers, Tokyo, November **(Harhoff)**

Workshop on Co-determination and Employee Participation, Universität Trier, Trier, November **(Kleine)**

CrowdDialog, Crowd Mentor Netzwerk, München, November **(Mödl)**

Investorenkonferenz technology@venture, Netzwerk Nordbayern und Evobis, Nürnberg, November **(Mödl)**

IP Statistics for Decision Makers, Tokyo, November **(Stellner)**

Workshop: Challenges of Knowledge Creation – Intellectual Property Protection and Innovation Performance, MPI for Innovation and Competition, München, Dezember **(Kleine)**

## 2013

Canadian Intellectual Property Office Conference (CIPO), Ottawa, März **(Harhoff)**

Charité Entrepreneurship Summit, Stiftung Charité, Berlin, April **(Harhoff)**

HTS Konferenz, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Berlin, April **(Harhoff)**

Innovation, Industrial Dynamics, Entrepreneurship, Organisation and Space (IIDEOS),



70. Deutscher Juristentag, Hannover, Abteilung Urheberrecht, am 17. September 2014

Workshop, Philips-Universität Marburg, Marburg, Mai **(Dorner)**

Conference on Standards-Essential Patents, Toulouse School of Economics (TSE), Toulouse, Mai **(Harhoff)**

Elektromobilität bewegt weltweit, Internationale Konferenz der Bundesregierung, Gemeinsame Geschäftsstelle Elektromobilität der Bundesregierung (GGEMO), Berlin, Mai **(Harhoff)**

Fourth Workshop for Junior Researchers on the Law and Economics of Intellectual Property and Competition Law, International Max Planck Research School for Competition and Innovation (IMPRS-CI) und Center for Law & Economics (ETH Zürich), Schloss Ringberg, Juni **(Gaessler, Mueller-Langer)**

5<sup>th</sup> ZEW/MaCCI Conference on Economics of Innovation and Patenting, ZEW, Mannheim, Juni **(Gaessler)**

6<sup>th</sup> Annual Conference on Innovation and Entrepreneurship: U.S. Patent and Trademark Office (USPTO)-Ewing Marion Kauffman Foundation Conference on Intellectual Property and Entrepreneurship, Northwestern University of Law, Chicago, Juni **(Harhoff)**

The 35<sup>th</sup> DRUID Celebration Conference 201, Innovation, Strategy and Entrepreneurship, Competitiveness and Dynamics of Organizations, Technologies, Systems and Geography, Barcelona, Juni **(Harhoff)**

From University Innovation to the Marketplace, German Center for Research and Innovation, New York, Juni **(Harhoff)**

1. SRII (Service Research and Innovation Institute) Europe Leadership Summit, Future of the Internet Services, Erlangen, Juni **(Harhoff)**

Best of Both Berlin. Old meets New Economy, Innovationsdialog zwischen internationalen Startups und Führungskräften der Wirtschaft, Stiftung der Deutschen Wirtschaft für Arbeit und Beschäftigung, Juni **(Schießl)**

Comparative patent litigation in Europe and evidence on bifurcation in Germany, Workshop, Chartered Institute of Patent Attorneys, London, Juli **(Gaessler)**

NBER Workshop Innovation Policy and the Economy, Boston, Juli **(Harhoff)**

11<sup>th</sup> Open and User Innovation Workshop, Brighton, Juli **(Harhoff)**

Congress of the Society for Economic Research on Copyright Issues, ParisTech, Paris, Juli **(Mueller-Langer)**

Colorado Innovation Network Summit, Denver, August **(Harhoff)**

German Academic International Network (GAIN) Tagung, San Francisco, August/September **(Harhoff)**

An Introduction to Microeconomic Methods and Applications, PhD-Course, Philipps-Universität Marburg, Marburg, September **(Dorner)**

3<sup>rd</sup> Annual Stanford Conference on Computational Social Sciences, Stanford University, September **(Harhoff)**

APE-INV Conference “Academic research and intellectual property”, Paris, September **(Harhoff)**

Annual EPIP Conference “The Frontiers of IP”, Paris, September **(Harhoff)**

EXIST Workshop, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, September **(Mödl)**

Annual Conference of the Scientific Commission “Technology, Innovation and Entrepreneurship”, TIE 2013, St. Gallen, September **(Mueller-Langer)**

Networks and Innovation Workshop, UK-Innovation Research Center (uk-irc), Imperial College London, September **(Steinle)**

Borsa Istanbul Finance and Economics Conference, Istanbul, Oktober **(Kühnhausen)**

Indo-European Conference on the Role of the Patent System in Fostering Innovation and Technology Transfer, EPO, European Business and Technology Centre (EBTC) and the Indian IP Office, Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry, New Delhi, November **(Bharadwaj)**

Economics of Knowledge Contribution and Distribution, Workshop in Conjunction with REER 2013, Atlanta, November **(Harhoff)**

Big Data Days – Wachstumsfalle und Internationalisierung, BMWi, Berlin, November **(Harhoff)**

The Franco-German Round Table on Intangibles, 3<sup>rd</sup> Conference, Université Paris Sud – European Chair on Intellectual Capital Management/Universität Heidelberg, Paris, November **(Harhoff)**

17. G-Forum – Interdisziplinäre Jahreskonferenz zur Gründungsforschung, Koblenz, November **(Mödl)**

Unitary Patent Conference, European Patent Office, München, Dezember **(Harhoff)**

Green Automotive Patenting in Technologically Proficient Emerging Economies, Jindal Global Business School, O.P.Jindal Global University, Sonipat-Delhi, Dezember **(Bharadwaj)**

Forschungssymposium Business Angel Investment, Berlin, Dezember **(Mödl)**

1<sup>st</sup> European Business Angel Investment Conference, Berlin, Dezember **(Mödl)**

Microeconomic Theory Workshop, LMU München, München, Dezember **(Mueller-Langer)**





**D**

## Munich Intellectual Property Law Center (MIPLC)

*Seit 2003 führt das Munich Intellectual Property Law Center (MIPLC, [www.miplc.de](http://www.miplc.de)) als gemeinsame Einrichtung der Max-Planck-Gesellschaft, der Universität Augsburg, der Technischen Universität München sowie der George Washington University Law School in Washington, D.C. einen englischsprachigen Masterstudiengang (LL.M.) durch. Über die Jahre hat sich das MIPLC den Ruf einer der weltweit ganz wenigen Eliteeinrichtungen im Bereich der universitären Ausbildung zum Immaterialgüterrecht erworben. Aus wissenschaftlicher Sicht dient das MIPLC dem Institut zur Identifikation von jungen Talenten aus aller Welt, die nachfolgend zur Promotion geführt werden können. Die Max-Planck-Gesellschaft stellt dem Max-Planck-Institut zudem jährlich Forschungsmittel zur Verfügung, die den wissenschaftlichen Zwecken des MIPLC dienen. Allein das Institut entscheidet über die Verwendung dieser Mittel im Rahmen einer eigens dafür eingerichteten Abteilung (nachfolgend „MIPLC Research Unit“) und wird diesbezüglich vom Fachbeirat des Institut evaluiert. Über das MIPLC spielt das Institut zudem eine wichtige Rolle im European Intellectual Property Institutes Network (EIPIN), dem neben dem MIPLC vier weitere universitäre Einrichtungen mit ähnlichen Masterstudiengängen angehören. Gegenwärtig unterstützt das Institut einen EU-Antrag der EIPIN-Partner auf Einrichtung und Förderung eines gemeinsamen europäischen Doktorandenprogramms zum Thema „Innovation Society“.*

### Der Studiengang

Das MIPLC bietet einen international und interdisziplinär ausgerichteten Masterstudiengang an, der Studierenden verschiedenster Fachrichtungen aus aller Welt offen steht. Ziel des Studienganges ist es, den Studierenden im Laufe eines Jahres über ein sehr intensives Lehrprogramm, freiwillige Praktika und einer Reihe von Zusatzveranstaltungen auf die Übernahme von Spitzenpositionen in Ämtern, Gerichten, der anwaltschaftlichen Praxis, Unternehmen und natürlich auch der Wissenschaft vorzubereiten. Dabei verfügen nur rund

50 bis 70 Prozent der Studierenden über eine juristische Grundausbildung. Ein Großteil der übrigen Teilnehmer verfügt über einen naturwissenschaftlichen, ingenieurwissenschaftlichen oder wirtschaftswissenschaftlichen Hintergrund. Die Studierenden kommen fast ausschließlich aus dem Ausland. Schwerpunktregionen sind dabei Süd- und Ostasien, Lateinamerika sowie Süd- und Osteuropa.

Das Studienprogramm deckt alle Bereiche des europäischen, US-amerikanischen und internationalen Immaterialgüter- und Wettbewerbsrechts ab. Zusätzlich umfasst das Studienprogramm volks- und betriebswirtschaftliche Veranstaltungen mit Bezug zum geistigen Eigentum. Damit werden die Teilnehmer bestens auf ein international geprägtes Berufsleben vorbereitet. Die internationale Ausrichtung bildet sich auch in der Zusammensetzung der Faculty ab. Im MIPLC unterrichten nicht nur Vertreter der vier MIPLC-Partner, einschließlich einer Reihe von Wissenschaftlern des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb, sondern auch eine Reihe weiterer namhafter Professoren, Rechtsanwälte, Richter und Behördenvertreter verschiedenster Rechtsordnungen.



*MIPLC Managing Board: v.l.n.r. Prof. Dr. Christoph Ann (Technische Universität München), Prof. Dr. Michael Kort (Universität Augsburg), Prof. Dr. Josef Drexler (Max-Planck-Institut), Prof. Robert Brauneis (The George Washington University Law School)*

Die Mitglieder der Faculty beteiligen sich intensiv an der Betreuung der im zweiten Semester zu verfassenden Masterarbeit. Die bis zu 75 Seiten lange Magisterarbeit ist sechs Wochen nach Ende der Vorlesungszeit im Sommer abzugeben. Sie gilt als zentrales Element der Ausbildung und bildet zudem die Grundlage für die Entscheidung, welchen Absolventen die Möglichkeit zur Promotion mit einem Max-Planck/MIPLC-Stipendium eröffnet wird.

Geleitet wird der Studiengang durch das Managing Board, das sich aus Vertretern der vier Partner zusammensetzt. Chair des Managing Board ist traditionell der Vertreter des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb (seit 2009 *Josef Drexler*).

In den letzten Jahren ist es dem MIPLC vor allem gelungen, stärker die Perspektive der Entwicklungsländer in die Lehre mit einzubeziehen. Dies verschaffte dem Masterstudiengang die Anerkennung als entwicklungspolitisch relevanter Studiengang durch den DAAD, der vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördert wird. Die Förderung beinhaltet die Vergabe von bis zu vier Lebenshaltungsstipendien an qualifizierte Bewerber aus Entwicklungsländern, die sich ansonsten das Studium nicht finanzieren könnten. Gleichzeitig ist das MIPLC verpflichtet, diesen Studenten die Studiengebühren zu erlassen, erhält dafür aber eine direkte fi-



*Washington Study Trip 2014: In der Library of Congress nach dem Besuch des US Copyright Office*

nanzielle Unterstützung durch den DAAD. Diese Zusammenarbeit hat sich sehr positiv auf die Vielfalt der Zusammensetzung der Studenten und der unter den Studenten vertretenen Einstellungen zum Immaterialgüterrecht ausgewirkt.

Das Studienprogramm wird durch eine Reihe von weiteren Elementen ergänzt. Hierzu gehörte ein in enger Kooperation mit Behörden, zahlreichen Anwaltskanzleien und Unternehmen zusammengestelltes Angebot von Praktika, das von den Studierenden auf freiwilliger Basis intensiv genutzt wird. Zum Programm gehören schließlich Besuche beim Europäischen Patentamt, namhaften Unternehmen



*Die Studenten des Jahrgangs 2012/13 beim Besuch des Europäischen Patentamts*

im Münchener Raum sowie der sog. Washington Study Trip, der Besuche beim US-Patent- und Markenamt (USPTO), dem US Copyright Office sowie Vorträge von Praktikern umfasst.

### Die MIPLC Lecture Series

Eine Bereicherung des Masterprogramms, aber auch des wissenschaftlichen Lebens am Institut insgesamt bewirkt die MIPLC Lecture Series. Rund vier- bis fünfmal pro Jahr werden hierzu Wissenschaftler und namhafte Praktiker eingeladen, um zu aktuellen Themen aus ihrer Forschung oder beruflichen Tätigkeit zu referieren. Die Lecture Series richtet sich nicht nur an die Studierenden des MIPLC, sondern an alle Wissenschaftler des Instituts sowie die breitere Fachöffentlichkeit. Die Lecture Series wird auch genutzt, um potenzielle neue Faculty Members im Rahmen eines wissenschaftlichen Vortrages besser kennenzulernen.

### Alumni-Netzwerk und Alumni-Tagung

Schon bald nach Gründung des MIPLC haben sich Absolventen zur Gründung eines Alumni-Vereins zusammengeschlossen. Bald zeigte sich jedoch, dass dieser Verein wegen ständig wechselnder Personen an der Spitze nicht die notwendige Beständigkeit entwickeln konnte. Deshalb übernahm das MIPLC selbst die Initiative und begründete ein Alumni-Netzwerk, das als informelles Vertretungsorgan der Alumni das MIPLC berät und unterstützt. So konnten in enger Zusammenarbeit mit diesem Netzwerk schon drei spannende Alumni-Tagungen im zeitlichen Zusammenhang mit den Graduierungsfeiern im November 2012, 2013 und 2014 durchgeführt werden. Die Besonderheit dieser Tagungen besteht darin, dass sich Alumni mit Vortragsthemen bewerben, die oftmals ganz neue Forschungsperspektiven aus der Praxis aufzeigen und persönliche Verbindungen der Alumni über die Jahrgänge hinweg aufbauen helfen. Das Alumni-Netzwerk hat es mittlerweile auch geschafft, ein Alumni Scholarship in das Leben zu rufen, das jährlich über Spenden der Alumni die Finanzierung eines wesentlichen Teils der Studiengebühren für einen Studenten gewährleisten kann.



*MIPLC Alumni-Konferenz 2012: Die damalige Programmdirektorin Dr. Gintarė Surblytė (Mitte) mit den Sprechern Hee-Eun Kim (Absolventin 2009) und Marc P. Philipp (Absolvent 2010)*



*Eröffnung der Alumni-Konferenz 2013, mit der gleichzeitig das 10-jährige Jubiläum des MIPLC gefeiert wurde*



*Alumni-Konferenz 2014 – aus Studenten sind IP-Professionals geworden: Valeria Anchini, WIPO Arbitration and Mediation Center, Markku Räsänen, Legal Counsel in der Software-Industrie, Andreas Christoforou, Partner einer Anwaltskanzlei in Zypern*

## Gründung eines MIPLC-Fördervereins

Zu den Neuentwicklung am MIPLC gehörte schließlich im Jahre 2014 auch die Gründung eines MIPLC-Fördervereins unter dem Namen *Friends of the MIPLC e.V.*, der es ermöglicht, Spendengelder auf relativ unkomplizierte Weise für Zwecke des MIPLC einzuwerben, z.B. zur Finanzierung der Graduierungsfeier, des Rahmenprogramms von Tagungen oder vor allem auch zur Finanzierung von Studiengebühren für Studenten. Neben dem Alumni-Netzwerk trägt der Förderverein damit ganz wesentlich zur Nachhaltigkeit und Erhaltung des MIPLC und seiner Aktivitäten bei.



Der Vorstand des 2014 gegründeten Fördervereins „*Friends of the MIPLC e.V.*“: Prof. Dr. Heinz Goddar (Präsident), Margit Hinkel (Schatzmeisterin) und Matthias Fink (Geschäftsführer)

## Das European Intellectual Property Institutes Network (EIPIN, [www.eipin.org](http://www.eipin.org))

EIPIN besteht mit sich wandelnder Zusammensetzung seit dem Jahre 1999. Heute gehören ihm neben dem MIPLC die Universität Alicante, die Universität Straßburg, die Queen Mary University of London sowie die Universität Maastricht an. Mit dem Ziel, ihre Masterstudenten mit führenden Experten des Immaterialgüterrechts zusammenzubringen, veranstaltet EIPIN jedes Jahr einen Kongress, der aus zwei Tagungsteilen besteht, wobei jeweils zwei der fünf Partnerinstitute zusammenwirken. Das Generalthema berührt stets zentrale Themen der Forschung zum Immaterialgüterrecht und macht daher die Tagun-

gen auch für Spitzenforscher als Redner interessant. Vor allem aber übernehmen die Studierenden eine aktive Rolle. Jedes Partnerinstitut bringt zehn der besten Studenten zu den beiden Tagungen. Die Teilnehmer werden sodann in zehn Gruppen von je fünf Studenten aufgeteilt, die zu den einzelnen Blöcken der Tagung Fragen zu stellen haben. Die jeweiligen Gruppen haben auch Berichte zu den gestellten Themen zu bearbeiten, die im Zusammenhang mit dem Generalthema stehen. Aus den zehn Berichten wird schließlich der beste ausgewählt, der auf einer Tagung des Folgejahres von einem Vertreter der siegreichen Gruppe vorgestellt wird. Die EIPIN-Tagungen sind in besonderer Weise geeignet, kritisches Denken der Studenten zu fördern und sie noch stärker für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Immaterialgüterrecht zu begeistern.

## EIPIN 2012 – *Imitation as Innovation*

Kritische Wissenschaft lässt sich besonders durch Thesen fördern, die auf den ersten Blick auf Widerspruch stoßen. Ein Beispiel hierfür bildet das Generalthema *Imitation as Innovation* des EIPIN-Kongresses 2012, der vom MIPLC gemeinsam mit der Queen Mary University of London ausgerichtet wurde. Die Logik des Immaterialgüterrechts scheint nämlich genau in die umgekehrte Richtung zu gehen. Die Ausschließlichkeit des Immaterialgüterrechts schließt die Nachahmung (Imitation) durch den Wettbewerber aus und soll damit Anreize für den Rechteinhaber schaffen, in Forschung und Entwicklung zu investieren. Bei genauerem Nachdenken sind die Dinge jedoch sehr viel komplizierter. Auch der Rechteinhaber, der eine Lizenz erteilt, ermöglicht damit die Imitation durch den Lizenznehmer. Der Lizenzvertrag führt zum Technologietransfer und versetzt den Nachahmer überhaupt erst in die Lage, den Umgang mit neuer Technologie zu erlernen und schließlich vielleicht sogar Folgeinnovationen hervorzubringen. Das entspricht dem ökonomischen Innovationsbegriff, der prozessorientiert im Sinne von Produktentwicklungen und Innovationszyklen denkt, während das Patentrecht vor allem mit dem Neuheitsbegriff einen bestimmten Schritt im



Innovationsprozess herausgreift und daran anknüpfend Rechte zuweist, die geeignet sind, den gesamten späteren Innovationsprozess – möglicherweise zum Nachteil nachfolgender Innovatoren – zu kontrollieren.

Auf der Münchener Tagung im Februar 2012 führten Redner zunächst aus ökonomischer (Joachim Henkel, TUM) und juristischer Sicht (Josef Drexl, MIPLC) in die Thematik ein. Eine Vertreterin des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb (Annette Kur) erklärte dann, wie bei der Regelung der verschiedenen Immaterialgüterrechte mit dem Phänomen der Imitation umgegangen wird. Eine amerikanische Wissenschaftlerin analysierte das Phänomen des Benutzers eines Patents als Innovator (Catherine Strandburg, NYU). Ein Vertreter der Technischen Universität München wies anhand eigener Forschungen auf das Phänomen hin, dass gerade KMUs angesichts der Gefahr von Nachahmung den Geheimnisschutz gegenüber dem Patentschutz vorziehen (Christoph Ann). Weitere Redner beleuchteten die Bedeutung der Nachahmung im markenrechtlichen Bereich (Ansgar Ohly, LMU München) sowie in Bezug auf Mode- und Luxusprodukte (Barton Beebe, NYU). Die Tagung schloss mit Ausführungen zur internationalen Bedeutung der Thematik. Eine frühere MIPLC-Programmdirektorin nahm dabei die Verbindung mit dem Recht des internationalen Warenhandels in den Blick (Nari Lee, Hanken School of Economics



*Prof. Barton Beebe; NYU Law School, spricht bei der EIPIN Konferenz 2012 zum Thema „Luxury, Imitation, and Innovation“*

Helsinki). Ein Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb untersuchte, inwieweit sich das internationale Immaterialgüterrecht flexible zeigt, um Imitationen zu ermöglichen, die letztlich Innovationen fördern (Henning Große Ruse-Khan).

#### *Ausblick auf EIPIN 2015 – Intellectual Property and the Innovation Society*

Im April 2015 wird das Institut erneut – dieses Mal im Tandem mit der Universität Maastricht – eine EIPIN-Tagung ausrichten. Gewählt wurde wieder eine herausfordernde Thematik *Intellectual Property and the Innovation Society*. Dieser Tagung liegt die Ausgangsüberlegung zugrunde, dass nicht das



*EIPIN-Konferenz 2012 im Plenarsaal des Europäischen Patentamts*

Immaterialgüterrecht an sich Innovation erzeugt, sondern bestimmte Innovationspotenziale in jeder Gesellschaft vorhanden sind und es Aufgabe der Rechtspolitik zu sein hat, Anreize zur Hebung dieser Potenziale zu setzen. Immaterialgüterrechte sollen zwar gerade entsprechende Anreize setzen. Aber „falscher“ Immaterialgüterschutz könne gerade die Entwicklung solcher Potenziale auch hemmen. Entsprechend setzt sich die Münchner Tagung zum Ziel, jene Bereiche näher auszuloten, wo Immaterialgüterrecht vor allem durch zu viel Ausschließlichkeit Gefahr läuft, solche Innovationspotenziale in der Gesellschaft zu hemmen.

#### Promotionsbetreuung im Rahmen von EIPIN – Auf dem Weg zu einem *Joint European Doctorate*

Ein zweites Element der Zusammenarbeit im Rahmen von EIPIN neben der Durchführung der jährlichen Kongresse bildet die Betreuung von Doktoranden. Schon seit einigen Jahren veranstalten die EIPIN-Partner einmal jährlich im zeitlichen Zusammenhang mit den Kongressen ein Doktorandenseminar.

Wegen der positiven Erfahrungen war daher schon länger in Aussicht genommen worden, bei der EU bei nächster Gelegenheit einen

Antrag auf Förderung eines gemeinsamen europäischen Doktorandenprogramms zu stellen. Als nun im Jahre 2014 die EU eine neue ErasmusPlus-Ausschreibungsrunde eröffnete, waren die EIPIN-Partner gut vorbereitet und konnten fristgerecht Anfang 2015 einen entsprechenden Antrag einreichen. Da das MIPLC über keine Rechtspersönlichkeit und das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb über kein Promotionsrecht verfügt, beteiligte sich die Universität Augsburg als MIPLC-Partner an der Antragstellung. Das Institut gab jedoch eine Unterstützerklärung ab, um sicherzustellen, dass die Betreuung der Dissertation am Institut (Drexl) erfolgen kann. Die Promotion soll jedoch an der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg nach den dortigen Regeln erfolgen.

Die Antragstellung erforderte eine Ausarbeitung aller Dissertationsthemen, die mit Mitteln der EU gefördert werden sollen. Als Generalthema des Antrags wurde *Innovation Society* gewählt. Erforscht werden soll, ähnlich zur Thematik des für 2015 vorgesehenen EIPIN-Kongresses, wie das Rechtssystem justiert werden kann, so dass Innovationsideen besser und schneller in marktgängige Produkte umgesetzt werden können. Was den Doktorgrad anbelangt, ist vorgesehen, dass jeweils zwei Universitäten des Konsortiums zu einem



EIPIN Doktorandenseminar 2012 am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

Dissertationsthema im Rahmen eines Cotutelle-Verfahrens kooperieren und schließlich einen gemeinsamen Doktorgrad erteilen.

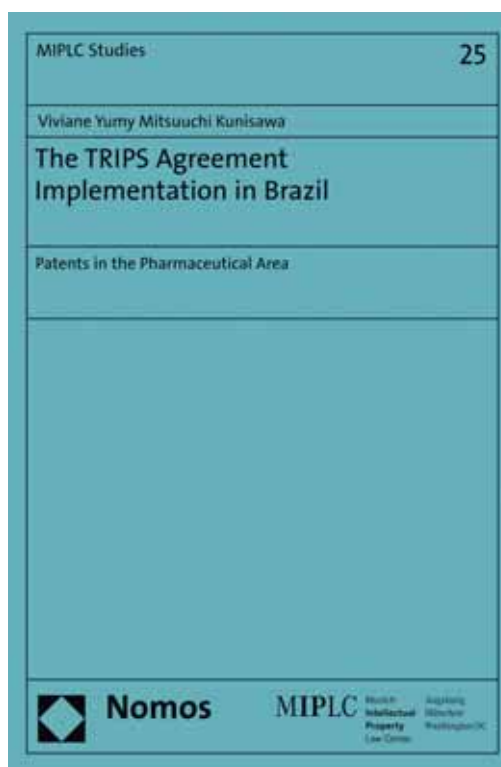
Für das Institut stellt die Beteiligung an dieser Initiative eine logische Fortentwicklung der mit der Gründung des MIPLC verfolgten Wissenschaftsstrategie dar. Aufbauend auf einen Masterstudiengang wurden wesentliche Impulse für eine europäische Doktorandenausbildung entwickelt, die in Qualität und Konzeption in keiner Weise gegenüber einer International Max Planck Research School zurückstehen. Dabei sollen neue Kooperationsformen erprobt und europäische Fördermittel eingeworben werden. Ob der Antrag jedoch Erfolg haben wird, wird sich erst im Laufe des Jahres 2015 herausstellen.

### MIPLC Research Unit

Während sich der eigentliche Studiengang selbst aus den Studiengebühren zu finanzieren hat, können die wissenschaftlichen Aktivitäten des MIPLC durch die Gelder finanziert werden, die dem Institut zu Forschungszwecken des MIPLC von der MPG zugewiesen wurden. Zu diesen Zwecken gehören wie bereits erwähnt die Finanzierung von Promotionsstipendien für Absolventen des MIPLC-Masterstudiengangs, aber auch die Finanzierung von Vorträgen im Rahmen der MIPLC Lecture Series sowie der EIPIN- und der Alumni-Tagungen.

Das an eine im Mai 2010 veranstaltete MIPLC-Tagung (siehe Tätigkeitsbericht 2010–2011, S. 133 f.) anknüpfende Buchprojekt unter dem Titel *Pharmaceutical Innovation, Competition and Patent Law – A Trilateral Perspective* konnte 2013 zur Veröffentlichung gebracht werden (Hrsg. Drexl, Lee). Im Vergleich zur Tagung wurden weitere Beiträge von Institutsangehörigen (Drexl, Ullrich) mit aufgenommen, die sich der in Europa besonders aktuell gewordenen kartellrechtlichen Kontrolle von Verhalten im Pharmabereich widmen.

Zu erwähnen sind schließlich die Forschungsaktivitäten der beiden Programmdirektoren, die als wissenschaftliche Referenten vollständig im Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb integriert sind, aber deren Haupt-



verpflichtung in der akademischen Betreuung des Studienganges und der Studierenden liegt. Über den Abschluss der Dissertation des Ende 2014 im Amt befindlichen Programmleiters Fischmann wird an anderer Stelle ausführlich berichtet (siehe B II 3.4). Eine frühere Programmdirektorin übernahm schließlich während ihrer Zeit am MIPLC in eigenverantwortlicher Weise die Durchführung der Assistententagung und die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse (Surblyté, siehe ausführlich B II 1.12).

### Schriftenreihe

Das MIPLC gibt zum Zwecke der Veröffentlichung der besten Masterarbeiten eines Jahres sowie der über die MIPLC Research Unit geförderten Dissertationen die englischsprachige Schriftenreihe *MIPLC Series* (Nomos-Verlag) heraus (siehe auch B III 1.2). Für immer mehr Masterarbeiten wird aber eine Online-Publikation auf der Website des *Social Science Research Network* (SSRN) unter dem Logo des MIPLC vorgezogen, um eine größere Verbreitung sicherzustellen.

# E ORGANISATION, AUSSTATTUNG





Seit 1952 wird am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb die Zeitschrift Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil (GRUR Int.) herausgegeben. GRUR Int. erscheint monatlich bzw. im August/September als Doppelheft im C.H. Beck-Verlag mit einem jährlichen Gesamtumfang von ca. 1.200 Seiten. In der Zeitschrift werden

- international und europarechtlich rechtsvergleichende Abhandlungen,
- auslandsrechtliche sowie nationale Abhandlungen,
- Berichte,
- neue Gesetze in Übersetzung,
- wichtige Gerichtsentscheidungen,
- Buchbesprechungen,
- eine fortlaufende Bibliographie sowie
- seit Januar 2013 ausgewählte Inhalte der Zeitschrift „Journal of Intellectual Property Law & Practice“ (JIPLP) veröffentlicht.

Alle Hefte sind vollständig auf CD-ROM (ab 1952) bzw. über die Datenbank des C.H. Beck-Verlags (ab 1967) verfügbar. Herausgeber der Zeitschrift sind Prof. Drexler und Prof. Hilty. Ilka Reimann koordiniert als Schriftleiterin den gesamten Inhalt der Zeitschrift, recherchiert und bearbeitet nationales und internationales Fallrecht und trifft eine Vorauswahl des zu veröffentlichenden Materials. Die im Zweimonatsrhythmus veröffentlichte Bibliographie wird von Peter Weber erstellt. Alle zur Veröffentlichung akzeptierten Beiträge werden von Robert Loher erfasst und redaktionell bearbeitet. Diese Tätigkeit umfasst die Anpassung der Beiträge an die für die Zeitschrift geltenden formalen Richtlinien, die Überarbeitung und gegebenenfalls Ergänzung von Fußnoten und Quellenangaben sowie den Kontakt zu den Autoren und zum Verlag. Die Manuskripte werden satzfertig an den Verlag gesendet und bis zur Veröffentlichung des jeweiligen Heftes in der Redaktion betreut.



Seit 1970 gibt das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb die Zeitschrift International Review of Intellectual Property and Competition Law (IIC) in englischer Sprache heraus, die sich mit einer Ablehnungsquote der eingereichten Beiträge von rund 75 Prozent als weltweit führendes akademisches Journal in seinen Fachgebieten etabliert hat. IIC hat einen Gesamtumfang von 1.000 Seiten pro Jahr und erscheint achtmal jährlich im Springer-Verlag. In der Zeitschrift werden

- rechtsvergleichende, auslands- und nationalrechtliche Aufsätze,
- Stellungnahmen,
- Berichte,
- wichtige nationale, ausländische und europäische Gerichtsentscheidungen,
- Urteilsanmerkungen und
- Buchbesprechungen

aus dem Bereich des Immaterialgüter- und Wettbewerbsrechts veröffentlicht.

IIC ist auch online über SpringerLink ([www.link.springer.com](http://www.link.springer.com)), Westlaw ([www.westlaw.co.uk](http://www.westlaw.co.uk)), LexisNexis ([www.lexisnexis.com](http://www.lexisnexis.com)) sowie Beck-Online ([www.beck-online.beck.de](http://www.beck-online.beck.de)) verfügbar.

Die Herausgeber der Zeitschrift sind Prof. Cornish, Prof. Drexler, Dr. Geiger, Dr. Grosse Ruse-Kahn, Dr. Heath, Prof. Hilty, Prof. Kur, Dr. Pagenberg, Prof. Peukert und Prof. Ullrich. Seit 2013 wird IIC von 46 renommierten Experten in den Bereichen des Immaterialgüter- und Wettbewerbsrechts aus der ganzen Welt einem Peer-Review-Verfahren unterzogen. Als Legal Manager der IIC koordiniert Sofia P. Filgueiras den gesamten Inhalt und berät die Autoren und redaktionell Mitwirkenden der Zeitschrift. Sie recherchiert und bearbeitet nationale und internationale Gerichtsurteile (Zusammenfassung, Kürzung und Formulierung

von Leitsätzen), begutachtet das zu veröffentlichende Material und trifft eine Vorauswahl desselben, übersetzt rechtswissenschaftliche Texte und organisiert das Peer-Review-Verfahren. Die zur Veröffentlichung angenommenen Beiträge werden unter der Leitung von Charles Heard sprachlich und redaktionell bearbeitet. Er überwacht den Druckprozess bis zur Veröffentlichung der Zeitschrift.

SSRN eLibrary Search Results  
Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper Series  
37,243 Total downloads | [Link to this page](#) | [Subscribe to this journal](#) (requires login)



Das auf der Plattform des Social Science Research Network (SSRN) gehostete E-Journal Max Planck Institute for Innovation und Competition Research Paper Series ist ein wesentlicher Teil der *Open Access*-Strategie des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb. In dem E-Journal werden Postprints, Preprints und Working Paper aus allen Abteilungen des Instituts veröffentlicht. Durch die schnelle und kostenfreie Verfügbarkeit der Forschungsergebnisse auf einer weltweit beachteten Plattform wird eine wichtige Form der Kommunikation des wissenschaftlichen Outputs des Instituts ermöglicht. In den Berichtsjahren konnten jeweils drei bzw. vier Ausgaben des E-Journals mit insgesamt 13 (2012), 18 (2013) und 19 (2014) Beiträgen veröffentlicht werden. Die Volltexte der mittlerweile knapp 200 Artikel wurden 2014 mehr als 9.000 Mal heruntergeladen.



## E II IT

Als Teil der gemeinsamen Servicebereiche des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb und des Max-Planck-Instituts für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen lieferte die IT-Abteilung die zentralen Dienste für die Datenverarbeitung und Kommunikation beider Institute.

Das erste Halbjahr 2012 war durch die abschließenden Arbeiten zur Windows 7- und Office 2010-Migration geprägt. Die Mitarbeiter der Institute wurden zu den neuen Programmen geschult; hierfür erstellte die IT-Abteilung Unterlagen zum Selbststudium und Trainings-Videos. Darüber hinaus wurde im Jahr 2012 die ESX-Server-Farm unter VM-Ware auf die Version 5 aktualisiert. Durch die stark wachsenden Datenmengen in den wissenschaftlichen Bereichen wurde das Speicher-Subsystem erweitert. Aufgrund des fortgeschrittenen Alters des Systems konnte die Erweiterung nur mittels instandgesetzter Platten (und damit aber auch kostensparend) erfolgen.

### IT-Infrastruktur für die neue wirtschaftswissenschaftliche Abteilung

Die Planung und der Aufbau der IT-Infrastruktur für die neue wirtschaftswissenschaftliche Abteilung am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb wurden in 2013 begonnen. Da die neue Abteilung eine gesamte Etage am Standort Marstallplatz 1 bezog, musste die bestehende Infrastruktur durch drei neue Etagenverteiler erweitert werden. Wegen der spezifischen Anforderungen der neuen Abteilung wurde nach intensiver Planung beschlossen, die größtenteils veralteten Systeme durch ein Redesign der ESX-Server-Farm und der Storage-Systeme vollständig zu ersetzen. In Anbetracht des bevorstehenden Umzugs der Verwaltung und der IT-Abteilung in ein Nachbargebäude wurde die Infrastrukturplanung für den neuen Standort hierbei gleich mit einbezogen. Neben der Anschaffung neuer Switches und Leitungen wurden umfangrei-

che Anpassungen an der Telefonanlage vorgenommen. Im Sommer 2013 wurden eine neue ESX-Server-Farm und ein dazugehöriges Storage-System angeschafft. Im Zuge des Umbaus der Server-Landschaft wurden auch der File-Server, das Exchange-System, die Domain und die bestehende Firewall-Lösungen auf den neusten Stand gebracht. Zudem wurde ein neues Backup-System installiert, da die zu sichernden Datenmengen von dem alten System weder zeitlich noch platzmäßig zu verarbeiten waren.

### Umzug der Verwaltung und der IT-Abteilung

Im September 2013 erfolgte der Umzug der Verwaltung und der IT-Abteilung in das neue Gebäude am Karl-Scharnagl-Ring 7, dem eine umfangreiche Planung im Hinblick auf die erforderliche IT-Infrastruktur vorausgegangen war. Unter anderem wurden ein neuer Server-Raum für die Labor-Server, die Switching-Komponenten und das neue Backup-System eingerichtet.



Eingang Karl-Scharnagl-Ring 7

## Max-Planck-Labor für Experimental- forschung der Sozialwissenschaften (econlab)

In den Jahren 2013 und 2014 erfolgte die Planung und der Aufbau der IT-Infrastruktur für das Max-Planck-Labor für Experimentalforschung der Sozialwissenschaften (econlab). Unter Berücksichtigung der spezifischen Anforderungen der Wirtschaftswissenschaftler wurden sechs Arbeitsplätze für Labormitarbeiter und 24 Laborplätze eingerichtet; darüber hinaus wurde eine Server-Farm mit einem Citrix-Zen-Server für die Experimente installiert. Für die Planung der Experimente wurde die Software Orsee als Verwaltungstool implementiert und an die Anforderungen des Labors angepasst und es wurde ein Programm zur Fernsteuerung der Laborplätze erarbeitet. Außerdem wurde der Internetauftritt des Labors ([www.econlab.mpg.de](http://www.econlab.mpg.de)) erstellt.



*Eingang Max-Planck-Labor für Experimental-  
forschung der Sozialwissenschaften  
(econlab)*

## Erweiterungen der IT-Infrastruktur

Ende 2012 wurde auf Wunsch der Bibliothek eine neue Kartenpfandlösung für die Print- und Copy-Cards für Gäste entwickelt und implementiert. Darüber hinaus wurde in der zweiten Jahreshälfte 2013 eine neue VPN- (Virtual Private Network)-Lösung implementiert, um den gestiegenen Anforderungen der Wissenschaftler für den externen Zugriff auf die EDV-Systeme Rechnung zu tragen. Im Dezember 2013 wurde auf Wunsch der wissenschaftlichen Abteilungen mit Hilfe einer neuen Software (Viewfinity) die Möglichkeit geschaffen, mit administrativen Rechten auf die persönlichen PCs zugreifen zu können. Außerdem wurde die Software Nexthink beschafft, mit deren Hilfe eine Endbenutzer-IT-Analyse ermöglicht, die Zeit für Fehlersuchen deutlich reduziert und die Benutzerfreundlichkeit des Helpdesks erhöht wird. Nach umfangreichen Tests und unter Einbeziehung des Betriebsrates sowie der Endnutzer wurde die Software im vierten Quartal 2014 für die Systemadministration freigegeben. Seit Sommer 2014 steht für beide Institute zusätzlich das W-LAN-Netzwerk Edu-Roam zur Verfügung.

## CMS und Stipendiaten-Workflow

Im November 2013 begannen die Arbeiten für die Umstellung des bis dahin verwendeten Content-Management-Systems (CMS) Contens auf das neue Open-Source-CMS Typo3. Die Umstellungsarbeiten werden im Februar 2015 abgeschlossen sein. Im Hinblick auf die Umstellung auf das neue CMS wurde im Jahr 2014 mit der Programmierung eines neuen Stipendiaten-Workflows begonnen, die im Dezember 2014 erfolgreich zum Abschluss gebracht werden konnte.



## Personelle Entwicklung der IT-Abteilung

### **Personalstamm (Stand: 31.12.14)**

Klaus Herfurtner: IT-Leitung  
Heiner Leitl: Systemadministrator  
Jens Leber: Systemadministrator  
Hans Müller: Systemadministrator  
Alfred Kaiser: Systemadministrator

### **Zu- und Abgänge 2012 – 2014**

Für Alfred Kaiser wurde eine weitere Systemadministratorenstelle geschaffen. Michael Wildgruber verließ die IT-Abteilung nach Beendigung des Projektes zur Trennung der IT-Netze der beiden Institute. Christopher Rowland schloss 2012 seine Ausbildung ab und verließ die IT-Abteilung 2014. Patrick Gabler verließ die IT-Abteilung im Jahr 2013 nach Abschluss seiner Ausbildung. Thomas Grillenberger und Victor Tietze kamen im Jahr 2013 als neue Auszubildende in die IT-Abteilung. Kfir Arbel wurde 2013 als Programmierer für Workflow-Projekte eingestellt. Markus Hackbarth machte seinen Abschluss im Jahr 2014 und wird für ein Jahr weiterbeschäftigt. Dominik Huber kam im Jahr 2014 als neuer Auszubildender zur IT-Abteilung.



Im April 2012 wurde erstmalig eine Pressestelle am heutigen Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb (vormals Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht) eingerichtet. Verschiedene Erwägungen führten zu dieser Entscheidung: Zum einen, angesichts des in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Interesses der Bürger an der Verwendung staatlicher Gelder, die Stärkung des Dialogs mit der Öffentlichkeit. Zum anderen, in Anbetracht des verschärften „Wettbewerbs um Aufmerksamkeit“ der zahlreichen Forschungseinrichtungen und Hochschulen in Deutschland, die Verbesserung der Sichtbarkeit der Forschungstätigkeit sowie die Erhöhung des Bekanntheitsgrades des Instituts. Und schließlich, mit der Erweiterung des Instituts um eine wirtschaftswissenschaftliche Abteilung im Jahr 2013, die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Beweggründe für diesen Schritt und die Neuausrichtung des Instituts.

Der Aufgabenbereich der Pressestelle umfasst die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im gesamten Tätigkeitsfeld des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb.

Während sich die Pressestelle in den ersten anderthalb Jahren ihres Bestehens vorrangig mit der Etablierung verschiedener Grundbausteine für eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (wie die Erarbeitung eines neuen Corporate Designs, die Erstellung einer Institutspräsentation oder der Aufbau von Verteilern) befasste, rückte ab Ende 2014 die klassische Pressearbeit in den Vordergrund der Tätigkeit der Pressestelle: Die Beantwortung von Journalistenanfragen, die Vermittlung von Interviewpartnern und der Versand von Pressemitteilungen, was bereits zu einer Reihe von Veröffentlichungen führte.

Daneben wirkte die Pressestelle bei der Redaktion von Forschungsberichten und der Tätigkeitsberichte mit, pflegte die Website und übernahm die Betreuung von ausländischen Delegationen und Besuchern.

#### Ausblick

Neben einer Ausweitung der Pressearbeit, die sich thematisch vor allem auf die neue interdisziplinäre Zusammenarbeit der beiden Institutsabteilungen konzentrieren soll, wird im Jahr 2015 ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Pressestelle auf der Professionalisierung verschiedener öffentlichkeitswirksamer Printprodukte des Instituts (wie Veranstaltungsflyer, Institutspräsentation und Gästehandbuch) liegen.

Darüber hinaus ist für Herbst 2015 der Relaunch der Instituts-Website anvisiert. Neben einer Optimierung der Benutzerfreundlichkeit und der Implementierung heutiger Standardtechnologien (wie responsive design und Barrierefreiheit) ist vorrangiges Ziel des Relaunches eine adäquate Darstellung der beiden Abteilungen des Instituts und der interdisziplinären Zusammenarbeit. Weitere Ziele des Relaunches sind eine Verbesserung der Ansprache der Zielgruppen des Instituts aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Schärfung des Institutsprofils.

Parallel zum Onlinegang der neuen Website sollen im Herbst 2015 die Arbeiten an der neuen Instituts-Imagebroschüre beginnen, die pünktlich zur 50jährigen Jubiläumsfeier des Instituts im Frühsommer 2016 vorliegen soll, und mit der das Haus seine Positionierung als international führendes, interdisziplinär arbeitendes rechts- und wirtschaftswissenschaftliches Institut im Bereich Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht sowie Innovation und Entrepreneurship präsentieren will.

Für 2016 ist zudem der Relaunch des Institutsintranets geplant.

## E IV Bibliothek

Die Bibliothek konnte in den Berichtsjahren ihr Dienstleistungsangebot konsolidieren und in wichtigen Bereichen weiter ausbauen. Durch die im Jahr 2013 neu eingerichtete Institutsabteilung Innovation and Entrepreneurship Research wurde der Sammelauftrag um die Schwerpunkte Innovationsforschung

und Entrepreneurship erweitert. Seit 2011 dient die Bibliothek mit ihren Mitarbeitern als zentrale Serviceeinheit der wissenschaftlichen Informationsversorgung sowohl dem Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb als auch dem Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen.



*Das Bibliotheksteam: Claudia Metz, Elke List, Caterina Maul, Annika Dolabdjian, Roswitha Schmidt, Sabine Schmotz, Ludwig Rickert, Ina Wockenfuß, Marcus Noack, Carmen Diana Holzer, Peter Weber (Leiter); nicht auf dem Foto: Petra Golombek, Christin Lindemann*

### Entwicklung der Bibliothek in den Jahren 2012 bis 2014

Die Bibliothek des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb verfügte Ende 2014 über einen Gesamtbestand von knapp 216.000 Bänden. Klassische und oberste Bibliotheksaufgabe bleibt die optimale Versorgung aller Wissenschaftler mit Informationen zu allen Forschungsgebieten des Instituts. Dies spiegelt sich nach wie vor sehr stark in einem hohen Zuwachs an gedruckten Bänden wider: Die Bibliothek erwarb im Berichtszeitraum insgesamt ca. 13.800 Bände.

Die Unterbringung des wachsenden Bibliotheksbestandes gestaltete sich in den vorhandenen Räumen zunehmend schwierig. Durch Ergänzung von Regalen im Erdgeschoss der Bibliothek im Jahr 2013 konnte eine kurzfristige Entlastung erreicht werden. Außerdem wurden Vorbereitungen getroffen, einen Teil des Bestandes in ein Außenmagazin auszulagern; die Auslagerung (ca. 1.000 laufende Meter Bücher) wird 2015 erfolgen.

Das lokale Informationsangebot der Bibliothek wird ergänzt durch die aus zentral verwalteten Geldern der Max-Planck-Gesellschaft (Grund-

versorgung) lizenzierten Datenbanken, elektronischen Zeitschriften und E-Books. So stehen den Wissenschaftlern neben einer Reihe juristischer und wirtschaftswissenschaftlicher Datenbanken mehrere tausend elektronische Zeitschriften aus den Bereichen Rechts- und Wirtschaftswissenschaften zur Verfügung. Darüber hinaus besteht Zugang zu mehr als einer halben Million E-Books aller Fachgebiete. Hierzu zählen umfassende Angebote unter anderem der Verlage Elsevier, Springer, DeGruyter, Duncker & Humblot, Cambridge University Press und Oxford University Press.

Eine wesentliche Stärke des Bibliothekskatalogs stellt – neben dem Nachweis der häufig in Deutschland oder Europa allein in der Bibliothek verfügbaren Literatur – die Möglichkeit dar, in mittlerweile mehr als 35.000 Inhaltsverzeichnissen der seit 2008 erworbenen Literatur recherchieren zu können. Darüber hinaus können über den Katalog nicht nur die ca. 4.700 lokal erfassten E-Books, sondern auch die mehr als 500.000 im E-Book-Katalog der Max-Planck-Gesellschaft nachgewiesenen E-Books recherchiert werden. Um den elektronischen Zeitschriftenbestand noch besser nutzbar zu machen, wurde damit begonnen, QR(Quick Response)-Codes auf den in gedruckter Form bezogenen Zeitschriften anzubringen. Mit Hilfe dieser QR-Codes ist es möglich, mit Tablets oder Smartphones direkt auf die lizenzierte elektronische Ausgabe einer Zeitschrift zuzugreifen.

Für die Wissenschaftler der neuen Abteilung Innovation and Entrepreneurship Research wurde eine Handbibliothek eingerichtet. Die erworbene Literatur wird nach der Regensburger Verbundklassifikation (RVK) erschlossen. Der in der Institutsbibliothek befindliche wirtschaftswissenschaftliche Bestand wird seit 2014 ebenfalls nach der RVK systematisch aufgestellt. Zudem sollen die in vorangegangenen Jahren für das Institut erworbenen ca. 10.000 Bände wirtschaftswissenschaftlicher Literatur ab 2015 auf die RVK umgestellt werden. Die Signatur erhält das Präfix EC, damit die wirtschaftswissenschaftliche Literatur innerhalb der ansonsten auf Länderkürzeln aufbauenden Aufstellungssystematik auch weiterhin an einer Stelle zu finden ist.

Neben den klassischen bibliothekarischen Betätigungsfeldern verfestigte sich das Management von Publikationsdaten als weitere Serviceleistung der Bibliothek. So hat sich die Eingabe der Publikationsdaten in dem Repositorium der Max-Planck-Gesellschaft, MPG.PuRe, als Aufgabe der Bibliothek etabliert. Außerdem ist die Bibliothek erste Anlaufstelle bei Fragen rund um das auf der Plattform des Social Science Research Network (SSRN) gehostete E-Journal Max Planck Institute for Innovation and Competition Research Paper Series, in dem im Wege des *Open Access* wichtige Publikationen veröffentlicht werden.

Weiterhin wurde damit begonnen, für das Institut eine Bilddatenbank aufzubauen. Auch hier ist die Bibliothek für die Eingabe der Metadaten verantwortlich.

Eine nicht absehbare Aufgabe ergab sich durch die Insolvenz der Zeitschriftenagentur Swets im September 2014. Insgesamt bezog die Bibliothek mehr als 120 Zeitschriften über diese Agentur. Zur Beschaffung der ausstehenden Hefte wurden insgesamt 88 Verlage kontaktiert. Die Vervollständigung des Jahrgangs 2014 wird sich allerdings noch weit in das Jahr 2015 hinziehen. Bei einigen Titeln besteht das Risiko, dass der Jahrgang nur mit Lücken abgeschlossen werden kann.

Eine weitere neue Aufgabe für die Bibliothek fiel mit dem Auszug der Verwaltung des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb und des Max-Planck-Instituts für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen aus dem Gebäude am Marstallplatz 1 an. So wurde von Eva-Marina Bastian und Sylvia Kortüm in Zusammenarbeit mit der Bibliothek ein neuer Gäste-Workflow ausgearbeitet, in dessen Rahmen die Arbeitsplätze für Gäste direkt von der Bibliothek vergeben werden. Dafür stehen neben den 26 Lesesaalarbeitsplätzen weitere 22 Arbeitsplätze im Bereich der Bibliothek zur Verfügung. Ziel des neuen Workflows ist, die Bearbeitung von Anfragen nach Gästearbeitsplätzen für alle Beteiligten transparenter und effizienter zu gestalten und eine optimale Betreuung der Gäste durch Bibliothek, Sekretariate und Referenten zu gewährleisten.

## Personalien

2012 schloss Julia Sauerer ihre Ausbildung zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Bibliothek, erfolgreich ab. Mit Carmen Diana Holzer bildet die Bibliothek seit 2012 die dritte Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste aus. Seit 2013 bringt sich Sabine Schmotz durch ihre Tätigkeit als Sprecherin des Qualitätszirkels „FaMI-Ausbildung in Bayern“ für die Güte der Ausbildung in Bayern ein, indem sie einen ständigen Kontakt mit der für die Ausbildung zuständigen Stelle an der Bayerischen Staatsbibliothek pflegt und Ausbilder-treffen organisiert.

Von besonderer Tragweite für die Bibliothek waren die personellen Veränderungen in den Jahren 2012 und 2013. Neben der langjährigen Mitarbeiterin Susanne von Brescius ging auch die stellvertretende Leiterin der Bibliothek, Ines Saler, in den Ruhestand. Hierdurch wurde eine umfassende Neuorganisation der Aufgaben notwendig, da seitdem keine Stelle mehr für die Stellvertretung der Bibliotheksleitung vorgesehen ist. Das Bibliotheksteam konnte durch Caterina Maul verstärkt werden. Allerdings war es nicht möglich, zeitnah eine Stelle zu besetzen, die als Schwerpunkt neben den klassischen Bibliotheksaufgaben die systembibliothekarische Betreuung der Bibliothekssoftware „Aleph“ und die Weiterentwicklung IT-gestützter Dienstleistungen der Bibliothek vorsieht.

## Verpflichtungen außerhalb des Instituts und besuchte Fortbildungsveranstaltungen

Die Bibliothek unterhält enge Verbindungen zur Arbeitsgemeinschaft für juristisches Bibliotheks- und Dokumentationswesen (AjBD). Die in den Jahren 2013 und 2014 vom Bibliotheksleiter und Vorstandsmitglied der AjBD, Peter Weber, inhaltlich verantworteten Fortbildungsveranstaltungen E-Books in juristischen Bibliotheken und Sichtbarkeit bibliothekarischer Dienstleistungen in juristischen Bibliotheken im digitalen Zeitalter beleuchteten aktuelle Aspekte der Bibliotheksarbeit und wurden von jeweils mehr als 100 Teilneh-

mern besucht. Außerdem gehörte Peter Weber bis Juni 2014 der Rechtskommission des Vereins Deutscher Bibliothekare an, so dass ein enger Austausch mit Kollegen verschiedenster Bibliotheksrichtungen gepflegt und eine Unterstützung der Vereinsmitglieder in Rechtsfragen gewährt werden konnte.

Weiterhin war Peter Weber von 2008 bis 2014 Sprecher des Sprecherrats der Max-Planck-Bibliotheken. Der Sprecherrat dient der Vertretung der Interessen der Bibliotheken in der Max-Planck-Gesellschaft unter anderem gegenüber der *Max Planck Digital Library* und organisiert darüber hinaus die Bibliothekstagungen der Max-Planck-Gesellschaft in Absprache mit der *Max Planck Digital Library*.

### Folgende Fortbildungsveranstaltungen wurden 2012 bis 2014 besucht:

#### 2012

- Schulung: MPG-Jahrbuch aus PubMan, München, 25.01. (Schmotz)
- Sprecherratssitzung, Bonn, 09.02. (Weber)
- Fortbildung: Fit für die FaMI-Ausbildung, München, 27.02. (Schmotz)
- XXXV. Bibliothekstagung der Max-Planck-Gesellschaft, Heidelberg, 16.04.–18.04. (Saler, Schmotz, Weber)
- 101. Deutscher Bibliothekartag, Hamburg, 22.05.–25.05. (Weber)
- Interkulturelles Basistraining, Garching, 19.06.–20.06. (Dolabdjian, Saler, Wockenfuß)
- Sprecherratssitzung, Halle, 10.07. (Weber)
- Arbeitstreffen „Bibliothek 2025“, Marburg, 23.08.–24.08. (Weber)
- Sprecherratssitzung, München, 06.09. (Weber)
- Fortbildung „Fachenglisch an der Ausleihtheke“, München, 15.10. (Schmotz)
- E-Book Workshop, Leipzig, 24.10.–25.10. (Weber)
- Fortbildung von AjBD und ViFa-Recht „Erschließung, Kataloganreicherung und Präsentation juristischer Materialien“, Berlin, 08.11.–09.11. (Weber)
- Herbsttagung der GSHS-Bibliotheken, Jena, 13.11.–14.11. (Saler, Weber)
- 12. BVB-Verbundkonferenz, Würzburg, 20.11. (Wockenfuß)

Arbeitstreffen des Qualitätszirkels für FaMI-Ausbildung in Bayern, München, 27.11. (Schmotz)

### 2013

Sprecherratssitzung, Berlin, 28.01.–29.01. (Weber)  
Kongress Bibliothek und Information Deutschland, Leipzig, 11.03.–13.03. (Weber)  
Arbeitstreffen „Bibliothek 2025“, Würzburg, 21.03.–22.03. (Weber)  
XXXVI. Bibliothekstagung der Max-Planck-Gesellschaft, Golm, 06.05.–08.05. (Schmotz, Weber)  
„Auskunft professionell gestalten – strukturelle und konzeptionelle Aspekte“, München, 13.06. (Wockenfuß)  
Sprecherratssitzung, Göttingen, 25.06.–26.06. (Weber)  
Einweihung des neuen Institutsgebäudes des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt, 02.09. (Weber)  
1. Treffen der Arbeitsgemeinschaft „Bibliothekskonzepte in der MPG“, Berlin, 03.09. (Weber)  
34. Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Spezialbibliotheken, Kiel, 10.09.–13.09. (Weber)  
„XML in Bibliotheken“, München, 24.09.–25.09. (Wockenfuß)  
PubMan Days 2013, München, 23.10.–24.10. (Schmotz, Wockenfuß)  
Fortbildung der AjBD „E-Books in juristischen Bibliotheken“, Koblenz, 07.11.–08.11. (Weber)  
Projekttreffen „vLib-Nachfolge“, München, 07.11. (Schmotz)  
Arbeitstreffen des Qualitätszirkels für die FaMI-Ausbildung in Bayern, München, 11.11. (Schmotz)  
Herbsttagung der GSHS-Bibliotheken, Leipzig, 11.11.–13.11. (Weber)

### 2014

Sprecherratssitzung, Berlin, 30.01. (Weber)  
3. Arbeitstreffen „Bibliothek 2025“, Weimar, 05.02.–06.02. (Weber)  
Eröffnung der Bibliothek am Helmholtz-Zentrum Rossendorf, Dresden, 07.02. (Weber)  
International Science 2.0 Conference, Hamburg, 26.03.–27.03. (Weber)  
Arbeitstreffen des Qualitätszirkels für FaMI-Ausbildung in Bayern, Nürnberg, 31.03. (Schmotz)  
XXXVII. Bibliothekstagung der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin, 12.05.–14.05. (Schmotz, Weber)  
103. Bibliothekartag, Bremen, 03.06.–04.06. (Weber)  
Workshop „Bibliometrische Leistungsmessung in den Geistes- und Sozialwissenschaften“, Berlin, 15.07. (Weber)  
4. Arbeitstreffen „Bibliothek 2025“, Eltville, 26.09.–27.09. (Weber)  
Workshop „Bibliothekskonzept“ am MPI für Empirische Ästhetik, Frankfurt/Main, 29.09. (Weber)  
Effektiv recherchieren im Internet, München, 23.10.–24.10. (Dolabdjian, Wockenfuß)  
Fortbildung der AjBD „Sichtbarkeit bibliothekarischer Dienstleistungen in juristischen Bibliotheken im digitalen Zeitalter“, Hamburg, 06.11.–07.11. (Weber)  
Herbsttagung der GSHS-Bibliotheken, Bonn, 13.11.–14.11. (Weber)  
14. BVB-Verbundkonferenz, Rosenheim, 21.11. (Schmotz)  
Arbeitstreffen des Qualitätszirkels für FaMI-Ausbildung in Bayern, München, 24.11. (Schmotz)

## Die Jahre 2012 bis 2014 in Zahlen

### 1 Etat und Mittelverteilung

Die Bibliothek des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb verfolgt einen systematischen und prospektiven Bestandsaufbau, der sie zu einem weltweit einmaligen Anziehungspunkt für Forscher macht. Da die Kosten für Zeitschriften und Fortsetzungen im betrachteten Zeitraum gestiegen sind, und um weiterhin über ausreichende Finanzmittel für den Erwerb von Monographien zu verfügen, wurden einige Loseblattausgaben abbestellt

oder durch die Lizenzierung von Datenbanken ersetzt; auch im Bereich der Zeitschriften wurden einige Titel abbestellt. Aufgrund der guten finanziellen Ausstattung, die in nicht unerheblichem Maße über den Etatansatz für Literaturbeschaffung hinausging, konnten jedoch die benötigten Informationsmaterialien umfassend zur Verfügung gestellt werden.

Bibliothek des Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb:

	2012	2013	2014
Monographien	204.917,93 € (40 %)	219.996,67 € (38,0 %)	219.257,89 € (37,2 %)
Fortsetzungen	127.858,51 € (25 %)	138.329,03 € (23,9 %)	148.834,55 € (25,2 %)
Zeitschriften	170.752,95 € (33,3 %)	211.813,34 € (36,6 %)	204.334,07 € (34,6 %)
Buchbinder	8.812,41 € (1,70 %)	8.829,77 € (1,53 %)	17.637,73 € (3 %)
<b>GESAMT</b>	<b>512.341,94 € (100 %)</b>	<b>578.968,81 € (100 %)</b>	<b>590.064,24 € (100 %)</b>

Bibliothek des Munich Intellectual Property Law Center:

	2012	2013	2014
Monographien	2.294,42 € (100 %)	1.229,37 € (100 %)	1.782,55 € (100 %)

Allgemeine Bibliotheksausgaben:

	2012	2013	2014
Allgemeine Bibliotheksausgaben	3.207 €	3.422 €	3.022 €

## 2 Statistik 2012 bis 2014 – Bibliothek Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

Neuerwerbungen:

Die Zahl der neu erworbenen Bände konsolidierte sich auf einem hohen Niveau:

	2012	2013	2014
Monographien	3.056	3.127	2.983
davon Kauf	2.761	2.777	2.677
davon Geschenk	295	350	306
Zeitschriften	631	707	1.143
Nachweis von E-Books	567	1.083	493
<b>GESAMT</b>	<b>4.254</b>	<b>4.917</b>	<b>4.619</b>

Laufend gehaltene Zeitschriften und Loseblattwerke:

	2012	2013	2014
Zeitschriften	754	760	747
Loseblattwerke	220	219	211

Entwicklung des Gesamtbestandes:

	2012	2013	2014
Zuwachs	4.254	4.917	4.619
Aussonderungen	145	74	118
Anzahl Bände	206.360	211.203	215.704
davon Monographien	151.261	154.314	157.179
Zeitschriften	51.982	52.689	53.832
E-Books	3.117	4.200	4.693

Entwicklung der Anmeldungen von Benutzern:

	2012	2013	2014
Inland	253	256	213
Ausland	224	230	208
<b>GESAMT</b>	<b>477</b>	<b>486</b>	<b>421</b>

Entwicklung der Gästebucheinträge:

	2012	2013	2014
Einträge im Gästebuch	8.538	7.697	7.088



## Nutzung des Bestandes:

	2012	2013	2014
Vormerkungen	983	891	799
Ausleihen	8.292	8.590	8.057
Verlängerungen	2.238	2.074	1.719
Rückgaben	8.353	8.881	7.758

## Weitere Dienstleistungen der Bibliothek:

	2012	2013	2014
Zeitschriftenhefte im Umlauf	4.546	4.441	4.131
Für Wissenschaftler angefertigte Kopien	19.610	19.544	18.422

## Ausblick

Auch in den kommenden Jahren wird die angestrebte Vollständigkeit der Informationsversorgung zu den Forschungsgebieten des Instituts, sei es in gedruckter oder elektronischer Form, oberste Priorität haben. Allerdings bleibt insbesondere vor dem Hintergrund der Entwicklung des Euro-Wechselkurses abzuwarten, ob die Bibliothek auch künftig in der Lage sein wird, in dem notwendigen Umfang Literatur zur Verfügung zu stellen, da anzunehmen ist, dass sich die Ausgaben für Literatur nicht nur aus dem angloamerikanischen Rechtskreis erheblich erhöhen werden.

Mit der Auslagerung von ca. 1.000 laufenden Metern Büchern gewinnt die Bibliothek Planungssicherheit für mindestens acht Jahre und erleichtert den Zugang zu den vorhandenen Bänden, da die Überbelegung der Regale beendet werden kann. Bei der Auswahl der in das Außenmagazin auszulagernden Literatur stehen weniger genutzte Teile des Bestandes im Vordergrund, um eine möglichst effiziente Nutzung großer Teile des Bestandes vor Ort weiterhin zu gewährleisten. Es ist vorgesehen, dass Literatur aus dem Außenmagazin zweimal täglich bereitgestellt werden kann.

Weiterhin ist beabsichtigt, eine spürbare Verbesserung der Nutzung ausschließlich elektronisch bezogener Zeitschriften durch die Einführung eines entsprechenden Push-Dienstes

zu gewährleisten, indem auch für solche Titel ein elektronischer Zeitschriftenumlauf eingerichtet wird.

Eine zentrale Aufgabe der Bibliothek wird darin bestehen, den Zugang zu den verteilten elektronischen Ressourcen, die von der Bibliothek oder zentral aus Mitteln der Grundversorgung der Max-Planck-Gesellschaft lizenziert wurden, zu optimieren. Die bereits 2014 getroffene Entscheidung, eine neue Suchoberfläche anzubieten, soll 2015 umgesetzt werden. Über dieses *Discovery Tool* wird der einzigartige Bestand der Bibliothek über einen Index mit möglichst vielen elektronischen Angeboten verschiedener Verlage zeitgleich durchsuchbar sein. Im Rahmen eines gemeinsamen Projektes mit dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht (Hamburg), dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht (Freiburg) und dem Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (Heidelberg) soll eine Lösung implementiert werden, die unter Ausnutzung von Synergieeffekten jedem Institut eine eigene Sicht auf die Daten der Bibliothek ebenso ermöglicht wie die institutsspezifische Parametrisierung der Suche. Eine wesentliche Herausforderung wird darin bestehen, heterogene Daten so für einen Suchindex aufzubereiten, dass hochwertige und nachvollziehbare Treffermengen erzielt werden.

Die Max-Planck-Gesellschaft hat das Ziel, die besten Köpfe in der Wissenschaft – ob weiblich oder männlich zu gewinnen. Doch während der Frauenanteil unter den Promovierenden bei ca. 45 Prozent liegt, sind Frauen nach der Promotion nur noch zu 20 Prozent vertreten, und zwar in der Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion ebenso wie in der Biologisch-Medizinischen und der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion. Um das Potential begabter Forscherinnen nicht zu verlieren, hat sich die Max-Planck-Gesellschaft verpflichtet, den Frauenanteil in den Spitzenpositionen (W2, W3 und E13 bis E15 TVöD) zwischen 2012 und 2017 um fünf Prozent zu steigern.

#### Maßnahmen der Max-Planck-Gesellschaft

Die Einsicht, dass eine höhere Beteiligung von Frauen in Führungspositionen mit einem Kulturwandel in der Max-Planck-Gesellschaft einhergehen muss, ist nicht neu. Seit einiger Zeit werden verschiedene Maßnahmen vorangetrieben, um die Max-Planck-Gesellschaft für herausragende Wissenschaftlerinnen attraktiver zu machen, beispielsweise durch

Ermöglichung einer effektiveren Karriereplanung und einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Hierzu gehören:

- das Minerva W2-Sonderstellenprogramm
- Dual Career-Programme mit Partnern aus der Wirtschaft
- das Mentoring-Programm Minerva FemmeNet
- Sign Up! Career Building-Maßnahmen

Zudem führt die Max-Planck-Gesellschaft (als einzige deutsche Wissenschaftsorganisation) das Zertifikat der gemeinnützigen GmbH beruf und familie, das eine familienbewusste Personalpolitik honoriert.

#### Gleichstellungsstrukturen

In der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft befassen sich zwei zentrale Stellen hauptamtlich mit dem Thema Gleichstellung und Chancengleichheit: Die Zentrale Gleichstellungsbeauftragte, Dr. Ulla Weber, und das in der Personalabteilung angesiedelte Sachgebiet Chancengleichheit/Beruf und Familie.



Zudem gibt es an jedem Max-Planck-Institut eine Gleichstellungsbeauftragte, die sich vor Ort für Geschlechtergerechtigkeit und Gender-Sensibilisierung einsetzt. Diese wird für vier Jahre gewählt. Seit Februar 2013 übt am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb Allison Felmy diese Funktion aus.

Aus dem Kreis der Instituts-Gleichstellungsbeauftragten werden Sektions-Gleichstellungsbeauftragte gewählt, die in Berufungsverfahren involviert sind und in den zentralen Gremien auf Sektionsebene mitwirken.

Die zentralen Stellen in der Generalverwaltung geben den Gleichstellungsbeauftragten der Max-Planck-Institute Impulse für ihre Arbeit und beraten sie zu konkreten Fragen. Die Gleichstellungsbeauftragten der beiden Schwesterinstitute Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, Allison Felmy, und Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, Christa Manta, tauschen sich regelmäßig aus und nutzen MaxNet, eine Networking-Plattform der Max-Planck-Gesellschaft, um mit ihren Amtskolleginnen in den übrigen Max-Planck-Instituten und in der Max-Planck-Gesellschaft zu kommunizieren und sich über diverse Themen im Bereich Gleichstellung und Chancengleichheit zu informieren.

### Aktivitäten der Instituts-Gleichstellungsbeauftragten

#### Beratung, Information und Kommunikation

Die Gleichstellungsbeauftragte steht der Institutsleitung beratend zur Seite und ist zugleich die Ansprechpartnerin für alle Institutsangehörigen, vor allem um Informationen zu Fördermöglichkeiten, Netzwerken oder Vereinbarkeit zu verbreiten. Sie verfügt über einen geschützten Raum für vertrauliche Gespräche, etwa wenn es um sexuelle Belästigung oder Mobbing geht.

Durch regelmäßige Gespräche mit den Institutsdirektoren gibt die Gleichstellungsbeauftragte Impulse zur Rekrutierung, Weiterbildung und Förderung von Wissenschaftlerinnen. Informationen über die eingangs genannten Programme und Netzwerke der Max-Planck-

Gesellschaft für Wissenschaftlerinnen leitet sie an Interessenten weiter und betreibt internen *Outreach*, um die Sichtbarkeit des Amtes unter den Institutsangehörigen zu verbessern. Sie unterhält Kontakte zur Institutsverwaltung und zum Betriebsrat und informiert sich aktiv über Stellenausschreibungen und laufende Bewerbungsverfahren.

Die Gleichstellungsarbeit beruht auf freiwilligem Engagement. Damit die Verankerung des Gleichstellungsgedankens von Dauer ist, muss persönliche Initiative jedoch in institutionelle Formen gegossen werden. In diesem Sinne wurde 2014 erreicht, dass die Gleichstellungsbeauftragte grundsätzlich an den vierteljährlichen Sitzungen des Kollegiums teilnimmt. Dies stärkt ihre Position am Institut. Ein weiteres Instrument der Verankerung soll 2015 erarbeitet werden: Ein speziell auf die Strukturen des Instituts zugeschnittenes Gleichstellungskonzept, das unter Berücksichtigung der bestehenden Geschlechterrealität in den juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Bereichen institutsspezifische Gleichstellungsziele konkretisieren soll.

#### Bindung hochqualifizierter Frauen ans Institut

Im Jahr 2014 wurde erstmals eine Statistik zur Geschlechterverteilung am Institut erstellt. Im Jahr der Erhebung, 2013, lag der Frauenanteil im wissenschaftlichen Bereich bei ca. 30 Prozent. Die Leitung des Instituts (Wissenschaft und Verwaltung) war zu 100 Prozent männlich:

	Männer	Frauen
Doktorand*innen	26	11
Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen	22	11
W2-Forschungsgruppenleiter*innen	0	1
Direktor*innen	3	0

Das Institut ist durch seine guten Beziehungen zur Ludwig-Maximilians-Universität in der Lage, zahlreiche Doktorandinnen sowie weitere Mitarbeiterinnen zu rekrutieren. Allerdings

macht sich der allgemeine Trend, dass Frauen nach der Promotion der Wissenschaft nicht mehr zur Verfügung stehen, auch am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb bemerkbar. In diesem Zusammenhang stellte das Institut im Jahr 2014 einen Antrag auf eine außerplanmäßige Stelle aus dem Minerva-W2-Sonderstellenprogramm, um eine Wissenschaftlerin am Institut zu halten.

### **Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

Um Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren gibt es am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, zum Teil bereits seit mehreren Jahren, verschiedene Maßnahmen und Konzepte:

- Möglichkeiten zur flexiblen Gestaltung von Arbeitszeiten und Arbeitsplatz
- Individuelle Unterstützung bei der Betreuung von Familienangehörigen über die Firma Besser Betreut GmbH (seit September 2014: Care.com Global Workplace Solutions)
- Vermittlung von Kinderbetreuungsplätzen (im Jahr 2014 Vermittlung von zwei Plätzen).

Da die Kinderbetreuung ein entscheidender Faktor für die Attraktivität des Instituts ist, soll das Betreuungsangebot kontinuierlich verbessert werden. Erste Schritte hin zu einer Kinderbetreuungsinfrastruktur, die es Eltern ermöglicht, in allen Phasen der Familienplanung aktiv am Institut zu arbeiten, wurden bereits unternommen:

- 23. Dezember 2013: Kindertag in den Räumlichkeiten des Instituts für Innovation und Wettbewerb. Das Feedback der 13 betreuten Kinder im Alter zwischen 2 und 9 Jahren war durchweg positiv.
- Seit 2013: Organisation der Ferienbetreuung; die Bezuschussung ist allerdings noch nicht abschließend geklärt.

### **Feedback an die Max-Planck-Gesellschaft**

Gelegenheit, über den Stand der Gleichstellung am Institut an die Max-Planck-Gesellschaft Bericht zu erstatten und zugleich konkrete Ziele für die Zukunft zu definieren, gab es

2014 zweimal: Zum einen im April in Form einer Umfrage des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft zum Thema Institutspezifische Gleichstellungsziele sowie im Dezember für das zurückliegende Jahr im Rahmen der Auditionierung beruf und familie 2012–2015. Beide Berichte wurden in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführenden Direktor und dem Verwaltungsleiter des Instituts erarbeitet.

Ein Treffen der Zentralen Gleichstellungsbeauftragten der Max-Planck-Gesellschaft, Dr. Ulla Weber, mit dem Geschäftsführenden Direktor, dem Leiter der Verwaltung und der Gleichstellungsbeauftragten des Instituts im November 2014 bestätigte die gute Einbindung der Gleichstellungsbeauftragten in die Kommunikation am Institut sowie die kontinuierlichen Bestrebungen, Nachwuchswissenschaftlerinnen für das Institut zu gewinnen.

### **Teilnahme an Tagungen und Vorträgen**

Die Gleichstellungsbeauftragte des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb, Allison Felmy, nahm 2013/14 an verschiedenen Tagungen und Vorträgen teil:

- Seit 2013 (einmal pro Quartal): Regionaltreffen der Gleichstellungsbeauftragten der Max-Planck-Gesellschaft in Bayern. Gastgeber des Treffens im Februar 2015 wird das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb sein.
- April 2014: Jahrestagung der Gleichstellungsbeauftragten der Max-Planck-Gesellschaft in Garching
- Juli 2014: Tagung des Münchner Arbeitskreis der Gleichstellungsbeauftragten
- September 2014: Vorstellung der Gleichstellungsbeauftragten Allison Felmy auf der Betriebsversammlung des Instituts und Bericht über die Gleichstellungsarbeit und Ziele
- Dezember 2014: Vortrag von Dr. Nina Steinweg, Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung am Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (CEWS), zum Thema Personalauswahlverfahren und Instrumente aktiver Rekrutierung in deutschen Forschungseinrichtungen, darunter der Max-Planck-Gesellschaft

## E VI Administration

### Verwaltungsleitung

Bernd Höller (bis 31.07.2013);  
Hendrik Wanger (ab 01.07.2013)  
Assistenz der Verwaltungsleitung:  
Ulrike Mayer

### Auszubildende

Donika Doqi (Kauffrau für  
Bürokommunikation)  
Sinja Köstler (ab 01.09.2014  
Kauffrau für Büromanagement)

### Buchhaltung

Kerstin Gabler, Elfriede Hurmer,  
Monika Reeck (bis 31.12.2014),  
Cornelia Zimmermann

### Personalstelle

Petra Schwarz, Elfriede Stangl,  
Christl Werner (ab 01.03.2013),  
Martina Wette (bis 08.08.2012)

### Haustechnik

Jakica und Zdenko Caganic, Zoltan Pavkovics  
(ab 01.05.2014), Manfred Schwarz

### Reisestelle

Gabriele Zinczuk

### Wohnungswesen, Kasse

Stilla Wenger

### Zentraler Einkauf

Sabrina Wittmann

Die Jahre 2012 und 2013 waren auch aus Sicht der Verwaltung weitgehend von der Erweiterung des Instituts um eine dritte Abteilung mit ökonomischer Ausrichtung geprägt, die mit der Berufung von Herrn Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D. zum 1. März 2013 umgesetzt wurde.



v.l.n.r. Hendrik Wanger, Kerstin Gabler, Elfriede Stangl, Sabrina Wittmann, Cornelia Zimmermann, Gabriele Zinczuk, Donika Doqi

Zunächst mussten Räumlichkeiten für etwa weitere 30 Personen (incl. wissenschaftlichen Nachwuchs und Hilfskräfte) gefunden werden. Nach Verhandlungen mit der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft wurde im Hauptgebäude am Marstallplatz ein Teil der dritten Etage für die Unterbringung der neuen Abteilung zur Verfügung gestellt. Für die gesamte Administration und auch die IT wurden am Karl-Scharnagl-Ring 7 zusätzliche Räumlichkeiten angemietet. Der Umzug der Service-Abteilungen fand im Herbst 2013 statt und war für alle eine besondere Herausforderung. Auch die neue Abteilung hat in dieser Zeit nach und nach die neu renovierten Büros im dritten Stock des Hauptgebäudes bezogen. Das Institut ist seitdem auf drei Standorte verteilt (Marstallplatz 1, Marstallstraße 8 und Karl-Scharnagl-Ring 7). Aufgrund der räumlichen Trennung mussten etliche Arbeitsabläufe neu organisiert und zum Teil von den Sekretariaten vor Ort am Marstallplatz 1 übernommen werden.

Mit der Umbenennung des Instituts in Max-Planck-Institut Innovation und Wettbewerb zum Jahreswechsel 2013/2014 war die neue Abteilung schließlich vollständig integriert.

Zu Ende des Jahres 2013 fand außerdem eine Prüfung durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof statt. Die Prüfung der durch die Zuwendungsgeber (Bund und Länder) zugewiesenen Mittel und die Einhaltung der gesetzlichen, tariflichen und haushaltsrechtlichen Bestimmungen fand im Dezember 2013 und Januar 2014 in den Räumen am Karl-Scharnagl-Ring statt. Erfreulicherweise gab es nur wenige Feststellungen, von denen keine gravierend war.

Gemeinsam mit dem örtlichen Betriebsrat konnte zudem eine Betriebsvereinbarung zur Ausschüttung der im Rahmen der LOB-Grundsätze angesparten Gelder in 2013 und 2014 unterzeichnet werden. Des Weiteren gab es zahlreiche gesetzliche und tarifrechtliche Veränderungen. So trat zum 1. Januar 2014 im Februar 2014 rückwirkend die neue Entgeltordnung in Kraft. Bis zum 31. Dezember 2013 galten die alten Tätigkeitsmerkmale des BAT. Die Überleitung der Beschäftigten erfolgte

unter Beibehaltung der bisherigen Entgeltgruppe nach TVÖD (Bund). Die Entgeltgruppe 9 wurde durch die Entgeltgruppen 9a und 9b ersetzt. Hier mussten die jeweils richtigen Zuordnungen der betroffenen Mitarbeiter gefunden werden.

Das neue Rechnungswesen wurde nach den Anforderungen der Zuwendungsgeber bzw. der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft weiterentwickelt. Ziel ist es, ein Rechnungswesen zu etablieren, das den Belangen einer Forschungseinrichtung gerecht wird und einen Jahresabschluss (zuvor Jahresrechnung) nach handelsrechtlichen Grundsätzen zu erstellen, welcher dann von externen Wirtschaftsprüfern (zuvor durch die Revision) geprüft werden kann. Es gibt nun einen ertrags- und aufwandsbasierten Wirtschaftsplan (zuvor Haushaltsplan). Im Zuge des neuen Rechnungswesens bekamen das Anlagevermögen und die Inventur ebenfalls ein neues Gesicht. Nach der neuen Inventurrichtlinie für das Anlagevermögen der Max-Planck-Gesellschaft wurde im Zeitraum Ende März bis Ende Juni 2014 eine groß angelegte Inventur am Institut durchgeführt. Im Oktober 2014 wurde dann durch die Revision geprüft, ob die Umsetzung der neuen Vorgaben ordnungsgemäß erfolgte. Ein weiterer Schwerpunkt innerhalb des Rechnungswesens war die Umstellung auf IBAN und BIC im Zuge der Überweisungen (Kreditorenstammdaten).

**E VII Personalia, wissenschaftlicher Nachwuchs und Gastwissenschaftler**

Abteilung Prof. Drexl

**Wissenschaftliche Mitarbeiter**

Dr. Rupprecht Podszun	bis 30.09.2013
Dr. Gintarė Surblytė	ab 01.09.2014
Dr. Henning Große Ruse-Khan	bis 31.08.2013
Dr. Peter Picht	ab 01.10.2013
Dr. Beatriz Conde Gallego	
Dr. Silke von Lewinski	
Dr. Mark-Oliver Mackenrodt	
Claudius Pflüger	bis 31.03.2013
Souheir Nadde-Phlix	bis 30.06.2013
Seth Ira Ericsson	ab 01.04.2013
Daria Kim	bis 28.02.2013
Moses Muchiri	bis 31.12.2012
Ugreson Maistry	ab 01.01.2014
Doreen Anthony Rwabutaza	bis 31.12.2012
Julia Molestina	ab 01.10.2013
Filipe Fischmann	bis 31.03.2013
Dr. Mor Bakhoum	

	2012	2013	2014
Studentische Hilfskräfte	5	6	5
Stipendiaten	31	25	23
Doktoranden mit Vertrag	2	1	–

## Abteilung Prof. Harhoff (ab 01.10.2012)

### Wissenschaftliche Mitarbeiter

Dr. Karin Hoisl	ab 01.11.2013
Dr. Frank Mueller-Langer	ab 01.10.2012
Marko Kleine	ab 01.08.2014
Matthias Dorner	bis 31.12.2013
Dr. Roland Stürz	ab 01.04.2013
Christian Steinle	ab 01.05.2013
Michael Mödl	ab 15.07.2013
Alexander Thomas Suyer	ab 01.10.2013
Dr. Sebastian Stoll	ab 01.12.2013
Michael Natterer	ab 01.10.2013
Sarah Bettina Eckardt	ab 01.10.2013
Dr. Matthias Pötzl	ab 01.10.2013
Laura Aline Bechthold	10/2013–01/2014
Tina Hinz	02/2014–09/2014
Thimo Pascal Stoll	11/2013–05/2014
Fabian Gaessler	ab 01.07.2014

### Weitere Mitarbeiter

Dr. Myriam Rion	ab 01.03.2013
Dimche Risteski	ab 01.10.2013
Douglas Bahiense	ab 14.01.2013
Birgit Menzemer	ab 01.09.2014

	2012	2013	2014
Studentische Hilfskräfte	2	20	28
Stipendiaten	3	5	3
Doktoranden mit Vertrag	–	1	2



## Abteilung Prof. Hilty

### Wissenschaftliche Mitarbeiter

Prof. Dr. Annette Kur	
Prof. Dr. Frauke Henning-Bodewig	bis 31.08.2012
Dr. Thomas Jaeger	
Dr. Roland Knaak	
Dr. Kaya Köklü	
Dr. Sylvie Nerisson	ab 01.10.2014
Peter Slowinski	09/2013 – 04/2014
Pedro Dias Batista	11/2012 – 04/2013
Il Ho Lee	bis 30.09.2012
Dr. Matthias Lamping	
Dr. Roberto Romandini	ab 01.12.2012
Panagiota Geraka	ab 01.10.2014
Thomas Hartmann (MPDL)	
Mike Oehmichen	ab 01.08.2014
Ugreson Maistry	bis 31.12.2013
Kristina Winkelmann	ab 01.08.2014

	2012	2013	2014
Studentische Hilfskräfte	16	20	23
Stipendiaten	27	28	30

## MIPLC

### Wissenschaftliche Mitarbeiter

Dr. Gintarė Surblytė	bis 31.08.2014
Mrinalini Kochupillai	ab 08.09.2014
Seth Ira Ericsson	bis 31.03.2013
Filipe Fischmann	ab 01.04.2013

### Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Margit Hinkel	
Dagmar Klein	bis 31.12.2014
Ulrike Stubenvoll	ab 01.08.2012
Anne Reichenberger	bis 30.09.2012

	2012	2013	2014
Stud. Hilfskräfte	4	3	2
Stipendiaten	10	8	8

## IMPRS (bis 30.09.2014)

### Wissenschaftliche Mitarbeiter

Dr. Sylvie Nerisson	bis 30.09.2014
Dr. Frank Mueller-Langer	bis 30.09.2012

	2012	2013	2014
Studentische Hilfskräfte	12	2	–
Stipendiaten	20	14	9

## Gäste

	2012	2013	2014
Gäste	65	46	44

## Geschäftsführung

Dr. Eva-Marina Bastian  
Sylvia Kortüm

## Administration/Allgemeine Dienste

Bernd Höller (Verwaltungsleiter)	bis 31.07.2013
Hendrik Wanger (Verwaltungsleiter)	ab 01.07.2013
Stilla Wenger	
Elfriede Hurmer	
Cornelia Zimmermann	
Kerstin Gabler	ab 01.02.2012
Monika Reeck	03/2013 – 12/2014
Christel Werner	ab 01.01.2013
Elfriede Stangl	
Petra Schwarz	
Martina Wette	bis 08.08.2012
Gabriele Zinzuk	
Ulrike Mayer	
Sabrina Wittmann	ab 08.02.2012
Dominik Mayer	bis 31.05.2014
Ronny Krause	bis 30.06.2013
Zdenko Caganic	
Jakica Caganic	
Manfred Schwarz	

### **Auszubildende**

Sabrina Wittmann	bis 07.02.2012
Donika Doqi	ab 01.09.2012
Sinja Köstler	ab 01.09.2014

## EDV/Technik

Klaus Herfurtner (IT- Leiter)	
Heiner Leitl	
Jens Leber	
Hans Müller	
Alfred Kaiser	ab 01.08.2013
Kfir Arbel	ab 15.07.2013
Michael Wildgruber	bis 31.05.2013
Marcus Hackbarth	ab 22.07.2014
Christopher Rowland	bis 31.05.2014
Patrick Gabler	bis 30.09.2014
Alexander Gurriss	bis 31.10.2013

### **Auszubildende**

Christopher Rowland	bis 09.07.2012
Thomas Grillenberger	ab 01.09.2012
Patrick Gabler	bis 05.07.2013
Victor Tietze	ab 01.09.2013
Marcus Hackbarth	bis 21.07.2014
Dominik Huber	ab 01.09.2014

## Bibliothek

Peter Weber (Leiter der Bibliothek)	
Ines Saler	bis 31.12.2013
Susanne von Brescius	bis 31.12.2012
Caterina Maul	ab 15.04.2013
Elke List	
Ludwig Rickert	
Sabine Schmotz	
Petra Golombek	
Ina Wockenfuß	
Claudia Metz	
Annika Dolabdjian	
Marianne Hausmann (Altersteilzeit)	bis 31.03.2012
Marcus Noack	ab 01.08.2012
Roswitha Schmidt	
Christin Lindemann	ab 01.01.2012
Nadine Großer	bis 31.03.2012
Joshua Mauritz	ab 15.08.2012
Alexander Geiß	
Adam Egerer	bis 31.01.2012
Severin Seidel	ab 15.02.2012
Julia Dennhoven	bis 30.09.2014
Fay Carathanassis	ab 01.10.2014
Saruul Oyunbaatar	bis 30.09.2012
Nike Oberemm	bis 31.07.2012
<b>Auszubildende</b>	
Julia Sauerer	bis 31.07.2012
Carmen Diana Holzer	ab 01.09.2012

## Sekretariate

Ingrid Bolland	
Elisabeth Amler	
Delia Zirilli	
Mike Oehmichen	bis 31.07.2014
Victor Justich	11/2012–04/2013
Gisela Stingl	ab 01.03.2013
Karin Haase	bis 30.06.2014

## Redaktion/Lektorat/Presse

Ilka Reimann	ab 01.02.2012
Allison Felmy	
Christian Daniel Thomas	bis 31.03.2014
Robert Loher	
Joan Kasten (Altersteilzeit)	bis 30.11.2013
Dr. Barbara Bonk	
Christine Fraunhofer	bis 31.10.2012
Claus Schönberner	ab 01.09.2014
Sofia Pereira Filgueiras	ab 01.06.2013
Dr. Klaus-Dieter Beiter	bis 31.08.2013
Andrea Börner	ab 01.11.2014
Delia Zirilli	

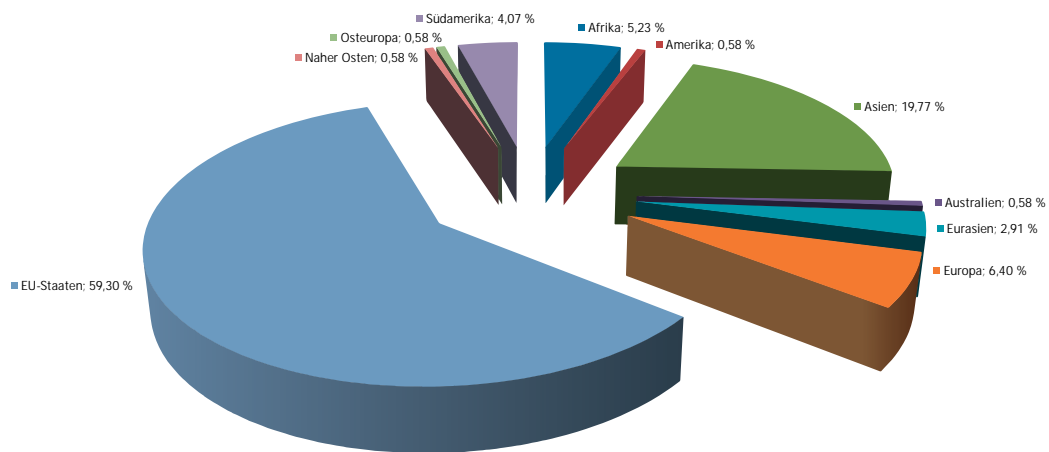
## An der Arbeit des Instituts wirkten insgesamt mit

27 (in 2012), 27 (in 2013) und 16 (in 2014) inländische Nachwuchswissenschaftler/innen  
60 (in 2012), 55 (in 2013) und 52 (in 2014) ausländische Nachwuchswissenschaftler/innen

Nationalität	Prozent	Anzahl
albanisch	0,58 %	1
amerikanisch	0,58 %	1
argentinisch	1,16 %	2
aserbaidshani	0,58 %	1
äthiopisch	0,58 %	1
australisch	0,58 %	1
brasilianisch	2,33 %	4
britisch	0,58 %	1
chinesisch	9,88 %	17
deutsch	29,07 %	50
finnisch	1,74 %	3
französisch	2,91 %	5
griechisch	4,07 %	7
indisch	4,07 %	7
iranisch	0,58 %	1
israelisch	0,58 %	1
italienisch	6,98 %	12
japanisch	1,16 %	2
kenianisch	0,58 %	1
kroatisch	1,16 %	2
litauisch	1,16 %	2

Nationalität	Prozent	Anzahl
marokkanisch	0,58 %	1
mongolisch	0,58 %	1
niederländisch	1,16 %	2
nigerianisch	0,58 %	1
österreichisch	0,58 %	1
pakistanisch	0,58 %	1
polnisch	4,07 %	7
russisch	2,91 %	5
salvdorianisch	0,58 %	1
schweizerisch	1,16 %	2
serbisch	1,16 %	2
slowakisch	1,16 %	2
spanisch	4,65 %	8
srilankisch	1,16 %	2
südafrikanisch	0,58 %	1
südkoreanisch	0,58 %	1
tansanisch	1,16 %	2
tunesisch	0,58 %	1
türkisch	3,49 %	6
ugandisch	0,58 %	1
ukrainisch	0,58 %	1
zyprisch	0,58 %	1
		<b>Gesamt: 172</b>

Kontinente	Prozent	Anzahl
Afrika	5,23 %	9
Amerika	0,58 %	1
Asien	19,77 %	34
Australien	0,58 %	1
Eurasien	2,91 %	5
Europa	6,40 %	11
EU-Staaten	59,30 %	102
Naher Osten	0,58 %	1
Osteuropa	0,58 %	1
Südamerika	4,07 %	7
		<b>Gesamt: 172</b>



■ Herkunftsländer der Nachwuchswissenschaftler

Die zur Verfügung stehenden Mittel setzen sich zusammen aus dem Kernhaushalt, den MPG-Vorhaben sowie Drittmitteln; dementsprechend sehen die Ausgaben (die jeweiligen Einnahmen bereits eingerechnet) wie folgt aus:

## 1 Kernhaushalt

Es entfallen auf

### – in 2012 –

Abteilungen für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht	3,24 Mio EUR
Munich Intellectual Property Law Center Services (auch zuständig für das Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen)	0,76 Mio EUR
Allgemein/Infrastruktur (inkl. Anteile für das Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen)	1,59 Mio EUR
	2,18 Mio EUR

### – in 2013 –

Abteilungen für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht sowie Innovation and Entrepreneurship Research	3,66 Mio EUR
Munich Intellectual Property Law Center Services (auch zuständig für das Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen)	0,62 Mio EUR
Allgemein/Infrastruktur (inkl. Anteile für das Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen)	1,66 Mio EUR
	2,57 Mio EUR

### – in 2014 –

Abteilungen für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht sowie Innovation and Entrepreneurship Research	4,16 Mio EUR
Munich Intellectual Property Law Center Services (auch zuständig für das Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen)	0,38 Mio EUR
Allgemein/Infrastruktur (inkl. Anteile für das Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen)	1,65 Mio EUR
	2,23 Mio EUR

## 2 MPG Vorhaben

Neben dem so genannten Kernhaushalt wurden durch die MPG weitere wissenschaftliche und wissenschaftsnahe Projekte gefördert:

**IMPRS-CI** in 2012 mit 277 T EUR in 2013 mit 222 T EUR in 2014 mit 53 T EUR (beendet 2014)

Das International Max Planck Research School for Competition and Innovation startete 2007, wurde erstmalig in 2012 evaluiert und 2014 beendet. In enger Zusammenarbeit mit der LMU verfolgten Juristen, Volks- und Betriebswirte gemeinsame Forschungsansätze und promovierten darin.



**CLIP** in 2012 mit 42 T EUR  
(beendet 2012)

Das Forschungsprojekt Conflict of Laws in Intellectual Property startete in 2004 und wurde in 2012 beendet. Es handelte sich um eine Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg.

### 3 Drittmittel

**LAPSI I** in 2012 6.300,00 € in 2013 2.300,00 €

Das EU-Projekt „Network on Legal Aspects of Public Sector Information“ ist befristet auf 30 Monate, startete in 2010 und endete in 2012. Die EU erstattet die in diesem Zusammenhang gesamt 20.000,00 €.

**LAPSI II** in 2013 9.600,00 € in 2014 4.800,00 €

Das EU-Projekt „Network on Legal Aspects of Public Sector Information“ ist befristet auf 24 Monate, startete in 2013 und endet in 2015. Die EU erstattet die in diesem Zusammenhang gesamt 16.000,00 €.

**GIF** in 2013 30.220,00 €

Das Projekt „Competition Law in Developing Countries“ ist befristet auf 36 Monate, startete in 2010 und endet in 2015. Die German-Israeli Foundation for Scientific Research and Development (GIF) erstattete in diesem Zusammenhang gesamt 90.400,00 €.

#### diverse Projekte

**DLR (BMBF)** in 2013 15.690,00 € in 2014 44.999,00 €

„Weiterentwicklung, Erprobung und Validierung des Messinstrumentes „Innovation & Intrapreneurship Climate Index (I<sup>2</sup>CI)“ in außeruniversitären Forschungseinrichtungen“  
Laufzeit 3 Jahre bis 2013, Abteilung Innovation and Entrepreneurship Research (Harhoff)

**DFG** in 2014 10.878,00 €

„EDaWaX II – Weiterentwicklung der Pilotapplikation zu einer integrierten Produktivitätsanwendung für das Forschungsdatenmanagement von wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschriften“  
Laufzeit 24 Monate, insgesamt werden 63.600,00 € gestellt, Abteilung Innovation and Entrepreneurship Research (Harhoff)

**SFB/TR 15** in 2014 62.751,00 €

Sprecheruniversität: LMU  
Teilprojekt C02 – Intellektuelles Eigentum, Aneignung von Innovationserträgen und Innovationswettbewerb (Harhoff/Peitz), Abteilung Innovation and Entrepreneurship Research (Harhoff)  
Laufzeit 3 Jahre bis 2016

**DFG** 66.842,61 €

„Clean Technology-Innovation in Deutschland: Humankapitalakkumulation bei heterogenen Wissensinputs“ (Hoisl/Steinle), Abteilung Innovation and Entrepreneurship Research (Harhoff)  
Laufzeit 2012 – 2014

## Kuratorium

Stand: Februar 2015

**Dr. Heinrich Arnold**

*Senior Vice President der Deutschen Telekom AG*

**Dr. Marc Beise**

*Leiter des Wirtschaftsressorts der Süddeutschen Zeitung*

**Prof. Dr. Joachim Bornkamm**

*Vorsitzender Richter des I. Zivilsenats am Bundesgerichtshof*

**Dr. Carsten Fink**

*Chief Economist of the World Intellectual Property Office (WIPO)*

**Dr. Harald Heker**

*Vorsitzender des Vorstands der GEMA*

**Prof. Dr. Henning Kagermann**

*Präsident der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften*

**Dr. Johannes Lübking**

*Leiter der Grundsatzabteilung Kartellrecht und Fusionskontrolle – Europäische Kommission*

**Raimund Lutz**

*Vizepräsident des Europäischen Patentamts*

**Dr. Frank Montag**

*Vorsitzender des Vorstands Studienvereinigung Kartellrecht e.V.*

**Andreas Mundt**

*Präsident des Bundeskartellamts*

**Dr. Tillmann Prinz**

*Bundesgeschäftsführer der Bundesarchitektenkammer e.V.*

**Cornelia Rudloff-Schäffer**

*Präsidentin des Deutschen Patent- und Markenamts*

**Beate Schmidt**

*Präsidentin des Bundespatentgerichts*

**Dr. Robert Staats**

*Geschäftsführender Vorstand der Verwertungsgesellschaft WORT*

**Dr. Beat Weibel**

*Chief IP Counsel – Corporate Technology IP – Siemens AG*

**Dr. Hubert Weis**

*Ministerialdirektor, Leiter der Abt. für Handels- und Wirtschaftsrecht,  
Bundesministerium der Justiz*

**Dr. Manfred Wittenstein**

*Vorstand der Wittenstein AG*

**Dr. Gert Würtenberger**

*Präsident der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e.V.*



*Mitglieder des Kuratoriums und Institutsangehörige, Kuratoriumssitzung Juli 2014*

## Fachbeirat

Stand: Dezember 2013

**Prof. Dr. Dan L. Burk**

*University of California – School of Law*

**Prof. Dr. Andreas Fuchs, LL.M.**

*Universität Osnabrück – Fachbereich Rechtswissenschaften*

**Prof. Dr. Hans Gersbach**

*ETH Zürich – Department of Innovation and Policy*

**Prof. Dr. Inge Govaere**

*Universität Gent – European Institute*

**Prof. Dr. Warren S. Grimes**

*Southwestern Law School*

**Prof. Dr. Ulrich Kaiser**

*Universität Zürich – Institut für Betriebswirtschaftslehre*

**Prof. Dr. Patrick Llerena**

*University of Strasbourg – Faculty of Economics and Management*

**Prof. Dr. Hans-Wolfgang Micklitz**

*European University Institute*

**Prof. Dr. Geertrui van Overwalle**

*Katholieke Universiteit Leuven – Faculty of Law*

**Prof. Dr. Dres. h.c. Arnold Picot**

*Ludwig-Maximilians-Universität München – Forschungsstelle für Information, Organisation und Management*

**Prof. Dr. Jens Hemmingsen Schovsbo**

*University of Copenhagen – Faculty of Law*

**Prof. Dr. Rolf H. Weber**

*Universität Zürich – Rechtswissenschaftliches Institut*



*Mitglieder des Fachbeirats und Institutsangehörige, Fachbeiratssitzung 2012*

## Impressum

### V.i.S.d.P.

Der Geschäftsführende Direktor  
Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.  
Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb  
Marshallplatz 1  
80539 München  
Deutschland

Tel.: +49 89 24246-550

Fax: +49 89 24246-503

### Redaktion

Sylvia Kortüm  
Dr. Myriam Rion  
Claus Schönberger

### Graphikdesign

PR\_Petuum  
München

### Satz

vmd  
München

### Bildnachweis

Die Fotos wurden zur Verfügung gestellt mit freundlicher Genehmigung von:

David Ausserhofer  
Zdenko Caganic  
DJT  
Et Corporate  
Sylvia Fischer  
Haus der Forschung  
Sebastian Jarych  
Dagmar Klein  
Mark-Oliver Mackenrodt  
Michael Natterer

Mike Oehmichen  
Julia Pracht  
Myriam Rion  
Magdalena Streicher  
Roland Stürz  
Alexander Suyer  
University of Haifa  
Matias Uusikylä  
Matthias Wegner  
Steffen Weigelt



